

Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion

8. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle
an den 13. Gipfel der Exekutive der Großregion



Dezember 2012

Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion

8. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle
an den 13. Gipfel der Exekutive der Großregion

**Interregionale
Arbeitsmarktbeobachtungsstelle**
c/o INFO-Institut
Pestelstraße 6
D-66119 Saarbrücken

Saarbrücken, Dezember 2012

Inhalt

Strukturbericht zur Situation des Arbeitsmarktes in der Großregion.....	1
1. Methodische Vorbemerkungen	1
2. Demographische Entwicklung.....	3
2.1 Struktur und Entwicklung der Gesamtbevölkerung	3
<i>Langfristig positive Bevölkerungsentwicklung, aber schwächer als in der EU</i>	<i>3</i>
<i>Seit Ende der 1990er Jahre deutlich verlangsamtes Bevölkerungswachstum.....</i>	<i>3</i>
<i>Stabile Zuwächse in Luxemburg, der Wallonie und der DG Belgien</i>	<i>4</i>
<i>... stagnierende oder rückläufige Einwohnerzahlen in Lothringen, im Saarland und in Rheinland-Pfalz.....</i>	<i>4</i>
<i>Seit 2002 natürliche Abnahme der Bevölkerung in der Großregion</i>	<i>5</i>
<i>Zuwanderungen primäre Quelle des Bevölkerungswachstums im Kooperationsraum</i>	<i>6</i>
<i>Regional sehr unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerungsentwicklung.....</i>	<i>7</i>
<i>Bevölkerungswachstum rund um wirtschaftsstarke Gebiete und entlang der Hauptverkehrsachsen</i>	<i>12</i>
<i>Starke Bevölkerungszuwächse in den an Luxemburg angrenzenden Gebieten.....</i>	<i>12</i>
<i>Gegen den regionalen Trend: Steigende Einwohnerzahlen im Raum Trier.....</i>	<i>13</i>
<i>Fortschreitende demografische Alterung der Bevölkerung</i>	<i>14</i>
<i>Alterspyramide der Bevölkerung 1990 und 2010.....</i>	<i>15</i>
<i>Deutsche Regionen am stärksten betroffen</i>	<i>16</i>
2.2 Bevölkerungsprojektionen	16
<i>Saarland und Rheinland-Pfalz bis 2030 mit Bevölkerungsrückgängen</i>	<i>17</i>
<i>... übrige Teilregionen, vor allem Luxemburg, mit deutlichen Zuwächsen.....</i>	<i>18</i>
<i>Schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial bei wachsender Gesamtbevölkerung</i>	<i>19</i>
3. Erwerbsquote	21
<i>Schwankende Erwerbsquoten innerhalb der Großregion.....</i>	<i>21</i>
<i>Seit dem Jahr 2000 überdurchschnittlicher Anstieg der Erwerbsquoten in Luxemburg und Stagnation in Lothringen.....</i>	<i>22</i>
<i>Leicht verringerte Unterschiede zwischen den Erwerbsquoten von Männern und Frauen.....</i>	<i>23</i>
<i>Die Erwerbsquote der Männer ist rückläufig... ..</i>	<i>25</i>
<i>...die der Frauen steigt an</i>	<i>25</i>
<i>Bildungsstand der Erwerbspersonen in der Großregion liegt über dem Mittel der EU.....</i>	<i>26</i>
<i>Erwerbsquoten von Jugendlichen unter 25 Jahren ist leicht rückläufig.....</i>	<i>27</i>
<i>Mit Abstand höchste Erwerbsquote Jugendlicher in Rheinland-Pfalz</i>	<i>28</i>
<i>Uneinheitliche Entwicklung der Erwerbsquoten weiblicher und männlicher Jugendlicher im Zeitraum 2007-2011</i>	<i>29</i>
<i>... sowie im Zeitraum 2000-2011</i>	<i>29</i>
<i>Positive Entwicklung der Erwerbsquote älterer Menschen.....</i>	<i>30</i>
<i>Hauptsächlich positive Entwicklung der Erwerbsquote Älterer in den letzten Jahren... ..</i>	<i>31</i>
<i>... und vor allem im mittelfristigen Betrachtungszeitraum</i>	<i>32</i>
<i>Auch bei den Älteren durchweg eine höhere Erwerbsquote der Männer.....</i>	<i>32</i>
<i>Differenzierte Entwicklung der Erwerbsquoten Älterer nach Geschlecht</i>	<i>33</i>
<i>Starke Zuwächse der Erwerbsquoten älterer Frauen und Männer seit dem Jahr 2000.....</i>	<i>33</i>

Erwerbsquoten von Lothringen und Luxemburg in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen oberhalb des großregionalen Durchschnitts	34
--	----

4. Arbeitslosigkeit	35
4.1 Arbeitslosenquote	35
Die Arbeitslosenquote in der Region liegt 2011 unter den europäischen Werten.....	35
Verschlechterung des Arbeitsmarkts zwischen 2008 und 2011 in Lothringen....	35
... bei stetiger Auf- und Abwärtsbewegung	36
Die Arbeitslosenquote der Männer ist niedriger als die Gesamtarbeitslosigkeit ...	36
.... während diejenige der Frauen leicht über dem Durchschnitt der Großregion liegt	37
Zwischen 2008 und 2011 günstigere Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei den Frauen als bei den Männern	38
Jugendarbeitslosenquote 2011 doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote ...	40
... aber zwischen 2008 und 2011 leicht rückläufig	40
Der Arbeitsmarkt für junge Menschen verschlechtert sich seit 2000.....	41
Zwischen 2008 und 2011 verschlechtert sich der Arbeitsmarkt der Großregion für die jungen Männer, während er sich für die jungen Frauen geringfügig verbessert	42
...die stärkere Verschlechterung für die Männer als für die Frauen bestätigt sich im Zeitraum 2000-2011.....	43
45,6% der Arbeitsuchenden in der Großregion von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen	43
Zwischen 2000 und 2011 hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Erwerbspersonen kaum verändert	45
... aber der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den Arbeitslosen ist rückläufig.	45
4.2 Die Arbeitslosigkeit nach der Statistik der Arbeitsagenturen.....	46
Eine Anpassung der Arbeitslosenversicherungssysteme.....	48
Mehr als 566.000 Arbeitslose 2012, Anstieg im Jahresvergleich	49
Starker Anstieg der Arbeitslosigkeit in Lothringen und Luxemburg.....	50
Leichte Verbesserung in der Wallonie seit 2006	51
Wenig Arbeitslosigkeit, Wachstum eines Arbeitsmarktsegments im Zentrum der Arbeitslosigkeit, unsichere Verhältnisse und niedrige Gehälter im Saarland und in Rheinland-Pfalz.....	51
5. Gesamtbeschäftigung	54
5.1 Beschäftigungsquote.....	54
Gesamtbeschäftigungsquote: Rheinland-Pfalz über der europäischen Zielvorgabe	55
Allgemeine Tendenz zu einem Rückgang der Beschäftigungsquote	55
Großregion im Jahr 2011 noch 5,4 Prozentpunkte vom Europa-2020-Ziel entfernt.....	56
Beschäftigungsquote der Frauen in der Großregion deutlich unter derjenigen der Männer	57
Regional sehr unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigungsquote nach Geschlecht	58
Nur leichter Rückgang der Geschlechterdifferenz in den Jahren 2007-2011.....	59
Weite Spanne bei der Beschäftigungsquote Jugendlicher innerhalb der Großregion.....	59
Beschäftigungsquote Jugendlicher in der Großregion stagniert weitgehend	60
Beschäftigungsquote junger Männer und Frauen: Abstand in der Großregion größer als auf europäischer Ebene	61
Leicht verbesserte Beschäftigungsquote junger Frauen in der Großregion	62
Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger in der Großregion auf EU-27-Niveau.....	63
Die Beschäftigung älterer Menschen steigt in allen Teilregionen.....	64
Starker Anstieg der Beschäftigungsquote Älterer zwischen 2000 und 2011.....	64

2011 gehen mehr Männer als Frauen zwischen 55 und 64 Jahren einer Erwerbstätigkeit nach.....	65
...trotz eines stärkeren Anstiegs der weiblichen Beschäftigungsquote	66
Ein Viertel aller Erwerbstätigen in der Großregion arbeitet in Teilzeit	66
Mäßiger Anstieg der der Teilzeitarbeit zwischen 2008 und 2011	67
Teilzeitarbeit betrifft vor allem Frauen	68
Stärkerer Zuwachs der Teilzeit bei den Männern als bei den Frauen	69
Der Rückgang des Frauenanteils in der Teilzeitbeschäftigung setzt sich fort	70
Ein unterschiedliches Bildungsniveau der Beschäftigten in der Großregion	71
Pendlerströme 2011: 10% der Erwerbspersonen aus Lothringen sind im Ausland beschäftigt.....	72
5.2 Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort)	73
Beschäftigungsentwicklung 2000-2010 in der Großregion besser als in der EU	74
Krisenbedingte Verluste in der Großregion geringer als auf europäischer Ebene	74
Wachstum in Luxemburg nach langer Phase mit hoher Dynamik merklich gebremst	75
Nach Luxemburg höchster Beschäftigungszuwachs in der Wallonie	76
Saarland noch mit leichtem Beschäftigungsplus, Lothringen dagegen mit Verlusten.....	77
Von 2007 bis 2010 leichte Zuwächse in den Dienstleistungssektoren	77
... bei gleichzeitig deutlichem Arbeitsplatzabbau in der großregionalen Industrie	78
Drei Viertel aller Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor der Großregion beschäftigt	79
6. Grenzgängerbeschäftigung	81
6.1 Typische Grenzgänger	81
6.1.1 Gesamtüberblick	81
Arbeitsmobilität steigt trotz Wirtschafts- und Finanzkrise abgeschwächt weiter: 2011 rund 213.400 Grenzgänger in der Großregion	81
Regionale Unterschiede als Triebfeder grenzüberschreitender Arbeitnehmermobilität	82
Luxemburg und das Saarland gewinnen Arbeitskräfte, die anderen Regionen geben ab	83
Grenzgängerbeschäftigung in der Großregion seit 2004 um ein Drittel gewachsen.....	85
Grenzgänger sind jünger und höher qualifiziert als ortsansässige Erwerbstätige.....	86
Ortsansässige Erwerbstätige öfter als Grenzgänger befristet und teilzeitbeschäftigt	86
6.1.2 Luxemburg	87
Anstieg der Grenzgängerbeschäftigung, wenn auch auf niedrigem Niveau	87
Beschäftigungswachstum bei Grenzgängern in Krisenzeiten	87
Zahl der Grenzgänger in den letzten 20 Jahren vervierfacht	89
Einpendlerstrom aus Deutschland bleibt auf vergleichsweise hohem Niveau, erholt sich aber nur langsam.....	90
2011 erstmals mehr Grenzgänger aus Deutschland als aus Belgien.....	90
Luxemburger im (halb-)öffentlichen Sektor... ..	90
...ansässige Ausländer und Grenzgänger im privaten Sektor beschäftigt	91
Deutsche vor allem im Baugewerbe, Franzosen und Belgier in Handel und Reparatur stark vertreten	92
Grenzgänger profitieren von Beschäftigungsentwicklung in Handel und Reparatur, Information und Kommunikation.....	93
... weniger stark im Verarbeitenden Gewerbe und den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	94
Grenzgänger fangen immer weniger den Alterungsprozess der Arbeitskräfte ab.....	95
Arbeitslosigkeit bei Grenzgängern – nach wie vor eine unbekannte Größe	96

6.1.3	Lothringen	97
	<i>Lothringische Auspendler überschreiten 100.000er-Marke</i>	<i>97</i>
	<i>Langsame Erholung von Einschnitten im Krisenjahr</i>	<i>98</i>
	<i>Thionville und Longwy bleiben Grenzgängerhochburgen... ..</i>	<i>99</i>
	<i>...und stehen vor neuen Herausforderungen</i>	<i>100</i>
	<i>Mieten in Grenznähe auf hohem Niveau – leichte Entspannung im Zuge der Krise</i>	<i>100</i>
6.1.4	Saarland und Rheinland-Pfalz	101
	<i>Das Saarland gewinnt Arbeitskräfte – Rheinland-Pfalz gibt ab</i>	<i>101</i>
	<i>Einpendlerstrom aus Frankreich knickt 2009 ein und erholt sich nur zögerlich</i>	<i>101</i>
	<i>Rückgang des Stroms aus Frankreich abgefedert durch atypische Grenzgänger</i>	<i>102</i>
	<i>Überwiegend ältere Grenzgänger aus Frankreich – weniger von der Krise betroffen als jüngere</i>	<i>103</i>
	<i>Einpendelnde Fachkräfte überwiegend mit Berufsausbildung – Trend zu Höherqualifizierten</i>	<i>104</i>
	<i>Weniger Grenzgänger im Verarbeitenden Gewerbe – leichte Beschäftigungsgewinne im tertiären Sektor</i>	<i>105</i>
	<i>Über die Hälfte der Franzosen im Regionalverband Saarbrücken beschäftigt</i>	<i>107</i>
	<i>Rheinland-Pfalz: Die Hälfte der Einpendler aus Frankreich arbeitet im Kreis Gernersheim</i>	<i>108</i>
	<i>Gebremster Anstieg der deutschen Luxemburg-Pendler</i>	<i>109</i>
	<i>Luxemburg-Pendler wohnen in Grenznähe – Einzugsgebiet weitet sich im Saarland langsam aus</i>	<i>110</i>
6.1.5	Wallonie	112
	<i>Einpendlerstrom aus Frankreich wieder mit Jahreswachstum über Vorkrisenniveau</i>	<i>112</i>
	<i>Immer mehr Einpendler aus Frankreich arbeiten in der Provinz Hennegau</i>	<i>113</i>
	<i>Wachstum der Luxemburg-Pendler wieder auf Vorkrisenniveau</i>	<i>114</i>
	<i>Provinzen Luxemburg und Lüttich im Einflussbereich des luxemburgischen Arbeitsmarkts</i>	<i>115</i>
6.1.6	Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	116
	<i>Anstieg des Pendlerstroms nach Luxemburg verlangsamt</i>	<i>116</i>
	<i>Luxemburg-Pendler arbeiten im Baugewerbe sowie in Handel und Reparatur</i>	<i>117</i>
	<i>...und wohnen in Grenznähe</i>	<i>117</i>
6.1.7	Zwischenfazit	118
	<i>Grenzgängerbeschäftigung wächst trotz Krise – weitere Wachstumsdynamik erwartet</i>	<i>118</i>
	<i>Bedingungen für grenzüberschreitende Arbeitnehmermobilität optimieren</i>	<i>118</i>
	<i>Grenzgängermonitoring ausbauen</i>	<i>119</i>
6.2	Atypische Grenzgänger in der Großregion	120
6.2.1	Gesamtüberblick	120
	<i>Wohnmigration ist konstitutives Merkmal des atypischen Grenzgängerwesens</i>	<i>120</i>
	<i>Lothringen und Luxemburg von Bedeutung für das atypische Grenzgängerwesen</i>	<i>120</i>
6.2.2	Auspendlerbewegungen aus Frankreich	121
	<i>Zahl der Luxemburg-Pendler wächst – vor allem im Departement Moselle ansässig</i>	<i>121</i>
	<i>5.200 atypische Pendler nach Belgien</i>	<i>121</i>
	<i>Zahl der atypischen Grenzgänger ins Saarland relativ stabil</i>	<i>121</i>
	<i>Leichter Rückgang der Grenzgänger nach Rheinland-Pfalz</i>	<i>122</i>
6.2.3	Exkurs: Saarländisch-lothringische Grenze	123

<i>Zweitwohnsitze legen Grundstein für atypisches Grenzgängerwesen</i>	123
<i>Ab den 1980er Jahren Hauptwohnsitze von Deutschen in Lothringen</i>	123
<i>In den 1990er Jahren immer mehr Zuzüge</i>	123
<i>... von gut situierten Personen und jungen Paaren aus Deutschland</i>	124
<i>Seit 2000 Stagnation der Wohnmigration – Immobilienangebot und -preise verlieren an Attraktivität</i>	124
<i>Wohnmigration durch Preisvorteile</i>	124
<i>Zahl der Hauseigentümer wächst durch Wohnmigration</i>	125
<i>Höhere Lebensqualität in den Moselgemeinden</i>	125
<i>Arbeitsweg wird länger durch Umzug</i>	125
<i>Ehemalige Wohnregion bleibt wichtiger Bezugspunkt</i>	125
<i>Integration am neuen Wohnort als Herausforderungen</i>	126
6.2.4 Einpendlerbewegungen in Luxemburg	127
<i>Atypische Luxemburg-Pendler wohnen vor allem in Deutschland</i>	127
<i>Kreis Trier-Saarburg und Bitburg-Prüm besonders nachgefragt bei atypischen Luxemburg-Pendlern</i>	127
<i>Atypische Luxemburg-Pendler wohnen vor allem im Arrondissement Arlon</i>	128
6.2.5 Exkurs: Luxemburgische Grenze	128
<i>Atypische Luxemburg-Pendler wohnen in größeren Gemeinden in Nähe zum Herkunftsland</i>	128
<i>Nur ein Viertel Luxemburger unter den atypischen Luxemburg-Pendlern</i>	128
<i>Überwiegend junge (Ehe-)Paare mit Kind, ersten Berufserfahrungen und Familienplänen ziehen um</i>	129
<i>Nicht nur Preisvorteile motivieren Wohnmigration</i>	130
<i>Umzug mit Erwerb von Wohneigentum und komfortabler Wohnsituation verbunden</i>	131
<i>Mehr Pkw-Nutzung und längere Anfahrtszeiten durch Umzug</i>	131
<i>Räumliche und soziale Differenzierungen im Grenzgebiet</i>	132
<i>Atypische Grenzgänger weitgehend zufrieden mit Lebenssituation</i>	132
<i>Trotz Zufriedenheit bereits Rückkehrtendenzen nach Luxemburg</i>	132
6.2.6 Zwischenfazit	132
<i>Soziale und infrastrukturelle Herausforderungen – erkennen und handeln</i>	132
<i>Unzureichende Datenlage – Monitoring der atypischen Pendlerbewegungen aufbauen</i>	133
7. Sonderthema: Spracherwerb in der Großregion	134
7.1 Spachliche Ausgangssituationen und Fremdsprachen- beherrschung in der Großregion	134
7.1.1 Saarland	135
7.1.2 Rheinland-Pfalz	136
7.1.3 Lothringen	137
7.1.4 Luxemburg	138
7.1.5 Französischsprachige Wallonie	139
7.1.6 Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	141
7.1.7 Fazit	142
7.2 Ziele und Leitlinien für den Fremdsprachenunterricht in der Großregion	143

7.2.1	Saarland	145
	<i>Allgemeines zum Bildungssystem und zur Sprachpolitik in Deutschland.....</i>	<i>145</i>
	<i>Vorschulbereich und Grundschule.....</i>	<i>147</i>
	<i>Sekundarstufe I.....</i>	<i>148</i>
	<i>Sekundarstufe II.....</i>	<i>148</i>
	<i>Unterricht an den beruflichen Schulen nach Erlangen des Hauptschulabschlusses</i>	<i>149</i>
	<i>Unterricht an den beruflichen Schulen nach Erlangen des mittleren Bildungsabschlusses</i>	<i>150</i>
7.2.2	Rheinland-Pfalz.....	151
	<i>Weitere allgemeine Informationen zum Schulsystem und zur Sprachpolitik in Deutschland</i>	<i>151</i>
	<i>Vorschulbereich und Grundschule.....</i>	<i>153</i>
	<i>Sekundarstufe I.....</i>	<i>154</i>
	<i>Sekundarstufe II:.....</i>	<i>154</i>
	<i>Unterricht an den beruflichen Schulen nach Erlangen des Hauptschulabschlusses</i>	<i>156</i>
	<i>Unterricht an den beruflichen Schulen nach Erlangen des mittleren Bildungsabschlusses</i>	<i>157</i>
7.2.3	Lothringen.....	158
	<i>Allgemeines zum Bildungssystem und zur Sprachpolitik in Frankreich.....</i>	<i>158</i>
	<i>Vorschulbereich und Grundschule.....</i>	<i>161</i>
	<i>Sekundarstufe I.....</i>	<i>162</i>
	<i>Sekundarstufe II.....</i>	<i>164</i>
	<i>Sekundarstufe II – allgemeinbildender und technisch-wissenschaftlicher Zweig.....</i>	<i>164</i>
	<i>Binationaler Zweig</i>	<i>165</i>
	<i>Internationaler Zweig</i>	<i>166</i>
	<i>Sekundarstufe II – Berufsbildender Bereich</i>	<i>166</i>
	<i>Berufliche Ausbildung auf dem schulischen Weg.....</i>	<i>167</i>
	<i>Berufliche Ausbildung durch eine Lehre</i>	<i>168</i>
7.2.4	Luxemburg.....	168
	<i>Allgemeines zum Bildungssystem und zur Sprachpolitik in Luxemburg.....</i>	<i>168</i>
	<i>Vorschulbereich und Grundschule:.....</i>	<i>171</i>
	<i>Sekundarstufe I.....</i>	<i>172</i>
	<i>Sekundarstufe II.....</i>	<i>175</i>
	<i>Der klassische und moderne allgemeine Sekundarunterricht in der Oberstufe</i>	<i>176</i>
	<i>Der technische Sekundarunterricht in der Oberstufe.....</i>	<i>177</i>
	<i>Der beruflich-technische Ausbildungszweig in der Oberstufe des technischen Sekundarunterrichts.....</i>	<i>179</i>
	<i>Berufsbildender Ausbildungszweig im Rahmen der beruflichen Erstausbildung (technischer Sekundarunterricht), der zum DAP führt.....</i>	<i>181</i>
	<i>Berufsbildender Ausbildungszweig im Rahmen der beruflichen Grundausbildung (technischer Sekundarunterricht), die zum CCP führt</i>	<i>182</i>
	<i>Oberstufe des Sekundarunterrichts - Besondere Ausbildungsgänge mit verändertem Sprachunterricht.....</i>	<i>182</i>
7.2.5	Frankophone Wallonie	183
	<i>Allgemeines zum Bildungssystem und zur Sprachpolitik der Französischen Gemeinschaft Belgiens</i>	<i>183</i>
	<i>Vorschulbereich und Grundschule.....</i>	<i>187</i>
	<i>Sekundarstufe II – Zweite und dritte Übergangsstufe</i>	<i>190</i>
	<i>Sekundarstufe II – Zweite und dritte Befähigungsstufe:</i>	<i>192</i>

Sekundarstufe II – Zweite und dritte berufsbildende Stufe	193
Immersionsunterricht in der zweiten und dritten Stufe der Sekundarschule:	193
7.2.6 Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	193
Allgemeines zum Bildungssystem und zur Sprachpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens	193
Vorschulbereich und Grundschule	195
Sekundarstufe I	197
7.3 Statistische Informationen zum Fremdsprachenunterricht in den Grund- und Sekundarstufen der Großregion	199
7.3.1 Fremdsprachenunterricht in der Grundstufe (ISCED-Level 1)	199
7.3.1.1 Saarland	199
Sonderwege: bilinguale Grundschulen	200
7.3.1.2 Rheinland-Pfalz	200
Sonderwege: bilinguale Grundschulen	200
7.3.1.3 Lothringen	202
Sonderwege: bilinguale oder bikulturelle deutsch-französische Grundschulen	202
Sonderwege: Herkunftssprachenunterricht bzw. muttersprachlicher Unterricht (ELCO) in der Grundschule	203
7.3.1.4 Luxemburg	204
7.3.1.5 Französischsprachige Wallonie	204
7.3.1.6 Deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien	206
7.3.2 Fremdsprachenunterricht in der Sekundarstufe I (ISCED Level 2)	206
7.3.2.1 Saarland	206
Sonderwege: Bilinguales Ausbildungsangebot in der Sekundarstufe 1	207
7.3.2.2 Rheinland-Pfalz	208
Sonderwege: bilinguales Bildungsangebot in der Sekundarstufe I	209
7.3.2.3 Lothringen	209
Sonderwege – Bilinguale Klassenzüge	210
Sonderwege – Europäische Klassenzüge	210
7.3.2.4 Luxemburg	210
Allgemein bildende Sekundarstufe I	211
Sonderwege – Gymnasium Ermesinde Mersch	211
Technische Sekundarstufe I	212
7.3.2.5 Französischsprachige Wallonie	213
7.3.2.6 Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	214
Sonderwege: Fremdsprachenförderunterricht	215
7.3.3 Fremdsprachenunterricht in der Sekundarstufe II (ISCED-Level 3)	215
7.3.3.1 Saarland	215
Sonderwege: Gymnasien mit bilingualen Klassenzügen	216
Berufsbildung	217
Sonderwege: ergänzender Sprachunterricht im Rahmen der Berufsbildung	218
Sonderwege: das EUROPLUS-Projekt	218
7.3.3.2 Rheinland-Pfalz	219
Allgemein bildender Unterricht in der Sekundarstufe II	219
Sonderwege: bilinguale Klassenzüge im allgemeinen Bildungswesen	220
Berufsbildung in der Sekundarstufe II	220
Sonderwege: bilinguale Klassenzüge in der Berufsbildung	221

7.3.3.3 Lothringen.....	221
Allgemein bildender und technologischer Zweig	221
Sonderwege – Europäische Klassenzüge	223
Sonderwege: Binationale Klassenzüge (AbiBac, ESABAC und BACHIBAC)	223
Sonderwege – Internationale Klassenzüge	223
Berufsbildung	223
7.3.3.4 Luxemburg.....	225
Allgemeines klassisches und modernes Bildungswesen.....	225
Sonderwege – Internationales Abitur.....	225
Technische Sekundarstufe II	225
Die Technikerausbildung gilt als Berufsbildung	226
Berufsbildung (Zusammenlegung von zwei Systemen: Berufliche Aus- und Weiterbildung)	226
7.3.3.5 Französischsprachige Wallonie.....	227
7.3.3.6 Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.....	229
Sonderwege - Teilzeitschulbildung	230
Sonderwege – Berufsbildende Schulen.....	230
7.4 Methoden für den Fremdsprachenunterricht sowie interessante Ansätze zur Verbesserung der Effizienz des Fremdsprachenunterrichts	230
In der gesamten Großregion bevorzugen die Unterrichtsprogramme für Fremdsprachen in den ersten Lernphasen die mündliche Sprachanwendung	231
Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) im Dienste des Fremdsprachenerwerbs	231
Austausche, die das Erlernen von Fremdsprachen begünstigen	233
Sonstige kulturelle Aktivitäten	233
Ein Beispiel für Anpassung der Organisation des Fremdsprachenunterrichts: „Kompetenzgruppen“	233
Unterricht nichtsprachlicher Fächer in einer Fremdsprache	234
Die nichtsprachlichen Fächer und der „beruflich ausgerichtete Fremdsprachenunterricht“ begünstigen die Öffnung hin zu Fremdsprachen in der Ausbildung:	235
Die Einführung von nur auf die Sprachen bezogenen Zertifizierungen vereinfacht die Kennzeichnung der Lernerfolge.....	236
Anhang.....	237
Sozio-ökonomische Angaben für die Großregion 2000 bis 2010/2011	238
Hinweise zu Datenquellen	242
Porträt der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle	246
Kontakt Daten der Fachinstitute	247
Kurzporträt der kooperierenden Fachinstitute	248
Literaturverzeichnis.....	250

Abkürzungsverzeichnis

ABCM	Association pour le bilinguisme en classe dès la maternelle
ABEO	Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien
ADEM	Administration de l'Emploi du Grand Duché de Luxembourg
ADG	Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft
AKE / EFT / LFS	Arbeitskräfteerhebung / Enquête sur les forces de travail / Labour Force Survey
ALG	Arbeitslosengeld
API	Allocation de parent isolé
BA	Bundesagentur für Arbeit – Deutschland
BFP	Bureau fédéral du Plan – Belgique
BGA	Berufsgrundbildungsjahr
BTS	Brevet de technicien supérieur
CAP	Certificat d'aptitude professionnelle
CCBI	Centre de Compétences Business Intelligence
CCP	Certificat de capacité professionnelle
CEB	Certificat d'Etudes de Base
CEPS / INSTEAD	Centre d'Etudes de Populations, de Pauvreté et de Politiques Socio-Economiques / International Networks for Studies in Technology, Environment, Alternatives, Development
CESS	Certificat de l'Enseignement Secondaire Supérieur
CFA	Centres de formation d'apprentis
CFB	Communauté française de Belgique / Französischen Gemeinschaft Belgiens
CPAS	Centre Public d'Action Sociale
CQ	Certificat de Qualification
DARES	Direction de l'Animation de la Recherche, des Etudes et des Statistiques – France
DAP	Diplôme d'aptitude professionnelle
DEI	Demands d'emploi inoccupés
DELE	Diplomas de Español como Lengua Extranjera
DELFI	Diplôme d'Etudes en langue française
DGSIE	Direction générale Statistique et Information économique – Belgique
DNL	Discipline non linguistique
DRE	Dispenses de recherches d'emploi
DT	Techniker-Diplom
EFTA	European Free Trade Association
ELCO	Enseignement de langue et culture d'origine
EPML	Etablissement Public de la Métropole Lorraine
EU / UE	Europäische Union / Union européenne
EURES	European Employment Services
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
fGts	Freiwillige Ganztagsgrundschule
FOREM	Le service public wallon de l'emploi et de la formation
FS / LV	Fremdsprache / Langues vivantes
FSU	Freies subventioniertes Unterrichtswesen
GERS / CERCL	Gemeinsamer europäischer Referenzrahmen für Sprache / Cadre Européen Commun de Référence pour les Langues
GOSU	Grundschulen des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens

GUW	Gemeinschaftsunterrichtswesen
IBA / OIE	Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle / Observatoire Interrégional du marché de l'emploi
ICN	Institut des Comptes Nationaux – Belgique
IGS	Integrative Gesamtschule
IGSS	Inspection Générale de la Sécurité Sociale – Luxembourg
IKT / TIC	Informations- und Kommunikationstechnologie / Les technologies d'information et de communication
ILO	International Labour Organization
INAMI	Institut National d'Assurance Maladie-Invalidité – Belgique
INS	Institut National de la Statistique – Belgique
ISCED / INCE	International Standard Classification of Education / Classification internationale type de l'éducation
INSEE	Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques – France
IWEPS	Institut Wallon de l'Evaluation, de la Prospective et de la Statistique
KMK	Kultusministerkonferenz
LEM	Lycée Ermesinde Mersch
LM	Langue modern
MENFP	Ministère de l'éducation nationale et de la formation professionnelle
NACE	Nomenclature des Activités économiques dans la Communauté Européenne
NAF	Nomenclature d'activités française
NUTS	Nomenclature des unités territoriales statistiques
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OF / VO	Originalfassung / Version originale
OIB	Option internationale du baccalauréat,
OLC	Ouverture aux Langues et aux Cultures
PARME	Pilotage académique par les résultats et les moyens des établissements
RLS	Régime linguistique spécifique
RMI	Revenu minimum d'insertion
RSA	Revenu de solidarité active
SGB	Sozialgesetzbuch
SPF Économie	Service Public Fédéral Économie
Statbel	Statistics Belgium
STATEC	Service central de la Statistique et des études Economiques Luxembourg
TBI	Le tableau blanc interactif
TOEFL	Test of English as a Foreign Language
TZU	Zentrum für Teilzeitunterricht
WSAGR	Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion
WSE	Werk en Sociale Economie – België
WSR	Wirtschafts- und Sozialrat der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
ZAWM	Ausbildungszentrum des organisierten Mittelstandes

Zusammenfassung

Die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle beschreibt und analysiert in ihrem achten Bericht, der dem 13. Gipfel der Großregion vorgelegt wird, die Situation und Entwicklung des Arbeitsmarkts in der Großregion anhand zentraler Strukturindikatoren. Im Zuge der regelmäßigen Berichterstattung an den Gipfel der Exekutiven konnte ein Berichtssystem für den Arbeitsmarkt der Großregion entwickelt werden, das die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle kontinuierlich fortschreibt und ausdifferenziert. Neben dem Strukturbericht für die Teilgebiete Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, Wallonie und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens gibt der vorliegende Bericht im Rahmen eines Sonderthemas einen Überblick über den Fremdsprachenerwerb in der Großregion.

Bevölkerungswachstum in der Großregion schwächer als in der EU

Seit 1970 ist die Bevölkerung der Großregion um 783.500 Einwohner oder 7,4% auf nunmehr rund 11,4 Millionen Menschen Anfang 2011 angestiegen. Auf dem Gebiet der heutigen EU-27 konnte im gleichen Zeitraum ein Plus von 15,4% verzeichnet werden. Das im europäischen Vergleich geringere Bevölkerungswachstum in der Großregion lässt sich auch in jüngerer Zeit beobachten: Seit Ende der 1990er Jahre haben sich die Zuwächse im Kooperationsraum merklich abgeschwächt und belaufen sich für den Zeitraum 2000 bis 2011 nur noch auf +2% (EU-27: +4,1%). Die Verlangsamung der Bevölkerungsdynamik wurde wesentlich beeinflusst durch die seit Anfang 2006 rückläufige Einwohnerzahl in Rheinland-Pfalz sowie die bereits seit langem schrumpfenden Bevölkerungszahlen im Saarland. Ursächlich hierfür ist eine sich stetig vergrößernde negative Bilanz des natürlichen Saldos bei einem gleichzeitig abnehmenden bzw. teilweise sogar negativen Wanderungssaldos. Lothringen verzeichnet eine mehr oder weniger stagnierende Bevölkerungsentwicklung – die hohen Geburtenüberschüsse werden durch die stetigen Wanderungsverluste fast kompensiert. Die Wallonie, die DG Belgien und insbesondere Luxemburg weisen dagegen nach wie vor eine stabile Aufwärtsentwicklung aus.

Starke Bevölkerungszuwächse rund um wirtschaftsstarke Gebiete

Auf kleinräumiger Ebene gab es seit der Jahrtausendwende Bevölkerungszuwächse insbesondere im Einzugsbereich der wirtschaftsstarken Gebiete und entlang der Hauptverkehrsachsen. Im Kerngebiet der Großregion sorgt vor allem die wirtschaftliche Anziehungskraft Luxemburgs für steigende Bevölkerungszahlen, was sich neben dem Großherzogtum selbst auch in den angrenzenden Gebieten bemerkbar macht. Besonders deutlich wird dies in Arlon und Bastogne sowie – in abgeschwächter Form – in Trier, Trier-Saarburg, Thionville und Longwy, deren Bevölkerungsentwicklung wesentlich günstiger verläuft als der jeweilige regionale Trend. Zum Teil deutlich

schrumpfende Einwohnerzahlen sind dagegen in einigen strukturschwachen Gebieten sowie in den weniger zentral gelegenen oder ungünstiger angebundenen Regionen zu verzeichnen. Besonders hohe Verluste gab es in Teilen der Westpfalz (insbesondere in Pirmasens und Kusel), in Birkenfeld im Hunsrück sowie im Landkreis Neunkirchen.

Auch in Zukunft Bevölkerungszuwächse...

Während frühere Projektionen für die Großregion bereits in naher Zukunft eine Trendwende der bis dato positiven Bevölkerungsentwicklung erwarten ließen, fallen die aktualisierten Berechnungen günstiger aus: Danach wird auch in den nächsten zwei Jahrzehnten die Einwohnerzahl weiter anwachsen und im Jahr 2030 werden voraussichtlich 11.643.500 Menschen im Kooperationsraum leben. Das wären 2% oder 231.500 Personen mehr als noch 2011. Wie bereits in der Vergangenheit zeigen die einzelnen Teilregionen sehr unterschiedliche Dynamiken, die in ihren Grundzügen auch in Zukunft fort dauern werden.

Deutlich verändern werden sich aber überall die Relationen zwischen Alt und Jung. Die bereits heute erkennbaren altersstrukturellen Verschiebungen sind weitaus bedeutsamer als die Gesamtbilanz der Bevölkerungsentwicklung: Für die derzeit vorrangig im Erwerbsleben stehende Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen wird in der Großregion bis 2030 mit einem Rückgang um 9,4% oder rund 579.000 Personen gegenüber dem Stand von 2011 gerechnet. Zusätzlich soll sich die Zahl der am Arbeitsmarkt nachrückenden Generationen der unter 20-Jährigen um fast 120.000 Menschen (-4,9%) verringern. In beiden Altersgruppen zusammen summiert sich das Minus also auf fast 700.000 Personen. Parallel wird die Zahl der Menschen im Alter von 60 Jahren und mehr bis 2030 um rund 39% oder 940.000 Personen steigen. Diese Altersgruppe wird dann ein Drittel der Gesamtbevölkerung umfassen; aktuell ist es knapp ein Viertel.

... bei gleichzeitig schrumpfendem Erwerbspersonenpotenzial

Das Erwerbspersonenpotenzial in der Großregion wird somit bei immer noch wachsender Gesamtbevölkerung nicht nur weiter altern, sondern auch der Schrumpfungsprozess setzt sich fort. Mit dem sukzessiven Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge wird sich dieser Trend noch verstärken. Die Deckung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs kann daher immer weniger über das Bevölkerungswachstum erfolgen. Notwendig ist vor allem eine deutlich zunehmende Erwerbstätigkeit von Personengruppen, die bislang am Arbeitsmarkt unterrepräsentiert waren. Dies gilt aus der Perspektive der Fachkräftesicherung ebenso wie mit Blick auf die Lastenverteilung

der sozialen Sicherungssysteme. Denn zukünftig werden der Bevölkerung im Erwerbsalter immer mehr Personen gegenüberstehen, die nicht erwerbstätig sind. Der sogenannte Gesamtquotient, der das Verhältnis von „Aktiven“ zu „Inaktiven“ abbildet, wird weiter steigen: Kamen 2010 auf 100 Erwerbsfähige noch 83 Nichterwerbstätige, so werden es 2030 gut 92 Personen sein.

Im Jahr 2011 lebten in der Großregion fast 5,3 Millionen Erwerbspersonen

Nach den Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung umfasste die Erwerbsbevölkerung in der Großregion im Jahr 2011 fast 5,3 Millionen Personen. Seit dem Jahr 2000 ist die Erwerbsquote im Kooperationsraum um 1,6 Prozentpunkte gestiegen – ein Anstieg, der vor allem von den überdurchschnittlichen Zuwächsen in den deutschen Teilgebieten getragen wurde. Die ebenfalls starken Zuwächse in Luxemburg fallen aufgrund des geringen Anteils der Luxemburger Erwerbsbevölkerung an der großregionalen Erwerbsbevölkerung nicht so stark ins Gewicht. Die Erwerbsquote der Großregion lag im Jahr 2011 bei 55,7% und somit noch immer fast zwei Prozentpunkte unter dem Wert der EU-27 (57,6%). Im Zeitraum 2007-2011 stieg die Erwerbsbeteiligung in der Großregion parallel zu der EU-27-Erwerbsbeteiligung um 0,2 Prozentpunkte.

Verringerung der Differenz zwischen weiblicher und männlicher Erwerbsquote seit 2000

Eine langfristige Betrachtung der geschlechtsspezifischen Gesamterwerbsquoten (Altersgruppen 15+) zeigt, dass in der Großregion die Quote der Männer seit 2000 um 1,3 Prozentpunkte gefallen ist und im Jahr 2008 mit 63,3% den höchsten Stand für den Betrachtungszeitraum 2008-2011 erreichte. Die weibliche Erwerbsquote erreichte 2010 und 2011 ihren Höchststand von 49,2%. Die Quote lag somit 4,3 Prozentpunkte über dem Wert von 2000. Seit der Jahrtausendwende hat sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen also erhöht, und die der Männer verringert: Die geschlechtsspezifische Differenz zwischen den Erwerbsquoten reduzierte sich seit dem Jahr 2000 um 6,2 auf 13,4 Prozentpunkte in 2011. Damit lag sie unterhalb des auf der Ebene der EU-27 und EU-15 festgestellten Abstands (14,0 bzw. 13,7pp).

Stärkste Zunahme bei der Erwerbsquote Älterer

Die Erwerbsquote der Jugendlichen in der Großregion lag nach Daten der EU-AKE im Jahr 2011 bei 41,9% und hat sich damit im Vergleich zu 2000 (+0,6pp) nur geringfügig verändert. Hier sind jedoch geschlechterspezifische Unterschiede zu verzeichnen: Während die Erwerbsbeteiligung der jungen Männer seit der Jahrtausendwende um 0,8 Prozentpunkte gestiegen ist, sank die der jungen Frauen um 0,5 Prozentpunkte. Die größten Zuwächse seit 2000 sind bei der Erwerbsbeteiligung Älterer zu beobachten (+16,5pp) – eine Entwicklungsdynamik,

die auch im europäischen Vergleich überdurchschnittlich ausfällt. Trotzdem lag die Erwerbsquote der 55-64-Jährigen im Kooperationsraum (49,7%) weiterhin unter dem europäischen Niveau (EU-15: 53,0%; EU-27: 50,9%). Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind auch in dieser Altersgruppe evident: 2011 lag die Quote der Männer bei 57,5%, die der Frauen bei 42%.

Die Arbeitslosenquote in der Großregion liegt stabil bei 7,4%, aber dahinter verbergen sich große Differenzen

Die im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung ermittelte Arbeitslosenquote lässt für 2011 in der Großregion eine Gesamtarbeitslosigkeit von 7,4% erkennen. Im Gegensatz zur Europäischen Union, in der die Arbeitslosigkeit ansteigt, liegt sie damit wieder bei den Werten von 2008. Hinter dem Gesamtergebnis verbergen sich große Unterschiede. In Lothringen führte die verschlechterte Lage auf dem Arbeitsmarkt innerhalb von vier Jahren zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit um 2%. In allen Teilregionen sind die Frauen stärker von den Beschäftigungsproblemen betroffen als die Männer, außer im Saarland, wo ein umgekehrtes Verhältnis vorliegt (5,6% gegenüber 6,4% bei den Männern).

Junge Menschen sind stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen, und ihre Situation hat sich seit dem Jahr 2000 verschlechtert

Die Jugendarbeitslosigkeit ist 2012 doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosigkeit. Obwohl in den letzten vier Jahren eine Verbesserung zu verzeichnen ist, hat sich die Lage des Arbeitsmarktes für die jungen Leute in der Großregion seit 2000 verschlechtert. In Luxemburg, wo die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum um 10,4% angestiegen ist, ist das Problem besonders akut. Die jungen Männer sind 2011 im Schnitt stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen als die jungen Frauen (16,1% gegenüber 15,6% bei den Frauen).

Kontrastreiche Situation bei der Langzeitarbeitslosigkeit: sie betrifft 28,8% der Arbeitsuchenden in Luxemburg und 52,4% im Saarland

45,6% der Arbeitsuchenden sind in der Großregion 2011 seit mehr als einem Jahr arbeitslos. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist im Saarland besonders hoch (52,4%), betrifft aber "nur" 3,2% der arbeitsfähigen Bevölkerung. In Luxemburg bleibt man am kürzesten ohne Job: 28,8% der Arbeitsuchenden und nur 1,4% der erwerbsfähigen Bevölkerung sind über lange Zeit arbeitslos.

Deutlicher Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Lothringen

Die Großregion zählte laut den Daten der Arbeitsagenturen im Durchschnitt 566 462 Arbeitslose (in den ersten 9 Monaten im Jahr 2012), was einen Anstieg von 2,5% im Vergleich zu 2011 darstellt. Von den 13 600 Arbeitslosen, die innerhalb eines Jahres zusätzlich in der Großregion registriert wurden, entfallen zwei Drittel auf Lothringen, wo sich die Arbeitsmarktsituation im Vergleich mit den anderen Teilregionen stärker verschlechtert hat. Außerdem fiel dieser Anstieg in Lothringen

deutlicher aus als auf nationaler Ebene. Diese Situation ist vornehmlich auf die erhöhten Schwierigkeiten der Industrieunternehmen zurückzuführen, wobei die Ursache der Probleme oft in der Zeit vor der Krise liegt.

Neue Verhältnisse in Luxemburg und deutliche Folgen der Hartz-Reform in den deutschen Teilregionen

Selbst wenn die Arbeitslosenquote im Großherzogtum Luxemburg im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern unter Kontrolle zu sein scheint, sorgt der starke Anstieg von Stellen gesuchten in einem Land, in dem die Vollbeschäftigung vor nicht allzu langer Zeit Realität zu werden schien, für heftige Debatten. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz scheint der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 2005 spektakulär zu sein, und wurde durch die Krise von 2008 nur vorübergehend gebremst. Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit ist durch die großen Reformen des Arbeitsmarktes zu erklären, die in Deutschland seit 2001 durchgeführt wurden (Hartz-Gesetzgebung) und die sich heute auszuzahlen scheinen. Das „deutsche Modell“ sorgt jedoch für Kontroversen: Zwar scheint die Arbeitslosigkeit insgesamt niedrig zu sein, es gibt jedoch trotz des Wachstums eines Segments auf dem Arbeitsmarkt, das von unsicheren Arbeitsverhältnissen und niedrigen Gehältern geprägt ist, immer mehr Armut.

Die Beschäftigungsquote erreicht in der Großregion 69,6%: Der Abstand zur europäischen Zielvorgabe von 75% verringert sich

Obwohl die Konjunktur seit 2007 an Schwung verliert, ist die Beschäftigungsquote in der Großregion im vergangenen Jahrzehnt gestiegen und erreichte 2011 69,6%. Der Abstand zum europäischen Strategie-Ziel 2020 – eine Beschäftigungsquote von 75% – verringert sich somit. 2011 übertrifft Rheinland-Pfalz diese Vorgabe um 1,5 Prozentpunkte, das Saarland verfehlt es nur um 3,1 Prozentpunkte, während Lothringen und die Wallonie noch weit davon entfernt sind. Die Beschäftigungsquote der Frauen bleibt deutlich unter derjenigen der Männer. Die Beschäftigungsquote der Männer erreicht 2011 75,7% und damit das Ziel der Europäischen Kommission. Sie liegt um 12,3 Prozentpunkte höher als die weibliche Quote (63,4%).

Von 2008 bis 2011 steigt die Beschäftigungsquote junger Leute in der Großregion um 0,2 Prozentpunkte, während sie EU-weit mit Beginn der Krise sinkt

2011 beläuft sich die Beschäftigungsquote Jugendlicher in der Großregion auf 35,2% und liegt damit über derjenigen der EU-27 (33,5%) und leicht unter derjenigen der EU-15 (36,4%). Die Großregion verzeichnet zwischen 2008 und 2011 einen geringen Anstieg (+0,2pp), ein deutlich besseres Ergebnis als in der EU, wo die Quote rückläufig ist (-4 bzw. -4,4pp). Die Beschäftigungsquote junger Frauen (15 bis 24 Jahren) liegt unter derjenigen junger Männer. 2011 fällt die Abweichung mit 5,6 Prozentpunkten für die Großregion (38% für die Männer und 32,4% für die Frauen) höher aus als für Europa.

Die Beschäftigung älterer Menschen steigt in allen Teilregionen der Großregion zwischen 2008 und 2011

Mit einer Beschäftigungsquote für ältere Erwerbstätige von 47,3% liegt die Großregion 2011 gleichauf mit der EU-27 (47,4%) und bleibt nur leicht hinter dem Niveau der EU-15 zurück (49,4%). Obwohl diese Werte die europäischen Ziele von Lissabon für das Jahr 2010 (50%) nicht ganz erreichen, ist zwischen 2008 und 2011 bei der Beschäftigung älterer Menschen in der Großregion ein Aufwärtstrend zu erkennen (3,9 Prozentpunkte). Dieser Anstieg fällt zudem stärker aus als für Europa. Dieser Steigerungen sind in allen Teilregionen zu verzeichnen: in Rheinland-Pfalz, Saarland und in der Wallonie eher geringfügig, dagegen deutlicher in Luxemburg und Lothringen.

Die Teilzeitarbeit nimmt in der Großregion zu, insbesondere in der Wallonie und in Lothringen. In den deutschen Bundesländern bleiben die Quoten hoch

Zwischen 2008 und 2011 ist in der Großregion ein Anstieg der Teilzeitbeschäftigung zu beobachten. In der Wallonie und Lothringen sind diese Zunahmen am stärksten. Trotzdem bleibt die Teilzeitarbeit in den beiden deutschen Regionen mit Beschäftigungsquoten von 28,5 bzw. 28,1% stärker verbreitet. Teilzeitarbeit wird überwiegend durch Frauen ausgeübt: 2011 sind 44,1% der Frauen teilzeitbeschäftigt sind – demgegenüber 8,9% der Männern. Für den Zeitraum von 2008 bis 2011 verläuft die Entwicklung der Teilzeitarbeit bei den Männern dynamischer (+1,6pp) als bei den Frauen (+0,5pp).

Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung in der Großregion besser als in der EU

In der Großregion gingen im Jahr 2010 – dem letzten für alle Teilgebiete gemeinsam verfügbaren Datenstand – rund 4,25 Millionen Menschen einer abhängigen Beschäftigung nach; das sind 2,3% aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der EU-27. Im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 verlief das großregionale Beschäftigungswachstum (+6,8%) besser als im Durchschnitt der EU-27 (+6,5%) und der EU-15 (+6,6%). Ursächlich hierfür war der Umstand, dass die krisenbedingten Arbeitsplatzverluste in der Großregion deutlich geringer waren als auf europäischer Ebene: Während 2009 auf dem Höhepunkt der Rezession im großregionalen Mittel die Zahl der Arbeitnehmer um 0,4% zurückging, fiel im Durchschnitt der EU das Minus rund viermal höher aus. Auch ein Jahr später war die Beschäftigungsentwicklung in der EU noch im negativen Bereich, im Kooperationsraum zeigte der Trend dagegen schon wieder nach oben. Mit Zuwächsen von 0,8% konnten bereits 2010 die krisenbedingten Verluste rein rechnerisch wettgemacht und das Niveau von 2008 sogar überschritten werden.

Arbeitsplatzverluste in Lothringen

Innerhalb der Großregion fiel diese Bilanz aber nicht in allen Teilgebieten positiv aus: Als einzige Region musste Lothringen per Saldo Arbeitsplatzverluste verkraften, die zudem recht

deutlich ausfielen. Und dieser Rückgang ist nicht nur krisenbedingt, sondern machte sich bereits in den Jahren zuvor bemerkbar. Lothringen verzeichnete daher nicht nur während der Rezession die höchsten Beschäftigungseinbußen im Kooperationsraum, sondern schloss auch die gesamte Dekade mit einem Minus ab. Alle anderen Regionen hatten dagegen 2010 nicht nur die Verluste des Konjunktureinbruchs von 2009 per Saldo wieder ausgeglichen, sondern lagen mit ihrem Beschäftigungsstand über dem hohen Niveau der Jahrtausendwende. Die beiden deutschen Bundesländer der Großregion (insbesondere das Saarland) sowie die DG wiesen dabei den schwächsten Zuwachs auf, während Luxemburg, aber auch die Wallonie in den letzten zehn Jahren wesentlich höhere Arbeitsplatzgewinne verbuchen konnten. Vor allem das wirtschaftsstarke Großherzogtum erzielte in dieser Zeit weit überdurchschnittliche Zuwachsraten, die im interregionalen Vergleich beispieillos waren. Selbst auf dem Höhepunkt der Krise gab es immer noch leichte Arbeitsplatzgewinne. Seitdem hat die Wachstumsdynamik allerdings deutlich nachgelassen. Von den Rekordraten der Vergangenheit ist Luxemburg derzeit weit entfernt. Vorliegenden Prognosen zufolge soll sich daran in den nächsten Jahren auch nichts Wesentliches ändern.

Anhaltende Zuwächse der Arbeitnehmerbeschäftigung im Dienstleistungssektor

In der Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen wird deutlich, dass in der Großregion die Beschäftigungsgewinne der vergangenen Jahre hauptsächlich auf das Konto des Dienstleistungssektors gingen. Auch im Baugewerbe erhöhte sich die Zahl der Arbeitsplätze, während die Industrie Personal abgebaut hat. Die Wirtschaftskrise, die besonders das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe stark getroffen hatte, verstärkte diesen generellen Trend: Zwischen 2007 und 2010 sank in der Großregion die Zahl der abhängig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (inkl. Bau) um 2,5%. Der tertiäre Sektor legte dagegen um 3,1% zu, wobei allerdings die marktorientierten Dienstleistungen krisenbedingt nur schwach im positiven Bereich abschließen konnten (+1%). Luxemburg und auch die Wallonie erzielten hier im Vergleich zu den anderen Regionen des Kooperationsraums einen überdurchschnittlichen Anstieg. Die beiden deutschen Bundesländer bewegten sich entweder im großregionalen Mittel (Rheinland-Pfalz) oder leicht darunter (Saarland). Lothringen wies dagegen im Dienstleistungssektor insgesamt ein leichtes Minus aus und die DG Belgien hatte merkliche Einbußen in den marktorientierten Dienstleistungen.

Beschäftigungsverluste im Verarbeitenden Gewerbe

Innerhalb des sekundären Sektors der Großregion konzentrierten sich die Verluste überwiegend auf das Verarbeitende Gewerbe, während das Baugewerbe noch ein Plus verbuchen

konnte. Auffällig ist hier das Saarland, dessen Industrie neben der in Luxemburg mit Abstand am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen war. Durch die breite Nutzung von Kurzarbeit und Maßnahmen interner Flexibilität (Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten, Urlaubsregelungen etc.) fielen dort die Beschäftigungseinbußen geringer aus als im Durchschnitt der Großregion. Abgesehen vom Großherzogtum, das von 2007 bis 2010 auch im Verarbeitenden Gewerbe noch leicht an Beschäftigung zulegte, konnte sich nur Rheinland-Pfalz hier besser behaupten als das Saarland. Einen weit überdurchschnittlichen Rückgang gab es dagegen in der lothringischen Industrie. Und auch der Bausektor, der in allen anderen Teilgebieten noch Zuwächse aufwies, kam in der französischen Region nicht unbeschadet aus der Rezession.

Zahl der Grenzgänger in der Großregion steigt weiter – langsame Erholung der Grenzgängerbeschäftigung in Luxemburg

Auch im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise stieg die Zahl der grenzüberschreitenden Arbeitnehmer in der Großregion weiter an, wenngleich die Entwicklungsraten der Vorjahre nicht erreicht werden. So zählte der europäische Kernraum im Jahr 2011 insgesamt 213.386 Grenzgänger. Über die Hälfte (55,4%) von ihnen kommt aus Lothringen und fast drei Viertel (72,8%) arbeiten in Luxemburg. Knapp die Hälfte der 155.366 Grenzgänger im Großherzogtum wohnt in Frankreich und jeweils ca. ein Viertel in Belgien und Deutschland, wobei das Großherzogtum in 2011 erstmals mehr Einpendler aus Deutschland als aus Belgien zählt. Im Jahr 2008/2009 stieg das Grenzgängeraufkommen in Luxemburg trotz Kurzarbeit nur um 1,3%, wovon besonders die Pendler aus Deutschland (+3,9%) profitierten. Weitaus niedriger lag das Wachstum der Einpendlerströme aus Frankreich (+0,6%) und Belgien (+0,2%). In den Folgejahren erholten sich die Einpendlerströme langsam mit wachsenden Veränderungsquoten im Vorjahresvergleich, jedoch erreichen sie noch nicht das Vorkrisenniveau. Es wird damit gerechnet, dass die Grenzgängerbeschäftigung in Luxemburg ab dem Jahr 2014 eine erneute Entwicklungsdynamik entfaltet.

Anhaltender, aber gebremster Anstieg der Luxemburg-Pendler aus Deutschland

Das Grenzgängeraufkommen in Luxemburg entwickelte sich im Jahr 2008/2009 zögerlich, wobei im Vergleich der Einpendlerströme die Grenzgänger aus Deutschland noch am besten abschneiden. Auch in den Folgejahren lagen die jährlichen Veränderungsquoten des Stroms auf einem vergleichsweise guten Niveau. Die Zahl der Pendler aus dem Saarland hat sich zwischen 2003 und 2011 von 3.384 auf 7.647 Personen mehr als verdoppelt und erholt sich langsam von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Auch in Rheinland-Pfalz stieg das Grenzgängeraufkommen nach Luxemburg

im gleichen Zeitraum deutlich an. Die Zahl der Auspendler hat sich hier um fast drei Viertel (72%) erhöht, wobei sich der Vorjahresvergleich bis 2008 zwischen 7 und knapp über 11 Prozent bewegte. Im Jahr 2008/2009 entwickelte sich der Strom lediglich um 1,1%, was einem Plus von 265 Arbeitsplätzen entspricht. Im Zuge der Erholung des luxemburgischen Arbeitsmarkts stieg das Jahreswachstum in 2011 wieder auf 3,9% bzw. auf 26.902 Personen an.

Rückläufiger Trend des französischen Auspendlerstroms schreibt sich fort

Bereits seit Beginn der Jahrtausendwende entwickelte sich der Grenzgängerstrom aus Frankreich nach Deutschland rückläufig. Zwar erholten sich die Einpendlerzahlen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2008 leicht, jedoch sanken sie im Zuge der Krise (2008/2009) wieder auf 4.965 Personen ab. Auch im Saarland geht die Zahl der Einpendler aus Frankreich kontinuierlich zurück, wo sie im Jahr 2008/2009 erstmalig seit 1997 die 20.000er Grenze unterschritt. Diese Entwicklungen reflektieren die krisenbedingten Arbeitsplatzeinbußen, die trotz Kurzarbeit und Nutzung von Arbeitszeitkonten besonders im Verarbeitenden Gewerbe und in den unternehmensnahen Dienstleistungen zu verzeichnen waren. In den Folgejahren wurde der Rückgang der Einpendlerzahlen im Saarland gebremst, in Rheinland-Pfalz schrieb sich der rückläufige Trend fort, auch wenn in 2011 wieder ein leichter Zuwachs der Einpendler (+0,9%) auszumachen war. Angesichts des Einpendlerprofils ist für die kommenden Jahre weiterhin von einem rückläufigen Trend dieses Stroms auszugehen. Denn bei den in den deutschen Bundesländern beschäftigten Grenzgängern handelte es sich weitgehend um ältere Facharbeiter im Verarbeitenden Gewerbe, die mittelfristig aus dem Erwerbsleben ausscheiden und sich statistisch nicht verjüngen können. Die nachfolgenden Grenzgängergenerationen ziehen Luxemburg zum Arbeiten vor.

Lothringen: Rückgang der Auspendlerbewegungen verlangsamt sich – Belgien verliert an Anziehungskraft

Trotz sinkender Auspendlerzahlen im Jahr 2008/2009 (-2,3%) bleibt Lothringen das wichtigste Herkunftsgebiet von grenzüberschreitenden Arbeitnehmern in der Großregion. Jedoch konnte die französische Region nicht mehr an die Wachstumsquoten aus den Vorjahren anknüpfen. Der bedeutendste Strom mit Zieldestination Luxemburg verzeichnete 2008/2009 ein Minus von 2,2%, kann aber in den Folgejahren wieder einen Anstieg verzeichnen. Der Auspendlerstrom nach Belgien wies im Jahr 2008/2009 noch eine gute Wachstumsdynamik auf (+2,2%); die Auswirkungen der Krise schlugen hier aber spätestens im Jahr 2011 durch mit einer Veränderung zum Vorjahr von nur +0,7%.

Einpendlerstrom aus Frankreich in die Wallonie wieder mit guter Wachstumsdynamik

Über 96% der Einpendler in die Wallonie kommen aus Frankreich, deren Zahl in den vergangenen Jahren – wenn auch mit leicht nachlassender Tendenz – weiter gewachsen ist. Zwischen 1998 und 2001 verzeichnete der Einpendlerstrom ein jährliches Plus von über 10%, seit 2002 lag der Zuwachs durchschnittlich bei nur 6,3%. Im Jahr 2008/2009 legte der Einpendlerstrom noch um 5,6% zu, im Jahr 2010 stieg die Zahl der Einpendler im Vorjahresvergleich nur noch um 1,4%. Gleichwohl war in 2011 ein Aufwärtstrend zu verzeichnen, als der Strom mit einem Plus um 8,3% wieder auf Vorkrisenniveau lag. Angesichts des Trends im vergangenen Jahrzehnt, von dem überwiegend Grenzgänger aus der französischen Region Nord-Pas-de-Calais mit Arbeitsplatz in der wallonischen Provinz Hennegau profitierten, ist auch weiterhin von einer stabilen Wachstumsdynamik auszugehen.

Atypische Grenzgänger sind jung und wohnen in Grenznähe

Die Betrachtung der atypischen Pendelbewegungen auf Grundlage der aktuell verfügbaren Daten zeigt, dass Lothringen als bevorzugte Wohnregion sowie Luxemburg und die deutschen Bundesländer als Arbeitsregionen von besonderer Bedeutung sind. Das Phänomen hat sich in den 1990er Jahren besonders an der deutsch-französischen Grenze und in den 2000er Jahren an der luxemburgischen Grenze entwickelt. Die hier pendelnden atypischen Arbeitnehmer wohnen zumeist in größeren dörflichen Gemeinden in unmittelbarer Grenzlage und sind eher den jüngeren bis mittleren Altersgruppen zuzurechnen.

Atypische Luxemburg-Pendler kommen vor allem aus Deutschland

Die meisten der insgesamt 3.446 Grenzgänger in der Großregion mit luxemburgischer Nationalität, die im Großherzogtum arbeiten, pendeln im Jahr 2011 aus Deutschland (50,2%) ein, gefolgt von Frankreich (25,1%) und Belgien (24,6%). Dabei sind das benachbarte Rheinland-Pfalz und das Saarland von Bedeutung, wo sie überwiegend in den Kreisen Trier-Saarburg, Bitburg-Prüm und Merzig-Wadern wohnen. Die in Belgien ansässigen 849 atypischen Luxemburg-Pendler wohnen vor allem in den Arrondissements d'Arlon und de Virton. Fast zwei Drittel der 866 atypischen Luxemburg-Pendler aus Frankreich wohnen im Département Moselle, gefolgt von einem weiteren Drittel im Département Meurthe-et-Moselle. Die Zahl der atypischen Grenzgänger ins Großherzogtum insgesamt ist zwar noch relativ niedrig, sie ist seit 1999 jedoch rapide angewachsen.

Zahl der atypischen Grenzgänger in den deutschen Bundeslän-

Die Zahl der Deutschen, die in Frankreich leben und im Saarland arbeiten, stieg im Laufe der 1990er Jahre stark an. Nach der Jahrtausendwende blieb das Aufkommen der atypischen

den relativ stabil

Grenzgänger relativ stabil, so dass die insgesamt rückläufige Tendenz des französischen Auspendlerstroms in Richtung Saarland abgefedert werden konnte. Auch im Zuge der Krise schneiden die atypischen Grenzgänger ins Saarland noch besser ab als die typischen Pendler. In Rheinland-Pfalz hat sich seit der Jahrtausendwende der Anteil der atypischen Grenzgänger an dem Einpendlerstrom insgesamt um 10,2 Prozentpunkte erhöht, was dem Rückgang der typischen Grenzgänger geschuldet ist. Im Zuge der Krise reduziert sich die Zahl der atypischen Grenzgänger, jedoch weitaus langsamer als die der typischen Pendler aus Frankreich nach Rheinland-Pfalz.

Preisunterschiede und Lebensplanung entscheiden über Umzug

Die Gründe für den Wohnortwechsel leiten sich weitgehend aus dem Anliegen ab, Wohneigentum zu erwerben und dabei von regionalen Preisunterschieden zu profitieren. So spielen regionale Differenzen hinsichtlich der Preise für Baugrund und Immobilien eine Rolle sowie bestimmte Ereignisse der Lebensspanne. Mit Blick auf die atypischen Grenzgänger in Richtung Luxemburg ist die Besonderheit auszumachen, dass sich unter ihnen viele Franzosen, Belgier und Deutsche befinden, die durch den Wohnortwechsel in ihr Herkunftsland zurückkehren.

Bessere Wohnsituation und längere Anfahrtswege durch Umzug

Die Wohnsitzverlagerung ist im Allgemeinen mit einem Hauskauf oder -bau und mit einem verbesserten Wohnkomfort verbunden. Durch die Beibehaltung des Arbeitsplatzes in der ehemaligen Wohnregion verlängern sich jedoch für atypische Grenzgänger die Anfahrtswege, was zu einer verstärkten Pkw-Nutzung führt.

Sozialer Zusammenhalt in Grenzgemeinden: Immobilienpreise, räumliche Segmentierung, Sprachen

Am neuen Wohnort bewirkt die wachsende Nachfrage nach Wohneigentum eine Anhebung von Boden- und Immobilienpreisen, was mancherorts zu Spannungen zwischen Zugezogenen und autochthonen Einwohnern führt. Ferner ist die Tendenz auszumachen, dass die Zugezogenen weitgehend in modernen Neubaugebieten außerhalb der gewachsenen Siedlungskerne unter sich bleiben, was den Kontakt mit der autochthonen Bevölkerung nicht begünstigt. Besonders in Lothringen ist die Frage der sprachlichen Verständigung zwischen beiden Personengruppen von Bedeutung, wobei der Dialekt eine Brücke bauen kann.

Neben einer Analyse der strukturellen Indikatoren und der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in der Großregion stellt der Bericht die wichtigsten Ergebnisse der Studie und die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Beherrschung von Fremdsprachen in der Großregion vor. 2012 stand der Fremd-

sprachenunterricht in der Grund- und Sekundarstufe (allgemein bildend, technologisch und berufsbildend) im Vordergrund. Es handelt sich um einen ersten Abschnitt der Studie, die 2013 mit der Analyse des Sprachenbedarfs im Berufsleben und des Sprachunterrichts in der Erwachsenenbildung fortgesetzt werden soll.

Sonderthema: Der Fremdsprachenerwerb in der Großregion.

Neben einer Analyse der strukturellen Indikatoren und der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in der Großregion stellt der Bericht die wichtigsten Ergebnisse der Studie und die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Beherrschung von Fremdsprachen in der Großregion vor. 2012 stand der Fremdsprachenunterricht in der Grund- und Sekundarstufe (allgemein bildend, technologisch und berufsbildend) im Vordergrund. Es handelt sich um einen ersten Abschnitt der Studie, die 2013 mit der Analyse des Sprachenbedarfs im Berufsleben und des Sprachunterrichts in der Erwachsenenbildung fortgesetzt werden soll.

Die staatliche Bildungspolitik in der Großregion befasst sich, ebenso wie in den meisten europäischen Ländern, mit den Herausforderungen des Fremdsprachenunterrichts für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Gebiete und die europäische Integration. Die Beherrschung von Fremdsprachen spielt für die persönliche Entwicklung und die Beteiligung an einer globalisierten Welt, die europäische Integration und das Völkerverständnis, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Vielseitigkeit der Arbeitnehmer, den sozialen Zusammenhalt und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle.

Da es keine Bestandsaufnahme aus neuerer Zeit für den Fremdsprachenunterricht in der Großregion gibt, gab die IBA dieses Jahr eine erste Studie zum Thema Fremdsprachenunterricht in der Grund- und Sekundarstufe in Auftrag. Die Arbeiten sollen 2013 mit der Analyse des Sprachenbedarfs im Berufsleben und des Sprachunterrichts in der Erwachsenenbildung fortgesetzt werden.

Hinweise zur Methodik:

Dieser erste Abschnitt der Studie stützt sich auf die Auswertung von Informationen im Zusammenhang mit der Organisation des Fremdsprachenunterrichts in den Bildungssystemen (die im Wesentlichen von den für die Grundausbildung zuständigen ministeriellen Stellen in der Großregion vorgelegt wurden) sowie auf Informationen, die im Rahmen von Gesprächen vor Ort mit Lehrkräften erfasst wurden. Der erste Teil der Arbeiten hatte zwei allgemeine Ziele: auf der einen Seite sollte der allgemeine Kontext abgesteckt werden, in dem der Sprachunterricht umgesetzt wird, und auf der anderen Seite wollte man die zu den Schülerzahlen pro Sprache verfügbaren statistischen Angaben erfassen, um dann Vergleiche zwischen den einzelnen Gebieten anzustellen. Die Studie musste relativ kurzfristig erstellt werden und sich auf unmittelbar verfügbare Angaben stützen, da die bereitgestellten Mittel keine Ad-hoc-Untersuchung zuließen.

Im ersten Abschnitt wird die Organisation der Bildungssysteme in den sechs analysierten Gebieten erläutert (sechs Gebiete und nicht fünf, da zwischen der französischsprachigen

und der deutschsprachigen Wallonie unterschieden wurde), wobei sich diese Gebiete in mehrfacher Hinsicht unterscheiden:

- ▶ sprachlich: die Situation ist unterschiedlich, je nachdem, ob es eine oder mehrere Amtssprachen in dem Gebiet gibt;
- ▶ demografisch: die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund ist ein Faktor, der die Bildungsstrategien beeinflusst;
- ▶ sozial: hier geht es vor allem um die Unterstützung jugendlicher Schulabbrecher, die die Amtssprache oder eine der Amtssprachen des Gebietes nicht beherrschen;
- ▶ wirtschaftlich: die historische Entwicklung bestimmter Produktionsaktivitäten und die Dichte des grenzüberschreitenden Handels erhöhen den Sprachenbedarf in der erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Bevölkerung des Gebietes.

Ferner ging es um eine Bestandsaufnahme der verfügbaren Informationen zu den vorherrschenden Sprachwahlen sowie zu den bei Abschluss der schulischen Laufbahn angestrebten Kenntnisständen. Die Studie zeigt, dass es keine genormten Informationen aus den Bildungsbehörden oder aus genormten Umfragen gibt (z.B. vom Typ PISA), die eine Analyse dieser beiden Aspekte ermöglichen. Ganz offensichtlich ist eine globale Zunahme des Fremdsprachenunterrichts in der Großregion zu beobachten, aber die verfügbaren Informationen erschweren einen Vergleich der bestehenden Situationen miteinander. Um Klarheit zu schaffen, war es zunächst erforderlich, Monografien für die einzelnen Gebiete zu erstellen. Leser, die sich eher für ein bestimmtes Gebiet interessieren als für den übergreifenden Bericht, können diese Monografien einsehen.

Die angestrebten Kenntnisstände bei Erreichen wichtiger Orientierungsstufen innerhalb der Bildungssysteme werden manchmal mit Hilfe des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GERS) ausgedrückt. Es kommt aber auch vor, dass sie in Form einer Liste mit detaillierten Angaben zum erworbenen Kenntnisstand erläutert werden, wobei in der schriftlichen und mündlichen Verständnis- und Ausdrucksfähigkeit diverse Standardsituationen unterschieden werden, in denen der Schüler seine sprachlichen Fähigkeiten unter Beweis stellt. In diesem Fall ist es nicht möglich, die auf der globalen Ebene des GERS erläuterten Kompetenzen ohne fachlich und zeitlich aufwändige Zusatzarbeit zu erfassen.

Nutzen und Grenzen der Studie über den Sprachunterricht in der Großregion:

Nach Abschluss der Studie verfügen wir über erste Informationen über die Schülerzahlen, die eine oder mehrere Fremdsprachen lernen (wobei das Augenmerk im Wesentlichen auf die Lehrpläne gelegt wird, denen die Mehrheit der Schüler folgt), aber die verfügbaren Informationen sind aus den vorstehend erläuterten Gründen nicht zwischen den einzelnen Gebieten vergleichbar. Ferner erwiesen sich die zahlenmäßigen Informationen bei Kontrollen zum Teil als inkohärent und mussten von Vertretern der Bildungsbehörden oder von den Verfassern der Arbeiten berichtigt werden.

Abgesehen von den Zahlen soll dieser erste Teil der Studie in erster Linie den aktiven Gestaltern im Beschäftigungs- und Ausbildungsbereich die Bildungssysteme der Großregion bekannt machen und die Vorgaben und Ziele erläutern, denen diese Bildungssysteme heute gegenüber stehen.

Strukturierung des zusammenfassenden Berichts über sämtliche Gebiete der Großregion:

Die kontextspezifischen Elemente, die für ein besseres Verständnis der von den Bildungsbehörden der Großregion ausgewählten Strategien für den Sprachunterricht erforderlich sind, werden im ersten Teil des Studienberichts vorgestellt. Die Informationen zur Struktur der Bildungssysteme (Organisation des Sprachunterrichts in der Grund- und Sekundarstufe) und zu den Zielen und Leitlinien des Fremdsprachenunterrichts werden im zweiten Teil des Berichts vorgestellt. Der dritte Teil enthält quantitative Angaben zu den Schülerzahlen im schulpflichtigen Alter, im Allgemeinen also vom Beginn der Grundschule bis zum Abschluss der Sekundarstufe II. Der vierte und letzte Teil des zusammenfassenden Berichts befasst sich mit den Verfahren und Methoden im Fremdsprachenunterricht und den Möglichkeiten, um die Effizienz der Sprachbildung zu erhöhen.

Alle Gebiete der Großregion investieren in Sprachunterricht, aber die jeweiligen sprachlichen Situationen sind uneinheitlich

Mehrsprachigkeit erscheint sämtlichen Akteuren der Großregion als absolute Notwendigkeit. Doch die politische, soziale und wirtschaftliche Lage der einzelnen Gebiete ist in vielerlei Hinsicht sehr unterschiedlich. Im Saarland ist die größte sprachliche Herausforderung das Erlernen von Französisch (neben Englisch, das überall unumgänglich geworden ist); durch die wachsenden Arbeitnehmerströme in Richtung Luxemburg entsteht jedoch mit dem Erlernen des Luxemburgischen ein neuer Bedarf.

Auch in Rheinland-Pfalz steigt auf Grund der Zunahme der Grenzgänger in Richtung Luxemburg (rund 26.900 Arbeitnehmer) das Interesse am Luxemburgischen, aber Englisch nimmt seit der amerikanischen Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg nach wie vor eine Führungsstellung ein. Die in unterschiedlichen Bereichen stark exportorientierte Wirtschaft des Bundeslandes erklärt, dass der Beherrschung dieser Sprache Vorrang eingeräumt wird.

Lothringen befindet sich in Bezug auf die Sprache des Nachbarlandes in der gleichen Situation wie das Saarland, in diesem Fall Deutsch und Luxemburgisch. Da es sich um eine der für ausländische Investitionen attraktivsten Regionen Frankreichs handelt, haben die Einwohner Lothringens aber auch großes Interesse an Fremdsprachen wie Englisch.

Die Besonderheit von Luxemburg sind seine drei Amtssprachen: Luxemburgisch, Französisch und Deutsch. Es ist aber auf Grund einer umfangreichen und vielschichtigen Einwanderung vor allem das Gebiet der Großregion mit den meisten Sprachen. Das Bildungssystem kämpft derzeit mit einer großen Herausforderung, nämlich der optimalen Ausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund, deren Muttersprache keine der Amtssprachen des Landes ist.

In der Wallonie zwingt das Vorhandensein von Sprachgemeinschaften (bei denen es sich um autonome föderierte politische Körperschaften handelt, die für Unterrichtsfragen zuständig sind) zur Unterscheidung zwischen dem französischsprachigen und dem deutschsprachigen Gebiet. In der französischsprachigen Wallonie stellt der Konflikt zwischen Flamen und Frankophonen eine Vielzahl von Herausforderungen, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann. Es sei lediglich darauf hingewiesen, dass die Wallonen sich mittlerweile ebenso wie die anderen Bürger der Großregion für Fremdsprachen interessieren und dass im Bildungssystem echte Bemühungen für das Erlernen der niederländischen und der englischen Sprache unternommen werden. In der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens ist die Amtssprache in Schulen, Behörden und Gerichten Deutsch. Aber die Bewohner dieser Region kommen schon früh mit anderen Sprachen in Berührung und die meisten sind mehrsprachig und sprechen fließend Französisch, Niederländisch und Englisch.

Die Strategien im Sprachunterricht müssen Ziele erreichen, die schwer in Einklang zu bringen sind.

Es gibt etliche Gemeinsamkeiten zwischen den Grundsätzen, die den Fremdsprachenunterricht in der Großregion strukturieren. So gilt für alle Gebiete der Großregion:

- ▶ Besondere Bedeutung wird Englisch als lingua franca beigemessen.
- ▶ Der Fremdsprachenunterricht muss in allen Unterrichtsstufen von der Grundstufe bis zur Oberstufe kontinuierlich und kohärent verfolgt werden. Die Sprachwahl ist nicht so wichtig wie die perfekte Beherrschung zumindest einer Fremdsprache, da anschließend der Transfer von einer Sprache auf eine andere einfacher ist.
- ▶ Unabhängig davon, ob er Wahl- oder Pflichtfach ist, muss der Sprachunterricht unterschiedliche Begabungen und Lebensläufe beim Erlernen von Sprachen sowie die individuellen Interessen der Schüler sowie ihre Fähigkeiten zum konzeptuellen Denken berücksichtigen, die sie in anderen Fächern entwickeln.
- ▶ Durch bilingualen Unterricht in nicht sprachlichen Fächern lässt sich das Erlernte festigen und ein praxisorientiertes Erlernen von Sprachen sicherstellen.
- ▶ Die Schüler müssen die Möglichkeit haben, Grundkenntnisse in mindestens einer zweiten Fremdsprache zu erwerben.
- ▶ In der Sekundarstufe II wird im Allgemeinen unterschieden zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung. Im allgemeinbildenden Zweig sollen die angestrebten Fremdsprachenkenntnisse die Hochschulreife verleihen.

In der Berufsbildung besteht das Ziel darin, die Fähigkeit zu erwerben, mit Hilfe von Sprachkenntnissen mit komplexen und vielschichtigen Situationen in der Arbeitswelt umzugehen. Allerdings ist die effektive Umsetzung bestimmter Grundsätze innerhalb der Bildungssysteme bisweilen problematisch, weil die Schüler nicht alle Sprachen lernen können, sondern sich für ein paar entscheiden müssen. Dass die Sprachen in Konkurrenz miteinander stehen, ist weniger das Resultat eines Chauvinismus der Sprachenlehrer, sondern ergibt sich vielmehr aus dem strukturellen Sprachenangebot in den Schulen (im Zusammenhang mit den zugeteilten Finanzmitteln) sowie aus dem Druck, der sowohl von den Produktionssystemen als auch von den Familien ausgeübt wird.

Hinzu kommt, dass bestimmte Zielsetzungen mit dem Sprachunterricht manchmal schwer vereinbar erscheinen. So wird von den Bildungssystemen der Großregion verlangt, einerseits die Ursprungssprachen und -kulturen bei Kindern mit Migrationshintergrund zu pflegen, und andererseits Kinder mit Migrationshintergrund zu integrieren, damit ihr schulischer Werdegang mit dem der Einheimischen vergleichbar ist (diese Erwartungen tragen der europäischen Politik für lebenslanges Lernen Rechnung). Luxemburg ist das Gebiet der Großregion, in dem dieses Spannungsverhältnis am stärksten ist, aber mit großer Wahrscheinlichkeit werden auch die anderen Gebiete angesichts der Anpassungen in den Migrationsbewegungen in Zukunft mit einer ähnlichen Situation konfrontiert sein.

Die Vielfalt der in der Grundschule erlernten Sprachen zeigt, dass der Integration der Schüler und dem sozialen Zusammenhalt des Landes Vorrang eingeräumt wird.

In den öffentlichen und privaten Schulen, die den offiziellen Lehrplänen der Bildungsbehörden der Großregion folgen, gewinnt Englisch zunehmend an Bedeutung. Es nimmt mittlerweile eine vorherrschende Stellung in Rheinland-Pfalz (93,8% der Schüler entscheiden sich dafür) und Lothringen ein (63,7% der Schüler; Deutsch steht an zweiter Stelle mit 35,4%, mit Ausnahme des Departements Moselle, wo Deutsch die Führungsstellung einnimmt mit einem Anteil, der mit dem lothringischen Anteil für Englisch vergleichbar ist). Französisch hält sich im Saarland auf einem hohen Niveau (97,7% der Schüler wählen es). Der Durchbruch der englischen Sprache ist auf dieser Stufe noch zurückhaltend. In Luxemburg werden die drei Sprachen des Landes in der vom Ministerium vorgesehenen Reihenfolge in der Schule gesprochen und gelernt: zuerst Luxemburgisch, dann Deutsch und Französisch ab Stufe 2.2. Alle Schüler in der öffentlichen und privaten Grundstufe, die sich an die offiziellen Lehrpläne halten, lernen und sprechen die drei Sprachen. Diese Situation ist in der Großregion einmalig.

Die französischsprachige Wallonie ist das Gebiet der Großregion, in dem der Fremdsprachenunterricht am spätesten eingeführt wird (systematisch aber der 5. Klasse). Niederländisch wird von zwei Dritteln der Schüler gelernt, die eine zweite Sprache lernen. Es liegt damit weit vor Englisch, für das sich auf dieser Stufe 30,3% der Schüler interessieren; Deutsch liegt weit abgeschlagen dahinter. In der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens lernen alle Schüler mit deutscher Muttersprache Französisch (dies entspricht 88,2% der Schüler in der Grundschule); umgekehrt lernen Schüler mit französischer Muttersprache (die eine Minderheit darstellen) Deutsch. Dieses auf die vorherrschenden Sprachen der Großregion begrenzte Spektrum, bei denen es sich um Pflicht- oder Wahlfächer handeln kann, zeigt, dass der Schwerpunkt in erster Linie gelegt wird auf:

- ▶ sozialen Zusammenhalt, wenn die Region oder das Land mehrsprachig ist (dies gilt für Luxemburg und die französisch- und deutschsprachige Wallonie). Sich innerhalb ein- und desselben Landes zu verstehen ist somit eine entscheidende Herausforderung;
- ▶ oder auf die Kenntnis der Sprache des Nachbarn, wenn die Regionen einsprachig sind (Moselle und Saarland).

Allerdings nimmt Englisch in Lothringen (mit Ausnahme des Departements Moselle) und angesichts der vorstehenden Erläuterungen in Rheinland-Pfalz eine Vorrangstellung ein.

In der Sekundarstufe führt die Möglichkeit, mehrere Sprachen zu lernen, dazu, dass Deutsch und Französisch sich gegenüber Englisch und anderen Sprachen behaupten können.

Auf dieser Stufe des Bildungswesens wird der Unterricht in modernen Fremdsprachen auf Grund der Möglichkeiten in allen Bildungssystemen der Großregion, mindestens zwei Fremdsprachen gleichzeitig zu lernen, und auf Grund der Unterscheidung zwischen allgemeinbildendem, technologischem und berufsbildendem Unterricht komplexer (wobei diese Unterscheidung mehr oder weniger früh in der Ausbildung erfolgen kann).

Die Vormachtstellung der englischen Sprache ist eindeutig, da so gut wie alle Schüler in Rheinland-Pfalz, Lothringen, Luxemburg und der DG Belgien diese Sprache entweder bereits in der Sekundarstufe I oder spätestens in der Sekundarstufe II lernen. Der Anteil der Jugendlichen, die Englisch lernen, ist im Saarland und der französischsprachigen Wallonie niedriger und liegt bei drei Viertel bzw. gut der Hälfte der Schüler. Trotzdem können sich die anderen Sprachen wie Französisch oder Deutsch im Saarland und in Lothringen behaupten, ebenso wie Niederländisch, das in der Sekundarstufe nach wie vor einen

wichtigen Teil des Sprachunterrichts der französischsprachigen Jugendlichen in der Wallonie darstellt.

Auf Basis der erfassten Informationen ist schwer abzusehen, wie die Zukunft dieser Sprachen aussehen wird. Die fehlende Konformität macht eine Analyse der Trends des vergangenen Jahrzehnts unmöglich. Zudem entwickeln sich auch andere als die in der Großregion gesprochenen Sprachen (wie Spanisch in Lothringen) oder stehen kurz vor dem Durchbruch (zum Beispiel Chinesisch). Aber auch seltener gewählte Sprachen (wie Italienisch) bieten auf den Arbeitsmärkten angesichts des Handels zwischen den verschiedenen Ländern interessante Möglichkeiten.

Im Übrigen konnte im Rahmen der Studie nicht genau geprüft werden, welchen Stellenwert Fremdsprachen in der Berufsbildung tatsächlich einnehmen. Zwar ist der Sprachenunterricht ein fester Bestandteil der Lehrpläne zahlreicher Zweige, in denen Zweisprachigkeit eine unabdingbare Voraussetzung für Beschäftigung ist. Aber die unzureichende Beherrschung von Konzepten in der Muttersprache ist beim Lernen einer anderen Sprache ein erhebliches Hindernis. Dabei steht in der gesamten Großregion, vielleicht mit Ausnahme der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, die Berufsausbildung ganz unten in der schulischen Hierarchie und die Präsenz der meisten Schüler in den berufsbildenden Zweigen lässt sich eher mit Schwierigkeiten in den allgemeinbildenden Zweigen erklären als mit einer Berufung oder einem echten Interesse an den erlernten Berufen. Diese eindeutige Feststellung lässt den Schluss zu, dass dringend pädagogische Methoden erprobt werden müssen, die diesen Schülern dabei helfen, ihre Sprachschwierigkeiten zu überwinden, und dass auch die Ausbildung der Lehrkräfte entsprechend verbessert werden muss.

Von den Befragten vorgeschlagene Verbesserungsmöglichkeiten für den Sprachunterricht

Im vierten Teil des zusammenfassenden Berichts werden die aktuellen Verfahren und Methoden im Fremdsprachenunterricht sowie interessante Möglichkeiten für die Verbesserung des Sprachunterrichts angesprochen. Wir verweisen auf folgende Empfehlungen:

- ▶ Organisation eines Lehrkräfteaustausches in nicht-sprachlichen Fächern im Rahmen flexibler Übereinkünfte, wobei alle Länder bzw. Regionen weiter ihre Mitarbeiter vergüten, die sich im Rahmen eines Austausches zu einem Lehrauftrag im Ausland befinden (Austausch von Lehrern für Geschichte, Mathematik, Elektrotechnik usw.);
- ▶ Wissenschaftliche Beurteilung der Effizienz bestimmter

Lehrmethoden für Sprachen, wobei es vor allem darum geht, wirksame Methoden zu finden die eine Optimierung der finanziellen Mittel ermöglichen, die auf Basis der erzielten Ergebnisse eingesetzt werden;

- ▶ Klarstellung mit den Arbeitgebervertretern der Art der erforderlichen Fremdsprachenkenntnisse für die in der Großregion am häufigsten angebotenen Arbeitsplätze. Durch eine präzisere Festlegung der im Beruf erforderlichen Sprachkenntnisse und Kompetenzen wäre es möglich, die Lehrpläne in der Berufsaus- und Weiterbildung für Erwachsene entsprechend anzupassen;
- ▶ Vereinheitlichung der Zeugnisse, die innerhalb der Bildungssysteme für Sprachen ausgestellt werden, um ungleiche Zugangsbedingungen zu bekämpfen (von einigen Ausnahmen abgesehen, werden sie von privaten Sprachschulen zu hohen Kosten ausgestellt).

Die Studie ermöglicht ferner die Beurteilung der umfassenden Bemühungen in weiten Teilen der Großregion, um Fremdsprachen immer früher einzuführen und attraktiv zu unterrichten, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf mündlichen Unterricht unter Nutzung von Kommunikationstechnologien (z.B. Walkman) oder Auslandsaufenthalte für Jugendliche gelegt wird. Die künftigen Generationen, die durch das Internet immer weltoffener werden, dürften von diesen Anpassungen der Bildungssysteme profitieren.

Strukturbericht zur Situation des Arbeitsmarktes in der Großregion

1. Methodische Vorbemerkungen

Der achte Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) zur Vorlage an den 13. Gipfel der Großregion aktualisiert das Berichtssystem zur kontinuierlichen Beobachtung der Arbeitsmarktsituation in der Großregion. Er schreibt die etablierte Strukturberichterstattung fort und folgt methodisch der mit den Netzwerkpartnern abgestimmten und in der Vergangenheit bewährten Vorgehensweise.

Die hierfür verwendeten Datengrundlagen basieren im Wesentlichen auf zwei Quellen: Zum einen sind dies Informationen der Statistischen Ämter der Großregion, die interregional vergleichbare Daten in dem gemeinsamen Statistikportal zur Verfügung stellen. Bestehende Datenlücken wurden dabei soweit als möglich durch das Bearbeiterteam geschlossen. Trotz sehr aufwändiger Recherchen und eigener ergänzender Berechnungen ist es aber nicht immer möglich, vergleichbare Daten für alle Teile der Großregion vorzustellen. Zusätzlich bzw. ergänzend werden Daten aus den Regionalstatistiken von Eurostat herangezogen.¹ Zu nennen ist hier insbesondere die Arbeitskräfteerhebung (AKE),² die auf europäischer Ebene die wesentliche Quelle vergleichbarer Informationen über die regionalen Arbeitsmärkte darstellt. Grundlage der als Stichprobenerhebung konzipierten AKE sind EU-weit harmonisierte Normen und Definitionen zu Beschäftigung, Erwerbslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit, die – im Unterschied zu den jeweils länderspezifischen Definitionen und Konzepten auf Basis gesetzlicher Bestimmungen – in einem in sich abgestimmten und harmonisierten System dargestellt werden, das internationale bzw. grenzüberschreitende Vergleiche ermöglicht.

Datenstand

Angesichts verschiedener Datenquellen und jeweils regionaler und nationaler Besonderheiten sind nicht für alle statistischen Angaben identische Zeiträume verfügbar. Aus diesem Grund ist es verständlich, dass hinsichtlich der Aktualität des verwendeten Datenmaterials Abstriche gemacht werden müssen. Das Bearbeiterteam hat sich um größtmögliche Aktualität bemüht; die verwendeten Daten beziehen sich im Wesentlichen auf die Jahre 2010 / 2011 und entsprechen – sofern nicht anders angegeben – dem Stand Mai bis Juli 2012.

Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitskräfteerhebung

Die oben genannten AKE-Daten sind für die einzelnen Teilräume der Großregion³ in der Eurostat-Regionaldatenbank im Internet abrufbar. Wie bei jeder Stichprobenerhebung können Stichprobenfehler allerdings nicht vollständig ausgeschlossen werden.⁴ Grundsätzlich

¹ Detaillierte Hinweise zu den Datenquellen sowie zu deren Möglichkeiten und Grenzen finden sich im Anhang des Berichts.

² Zu Konzept und Definitionen der EU-Arbeitskräfteerhebung siehe ebenfalls die Ausführungen im Anhang des Berichts.

³ Luxemburg = NUTS 0; Saarland = NUTS 1; Rheinland-Pfalz = NUTS 1; Wallonie = NUTS 1; Lothringen = NUTS 2.

⁴ Bei gewichteten und hochgerechneten Stichproben wie der Arbeitskräfteerhebung muss bei den errechneten Werten und Quoten eine gewisse Fehlertoleranz (Standardfehler) berücksichtigt werden, um die die errechneten Werte von den tatsächlichen Werten abweichen dürfen (vgl. hierzu die Regelungen der EU No. 577/98, Artikel 3, vom 9. März 1998 zur Organisation der Stichprobe der Arbeitskräfteerhebung).

sind auch weitere Aufschlüsselungen über Sonderauswertungen möglich, auf regionaler Ebene stoßen die Auswertungsmöglichkeiten aufgrund geringer Fallzahlen jedoch an ihre Grenzen. Daher sind bei der Interpretation der vorliegenden Daten folgende Punkte zu berücksichtigen:

Trotz gleicher Definitionen und Nomenklaturen ist die Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit des statistischen Datenmaterials zwischen den Teilräumen der Großregion nicht ohne weiteres gegeben. Nach wie vor sind Abweichungen in Folge national nicht verbindlicher Regelungen möglich. Dies betrifft beispielsweise die Zuordnung einzelner Betriebe zu den Wirtschaftszweigen oder die Erfassung jugendlicher Arbeitsloser unter 25 Jahren in der Wallonie / Belgien.⁵

- ▶ Aufgrund einer methodischen Umstellung weist Eurostat für die Arbeitsmarktstatistik jeweils eine historische Zeitreihe bis einschließlich 2001 aus sowie eine aktuelle Zeitreihe ab 1999.⁶ In Folge unterschiedlicher Berechnungsmethoden sind Abweichungen zwischen beiden Reihen nicht auszuschließen, weshalb nur auf die aktuellen Daten ab 1999 zurückgegriffen wird.
- ▶ Brüche sind in Zeitreihen jedoch nicht gänzlich zu vermeiden. Durch die Anpassung an den kontinuierlichen Erhebungsrhythmus weisen etwa die Daten für Lothringen und Luxemburg im Jahr 2003 einen solchen Bruch auf.
- ▶ Da das Erhebungskonzept der AKE auf die Bevölkerung und damit auch die Beschäftigten am Wohnort ausgerichtet ist, sind in den Beschäftigtenzahlen von Eurostat Grenzgänger nicht enthalten, die gerade in Luxemburg einen erheblichen Teil der Erwerbstätigen stellen.
- ▶ Mittlerweile nimmt auch die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG Belgien) an der AKE teil (NUTS 3-Ebene), so dass zumindest in Teilbereichen arbeitsmarktrelevante Zahlen in vergleichbarer Form auch für diesen Teilraum zur Verfügung stehen. Da aufgrund geringer Fallzahlen die Repräsentativität der AKE für die DG (v.a. für die Untergruppen) eingeschränkt ist, beruht der folgende Bericht auf amtlichen Daten, die auf Gemeindeebene (unterhalb NUTS 3) errechnet wurden.⁷ Allerdings konnte aufgrund fehlenden Personals 2011 und 2012 keine AKE-Befragung in der DG durchgeführt werden.

⁵ In Belgien haben Jugendliche unter 18 Jahren, die ihre Vollzeitschulpflicht erfüllt oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und keine Beschäftigung finden, die Möglichkeit nach einer Wartezeit von 155 Tagen finanzielle Unterstützungsleistungen zu erhalten. Die Wartezeit bis zum Beginn der ersten Auszahlung beginnt mit dem Tag der Anzeige der Arbeitslosigkeit beim Arbeitsamt, unabhängig davon, ob zwischenzeitlich eine Beschäftigung aufgenommen wurde. Aus diesem Grund dürften sich belgische Jugendliche häufiger arbeitslos melden als dies in den anderen Regionen der Fall ist. Am 01. November 2012 ist eine Arbeitslosenversicherungsreform in Belgien in Kraft getreten. Diese wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren auch auf den oben beschriebenen Sachverhalt auswirken.

⁶ Die historische Zeitreihe beruht auf der vor 2003 genutzten Berechnungsgrundlage, bei der auf Basis der Ergebnisse des zweiten Quartals Länderergebnisse hochgerechnet wurden. Die aktuelle Zeitreihe wird auf Grundlage von Jahresdurchschnittswerten berechnet – sofern Quartalsdaten vorliegen.

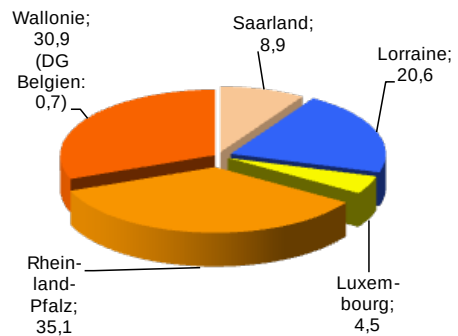
⁷ Bei den ausgewiesenen Zahlen ist allerdings Folgendes zu berücksichtigen: Die Daten zur Aktivitätsstruktur der DG wurden für die Jahre 2000 bis 2002 durch das IWEPS und ab 2003 durch den Steunpunt Werk en Sociale Economie (WSE) nach einer mit dem IWEPS abgestimmten Methode berechnet und geliefert. Unabhängig von der AKE muss mit Blick auf die Grenzgängerzahlen der DG Belgien angemerkt werden, dass anders als in den vorangehenden Jahren, in denen auch noch alternative Quellen ausgewertet wurden, seit dem Jahr 2007 das INAMI-RIZIV der einzige Lieferant für Grenzgängerstatistiken des Steunpunt WSE ist (de-

2. Demographische Entwicklung

2.1 Struktur und Entwicklung der Gesamtbevölkerung

Anfang 2011 lebten in der Großregion 11,4 Millionen Menschen was 2,3% der Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet der Europäischen Union (EU-27) entspricht. Mit vier Millionen Einwohnern ist Rheinland-Pfalz die mit Abstand bevölkerungsreichste Teilregion, gefolgt von der Wallonie mit knapp 3,5 Millionen Einwohnern. Zwei Drittel der Bevölkerung der Großregion haben ihren Wohnsitz in einer dieser beiden Regionen. An dritter Stelle folgt Lothringen, wo Anfang 2011 rund 2,35 Millionen Menschen und damit ein Fünftel der Einwohner im Kooperationsraum lebten. Auf die kleinsten Teilregionen Saarland und Luxemburg entfallen mit jeweils rund einer Million bzw. 511.840 Menschen 8,9% bzw. 4,5% der Bevölkerung in der Großregion, gefolgt von der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, die mit ihren 75.716 Einwohnern einen Anteil von 0,7% stellt.

Anteil der Regionen an der Gesamtbevölkerung der Großregion zum 1. Januar 2011 (in %)



Berechnungen IBA / OIE; Quelle:
 Saarland, Rheinland-Pfalz: Bevölkerungsfortschreibung.
 Lorraine: INSEE, Estimations de population et recensements de la population.
 Luxembourg: Population calculée par le STATEC.
 Wallonie / DG Belgien: Statbel, Statistiques démographiques; DGStat.

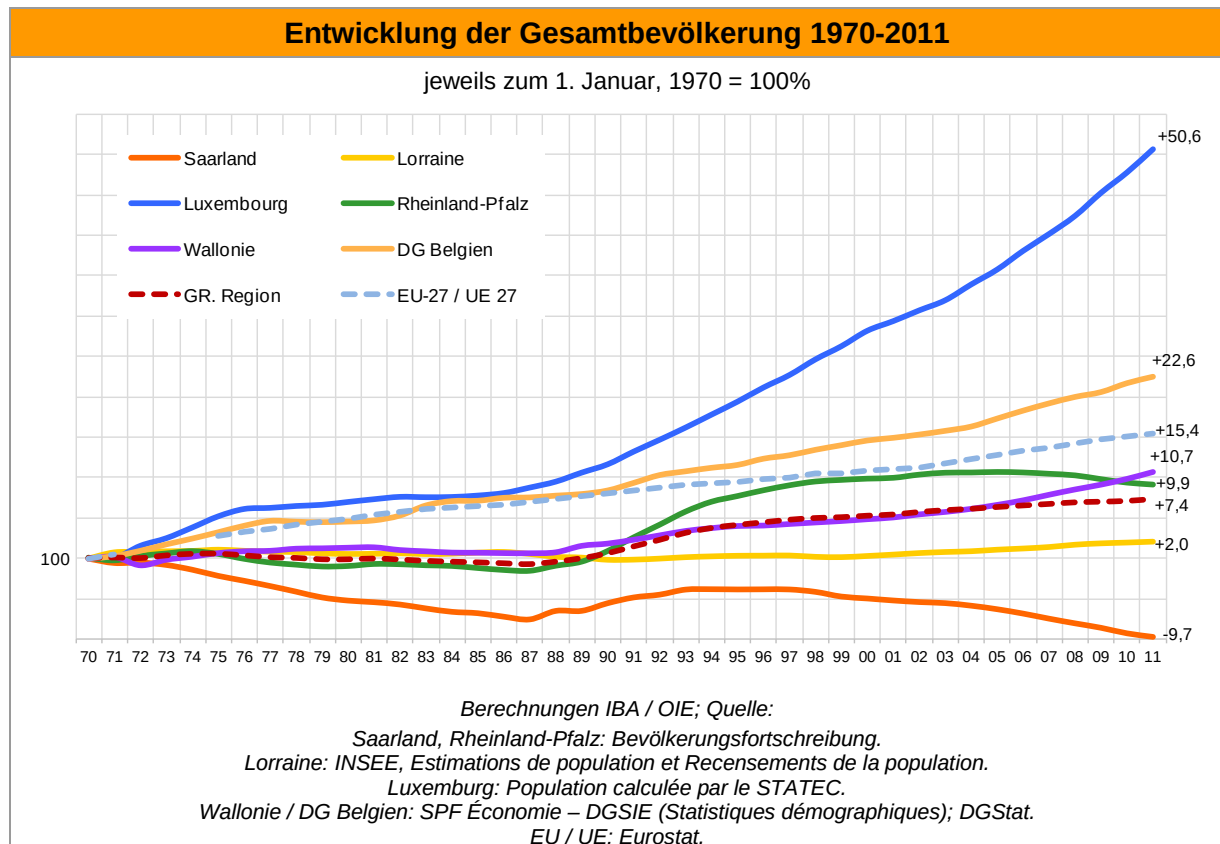
Langfristig positive Bevölkerungsentwicklung, aber schwächer als in der EU

Mit 11,4 Millionen hatte die Großregion Anfang 2011 rund 783.500 oder 7,4% Einwohner mehr als noch 1970. Der Bevölkerungszuwachs in der Großregion fiel damit deutlich schwächer aus als auf dem Gebiet der heutigen EU-27, wo sich im gleichen Zeitraum die Einwohnerzahl um 15,4% erhöht hat. Ausmaß und Zusammensetzung des Bevölkerungswachstums waren im Zeitverlauf aber sehr unterschiedlich. Betrachtet man die Entwicklung in der Großregion, so war von Beginn der 1970er Jahre bis 1987 zunächst ein fast kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen, der anschließend von einer Phase stetigen Bevölkerungswachstums abgelöst wurde. Dies gilt insbesondere für den Zeitraum bis 1997, in dem sich im Zuge der Ost-West-Wanderungen nach den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa die Bevölkerung der Großregion um rund 590.000 Menschen bzw. 5,6% erhöhte. Anfang 1994 überschritt die Einwohnerzahl im Kooperationsraum so auch erstmals die 11-Millionen-Grenze.

Seit Ende der 1990er Jahre deutlich verlangsamtes Bevölkerungswachstum

Beständige Zuwächse konnten ebenso in den Folgejahren verzeichnet werden, die sich aber seit dem Ende der 1990er Jahre merklich abschwächten. Dies verdeutlicht der Blick auf die Entwicklung seit der Jahrtausendwende: Von 2000 bis 2011 konnte nur noch ein Plus um 221.390 Einwohner bzw. 2% erzielt werden, was erneut merklich unter dem europäischen Mittel lag. Dort stieg die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 4,1% (EU-27), d.h. mehr als

doppelt so stark. Auch in jüngster Zeit wiederholt sich dieses Muster: Während sich die Einwohnerzahl in der EU-27 von 2009 bis 2011 um 0,6% erhöhte, fiel das Wachstum in der Großregion mit +0,3% nur halb so hoch aus.



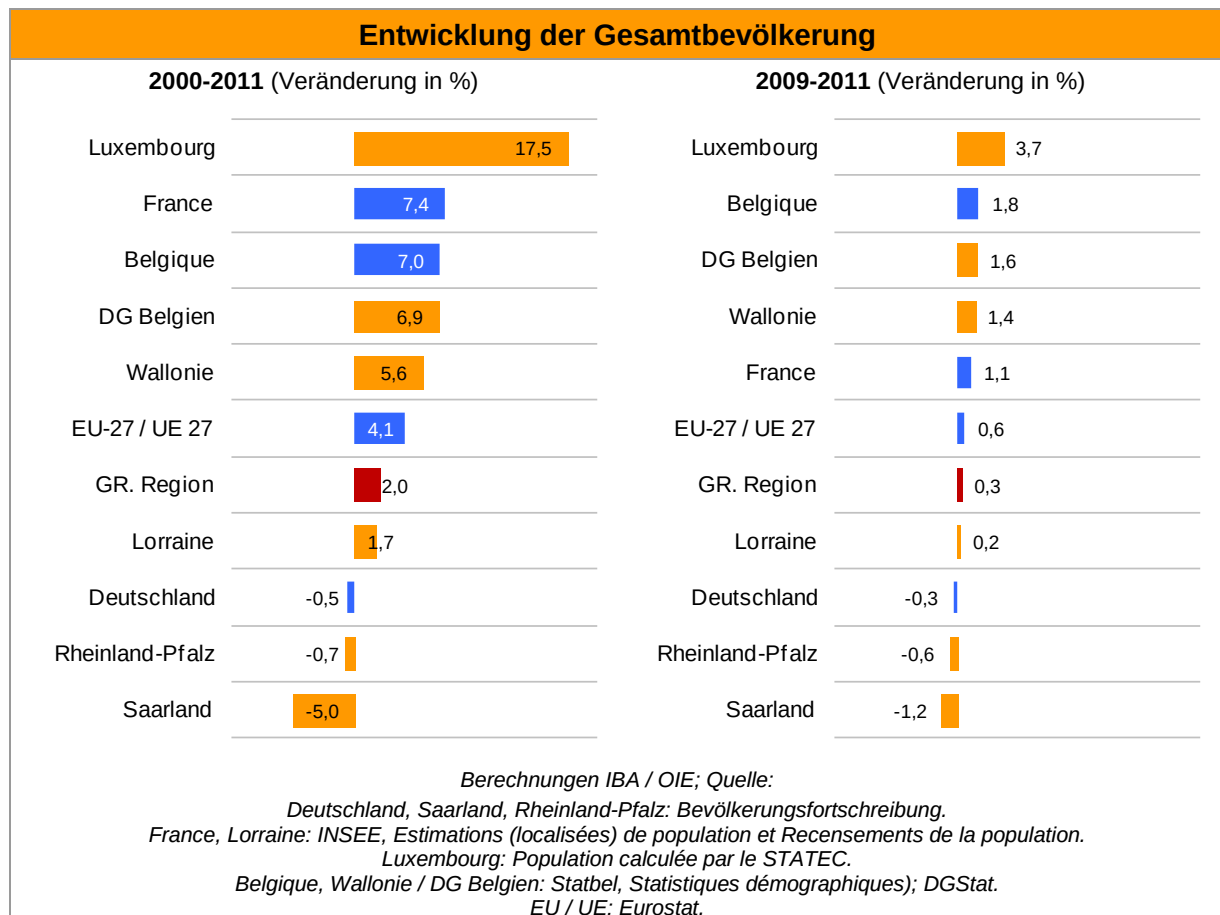
Stabile Zuwächse in Luxemburg, der Wallonie und der DG Belgien ...

Unterschiedliche demografische Trends zeigen sich auch zwischen den einzelnen Teilregionen im Kooperationsraum. Der in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachtende Bevölkerungszuwachs in der Großregion wurde vor allem getragen von der positiven Entwicklung in Luxemburg, Rheinland-Pfalz und der Wallonie (und hier auch von der DG Belgien), die damit die weitgehend stagnierende Einwohnerzahl in Lothringen und den Rückgang im Saarland ausgleichen konnten. Wird nur die Entwicklung seit der Jahrtausendwende betrachtet, so verzeichnen insbesondere Luxemburg (+17,5%) sowie die DG Belgien (+6,9%) und die Wallonie (+5,6%) ein stabiles – und im Falle des Großherzogtums nach wie vor weit überdurchschnittliches – Wachstum, das sich in allen drei Regionen seit 2004 sogar verstärkte.

... stagnierende oder rückläufige Einwohnerzahlen in Lothringen, im Saarland und in Rheinland-Pfalz

Mit einem Zuwachs von +1,7% zwischen 2000 und 2011 wies demgegenüber Lothringen eine nur schwache Wachstumsdynamik auf, die aber – anders als in früheren Jahrzehnten – über die ganze Dekade hinweg durchgängig positiv verlief. Als einzige Regionen des Kooperationsraums sind die beiden deutschen Teilgebiete dagegen mit schrumpfenden Einwohnerzahlen konfrontiert. Die Lage im Saarland ist bereits seit Anfang 1998 von einem Bevölkerungsrückgang geprägt, der sich nach einer leichten Entspannung zu Beginn der Jahrtausendwende seit 2005/2006 sogar wieder verschärft hat. Im Betrachtungszeitraum 2000 bis

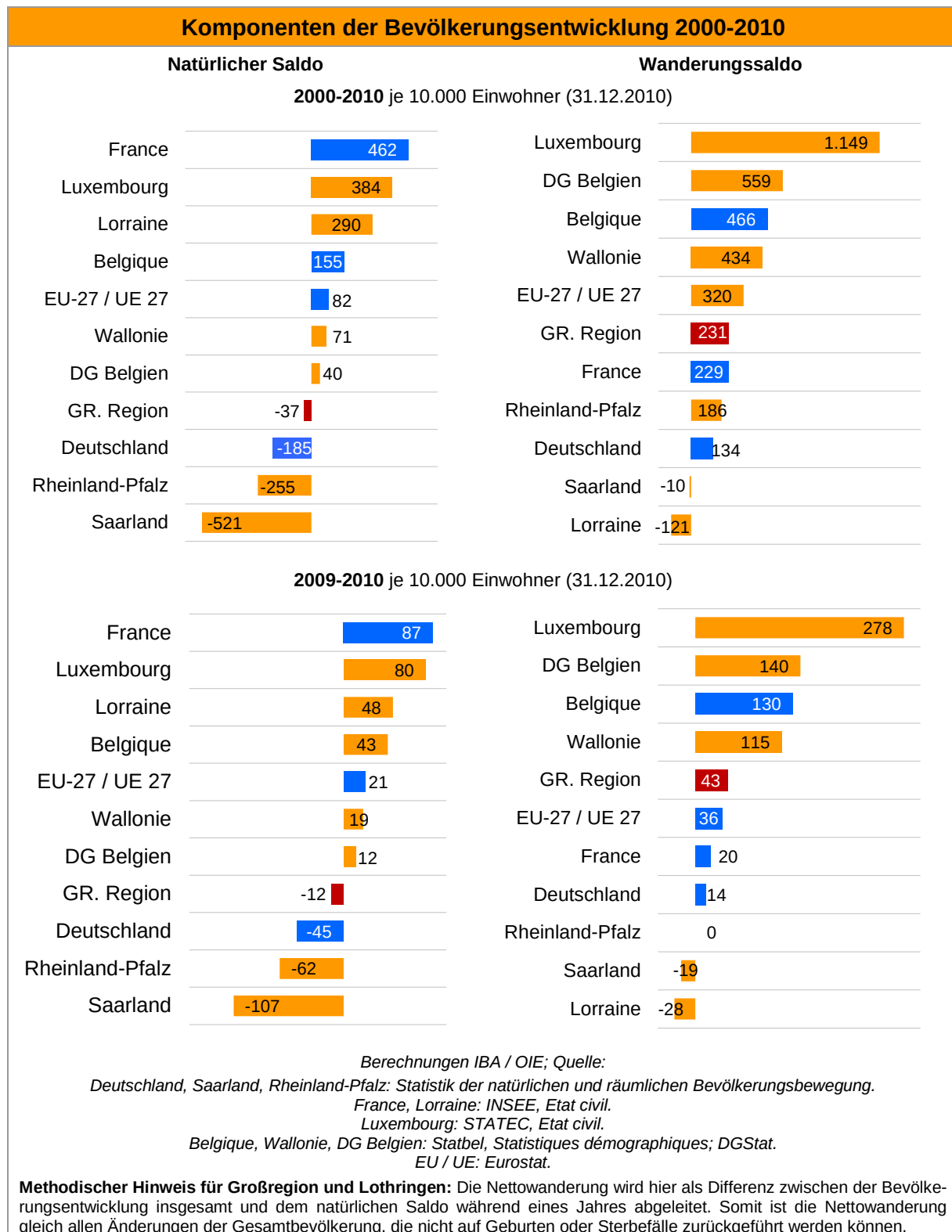
2011 wies so das Saarland mit einem Minus von insgesamt 5% die schlechteste Bevölkerungsbilanz aller Teilregionen auf. Merkwürdiger stellt sich demgegenüber noch die Situation in Rheinland-Pfalz dar. Das bevölkerungsreichste Teilgebiet der Großregion konnte bis Anfang 2005 stetige Zuwächse verbuchen und erzielte zu diesem Zeitpunkt auch mit 4.061.105 Menschen seinen Bevölkerungshöchststand. Anfang 2006 kam es jedoch erstmals seit 1987 zu einem Einwohnerrückgang. Dieser Trend setzte sich in der Folgezeit fort, wobei sich das Minus in den Jahren 2009 und 2010 noch verstärkte. Daher fiel in Rheinland-Pfalz auch die Gesamtbilanz über die gesamte Dekade hinweg negativ aus (-0,7%).



Seit 2002 natürliche Abnahme der Bevölkerung in der Großregion

Nicht nur das Ausmaß, sondern ebenso die Zusammensetzung des Bevölkerungswachstums in der Großregion und ihren Teilgebieten war im Zeitverlauf sehr unterschiedlich. Seit den 1970er Jahren werden im Kooperationsraum immer weniger Kinder geboren: Gab es 1970 noch mehr als 150.000 Geburten, so waren es 2000 lediglich rund 120.000 und 2010 nur noch 111.663 – der Rückgang des natürlichen Wachstums hat sich somit stetig vergrößert. Seit 2002 übersteigt in der Großregion zudem die Zahl der Sterbefälle die der Geburten, so dass es seitdem zu einer natürlichen Abnahme der Bevölkerung kommt. Im Jahr 2010 standen im Kooperationsraum 117.758 Sterbefällen insgesamt 111.663 Geburten gegenüber. Auf 10.000 Einwohner gerechnet starben also 5 Menschen mehr als geboren wurden – im Jahr 2000 gab es noch 3 Geburten mehr als Sterbefälle. Über den gesamten Zeitraum 2000 bis 2010 belief sich das Defizit des natürlichen Saldo auf 37 Personen je 10.000 Einwohner; in den beiden Jahren 2009 bis 2010 betrug das Minus 12 Personen je 10.000

Einwohner. Im Durchschnitt der 27 europäischen Mitgliedstaaten fiel die Bilanz dagegen sowohl in jüngster Zeit als auch in mittelfristiger Perspektive durchgängig positiv aus.



Zuwanderungen primäre Quelle des Bevölkerungswachstums im Kooperationsraum

Die dennoch positive Bevölkerungsbilanz der Großregion beruhte daher ganz überwiegend auf Wanderungsgewinnen, die bereits seit 1987 die wichtigste Komponente des Bevölke-

rungrungswachstums im Kooperationsraum darstellen. Bezogen auf 10.000 Einwohner sind im Jahr 2010 hochgerechnet insgesamt 28 Personen mehr in die Großregion zugezogen als abgewandert.⁸ Zwischen 2000 und 2010 lag der (abgeleitete) Wanderungsüberschuss bei insgesamt 231 Personen je 10.000 Einwohner. Wie schon beim natürlichen Saldo schneidet die Großregion somit auch bei den Wanderungsbewegungen ungünstiger ab als der Durchschnitt der 27 EU-Mitgliedstaaten. Beide Komponenten der Bevölkerungsentwicklung weisen dabei zwischen den einzelnen Teilgebieten der Großregion sehr große Unterschiede auf. Es sind vor allem die Zu- und Abwanderungen, die in Zeiten rückläufiger Geburtenraten und wachsender räumlicher Mobilität auf regionaler, nationaler wie internationaler Ebene die Bevölkerungsdynamik insgesamt bestimmen. Sie sind viel stärker als die natürliche Bevölkerungsentwicklung von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen abhängig und gelten daher nicht zuletzt als Indikator für die Attraktivität eines Landes bzw. einer Region. Wanderungen haben darüber hinaus aufgrund ihrer ausgesprochen selektiven soziodemografischen Struktur meist spürbare Effekte auf den Alterungsprozess und die Internationalisierung und beeinflussen so wesentlich Ausmaß und Richtung des demografischen Wandels.

Regional sehr unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerungsentwicklung

Von allen Teilgebieten der Großregion weist das **Saarland** die ungünstigsten demografischen Eckdaten auf. Die beständig schrumpfende Einwohnerzahl ist vor allem auf eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen. Bereits seit 1971 werden im Saarland Jahr für Jahr weniger Kinder geboren als Menschen sterben. Dieses Minus in der natürlichen Bevölkerungsbilanz hat sich seit der Jahrtausendwende zudem stetig vergrößert. Im Jahr 2010 sind hier je 10.000 Einwohner 51 Menschen mehr gestorben als geboren wurden – 2000 waren es erst 33 Personen. Über den gesamten Zeitraum 2000 bis 2010 belief sich das Geburtendefizit auf 521 Personen je 10.000 Einwohner; von 2009 bis 2010 gab es ein Minus von zusammen 107 Personen. Damit hatte das Saarland die schlechteste Bilanz der natürlichen Bevölkerungsentwicklung aller Teilregionen im Kooperationsraum. Während in der Vergangenheit der Gestorbenenüberschuss zumindest teilweise durch Wanderungsgewinne abgedeckt werden konnte, rutschte von 2004 bis 2009 auch die bis dato ohnehin schwache Bilanz der räumlichen Bevölkerungsentwicklung ins Minus und verstärkte zusätzlich den Einwohnerschwund. 2010 konnte allerdings wieder ein leichtes Plus verbucht werden: Bezogen auf 10.000 Einwohner sind 2 Personen mehr zugezogen als fortgezogen. Da aber gerade im Krisenjahr 2009 vergleichsweise hohe Wanderungsverluste zu verzeichnen waren, blieb auch die Bilanz der Jahre 2009 bis 2010 negativ (-19 Personen je 10.000 Einwohner). In der Gesamtbetrachtung der vergangenen Dekade fiel das Defizit aufgrund der Zugewinne in den Jahren 2000 bis 2003 schwächer aus und belief sich zusammen auf minus 10 Personen je 10.000 Einwohner.

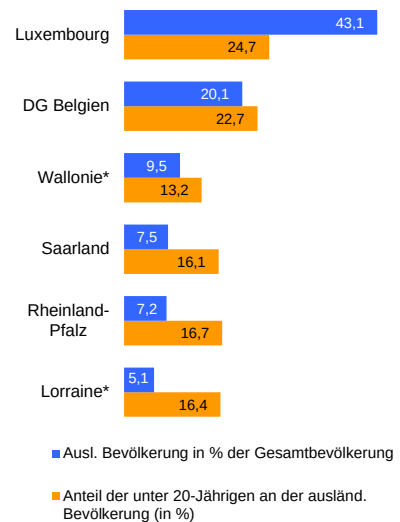
Diese Entwicklungen wirken sich auch auf den Anteil der ausländischen Bevölkerung aus: Stieg dieser vom Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre im Saarland noch von 4,5% auf rund 7%, so ist seitdem eine weitgehende Stagnation festzustellen. In den letzten zehn Jahren bewegte sich der Anteil der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der saarländischen Bevölkerung in einer Bandbreite von 7,3 bis 7,6% und beträgt aktuell, d.h.

⁸ Ableitung der Nettowanderung aus der Differenz zwischen der Bevölkerungsveränderung insgesamt und dem natürlichen Saldo während eines Jahres.

Anfang 2010, 7,5%. Etwas über die Hälfte aller Ausländer kommen aus EU-Staaten, 49,5% aus dem außereuropäischen Ausland. Die größte Gruppe stellen Personen italienischer Staatsangehörigkeit (23,4%), gefolgt von Türken (16,2%), Franzosen (8,3%) und Polen (4,6%). Rund 16% aller Ausländer sind jünger als 20 Jahre.

Anders strukturiert sind demgegenüber Ausmaß und Verlauf der Bevölkerungsbewegung in **Lothringen**. Die französische Region weist über Jahrzehnte hinweg einen beständigen Geburtenüberschuss auf. Infolge sinkender Geburtenraten geht dieser seit dem „Pillenknick“ der 1970er Jahre und einem kurzen Zwischenhoch in der ersten Hälfte der 1980er Jahre zwar kontinuierlich zurück, verläuft aber immer noch deutlich positiv. Mit einem Überschuss von 48 Geburten je 10.000 Einwohner in den Jahren 2009 bis 2010 bzw. 290 im Gesamtzeitraum 2000 bis 2010 lag Lothringen so auch im interregionalen Vergleich auf einer Spitzenposition, die nur von Luxemburg übertroffen wird. Anders als im Großherzogtum ist allerdings die natürliche Zunahme in Lothringen die primäre (und per Saldo einzige) Quelle des Bevölkerungswachstums. Als Folge der Strukturkrise ehemals dominanter Industrien weist die (abgeleitete) Wanderungsbilanz der französischen Region bereits seit Jahrzehnten ein stetiges Minus aus, das sich erst seit Ende der 1990er Jahre abgeschwächt hat.⁹ Im interregionalen Vergleich liegen die Verluste aber nach wie vor auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Bezogen auf 10.000 Einwohner haben von 2009 bis 2010 hochgerechnet 28 Menschen mehr die Region verlassen als zugezogen sind. Für den gesamten Zeitraum seit 2000 beläuft sich das Wanderungsdefizit auf 121 Personen je 10.000 Einwohner.

Ausländische Bevölkerung 2010 (zum 1. Jan.)



* Lothringen: Daten von 2009; Wallonie: Anteil der unter 20-Jährigen bezogen auf 2008.

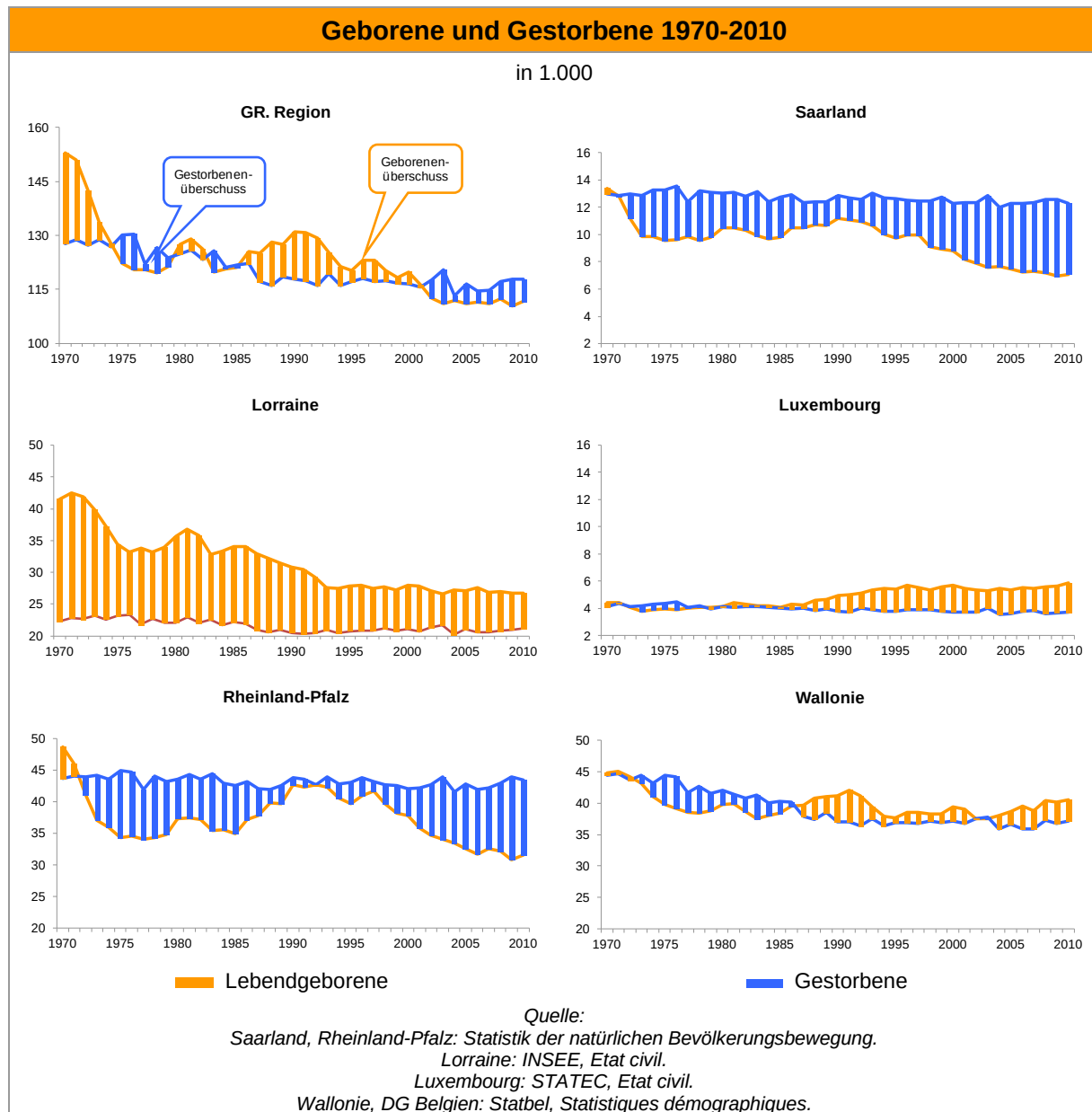
Berechnungen IBA / OIE; Quelle: Statistische Ämter der Großregion (Statistikportal); eigene Ergänzungen (Lor, Wal, DG) über INSEE, Statbel, WSR / ABEO.

Ähnlich wie im Saarland konzentriert sich in Lothringen die Abwanderung auf Personen im erwerbsfähigen Alter (und hier vor allem auf die jüngeren Altersgruppen), die sich insbesondere in Richtung der innerfranzösischen wirtschaftsstarken Zentren (speziell den Großraum Paris) orientieren. So dürfte auch die Abschwächung des Wanderungsdefizits in der vergangenen Dekade wesentlich durch den Umstand beeinflusst worden sein, dass im angrenzenden Luxemburg zahlreichen Lothringern als Grenzgänger attraktive Erwerbsmöglichkeiten offen stehen – und diese so in der Region gehalten werden. Darüber hinaus zieht die wirtschaftliche Dynamik des Großherzogtums auch Zuwanderer an, die sich dann auch auf lothringischer Seite in den grenznahen Gebieten niederlassen. Aufgrund der in der Gesamtbilanz gleichwohl eher geringen Einwanderung weist Lothringen mit einer Quote von 5,1% (2009) den niedrigsten Ausländeranteil aller Teilgebiete der Großregion auf. Auf einem eher mäßigen Niveau bewegt sich mit 16,6% (2009)¹⁰ ebenso der Anteil der unter 20-Jährigen an

⁹ Genaue Zahlen zu den Wanderungsbewegungen, insbesondere zu den Außenwanderungen, sind für Lothringen nicht verfügbar. Daher wurde hier die Nettowanderung aus der Differenz zwischen der Bevölkerungsveränderung insgesamt und dem natürlichem Saldo abgeleitet.

¹⁰ Aktuellere Zahlen für Lothringen nicht verfügbar.

der ausländischen Gesamtbevölkerung der französischen Region. Mehr als die Hälfte (55%) der Ausländer kommt aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union. Die beiden wichtigsten Herkunftsländer der Immigranten in Lothringen sind Italien (15,5%) und Algerien (13,5%). An dritter und vierter Stelle folgen die Türkei (11,4%) und Marokko (9,4%).¹¹



In **Luxemburg** verlaufen sowohl die natürliche Bevölkerungsentwicklung als auch die Wanderungsbewegungen bereits seit langem positiv. Hauptgrund ist die hohe Zuwanderung, die infolge der wirtschaftlichen Attraktivität des Landes mit seinem anhaltenden Arbeitskräftebedarf seit Ende der 1980er Jahre für Wanderungsgewinne sorgt, die europaweit Spitzenwerte erreichen. In den Jahren 2009 und 2010 kamen auf 10.000 Einwohner gerechnet 278 Personen mehr ins Land als abgewandert sind. Im Gesamtzeitraum von 2000 bis 2010 summiert sich der Wanderungsüberschuss auf 1.149 Personen je 10.000 Einwohner, d.h. die Nettozuwanderungsquote erreichte den mit Abstand höchsten Wert in der Großregion. Gleichzeitig sind die Zuwanderer wesentlich gebärfreudiger als die Luxemburger selbst und stabilisie-

¹¹ Zahlen jeweils von 2009.

ren bzw. erhöhen daher auch die natürliche Bevölkerungszunahme. Von 2009 bis 2010 lag die Zahl der Geborenen je 10.000 Einwohner um 80 Personen über der Zahl der Gestorbenen. Zwischen 2000 und 2010 belief sich der Geburtenüberschuss im Großherzogtum auf insgesamt 384 Personen je 10.000 Einwohner – weit mehr als in jeder anderen Teilregion des Kooperationsraums.

Aufgrund des beständigen Stroms an Zuwanderern weist Luxemburg zudem im interregionalen wie europäischen Vergleich den höchsten Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung auf: Lag dieser 1970 noch bei 18,4%, so betrug er Anfang 2010 schon 43,1%. Gleichzeitig ist knapp ein Viertel der ausländischen Bevölkerung im Großherzogtum jünger als 20 Jahre – ebenfalls ein Spitzenwert im interregionalen Vergleich. Differenziert nach Nationalitäten stellt die portugiesische Gemeinschaft mit einem Anteil von 36,9% die mit Abstand größte Gruppe, gefolgt von Franzosen (13,7%), Italienern (8,4%) und Belgiern (7,7%). Insgesamt stammen 86,1% der ausländischen Bevölkerung in Luxemburg aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union.

Wie das Saarland, so sieht sich auch **Rheinland-Pfalz** bereits seit Jahrzehnten mit einem chronischen Geburtendefizit konfrontiert, das seit einigen Jahren stetig größer wird. Auf 10.000 Einwohner gerechnet lag die Bilanz des natürlichen Saldos in den Jahren 2009 bis 2010 bei minus 62 Personen. Im Zeitraum von 2000 bis 2010 summiert sich das Defizit auf 255 Personen – also nicht ganz so ausgeprägt wie im benachbarten Saarland. Weit stärker als durch Geburten und Sterbefälle wird die Bevölkerungsentwicklung so auch in Rheinland-Pfalz durch Wanderungen bestimmt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen sind in der Geschichte des Landes bis 2007 immer mehr Menschen zugezogen als weggezogen. Besonders hoch waren die Wanderungsgewinne in den Nachkriegsjahren sowie Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre infolge der politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa.

In den vergangenen Jahren zeichnete sich die Entwicklung des Wanderungsgeschehens bei schwankenden Fortzügen jedoch durch tendenziell sinkende Zuzugszahlen aus. Dadurch hat auch der Wanderungssaldo in Rheinland-Pfalz stark abgenommen. Bereits seit 2005 können die Zuwanderungsgewinne das Geburtendefizit nicht mehr ausgleichen, so dass seitdem die Bevölkerungszahl insgesamt rückläufig ist. In den Jahren 2008 und 2009 war dann auch die Wanderungsbilanz im Minus. Wie im Saarland kam es 2010 aber wieder zu leichten Zugewinnen, die in Rheinland-Pfalz ausreichten, um die Verluste des Vorjahres wieder auszugleichen. Auch über die ganze Dekade hinweg schneidet Rheinland-Pfalz günstiger ab als der saarländische Nachbar: Von 2000 bis 2010 ergibt sich in der Summe immer noch ein Wanderungsgewinn von 186 Personen je 10.000 Einwohner.

Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung lag in Rheinland-Pfalz Anfang 2010 bei 7,2%. Der Anteil der unter 20-Jährigen an der ausländischen Bevölkerung betrug 16,7%. Knapp 61% der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit kommen aus einem Nicht-EU-Staat – die mit Abstand höchste Quote innerhalb der Großregion. Es handelt sich vorrangig um türkische Staatsangehörige, die Anfang 2010 mit einem Anteil von 23% auch die größte Gruppe der ausländischen Bevölkerung ausmachten. Mit deutlichem Abstand folgten Italiener (9,1%), Polen (7,7%) sowie Menschen aus der Russischen Föderation (3%).

Auch in der **Wallonie** sorgen vor allem die Wanderungsgewinne für eine weiterhin wachsende Einwohnerzahl. Gleichzeitig ergibt sich eine zwar schwache, aber insgesamt positive Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung. In der Langfristbetrachtung übersteigt nach einer langen Defizitphase seit 1987 die Zahl der Geburten wieder die der Sterbefälle – ein Trend, der lediglich 2003 kurzzeitig durchbrochen wurde. Bezogen auf den Zeitraum 2000 bis 2010 summierte sich der Geburtenüberschuss auf 71 Personen je 10.000 Einwohner (2009-2010: +19 Personen), womit die Wallonie im interregionalen Vergleich eine Position im Mittelfeld einnimmt. Ursächlich hierfür ist in erster Linie eine vergleichsweise hohe allgemeine Sterbeziffer, die sich eher in Richtung der beiden deutschen Teilgebiete im Kooperationsraum mit ihrem ungünstigeren Altersaufbau bewegt. Bei der allgemeinen Geburtenziffer liegt die Wallonie dagegen fast gleichauf mit den geburtenstarken Regionen Lothringen und Luxemburg.

Deutlich über dem Niveau der Großregion insgesamt bewegt sich ebenso die Wanderungsbilanz der Wallonie, die sich seit der Jahrtausendwende auf einen Gesamtsaldo von plus 434 Personen je 10.000 Einwohner beläuft. Nach einer vergleichsweise mäßigen Bilanz von Mitte bis Ende der 1990er Jahre verzeichnet die Wallonie seit 2001 stetig steigende Wanderungsgewinne, die gerade in jüngster Zeit vergleichsweise hoch ausfielen. Bezogen auf 10.000 Einwohner waren so im Jahr 2010 in der Wallonie 62 Menschen mehr zugezogen als abgewandert – deutlich mehr als noch im Jahr 2000 (14 Personen). Von 2009 bis 2010 summierten sich die Zugewinne auf 115 Personen je 10.000 Einwohner. Beim Wanderungsgeschehen dürfte die Wallonie nicht zuletzt von den angrenzenden wirtschaftsstarken Gebieten profitieren. Neben Luxemburg ist dies vor allem die Metropole Brüssel, die viele, gerade auch ausländische Zuwanderer anzieht, die häufig im umliegenden „Speckgürtel“ entweder in Flandern oder in der Wallonie ansässig werden. Im innerbelgischen Vergleich orientieren sich die internationalen Migrationsströme gleichwohl in erster Linie in Richtung der Hauptstadtregion Brüssel, gefolgt von Flandern.

Anfang 2010 betrug der Ausländeranteil an der wallonischen Gesamtbevölkerung 9,5%. Rund 13% sind jünger als 20 Jahre. Differenziert nach Herkunftsgebieten stammen mehr als drei Viertel der ausländischen Bevölkerung aus Staaten der Europäischen Union. Italiener stehen mit einem Anteil von gut einem Drittel klar an erster Stelle, gefolgt von Franzosen mit rund einem Fünftel, den Deutschen mit etwas über 5% und den Marokkanern mit 4,7%. Die rund 17.000 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit sind dabei mehrheitlich in der DG Belgiens ansässig; lediglich rund 6.000 Deutsche wohnen im französischen Sprachraum.

Einen gegenüber der Wallonie höheren Bevölkerungsanstieg weist ebenso die **DG Belgien** auf. Mit einem natürlichen Saldo von 40 Personen je 10.000 Einwohner im Zeitraum von 2000 bis 2010 lag die insgesamt nur rund 75.200 Bewohner zählende Region dabei aber unter dem wallonischen Mittelwert. Im Vergleich zur großregionalen Entwicklung schnitt die DG Belgien jedoch aufgrund der immer noch positiven Bilanz über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg deutlich besser ab. Dieses Ergebnis ist wegen der unterdurchschnittlichen Geburtenrate vor allem auf die im interregionalen Vergleich relativ niedrige allgemeine Sterbeziffer zurückzuführen. Bei weitgehend stabiler Entwicklung der Sterblichkeit hat sich in den letzten Jahren die Zahl der Geborenen aber kontinuierlich verringert, so dass auch der

natürliche Saldo stetig gesunken ist und teils sogar unter negativen Vorzeichen stand.¹² Bezogen auf 10.000 Einwohner wies die DG Belgien im Jahr 2000 so noch einen Geburtenüberschuss von 15 Personen aus, während 2010 die Zahl der Geborenen nur noch um 3 Personen über der Zahl der Gestorbenen lag (2009: plus 9 Personen).

Dementsprechend sind ebenso in der DG Belgien die Migrationsgewinne Hauptquelle des Bevölkerungswachstums. Der Saldo aus Zu- und Abwanderungen beläuft sich für den Zeitraum von 2000 bis 2010 auf 559 Personen je 10.000 Einwohner – lediglich Luxemburg erreicht hier innerhalb der Großregion einen höheren Wert. In der DG Belgien sorgen insbesondere die Zuzüge aus dem angrenzenden Deutschland (vor allem aus dem Raum Aachen, Köln, Bonn) für die positive Wanderungsbilanz. Auch die wirtschaftliche Attraktivität des benachbarten Großherzogtums, das eine kontinuierlich steigende Zahl von Grenzgängern aus der DG Belgien verzeichnet, trägt zu den Wanderungsgewinnen bei. Mit einem Ausländeranteil von einem Fünftel erzielt die DG Belgien im interregionalen Vergleich so auch einen weit überdurchschnittlichen Wert, der nur von Luxemburg nochmals deutlich übertroffen wird. Aufgrund der spezifischen Zuwanderungsstruktur stellen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit die mit Abstand größte Gruppe in der ausländischen Bevölkerung (74,3%). Es folgen die Niederländer (5%) sowie mit 1,3% Menschen aus Luxemburg. Insgesamt kommen 88% der ausländischen Bevölkerung aus EU-Ländern, 7,4% sind nicht-EU-Europäer.

Bevölkerungswachstum rund um wirtschaftsstarke Gebiete und entlang der Hauptverkehrsachsen

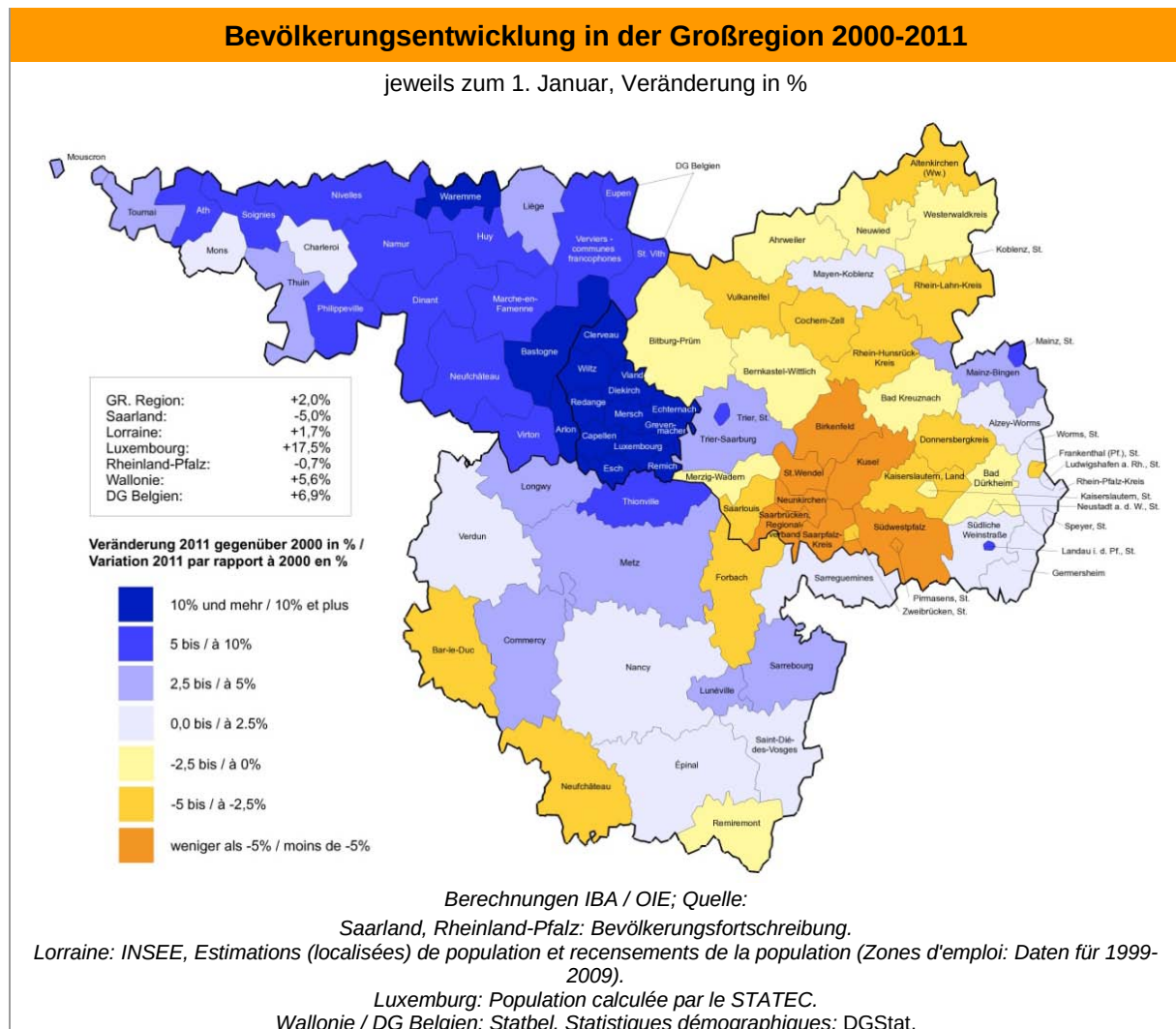
Die teils gegenläufigen Bevölkerungsentwicklungen in den einzelnen Teilgebieten der Großregion sind zugleich Ausdruck unterschiedlicher sozioökonomischer Bedingungen – Zusammenhänge, die sich markanter noch auf kleinräumiger Ebene illustrieren lassen. Bevölkerungszunahmen sind seit der Jahrtausendwende so insbesondere im Einzugsbereich der wirtschaftsstarken Gebiete – auch über die Grenzen der Großregion hinweg, in der Nähe der regionalen Oberzentren, rund um die großen Universitätsstandorte an den Rändern der Großregion sowie entlang der Autobahnen zu verzeichnen. In den weniger zentral gelegenen oder ungünstiger angebundenen Regionen sowie in strukturschwachen Gebieten sind dagegen die Einwohnerzahlen im Betrachtungszeitraum 2000 bis 2010 zum Teil deutlich gesunken. Besonders hohe Verluste gab es in Teilen der Westpfalz (insbesondere in Pirmasens und Kusel mit -11,8% bzw. -8,3%), in Birkenfeld im Hunsrück (-7,7%) sowie im saarländischen Landkreis Neunkirchen (-7,3%). Auch das übrige Saarland sowie Gebiete am Mittelrhein, in der Eifel und in Teilen Lothringens (vor allem Bar-Le-Duc und Neufchâteau) verzeichneten im Betrachtungszeitraum eine schrumpfende Bevölkerung, allerdings nicht ganz so ausgeprägt. In der Wallonie sind die Einwohnerzahlen zwar in allen Arrondissements durchgängig gestiegen, wobei der Zuwachs insbesondere in Charleroi (der größten Stadt der Großregion) und Mons mit einem nur mäßigen Plus von 1,5% bzw. 1,6% aber weit unter dem Durchschnitt der belgischen Region verblieb.

Starke Bevölkerungszuwächse in den an Luxemburg angrenzenden Gebieten

Im Kerngebiet der Großregion sorgt vor allem die wirtschaftliche Anziehungskraft Luxemburgs für steigende Einwohnerzahlen – im Land selbst wie auch in vielen angrenzenden Ge-

¹² Der natürliche Saldo fiel in der DG Belgien in den Jahren 2003, 2004, 2006 und 2007 negativ aus.

bieten. Absoluter Spitzenreiter im Großherzogtum – und auch im Kooperationsraum insgesamt – war der Kanton Vianden im landschaftlich attraktiven Norden des Landes, der seit dem Jahr 2000 ein Bevölkerungswachstum von mehr als 58% erzielte. Alle übrigen Kantone verzeichnen Zunahmen zwischen 10,2% (Kanton Diekirch) und 26,4% (Kanton Clervaux). Hohe Lebenshaltungskosten und steigende Immobilienpreise führen allerdings zu einem stetigen Zuzug in die an Luxemburg angrenzenden Gebiete. Besonders deutlich wird dies in den Arrondissements Arlon und Bastogne, die seit der Jahrtausendwende mit Zuwächsen von 12,6% bzw. 12% beträchtlich über dem wallonischen Durchschnitt liegen.



Gegen den regionalen Trend: Steigende Einwohnerzahlen im Raum Trier

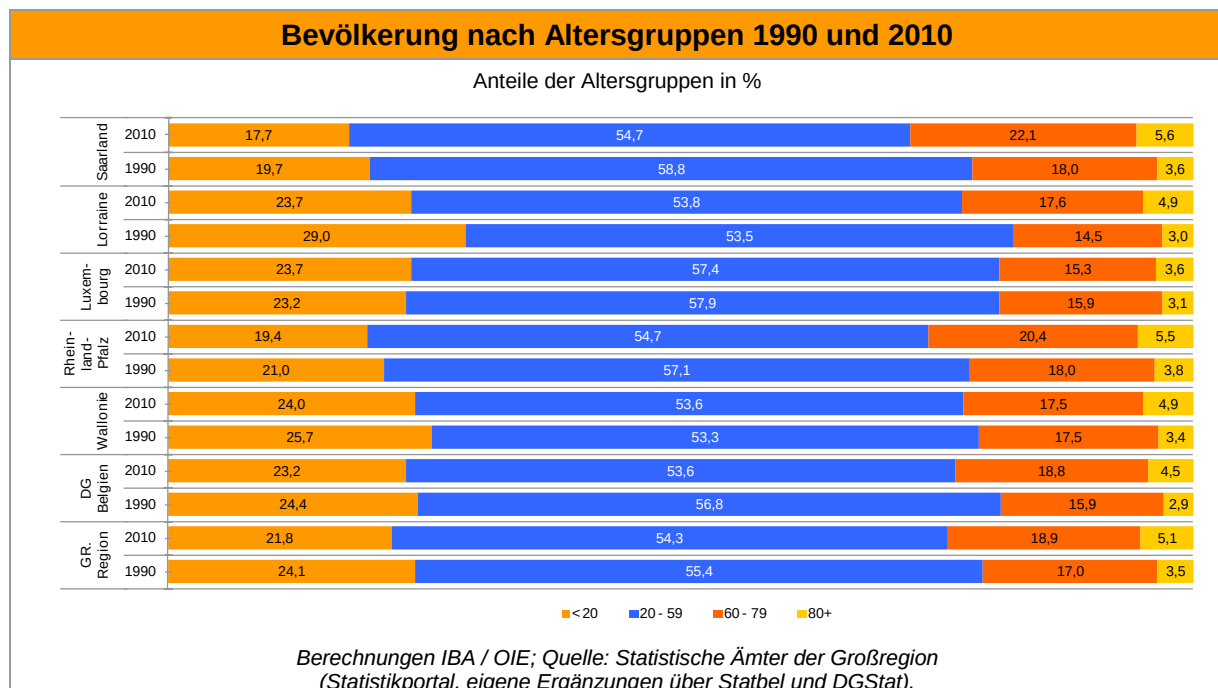
In Rheinland-Pfalz führt die wirtschaftliche Attraktivität Luxemburgs vor allem in der Stadt Trier sowie im Kreis Trier-Saarburg zu steigenden Bevölkerungszahlen, die als einzige Gebiete im Westen von Rheinland-Pfalz eine positive Entwicklung aufweisen. Hinter Mainz (+8,8%) und Landau in der Pfalz (+6,9%) erreichte die Stadt Trier¹³ dabei im Landesvergleich mit einem Plus von 5,4% ein weit überdurchschnittliches Ergebnis (Trier-Saarburg:

¹³ In der Stadt Trier – ebenso wie in Mainz und Landau – ist ein Teil des Bevölkerungszuwachses in jüngster Zeit allerdings auch auf den Sondereffekt der Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer zurückzuführen, die insbesondere viele Studierende veranlasst hat, ihren jeweiligen Nebenwohnsitz in einen Hauptwohnsitz umzuwandeln.

+3,1%). Auf saarländischer Seite wirkt sich der Zuzug einer steigenden Zahl von Luxemburgern (und auch Deutschen) im ländlich geprägten Merzig-Wandern positiv auf die Entwicklung der Bevölkerungszahlen aus. Gegen den Trend wächst insbesondere die Grenzgemeinde Perl im Dreiländereck zwischen Luxemburg, Frankreich und Deutschland. Der Kreis Merzig-Wadern insgesamt verzeichnet dagegen parallel ein Minus. Ähnliche Effekte sind in den lothringischen Gebieten nahe der luxemburgischen Grenze auszumachen, wie z.B. in Thionville (+5,3%) oder in Longwy (+4,9%). Die Anziehungskraft des luxemburgischen Arbeitsmarktes beschränkt sich in Lothringen allerdings nicht nur auf die Grenzgemeinden im Norden der französischen Region, sondern hat sich schon seit einigen Jahren entlang der Hauptverkehrsachsen deutlich nach Süden hin ausgeweitet.

Fortschreitende demografische Alterung der Bevölkerung

Weitaus stärker als durch Veränderungen in ihrer Gesamtzahl ist die Bevölkerungsentwicklung bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch Verschiebungen in der Altersstruktur gekennzeichnet. Der Geburtenrückgang einerseits und die steigende Lebenserwartung andererseits führen europaweit zu einer dauerhaften Veränderung der Bevölkerungsstruktur in Richtung höherer Altersjahre. Dieser Alterungsprozess ist die eigentliche Herausforderung des demografischen Wandels: Einer stetig zunehmenden Zahl älterer Menschen stehen immer weniger Jüngere gegenüber. Dementsprechend verändern sich auch die Relationen zwischen Alt und Jung: So ist auf Ebene der Großregion der Anteil der unter 20-Jährigen zwischen 1990 und 2010 von 24,1% auf nunmehr 21,8% gefallen, während parallel die Altersgruppe der über 60-Jährigen von 20,5% auf 24% gestiegen ist. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (20- bis 59-Jährige)¹⁴ hat sich aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boom-Generation, die derzeit noch voll im Erwerbsleben steht, nur relativ geringfügig von 55,4% auf 54,3% verringert.

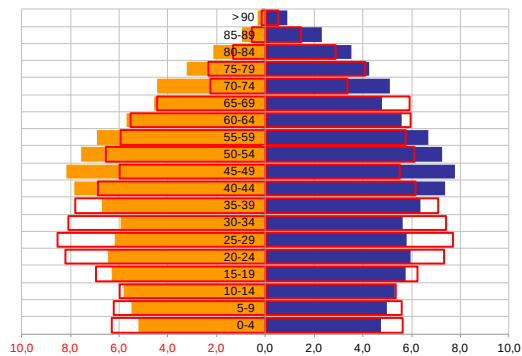


¹⁴ In der Großregion wird das erwerbsfähige Alter weiterhin in der Abgrenzung von 20 bis (unter) 60 Jahren definiert.

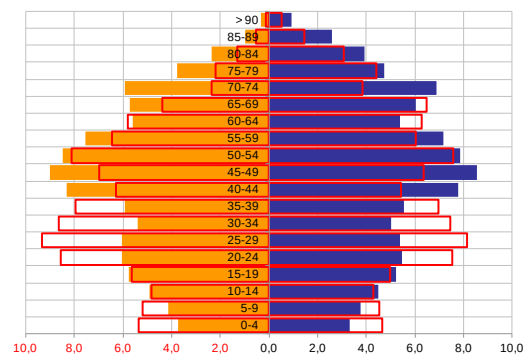
Alterspyramide der Bevölkerung 1990 und 2010

in % der männlichen / weiblichen Gesamtbevölkerung (zum 1. Januar)

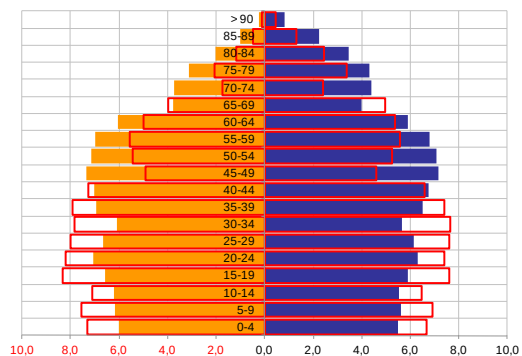
GR. Region



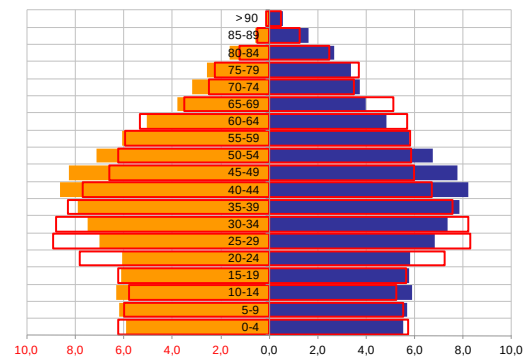
Saarland



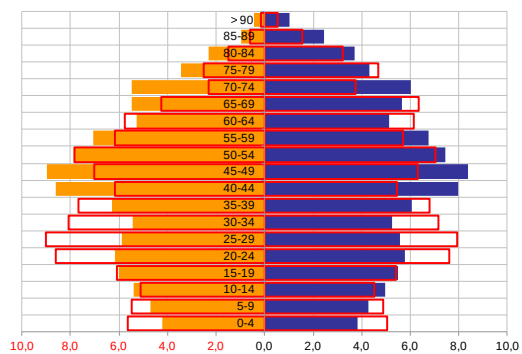
Lorraine



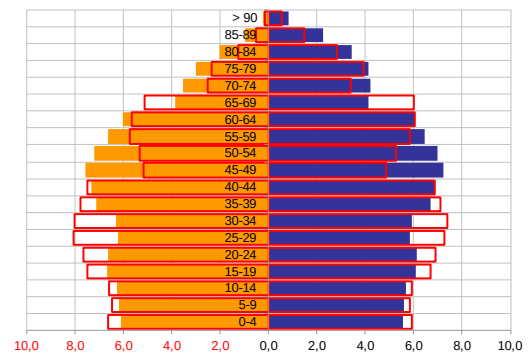
Luxembourg



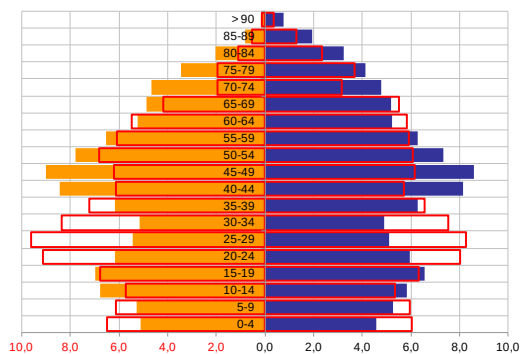
Rheinland-Pfalz



Wallonie



DG Belgien



1990

Männer

Frauen

Berechnungen IBA / OIE; Quelle: Stat. Ämter der Großregion (Statistikportal, eigene Ergänzungen über Statbel, DGStat).

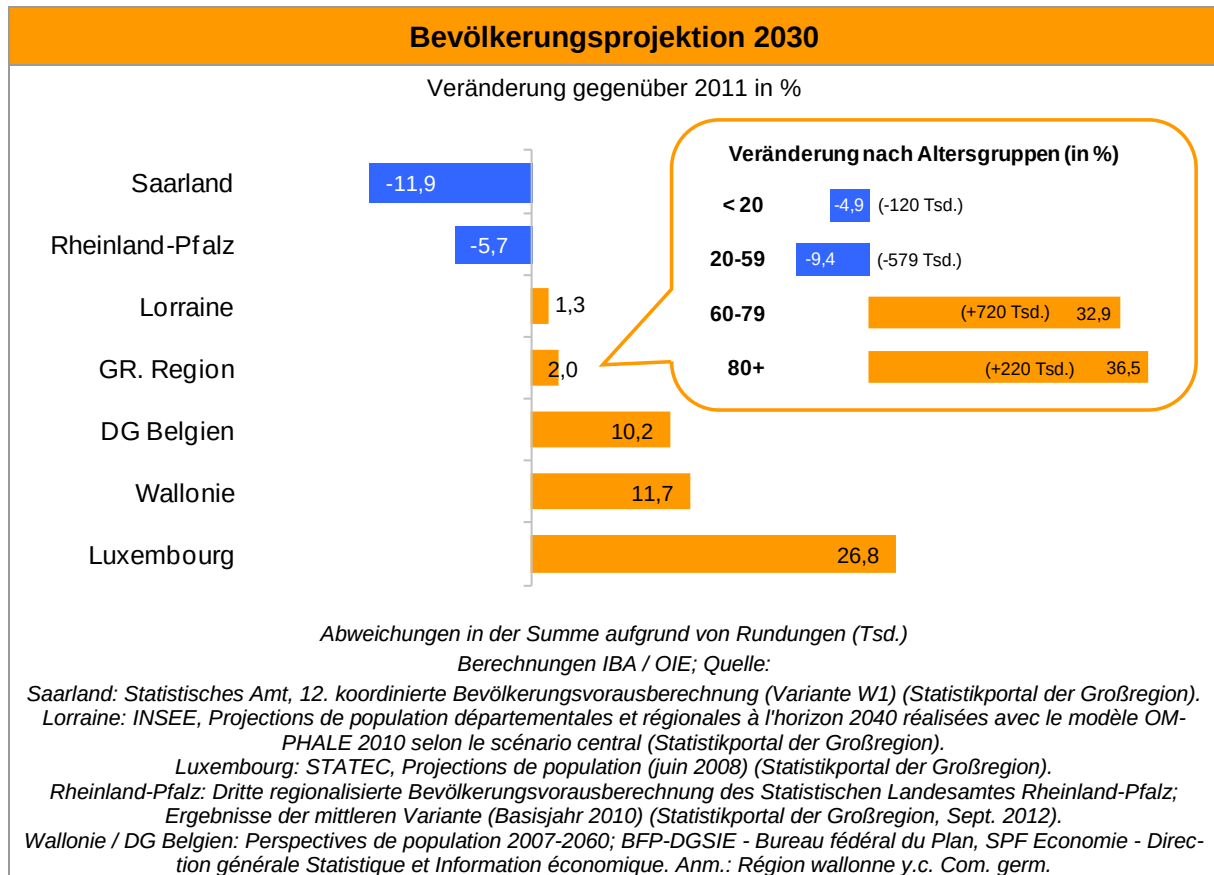
Deutsche Regionen am stärksten betroffen

Am stärksten vom Alterungsprozess betroffen sind die beiden deutschen Regionen, wobei insbesondere das Saarland eine ungünstige Altersstruktur aufweist. Die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus treten noch klarer zutage, wenn die sogenannte Alterspyramide betrachtet wird, die längst keine Pyramidenform mehr aufweist. Deutlich wird dabei, dass auch die anderen Teilregionen mit ihren höheren Geburtenraten von der zunehmenden Alterung der Bevölkerung nicht ausgenommen bleiben. In allen Regionen wird die Gruppe derer, die sich im Rentenalter befindet, immer größer, während die jüngeren Altersgruppen immer mehr ausdünnen. Mit diesen altersstrukturellen Verschiebungen ändert sich auch das Verhältnis zwischen der Generation im erwerbsfähigen Alter, die potenziell dem Arbeitsmarkt und damit für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung steht, und den noch nicht bzw. nicht mehr im Erwerbsleben stehenden Personen. Lediglich im wirtschaftsstarken Luxemburg bleibt aufgrund der hohen Zuwanderung der Anteil der Jüngeren weitgehend konstant; gleichzeitig wächst jedoch die Gruppe der über 80-Jährigen.

2.2 Bevölkerungsprojektionen

Während frühere Projektionen für die Großregion bereits in naher Zukunft eine Trendwende der bis dato positiven Bevölkerungsentwicklung erwarten ließen, so fallen die aktualisierten Zahlen günstiger aus: Danach wird auch in den nächsten zwei Jahrzehnten die Einwohnerzahl weiter anwachsen und im Jahr 2030 werden voraussichtlich 11.643.500 Menschen im Kooperationsraum leben.¹⁵ Gegenüber 2011 ergibt sich so ein erwarteter Zuwachs von insgesamt 2% oder 231.500 Einwohnern. Das sind fast so viele wie derzeit in der Stadt Trier und dem umgebenden Landkreis Trier-Saarburg zusammen wohnen (aktuell 246.900). Wie bereits in der Vergangenheit dürfte dabei auch in Zukunft das Bevölkerungswachstum im Kooperationsraum schwächer ausfallen als auf dem Gebiet der EU-27, wo für den Zeitraum von 2010 bis 2030 auf Basis der aktuellen Projektionen von Eurostat mit einem Plus von 4,3% eine merklich günstigere Entwicklung ausgewiesen wird (ohne Grafik- oder Tabellenausweis).

¹⁵ Bis 2031 wird die Bevölkerung in der Großregion weiter zunehmen und mit 11.644.000 Einwohnern ihren vorläufigen Höchststand erreichen, um dann schrittweise bis 2040 auf 11.593.500 zurückzugehen.

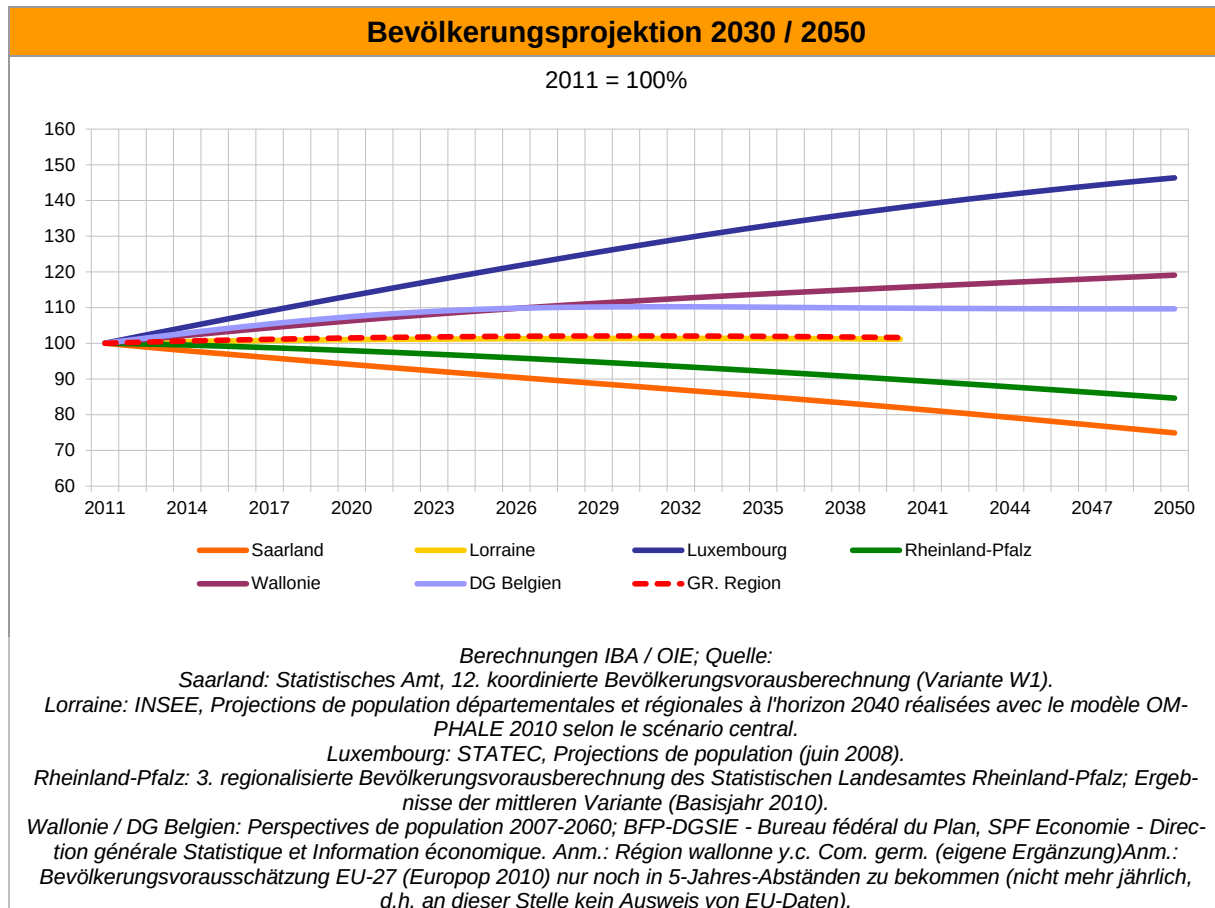


Saarland und Rheinland-Pfalz bis 2030 mit Bevölkerungsrückgängen ...

Innerhalb der Großregion lassen die vorliegenden Projektionen sehr unterschiedliche Entwicklungsdynamiken erwarten. Danach wird sich insbesondere im Saarland der Bevölkerungsrückgang auch zukünftig fortsetzen, und zwar – so die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung¹⁶ – in einem noch stärkeren Maße als in den bisherigen Projektionen: Anfang 2011 lebten im Saarland rund eine Million Menschen; bis zum 1. Januar 2030 werden es 120.800 oder 11,9% weniger sein. Bereits im Laufe des Jahres 2013 wird die Einwohnerzahl an der Saar unter die Millionengrenze sinken und bis Anfang 2030 auf dann nur noch 894.100 Menschen abnehmen. Auch in Rheinland-Pfalz wird sich der Bevölkerungsschwund zukünftig weiter fortsetzen, wenngleich nicht so ausgeprägt wie im Saarland: Nach den Ergebnissen der dritten regionalisierten Vorausberechnung wird die Einwohnerzahl im Januar 2012 die Vier-Millionengrenze unterschritten haben und bis Anfang 2030 dann auf 3,77 Millionen Menschen zurückgehen – fast 228.000 Einwohner weniger als noch Anfang 2011 (-5,7%).¹⁷

¹⁶ Zugrunde gelegt wurde die Variante W1. Bei dem Verweis auf einzelne Jahre ist zu berücksichtigen, dass – wie in der Großregion üblich – jeweils der 1. Januar verwendet wurde und nicht wie in Deutschland auf den 31.12. Bezug genommen wurde. Aus dem 31.12.2010 wurde so z.B. der 01.01. 2011.

¹⁷ Die im Juli 2012 präsentierte dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung zeigt in der Gesamtentwicklung nur wenige Änderungen gegenüber früheren Projektionen. In kleinräumiger Betrachtung stellt sich dieses Bild jedoch etwas anders dar: Hier schneiden nun die kreisfreien Städte Landau, Mainz und Trier sowie die Landkreise Mainz-Bingen und Trier-Saarburg bis 2030 besser ab als früher. Sie sind damit die einzigen Gebiete in Rheinland-Pfalz, für die mittelfristig ein Bevölkerungszuwachs erwartet wird (vgl. <http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/pm/2012/Kernaussagen.pdf>).



... übrige Teilregionen, vor allem Luxemburg, mit deutlichen Zuwächsen

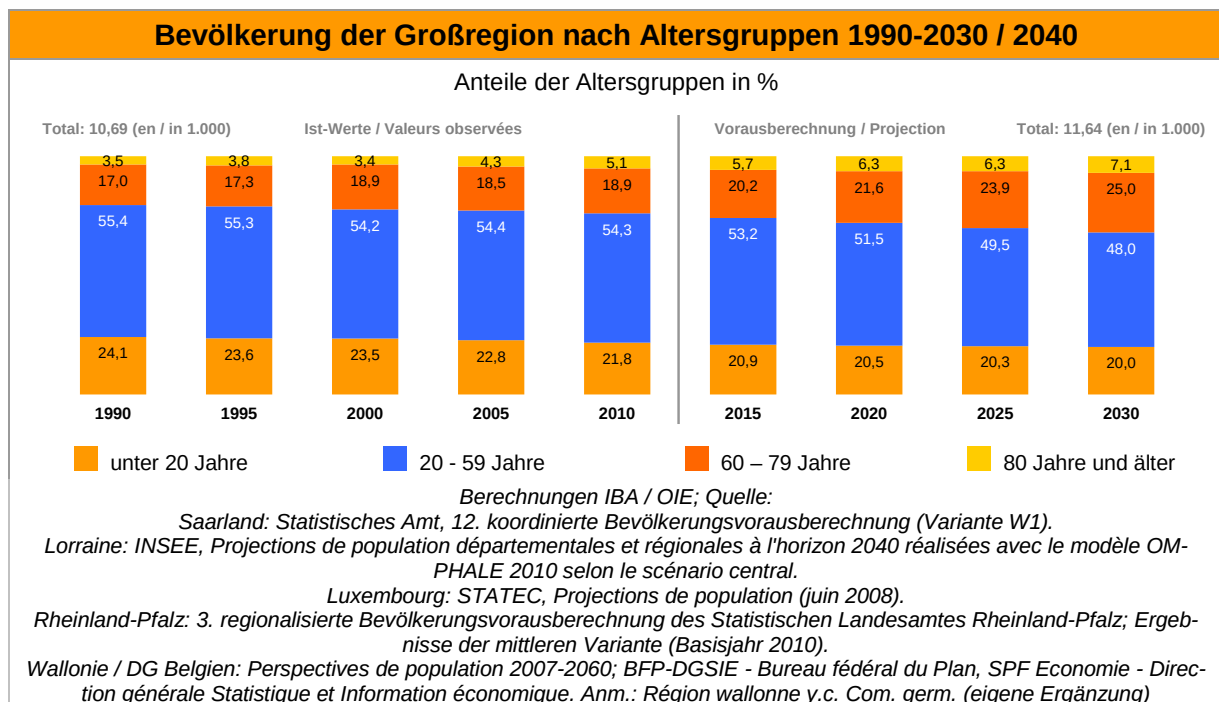
Eine gegenläufige Entwicklung in Form eines weiteren Bevölkerungswachstums erwarten Lothringen, die Wallonie, die DG Belgien und vor allem Luxemburg. Die aktuelle Prognose für Lothringen fällt dabei günstiger aus als in den vergangenen Jahren: Wurden früher bereits in der laufenden Dekade Einwohnerverluste ausgewiesen, so rechnet man nun bis über das Jahr 2030 hinaus mit moderaten Zuwächsen. Insgesamt sollen 2030 rund 2,39 Millionen Menschen in Lothringen leben – 31.000 oder 1,3% mehr als Anfang 2011. Die bis 2040 reichenden Vorausberechnungen erwarten im Jahr 2033 einen Höchststand von 2,391 Millionen Einwohnern, der in der Folgezeit entweder stagniert oder durch leichte Rückgänge geprägt sein wird. Von einer durchgängig positiven Entwicklung bis zum derzeitigen Prognosehorizont 2060/2061 gehen dagegen die beiden belgischen Regionen sowie Luxemburg aus. Bezogen auf den Betrachtungszeitraum 2011 bis 2030 fallen die Zuwächse in diesen drei Teilgebieten des Kooperationsraums nicht nur erheblich höher aus als in Lothringen, sondern liegen auch deutlich über dem Durchschnitt der 27 EU-Mitgliedstaaten.

In der Wallonie soll so die Bevölkerung im Jahr 2030 bis auf 3,94 Millionen Menschen ansteigen. Im Vergleich zu 2011 entspricht dies einem Zuwachs von 412.500 Personen (+11,7%). Mit Beginn des Jahres 2025 wird die belgische Region so auch vermutlich erstmals die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz übersteigen, das bis dato das bevölkerungsreichste Gebiet der Großregion darstellt. Eine in der Gesamtbilanz ähnliche positive Entwicklung wird für die DG Belgien mit einem Plus von 10,2% angenommen. Hier wird vermutlich Anfang 2016 erstmals die Grenze von 80.000 Einwohnern überschritten und bis 2030 wird mit einer Bevölkerungszahl von rund 84.400 Menschen gerechnet. Luxemburg erwartet auf

Basis hoher Geburtenraten und eines anhaltenden Zuwandererstroms bis 2030 sogar ein Plus von 26,8% oder 136.700 Personen auf dann knapp 646.000 Einwohner. Das Großherzogtum gehört damit innerhalb der Europäischen Union wohl auch zukünftig zu den Ländern mit dem größten Bevölkerungswachstum.

Schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial bei wachsender Gesamtbevölkerung

Als Folge rückläufiger Geburtenraten und einer längeren Lebenserwartung werden sich europaweit die bereits heute erkennbaren altersstrukturellen Verschiebungen weiter fortsetzen und die Relationen zwischen Jung und Alt massiv verändern. Treffen die Prognosen ein, wird in der Großregion die Zahl der Menschen im Alter von 60 Jahren und mehr bis 2030 um rund 940.000 Personen steigen – gegenüber 2011 ein Plus von rund 39%. Diese Altersgruppe wird dann ein Drittel der Gesamtbevölkerung umfassen; aktuell ist es knapp ein Viertel. Zahlenmäßig rückläufig entwickeln sich dagegen die Erwerbsbevölkerung und die nachrückenden Generationen: Für die derzeit vorrangig im Erwerbsleben stehende Altersgruppe der 20- bis unter 60-Jährigen wird bis 2030 ein Minus von 9,4% bzw. 579.000 Personen erwartet; die Zahl der unter 20-Jährigen soll sich um 4,9% bzw. 120.000 Personen verringern. Ihre jeweiligen Anteile an der Bevölkerung in der Großregion werden damit von derzeit 54,1% bzw. 21,5% auf dann 48% und 20% abnehmen – eine Entwicklung, die durch das bisherige generative Verhalten bereits vorgezeichnet ist. Denn die geburtenstarken Jahrgänge wachsen mittlerweile aus ihrer reproduktiven Phase heraus und die nachfolgende Elterngeneration ist zahlenmäßig schwächer besetzt.



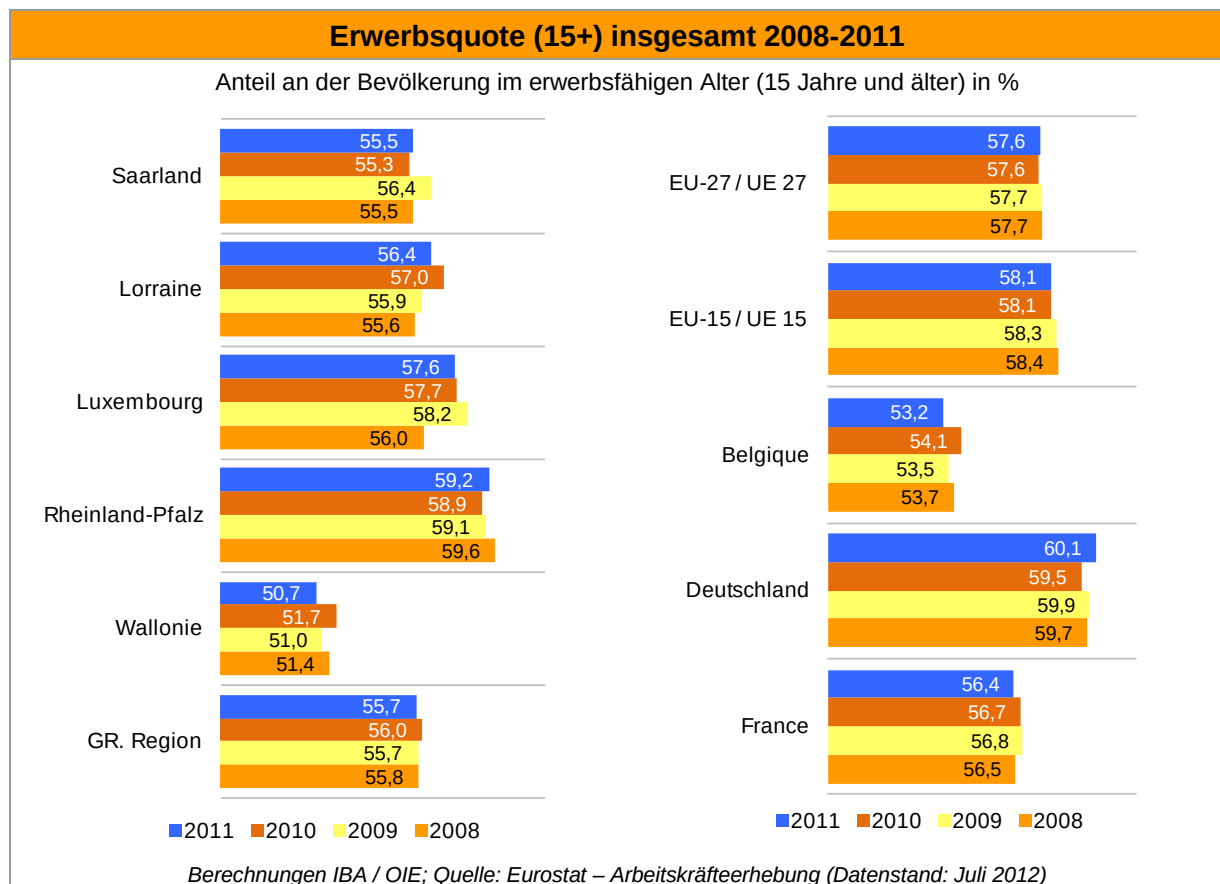
Das Erwerbspersonenpotenzial in der Großregion wird somit bei immer noch wachsender Gesamtbevölkerung nicht nur weiter altern, sondern auch der Schrumpfungsprozess setzt sich fort. Mit dem sukzessiven Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge wird sich dieser Trend noch verstärken. Die Deckung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs kann daher immer weniger über das Bevölkerungswachstum erfolgen, sondern bedarf – neben Zuwanderungs- gewinnen – vor allem der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Personengruppen, die bislang

am Arbeitsmarkt unterrepräsentiert waren. Ob und in welchem Maße es gelingen wird, das heimische Arbeitskräftepotenzial durch die verstärkte Integration erwerbsloser Jugendlicher und die bessere Nutzung der Qualifikationen von Frauen, Migranten und älteren Menschen optimaler auszuschöpfen, wird entscheidend für die Bewältigung des demografischen Wandels sein. Dies gilt aus der Perspektive der Fachkräftesicherung ebenso wie mit Blick auf die Lastenverteilung der sozialen Sicherungssysteme. Denn zukünftig werden der Bevölkerung im Erwerbsalter immer mehr Personen gegenüberstehen, die nicht erwerbstätig sind. Dieses Verhältnis von „Aktiven“ zu „Inaktiven“ wird durch den sogenannten Gesamtquotienten abgebildet, der sich aus der Summe des Jugend- und Altenquotienten ergibt: Kamen 2010 auf 100 Erwerbsfähige noch 83 Nichterwerbstätige, so wird deren Zahl bis 2030 auf gut 92 Personen steigen.

3. Erwerbsquote

Nach den Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung umfasste im Jahr 2011 die Erwerbsbevölkerung in der Großregion fast 5,3 Millionen Personen. Der weitaus größte Anteil entfiel dabei mit 38,5% auf Rheinland-Pfalz, gefolgt von der Wallonie mit 27,9%, Lothringen mit 20,0% und dem Saarland mit 9,2%. In Luxemburg schließlich wohnten 4,5% aller Erwerbspersonen im Kooperationsraum.

Die Erwerbsquote gibt den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an.



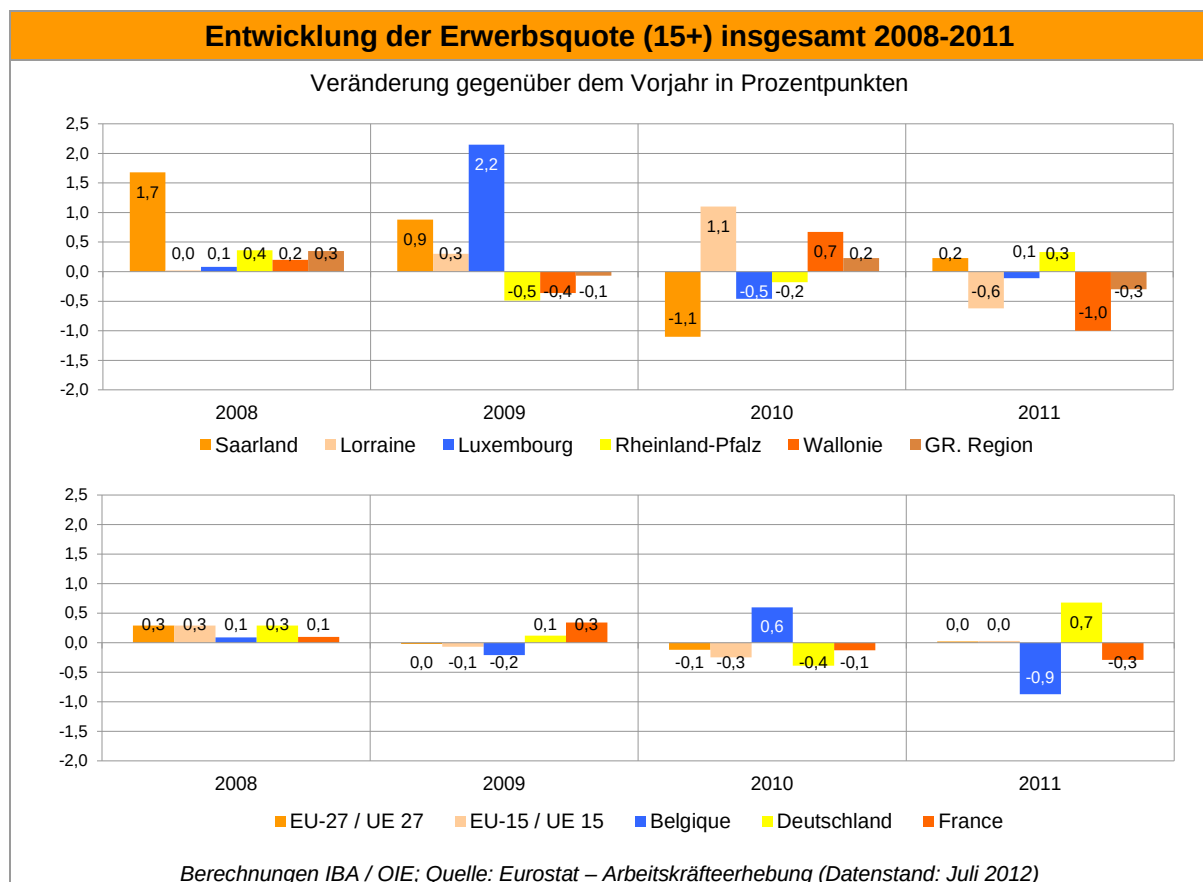
Schwankende Erwerbsquoten innerhalb der Großregion

Für die Großregion insgesamt lag die Erwerbsquote 2011 bei 55,7% und damit noch knapp zwei Prozentpunkte unter dem Wert der EU-27 (57,6%). Damit ist der Abstand zu Europa im Zeitraum 2008-2011 stabil geblieben. In den Teilräumen hat sich die Erwerbsquote seit 2008 sehr unregelmäßig entwickelt. Ein genereller Trend ist nicht auszumachen. Die Wallonie und Lothringen verzeichneten im Jahr 2009 zum Beispiel einen deutlichen Rückgang und Luxemburg verbuchte in diesem Jahr die höchste Quote des Beobachtungszeitraums. In den deutschen Regionen stieg 2011 die Quote leicht an, während sie im Rest der Großregion im Vergleich zum Vorjahr rückläufig war.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Erwerbsquote in der Großregion hat Rheinland-Pfalz, wo die Erwerbsquote 2011 mit 59,2% deutlich über dem großregionalen und europäischen Mittel

lag. Im interregionalen Vergleich konnte lediglich Luxemburg mit 57,6% annähernd gut abschneiden, während die übrigen Teilgebiete Raten unterhalb der Durchschnittswerte der EU aufzeigten.

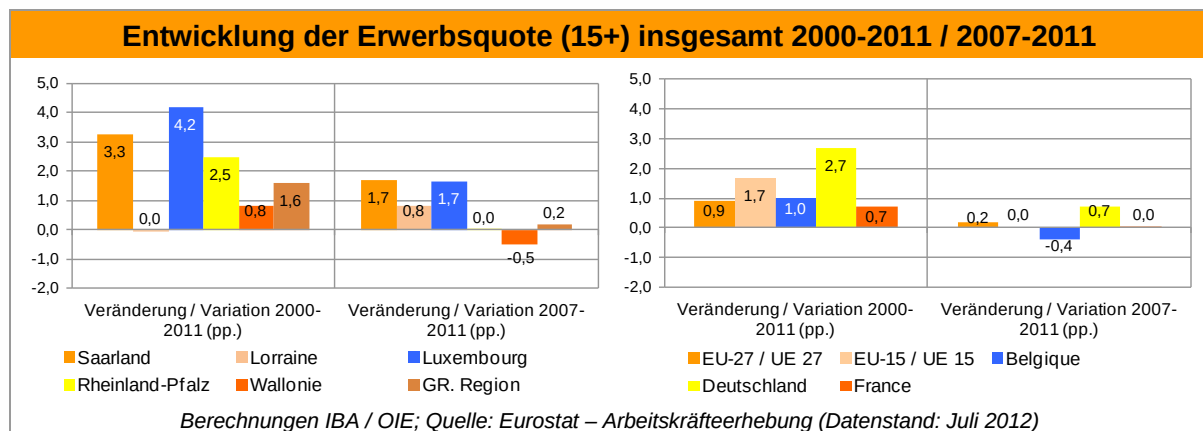
Innerhalb der Großregion ist eine große Spannweite auszumachen: Die Differenz zwischen der Region mit der geringsten Erwerbsquote (Wallonie: 50,7%) und der Region mit der höchsten Rate (Rheinland-Pfalz) betrug 2011 beinahe 8,5 Prozentpunkte. Im Zeitraum 2008-2011 hatten alle Teilregionen mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz Schwankungen von über einem Prozentpunkt zu verzeichnen, was vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht verwunderlich ist. Auffallend ist jedoch, dass die Entwicklungen in den Teilregionen nicht parallel verlaufen.



Seit dem Jahr 2000 überdurchschnittlicher Anstieg der Erwerbsquoten in Luxemburg und Stagnation in Lothringen

Der Zuwachs der Erwerbsquote seit 2000 ist in der Großregion mit 1,5 Prozentpunkten stärker ausgefallen als in der EU (EU-27: +0,9 bzw. EU-15: +0,0pp). Seit 2007 ist der Anstieg allerdings nur geringfügig, nämlich 0,2 Prozentpunkte. Getragen wurde die Entwicklung seit der Jahrtausendwende vor allem durch die überdurchschnittlichen Zuwächse Luxemburgs (+4,2pp) und des Saarlands (+3,3pp). Kaum Veränderungen gab es im Beobachtungszeitraum dagegen in der Wallonie, die ein leichtes Plus von 0,8 Prozentpunkten aufweist. In Lothringen ist per Saldo eine Stagnation zu verzeichnen. Was die Nationalstaaten betrifft, verzeichnet Deutschland seit 2000 einen fast 4mal stärkeren Anstieg als Frankreich und liegt mit einer Erwerbsquote von über 60% in 2011 auch über dem Mittelwert der EU-15, während

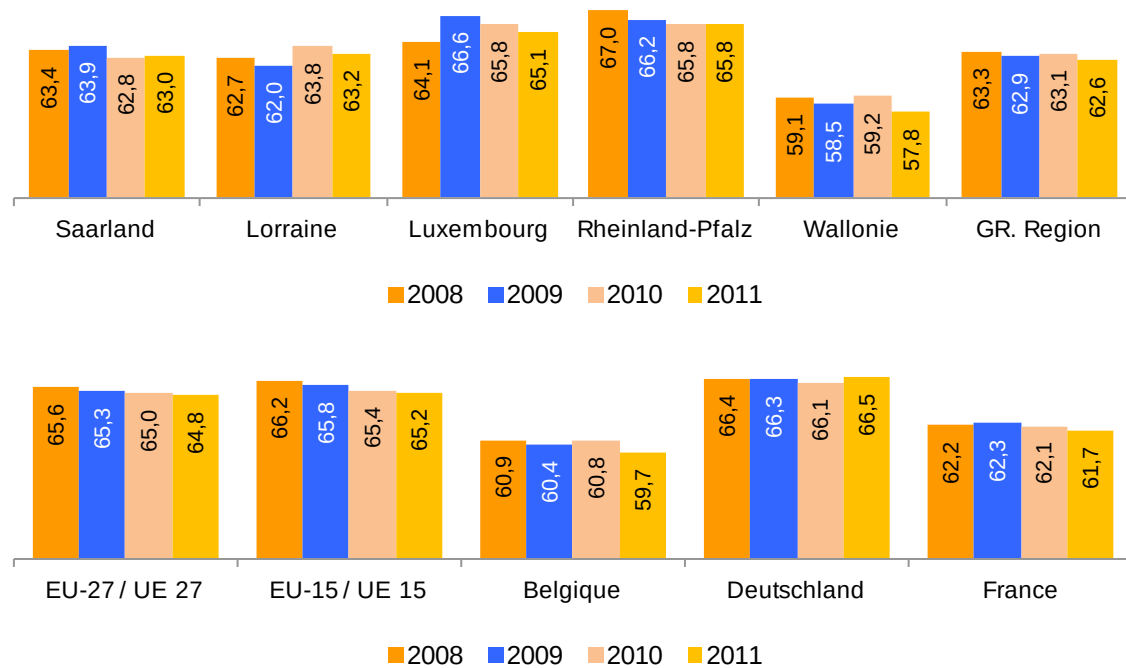
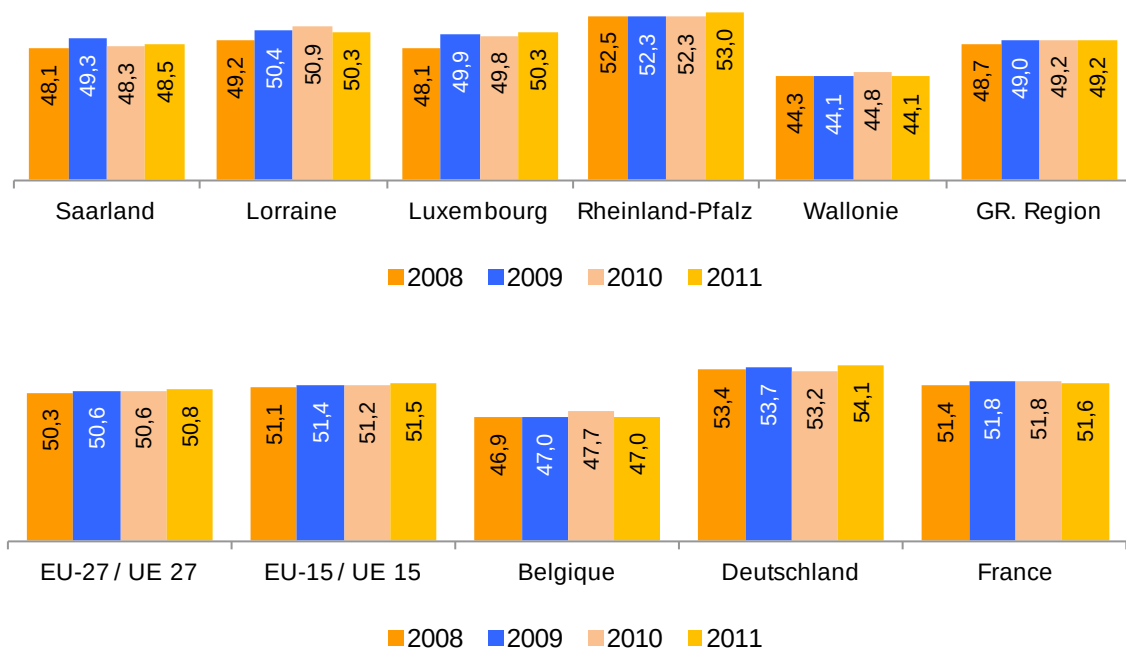
die Werte Belgiens, Frankreichs und auch Luxemburgs unter dem EU-Durchschnitt von 58,1% bleiben.



Leicht verringerte Unterschiede zwischen den Erwerbsquoten von Männern und Frauen

Obwohl die Erwerbsbeteiligung von Frauen seit der Jahrtausendwende stärkere Zuwächse zu verzeichnen hat als die der Männer, blieb in der Großregion die weibliche Erwerbsquote im Jahr 2011 immer noch deutlich mit fast 15% hinter der männlichen zurück. Die Differenz zwischen den Werten von Frauen und Männern hat sich innerhalb der Großregion seit 2008 aber um 1,2 Prozentpunkte verringert, was auf einen Rückgang um 0,7 Prozentpunkt bei den Männern und ein Anstieg um 0,5 Prozentpunkte bei den Frauen zurück zu führen ist.

Auch innerhalb des Kooperationsraums bestehen Unterschiede hinsichtlich der Differenz zwischen männlichen und weiblichen Erwerbsquoten: Im Jahr 2011 war der Abstand in Luxemburg mit 14,8 Prozentpunkten am stärksten ausgeprägt und auch das Saarland lag über dem großregionalen Durchschnitt (14,5pp). In Rheinland-Pfalz und Lothringen war der Unterschied mit 12,8 und 12,9 Prozentpunkten am geringsten. Der Abstand zwischen Männern und Frauen in der Wallonie lag bei 13,7 Prozentpunkten.

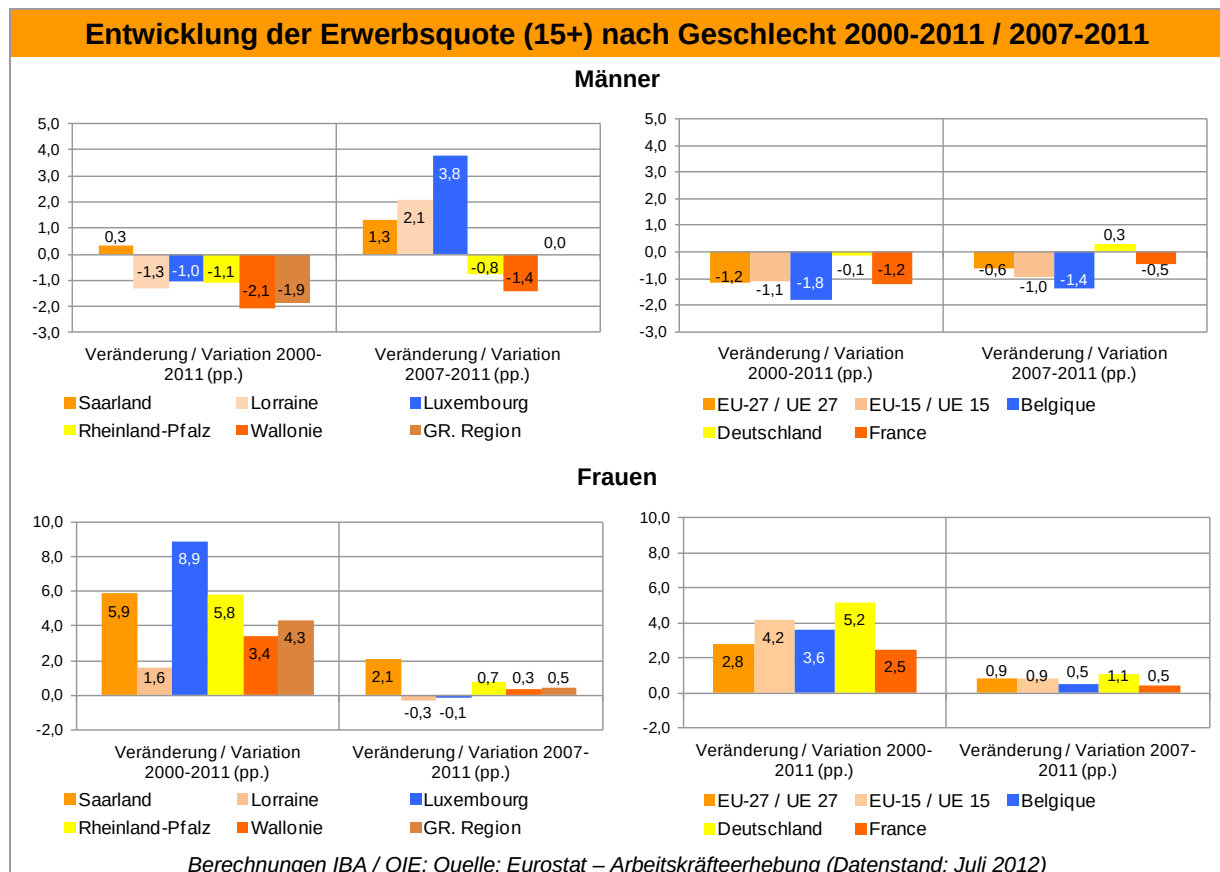
Erwerbsquote (15+) nach Geschlecht 2008-2011in %
Männer**Frauen**

Berechnungen IBA / OIE; Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung (Datenstand: Juli 2012)

Die Erwerbsquote der Männer ist rückläufig...

Die mittelfristige Perspektive seit 2000 zeigt, dass die Entwicklung der Erwerbsquote für Männer und Frauen sehr unterschiedlich verlief. Mit einem Minus von 1,3 Prozentpunkten verbuchten die Männer einen leichten Rückgang, während die Quote bei den Frauen um 4,3 Prozentpunkte gestiegen ist. Aufgrund dieser Entwicklung hat sich auch die geschlechtsspezifische Differenz in der Großregion verringert.

Der Negativtrend bei den Männern ist sowohl in der Großregion als auch in den Nationalstaaten und der EU festzustellen. In Belgien und vor allem in der Wallonie ist der Rückgang in der mittelfristigen Betrachtung am deutlichsten, mit einem Minus von jeweils 1,8 bzw. 2,1 Prozentpunkten. Auch in Frankreich sinkt die männliche Erwerbsquote um 1,2 Prozentpunkte und liegt mit dieser Entwicklung genau im europäischen Mittel. Selbst in Luxemburg sind die Zahlen insgesamt rückläufig, ein Plus von 3,8 Prozentpunkten seit 2007 kann die Rückgänge der Jahre zuvor nicht ausgleichen. Einzig das Saarland verbucht einen leichten Anstieg (+0,3pp), der vor allem auf die Zeit nach 2007 zurückzuführen ist.

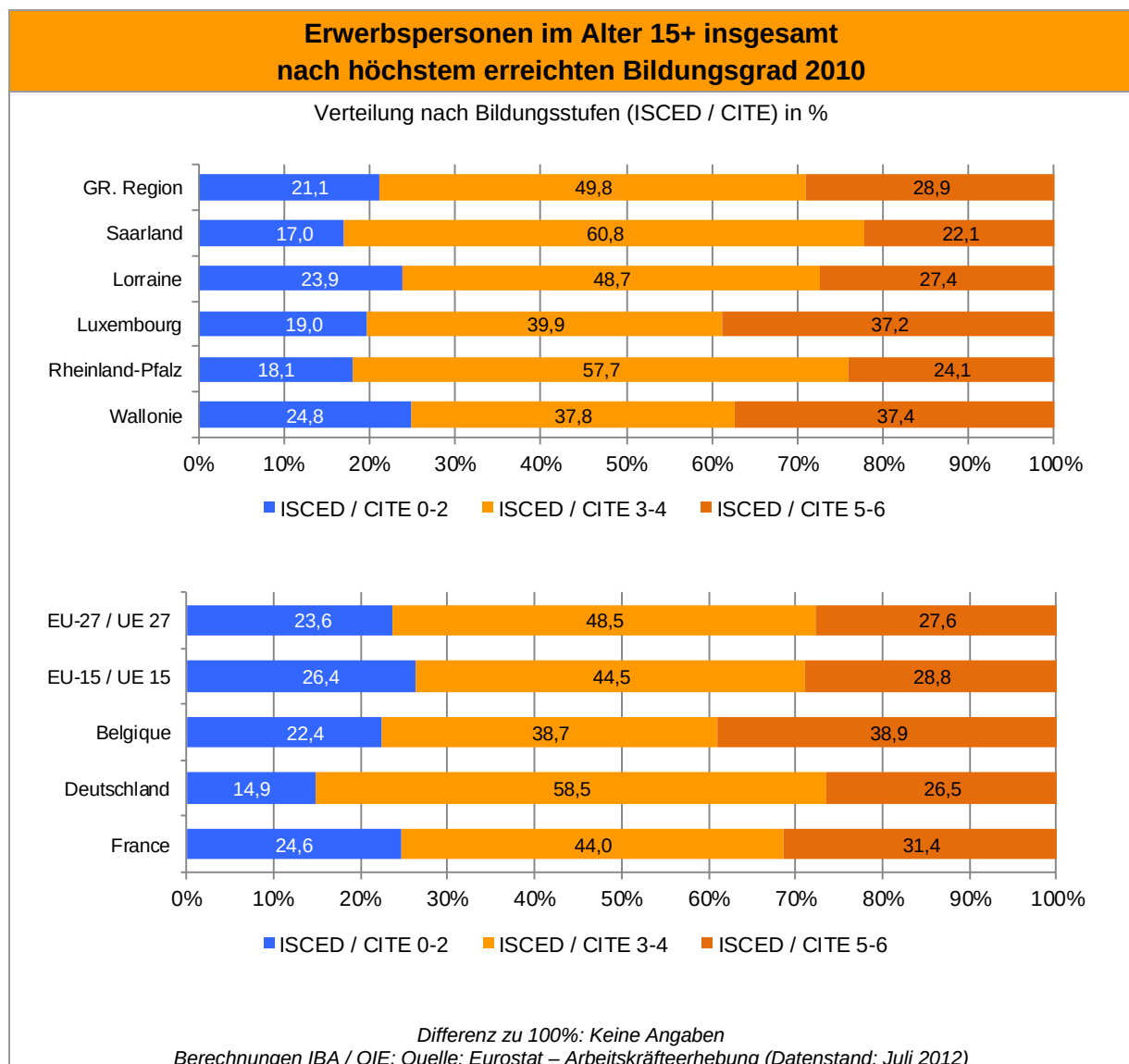


...die der Frauen steigt an

Die Erwerbsquote von Frauen in der Großregion lag 2011 bei 49,2% und somit 0,5 Prozentpunkte höher als 2008. Damit blieb die Quote hinter den europäischen Vergleichswerten zurück (EU-27: 50,8; EU-15: 51,5%), verzeichnet aber zwischen 2008-2011 zumindest den gleichen Zuwachs mit einem Plus von +0,5 Prozentpunkten. Dasselbe gilt auch für die mittelfristige Betrachtung (2000-2011), der Zuwachs in der Großregion entspricht ungefähr dem der EU-15 (4,3 gegenüber 4,2pp). Verantwortlich für die positive Entwicklung zeigten sich

insbesondere Luxemburg und die beiden deutschen Regionen. Das Großherzogtum konnte den Anteil der weiblichen Erwerbspersonen seit dem Jahr 2000 um fast 9 Prozentpunkte steigern und das Saarland und Rheinland-Pfalz um fast 6 Prozentpunkte. Auch in der Wallonie und in Lothringen stieg die Erwerbsquote der Frauen, jedoch weniger deutlich. Luxemburg und Lothringen lagen mit 50,3% gleichauf, bei allerdings unterschiedlichen Entwicklungstrends. Insgesamt bewegten sich die Werte in einer Bandbreite von 44,1% in der Wallonie und 53% in Rheinland-Pfalz.

Bildungsstand der Erwerbspersonen in der Großregion liegt über dem Mittel der EU

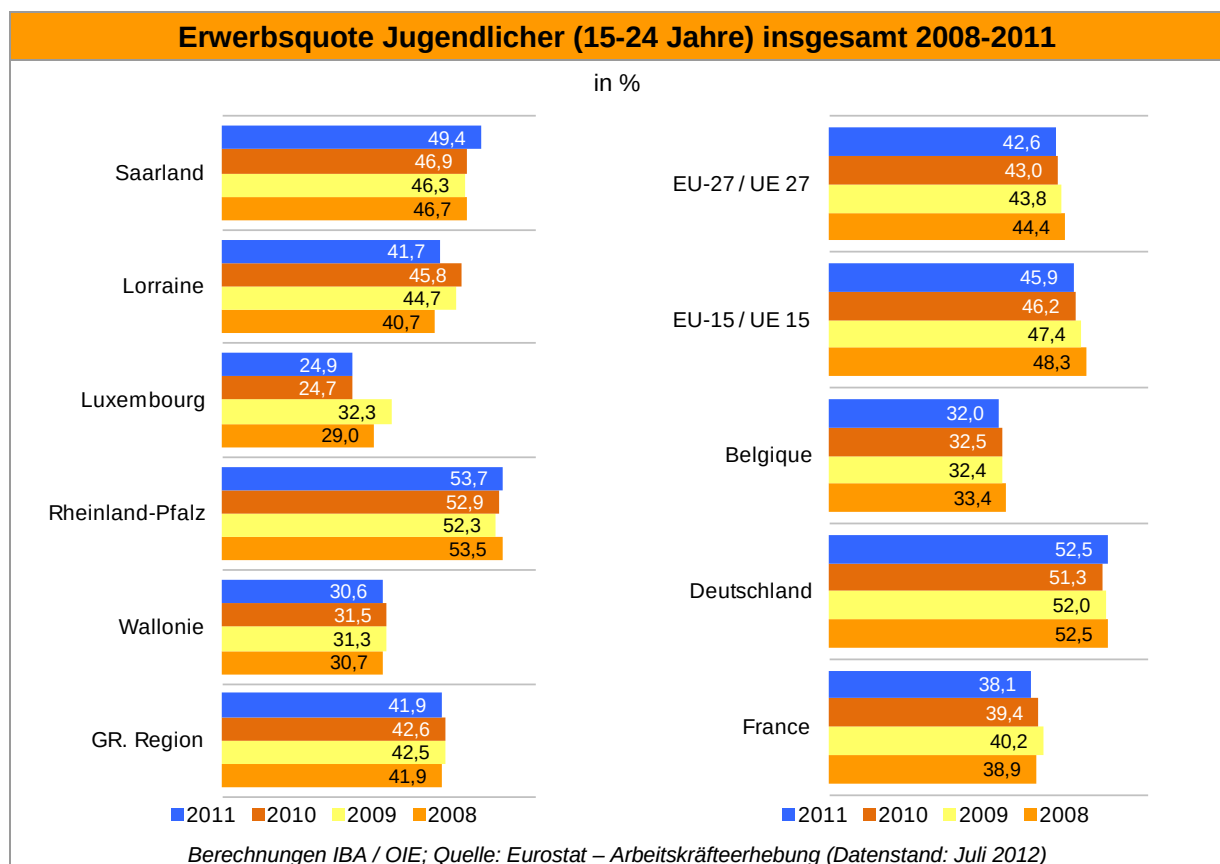


Betrachtet man den Bildungsstand der Erwerbspersonen in den einzelnen Teilregionen, fällt auf dass die Wallonie noch knapp vor Luxemburg den höchsten Anteil an Akademikern zählt. Zu gleicher Zeit ist in der belgischen Region aber auch der Anteil Personen mit einem niedrigen (ISCED-Stufen 0-2) am stärksten ausgeprägt, d.h. hier zeigt sich eine deutliche Polarisierung. In den deutschen Regionen leben vergleichsweise viele Erwerbspersonen mit einem mittleren Bildungsniveau (ISCED 3-4). Das ist vor allem auf die besondere Bedeutung der dualen Ausbildung in der Bundesrepublik zurückzuführen. In allen Regionen ist der Prozent-

satz der höchsten Bildungsstufe größer als der Prozentsatz der geringsten Bildungsstufe. Im Vergleich zur EU-27 hat die Großregion einen geringeren Anteil an Erwerbspersonen in der geringsten Bildungsstufe (21,1% gegenüber 23,6%) und jeweils 1,3 Prozentpunkte mehr in der mittleren und hohen Bildungsstufe.

Erwerbsquoten von Jugendlichen unter 25 Jahren ist leicht rückläufig

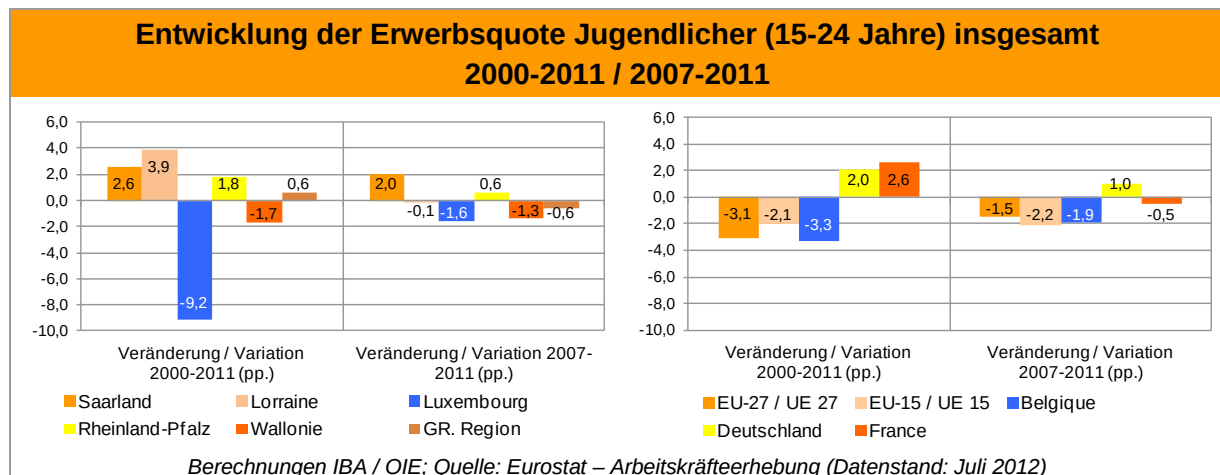
Nach den Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung lag 2011 die Erwerbsquote für Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren in der Großregion bei 41,9%¹⁸ und hat sich damit gegenüber 2008 nicht erhöht. Im Vergleich zu den Jahren 2009 und 2010 ist sie sogar um mehr als 0,5 Prozentpunkte gefallen. Damit blieb die Großregion weiterhin hinter den Durchschnittswerten der europäischen Mitgliedstaaten (EU-15: 45,9%; EU-27: 42,6%) zurück. Die Höhe der Quote in der Großregion ist wiederum auf das Niveau in den beiden deutschen Bundesländern zurückzuführen, in denen der Wert des Indikators deutlich über dem Durchschnitt lag. Am Ende des Spektrums befinden sich Luxemburg mit nur 24,9% und die Wallonie (30,6%). Sowohl die deutschen als auch die belgische Region spiegeln damit die Situation ihrer Nationalstaaten wider, Deutschland ist mit 52,5% klar an der Spitze, Belgien bildet mit 32% das Schlusslicht. Die Erwerbsquote der Jugendlichen in Lothringen liegt in den letzten vier Jahren über der Quote der französischen Jugend (2011: 38,1%) und liegt auch unter dem europäischen Durchschnitt.



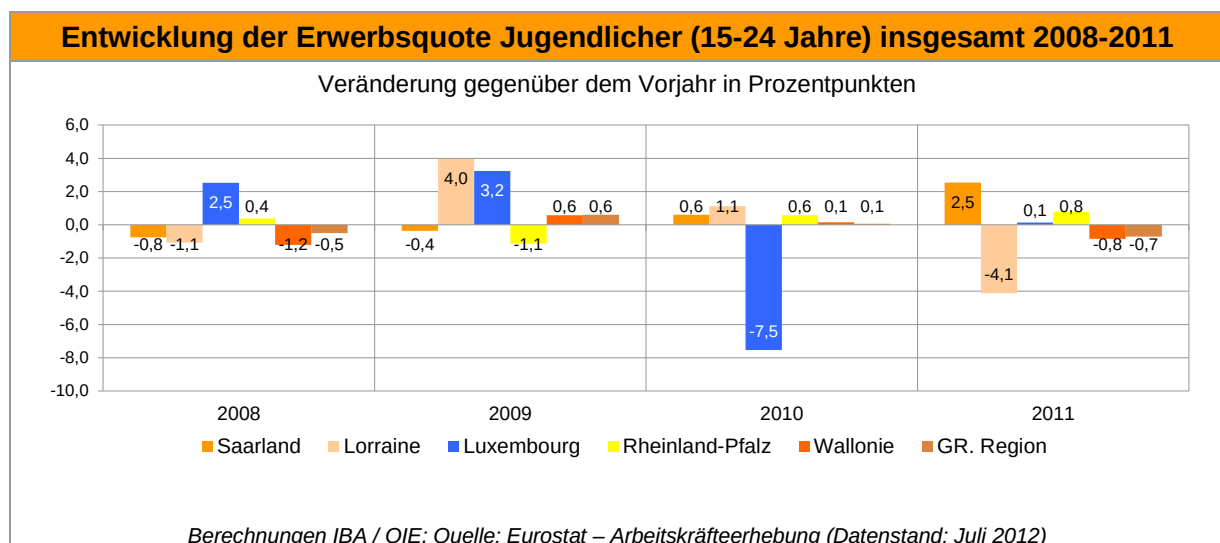
¹⁸ Bei der Interpretation der Ergebnisse muss beachtet werden, dass jeder der mindestens eine Stunde pro Woche gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit arbeitet, nach ILO-Definition erwerbstätig ist. Alle Schüler und Studenten, die einen (noch so geringfügigen) Nebenjob ausüben, zählen dann auch zu den Erwerbspersonen.

Mit Abstand höchste Erwerbsquote Jugendlicher in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz nimmt bei der Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen mit 53,7% im Jahr 2011 die absolute Spitzenposition ein. Seit 2001 stieg diese Quote um 1,8 Prozentpunkte, zwischen 2007 und 2011 nur noch um 0,8 Prozentpunkte. Für diesen gebremsten Zuwachs ist vor allem eine negative Entwicklung im Krisenjahr 2009 verantwortlich. Mit einem Wert von 49,4% und einem Anstieg von 2,6 Prozentpunkten in den letzten 10 Jahren erreichte das Saarland ebenfalls höhere Werte als im großregionalen Mittel. 2011 profitierte das Bundesland nach leichten Verlusten wieder von einem deutlichen Zuwachs von 2,5 Prozentpunkten.



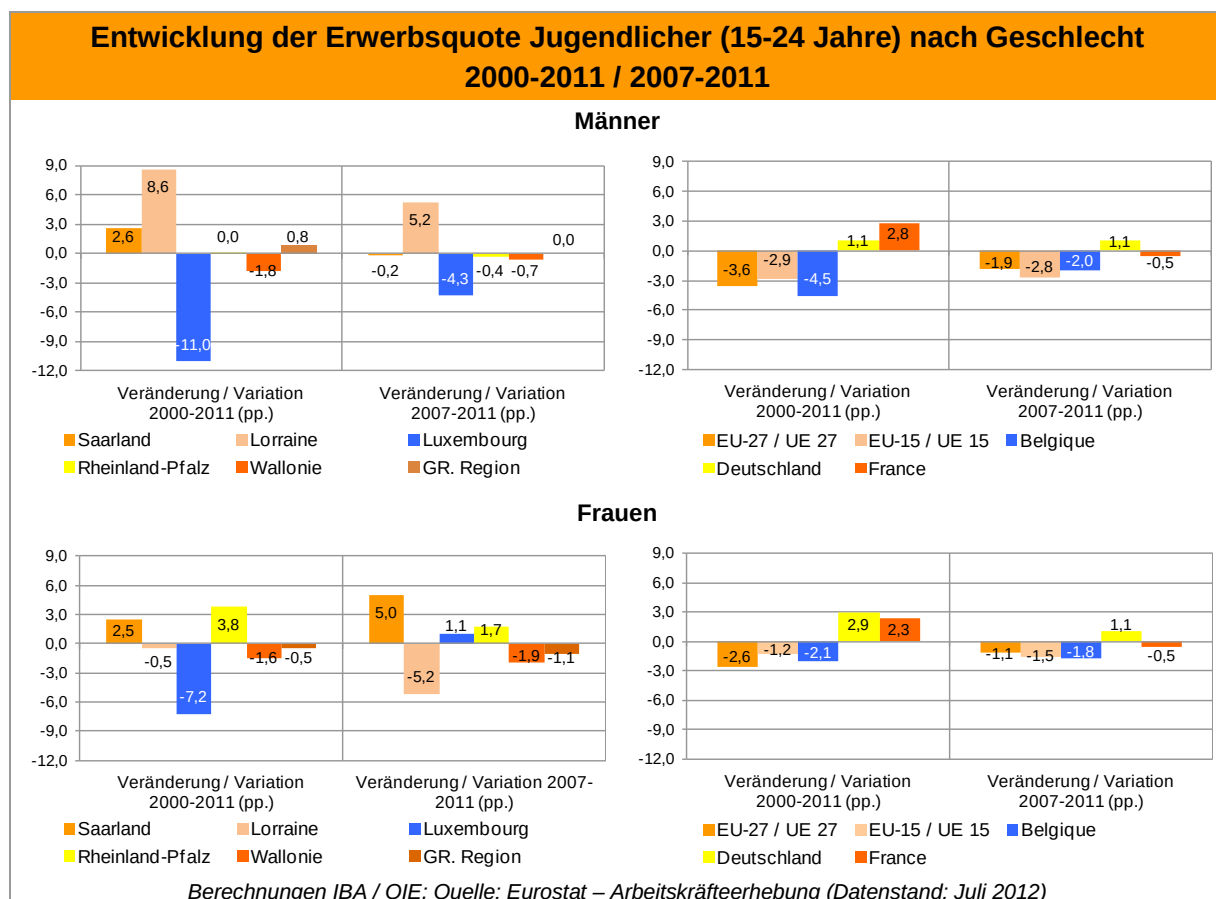
Wie schon erwähnt bildet Luxemburg bereits seit einigen Jahren das Schlusslicht, hier ist im Zeitraum von 2000 bis 2011 ein drastischer Rückgang der Erwerbsbeteiligung Jugendlicher um 9,2 Prozentpunkten zu beobachten. Positiv entwickelt hat sich seit der Jahrtausendwende hingegen Lothringen (+3,9 Prozentpunkte), wobei die neusten Zahlen von 2011 wieder einen Rückgang zeigen. Generell waren allerdings in allen Regionen der Großregion in den letzten Jahren Bewegungen nach oben und nach unten festzustellen, so dass man hier keine eindeutigen Trends feststellen kann.



Uneinheitliche Entwicklung der Erwerbsquoten weiblicher und männlicher Jugendlicher im Zeitraum 2007-2011 ...

Eine Differenzierung der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen nach Geschlecht zeigt insgesamt vergleichbare Entwicklungen im Zeitraum von 2007-2011. Auf europäischer Ebene sind für männliche wie weibliche Jugendliche Verluste zu beobachten, und auch in der Großregion sank die Quote der Frauen, wenn auch nicht so stark. Die Quote der Männer im Kooperationsraum blieb in den letzten 4 Jahren unverändert.

Unterschiede bei den Geschlechtern zeigen sich in der Einzelbetrachtung der Regionen. Im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Luxemburg ist ein Anstieg bei den 15- bis 24-jährigen Frauen zu verzeichnen (+5,0 bzw. +1,7 und +1,1pp). In den anderen Teilregionen ist die entsprechende Erwerbsquote gesunken, insbesondere in Lothringen (-5,2pp). Bei den jungen Männern weist Lothringen hingegen mit +5,2 Prozentpunkten den stärksten Anstieg zwischen 2007 und 2011 auf. Die französische Region ist damit das einzige Teilgebiet, das einen Zuwachs verzeichnen kann. Im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in der Wallonie sinken die Quoten leicht um weniger als einen Prozentpunkt, in Luxemburg etwas stärker (-4,3 Prozentpunkte).



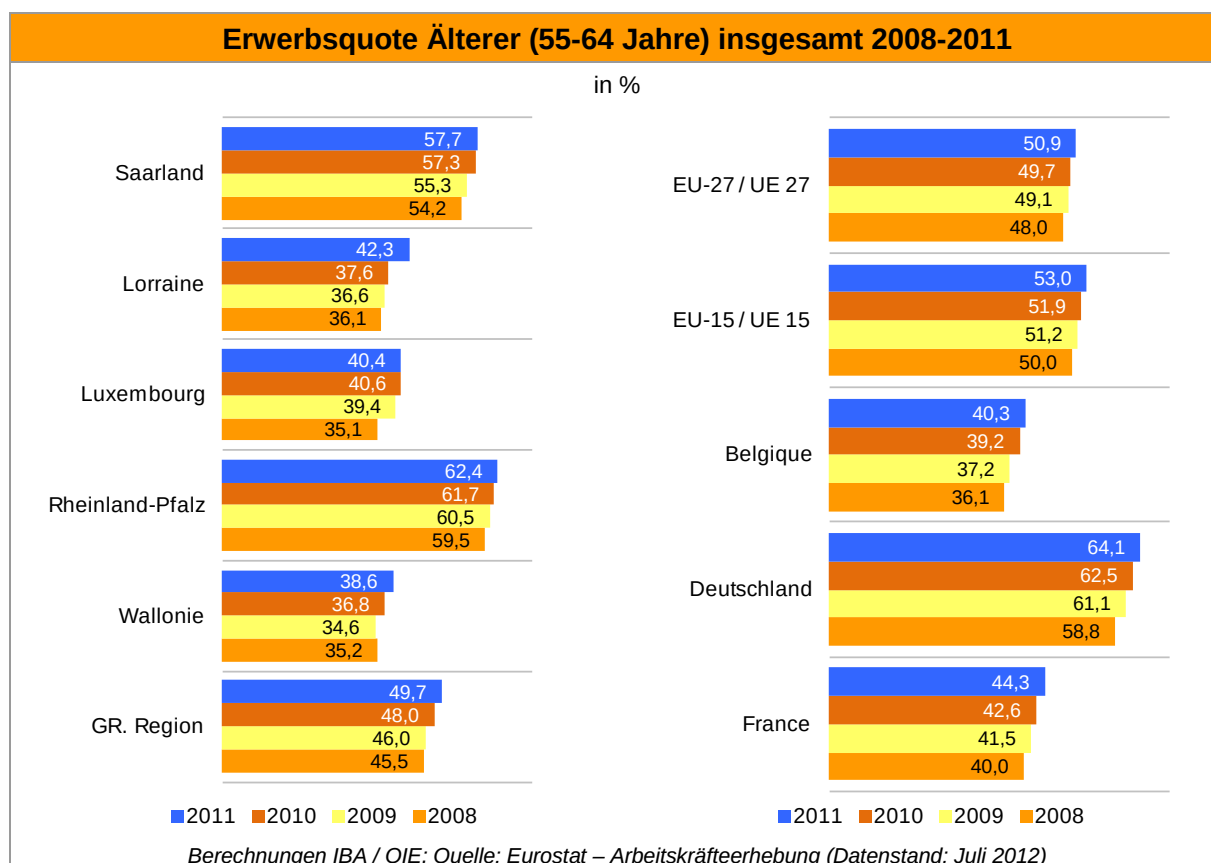
... sowie im Zeitraum 2000-2011

Die unterschiedliche Entwicklung der Erwerbsquoten Jugendlicher nach Geschlecht verdeutlicht ein Blick auf die Veränderungen seit der Jahrtausendwende: So nahm in der Großregion die Rate männlicher Jugendlicher um 0,8 Prozentpunkte zu, während die der weiblichen leicht gesunken ist (-0,5 Prozentpunkte). Innerhalb des Kooperationsraums erreichten ledig-

lich Rheinland-Pfalz und das Saarland einen Anstieg der Erwerbsbeteiligung junger Frauen (+3,8 bzw. 2,5 Prozentpunkte). In allen anderen Teilräumen war die Quote rückläufig, vor allem in Luxemburg mit einem Minus von 7,2 Prozentpunkten. Das Großherzogtum hatte allerdings auch bei den Männern mit -11 Prozentpunkten die größten Verluste zu verzeichnen. Hier hat Lothringen den stärksten Zuwachs erfahren (+8,6pp). Die anderen Teilgebiete des Kooperationsraums weisen im Zeitraum 2000-2011 bei den Männern nur geringe Veränderungen auf. Die Entwicklung der Quote in den Nationalstaaten ist in Frankreich und Deutschland für beide Geschlechter steigend; in Belgien, Luxemburg und der gesamten EU für beide rückläufig.

Positive Entwicklung der Erwerbsquote älterer Menschen

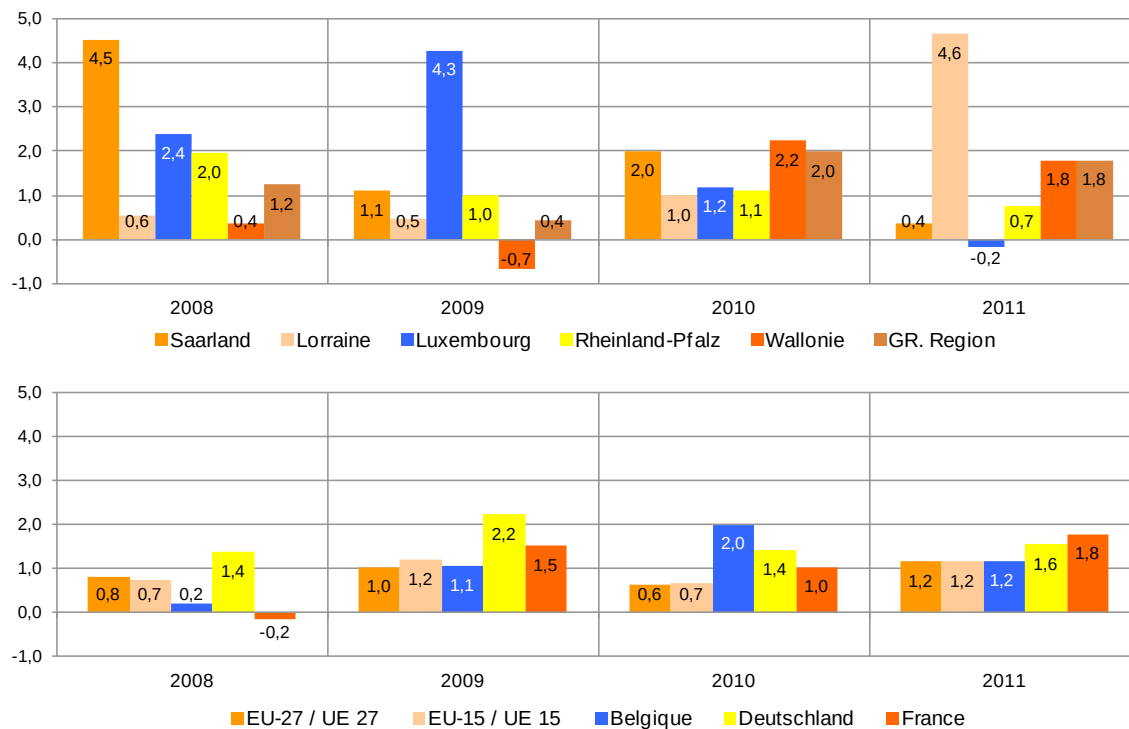
Aufgrund der demografischen Veränderungen rückt die Arbeitsmarktsituation Älterer zunehmend in den Blickpunkt. Die Erwerbsquote der 55-65-jährigen in der Großregion lag 2011 mit 49,7% deutlich höher als die der Jugendlichen (41,9%) aber fast genauso deutlich unter der Gesamterwerbsquote (55,7%). Im europäischen Vergleich blieb die Altersgruppe in der Großregion jedoch merklich hinter dem Wert der EU-15 (53%) zurück.



Generell spiegeln sich in dieser Altersgruppe die allgemeinen Trends wider, wobei die deutschen Teilregionen und die Bundesrepublik als Ganzes hohe Quoten erzielen, Luxemburg und Belgien (insbesondere die Wallonie) sehr niedrige Quoten vorweisen und Frankreich und Lothringen im Mittelfeld landen.

Entwicklung der Erwerbsquote Älterer (55-64 Jahre) insgesamt 2008-2011

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten

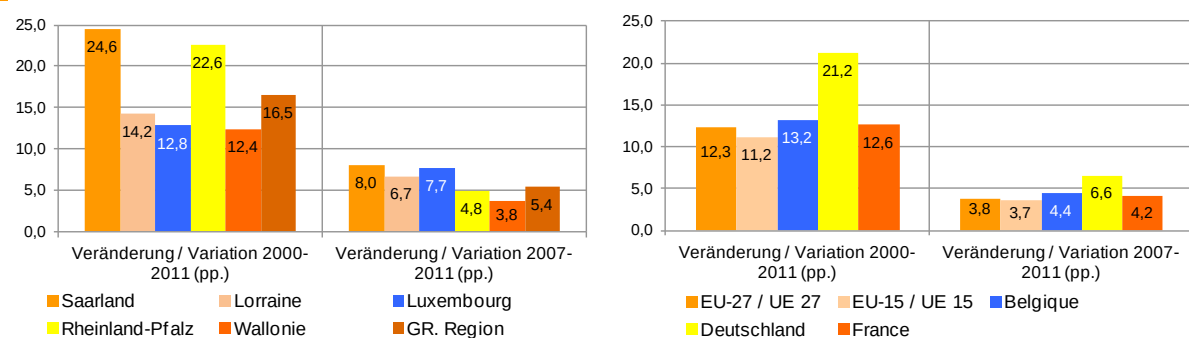


Berechnungen IBA / OIE; Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung (Datenstand: Juli 2012)

Hauptsächlich positive Entwicklung der Erwerbsquote Älterer in den letzten Jahren...

Wie die Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung zeigen, konnten die Regionen seit 2008 hauptsächlich positive Entwicklungen vorweisen. Interessant ist, dass das Saarland 2008 einen außergewöhnlichen Zuwachs von rund 4,5 Prozentpunkten verbuchte, der sich 2009 in Luxemburg und 2011 in der Lorraine wiederholte. Der Anstieg der Erwerbsquote ist auch in den Nationalstaaten und der EU zu beobachten, wo nach 2008 durchweg leichte Steigungen bis 2% festzustellen waren. Die Gesamtentwicklung seit 2007 beträgt für die Großregion +5,7 Prozentpunkte, die Werte der Teilregionen liegen zwischen +3,8 in der Wallonie und 7,7 in Luxemburg.

Entwicklung der Erwerbsquote Älterer (55-64 Jahre) insgesamt 2000-2011 / 2007-2011



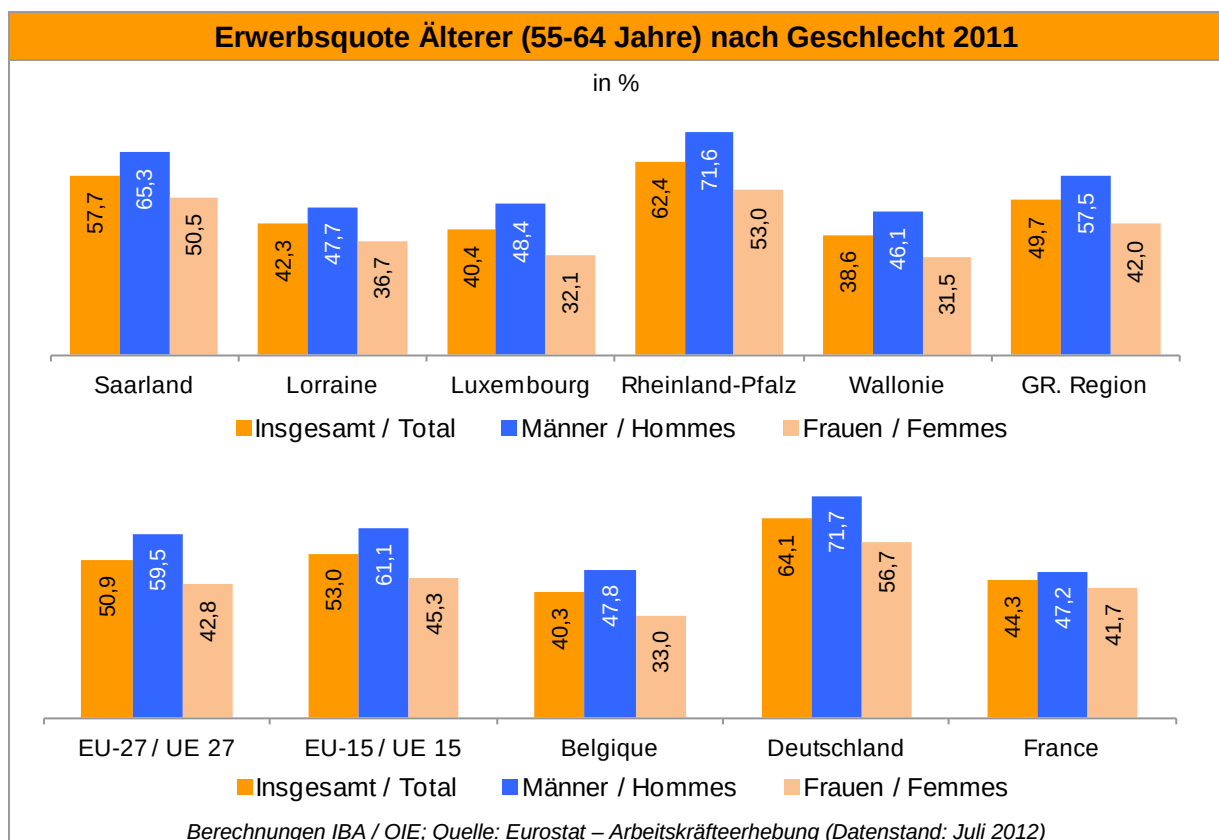
Berechnungen IBA / OIE; Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung (Datenstand: Juli 2012)

... und vor allem im mittelfristigen Betrachtungszeitraum

Die mittelfristige Entwicklung ist noch positiver als die der letzten Jahre. Die Betrachtung zeigt, dass die Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen seit dem Jahr 2000 in der Großregion um 16,5 Prozentpunkte gestiegen ist und damit deutlich stärker als die der EU-15 und EU-27 (+11,2 bzw. +12,3 Prozentpunkte). Zurückzuführen ist dieser Zuwachs im Wesentlichen auf die Entwicklungen im Saarland und in Rheinland-Pfalz (+24,6 bzw. +22,6 Prozentpunkte). Die Zuwachsraten der anderen Teilräume fallen indessen zurück, so dass sich das Gefälle der Erwerbsquoten älterer Menschen innerhalb der Großregion zwischen 2000 und 2011 vergrößert hat.

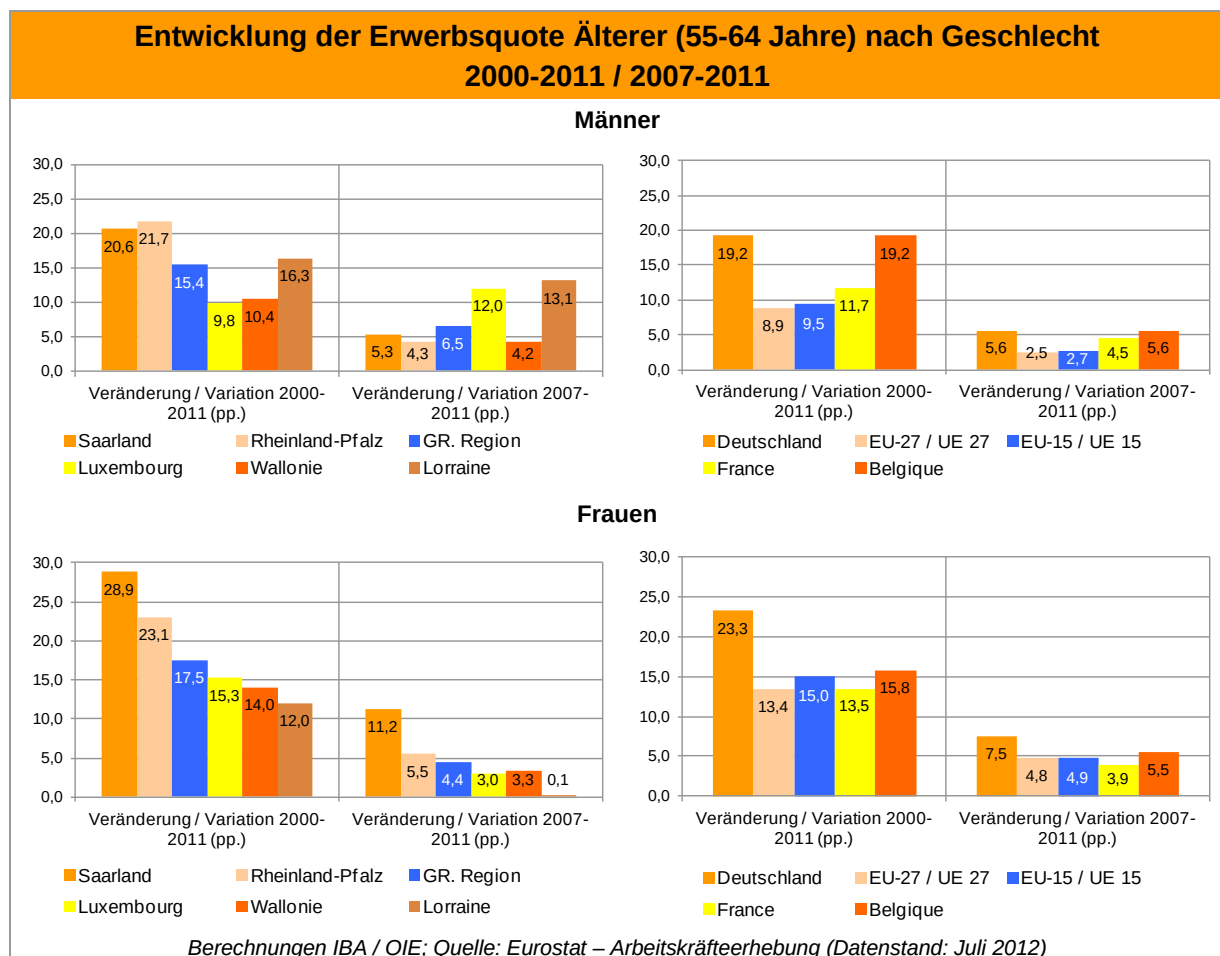
Auch bei den Älteren durchweg eine höhere Erwerbsquote der Männer

Auch in der Altersgruppe 55-64 liegen die Werte der Männer 2011 ausnahmslos über denen ihrer Altersgenossinnen. Die Großregion liegt bei beiden Geschlechtern unter dem EU-27-Durchschnitt, bei den Männern beträgt der Abstand 2 Prozentpunkte, bei den Frauen nur 0,8 Prozentpunkte. Bei den Frauen liegen alle Teilregionen unter dem jeweiligen nationalen Durchschnitt. Bei den Männern ist die Situation ähnlich, nur der lothringische Wert liegt leicht über dem Wert Frankreichs. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern (gender gap) ist in Rheinland-Pfalz am größten (18,6 Prozentpunkte) und in Lothringen am geringsten (11 Prozentpunkte). Insgesamt ist aber der Anteil der Erwerbspersonen bei Frauen und Männern in Rheinland-Pfalz mit 53% bzw. 71,6% am höchsten, und in der Wallonie mit 31,5% bzw. 46,1% am niedrigsten.



Differenzierte Entwicklung der Erwerbsquoten Älterer nach Geschlecht

Auch bei den 55- bis 64-Jährigen sind bei einer geschlechtsspezifischen Betrachtung Unterschiede bei der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung festzustellen. Während sich die Quoten von älteren Frauen und Männer auf europäischer Ebene zwischen 2006 und 2008 in etwa einheitlich entwickelten, war in der Großregion der Zuwachs bei den Männern (+3,2 Prozentpunkte) deutlich stärker als bei den Frauen (+1,2 Prozentpunkte). Diese Entwicklung erklärt sich erneut aus den Veränderungen in den beiden deutschen Teilregionen, aber auch aus der Entwicklung in Lothringen, wo die Erwerbsbeteiligung älterer Frauen sogar gesunken ist (-3,3 Prozentpunkte). In Luxemburg, der Wallonie und der DG Belgien fiel der Anstieg im Zeitraum 2006-2008 – gegen den großregionalen Trend – bei den Frauen stärker aus als bei den Männern.



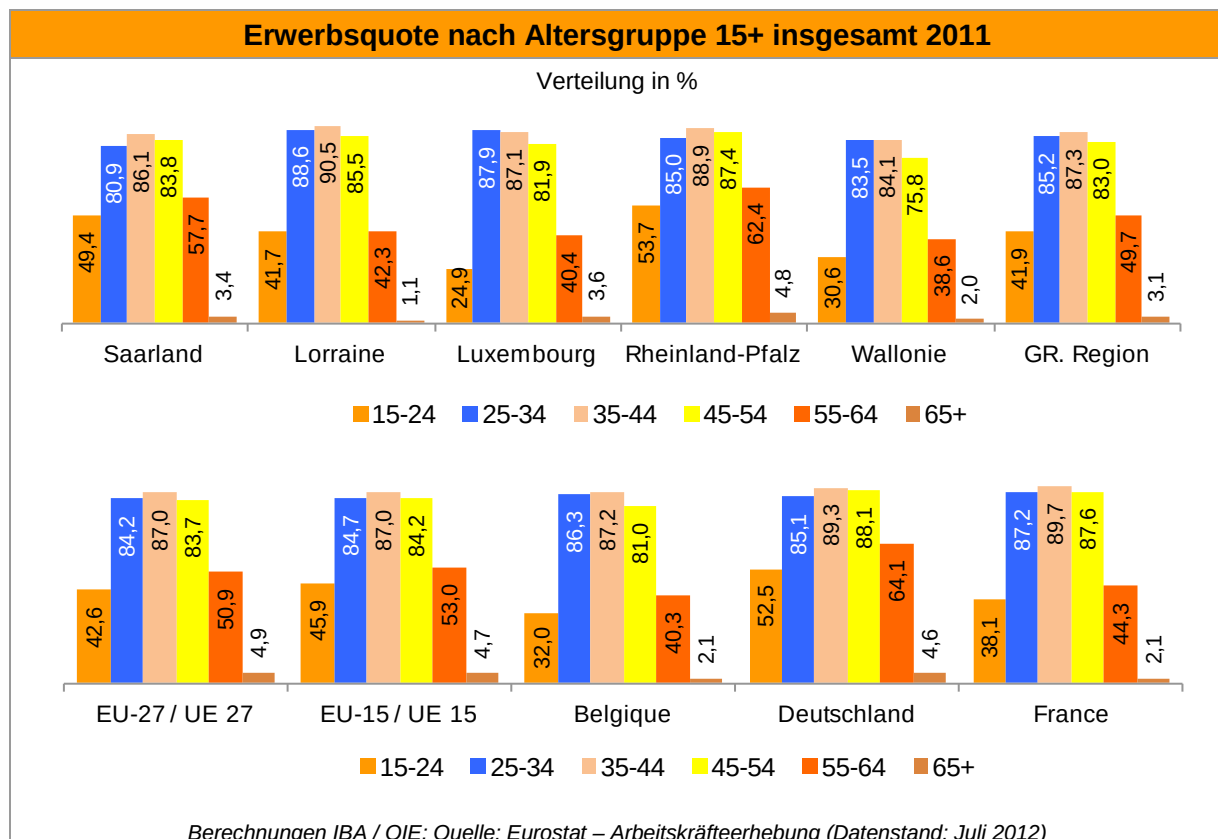
Starke Zuwächse der Erwerbsquoten älterer Frauen und Männer seit dem Jahr 2000

Die Betrachtung der Entwicklung der geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten Älterer seit der Jahrtausendwende lässt in beinahe allen Teilgebieten eine stärkere Zunahme der Quote der Frauen erkennen. Nur Lothringen bildet hier eine Ausnahme. In der Großregion (+17,5 Prozentpunkte) ist die Erwerbsquote älterer Frauen um 4,1 Prozentpunkte stärker gestiegen als in der EU-27. Innerhalb des Kooperationsraums verzeichnet das Saarland mit einem Plus von 28,9 Prozentpunkten den größten Zuwachs. Danach folgen Rheinland-Pfalz (+23,1 Prozentpunkte). Unterdurchschnittlich verlief hingegen die Entwicklung in Luxemburg und der Wallonie (+15,3 bzw. +14,0 Prozentpunkte), die aber trotzdem noch über dem Mittelwert der

EU lagen. Allein Lothringen schneidet schlechter ab. Dafür verzeichnet die französische Region aber bei den Männern starke Anstiege (+16,3), die fast doppelt so hoch sind wie der EU-27 Durchschnitt. Nur die deutschen Regionen übertreffen dieses Ergebnis noch mit Zuwächsen um 20 Prozentpunkte.

Erwerbsquoten von Lothringen und Luxemburg in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen oberhalb des großregionalen Durchschnitts

Die positiven Ergebnisse der deutschen Teilgebiete in Zusammenhang mit der Gesamterwerbsquote sowie der Erwerbsquoten bei den Jugendlichen und bei den Älteren wurden bereits herausgestellt. Eine Betrachtung der mittleren Altersgruppen zeigt jedoch veränderte Rangfolgen. So nahmen Lothringen und Luxemburg Spitzenpositionen in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen ein, während insbesondere das Saarland, aber auch Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 unter dem Durchschnitt der Großregion (85,2%) zurückblieben. Bei den 35- bis 44-Jährigen und den 45- bis 54-Jährigen verzeichneten Lothringen und Rheinland-Pfalz Erwerbsquoten oberhalb des großregionalen Durchschnitts. Was die Altersgruppe der 55-64-Jährigen angeht, ist die Quote in Luxemburg, Lothringen und der Wallonie verhältnismäßig viel geringer als in den deutschen Regionen, was auf das geringere Renteneintrittsalter zurückzuführen ist. Dieser Zusammenhang wird dann natürlich auch in der nationalen Betrachtung deutlich.

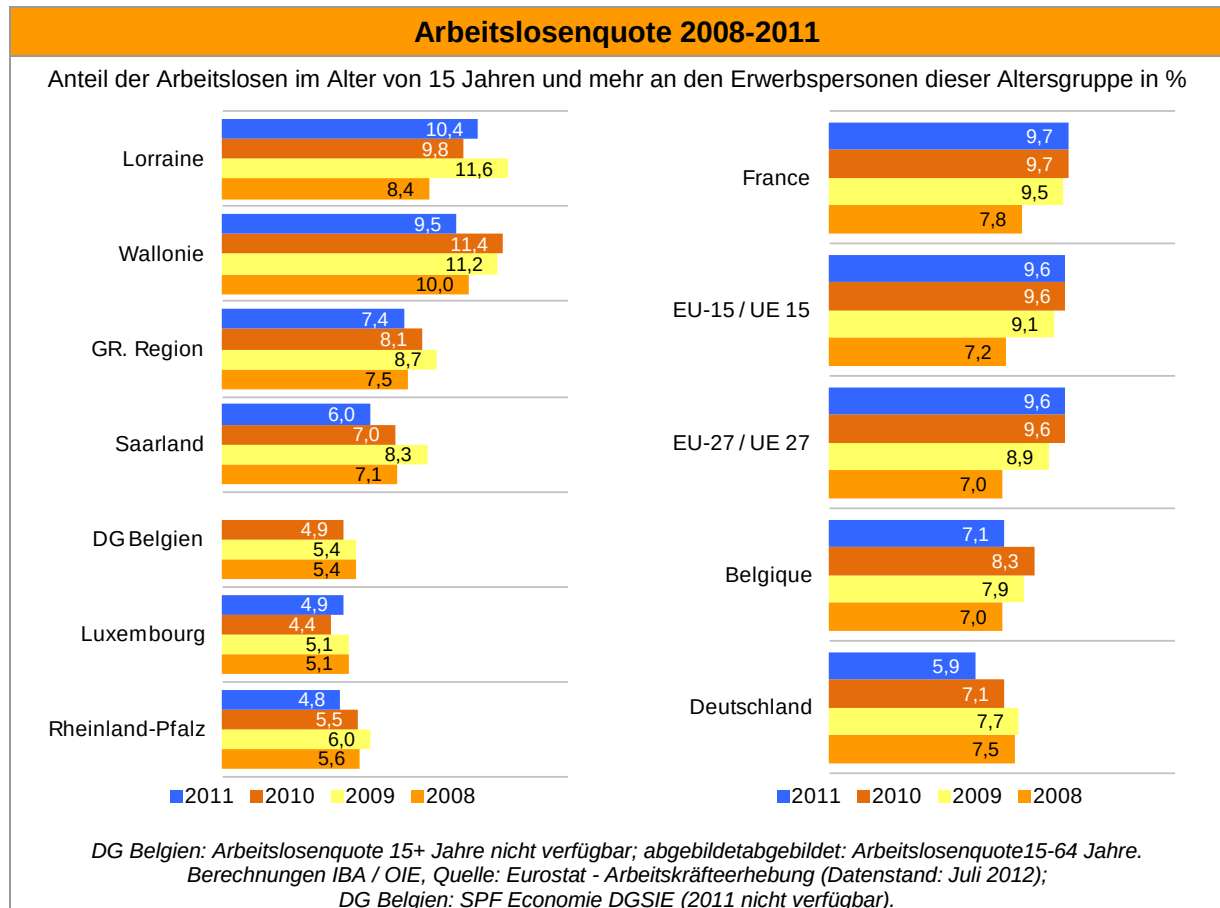


4. Arbeitslosigkeit

4.1 Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote in der Region liegt 2011 unter den europäischen Werten

Im Rahmen der EU-Arbeitskräfteerhebung wurde 2011 für die Großregion eine Arbeitslosenquote von insgesamt 7,4% ermittelt. Sie liegt damit wieder auf dem Niveau von 2008, im Gegensatz zur Europäischen Union, deren Arbeitslosenquote 2011 bei der EU-15 wie bei der EU-27 auf 9,6% ansteigt. Dahinter verbergen sich aber große Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen: Rheinland-Pfalz und Luxemburg verzeichnen 2011 eine deutlich geringere Arbeitslosenquote als der Durchschnitt der Großregion (4,8% bzw. 4,9%), während der Arbeitsmarkt in der Wallonie und in Lothringen schlechter dasteht (9,5% bzw. 10,4% im Jahre 2011).



Verschlechterung des Arbeitsmarkts zwischen 2008 und 2011 in Lothringen....

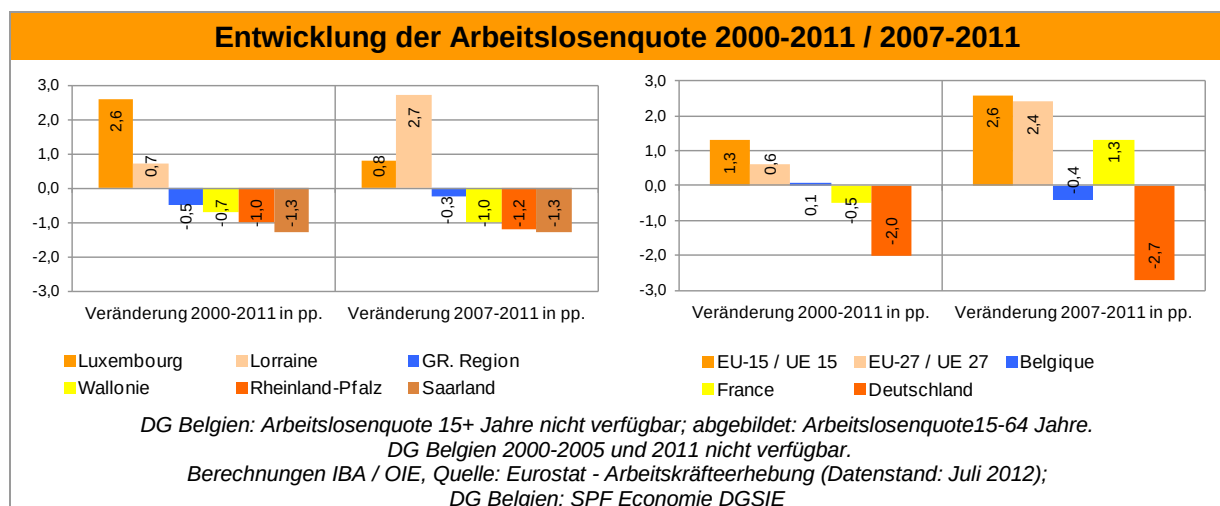
Analog zur Großregion, die einen sehr leichten Rückgang der Arbeitslosenquote innerhalb von vier Jahren verzeichnet (- 0,1% zwischen 2008 und 2011), ist die Arbeitslosenquote in allen Teilregionen geringfügig zurückgegangen (- 0,2% in Luxemburg, - 0,5 in der Wallonie, - 0,8 in Rheinland-Pfalz), im Saarland etwas stärker (- 1,1%). Nur in Lothringen hat sich der Arbeitsmarkt bei einer Zunahme der Arbeitslosigkeit um 2 Prozentpunkte deutlich verschlechtert. Hier ist die Entwicklung mit dem europäischen Arbeitsmarkt vergleichbar, auf

dem die Arbeitslosigkeit innerhalb dieses Zeitraums spürbar angewachsen ist (EU-15: +2,4pp und EU 27: +2,6pp).

... bei stetiger Auf- und Abwärtsbewegung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 führte 2009 in allen Teilregionen zu einem starken Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Lediglich in in Luxemburg blieb die Lage stabil. Lothringen zollt der Krise einen hohen Tribut, denn die Arbeitslosenquote steigt um 3,2 Prozentpunkte - viel stärker als in den anderen Teilregionen. In der Großregion insgesamt geht sie 2010 erneut zurück und verringert sich 2011 weiter. Ausnahmen sind die Wallonie mit einer nahezu unveränderten Quote sowie Lothringen und Luxemburg, wo sie wieder nach oben tendiert. Die europäischen Durchschnittswerte zeigen, dass die krisenbedingte Zunahme der Arbeitslosigkeit sich 2010 und 2011 nicht abschwächt, auch wenn der Anstieg sehr gering ist. Sie ist ein Spiegelbild der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in mehreren europäischen Ländern bestehen.

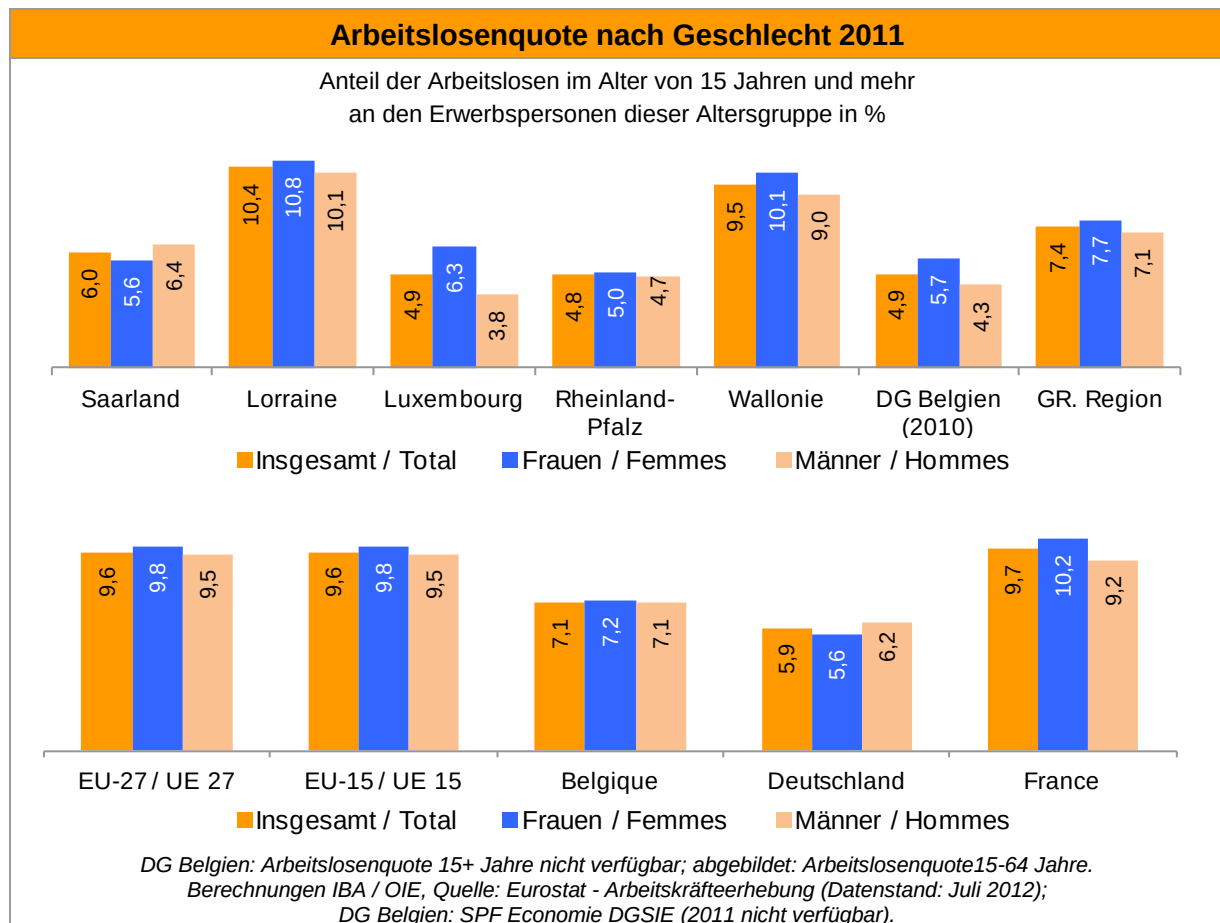
Über einen Zeitraum von zehn Jahren (2000-2011) verläuft die Entwicklung des Arbeitsmarktes ähnlich, denn in der Großregion geht die Arbeitslosenquote zurück, während sie im europäischen Durchschnitt ansteigt. Die Arbeitslosigkeit ist in allen Regionen rückläufig, außer in Lothringen (+0,7pp) und in Luxemburg, wo eine ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes festzustellen ist (+2,6pp). In Europa behindern die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Zwischen 2000 und 2011 steigt die Arbeitslosigkeit (EU-15: +1,3pp und EU 27: +0,6pp), wobei der Zuwachs zwischen 2007 und 2011 besonders markant ist (EU-15: +2,6pp und EU-27: + 2,4pp).



Die Arbeitslosenquote der Männer ist niedriger als die Gesamtarbeitslosigkeit ...

Im Jahre 2011 liegt die männliche Arbeitslosenquote in der Großregion bei 7,1%, leicht unter dem Gesamtdurchschnitt der Großregion (7,4%). Sie ist deutlich niedriger als die in Europa beobachteten Werte (EU-27 und EU-15 jeweils 9,5%). Wie bei der Gesamtarbeitslosigkeit sind im Kooperationsraum große Unterschiede festzustellen: Die Arbeitslosigkeit der Männer schwankt zwischen 10,1% in Lothringen, dem höchsten Wert, und 3,8% in Luxemburg. Außer dem Großherzogtum verzeichnen Rheinland-Pfalz (4,7%) und das Saarland (6,4%) nied-

rigere Werte als der Durchschnitt der Großregion. Die Wallonie weist wie Lothringen höhere Werte als diejenigen der Großregion aus (9%).



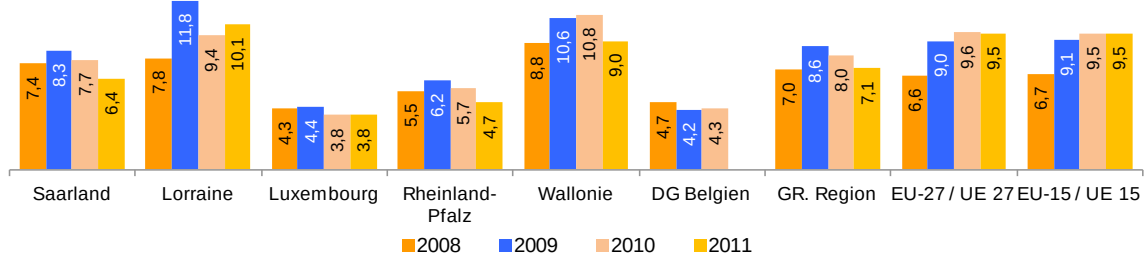
.... während diejenige der Frauen leicht über dem Durchschnitt der Großregion liegt

Die weibliche Arbeitslosenquote ist höher als der Durchschnitt der Großregion 2011 (7,7%) und höher als diejenige der Männer. Sie liegt jedoch deutlich unter den europäischen Durchschnittswerten (EU-27 und EU-15 jeweils 9,8%). In allen Teilregionen sind die Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die Männer. Lediglich im Saarland liegt eine umgekehrte Situation vor (5,6% gegenüber 6,4% bei den Männern). In Luxemburg, wo die Arbeitslosenquote der Männer am niedrigsten ist, besteht die größte Differenz: fast doppelt so viele arbeitssuchende Frauen wie Männer im Jahre 2011 (Arbeitslosenquote 6,3% bei den Frauen gegenüber 3,8% bei den Männern). In den anderen Teilregionen ist der Unterschied gering (+1,1pp in der Wallonie bei den Frauen, + 0,7pp in Lothringen, + 0,3pp in Rheinland-Pfalz).

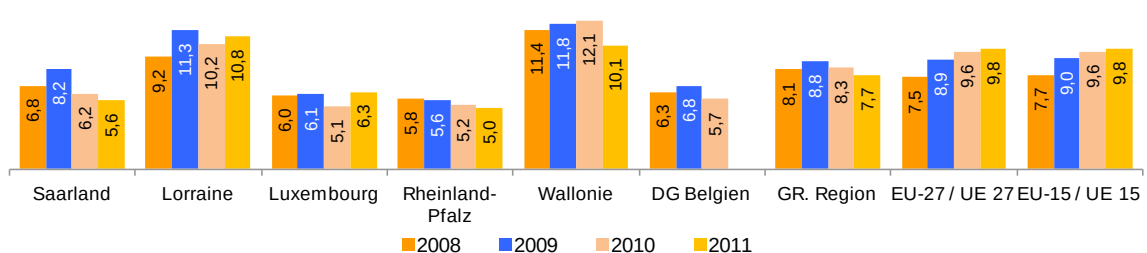
Arbeitslosenquote nach Geschlecht 2008-2011

Anteil der Arbeitslosen im Alter von 15 Jahren und mehr
an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in %

Männer



Frauen



DG Belgien: Arbeitslosenquote 15+ Jahre nicht verfügbar; abgebildet: Arbeitslosenquote 15-64 Jahre.
Berechnungen IBA / OIE, Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung (Datenstand: Juli 2012);
DG Belgien: SPF Economie DGSIE (2011 nicht verfügbar).

Zwischen 2008 und 2011 günstigere Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei den Frauen als bei den Männern

Wie bei der Gesamtarbeitslosenquote lag die Arbeitslosenquote der Männer im Jahr 2011 nur geringfügig über dem Stand von 2008 (+ 0,1pp). Diese relative Stabilität steht im Kontrast zum Anstieg der Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene während des gleichen Zeitraums (EU-27: +2,9pp und EU-15: +2,8pp). Die Werte haben sich in Luxemburg (-0,5pp), in Rheinland-Pfalz (-0,8pp) und in der Wallonie (+0,2pp) kaum verändert, während die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Saarland günstiger verlief (-1pp). In Lothringen waren die Männer von der nachlassenden Wirtschaftskonjunktur besonders betroffen (Anstieg der Arbeitslosigkeit um 2,3pp).

Die Frauenarbeitslosigkeit geht zwischen 2008 und 2011 in der Großregion im Schnitt geringfügig zurück (-0,4pp), während sie europaweit stark ansteigt (EU-27: +2,3pp und EU-15: +2,1pp). Der Arbeitsmarkt hat sich in Lothringen auch für die Frauen verschlechtert, aber weniger als für die Männer (Anstieg der Arbeitslosigkeit um 1,6pp), und in geringerem Maße in Luxemburg (+0,3pp). In den anderen Teilregionen sind die Werte rückläufig, insbesondere in der Wallonie (-1,3pp) und im Saarland (-1,2pp), aber auch in Rheinland-Pfalz (-0,8pp).

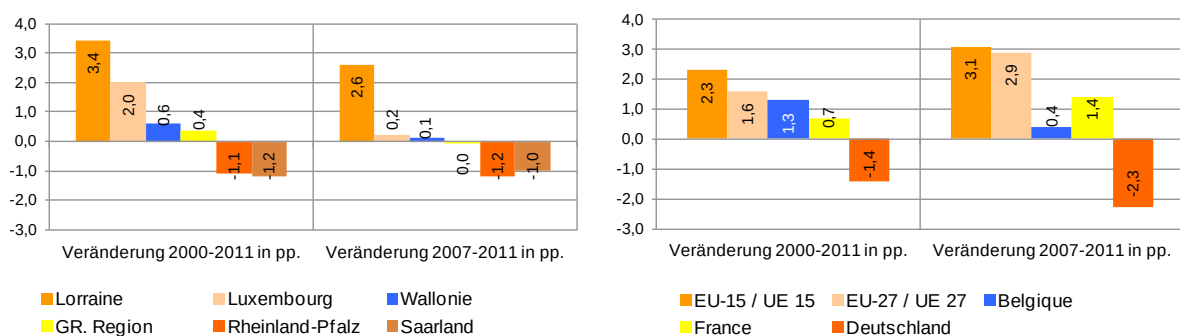
Im Zeitraum von 2008-2011 verlaufen die jährlichen Änderungen der männlichen Arbeitslosigkeit ganz ähnlich wie die Gesamtarbeitslosigkeit. Der starke Anstieg 2009 ist in Lothringen besonders ausgeprägt (+4pp), und in geringerem Maße in der Wallonie (+ 1,8pp). Diesem Schub folgt eine Abnahme, insbesondere in Lothringen 2010 (- 2,4pp), weniger in den ande-

ren Teilregionen. Auf europäischer Ebene folgt dem Anstieg der Arbeitslosigkeit 2009 kein Rückgang im Jahre 2010, sondern eine Stabilisierung 2011. Die Beschäftigung der Frauen scheint den Wechselfällen der Wirtschaftskonjunktur weniger ausgesetzt zu sein als diejenige der Männer: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit 2009 ist nicht so ausgeprägt. In Lothringen und in Luxemburg folgen ihm ein Rückgang 2010 und ein Anstieg 2011. Auf europäischer Ebene ist der Anstieg 2009 bei den Männern weniger stark, aber die Arbeitslosigkeit tendiert 2010 und 2011 weiterhin sehr leicht nach oben.

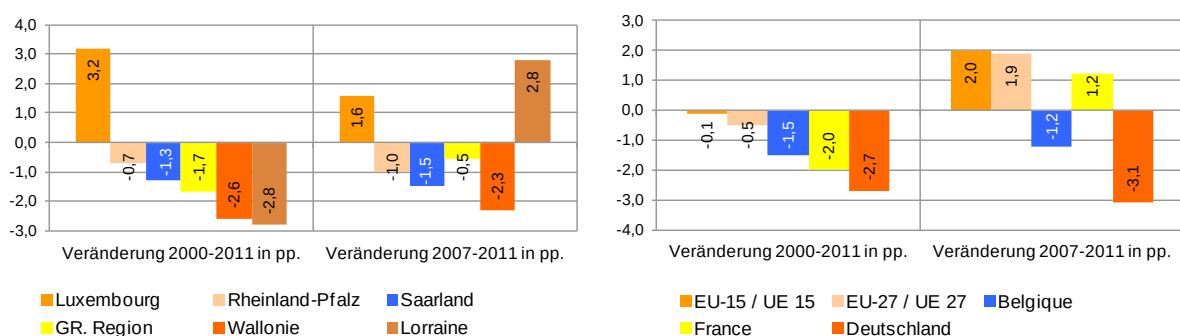
Während des vergangenen Jahrzehnts weist die Entwicklung der männlichen Arbeitslosigkeit, auch wenn sie in der Großregion stabil geblieben ist (+0,4pp), größere Kontraste zwischen den Teilregionen auf. Sie ist in den deutschen Regionen rückläufig und nimmt in Luxemburg (+2pp) und in Lothringen (+3,4pp) zu. In Europa verschlechtert sich der Arbeitsmarkt für die Männer zwischen 2000 und 2011, besonders zwischen 2007 und 2011 (EU-15: +3,1pp und EU-27: +2,9pp). Für die Frauen verläuft die Entwicklung des Arbeitsmarktes im letzten Jahrzehnt günstiger. In der Großregion ist die Arbeitslosigkeit rückläufig (-1,7pp). Eine Ausnahme ist Luxemburg mit einem Anstieg um 3,2 Prozentpunkten zwischen 2000 und 2011. Auf europäischer Ebene geht die Frauenarbeitslosigkeit im Gegensatz zur Gesamtarbeitslosigkeit und zur Männerarbeitslosigkeit sehr leicht zurück (EU-15: -0,1pp und EU-27: -0,5pp).

Entwicklung der Arbeitslosenquote nach Geschlecht 2000-2011 / 2007-2011

Männer



Frauen



DG Belgien: Arbeitslosenquote 15+ Jahre nicht verfügbar; abgebildet: Arbeitslosenquote 15-64 Jahre.
 DG Belgien 2000-2005 und 2011 nicht verfügbar.

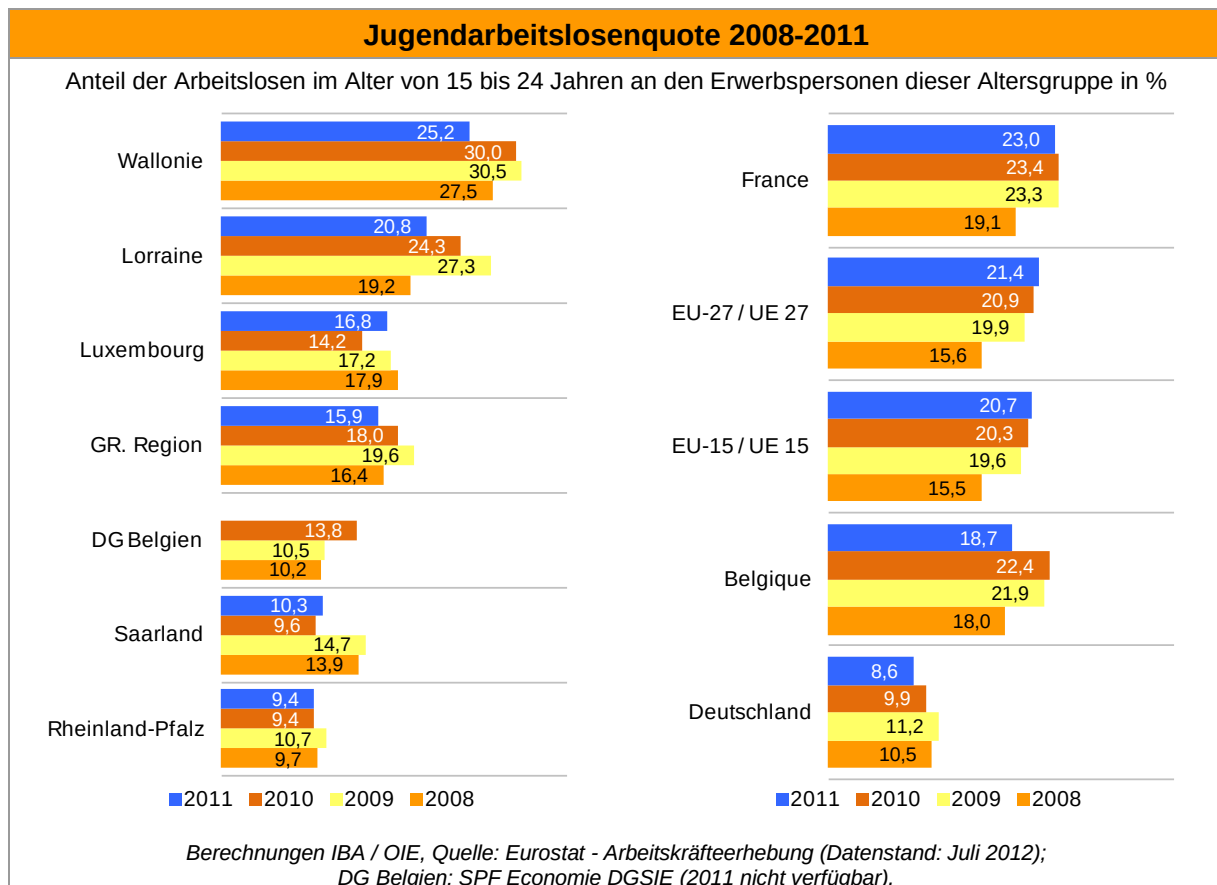
Berechnungen IBA / OIE, Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung (Datenstand: Juli 2012);

DG Belgien: SPF Economie DGSIE

Jugendarbeitslosenquote 2011 doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote ...

Nach den Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung ist die Arbeitslosenquote der jungen Menschen (15 - 24 Jahre) 2011 doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote. Dies gilt sowohl im Kooperationsraum (15,9%) als auch im gesamteuropäischen Maßstab (EU-27: 21,4% und EU-15: 20,7%). Die bei einer Wirtschaftskrise verschärften Probleme der Eingliederung von jungen Leuten in den Arbeitsmarkt bleiben akut.

Hinter den Durchschnittszahlen für die Großregion verbergen sich Unterschiede: In der Wallonie ist im Jahre 2011 mehr als jede vierte Person im Alter von 15 - 24 Jahren (25,2%) von Arbeitslosigkeit betroffen. Dagegen verzeichnet Rheinland-Pfalz eine Jugendarbeitslosigkeit von 9,4%. Die Lage im benachbarten Saarland ist nicht ganz so gut (Arbeitslosigkeit bei 10,3%). In Luxemburg andererseits liegt die Quote über dem Durchschnitt der Großregion und übersteigt mit 16,8% mehr als dreimal die landesweite Gesamtarbeitslosenquote.



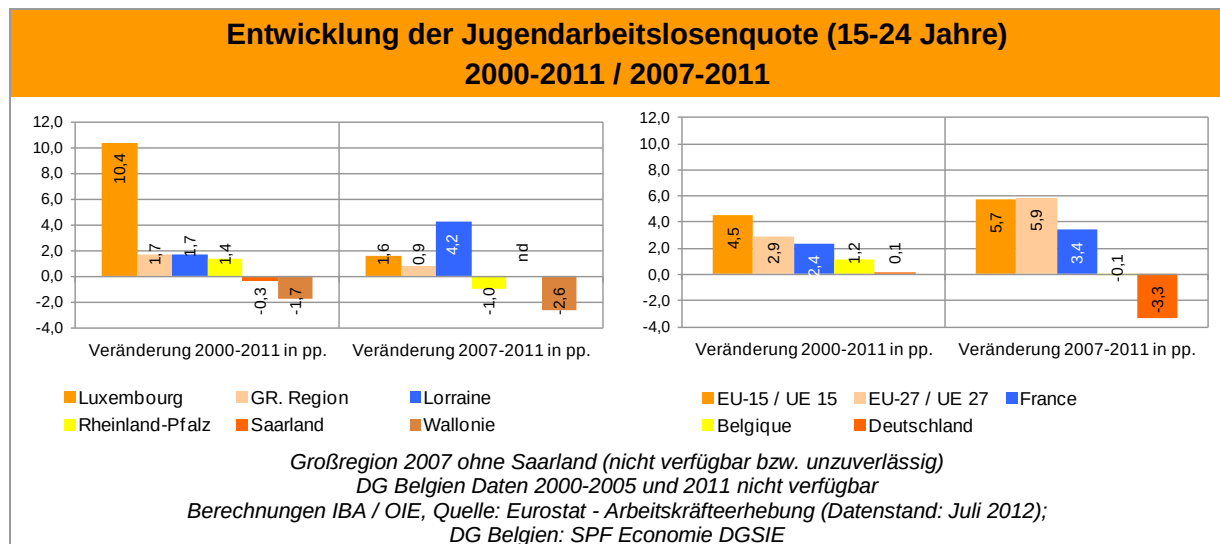
... aber zwischen 2008 und 2011 leicht rückläufig

Die Jugendarbeitslosenquote ist wie die Gesamtarbeitslosenquote in der Großregion zwischen 2008 und 2011 leicht rückläufig (- 0,9pp), während sie in Europa angestiegen ist: EU-27: + 5,8 Prozentpunkte und EU-15: + 5,2 Prozentpunkte. Der Arbeitsmarkt hat sich für die 15- bis 24-Jährigen in allen Regionen verbessert, insbesondere im Saarland und in der Wallonie (-3,6 bzw. -2,3 p), und in geringerem Maße in Luxemburg und in Rheinland-Pfalz (-1,1 bzw. -0,3pp). In Lothringen dagegen hat sich ihre Lage bei einem Anstieg der Arbeitslosenquote um 1,6 Prozentpunkte verschlechtert.

Zwischen 2008 und 2011 zeigen die jährlichen Schwankungen der Jugendarbeitslosenquote ein ähnliches Bild wie die Gesamtarbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit wächst 2008 signifikant in allen Teilgebieten, vor allem in Lothringen (+8,1pp), und geht dann in den Jahren 2010 und 2011 wieder zurück. Auf europäischer Ebene setzt sich der Anstieg von 2009 in den Jahren 2010 und 2011 fort, wenn auch in abgeschwächter Form.

Der Arbeitsmarkt für junge Menschen verschlechtert sich seit 2000

Obwohl in den letzten vier Jahren eine Verbesserung zu verzeichnen ist, hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt für junge Menschen in der Großregion seit 2000 verschlechtert (Anstieg der Arbeitslosigkeit um 1,7 Prozentpunkte). Die Beschäftigung junger Menschen ist in Luxemburg ein akutes Problem, denn die Arbeitslosigkeit ist dort in diesem Zeitraum um 10,4 Prozentpunkte angewachsen. Auch auf europäischer Ebene ist der Anstieg erheblich (EU-15: +4,5pp und EU-27: +2,9pp).

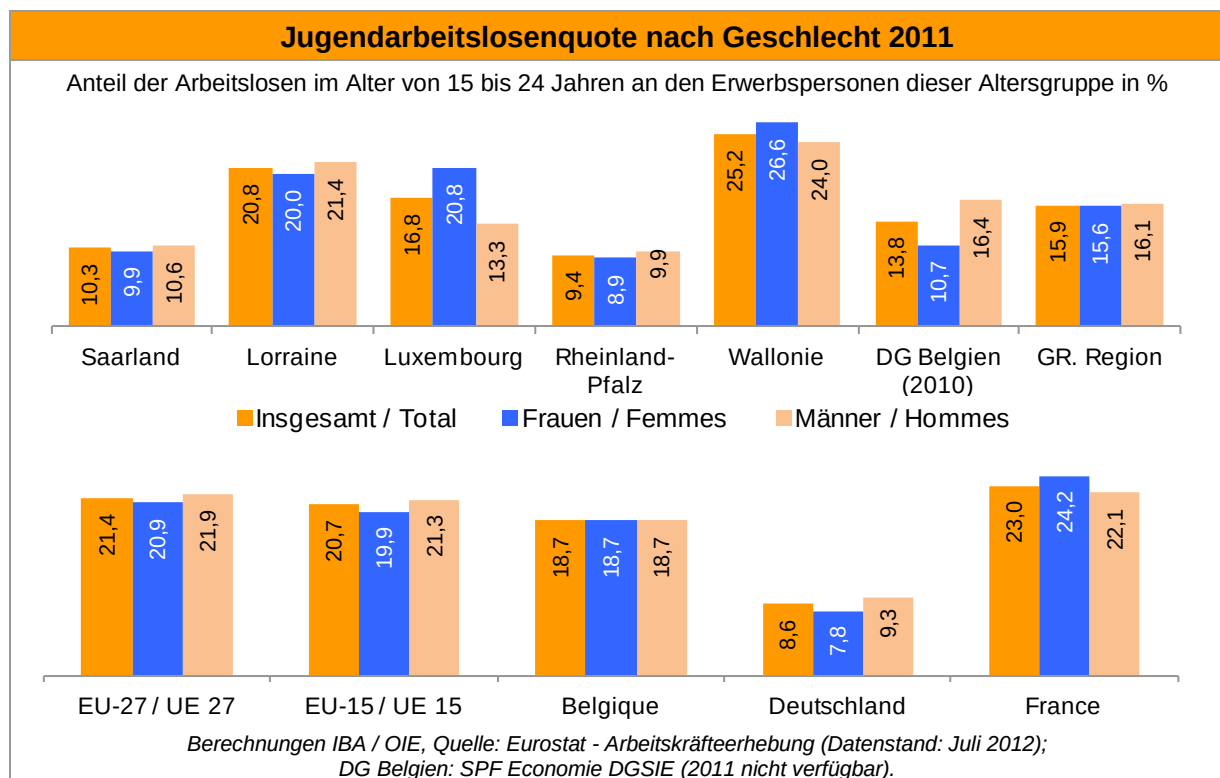


Die Kriterien für die Bestimmung der Jugendarbeitslosigkeit müssen in der Großregion jedoch differenziert betrachtet werden. In der Altersstufe der 15- bis 24-Jährigen bezieht sich die statistische Berechnung der Arbeitslosenquote auf die Beteiligung am Erwerbsleben. Bei hoher Verschulungsquote und langer Schulzeit ist die Arbeitslosenquote dieser Bevölkerungsgruppe hoch. Auch die Art des Schulsystems beeinflusst den Umfang der in Beschäftigung stehenden Bevölkerung. Im deutschen System der dualen Berufsausbildung werden die auszubildenden jungen Menschen als erwerbstätige Beschäftigte angesehen. Aus diesem Grund sind die Arbeitslosenquoten in Deutschland geringer als in Frankreich, wo die Auszubildenden nicht als Arbeitnehmer, sondern als Schüler betrachtet werden.

Über die statistische Zählung hinaus bleibt die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit prägnant und verweist auf die Frage der schulischen und beruflichen Qualifizierung der jungen Menschen. Das Arbeitslosenrisiko hängt eng mit dem Ausbildungsniveau zusammen. Je niedriger der Bildungsstand, desto schwieriger die Eingliederung in den Arbeitsmarkt und desto höher das Arbeitslosenrisiko. Der Erwerb eines berufsqualifizierenden Abschlusses gilt als Mindestvoraussetzung, um die Risiken auf dem Arbeitsmarkt – wie prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit – gering zu halten. Es ist daher notwendig, die Investitionen in die berufliche und schulische Ausbildung zu verstärken, um die Anzahl der jugendlichen Arbeits-

losen zu verringern und gleichzeitig einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften vorzubeugen.

In der Großregion sind die jungen Männer 2011 im Schnitt stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen als die jungen Frauen (16,1% gegenüber 15,6%). In Lothringen beträgt diese Differenz 1,4 Prozentpunkte, in Rheinland-Pfalz 1 Prozentpunkt und im Saarland 0,7 Prozentpunkte. In Luxemburg haben es die jungen Frauen schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden (+7,5pp gegenüber der männlichen Arbeitslosigkeit), und die Wallonie ist in einer ähnlichen Situation. Die längeren Ausbildungszeiten können diese hohen Werte in Luxemburg und in der Wallonie erklären. Auch im europäischen Durchschnitt liegt die männliche Arbeitslosenquote etwas über der weiblichen Quote (EU-27: +1pp und EU-15: +1,4pp).

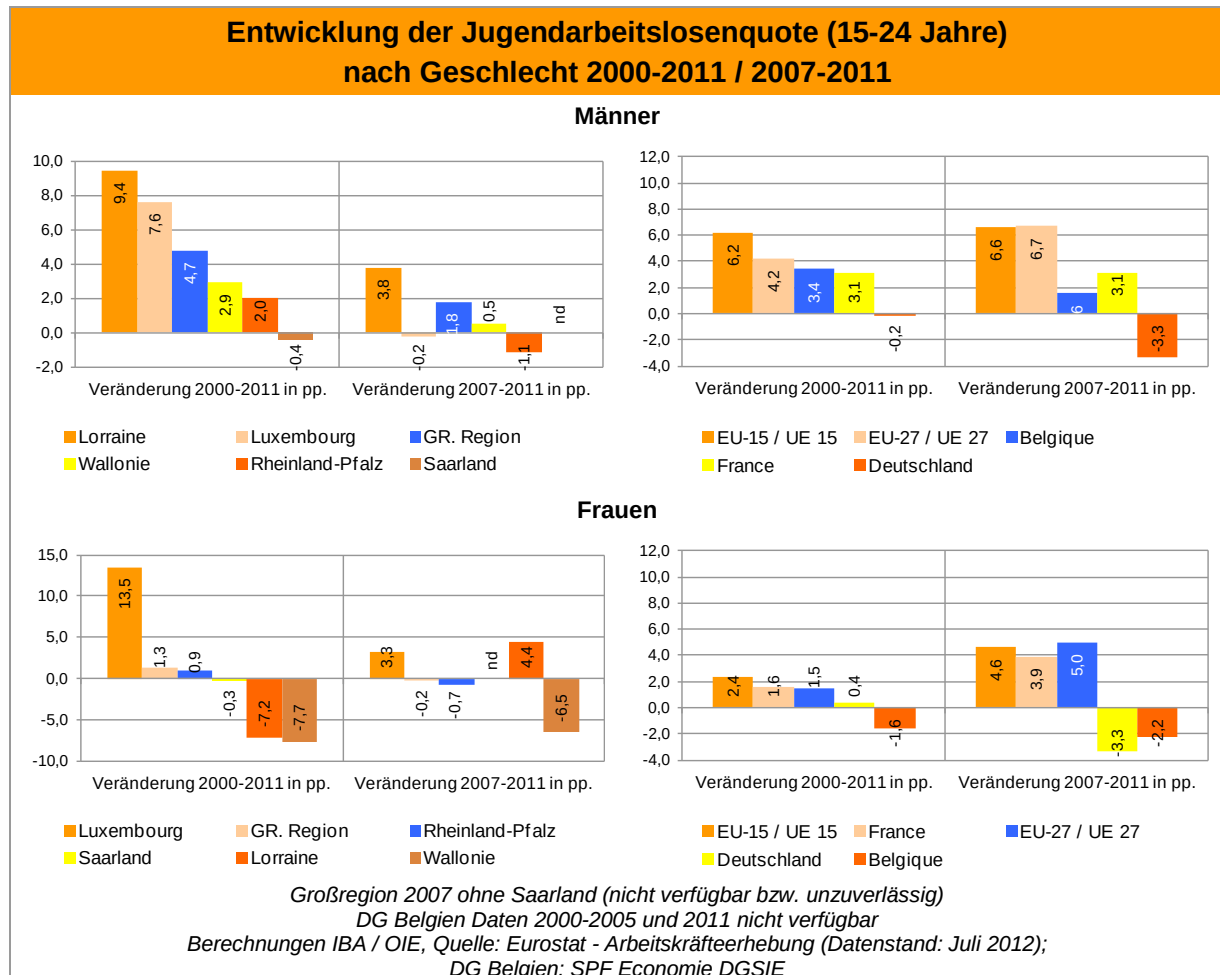


Zwischen 2008 und 2011 verschlechtert sich der Arbeitsmarkt der Großregion für die jungen Männer, während er sich für die jungen Frauen geringfügig verbessert ...

Im Gegensatz zu der zwischen 2008 und 2011 leicht rückläufigen Gesamtarbeitslosenquote hat sich die Arbeitslosigkeit für die jungen Männer in der Großregion mit einem Anstieg von 1,5 Prozentpunkten leicht verschlechtert. Sie tendiert in nahezu allen Teilregionen nach oben (+0,8pp in Luxemburg, +0,7pp in Lothringen). Dabei hat sich die Krise stark ausgewirkt, denn die Arbeitslosigkeit stieg 2009 in allen Teilgebieten, vor allem in Lothringen (+ 7,6pp), um dann 2010 und 2011 in nahezu allen Regionen zurückzugehen.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes verläuft für junge Frauen bei einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit (- 0,4pp) günstiger. In den beiden Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit am ausgeprägtesten ist – Luxemburg und Wallonie –, sinkt sie um 3,3 bzw. 5,5 Prozentpunkte, während sie in Lothringen deutlich ansteigt (+2,7pp). Die Auswirkung der Wirtschafts- und Finanzkrise ist bei den jungen Frauen 2009 nicht genauso auffällig, außer in Lothringen, wo

die Arbeitslosigkeit stark zunimmt (+8,7pp). In Luxemburg geht sie sogar zurück (- 6,3pp), steigt 2011 aber wieder an (+10,6pp), In den anderen Teilgebieten bleibt sie dagegen geringer. Auf europäischer Ebene verschlechtert sich die Lage der jungen Frauen auf dem Arbeitsmarkt (EU-27: + 5,3pp und EU-15: +4,6pp), auch wenn die Entwicklung weniger ungünstig ist als bei den Männern.



...die stärkere Verschlechterung für die Männer als für die Frauen bestätigt sich im Zeitraum 2000-2011

Im Hinblick auf die Entwicklung der Arbeitslosenquote über ein Jahrzehnt (+4,7pp) ist festzustellen, dass der Arbeitsmarkt in der Großregion für die jungen Männer immer schwieriger wird. Der Einbruch ist in Lothringen und Luxemburg besonders stark (+9,4 bzw. +7,6pp). Die Beschäftigungslage verschlechtert sich auch für die Frauen, aber in viel geringerem Maße (+1,3pp) und regional sehr unterschiedlich: starker Anstieg in Luxemburg (+13,5pp), rückläufig in Lothringen und in der Wallonie (- 7,2 bzw. - 7,7pp). Auf europäischer Ebene steigt die Arbeitslosigkeit innerhalb dieser zehn Jahre bei den jungen Männern stärker (EU-15: +6,2pp und EU-27: +4,2pp) als bei den jungen Frauen (EU-15: +2,4pp und EU-27: +1,5pp).

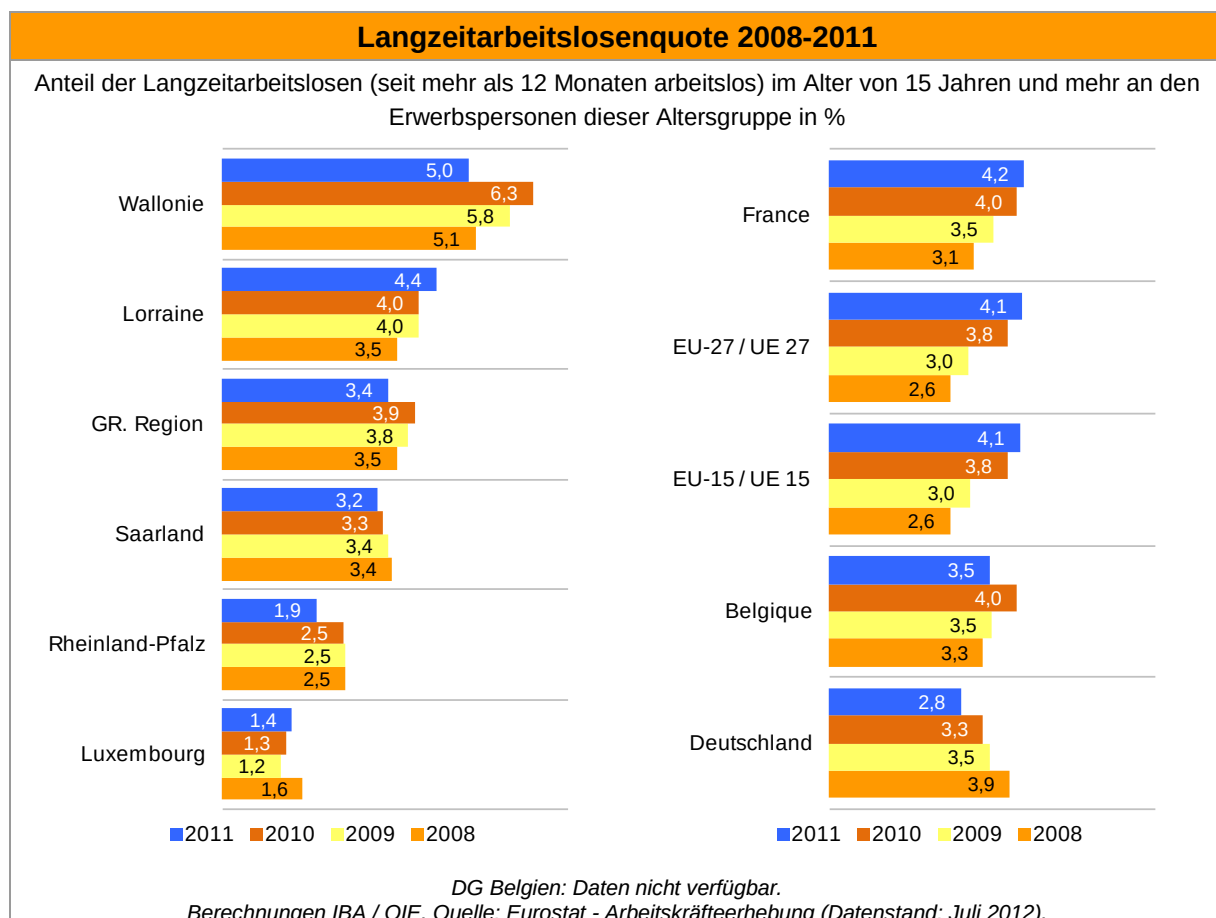
45,6% der Arbeitsuchenden in der Großregion von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen

Die Langzeitarbeitslosigkeit führt zu einer dauerhaften Abkopplung vom Erwerbsleben und wirft die Frage der weiteren Beschäftigungsfähigkeit der Menschen und ihrer beruflichen

Wiedereingliederung auf. Die Betreuung der Langzeitarbeitslosen und die Berufsausbildung – einschließlich Aufrechterhaltung bzw. Ausweitung der Kompetenzen oder Umschulung – spielen eine wesentliche Rolle, damit die betroffenen Personen aus ihrer Isolierung herausfinden und wieder eine Beschäftigung aufnehmen.

Die Langzeitarbeitslosenquote entspricht dem Prozentsatz der Menschen innerhalb der erwerbsfähigen Bevölkerung, die seit mehr als zwölf Monaten arbeitslos sind. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen entspricht ihrem Prozentsatz an der Gesamtheit der Arbeitslosen.

Im Jahre 2011 sind in der Großregion 45,6% der Arbeitslosen seit mehr als einem Jahr ohne Beschäftigung. Ihr Anteil an den Erwerbspersonen beträgt 3,4%. Im europäischen Durchschnitt ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen etwas geringer (EU-27: 43,1% und EU-15: 42,6%), aber die Langzeitarbeitslosen sind unter den Erwerbspersonen zahlreicher (EU-27: 4,1%). In der Wallonie gibt es proportional die meisten Langzeitarbeitslosen: jeder zweite Arbeitslose ist davon betroffen, und 5% der Erwerbspersonen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist auch im Saarland hoch (52,4%), betrifft aber "nur" 3,2% der Erwerbspersonen. Umgekehrt zählt Lothringen "nur" 41,8% Langzeitarbeitslose, aber bei einem höheren Anteil der Erwerbspersonen (4,4%). In Luxemburg bleibt man am wenigsten lang arbeitslos: 28,8% der Arbeitslosen und nur 1,4% der Erwerbspersonen sind von der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.

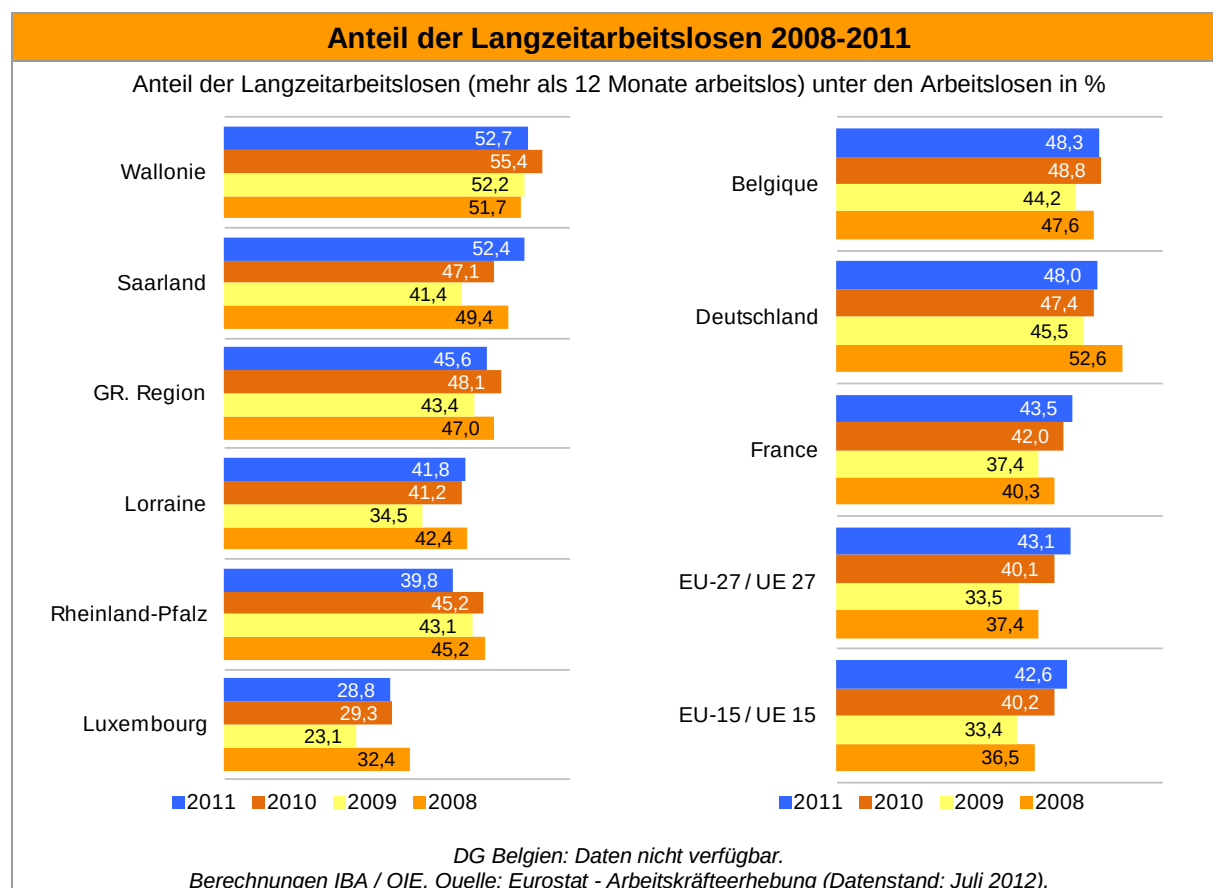


Zwischen 2000 und 2011 hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Erwerbspersonen kaum verändert

Zwischen 2008 und 2011 ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Erwerbspersonen in der Großregion leicht rückläufig (- 0,1%). Er steigt nur in Lothringen (+ 0,9pp) und verringert sich in sehr geringem Maße in den anderen Teilgebieten. Auf europäischer Ebene legt er leicht zu (EU-27: +1,5pp und EU-15: +1,5pp). In dem Zehnjahresraum besteht in der Großregion ein Trend zur Stabilität (-0,7pp); dies gilt auch auf europäischer Ebene (EU-15: +0,4pp und EU-27: -0,3pp).

... aber der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den Arbeitslosen ist rückläufig.

Zwischen 2008 und 2011 verringert sich in der Großregion der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen (-1,4pp). Er geht in allen Teilgebieten zurück, außer im Saarland (+3pp) und in der Wallonie (+1pp). Auf europäischer Ebene steigt er (EU-27: +5,7pp und EU-15: +6,1pp), aber zwischen 2000 und 2011 ist der Trend insgesamt deutlich rückläufig: Großregion - 6,7pp, EU-15: - 2,7pp und EU-27: - 3,4pp



4.2 Die Arbeitslosigkeit nach der Statistik der Arbeitsagenturen

Die Definition der Arbeitslosenkategorien sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich: Sie sind mehr oder weniger weit gefasst, verwenden stark unterschiedliche Termini und sind abhängig vom System für die Arbeitsvermittlung und die aktuelle Arbeitslosenversicherung. Das Arbeitslosigkeitskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat sich auf internationaler Ebene durchgesetzt. Dieses Konzept bemüht sich, vergleichbare Daten zu erheben und die regionalen und nationalen Unterschiede so weit wie möglich zu neutralisieren.¹⁹ Allerdings verwendet jedes Land seine eigene Kategorisierung der Personen, die in den Arbeitsagenturen bzw. Arbeitsverwaltungen gemeldet sind, welche den Begriff der Arbeitslosen auf bestimmte Arbeitnehmer erweitern bzw. einschränken. Dabei werden manchmal Unterschiede gemacht, je nachdem, ob sie einer Teilzeitarbeit nachgehen oder nicht, ob sie eine Beihilfe im Rahmen der Arbeitslosenversicherung erhalten, ob sie dazu angehalten sind, aktiv nach einer Arbeit zu suchen oder ob sie freiwillig gemeldet sind.²⁰ Laut Definition der ILO ist ein Arbeitsloser eine Person, die nicht arbeitet, sofort zur Verfügung steht und aktiv nach einer Beschäftigung sucht. Diese restriktive Definition der Arbeitslosigkeit erklärt die zum Teil erheblichen Unterschiede zwischen der Arbeitslosenquote im Sinne der ILO und der verwaltungstechnischen Arbeitslosenquote, die von den Arbeitslosenverwaltungen auf Basis der Gesamtzahl an gemeldeten Arbeitsuchenden veröffentlicht werden. Bestimmte Arbeitsuchende werden im Sinne des BIT nicht als Arbeitslose angesehen und bestimmte Arbeitslose werden in den „verwaltungstechnischen“ Statistiken der Arbeitsverwaltungen bzw. anderer Statistikquellen nicht berücksichtigt.²¹

Die Verwendung dieser Kategorisierungen wirkt sich auf die Art und Weise aus, wie Arbeitslosigkeit verstanden werden kann, denn die Durchlässigkeit zwischen den Kategorien nimmt im Laufe der Jahre zu: Zwar entspricht das Bild des Arbeitslosen ohne Erwerbstätigkeit, der auf der Suche nach einer (Vollzeit)Beschäftigung und einem unbefristeten Arbeitsverhältnis und sofort verfügbar ist, immer noch der Norm (dem Volumen nach), doch ist es aufgrund der immer komplexer werdenden Situationen, die auf dem Arbeitsmarkt herrschen, Änderungen unterworfen. Angesichts der explosionsartigen Zunahme der Zeitarbeit und unsicherer Beschäftigungsarten werden immer mehr Arbeitslose speziellen Kategorien zugeordnet. Sie üben zum Beispiel über einen mehr oder weniger langen Zeitraum eine Teilzeitbeschäftigung aus oder werden als Teilnehmer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (Praktika, Schulungen...) nicht berücksichtigt. Wenn man zum Beispiel in Lothringen die Anzahl an Arbeitslosen berücksichtigt, die dazu angehalten sind, aktiv nach Arbeit zu suchen, kommt man für September 2012 auf 162.977 Personen. Werden die Arbeitsuchenden hinzugezählt, die in der Arbeitsagentur Pôle emploi gemeldet aber nicht dazu angehalten sind, aktiv nach Arbeit zu suchen (aufgrund eines Praktikums, einer Schulung, einer Krankheit sowie die Empfänger

¹⁹ Wie zum Beispiel für die Arbeitskräfteerhebung (AKE).

²⁰ Sie können gegebenenfalls die Arbeitsverwaltungen in Anspruch nehmen, ohne dabei formell an besondere Verpflichtungen gebunden zu sein (zum Beispiel in der Wallonie).

²¹ So weicht zum Beispiel die Messung der Arbeitslosigkeit im Sinne der Volkszählung von den Zahlen der Arbeitsagentur Pôle emploi ab. Die Arbeitslosen im Sinne der Volkszählung sind Personen von 15 Jahren oder älter, die angegeben haben, arbeitslos zu sein (ganz gleich, ob sie bei der Pôle emploi gemeldet sind oder nicht), es sei denn, sie haben außerdem ausdrücklich angegeben, dass sie nicht nach einer Arbeit suchen (sie werden dann den nicht aktiven Personen zugeordnet). Andererseits handelt es sich um Personen, die 15 Jahre oder älter sind, die spontan angegeben haben, weder einer Beschäftigung nachzugehen noch arbeitslos zu sein, aber dennoch erklärt haben, auf Arbeitssuche zu sein.

von Beihilfen, welche den Kategorien D und E zuzuordnen sind), klettert diese Zahl für denselben Monat auf 185.405 Personen.

Definitionen für Arbeitsuchende nach den verschiedenen nationalen Systemen

	Definition der Arbeitsuchenden
Rheinland-Pfalz und Saarland	Ausgewiesen sind die registrierten Arbeitslosen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird von der Bundesagentur für Arbeit ermittelt. Arbeitslose sind Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben. Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos. Zu den Arbeitslosen im Sinne des Sozialgesetzbuches III (SGB III) zählen alle Arbeitsuchenden, die: ▶ vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, ▶ eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen und ▶ dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind, ▶ in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, ▶ nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben, ▶ sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben. Für Hilfebedürftige nach dem SGB II findet nach § 53 a Abs.1 SGB II die Arbeitslosendefinition des § 16 SGB III sinngemäß Anwendung. Arbeitsuchend ist, wer ▶ eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung sucht, ▶ sich wegen der Vermittlung in ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter gemeldet hat, ▶ die angestrebte Tätigkeit ausüben kann und darf. Dies gilt auch, wenn sie bereits eine Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit ausüben (§ 15 SGB III). Rechtskreis SGB III: Arbeitslose, die bei einer Agentur für Arbeit gemeldet sind. Rechtskreis SGB II: Arbeitslose, die bei einem Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende gemeldet sind.
Lothringen	Die Kategorien Arbeitsuchende, die in den Statistiktabellen (unten) verwendet werden, sind die Kategorien A, B und C, welche die Arbeitsuchenden umfassen, die dazu angehalten sind, aktiv nach Arbeit zu suchen und die im Laufe des Monats eine „begrenzte“ Tätigkeit ausgeübt haben können: ▶ Kategorie A: Arbeitsuchende, die dazu angehalten sind, aktiv nach Arbeit zu suchen und arbeitslos sind; ▶ Kategorie B: Arbeitsuchende, die dazu angehalten sind, aktiv nach Arbeit zu suchen und arbeitslos sind und für kurze Zeit eine begrenzte Tätigkeit ausgeübt haben (das heißt höchstens 78 Stunden in einem Monat); ▶ Kategorie C: Arbeitsuchende, die dazu angehalten sind, aktiv nach Arbeit zu suchen und arbeitslos sind und für lange Zeit eine begrenzte Tätigkeit ausgeübt haben (das heißt höchstens 78 Stunden in einem Monat); Pôle emploi verwendet außerdem andere Kategorien für Arbeitsuchende, die nicht zu aktiver Arbeitssuche angehalten sind (Kategorien D und E): ▶ Kategorie D: Arbeitsuchende, die nicht zur aktiven Arbeitssuche angehalten sind (aufgrund eines Praktikums, einer Schulung, einer Krankheit...) und arbeitslos sind; ▶ Kategorie E: Arbeitsuchende, die nicht zur aktiven Arbeitssuche angehalten sind und einer Beschäftigung nachgehen (zum Beispiel Personen, deren Arbeitsverhältnis staatlich gefördert wird).
Luxemburg	Die Arbeitslosenzahl stellt die Anzahl an nicht vermittelten Arbeitsuchenden dar, die bei der ADEM (Arbeitsverwaltung) registriert sind. Es handelt sich hierbei um Personen ohne Beschäftigung, die auf nationalem Territorium wohnhaft sind und für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, auf der Suche nach einer geeigneten Stelle sind und nicht an einer Beschäftigungsmaßnahme teilnehmen, mit oder ohne Unterstützung, und welche die Auflagen der Arbeitsverwaltung ADEM erfüllt haben. Außerdem dürfen sie zum Zeitpunkt der statistischen Erhebung nicht seit mehr als 7 Tagen krankgeschrieben sein oder sich in Mutterschutz befinden (Definitionsänderung von Januar 2012, mit rückwirkenden Datenrevisionen bis Januar 2006).
Wallonie / DG Belgien	Die Kategorie der nicht beschäftigten Arbeitsuchenden (DEI) umfasst Personen ohne Beschäftigung, die auf der Suche nach einer Stelle sind und sofort für eine Beschäftigung zur Verfügung stehen. Sie umfasst: 1. Die Arbeitsuchenden, die Arbeitslosengeld beantragen und bei denen es sich um Arbeitslose handelt, die nicht durch einen Arbeitsvertrag gebunden sind und Arbeitslosenhilfe erhalten (in vollem Umfang oder auf Basis einer gewollten Zeitarbeit) oder Unterstützung für die berufliche Wiedereingliederung erhalten und als Arbeitsuchende gemeldet sind; 2. Junge Leute, die ein Praktikum für die berufliche Eingliederung am Ende des Studiums machen, die als Arbeitsuchende ohne Unterstützung angesehen werden. Anzumerken ist hier, dass junge Leute, die sich für einen Studentenjob anmelden, seit 2007 nicht mehr als nicht beschäftigte Arbeitsuchende angesehen werden und dass seit dem 1. Januar 2012 das Warte-Praktikum in ein Praktikum für die berufliche Eingliederung umgewandelt wurde; 3. Die anderen, die zwangsweise gemeldet und vorübergehend von der Arbeitslosenhilfe ausgeschlossen sind und Arbeitsuchende, die vom Centre Public d'Action Sociale (C.P.A.S) unterstützt werden; 4. Frei angemeldete Arbeitsuchende ohne Beschäftigung sind Personen auf der Suche nach einer Erwerbstätigkeit, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben, die jedoch die Dienste der öffentlichen Arbeitsagenturen in Anspruch nehmen können.

Eine Anpassung der Arbeitslosenversicherungssysteme

Die meisten Länder haben ihr Arbeitslosenversicherungssystem zur Abschwächung der Krisenauswirkungen angepasst. Die Bedingungen für die Unterstützung von Arbeitslosen bzw. von bestimmten Kategorien wurden gelockert, insbesondere in Belgien, Luxemburg und Deutschland. Der Zugang zur Arbeitslosenhilfe steht Angestellten in Frankreich offen, sobald sie ein Beschäftigungsverhältnis mit einer Dauer von mindestens 4 Monaten nachweisen können,²² und von 6 Monaten in Luxemburg und Deutschland. Auch die Unterstützungsdauer ist von Land zu Land unterschiedlich: Die meisten Länder begrenzen die Unterstützungsdauer im Hinblick auf die Einzahlungsdauer auf 24 Monate in Frankreich und auf 12 Monate in Luxemburg und Deutschland.²³ Dagegen ist in Belgien diese Unterstützungsdauer nicht wirklich vorher bestimmt: Die belgische Arbeitslosenversicherung bietet bescheidene Hilfen, die vom nationalen Arbeitsamt oder von den Gewerkschaftskassen für eine theoretisch unbegrenzte Dauer gezahlt werden.²⁴ Am 1. November 2012 ist eine Arbeitslosenversicherungsreform in Kraft getreten. Die wesentliche Maßnahme betrifft die Degression der Unterstützungen in Abhängigkeit der Arbeitslosigkeitsdauer, wobei der Betrag stärker an die Hilfen gekoppelt wird (nur bei Vollarbeitslosigkeit), die in der beruflichen Vergangenheit gezahlt wurden. Dagegen wurden die Regeln für bestimmte Kategorien gelockert: Erhöhung des Betrags für Hilfen zu Beginn der Arbeitslosigkeit oder nach einer Wiederaufnahme der Arbeit. Diese Änderungen müssen – selbst wenn sie das Prinzip einer Unterstützung für eine unbegrenzte Dauer nicht in Frage stellen – je nach Regierung die Möglichkeit bieten, eine finanzielle Tragfähigkeit zu finden und sollen mehr Flexibilität bieten, die berufliche Wiedereingliederung von Arbeitsuchenden zu fördern und die Beschäftigungsquote zu erhöhen.²⁵

Unterstützungsdauer in Abhängigkeit der Einzahlungsdauer

		Bezugsdauer			
		Frankreich	Deutschland	Luxemburg	Belgien
Einzahlungsdauer*	4 Monate	4 Monate	-	-	-
	6 Monate	6 Monate	-	6 Monate	-
	8 Monate	8 Monate	-	8 Monate	-
	12 Monate	12 Monate	6 Monate	12 Monate**	Unbestimmte Dauer
	24 Monate	24 Monate	12 Monate		
	36 Monate	24 Monate (unter 50 Jahre)	18 Monate (über 55 Jahre)		
	48 Monate	36 Monate (über 50 Jahre)	24 Monate (über 58 Jahre)		
	60 Monate				
	72 Monate				

* Arbeitsdauer, in der in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt wurde.

** Für die Arbeitslosen sind mehrere Arten der Verlängerung von 6, 9 und 12 Monaten je nach Alter vorgesehen, ihrem Invaliditätsgrad und der Anzahl an Jahren, in denen sie in die Sozialversicherung eingezahlt haben.

Source / Quelle : Arbeitslosenversicherung in Europa, Unedic, Leitung für juristische Angelegenheiten, 18. Oktober 2012

²² Vereinbarung vom 19. Februar 2009 über die Arbeitslosenunterstützung, die die Beschäftigungsdauer, welche den Anspruch auf Unterstützung entstehen lässt, von 6 auf 4 Monate gekürzt hat (<http://www.unedic.org/article/convention-du-19-fevrier-2009-relative-l-indemnisation-du-chomage>).

²³ Diese Zeiträume werden jedoch in Abhängigkeit des Alters des Arbeitslosen verlängert (siehe Tabelle Unterstützungsdauer je Abhängigkeit der Einzahlungsdauer).

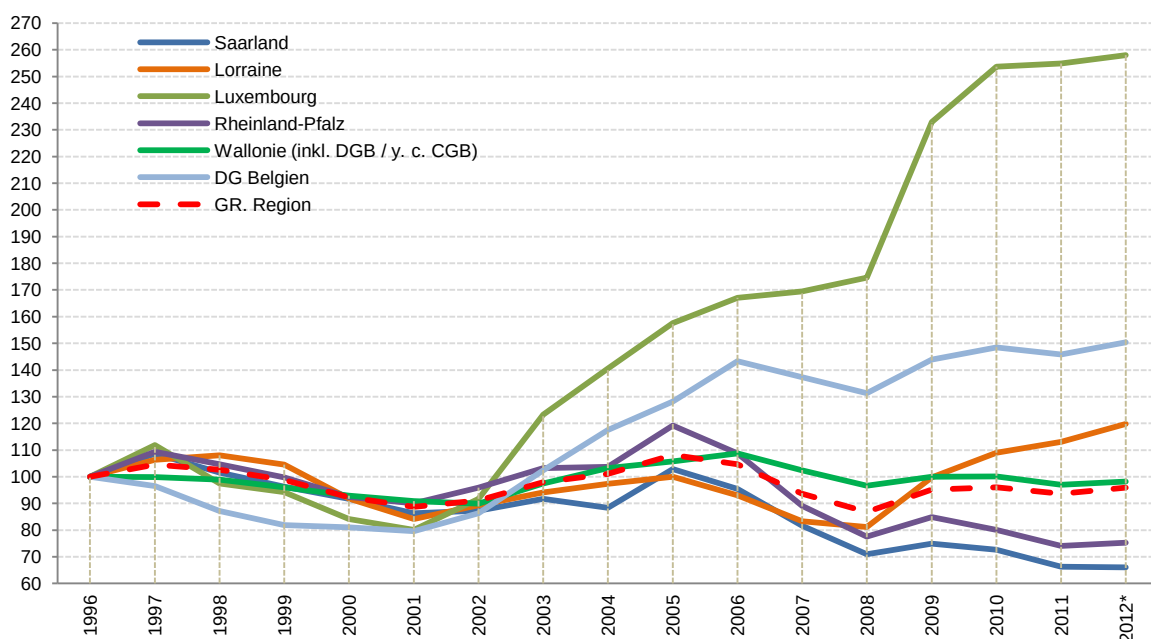
²⁴ Seit vielen Jahren lassen mehrere internationale Institutionen Belgien regelmäßig Empfehlungen zukommen, diesem unbegrenzten Charakter ein Ende zu setzen. Dies trifft insbesondere auf die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu, die ausdrücklich und wiederholt dazu aufgefordert hat.

²⁵ Reform der Arbeitslosenversicherung ab November 2012, nationales Arbeitsamt (Office national de l'emploi), Infoblatt - Arbeitnehmer (http://www.rva.be/D_Opdracht_WWerknemers/T136/InfoFR.pdf).

Mehr als 566.000 Arbeitslose 2012, Anstieg im Jahresvergleich

Die Großregion zählte laut Arbeitsagenturen im Durchschnitt 566.461 Arbeitslose (in den ersten 9 Monaten im Jahr 2012). Diese Zahl weist im Vergleich zu 2011 einen Zuwachs aus (+2,5%), liegt jedoch im Bereich des Niveaus von 2010. Allerdings ist die Entwicklung in den einzelnen Regionen unterschiedlich, und in bestimmten hat sich die Situation erheblich verschlechtert. Von den 13 600 Arbeitslosen, die innerhalb eines Jahres zusätzlich in der Großregion registriert wurden, entfallen zwei Drittel auf Lothringen, wo sich die Arbeitsmarktsituation stärker als anderswo verschlechtert hat. Seit 2008 steigt die Arbeitslosigkeit in Lothringen ununterbrochen, aber auch in Luxemburg und – in geringerem Umfang – in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Entwicklung der Anzahl an Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt
(1996 = 100)



Source / Quelle :

Saarland: Bundesagentur für Arbeit.

Lothringen: Ministère du travail - Pôle emploi- Données brutes (catégories A, B, C).

Luxemburg: ADEM - Agence pour le développement de l'emploi (DE résidents disponibles)

Rheinland-Pfalz: Bundesagentur für Arbeit.

Wallonie: Service public wallon de l'emploi et de la formation (FOREM).

DG Belgien: ADG - Arbeitsamt der DG

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt von 1996 bis 2012

	Saarland	Lothringen	Luxemburg**	Rheinland-Pfalz	Wallonie (ohne DGB)	DG Belgien	GR Region
1996	52 065	130 807	5 680	149 782	250 582	1 837	590 753
1997	56 539	139 190	6 357	163 768	250 320	1 773	617 947
1998	52 905	141 257	5 534	156 702	248 004	1 601	606 003
1999	50 142	136 754	5 351	149 412	240 809	1 504	583 972
2000	47 778	120 140	4 782	138 370	233 077	1 489	545 636
2001	44 918	110 151	4 549	134 841	227 898	1 462	523 833
2002	45 431	116 825	5 209	143 708	225 307	1 585	538 105
2003	47 728	123 129	7 003	154 674	244 152	1 881	578 610
2004	45 990	127 313	7 983	155 415	258 464	2 158	597 359
2005	53 533	130 850	8 948	178 512	264 582	2 354	638 821
2006	49 681	121 716	8 965	162 927	271 766	2 633	617 689
2007	42 480	109 042	9 057	133 400	255 869	2 522	552 370
2008	36 942	106 237	9 263	116 090	241 448	2 413	512 393
2009	38 995	130 521	12 462	127 208	249 701	2 644	549 068
2010	37 829	142 604	13 535	119 934	249 832	2 728	566 462
2011	34 487	147 874	13 494	111 054	242 281	2 678	551 868
2012*	34 399	156 670	14 651	112 790	245 188	2 763	566 461

* Berechnung der Durchschnitte für die ersten 9 Monate von 2012

** Definitionsänderung Arbeitssuchende im Januar 2012

Source / Quelle :

Saarland: Bundesagentur für Arbeit.

Lothringen: Ministère du travail - Pôle emploi- Données brutes (catégories A, B, C).

Luxemburg: ADEM - Agence pour le développement de l'emploi (DE résidents disponibles)

Rheinland-Pfalz: Bundesagentur für Arbeit.

Wallonie: Service public wallon de l'emploi et de la formation (FOREM).

DG Belgien: ADG - Arbeitsamt der DG

Starker Anstieg der Arbeitslosigkeit in Lothringen und Luxemburg

Lothringen wurde von der Krise hart getroffen, und die Auswirkung auf die Beschäftigung wurde hier 2009 wie eine Erschütterung empfunden. Der Arbeitsmarkt hatte seit Beginn der 1990er Jahre noch nie eine so starke Verschlechterung erfahren, und der Anstieg der Arbeitslosigkeit fiel in dieser Region stärker als auf nationaler Ebene aus. Diese Situation ist größtenteils auf die Schwierigkeiten der Industrieunternehmen zurückzuführen. Die Krise hat sich auf den Industriesektor in Lothringen wie ein Verstärker ausgewirkt (da die Probleme ihren Ursprung oft vor der Krise haben), was sich im Wesentlichen durch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den Männern zeigt. Außerdem haben möglicherweise weitere Phänomene auf die „verwaltungsmäßigen“ Statistiken der Arbeitslosigkeit Einfluss genommen:

- ▶ die Anpassung des Instruments der Arbeitslosenversicherung durch die Sozialpartner im Jahre 2009 (Verkürzung der erforderlichen Arbeitsdauer von 6 auf 4 Monate);
- ▶ die Anmeldung von Empfängern des Revenu de solidarité active - RSA (ab Juli 2009) als Arbeitssuchende (die RSA-Empfänger sind größtenteils dazu angehalten, aktiv nach Arbeit zu suchen, wobei der erste Schritt hierfür darin besteht, sich bei der Arbeitsagentur Pôle emploi anzumelden).²⁶ Die Anzahl an Arbeitssuchenden, die RSA-berechtigt sind, ist 2009

²⁶ Ziel des RSA ist es, „den Empfängern ein geeignetes Existenzminimum zu sichern, um gegen die Armut zu kämpfen und die Ausübung bzw. Rückkehr zu einer beruflichen Tätigkeit zu fördern und die soziale Integration der Empfänger zu unterstützen“ (Gesetz Nr. 2008-1249 vom 1. Dezember 2008). Es ersetzt das Mindesteinkommenseinkommen (RMI), die Beihilfe für allein Erziehende (API) sowie die Beteiligungssysteme in Verbindung mit der Wiederaufnahme einer Beschäftigung. Ein RSA-Empfänger ist dazu angehalten, eine Stelle zu suchen, Maßnahmen zu ergreifen, die für die Gründung seines eigenen Unternehmens notwendig

stark angestiegen. Sie stellten einen Anteil von ca. 20% aller Arbeitsuchenden (Kategorien A, B und C), die 2011 bei Pôle emploi gemeldet waren;

- die Erschwerung der Bedingungen für die Befreiung von der Arbeitssuche (DRE)²⁷ für bestimmte ältere Arbeitsuchende ab dem Jahr 2009. Personen, die in den Genuss solcher Befreiungen kamen, wurden von der Arbeitsagentur Pôle emploi nicht als Arbeitsuchende berücksichtigt.²⁸

Selbst wenn die Arbeitslosenquote in Luxemburg im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern unter Kontrolle zu sein scheint, sorgt der starke Zuwachs der Zahl von „offen gebliebenen Arbeitsgesuchen“, die in der ADEM registriert sind, in einem Land für heftige Debatten, in dem der Mythos der Vollbeschäftigung vor noch nicht allzu langer Zeit Realität zu werden schien. Die Anzahl an Stellen steigt in Luxemburg weiter an, die Arbeitslosigkeit der im Lande wohnenden Bevölkerung jedoch auch. Und die Prognosen für 2013 sind nicht optimistisch, sondern gehen von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit aus.

Leichte Verbesserung in der Wallonie seit 2006

Die Arbeitslosigkeit in der Wallonie hat seit 2006 tendenziell einen erheblichen Rückgang registriert. Diese Verbesserung wird von manchen teilweise auf die Verabschiedung prioritärer Aktionen im August 2005 für die wallonische Zukunft zurückgeführt - besser bekannt unter dem Namen Marshall-Plan.²⁹ Angesichts der Wirtschaftskrise scheinen die Arbeitslosenzahlen moderat auszufallen, doch ist die Zahl der Arbeitsuchenden noch hoch. Das Forem zählt für die ersten 9 Monate des Jahres 2012 im Durchschnitt mehr als 245 000 Arbeitsuchende, die ohne Beschäftigung sind (D.E.I.). Die Jugendarbeitslosigkeit, die Langzeitarbeitslosigkeit und das niedrige Qualifikationsniveau der Arbeitsuchenden bleiben in der Wallonie fortdauernde Problematiken.

Wenig Arbeitslosigkeit, Wachstum eines Arbeitsmarktsegments im Zentrum der Arbeitslosigkeit, unsichere Verhältnisse und niedrige Gehälter im Saarland und in Rheinland-Pfalz³⁰

Nach einem Zeitraum starken Rückgangs im Saarland und in Rheinland-Pfalz bis 2008 steigt die Zahl gemeldeter Arbeitsloser³¹ erneut in Rheinland-Pfalz, während sie im Saarland fast stabil bleibt (im Jahresvergleich geringfügiger Rückgang). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit

sind oder Maßnahmen zu treffen, die für eine bessere soziale bzw. berufliche Eingliederung notwendig sind, wenn er die folgenden Bedingungen erfüllt (Artikel L.262-28):

²⁷ Die Befreiung von der Arbeitssuche 2009 und 2010: kontinuierlicher Rückgang, DARES Analysen, Nr. 37, Mai 2011.

²⁸ Zwischen 2008 und 2011 verdoppelte sich in Lothringen die Anzahl an Arbeitsuchenden im Alter von 50 Jahren und darüber (Kategorien A, B, C).

²⁹ Dieser Maßnahmenplan zielte dank einer Investition von 1,4 Milliarden Euro darauf ab, das Wirtschaftswachstum im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung anzukurbeln und betraf insbesondere die Wettbewerbscluster, die Stimulierung der Wirtschaftsaktivität, die Unterstützung von Forschung und Innovation, die Verbesserung der Kompetenzen der Arbeitsuchenden, die Schaffung von Tätigkeiten mit hoher Mehrwertschöpfung, die räumliche Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten und die Gründung neuer Unternehmen. Der Marshall-Plan 2.0 ist ein Gesamtpaket mit großen Linien, die von der aktuellen Regierung mit dem Ziel ausgearbeitet wurden, den Marshall-Plan fortzusetzen, zu verstärken und neu auszurichten.

³⁰ Les réformes sociales Hartz IV, Brigitte Lestrade, Note du Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) n° 75, 2010.

³¹ In Deutschland werden zwei Kategorien von Arbeitslosen unterschieden: die Empfänger des Arbeitslosengelds I (ALG I), die mindestens ein Jahr eingezahlt haben und die Empfänger des Arbeitslosengelds II (ALG II), die keinen Anspruch mehr auf den Bezug von ALG I haben oder Sozialhilfeempfänger sind.

scheint sogar seit 2005 spektakulär zu sein und die Krise von 2008 läuft dieser Tendenz nur vorübergehend zuwider. Die deutsche Wirtschaft hat die ersten beiden Jahre der Eurokrise ohne Schaden überstanden. Was jedoch überrascht, ist der analoge Verlauf der Arbeitslosenkurven dieser beiden Bundesländer. Die Kurven liegen ganz nah beieinander und zeigen dieselben Entwicklungstendenzen, wobei die Performance für das Saarland besser ist (siehe Grafik Basis 100).³² Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit ist durch die großen Umstrukturierungen des Arbeitsmarktes zu erklären, die in Deutschland seit 2001 durchgeführt wurden und sich heute auszuzahlen scheinen. Die Hartz-Reformen³³ und insbesondere das symbolträchtigste unter ihnen, das Hartz-IV-Gesetz, zielte darauf ab, Flexibilität in den Arbeitsmarkt zu bringen und den Arbeitslosen einen Anreiz zu einer schnellen Neubeschäftigung zu bieten - selbst, wenn diese Beschäftigung nur von kurzer Dauer und schlecht bezahlt ist. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland scheint zwar allgemein gering zu sein, aber die Armut soll laut einer jüngsten Veröffentlichung des *Statistischen Bundesamts* zunehmen.³⁴ Laut dieser Studie verfügt ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung in Deutschland in den Unternehmen mit über 10 Beschäftigten über keinen normalen Arbeitsvertrag. 2011 zählt Deutschland 23,6 Millionen normale Stellen als unbefristete Vollzeitbeschäftigungen, - etwas weniger als zehn Jahre vorher. Hinzu kommen 7,9 Millionen „atypische“ Beschäftigte, d.h. also befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit, Teilzeitarbeit. Viele Arbeitsplatzgewinne der vergangenen zehn Jahre sind so Beschäftigungsverhältnissen geschuldet, die in der einen oder anderen Weise unsicher erscheinen.³⁵ Kritiker sprechen sogar vom „*falschen deutschen Wunder*“,³⁶ das eine Umstrukturierung des Arbeitsmarkts vertuscht: Rückgang der Vollzeitarbeitsverträge und mehr Teilzeitarbeitsverträge bzw. Arbeitsverträge mit sehr geringen Arbeitszeiten. Weniger offizielle Arbeitslose, mehr arme Arbeitnehmer und solche, die in unsicheren Verhältnissen leben“.

³² Diese Feststellung gilt übrigens für alle Bundesländer, da seit 2005 keines von dieser Entwicklungstendenz abweicht.

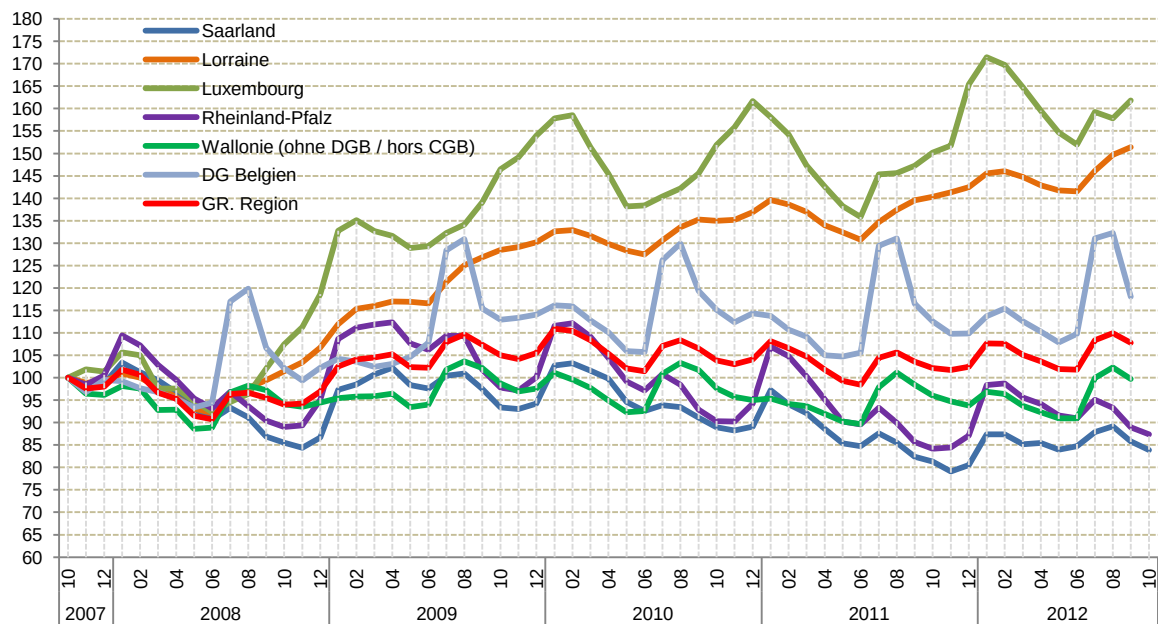
³³ Einschränkung der Ansprüche auf Arbeitslosenhilfe im Zeitraum von 2003-2007 (Hartz I, II, III und IV). Das Hartz-IV-Gesetz, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, ist der vierte Schritt der Arbeitsmarktreform der Regierung Schröder. Mit dieser Reform wird die Arbeitslosenhilfe von 32 Monaten auf 12 Monate gekürzt (18 Monate für Arbeitslose von über 55 Jahren): das „Arbeitslosengeld I“. Nach diesem Zeitraum wird der Arbeitslose als Langzeitarbeitsloser angesehen und erhält dann das Arbeitslosengeld II. Deutschland soll ca. sechs Millionen Empfänger von Arbeitslosenhilfen (Hartz IV) zählen, die dem RSA entsprechen.

³⁴ Statistisches Bundesamt - Destatis: <https://www.destatis.de/DE/Startseite.html>.

³⁵ In Deutschland gibt es spezielle Arbeitsverträge wie die *Mini-Jobs*, für welche die Arbeitnehmer mit einer Vergütung von maximal 400 € pro Monat keine Einkommensteuer zahlen müssen und welche die Sozialbeiträge für die Unternehmen auf eine Pauschale von 25% begrenzt. Dieser Freibetrag gilt für diejenigen, die kein anderes Einkommen haben, als auch für diejenigen, die ihr Einkommen aus ihrer Haupttätigkeit aufbessern möchten. In derselben Weise gilt für die *Midi-Jobs* eine Vergütung von 401 bis 800 €. Diese Jobs bieten im Hinblick auf die Sozialbeiträge für die Arbeitnehmer ebenfalls Vorteile. In dem nicht markbestimmten Sektor können die Ein-Euro-Jobs für gemeinnützige Arbeiten, die mit einem Euro pro Stunde vergütet werden, Arbeitslosengeld II-Empfängern angeboten werden, wenn ihnen keine andere Qualifikationsmaßnahme oder Maßnahme zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt angeboten werden kann. Die Empfänger tauchen dann in den Arbeitslosenstatistiken nicht mehr auf.

³⁶ Comment l'Allemagne cache son chômage, Artikel von Florian Rötzer in der Revue Marianne, April 2010.

Monatliche Entwicklung der Arbeitslosenzahlen von 2007 bis 2012 (Oktober 2007 = 100)



Source / Quelle :

Saarland: Bundesagentur für Arbeit.

Lothringen: Ministère du travail - Pôle emploi- Données brutes (catégories A, B, C).

Luxemburg: ADEM - Agence pour le développement de l'emploi (DE résidents disponibles)

Rheinland-Pfalz: Bundesagentur für Arbeit.

Wallonie: Service public wallon de l'emploi et de la formation (FOREM).

DG Belgien: ADG - Arbeitsamt der DG

5. Gesamtbeschäftigung

5.1 Beschäftigungsquote

Die Beschäftigungsquote ist ein Schlüsselindikator für die Arbeitsmarktanalysen und die Beschreibung des wirtschaftspolitischen Kontextes sowie der Beschäftigung auf europäischer Ebene. Sie entspricht dem Anteil der Beschäftigten (Erwerbstätigen) an der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren.³⁷ Als Erwerbstätiger wird jeder angesehen, der in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet hat.³⁸ Im Allgemeinen bietet die Beschäftigungsquote keinen Hinweis auf das Arbeitsvolumen, das je nach Region große Unterschiede aufweisen kann.³⁹ Wenn die Beschäftigungsquote ein realistisches Bild der Beschäftigungspolitik in der Großregion wiedergeben soll, muss zum Beispiel der Prozentsatz der Teilzeitarbeitsverträge unbedingt berücksichtigt werden.⁴⁰

Beschäftigungsquote und Ziele der EU

Am 17. Juni 2010 hat der Europäische Rat die neue Strategie „Europa 2020“ formell verabschiedet. Sie verfolgt mit drei sich gegenseitig verstärkenden Prioritäten den Aufbau einer intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaft in einer EU, die durch ein hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau sowie einen ausgeprägten sozialen Zusammenhalt gekennzeichnet ist. Eine der sieben Leitinitiativen zur inhaltlichen Umsetzung der Europa-2020-Strategie ist die im Themenfeld „integratives Wachstum“ angesiedelte „Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“. Ihr Ziel ist es, die Arbeitsmärkte zu modernisieren, den Menschen durch den lebenslangen Erwerb von Qualifikationen neue Möglichkeiten zu eröffnen und so die Erwerbsquote zu erhöhen sowie Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt u.a. durch Arbeitsmobilität besser aufeinander abzustimmen.

Die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen ist ein Grundpfeiler der europäischen Beschäftigungspolitik. Arbeitsplätze sind gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Eines der Kernziele der Strategie Europa 2020 lautet daher, die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-jährigen Frauen und Männer auf 75% bis zum Jahr 2020 zu erhöhen. Insbesondere junge Menschen, ältere Arbeitnehmer und gering qualifizierte Arbeitskräfte sollen intensiver am Erwerbsleben beteiligt und Migranten besser integriert werden. Die zur Großregion zugehörigen Länder setzen in ihren nationalen Reformprogrammen dabei jeweils unterschiedliche Akzente:

- ▶ Belgien will bis 2020 eine Gesamtbeschäftigungsquote von 73,2% erzielen, die Beschäftigungsquote der Frauen soll auf 69% und die der älteren Arbeitnehmer auf 50% angehoben werden.
- ▶ Deutschland strebt eine Erhöhung der Beschäftigungsquote auf insgesamt 77% an, wobei für die Frauen 73% und für die Älteren 60% anvisiert werden.
- ▶ Frankreich orientiert sich in seiner nationalen Zielsetzung an der EU-Vorgabe von 75% für die Gesamtbeschäftigungsquote und will zusätzlich bei den Frauen einen Anteil von 70% erreichen.
- ▶ Luxemburg hat sich das Ziel gesetzt, die Beschäftigungsquote bis 2020 auf insgesamt 73% zu erhöhen, wobei bis 2015 ein Anteil von 71,5% angestrebt wird.

³⁷ Die allgemeine Beschäftigungsquote bezieht sich jetzt auf die 20- bis 64-Jährigen und nicht mehr auf die 15- bis 64-Jährigen.

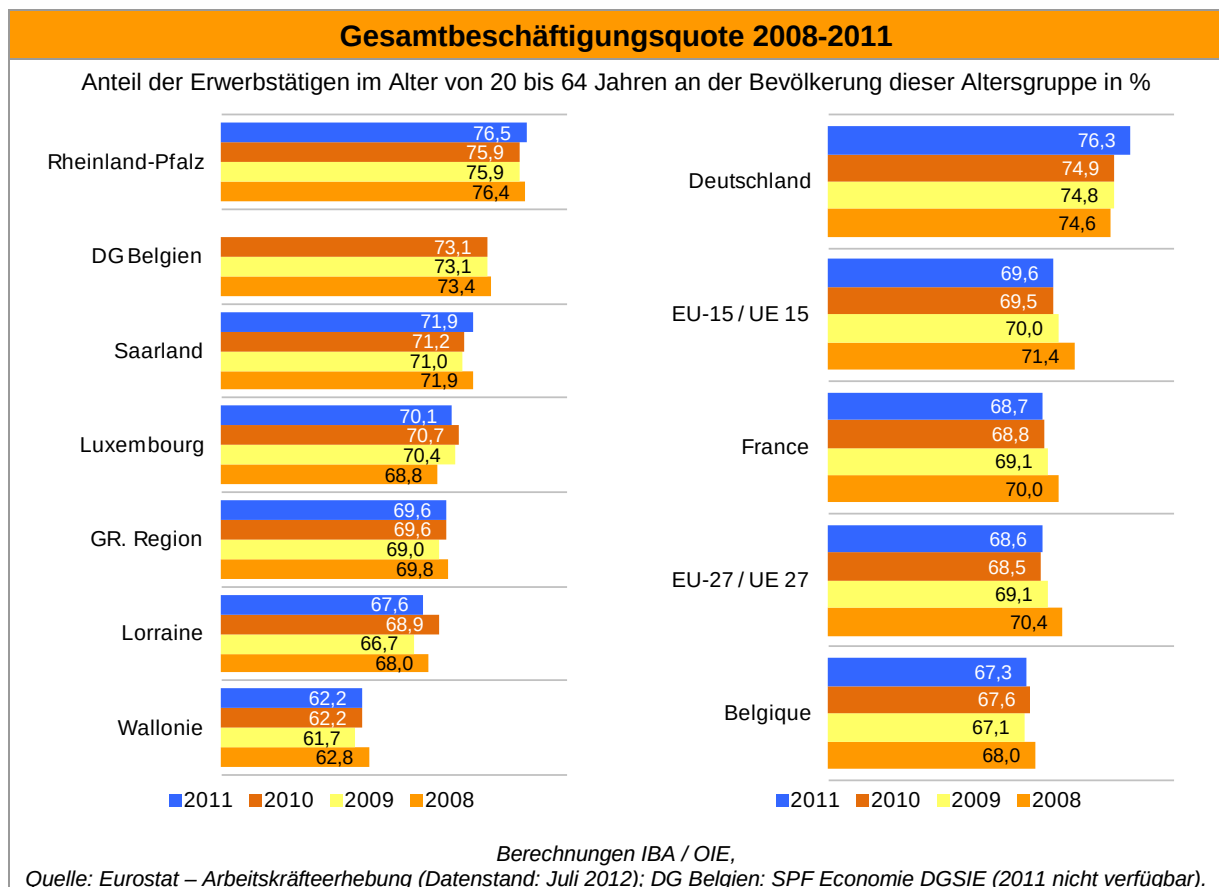
³⁸ Zusätzlich werden alle Personen mitgezählt, die in der betreffenden Woche von der Arbeit frei gestellt waren (z. B. wegen Sabbatical oder Erziehungszeit).

³⁹ Die Arbeitszeitstrukturen werden von mehreren Faktoren beeinflusst, wie unterschiedliche historische und kulturelle Rahmenbedingungen, Beschäftigungsquote der Frauen in den regionalen Arbeitsmärkten, Spezialisierung in einer bestimmten Branche und Anteil der Teilzeitbeschäftigten.

⁴⁰ Gerade der Anteil der Teilzeitbeschäftigten verringert in erheblichem Maße die durchschnittliche Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Leider ist auf regionaler Ebene keine Aufgliederung der durchschnittlichen Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte verfügbar.

Gesamtbeschäftigungsquote: Rheinland-Pfalz über der europäischen Zielvorgabe

Den Eurostat-Daten zufolge beläuft sich 2011 die Beschäftigungsquote der Großregion auf 69,6%. Damit ist sie etwas über dem Niveau der EU-27 und gleichauf mit der EU-15. Allerdings weisen die Ergebnisse im Kooperationsraum starke Unterschiede auf: Zwischen der höchsten und niedrigsten Quote gibt es eine Differenz von 14,3 Prozentpunkten. Die beiden deutschen Bundesländer, die DG Belgien sowie Luxemburg liegen über der 70%-Marke und damit höher als im großregionalen und europäischen Durchschnitt. Klarer Spitzenreiter ist Rheinland-Pfalz mit einer Beschäftigungsquote von 76,5%. Das Saarland und Luxemburg nehmen mit jeweils 71,9% und 70,1% eine mittlere Position ein. Mit Anteilen von 67,6% bzw. 62,2% bewegen sich dagegen die Beschäftigungsquoten in Lothringen sowie vor allem in der Wallonie deutlich unter dem europäischen wie großregionalen Durchschnitt.



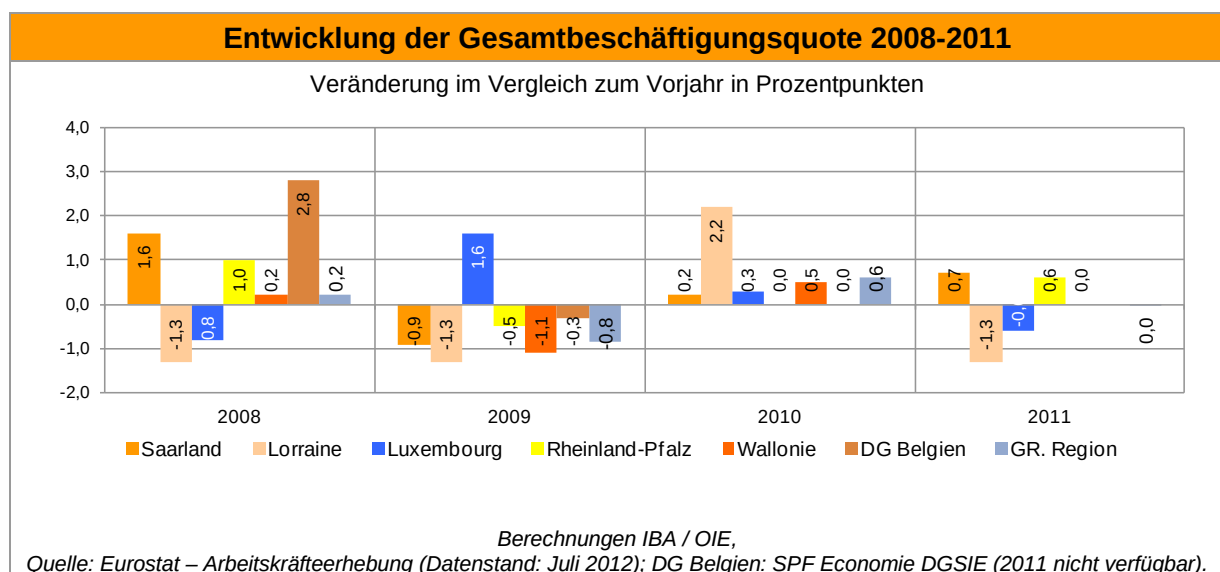
Allgemeine Tendenz zu einem Rückgang der Beschäftigungsquote

Zwischen 2008 und 2011 sinkt die Beschäftigungsquote in der Großregion um 0,2 Prozentpunkte. Von diesem Rückgang betroffen sind Lothringen und die Wallonie (jeweils um -0,4pp), während die Quote in den deutschen Regionen stagniert (0pp im Saarland, +0,1pp in Rheinland-Pfalz). Nur Luxemburg verzeichnet einen relativen Zuwachs von +1,3 Prozentpunkten. Der Rückgang der Beschäftigungsquote fällt für die EU-15 (-1,8pp) und die EU-27 (-1,8pp) noch deutlicher aus.

In der Jahresveränderung 2009 gegenüber 2008 weisen alle Teilregionen mit Ausnahme von Luxemburg eine rückläufige Beschäftigungsquote aus, die dann im Jahre 2010 wieder leicht ansteigt. Dieser vorübergehenden Verbesserung folgt 2011 ein erneuter leichter Rückgang.

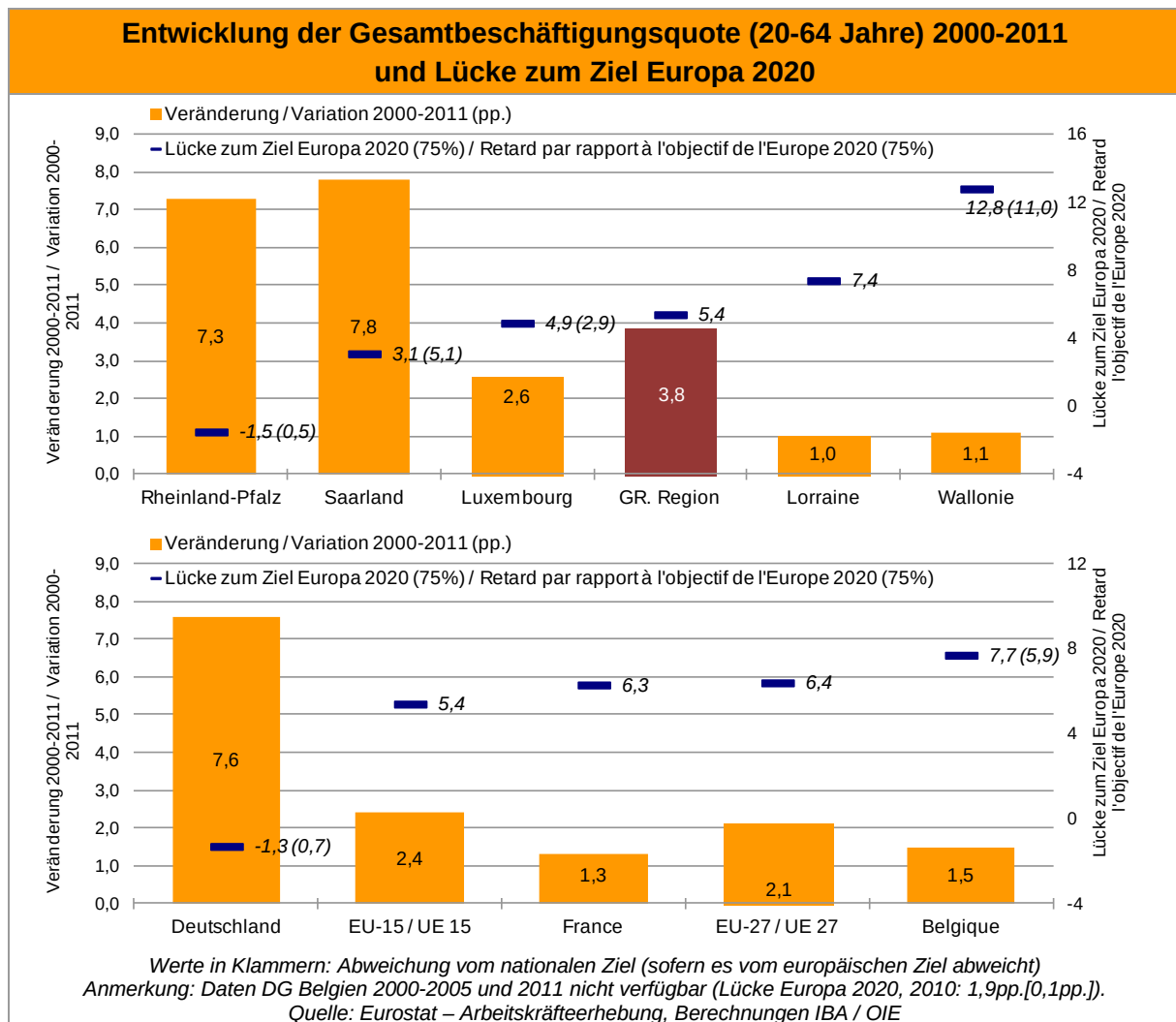
Auf EU-Ebene setzt sich das Minus 2010 fort, während für 2011 ein leichter Anstieg der Quote zu verzeichnen ist.

Die Entwicklung der Beschäftigungsquote im Zeitraum von 2000 bis 2011 verläuft für alle Teilregionen positiv. Dies gilt besonders in den deutschen Bundesländern: Das Saarland legt um 7,8 Prozentpunkte zu und Rheinland-Pfalz erreicht ein Plus von 7,3 Prozentpunkten. Die Veränderungsrate von Luxemburg, der Wallonie und Lothringen liegen dagegen deutlich darunter und bleiben damit auch hinter dem großregionalen Durchschnittswert zurück (+3,8pp). Zwischen 2007 und 2011 führen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise dazu, dass sich die Beschäftigungsquote für die deutschen Regionen nur sehr wenig verbessert, in der Großregion stagniert und in der Wallonie und in Lothringen zurückgeht. Im europäischen Mittel (EU-15) hat sich die positive Entwicklung der Beschäftigungsquote zwischen 2000 und 2011 (+2,4pp) von 2007 bis 2011 in einen negativen Trend umgekehrt (-1,4pp).



Großregion im Jahr 2011 noch 5,4 Prozentpunkte vom Europa-2020-Ziel entfernt

Trotz der weltweiten Rezession 2008/2009 steigt die Beschäftigungsquote in Europa und in der Großregion innerhalb eines Jahrzehnts an. Die Lücke zum Europa-2020-Ziel - eine Beschäftigungsquote von 75% - hat sich somit verringert. 2011 übertrifft Rheinland-Pfalz diese Zielmarke bereits um 1,5 Prozentpunkte, und das Saarland bleibt nur 3,1 Prozentpunkte unter der Vorgabe. Lothringen und die Wallonie sind demgegenüber noch weit abgeschlagen (-7,4 und -12,8pp). Mit Blick auf die nationalen Ziele verfehlen Rheinland-Pfalz und das Saarland den höheren deutschen Benchmark von 77% um 0,5 bzw. 5,1 Prozentpunkte. Obwohl die Ziele in Frankreich und Belgien niedriger liegen, sind Lothringen und die Wallonie von ihren nationalen Zielmarken noch weit entfernt. Die EU-15 kommt an das 75%-Ziel bis auf 5,4 Prozentpunkte heran.



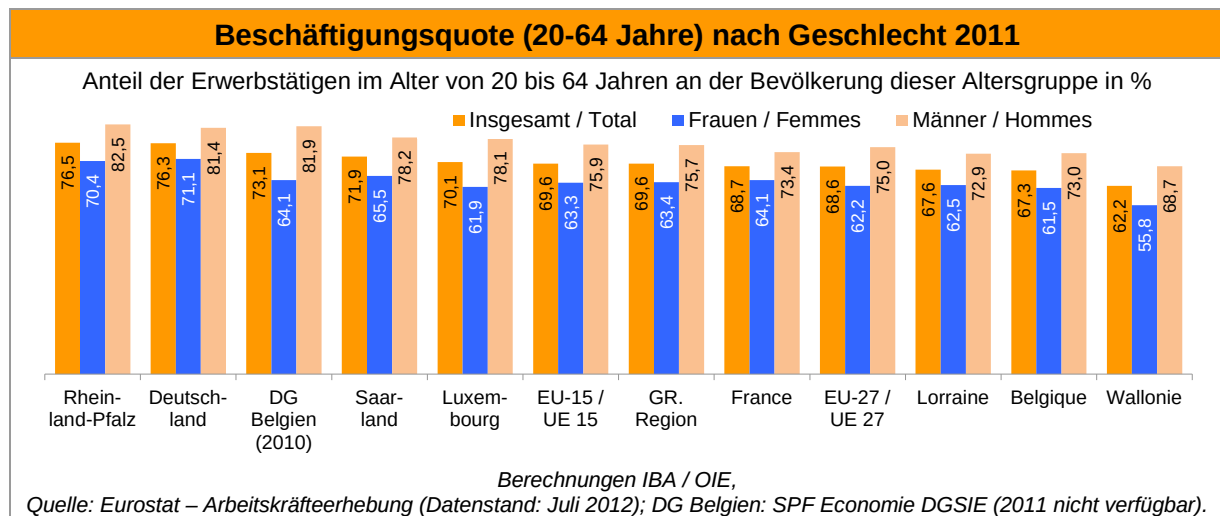
Beschäftigungsquote der Frauen in der Großregion deutlich unter derjenigen der Männer

Die Beschäftigungsquote der Frauen ist in den vergangenen zehn Jahren in Europa deutlich gestiegen. Dennoch bleibt sie unter derjenigen der Männer. Obwohl die Kommission kein spezielles Ziel für die Frauen-Quote gesetzt hat, muss sich ihr Anstieg fortsetzen, wenn die Zielvorgabe von 75% erreicht werden soll.

In der Großregion pendelt sich die Beschäftigungsquote der Männer für 2011 bei 75,7% ein und erreicht damit das Ziel der Kommission, wobei diese Zahl geringfügig über dem EU-27-Schnitt (75%) und geringfügig unter dem EU-15-Schnitt (75,9%) liegt. Die Beschäftigungsquote bei den Frauen bleibt in der Großregion (63,4%) unter derjenigen der Männer, dasselbe gilt für die EU-15 und EU-27.

Die Differenz zwischen den Geschlechtern ist in allen Regionen erheblich: In Rheinland-Pfalz liegt die Beschäftigungsquote der Männer 2011 bei 82,5% gegenüber 70,4% bei den Frauen, was einem Unterschied von etwas mehr als 12 Prozentpunkten entspricht. Im Saarland, wo die Beschäftigungsquote der Männer ebenfalls hoch ist (78,2%), beträgt die Differenz gegenüber den Frauen 12,7 Prozentpunkte. Der Abstand ist in Luxemburg noch größer. In Lothringen und in der Wallonie, wo die Beschäftigungsquote der Männer niedriger ist (jeweils

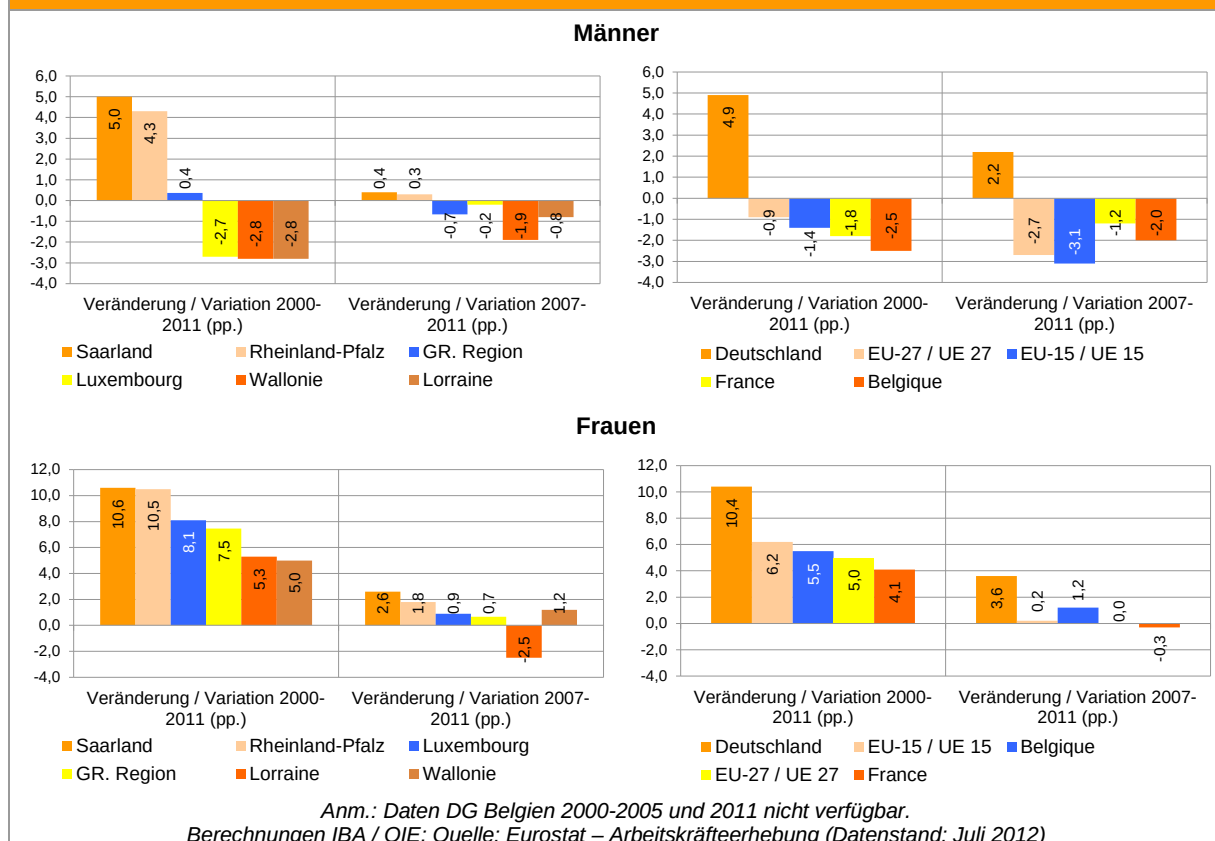
72,9% und 68,7%), liegt die Abweichung zwischen männlicher und weiblicher Erwerbstätigkeit bei über 10 Prozentpunkten.



Regional sehr unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigungsquote nach Geschlecht

Von 2000 bis 2011 ist die Entwicklung der Beschäftigungsquote bei Männern und Frauen in den einzelnen Teilregionen sehr unterschiedlich: Während in Luxemburg, in der Wallonie und Lothringen bei den Männern ein Rückgang festzustellen ist (jeweils -2,7 und -2,8pp), verzeichnen das Saarland und Rheinland-Pfalz einen recht starken Anstieg (+5pp und +4,3pp), weshalb die Großregion nur 0,4 Prozentpunkte zusätzlich ausweisen kann. Von 2007 bis 2011 hat die Wirtschaftskrise auf die Beschäftigungsquote der Männer durchgeschlagen: Während sie in den deutschen Regionen noch leicht zulegt, geht sie in den anderen Teilräumen zurück. Bei den Frauen ist der Anstieg der Beschäftigungsquote zwischen 2000 und 2011 deutlich, insbesondere in den deutschen Bundesländern. Gebremst wird die großregionale Gesamtentwicklung zwischen 2007 und 2011 jedoch durch die rückläufige Beschäftigungsquote der lothringischen Frauen (-2,5pp).

Entwicklung der Beschäftigungsquote (20-64 Jahre) nach Geschlecht 2000-2011 / 2007-2011



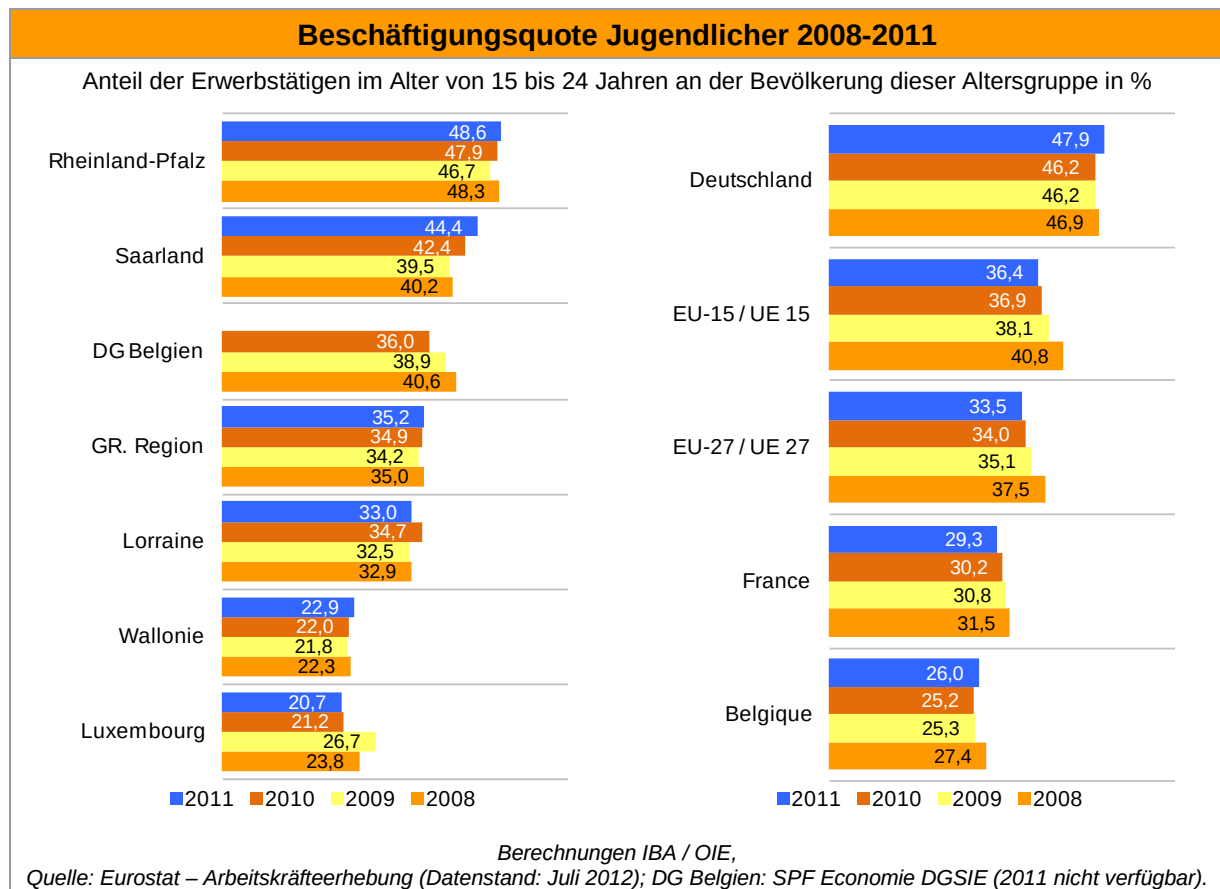
Nur leichter Rückgang der Geschlechterdifferenz in den Jahren 2007-2011

Die Differenz zwischen der männlichen und weiblichen Beschäftigungsquote in der Großregion zwischen 2007 und 2011 ist leicht geschrumpft (-1,3pp), während sie auf europäischer Ebene stärker rückläufig ist (-3,3pp für die EU-15 und -2,7pp für die EU-27). Die Abweichung verringert sich in diesem Zeitraum in den deutschen Regionen (-2,2pp für das Saarland, -1,5pp für Rheinland-Pfalz) und in der Wallonie (-3,1pp). Der Rückgang ist für Luxemburg von 2007 bis 2011 gering (-1,1pp), wo die männliche Beschäftigungsquote 2011 deutlich über der weiblichen Quote liegt. In Lothringen ist für die Differenz, wo sie 2011 von allen Teilregionen am kleinsten ist (10,4pp), zwischen 2007 und 2011 ein Anstieg zu verzeichnen (+1,7pp).

Weite Spanne bei der Beschäftigungsquote Jugendlicher innerhalb der Großregion

2011 beläuft sich die Beschäftigungsquote Jugendlicher in der Großregion auf 35,2% und liegt damit über derjenigen der EU-27 (33,5%) und leicht unter derjenigen der EU-15 (36,4%). Es sind jedoch große Unterschiede zwischen den Gebietseinheiten festzustellen. In den deutschen Regionen ist die Beschäftigungsquote mehr als zweimal so hoch (48,6% in Rheinland-Pfalz und 44,4% im Saarland) wie in der Wallonie (22,9%) und Luxemburg (20,7%). Lothringen nimmt hier eine Zwischenposition ein (33%). Für die deutschen Regionen ist hier jedoch das große Gewicht der dualen Berufsausbildung zu berücksichtigen, da Auszubildende in den Betrieben als Erwerbstätige gezählt werden. Im Gegensatz dazu können die niedrigen Werte auf Schwierigkeiten zurückzuführen sein, auf dem Arbeitsmarkt Fuß

zu fassen, oder durch die Verlängerung des Studiums bedingt sein, wodurch der Eintritt in den Arbeitsmarkt verzögert wird.



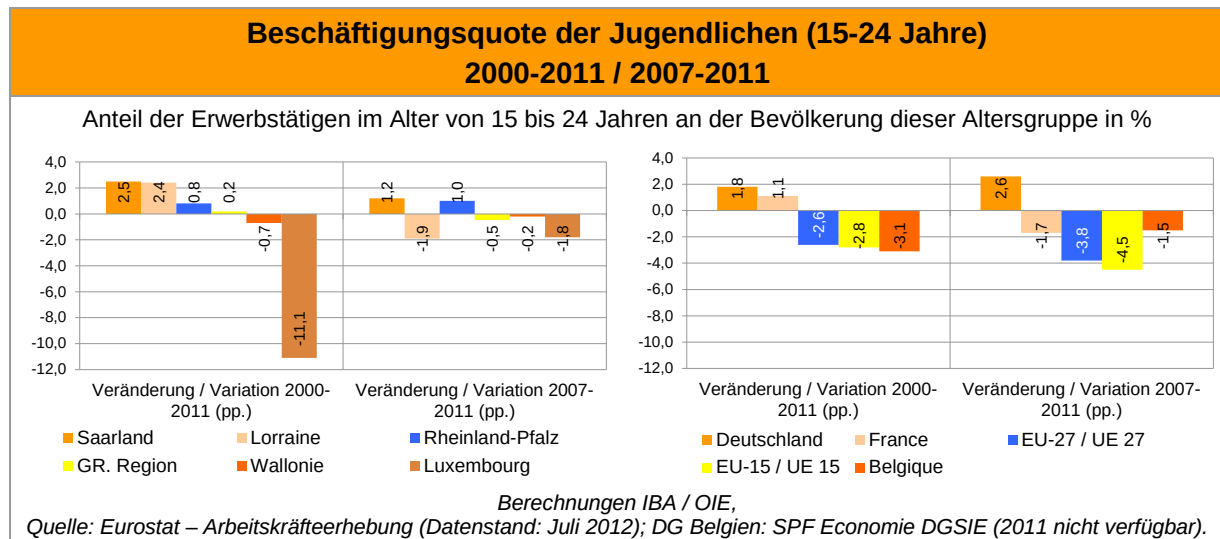
Die Wirtschaftskrise wirkt sich auf die Beschäftigungsquote Jugendlicher aus, die sich insgesamt deutlich konjunkturanfälliger zeigt. Die Großregion verzeichnet einen geringen Anstieg zwischen 2008 und 2011 (+0,2pp) – ein deutlich besseres Ergebnis als die EU-27 und EU-15, wo die Quote rückläufig ist (-4pp bzw. -4,4pp). Luxemburg ist die einzige Teilregion, die einen Rückgang in etwa derselben Größenordnung verzeichnet (-3,1pp). Nach einer Erhöhung im Jahre 2009 sinkt die Beschäftigungsquote 2010 und 2011. Auch in Lothringen geht die Beschäftigungsquote zurück, wenn auch nur geringfügig (-0,1pp). Rheinland-Pfalz verzeichnet einen ganz leichten Anstieg (+0,3pp), ebenso wie die Großregion. Nur das Saarland zeichnet sich durch eine deutlich positive Entwicklung bei der Beschäftigung Jugendlicher aus (+4,2pp).

Beschäftigungsquote Jugendlicher in der Großregion stagniert weitgehend

Im Zeitraum von 2000-2011 verläuft die Entwicklung der Beschäftigungsquote Jugendlicher in der Großregion gegenläufig zum Trend auf europäischer Ebene. Während sie für die EU negativ ist (-2,6pp für die EU-27 und -2,8pp für die EU-15), ist sie für die Großregion leicht positiv (+0,2pp). Die Beschäftigungsquote in den meisten Teilregionen steigt mäßig, während sie in Luxemburg stark rückläufig ist (-11,1pp).

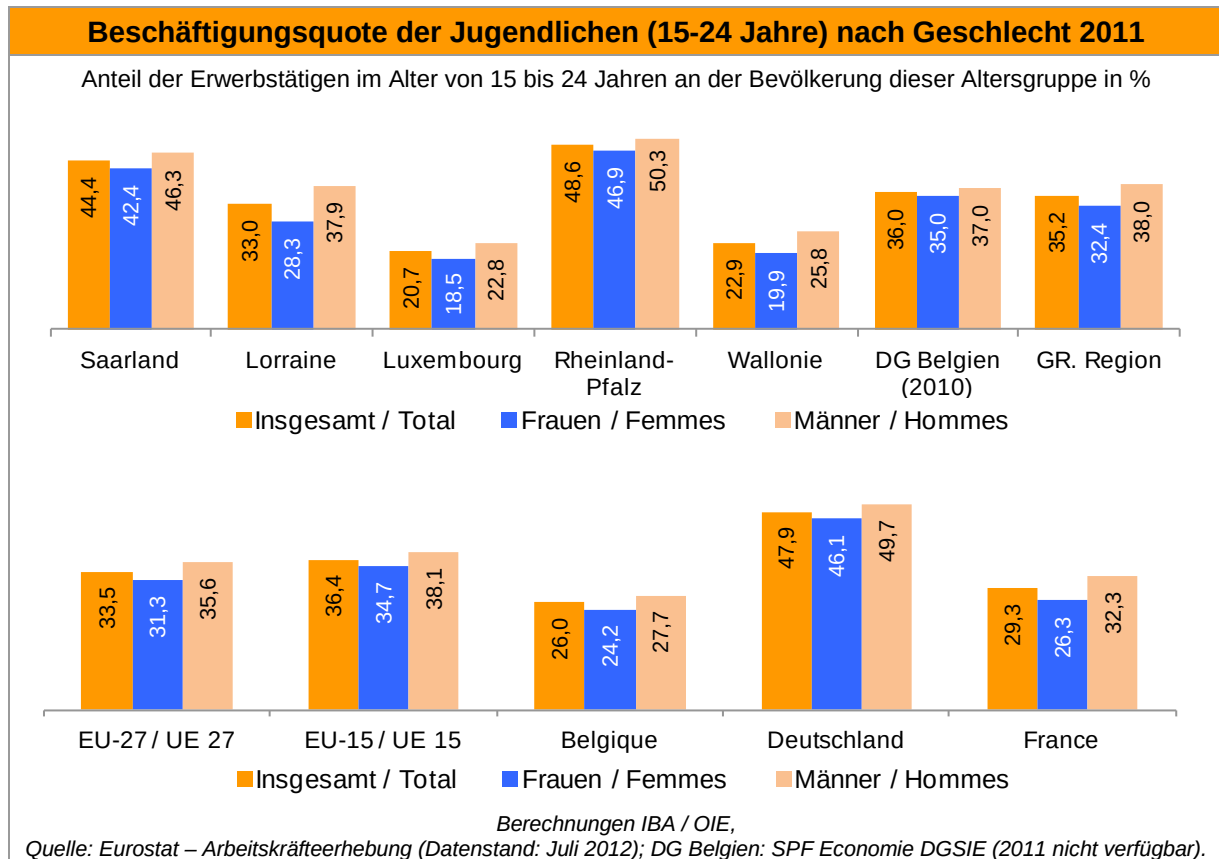
Zwischen 2007 und 2011 ist die Entwicklung der Beschäftigungssituation Jugendlicher mit der Gesamtbeschäftigung vergleichbar. Die Beschäftigungsquote geht in der EU-27 (-3,8pp)

und der EU-15 stärker zurück (-4,5pp). Für die Großregion fällt der Rückgang deutlich geringer aus -0,5pp). Die beiden deutschen Bundesländer konnten sogar in der Rezession noch Anteilssteigerungen erzielen (+1,2pp für das Saarland und +1pp für Rheinland-Pfalz).



Beschäftigungsquote junger Männer und Frauen: Abstand in der Großregion größer als auf europäischer Ebene

In der Großregion sowie auf europäischer Ebene liegt die Beschäftigungsquote junger Frauen unter derjenigen junger Männer. 2011 fällt die Abweichung zugunsten der Männer mit 5,6 Prozentpunkten für die Großregion (38% für die Männer und 32,4% für die Frauen) höher als für Europa aus. Sie beträgt 4,3 Prozentpunkte für die EU-27 und 3,4 Prozentpunkte für die EU-15. Die Differenz ist weitaus deutlicher in Lothringen als in den anderen Teilregionen (-9,6pp). Die Wallonie nähert sich den Werten der Großregion (-5,9pp), gefolgt von Luxemburg. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz, wo die Beschäftigungsquote der Jugendlichen höher ist, fällt die Differenz zwischen Männern und Frauen am geringsten aus (jeweils -3,4 und -3,9pp).



Für den Zeitraum von 2008-2011 ist die Entwicklung der Beschäftigungsquote junger Männer in der Großregion ganz leicht rückläufig (-0,3pp), während dieser Rückgang auf europäischer Ebene deutlich ist (-4,7pp für die EU-27 und -5,3pp für die EU-15). Die Beschäftigungsquote steigt in allen Regionen ganz leicht mit Ausnahme von Luxemburg, wo die Quote schrumpft (-4,2pp). In Lothringen wächst sie am stärksten (+1,1pp), die anderen Regionen verzeichnen quasi eine Stagnation (+0,3pp für das Saarland, +0,2pp für Rheinland-Pfalz und die Wallonie).

Zwischen 2008 und 2011 schrumpft die Differenz zwischen der Beschäftigungsquote junger Männer und Frauen in der Großregion ganz leicht, da sie bei den Frauen geringfügig ansteigt (+0,8pp) und bei den Männern etwas sinkt. Diese Situation, die sich für die Frauen günstiger darstellt, ist im Wesentlichen auf die starke Entwicklung im Saarland zurückzuführen, wo die Beschäftigungsquote junger Frauen in diesem Zeitraum kontinuierlich zulegt (+8,9pp). In Rheinland-Pfalz, wo die Beschäftigungsquote junger Frauen die höchste in der Großregion ist, verläuft die Entwicklung völlig anders (+0,6pp). Die Wallonie verzeichnet einen geringfügigen Zuwachs (+1,1pp). In Lothringen und Luxemburg ist die Beschäftigung junger Frauen dagegen in rückläufig (-0,4pp bzw. -2,1pp).

Leicht verbesserte Beschäftigungsquote junger Frauen in der Großregion

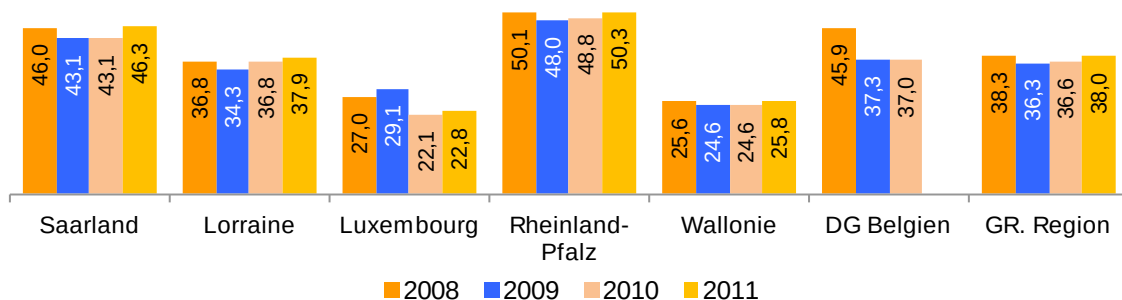
Von 2000 bis 2011 sinkt die Beschäftigungsquote junger Männer in der Großregion (-1pp), allerdings nicht so stark wie in Europa (-3,7pp für die EU-27 und -4,4pp für die EU-15). Besonders ausgeprägt ist der Rückgang in Luxemburg (-12,5pp). Von 2007 bis 2011 ist die Situation in der Großregion weitgehend stabil (+0,3pp), während der Rückgang auf europäischer Ebene deutlich zu spüren ist (-4,7pp für die EU-27 und -5,6pp für die EU-15).

Entgegen dem Trend auf europäischer Ebene hat sich die Beschäftigungssituation junger Frauen in der Großregion zwischen 2000 und 2011 verbessert (+1,6pp gegenüber -1,6pp in der EU-27). Lediglich in Luxemburg gab es – wie schon bei den jungen Männern – einen Rückgang der Beschäftigungsquote weiblicher Jugendlicher (-9,8pp). Von 2007 bis 2011 ist in der Großregion ein Rückgang zu verzeichnen (-0,5pp), der jedoch nicht so stark ausfällt wie in Europa (-3,3pp für die EU-15 und -2,9pp für die EU-27).

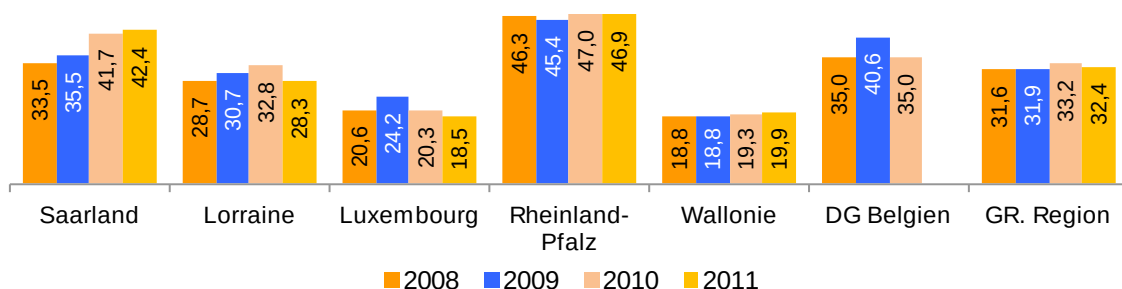
Die Beschäftigungsquote Jugendlicher (15-24 Jahre) nach Geschlecht 2008-2011

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 24 Jahren an der Bevölkerung dieser Altersgruppe in %

Männer



Frauen



Berechnungen IBA / OIE,

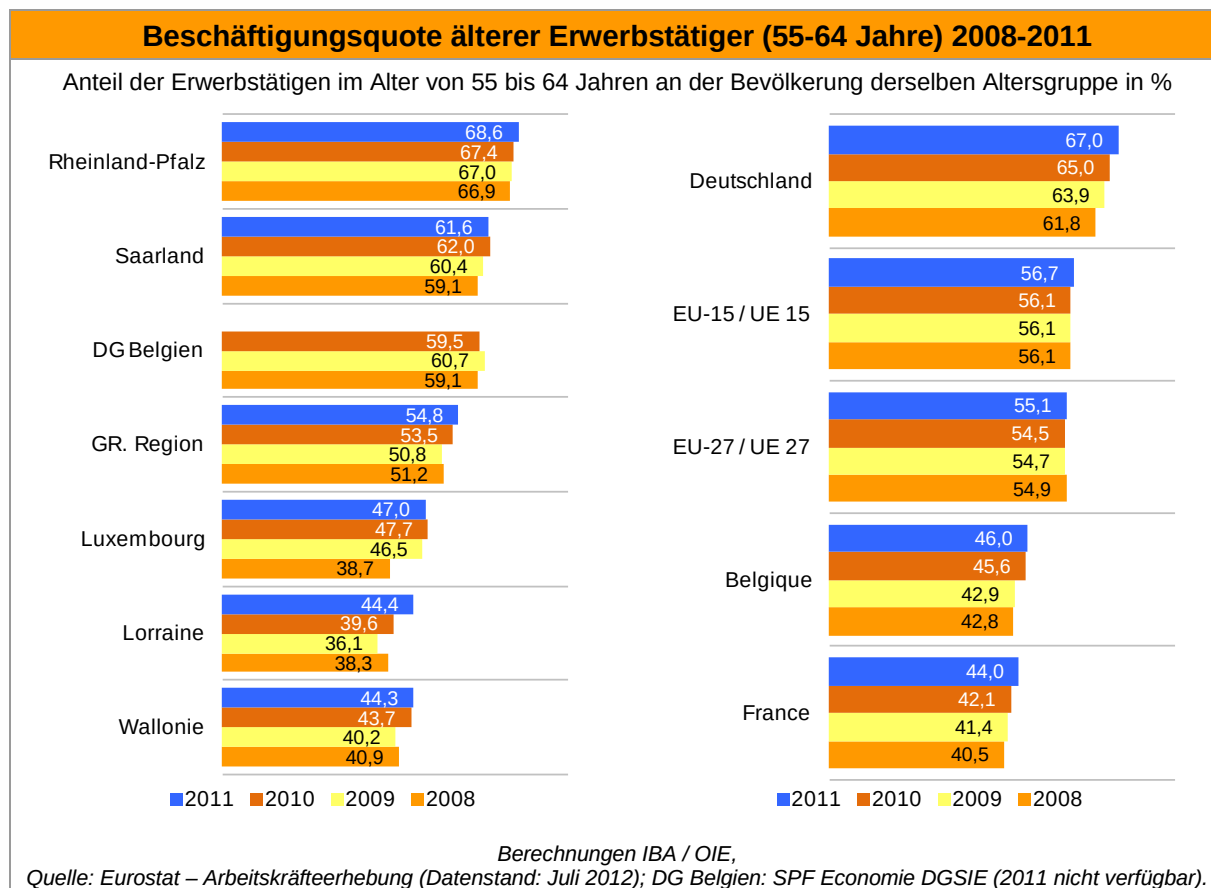
Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung (Datenstand: Juli 2012); DG Belgien: SPF Economie DGSIE (2011 nicht verfügbar).

Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger in der Großregion auf EU-27-Niveau

Im Rahmen der Lissabon-Strategie wurde als Ziel für 2010 eine Beschäftigungsquote für ältere Arbeitnehmer (55 bis 64 Jahre) von 50% festgelegt. Die Europa-2020-Strategie hat für das kommende Jahrzehnt keinen neuen Benchmark vorgegeben. Sie erinnert jedoch daran, dass eine Verbesserung der beruflichen Integration älterer Erwerbstätiger und die Förderung der Erwerbstätigkeit älterer Menschen als wesentlich für die Erreichung des Ziels einer Beschäftigungsquote von 75% in der EU bis 2020 angesehen wird.

Mit einer Beschäftigungsquote für ältere Erwerbstätige von 47,3% liegt die Großregion 2011 gleichauf mit der EU-27 (47,4%) und bleibt nur leicht unterhalb des EU-15-Niveaus (49,4%). Somit ist trotz einer Verbesserung bei den älteren Erwerbstätigen das Lissabon-Ziel für die Großregion noch nicht erfüllt, während die EU-15 die Vorgabe fast erreicht hat. Auf interregionaler Ebene ist aber festzustellen, dass die Beschäftigungsquote Älterer in den deutschen

Bundesländern über derjenigen der Großregion liegt (59,6% für Rheinland-Pfalz und 54,7% für das Saarland). Die anderen Regionen bleiben deutlich dahinter zurück: Lothringen und Luxemburg erreichen in etwa dieselben Werte (39,5% und 39,3%), das heißt ca. 8 Prozentpunkte weniger als der Durchschnitt der Großregion, gefolgt von der Wallonie (36,9%).



Die Beschäftigung älterer Menschen steigt in allen Teilregionen

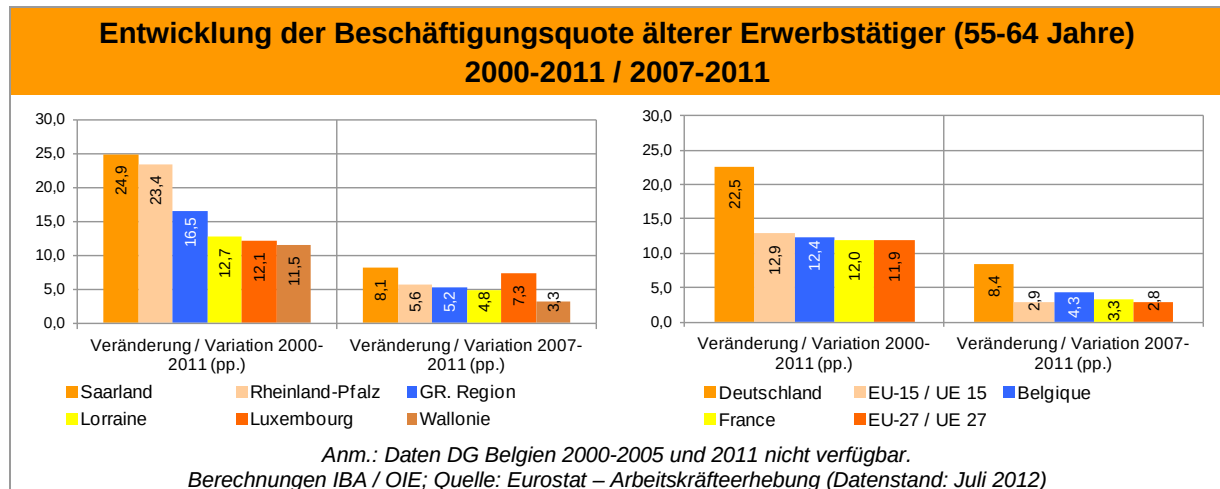
Obwohl mit Ausnahme der deutschen Teilregionen die Werte hinter den europäischen Zielen zurückbleiben, - zeigt der Trend in der Beschäftigung Älterer in der Großregion zwischen 2008 und 2011 nach oben (+3,9pp) – eine Entwicklung, die zudem deutlich stärker ausfällt als auf europäischer Ebene (EU-27: +1,8pp ; EU-15: +2,1pp).

Dieser Aufwärtstrend ist in allen Regionen zu verzeichnen: in Rheinland-Pfalz, Saarland und in der Wallonie eher mäßig (jeweils +3,9, +3,8 und +3,3pp), dagegen deutlicher in Luxemburg (+5,2pp) und in Lothringen (+4,5pp). Die Krise hat auf die Beschäftigung Älterer weniger durchgeschlagen, selbst wenn sie 2009 in Lothringen (-0,4pp) und in der Wallonie (-0,9pp) leicht rückläufig ist.

Starker Anstieg der Beschäftigungsquote Älterer zwischen 2000 und 2011

Der Zuwachs fällt besonders in den deutschen Regionen hoch aus (+24,9pp für das Saarland und +23,4pp für Rheinland-Pfalz). Die Entwicklung von Lothringen, Luxemburg und in der Wallonie fällt weniger dynamisch aus als für die Großregion (+16,5pp). Für Europa ist die Entwicklung ebenfalls moderater (+12,9pp für die EU-15 und +11,9pp für die EU-27).

Für den Zeitraum 2007-2011 ist die Verbesserung der Beschäftigung bei den älteren Erwerbstätigen in der Großregion aufgrund der Rezession weniger stark ausgeprägt, bleibt jedoch positiv und dynamischer als für Europa. An erster Stelle liegt das Saarland mit einer Verbesserung von 8,1 Prozentpunkten, Luxemburg liegt fast gleichauf (+7,3pp). In den anderen Teilregionen fällt das Wachstum etwas mäßiger aus (+5,6pp für Rheinland-Pfalz, +4,8pp für Lothringen und +3,3pp für die Wallonie).

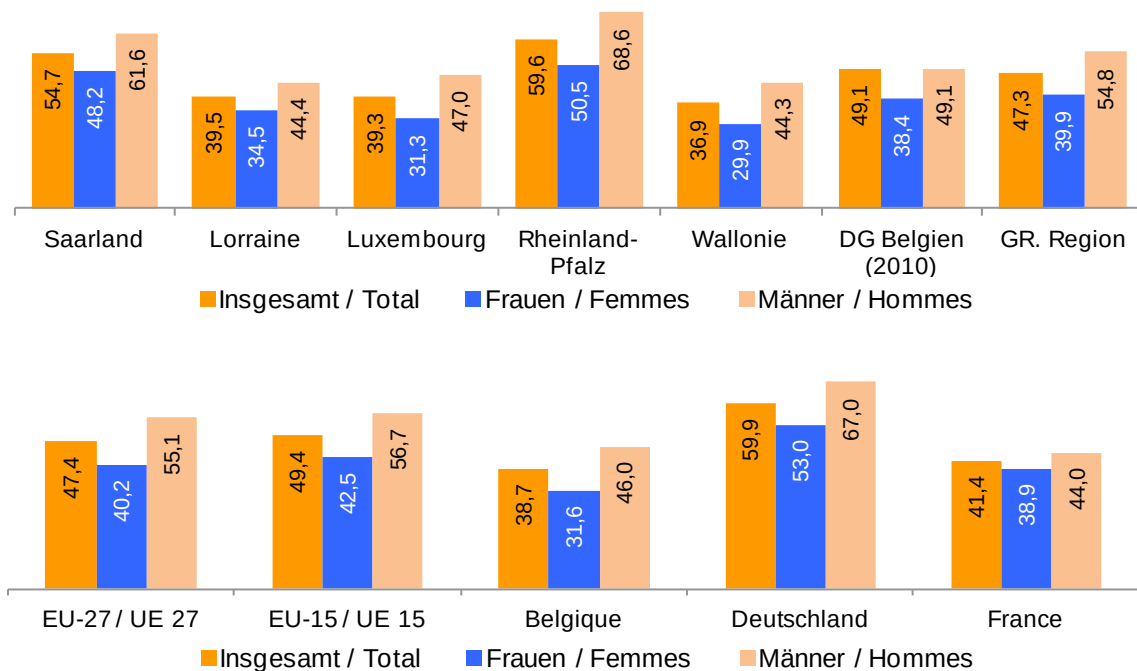


2011 gehen mehr Männer als Frauen zwischen 55 und 64 Jahren einer Erwerbstätigkeit nach...

Die Beschäftigungsquoten für ältere Erwerbstätige sind je nach Geschlecht sehr unterschiedlich. In der Altersgruppe von 55 bis 64 Jahren üben Männer häufiger eine Erwerbstätigkeit als Frauen aus. In der Großregion liegt die Differenz bei 14,9 Prozentpunkten und damit auf demselben Niveau wie die Europäische Union (14,9pp für die EU-27 und 14,2pp für die EU-15). Unter den Teilregionen weist Rheinland-Pfalz, dessen Beschäftigungsquoten am höchsten sind, die größte Differenz aus (18,1pp), gegenüber 13,4 Prozentpunkten für das Saarland. Luxemburg und die Wallonie liegen hier auf einer mittleren Position. In Lothringen ist die Annäherung zwischen der Beschäftigungsquote älterer Frauen und Männer am stärksten ausgeprägt (Differenz von 9,9pp).

Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger (55-64 Jahre) nach Geschlecht 2011

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 55 bis 64 Jahren an der Bevölkerung derselben Altersgruppe in %



Berechnungen IBA / OIE,

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung (Datenstand: Juli 2012); DG Belgien: SPF Economie DGSIE (2011 nicht verfügbar).

...trotz eines stärkeren Anstiegs der weiblichen Beschäftigungsquote

Von 2008 bis 2011 steigt in der Großregion die Beschäftigungsquote älterer Frauen stärker (+4,6pp) als diejenige älterer Männer (+3,6pp). Auch im europäischen Durchschnitt fällt der Aufwärtstrend bei den Frauen (+3,4pp für die EU-27, +3,5pp für die EU-15) stärker als bei den Männern aus (+0,2pp für die EU-27, +0,6pp für die EU-15). Für die männlichen Älteren ist der Zuwachs in Luxemburg und Lothringen deutlich (jeweils +8,3pp und +6,1pp). In anderen Regionen fällt dieser mäßiger aus. Für ältere Frauen ist der Anstieg in den deutschen Bundesländern am stärksten (+6,3pp für Rheinland-Pfalz, +5,8pp für das Saarland) und ist in den anderen Teilregionen moderater.

Im Zeitraum von 2000-2011 nimmt die Beschäftigung älterer Frauen in der Großregion stärker als die der Männer zu (+15,5pp für die Männer und +17,2pp für die Frauen), wobei diese Zunahme stärker als in Europa ausfällt, wo der Zuwachs außerdem bei den Frauen deutlicher ist. Die Entwicklung der Beschäftigungsquote der Männer und Frauen erreicht in den deutschen Regionen die stärkste Dynamik. Zwischen 2007 und 2011 ist die Hausse-Bewegung der Männer in Luxemburg und Lothringen stärker (jeweils +11,4 und +11pp) als die der Frauen (+2,7pp und –1,5pp für Lothringen).

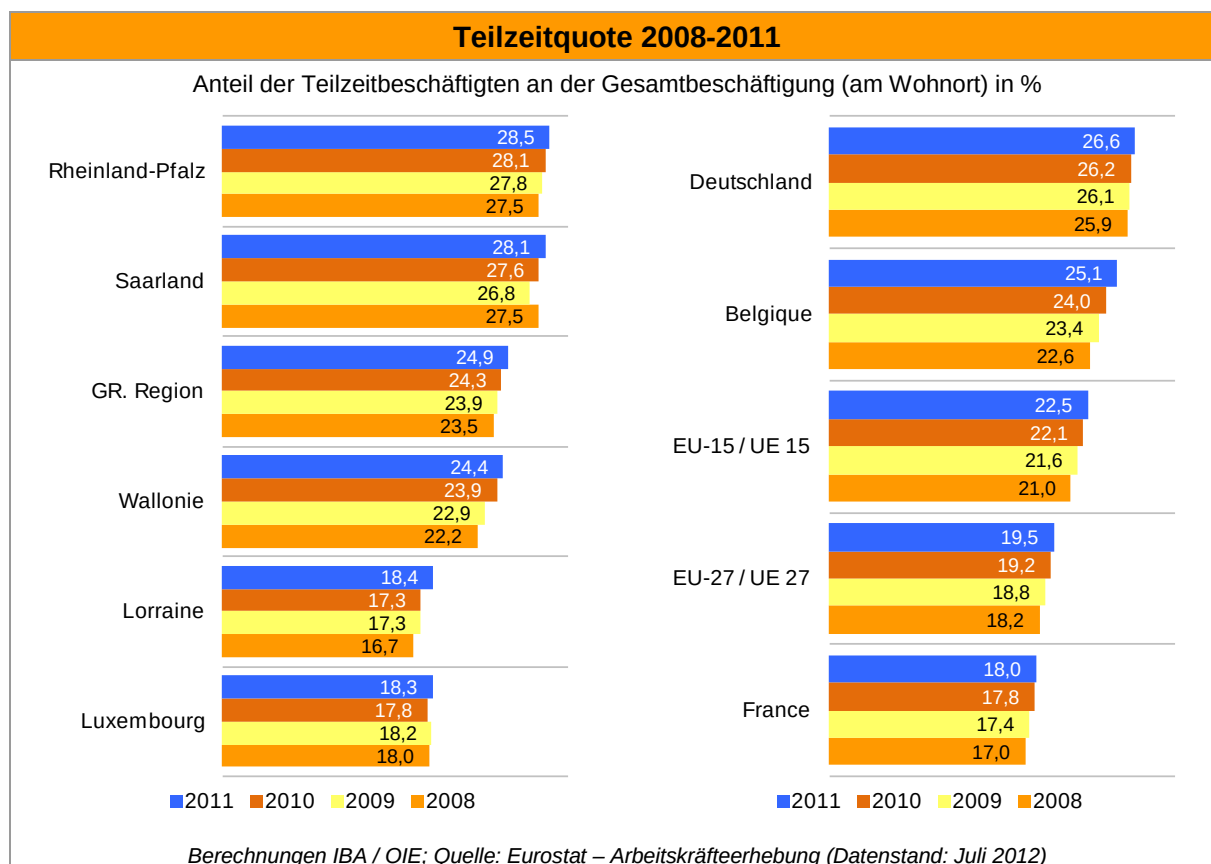
Ein Viertel aller Erwerbstätigen in der Großregion arbeitet in Teilzeit

Die Teilzeitarbeit beträgt für die Großregion im Jahre 2011 24,9% und liegt damit über derjenigen der EU-15 (22,5%) und der EU-27 (19,5%). Das Niveau der beiden deutschen Regionen bewegt sich jeweils über dem Durchschnitt der Großregion und Europas, mit 28,5% in Rheinland-Pfalz und 28,1% im Saarland. Die Wallonie liegt im Mittelfeld mit einem Anteil von

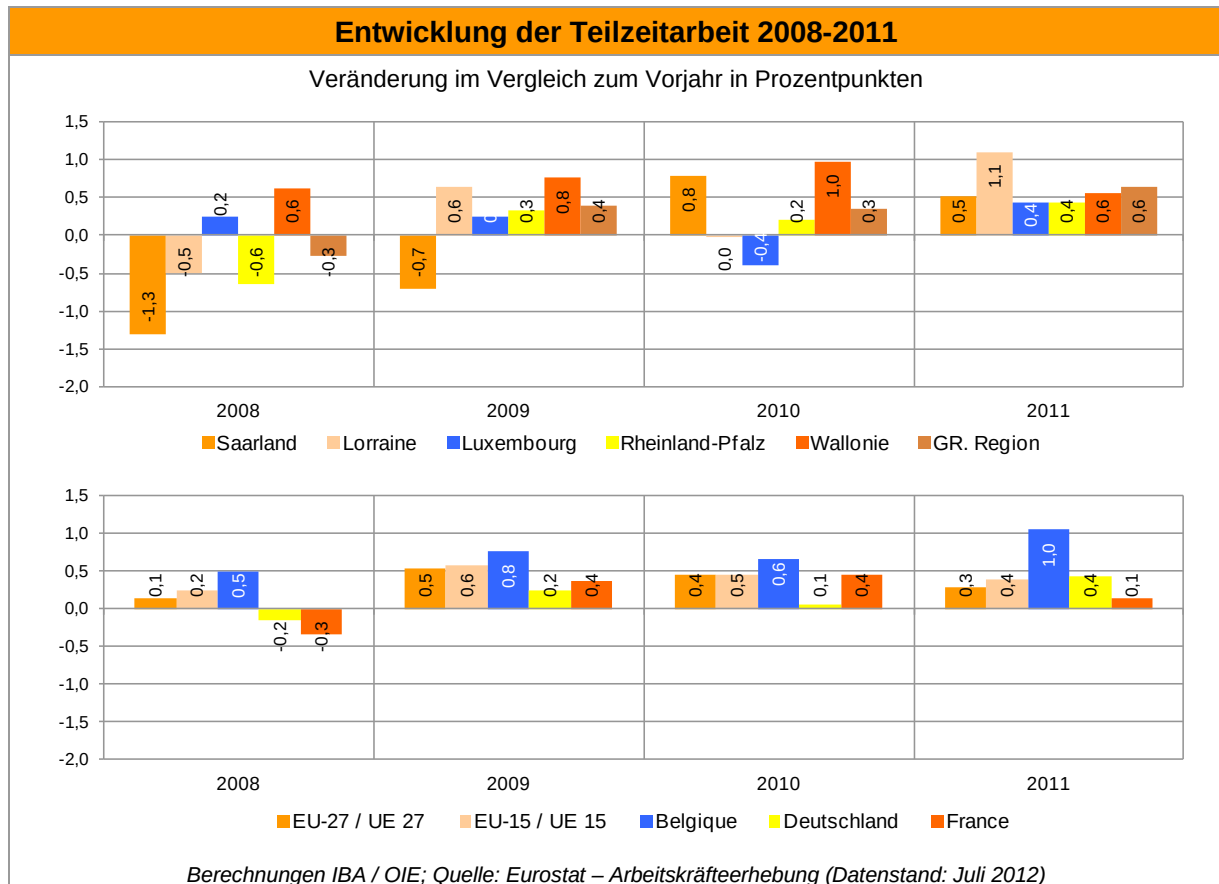
24,4%. Lothringen und Luxemburg weisen Anteile unter dem großregionalen Durchschnitt aus (18,4 und 18,3%).

Mäßiger Anstieg der der Teilzeitarbeit zwischen 2008 und 2011

Zwischen 2008 und 2011 besteht ein allgemeiner Aufwärtstrend der Teilzeitarbeit. In der Wallonie und Lothringen sind die Entwicklungen im Verhältnis gesehen am stärksten (+2,2 bzw. +1,7 Prozentpunkte), während sich die Erhöhung für die Großregion auf 1,4 Prozentpunkte und für die EU-15 auf 1,5 Prozentpunkte beläuft. In den deutschen Bundesländern, in denen die Teilzeitarbeit stärker verbreitet ist als in den anderen Teilregionen, verzeichnen die Werte nur einen moderaten Zuwachs (+1pp in Rheinland-Pfalz und +0,6pp im Saarland), dasselbe gilt für Luxemburg (+0,3pp).



Die Wirtschaftskrise hat zu einer Abnahme der Teilzeitarbeit in fast allen Teilregionen geführt. In den folgenden Jahren ist erneut ein mäßiger aber regelmäßiger Anstieg der Teilzeitarbeit zu verzeichnen, obwohl die Werte 2009 im Saarland und 2010 in Luxemburg rückläufig sind. Im Jahre 2011 ist eine allgemeine Zunahme der Teilzeitarbeit festzustellen.



Bei Betrachtung der Teilzeitarbeit zwischen 2000 und 2011 sowie 2007 und 2011 ist festzustellen, dass die Wirtschaftskrise die Entwicklung dieser Form der Beschäftigung ausgebremst hat. Die Änderungen bleiben zwischen 2007 und 2011 zwar im positiven Bereich, doch fallen sie deutlich geringer aus als für den gesamten Zeitraum 2000-2011. Zwischen 2000 und 2011 legt die Teilzeitarbeit um 5,9 Prozentpunkte in der Großregion und nur um 1,1 Prozentpunkte zwischen 2007 und 2011 zu. Für die EU-15 beträgt die Entwicklung 2000-2011 4,9 Prozentpunkte gegenüber 1,7 Prozentpunkten zwischen 2007 und 2011. Die an Schwung verlierende Konjunktur hat zu einer Verringerung der Beschäftigung geführt, die auch auf die Teilzeitarbeit durchschlägt.

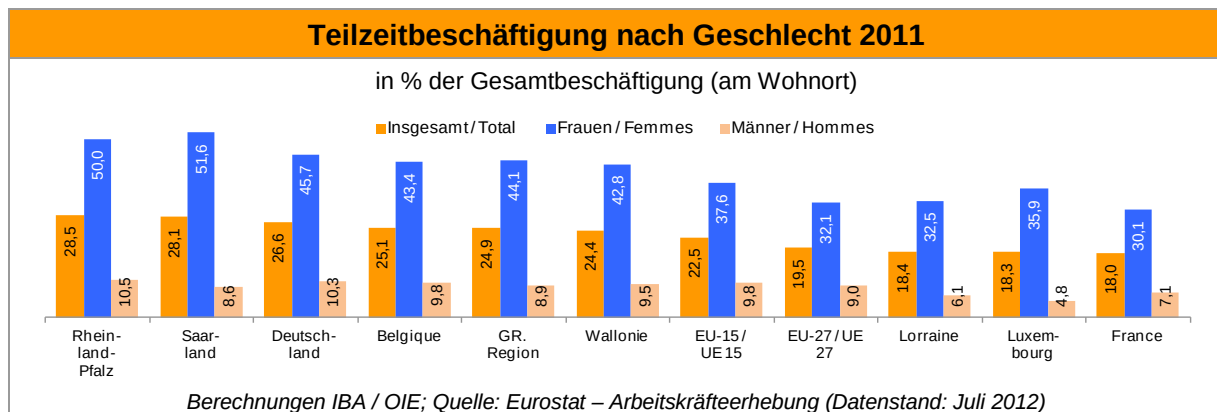
Teilzeitarbeit betrifft vor allem Frauen

2011 sind 44,1% der Frauen in der Großregion in Teilzeitarbeit. Diese Beschäftigungsform stellt bei den Männern nur einen Anteil von 8,9% der männlichen Gesamtbeschäftigung dar. Die Beschäftigungsquote der Männer in Teilzeit liegt im Kooperationsbereich unter derjenigen Europas (9,8% für die EU-15). Dagegen liegt der Wert für die Frauen über dem Durchschnitt (EU-15: 37,6%, EU-27: 32,1%).

Innerhalb der Großregion ist die Teilzeitarbeit in den beiden deutschen Regionen eine sehr verbreitete Beschäftigungsform. Sie stellt mehr als die Hälfte der weiblichen Beschäftigung dar und betrifft zudem einen größeren Anteil an Männern als in den meisten anderen Teilregionen (28,5% in Rheinland-Pfalz und 28,1% im Saarland), selbst wenn die Differenz zwischen Männern und Frauen groß ist (+21,5pp in Rheinland-Pfalz und 23,5pp im Saarland).

Die Werte sind auch in der Wallonie recht hoch, dagegen deutlich niedriger in Lothringen und Luxemburg.

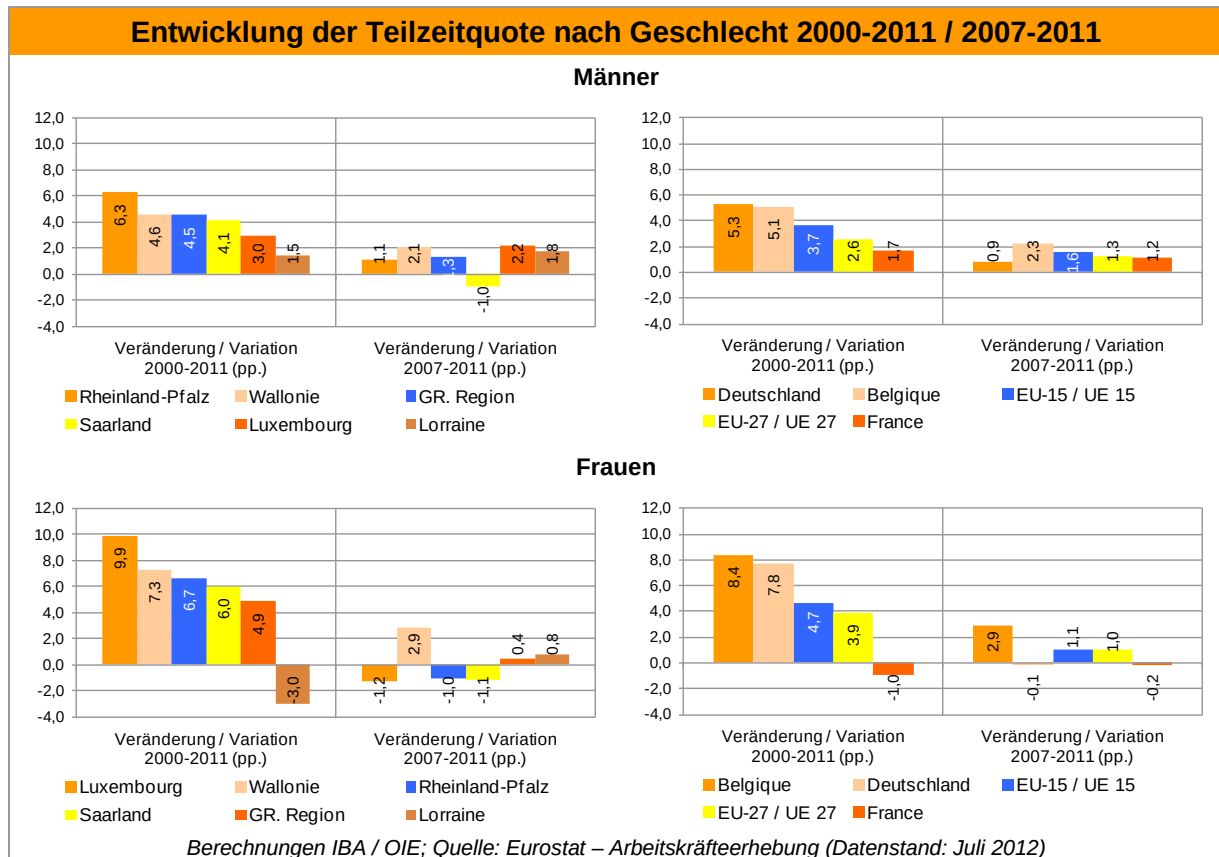
Die Motivationen für eine Teilzeitbeschäftigung sind vielfältig. Diese atypische Beschäftigungsform ist nicht immer selbst gewählt. Sie ist in bestimmten Branchen üblich, wie etwa im Gaststättengewerbe oder in Einzelhandelsunternehmen. Sie kann auferlegt sein, wenn die Unternehmen keine Vollzeitbeschäftigung anbieten. Die Teilzeitarbeit kann auch aus persönlichen Gründen gewählt sein. Sie ist jedoch oft eine Lösung für Frauen, die so die Möglichkeit haben, Berufs- und Privatleben in Einklang zu bringen. Frauen in Teilzeit sind jedoch im Allgemeinen in Bezug auf Einkommen und Karrieremöglichkeiten benachteiligt.



Stärkerer Zuwachs der Teilzeit bei den Männern als bei den Frauen

Für den Zeitraum von 2008 bis 2011 verläuft die Entwicklung der Teilzeitarbeit in der Großregion bei den Männern dynamischer (+1,6pp) als bei den Frauen (+0,5pp). In Rheinland-Pfalz und in der Wallonie, wo die Teilzeitarbeit von Männern stärker verbreitet ist, verläuft die Entwicklung ebenfalls dynamischer als in den anderen Teilregionen. Bei den Männern erfährt die Teilzeitbeschäftigung in der Großregion – nach einem starken Rückgang 2008 – im Jahre 2009 einen deutlichen Aufschwung, fällt dann 2010 ab und zieht dann schließlich 2011 deutlich an. Bei den Frauen fällt die Teilzeitbeschäftigung zwischen 2008 und 2009 ab, steigt 2010 wieder an und legt 2011 geringfügig zu.

Zwischen 2000 und 2011 ist die Teilzeitbeschäftigung der Männer in der Großregion um 4,5 Prozentpunkte gestiegen, noch stärker in Rheinland-Pfalz und in der Wallonie. Demgegenüber fällt die Entwicklung zwischen 2007 und 2011 weitaus verhaltener aus (+1,3pp für die Großregion). Die Teilzeitarbeit der Frauen erfährt eine dynamischere Entwicklung von 2000 bis 2011 (+3,7pp) als von 2007 bis 2011 (+1,6pp).



Der Rückgang des Frauenanteils in der Teilzeitbeschäftigung setzt sich fort

Die Teilzeitbeschäftigung bleibt den Frauen vorbehalten: 80,4% der Teilzeitarbeitsverträge wurde im Jahre 2011 in der Großregion mit Frauen abgeschlossen. Dennoch ist dieser Anteil rückläufig, da die Frauen im Jahre 2000 noch einen Anteil von 86,6% der Teilzeitbeschäftigten stellen. Dieser Rückgang ist in allen Teilregionen zwischen 2000 und 2011 festzustellen - insbesondere in Rheinland-Pfalz (-8,4pp), aber auch im Saarland (-5,1 Prozentpunkte), in der Wallonie (-5,2pp), in Luxemburg (-5pp) gegenüber eines vergleichsweise geringen Minus von -2,5 Prozentpunkten in Lothringen. In der EU fällt dieser Rückgang moderater aus als in der Großregion. Über einen Zeitraum von 10 Jahren tendiert die Quote in der Großregion zu einem Ausgleich mit der Quote der Männer hin, selbst wenn die Teilzeitarbeit noch überwiegend eine Domäne der Frauen ist.

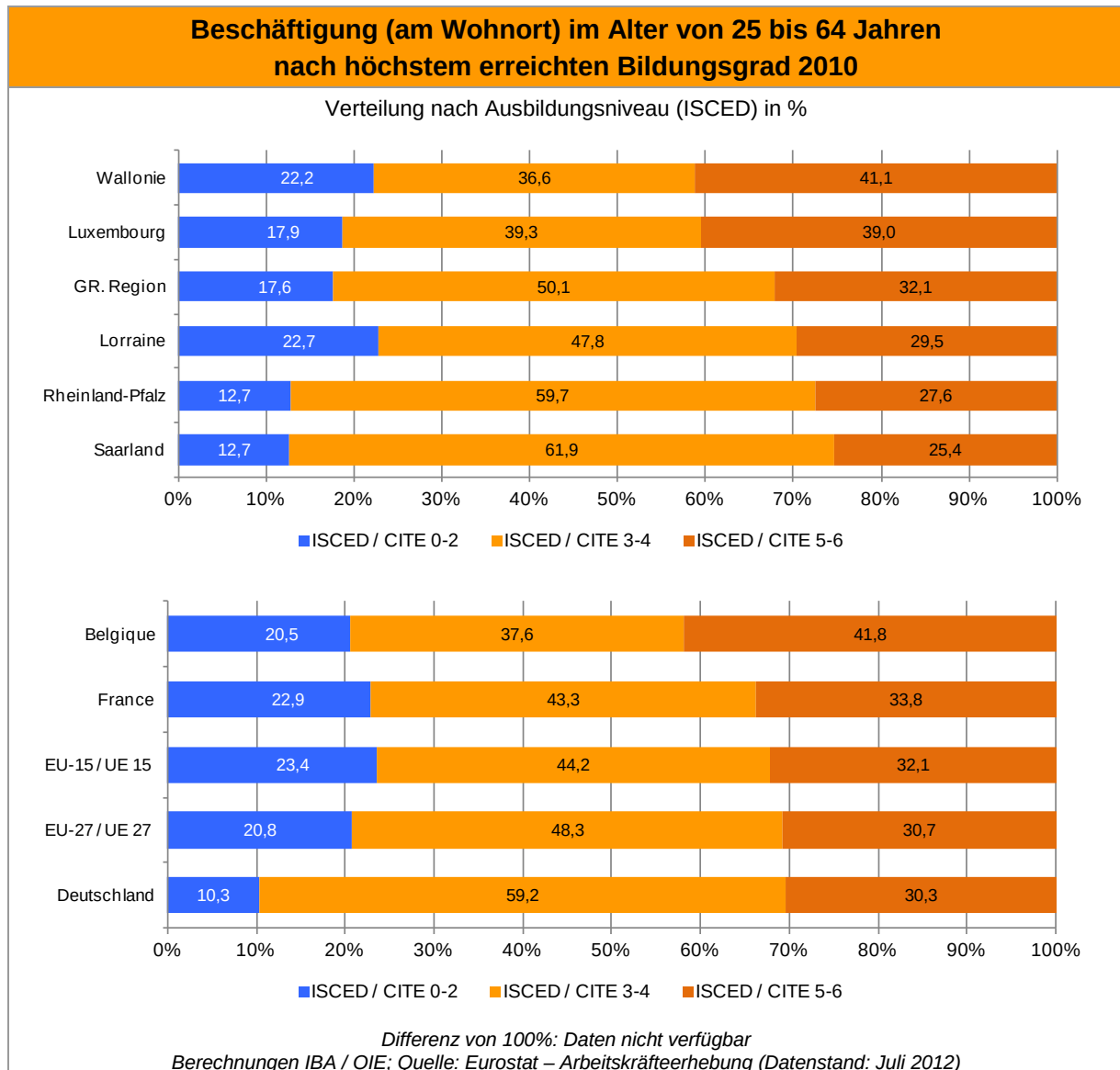
Anteil der Frauen an den Teilzeitbeschäftigten insgesamt 2000-2011

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saarland	88,4	87,7	85,1	89,7	91,0	84,1	80,2	81,6	82,4	82,9	84,4	83,3
Lothringen	84,6	87,7	85,7	85,1	84,7	85,8	91,4	86,7	86,6	84,7	85,2	82,1
Luxemburg	90,2	90,5	90,9	92,8	91,2	92,0	91,3	91,9	91,2	82,3	87,1	85,2
Rheinland-Pfalz	88,4	89,5	87,1	88,2	86,8	84,7	82,9	81,6	82,9	81,5	81,5	80,0
Wallonie	83,7	83,2	82,6	83,7	81,6	81,4	82,0	80,6	79,9	80,2	79,8	78,5
DG Belgien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Großregion	86,6	87,4	85,6	86,8	85,6	84,2	84,0	82,4	82,9	81,8	82,1	80,4
EU-27 / UE 27	77,0	76,9	76,9	77,2	77,1	76,8	76,4	76,4	76,2	75,9	75,2	74,8
EU-15 / UE 15	79,9	79,9	79,4	79,4	79,2	78,6	78,1	78,0	77,7	77,4	76,7	76,1
Belgien	84,3	83,8	83,2	82,2	81,8	80,5	81,4	81,0	80,6	79,8	79,5	78,6
Deutschland	85,5	85,5	84,6	84,6	83,9	82,4	80,3	80,4	80,4	80,1	80,1	79,2
Frankreich	82,4	82,9	82,7	82,1	82,6	81,9	82,0	82,0	81,5	81,3	79,9	79,4

Berechnungen IBA / OIE; Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung (Datenstand: Juli 2012)

Ein unterschiedliches Bildungsniveau der Beschäftigten in der Großregion

Im Jahr 2010 ist das Bildungsniveau der Erwerbstätigen (25 bis 64 Jahre) in der Großregion unterschiedlich. In der Wallonie und in Luxemburg ist der Anteil an Personen, die eine höhere Ausbildung besitzen (ISCED 5-6) am größten (41,1% bzw. 39%). In den deutschen Regionen besitzt ein großer Teil der Beschäftigten ein ISCED-Ausbildungsniveau von ISCED-Niveau 3-4 (61,9% im Saarland, 59,7% in Rheinland-Pfalz), was mit der vorherrschenden Stellung der Berufsschulen in Deutschland zu erklären ist: Das ISCED-Ausbildungsniveau 0-2 ist deshalb weniger stark als in den anderen Regionen vertreten. In Lothringen ist die Anzahl an Beschäftigten mit ISCED-Niveau 0-2 im interregionalen Vergleich am höchsten (22,7%). Im Durchschnitt ist in der Großregion der Anteil an Erwerbstätigen mit hohem Bildungsniveau (ISCED-Niveau 5-6), genauso groß wie auf EU-15-Ebene (32,1%). Der Anteil an Beschäftigten mit ISCED-Niveau 3-4 ist in der Großregion (50,1%) allerdings höher als in der EU-15 (44,2%).

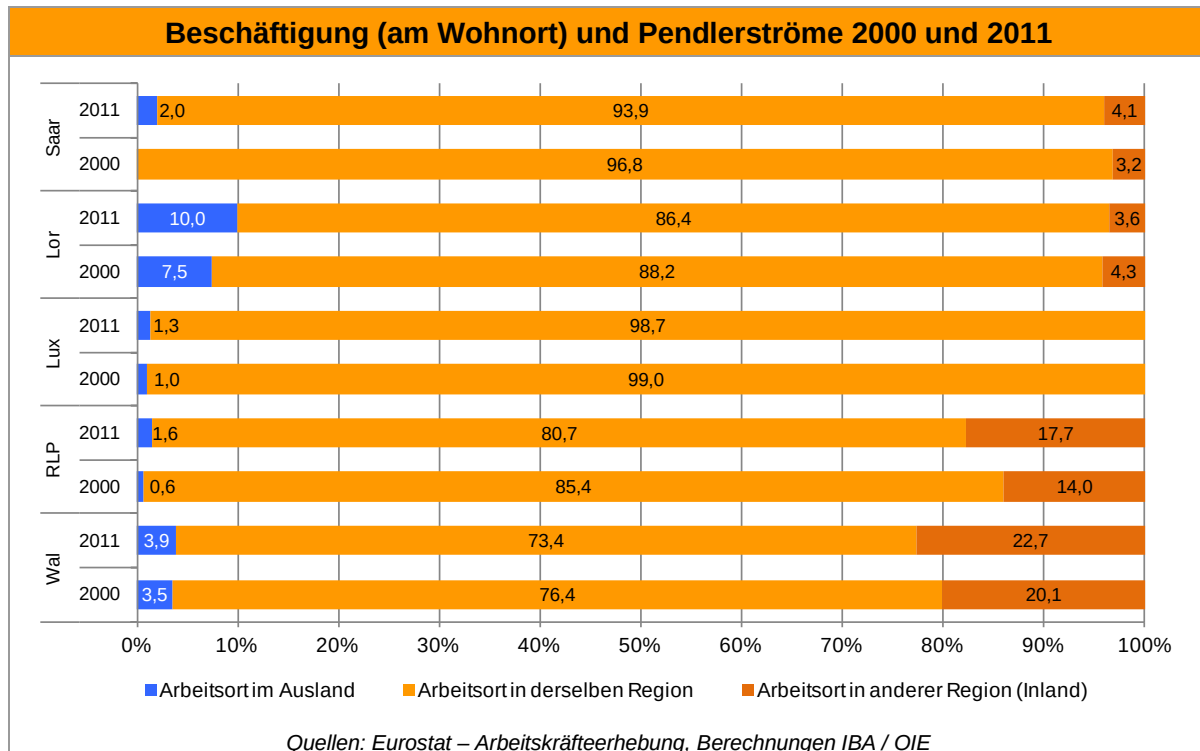


Pendlerströme 2011: 10% der Erwerbspersonen aus Lothringen sind im Ausland beschäftigt

Im Jahr 2011 überschreiten 10% der Erwerbspersonen aus Lothringen eine Grenze, um zu ihrer Beschäftigung zu fahren. Das ist der bei weitem größte Anteil in der Großregion, der zudem seit dem Jahr 2000 ständig ansteigt (+2,5 Prozentpunkte). Die Wallonie registriert 3,9% Beschäftigte mit einer Stelle im Ausland – eine Ziffer, die sich zwischen 2000 und 2011 nur wenig ändert (+0,4 Prozentpunkte). Der Anteil ist in den anderen Teilregionen weitaus geringer. Wenn man die nationalen Pendlerströme betrachtet, sind für die Wallonie und Rheinland-Pfalz die größten Anteile festzustellen (22,7% bzw. 17,7%). Dabei handelt es sich für die Wallonie um die Brüsseler Region und für Rheinland-Pfalz um andere Bundesländer, wie beispielsweise das Saarland.

Eine Analyse nach Provinz oder Gemeinde zeigt lokale Phänomene auf: In der Wallonie weist die Provinz Luxemburg einen Anteil von 25% an Beschäftigten aus, die im Ausland arbeiten – ein Anstieg von 3,6 Prozentpunkten im Vergleich zum Jahr 2000. In der Provinz Lüttich arbeiten 3,2% der Beschäftigten im Ausland. In Rheinland-Pfalz ist die Stadt Trier ein Wohnort für viele Grenzgänger (9,5% – eine Erhöhung um 5,7 Prozentpunkte im Vergleich

zum Jahr 2000). Die Provinz Wallonisch-Brabant weist einen großen Anteil an Pendlern auf, die in anderen belgischen Regionen arbeiten (47,1%).



5.2 Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort)

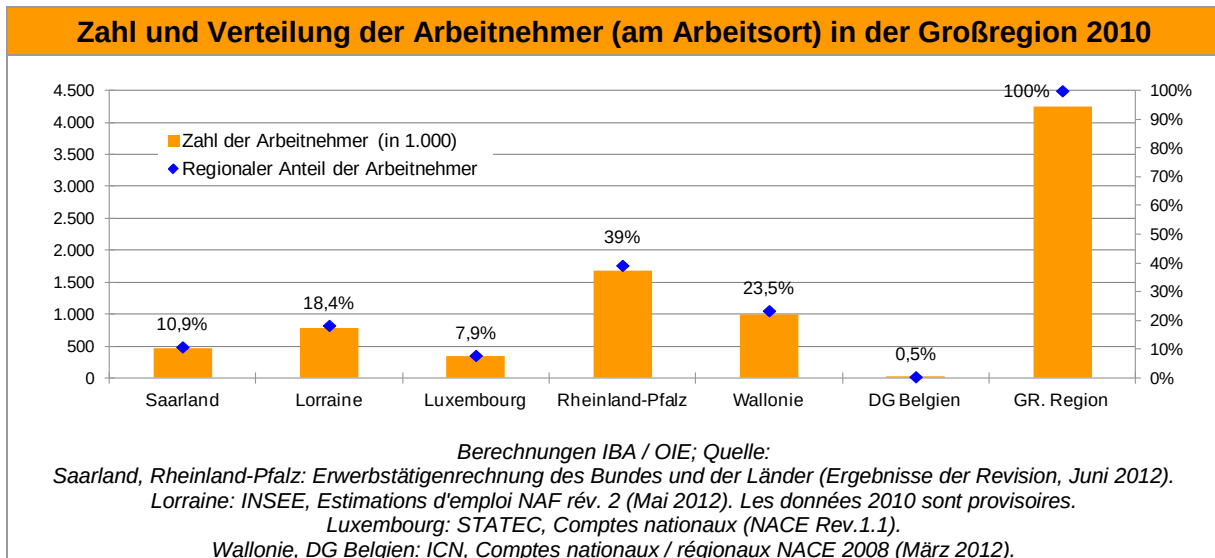
Methodische Anmerkung zu den Daten der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort)

Die im Bericht ausgewiesenen Daten zu Stand und Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) beruhen auf Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bzw. Erwerbstätigenrechnung auf Basis der europäischen Wirtschaftszweigsystematik NACE. Die NACE ist einer umfassenden Revision unterzogen worden und die neue Klassifikation NACE Rev. 2 weist gegenüber der bisherigen NACE Rev. 1 erhebliche strukturelle Änderungen auf. Die Ergebnisse der Revision sind grundsätzlich nur eingeschränkt vergleichbar mit den zuvor veröffentlichten Daten.

Umstellungen in der Statistik verlaufen selten reibungslos und sind für den Datennutzer meist mit einer Reihe von Problemen verbunden. Dies trifft auch in diesem Fall zu: Zum einen fiel die Revision für den Bereich der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen genau in den Bearbeitungszeitraum der vorliegenden Berichterstattung. Zum anderen zeigte sich, dass die Durchführung bzw. zeitliche Umsetzung der Revision ebenso wie die aktuell verfügbaren Rückrechnungszeiträume und Brachengliederungen in den einzelnen Teilgebieten der Großregion sehr unterschiedlich waren. Die uneinheitliche Datenlage hat in der Folge dazu geführt, dass die Darstellung von (Branchen-)Trends der Beschäftigungsentwicklung nur eingeschränkt möglich war. Neben Abweichungen in der Datenverfügbarkeit am aktuellen Rand und den dort jeweils angebotenen Branchendifferenzierungen bzw. Branchenaggregaten war das größte Problem der Umstand, dass sich in Luxemburg die Revision verzögert hat und deren Ergebnisse innerhalb des Bearbeitungszeitraums der vorliegenden Berichterstattung nicht verfügbar waren. Trotz aller methodischer Bedenken musste Luxemburg daher mit den nicht revidierten Daten auf Basis der alten Systematik in die Berechnungen und interregionalen Vergleiche eingehen.

In der Großregion gingen im Jahr 2010 – dem letzten für alle Teilgebiete gemeinsam verfügbaren Datenstand – rund 4,25 Millionen Menschen einer abhängigen Beschäftigung nach;

das sind 2,3% aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der EU-27. Innerhalb des Kooperationsraums wies Rheinland-Pfalz als bevölkerungsreichstes Teilgebiet der Großregion mit einem Anteil von 39% aller Arbeitnehmer auch das größte Beschäftigungsgewicht auf, gefolgt von der Wallonie (23,5%), Lothringen (18,4%), dem Saarland (10,9%) und Luxemburg (7,9%).



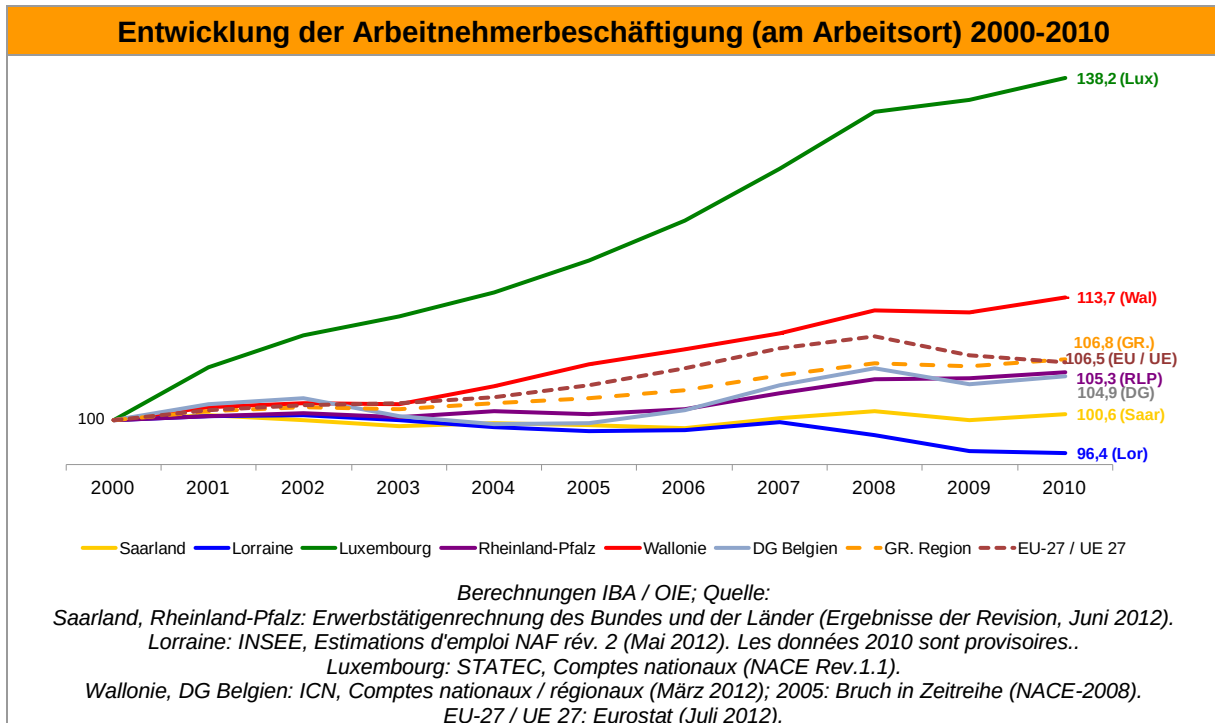
Beschäftigungsentwicklung 2000-2010 in der Großregion besser als in der EU

Im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 verlief das Beschäftigungswachstum in der Großregion bei den Arbeitnehmern (+6,8%) besser als im Durchschnitt der EU-27 (+6,5%) und der EU-15 (+6,6%). Die Entwicklung war dabei nicht einheitlich, sondern spiegelt recht deutlich die jeweiligen Konjunkturzyklen wider: Nachdem zu Beginn des Betrachtungszeitraums infolge des konjunkturellen Aufschwungs um die Jahrtausendwende noch recht hohe Zuwächse erzielt wurden, kam es mit der einsetzenden wirtschaftlichen Eintrübung im Jahr 2001 zu einer merklichen Abschwächung und im Jahr 2003 per Saldo sogar zu Arbeitsplatzverlusten. Seit 2004, das auch weltweit eine Phase der Konjunkturerholung einleitete, hatte sich die Beschäftigungslage in der Großregion stabilisiert und es waren wieder Zuwächse zu verzeichnen. Die gute Konjunktur wirkte sich insbesondere in 2007 positiv auf die Beschäftigungssituation aus und führte zu deutlichen Arbeitsplatzgewinnen, die aber nicht an die guten Ergebnisse zur Jahrtausendwende anknüpfen konnten. In 2008 haben sich dann zum Jahresende erste Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht. Im Jahresdurchschnitt war der Beschäftigungssaldo aber noch klar im positiven Bereich; der Anstieg gegenüber dem Vorjahr hatte sich aber bereits merklich verlangsamt.

Krisenbedingte Verluste in der Großregion geringer als auf europäischer Ebene

Im Jahr 2009 schlug dann die weltweite Rezession auch auf die großregionale Beschäftigungssituation durch. Mit einem Minus von 0,4% bei den Arbeitnehmern (-16.000 Personen) fielen die Beschäftigungsverluste jedoch deutlich geringer aus als zunächst allgemein erwartet wurde. Auf europäischer Ebene stellte sich die Situation etwas anders dar: Im Durchschnitt der EU-27 wie der EU-15 sank die Zahl der Arbeitnehmer jeweils um 1,9% bzw. 1,8%. Auch im Jahr 2010 verlief die Beschäftigungsentwicklung in der EU noch negativ. Im

Kooperationsraum zeigte der Trend dagegen wieder nach oben und es konnten Zuwächse von 0,8% (Arbeitnehmer) erzielt werden. Ein Jahr nach dem Höhepunkt der Krise waren somit rein rechnerisch die Verluste wettgemacht und das Niveau von 2008 sogar wieder überschritten.

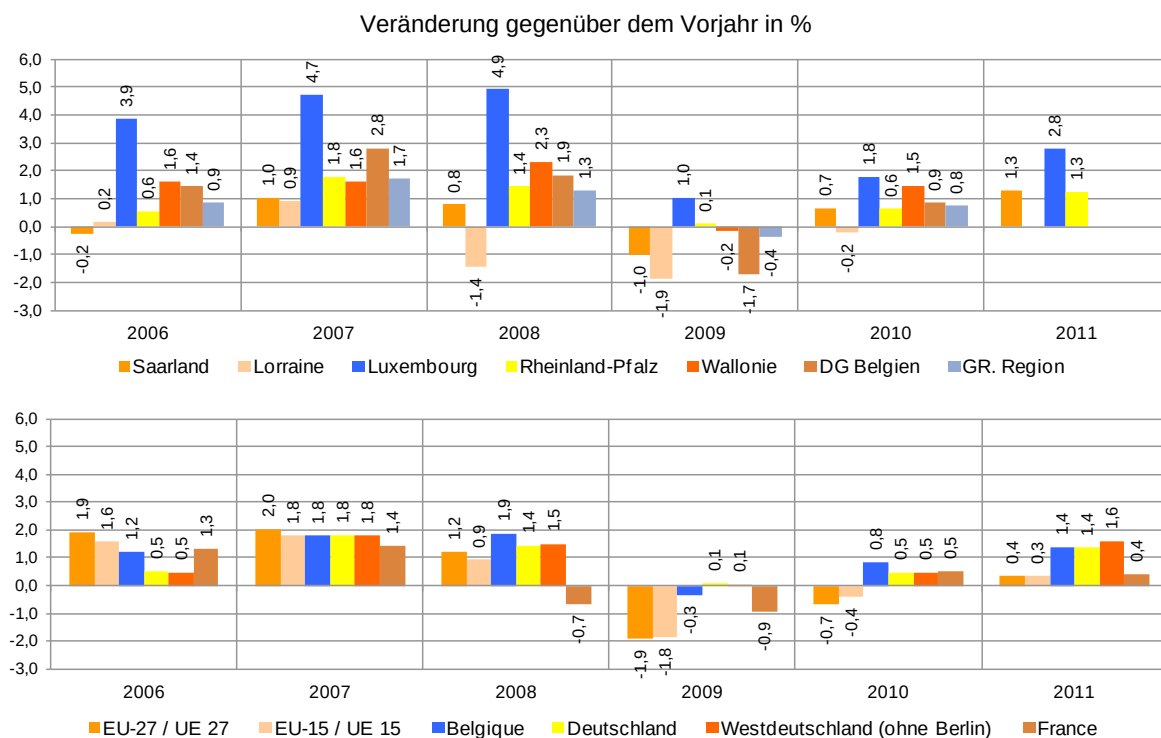


Wachstum in Luxemburg nach langer Phase mit hoher Dynamik merklich gebremst

Innerhalb der Großregion verzeichnete im Zeitraum von 2000 bis 2010 insbesondere das wirtschaftsstarke Luxemburg mit einem Plus von 38,2% bei den Arbeitnehmern Beschäftigungsgewinne, die im interregionalen Vergleich beispiellos sind und auch weit über den durchschnittlichen Zuwächsen auf europäischer Ebene lagen. Ebenso konnte sich das Großherzogtum während der Rezession mit Abstand am besten behaupten: Als einzige Region des Kooperationsraums verbuchte Luxemburg im Krisenjahr 2009 sogar noch nennenswerte Arbeitsplatzzuwächse (+1% oder 3.400 Personen). Auch 2010 und 2011 stieg das Beschäftigungswachstum weiter an (+1,8% sowie 2,8%). Im Vergleich zu den Arbeitsplatzgewinnen in der Vorkrisenzeit war die Entwicklungsdynamik aber deutlich gebremst. Und dieser Trend scheint sich fortzuführen: Das Luxemburger Statistikamt STATEC rechnet mit einer weiteren Abschwächung des Beschäftigungswachstums auf +2,1% in 2012 und +1,5% in 2013 (Erwerbstätige insgesamt). Ab 2014/2015 soll das Plus dann wieder 2% und mehr betragen.⁴¹ Das ist für Luxemburger Verhältnisse relativ bescheiden: Von 1997 bis 2008 wurde noch ein durchschnittliches Wachstum von rund 4,2% pro Jahr erzielt (Arbeitnehmerbeschäftigung). Lediglich zweimal (2003, 2004) fiel in dieser Zeit der Zuwachs unter 3%. Die lange Phase des überdurchschnittlichen Wachstums scheint damit zumindest vorläufig beendet.

⁴¹ Vgl. STATEC (2012): Notes de conjoncture 1/2012. Projections économiques à moyen terme, Luxembourg, S. 54.

Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) 2006-2010/11



Berechnungen IBA / OIE; Quelle:

Belgique, Wallonie, DG Belgien: ICN, Comptes nationaux / régionaux NACE 2008 (März 2012); Belgique 2011: Eurostat
 Deutschland, Saarland, Rheinland-Pfalz: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Ergebnisse der Revision, Juni 2012)

France, Lorraine: INSEE, Estimations d'emploi NAF rév. 2 (Mai 2012). Les données 2010 sont provisoires; France 2011: Eurostat.

Luxembourg: STATEC, Comptes nationaux (NACE Rev.1.1).

EU / UE: Eurostat (Juli 2012)

Nach Luxemburg höchster Beschäftigungszuwachs in der Wallonie

Eine im interregionalen und europäischen Vergleich sehr positive Beschäftigungsbilanz weist ebenso die Wallonie auf: Im Jahr 2010 waren in der belgischen Region 13,7% mehr Arbeitnehmer beschäftigt als noch im Jahr 2000. Die Wallonie hat damit nicht nur besser abgeschnitten als die meisten anderen Regionen des Kooperationsraums, sondern lag auch über der Entwicklung in Belgien insgesamt. Deutlich darunter blieb dagegen die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, die im Betrachtungszeitraum nur ein Plus von 4,9% bei den abhängig Beschäftigten erzielen konnte. In der DG Belgien führte sowohl der konjunkturelle Abschwung im Jahr 2003 als auch die Wirtschaftskrise 2009 zu höheren Beschäftigungsverlusten als in der Wallonie, die sich hier deutlich besser behaupten konnte. Ohne Arbeitsplatzverlusten kam ebenso Rheinland-Pfalz durch die Rezession 2009: Mit einem leichten Plus von 0,1% bei den Arbeitnehmern blieb der Beschäftigungsstand in dem deutschen Bundesland weitgehend stabil. 2010 und 2011 zeigte die Entwicklung dann wieder nach oben. In der Gesamtbetrachtung seit der Jahrtausendwende stieg die Zahl der Arbeitnehmer um 5,3%. Damit lag Rheinland-Pfalz noch vor der DG Belgien im Mittelfeld des interregionalen Vergleichs.

Saarland noch mit leichtem Beschäftigungsplus, Lothringen dagegen mit Verlusten

Auf einem deutlich niedrigeren Niveau verlief dagegen der Beschäftigungsanstieg im Saarland. Nach den kräftigen Arbeitsplatzgewinnen in den Jahren 1998 bis 2000 folgte eine eher schwache Dekade, in denen Zuwächse immer wieder von Rückgängen abgelöst wurden. Gleichwohl konnte die deutsche Region in der Gesamtbilanz 2010 noch mit einem Plus abschließen: Die in 2010 und 2011 wieder anziehende Konjunktur wirkte sich auch auf die Beschäftigung positiv aus, so dass rein rechnerisch die krisenbedingten Verluste (-1%) bereits wieder ausgeglichen werden konnten. Insgesamt erhöhte sich an der Saar von 2000 bis 2010 die Zahl der Arbeitnehmer um 0,6%.

Ganz anders stellt sich jedoch die Situation in Lothringen dar: Gegen den großregionalen wie europäischen Trend musste das französische Teilgebiet des Kooperationsraums im Betrachtungszeitraum deutliche Arbeitsplatzverluste verkraften (-3,6%). Und dieser Rückgang ist nicht nur krisenbedingt, sondern machte sich schon zuvor bemerkbar: Ähnlich wie in allen anderen Regionen der Großregion schwächte sich nach der Jahrtausendwende das Beschäftigungswachstum im Zuge der allgemeinen Konjunkturertrübung deutlich ab und fiel dann 2003 ins Minus. In der Folgezeit hatte Lothringen jedoch deutlich größere Schwierigkeiten wieder Fuß zu fassen – in wirtschaftlicher wie beschäftigungspolitischer Hinsicht. Durch die weltweite Rezession wurden diese (wohl auch strukturell bedingten) Probleme zusätzlich verschärft. Im Krisenjahr 2009 verzeichnete Lothringen dann auch bei den Arbeitnehmern die höchsten Rückgänge aller Teilgebiete des Kooperationsraums. Gegen den großregionalen Trend gab es ebenso in 2010 weitere (leichte) Arbeitsplatzverluste, so dass bis dahin per Saldo weder das Vorkrisenniveau noch der Beschäftigungsstand zur Jahrtausendwende wieder erreicht werden konnte.

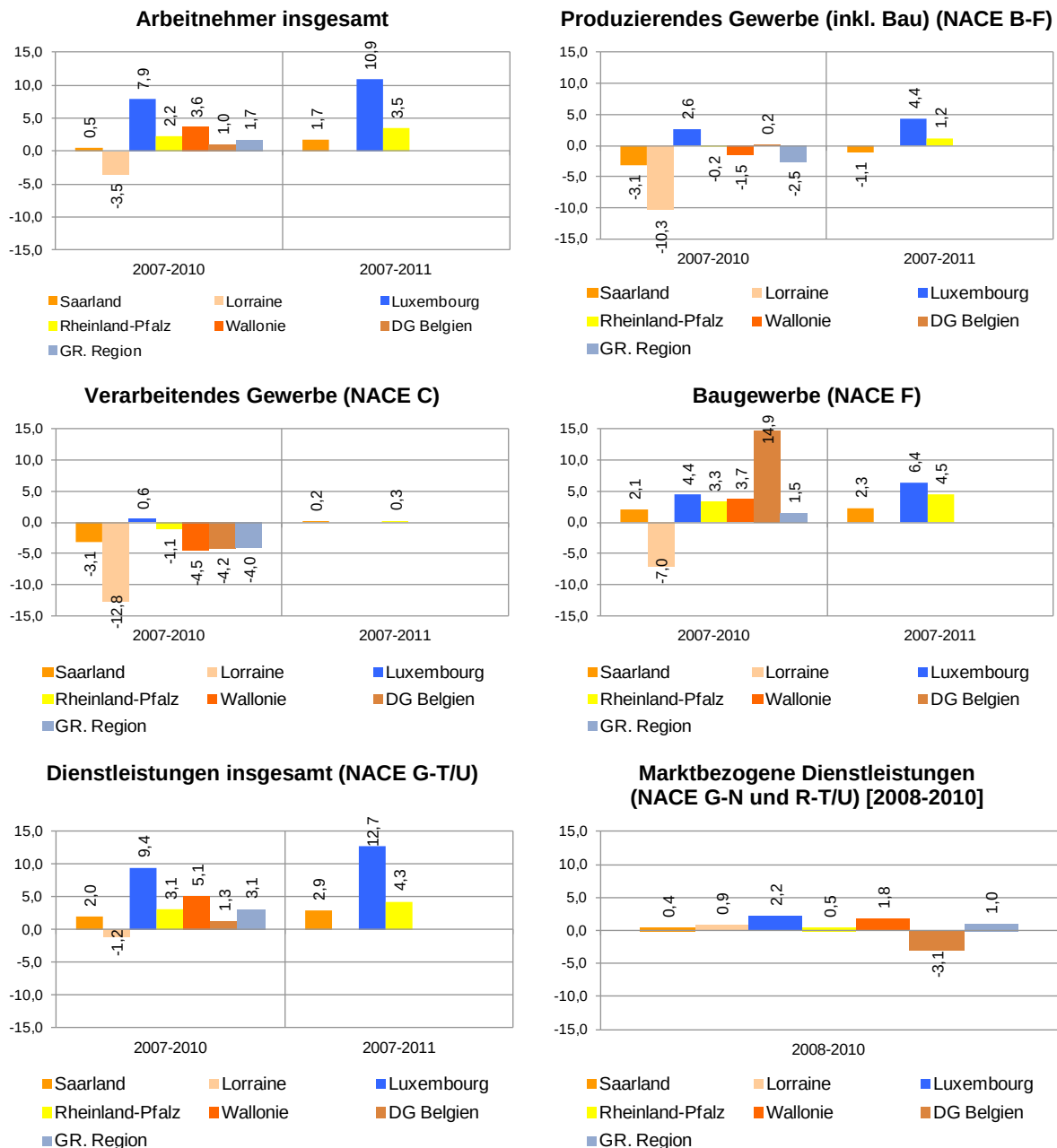
Von 2007 bis 2010 leichte Zuwächse in den Dienstleistungssektoren ...

In der Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen wird deutlich, dass in der Großregion die Beschäftigungsgewinne der vergangenen Jahre hauptsächlich auf das Konto des Dienstleistungssektors gingen. Auch im Baugewerbe erhöhte sich die Zahl der Arbeitsplätze, während die Industrie Personal abgebaut hat. Die Wirtschaftskrise, die besonders das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe stark getroffen hatte, verstärkte diesen generellen Trend: Zwischen 2007 und 2010 sank in der Großregion die Zahl der abhängig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (inkl. Bau) um 2,5%.

Der tertiäre Sektor legte dagegen um 3,1% zu, wobei allerdings die marktorientierten Dienstleistungen krisenbedingt nur schwach im positiven Bereich abschließen konnten (+1%). Luxemburg wie auch die Wallonie erzielten hier im Vergleich zu den anderen Regionen des Kooperationsraums einen überdurchschnittlichen Anstieg, und zwar sowohl in den Dienstleistungsbereichen insgesamt (+9,4% bzw. +5,1%) als auch in den marktorientierten Dienstleistungen (2,2% bzw. 1,8%).

Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) 2007-2010/11

Veränderung in %



Berechnungen IBA / OIE; Quelle:

Saarland, Rheinland-Pfalz: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Ergebnisse der Revision, Juni 2012)

Lorraine: INSEE Estimations d'emploi NAF rév. 2 (Mai 2012). Les données 2010 sont provisoires.

Luxembourg: STATEC, Comptes nationaux (NACE Rev.1.1).

Wallonie, DG Belgien: ICN, Comptes nationaux / régionaux NACE 2008 (März 2012)

... bei gleichzeitig deutlichem Arbeitsplatzabbau in der großregionalen Industrie

Innerhalb des sekundären Sektors der Großregion konzentrierten sich im Betrachtungszeitraum die Verluste mit einem Minus von 4% überwiegend auf das Verarbeitende Gewerbe, während das Baugewerbe noch ein Plus von 1,5% verbuchen konnte. Auffällig ist hier das Saarland: Obwohl die saarländische Industrie innerhalb des Kooperationsraums neben Luxemburg mit Abstand am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen war, hielten sich die Beschäftigungseinbußen durch die breite Nutzung von Kurzarbeit und Maßnahmen interner

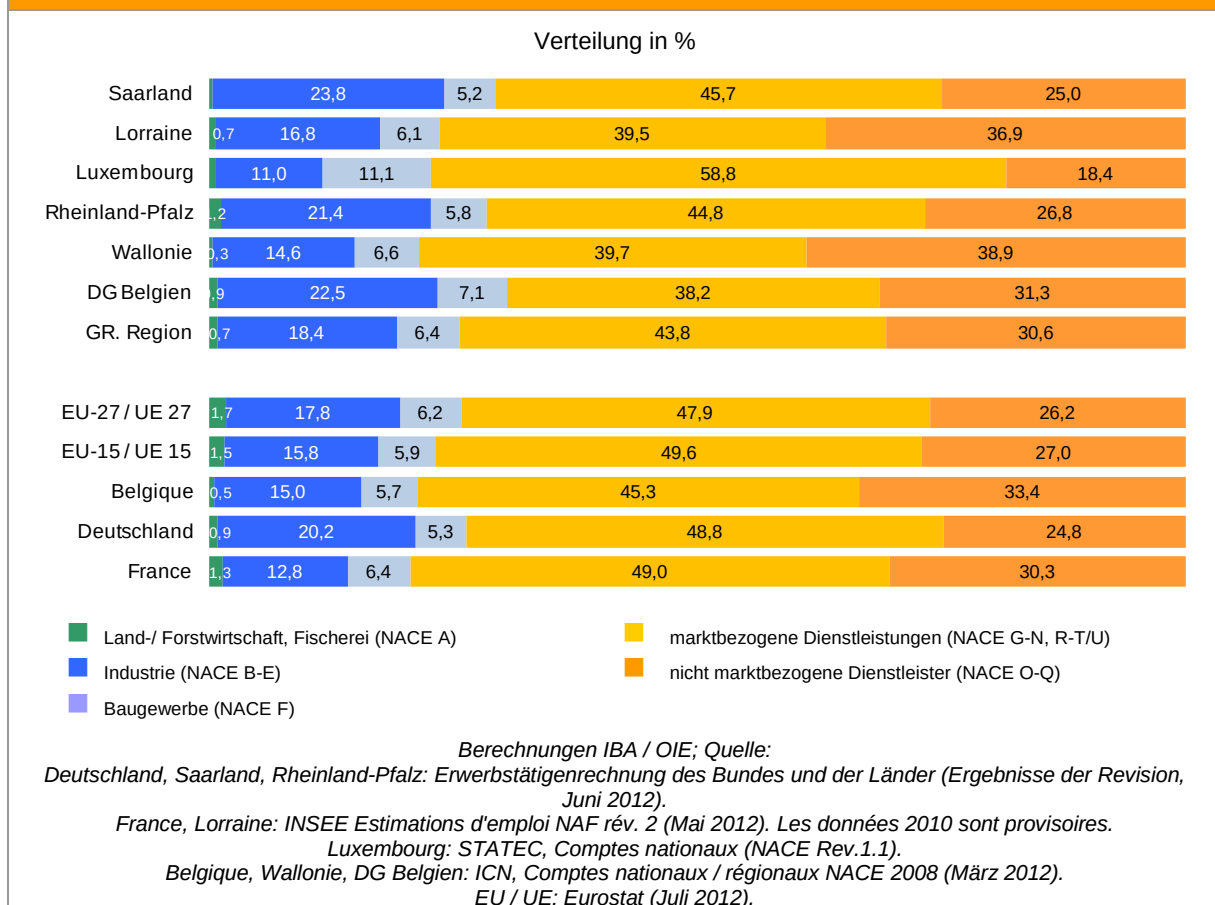
Flexibilität (Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten, Urlaubsregelungen etc.) in Grenzen. Insgesamt verringerte sich im Verarbeitenden Gewerbe an der Saar die Zahl der abhängig Beschäftigten von 2007 bis 2010 um 3,1%, womit das Minus sogar schwächer ausfiel als im großregionalen Durchschnitt. Abgesehen vom Großherzogtum, das von 2007 bis 2010 auch im Verarbeitenden Gewerbe leicht an Beschäftigung zulegte, konnte sich hier nur Rheinland-Pfalz (-1,1%) besser behaupten als das Saarland. Einen weit überdurchschnittlichen Rückgang gab es dagegen in der lothringischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe: -12,8%). Und auch der Bausektor, der in allen anderen Teilgebieten noch einen Zuwachs aufwies, kam in der französischen Region nicht unbeschadet aus der Rezession (-7%).

Drei Viertel aller Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor der Großregion beschäftigt

Auf der Ebene der Großregion hat die Bedeutung des tertiären Sektors weiter zugenommen: Im Jahr 2010 waren rund drei Viertel (74,4%) der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Dienstleistungsbranchen tätig. Damit bewegte sich die Großregion weitgehend im europäischen Durchschnitt (EU-27: 74,1%; EU-15: 76,6%). Innerhalb des Kooperationsraums erreichten die Dienstleistungen in der Wallonie und in Luxemburg mit Anteilen von knapp 79% bzw. gut 77% ein überproportional hohes Gewicht für die Beschäftigung – bei einer allerdings unterschiedlichen strukturellen Ausrichtung: Während im Großherzogtum die marktbezogenen Dienstleistungen mit einem Anteil von 58,8% die größte – und im interregionalen wie europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche – Bedeutung zukam, galt dies in der belgischen Region für den Bereich „öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit“, der mit 38,9% ebenfalls einen deutlich höheren Beschäftigtenanteil umfasste als in den anderen Regionen.

Stark vertreten ist der tertiäre Sektor auch in Lothringen, wo mehr als drei von vier Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Dienstleistungstätigkeit ausübten. Ähnlich wie in der Wallonie sind in der französischen Region die marktbezogenen Dienstleistungen unterdurchschnittlich und die nicht marktbezogenen (öffentlichen Dienstleister, Erziehung und Gesundheit) überdurchschnittlich ausgeprägt. Niedrigere Anteile erzielte demgegenüber der Dienstleistungssektor in Rheinland-Pfalz, dem Saarland sowie in der DG Belgien, wobei die beiden deutschen Teilgebiete des Kooperationsraums die 70%-Schwelle überschritten haben, während die DG Belgien knapp darunter blieb. In allen drei Regionen hat stattdessen der sekundäre Sektor, also das Produzierende Gewerbe, einen im großregionalen wie europäischen Vergleich höheren Anteil. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz kam dabei mit Werten von 23,8% bzw. 21,4% der Industrie eine große Bedeutung zu – bei gleichzeitig unterdurchschnittlichen Anteilen des Baugewerbes. Dieses hat insbesondere in Luxemburg ein hohes Beschäftigungsgewicht (11,1%), während die Industrie nur unterdurchschnittlich vertreten ist (ebenfalls 11%).

Struktur der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) nach Wirtschaftsbereichen 2010



Trotz der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors bleibt anzumerken, dass der Beitrag der Industrie für Beschäftigung und gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung unverzichtbar bleibt. Die Industrie birgt ein hohes Innovationspotenzial, dessen Nutzung beständig für technologischen Fortschritt sorgt. So stellen gerade die technologieintensiven Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes qualifizierte Arbeitsplätze bereit und dürften auch zukünftig hohe Produktivitätszuwächse erwirtschaften. Zudem kann die Entwicklung der Dienstleistungswirtschaft nicht abgekoppelt, sondern nur in engem Bezug zu der in der Industrie betrachtet werden. Viele Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich hängen direkt mit der Fertigung zusammen. Die Spannweite reicht von Forschung und Entwicklung, Finanzierung, Beratung und Planung über Beschaffung, IT-Services und Logistik bis hin zu Inbetriebnahme und Wartung. Alle diese qualitativ hochwertigen und wissensintensiven Dienstleistungen wären ohne eine leistungsstarke Industrie nicht möglich.

6. Grenzgängerbeschäftigung

6.1 Typische Grenzgänger

Die hohe grenzüberschreitende Arbeitnehmermobilität ist ein zentrales Merkmal der Großregion. Mit einem Viertel aller Grenzgänger in Europa zählt der Kooperationsraum die meisten Grenzgänger in der Europäischen Union. Lediglich die Schweiz verzeichnet mehr Pendler, die hauptsächlich aus dem dort angrenzenden Frankreich, Deutschland und Italien kommen.⁴² Durch die intensiven Ein- und Auspendelbewegungen in der Großregion sind die regionalen Teilarbeitsmärkte eng miteinander verflochten und das Grenzgängeraufkommen wächst hier spätestens seit den 1980er Jahren kontinuierlich an.⁴³ Auch im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise stieg die Zahl der grenzüberschreitenden Arbeitnehmer in der Großregion weiter, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau als in den Jahren zuvor. Das tägliche Pendeln über nationale Grenzen wurde durch den Europäischen Einigungsprozess spürbar erleichtert, in dessen Zuge im Jahr 1971 eine einheitliche Definition des ‚Grenzgängers‘ geschaffen wurde. Nach EU-Gemeinschaftsrecht sind unter Grenzgängern solche Arbeitnehmer und Selbstständige zu verstehen, die in einem Mitgliedstaat arbeiten und in einem anderen wohnen, in den sie in der Regel täglich, jedoch mindestens einmal wöchentlich, zurückkehren.⁴⁴ Diese Definition, die diesem Kapitel zu Grunde liegt, gilt für den sozialen Schutz der betreffenden Arbeitnehmer. Laut der steuerrechtlichen Definition ist ein räumlicher Aspekt zu berücksichtigen, nach dem ein Grenzgänger in einem – zumeist in bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen definierten – Gebiet dies- und jenseitig der Staatsgrenze wohnen und arbeiten muss.

6.1.1 Gesamtüberblick

Arbeitsmobilität steigt trotz Wirtschafts- und Finanzkrise abgeschwächt weiter: 2011 rund 213.400 Grenzgänger in der Großregion

Auch im Jahr 2011 zählte der europäische Kernraum an Saar, Mosel und Maas mit rund 213.400 Grenzgängern wieder mehr grenzüberschreitend mobile Arbeitnehmer als in den Jahren zuvor. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat diesen stetigen Aufwärtstrend nicht gestoppt, sondern nur in seiner Dynamik gebremst. Dies erfolgte zunächst recht deutlich: Konnten im Gebiet der Großregion die Einpendlerzahlen bis 2008 noch mit jährlichen Veränderungsraten von rund 5% bis 7% aufwarten, so schwächte sich das Wachstum in 2009 deutlich auf nur noch 1,2% ab. Aber selbst auf dem Höhepunkt der Krise fanden damit per Saldo rund 2.400 Menschen mehr als noch 2008 in einer benachbarten Grenzregion Arbeit – bei regional allerdings sehr unterschiedlichen Entwicklungen: In den deutschen Bundesländern verschlechterte sich die ohnehin rückläufige Tendenz spürbar (Saarland: -4,2%; Rheinland-

⁴² Ende 2011 zählt die Schweiz 258.811 Grenzgänger, von denen über die Hälfte aus Frankreich kommt (52,7%), gefolgt von den Herkunftsländern Deutschland (21%) und Italien (22,8%). Im Jahr 2011 ist die Entwicklung der Grenzgängerbeschäftigung in der Schweiz wieder auf Vorkrisenniveau angekommen (11,5%), nachdem sie in den Jahren zuvor spürbar zurückging (2009: 2,4%). (Vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft, Bundesamt für Statistik BFS: Ein Drittel mehr Grenzgänger/innen innert fünf Jahren. Pressemitteilung Nr. 0350-1201-40 vom 05.03.2012).

⁴³ Vgl. Wille, Christian: Grenzgänger und Räume der Grenze. Raumkonstruktionen in der Großregion SaarLorLux. (Luxemburg-Studien / Études luxembourgeoises, Bd. 1), Frankfurt/M., Peter Lang, 2012, S. 105ff.

⁴⁴ Vgl. Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die soziale Sicherheit für Wanderarbeitnehmer.

Pfalz: -2,7%). In der Wallonie halbierte sich die Wachstumsquote (+5,3%) und in Luxemburg ging sie von 6,9% (2008) auf 1,3% (2009) zurück. In den beiden Folgejahren fiel auf großregionaler Ebene der Zuwachs dann mit +1,4% bzw. +3,6% wieder etwas kräftiger aus, das jährliche Wachstum ist aber noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt. Mitte 2011 verzeichnete die Großregion so insgesamt 213.386 Frauen und Männer, die in der Regel täglich eine nationale Grenze überqueren, um an ihren Arbeitsplatz in der Nachbarregion zu gelangen (Einpendler).

Grenzüberschreitende Berufspendler in der Großregion 2011 (Ein-/Auspendler)

Grenzüberschreitende Einpendler

Zielgebiet	Herkunftsgebiet				Einpendler insg.	Datum	Quelle
	Deutschland	France	Luxembourg	Belgique			
Saarland		19.105	53	16	19.174	30.06.2011	BA
Rheinland-Pfalz		4.846	168	176	5.190	30.06.2011	BA
Lorraine	ca. 1.120		ca. 200	ca. 130	ca. 1.450	2005	ADEM
Luxembourg	39.310	76.964		39.092	155.366	30.06.2011	IGSS
Wallonie	791	31.058	357		32.206	30.06.2011	INAMI
GR. Region	41.221	131.973	778	39.4144	213.386		

Grenzüberschreitende Auspendler

Herkunftsgebiet	Zielgebiet				Auspendler insg.	Datum	Quelle
	Deutschland	France	Luxembourg	Belgique			
Saarland		ca. 1000	7.647	.	8.647	2001 / 31.03.2011	INSEE / IGSS
Rheinland-Pfalz		ca. 120	26.902	.	27.022	2001 / 31.03.2011	INSEE / IGSS
Lorraine	19.255		76.400	5.556	101.211	2011	INSEE
Luxembourg	311	ca. 200		462	973	30.06.2011 / 2001 / 30.06.2011	BA / INSEE / INAMI
Wallonie	5.097	4.428	35.421		44.946	30.06.2011	INAMI
GR. Region	24.663	5.748	146.370	6.010	182.799		

Stichtag der Ein- bzw. Auspendlerdaten ist hier nach Möglichkeit jeweils der 30.06.

Zum 30.06.2011 zählte das Saarland insgesamt 24.658 Einpendler aus Rheinland-Pfalz; in Rheinland-Pfalz arbeiteten zum gleichen Zeitpunkt insgesamt 15.137 Einpendler aus dem Saarland (Quelle: BA).

BA: Bundesagentur für Arbeit – Deutschland

IGSS: Inspection Générale de la Sécurité Sociale - Luxembourg

INAMI: Institut national d'Assurance Maladie-Invalidité - Belgique

INSEE: Institut national de la statistique et des études économiques – France

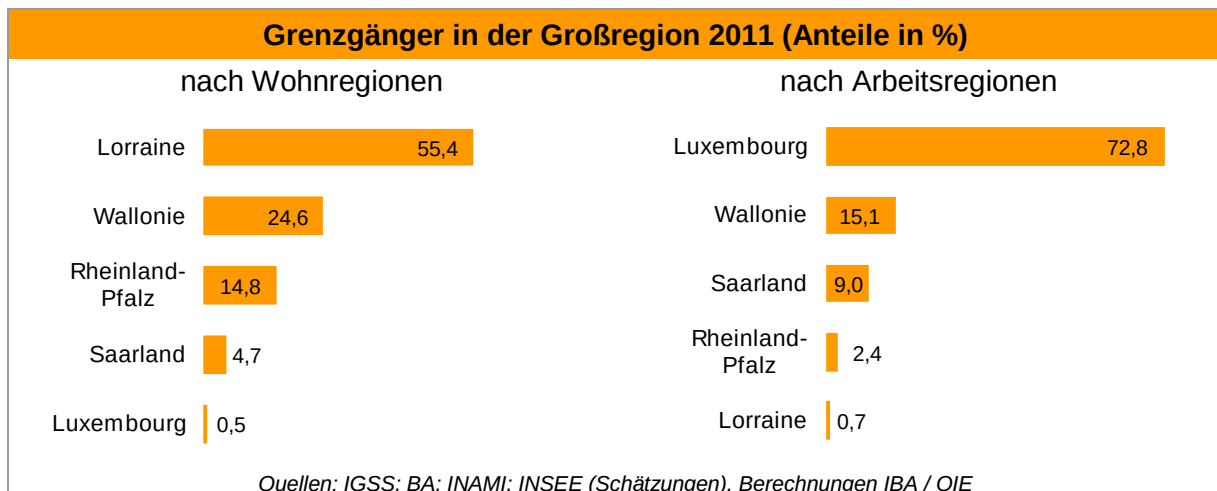
Quellenangabe: Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA / OIE)

Regionale Unterschiede als Triebfeder grenzüberschreitender Arbeitnehmermobilität

Umfang und Richtung der Grenzpendlerströme unterscheiden sich je nach Region deutlich. Sie werden – bei aller Vielfalt individueller Motive – wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitsmarktsituation in den Herkunfts- und Zielregionen der Grenzgänger beeinflusst. Von Bedeutung sind vor allem das jeweilige Arbeitsplatzangebot und die entsprechenden Verdienstmöglichkeiten.⁴⁵ Über die Hälfte (55,4%) der Grenzgänger kam Mitte 2011 aus Lothringen und knapp drei Viertel (72,8%) arbeiteten in Luxemburg. Ferner spielt

⁴⁵ Vgl. Wille, Christian: Grenzgänger und Räume der Grenze. Raumkonstruktionen in der Großregion SaarLorLux. (Luxemburg-Studien / Études luxembourgeoises, Bd. 1), Frankfurt/M., Peter Lang Verlag, 2012, S. 216ff.

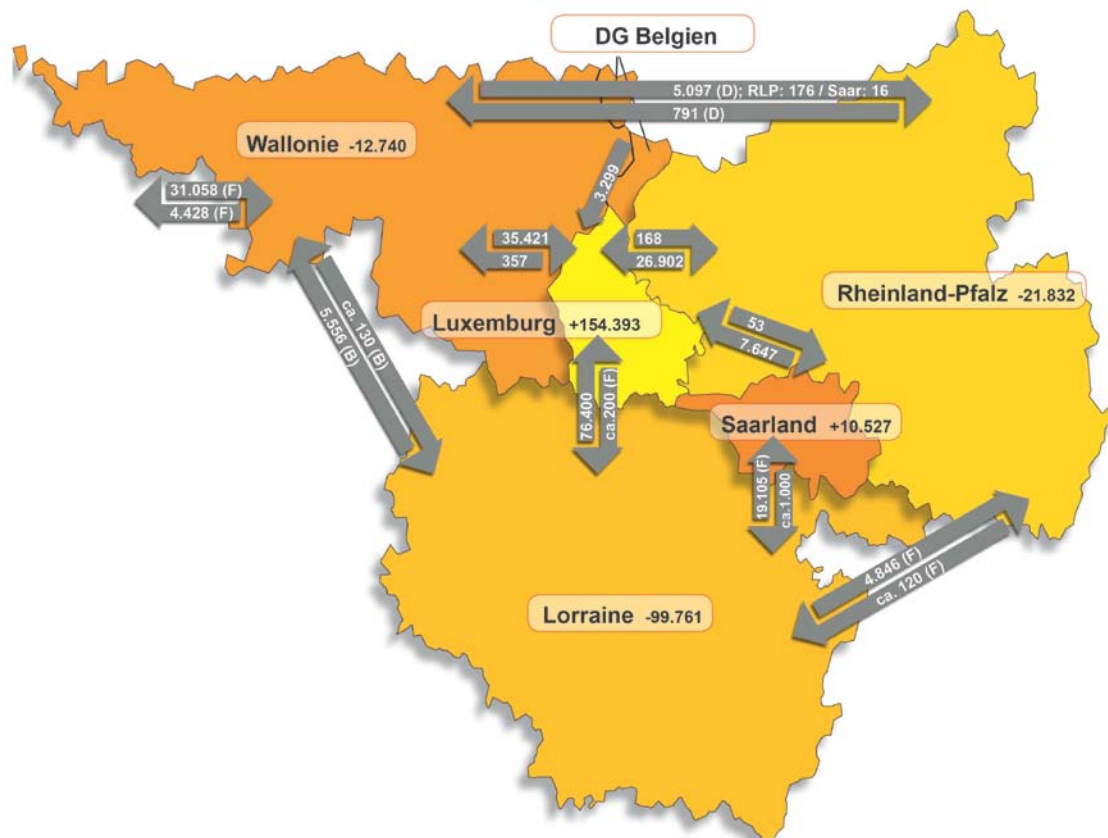
die Wallonie eine zentrale Rolle, auf die gut ein Fünftel (24,6%) der Auspendler und 15,1% der Einpendler entfielen.



Luxemburg und das Saarland gewinnen Arbeitskräfte, die anderen Regionen geben ab

Im Hinblick auf den grenzüberschreitenden Import bzw. Export von Arbeitskräften sind Luxemburg und das Saarland hervorzuheben, die mit einem täglichen Plus von 154.393 bzw. 10.527 Grenzgängern jeweils einen positiven Grenzgängersaldo aufwiesen. Luxemburg kann dabei anhaltend größere Überschüsse verzeichnen, während diese im Saarland kontinuierlich zurückgehen. Die übrigen Teilregionen verzeichneten jeweils einen negativen Pendlersaldo, der in Lothringen überdurchschnittlich hoch ausfiel: Mit einem Auspendlerüberschuss von 99.761 Personen im Jahr 2011 ist die ostfranzösische Region ein Netto-Exporteur von Arbeitskräften an die angrenzenden Teilgebiete des Kooperationsraums.

Grenzgängerströme in der Großregion 2011



Zum 30.06.2011 zählte das Saarland insgesamt 24.658 Einpendler aus Rheinland-Pfalz; in Rheinland-Pfalz arbeiteten zum gleichen Zeitpunkt insgesamt 15.137 Einpendler aus dem Saarland (Quelle: BA).

Quellen: IGSS: BA: INAMI; INSEE (Schätzungen)
Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA / OIE)

Hinweis: Die Zahlen der ein- und auspendelnden Grenzgänger in den einzelnen Regionen können nicht gegeneinander aufgerechnet werden, da das Einzugsgebiet des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes über das Gebiet der Großregion hinausreicht. Daher ist die Zahl der grenzüberschreitenden Einpendler in die Großregion höher als die der aus den Teilgebieten auspendelnden Personen.

- **Luxemburg** bleibt nach wie vor der größte Arbeitgeber für Grenzgänger in der Großregion. Die Hälfte der 155.366 ins Großherzogtum einpendelnden Personen kam aus Frankreich und ca. jeweils ein Viertel aus Belgien und Deutschland. Verzeichnete die Grenzgängerbeschäftigung in Luxemburg seit Jahrzehnten stets neue Rekordwerte, so sind zwischen 2003 und 2011 mit einem Plus von 81% vor allem die Einpendlerzahlen aus Deutschland rapide angestiegen. So zählte das Großherzogtum im Jahr 2011 erstmals mehr Einpendler aus Deutschland als aus Belgien. Die Pendler aus den benachbarten Bundesländern wiesen zwischen 2008 und 2009 trotz der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise noch ein deutliches Wachstum auf, im Gegensatz zu den damals nahezu stagnierenden Grenzgängerzahlen aus Belgien und Frankreich. In den Folgejahren zeigten alle Einpendlerströme einen kontinuierlich steigenden Zuwachs. Für das Jahr 2013 wird von einem erneuten Rückgang der Grenzgängerbeschäftigung in Luxemburg ausgegangen, ebenso wie von einer stärkeren Wachstumsdynamik ab 2014.
- Die Grenzgänger aus **Lothringen** überschritten in 2011 erstmals die 100.000er Marke und die französische Region bleibt mit insgesamt 101.211 Auspendlern das wichtigste Herkunftsgebiet grenzüberschreitend mobiler Arbeitnehmer in der Großregion. Während

bis Ende der 1980er Jahre die deutschen Bundesländer noch die wichtigsten Zielgebiete darstellten, wurden sie Anfang der 1990er Jahre von Luxemburg abgelöst. Seitdem pendelten immer mehr Lothringer ins Großherzogtum ein, während der Grenzgängerstrom in Richtung Deutschland in den 2000er Jahren abnahm. Der ohnehin rückläufige Strom brach im Zuge der Krise besonders stark ein. Demgegenüber wiesen die Auspendler nach Belgien und Luxemburg noch eine – wenn auch nachlassende – gute Entwicklungsdynamik auf.

- Der anhaltende Rückgang der in die **deutschen Bundesländer** der Großregion einpendelnden Franzosen spitzte sich im Zuge der Krise zu, auch wenn sich in den Folgejahren eine leichte Erholung des überwiegend von älteren Industriebeschäftigten dominierten Stroms abzeichnet. Umgekehrt ist ein weiteres Anwachsen der Pendler auszumachen, die nach Luxemburg an ihren Arbeitsplatz kommen. Die rapide Entwicklungsdynamik dieser knapp 35.000 Grenzgänger verlangsamte sich im Zuge der Krise, zeigte aber schon im Jahr 2011 wieder einen Aufwärtstrend an, der allerdings noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau liegt.
- In die **Wallonie** kommen zunehmend mehr Grenzgänger an ihren Arbeitsplatz, wobei die 32.206 Einpendler fast ausschließlich aus Frankreich stammten. Zwischen 2008 und 2009 halbierte sich das Jahreswachstum dieses Stroms und fiel weiter ab. Bereits in 2011 lag das jährliche Plus an Arbeitskräften aus Frankreich wieder auf Vorkrisenniveau (+8,3%). Hinsichtlich der steigenden Zahl der 44.946 Auspendler zeichnet sich eine immer stärkere Konzentration der Ströme auf den luxemburgischen Arbeitsmarkt ab, auf dem im Jahr 2011 rund 79% der Grenzgänger aus der Wallonie arbeiteten. Dieser Anteil ist unter anderem auf die Arbeitnehmer aus der **DG Belgiens** zurückzuführen, aus der mit leicht wachsender Tendenz nunmehr 3.299 Personen ins Großherzogtum pendelten, die mehrheitlich im Süden der Sprachgemeinschaft wohnen.

Grenzgängerbeschäftigung in der Großregion seit 2004 um ein Drittel gewachsen

Durch die Regelungen zur Freizügigkeit der Arbeitskräfte konnte sich die Großregion zu einem beispielgebenden grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt entwickeln. Alleine zwischen 2004 und 2011 hat sich die Zahl der Grenzgänger (Einpendler) im Kooperationsraum um rund ein Drittel erhöht. Diese Intensivierung der grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität ist jedoch nicht in allen Arbeitsregionen zu verzeichnen. So ist der allgemeine Anstieg der Grenzgängerzahlen vor allem auf Luxemburg (+38,9%) und die Wallonie (+54,3%) zurückzuführen. Die deutschen Bundesländer hingegen registrieren im gleichen Zeitraum einen Rückgang der im Wesentlichen aus Frankreich kommenden Grenzgänger (Saarland: -9,5%; Rheinland-Pfalz: -2,1%). Die Entwicklung der Einpendlerzahlen in Lothringen blieb entsprechend der verfügbaren Datenlage nahezu unverändert.

Grenzüberschreitende Einpendler 2004-2011 (Anzahl)

Zielgebiet	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saarland	21.193	21.210	20.809	20.568	20.393	19.545	19.289	19.174
Rheinland-Pfalz	5.304	5.269	5.184	5.185	5.438	5.292	5.138	5.190
Lorraine	1.450	1.450	1.450	1.450	1.450	1.450	1.450	1.450
Luxembourg	111.855	118.325	126.222	136.233	145.669	147.599	150.463	155.366
Wallonie	20.872	22.005	23.210	24.948	27.835	29.305	29.703	32.206
GR. Region	160.674	168.259	176.875	188.384	200.785	203.191	206.043	213.386

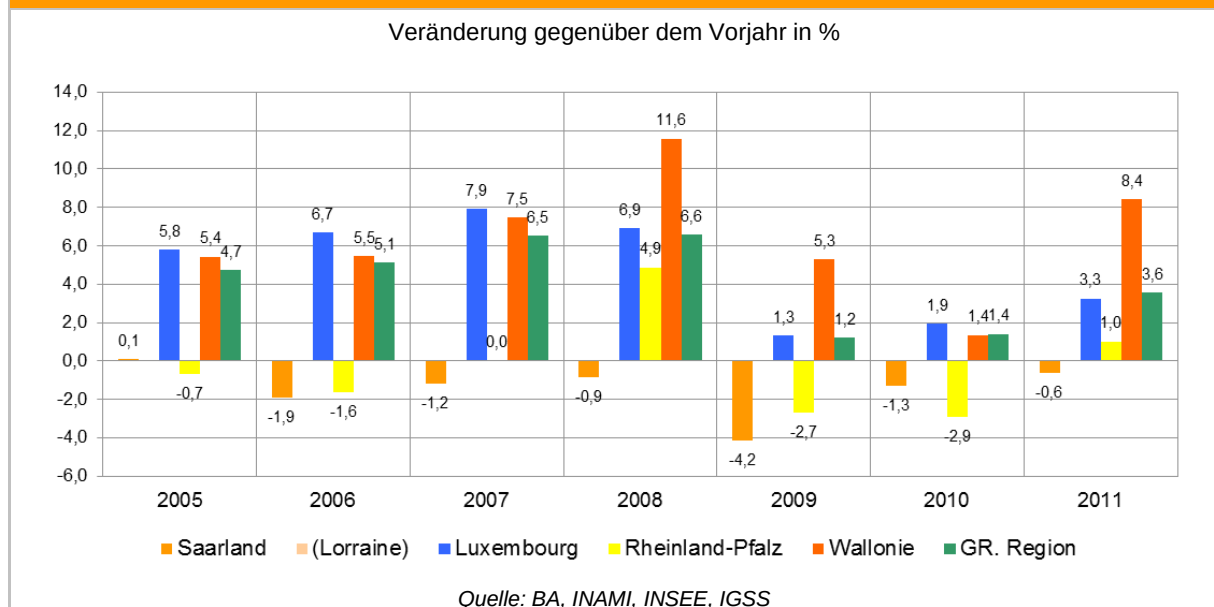
Quelle: BA, INAMI, INSEE, IGSS, Berechnungen IBA / OIE

Grenzüberschreitende Auspendler 2004-2011 (Anzahl)

Herkunftsgebiet	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Saarland	4.811	5.255	5.795	6.628	7.616	8.159	8.323	8.647
Rheinland-Pfalz	17.247	18.673	20.619	22.707	25.261	25.526	26.004	27.022
Lorraine	81.786	84.811	88.049	91.939	99.656	97.369	99.416	101.211
Luxembourg	739	796	856	870	919	949	938	973
Wallonie	36.438	36.544	39.244	40.418	43.346	43.701	44.117	44.946
GR. Region	141.021	146.079	154.563	162.562	176.798	175.704	178.798	182.799

*Die Daten beziehen sich auf die Auspendler nach Luxemburg und Deutschland.

Quelle: BA, INAMI, INSEE, IGSS DGstat, Berechnungen IBA / OIE

**Entwicklung der Grenzgängerbeschäftigung (Einpendler) in der Großregion
2004-2011**

Grenzgänger sind jünger und höher qualifiziert als ortsansässige Erwerbstätige

Die im Jahr 2011 erschienene Studie⁴⁶ der Statistischen Ämter der Großregion auf Grundlage der Europäischen Arbeitskräfteerhebung ermöglicht einen Vergleich zwischen den ortsansässigen Erwerbstätigen und Grenzgängern nach dem Wohnortprinzip. Die Betrachtungen auf großregionaler Ebene zeigen für das Jahr 2009, dass die Grenzgänger im Kooperationsraum, von denen 35% einen höheren Bildungsabschluss haben und 68% unter 45 Jahre sind, gegenüber den ansässigen Erwerbstätigen jünger und höher qualifiziert sind. Unter Letztgenannten verfügen nur 29% über einen höheren Bildungsabschluss und nur 55% sind jünger als 45 Jahre. Daneben ist ein höherer Männeranteil (62%) unter den Grenzgängern zu beobachten.

Ortsansässige Erwerbstätige öfter als Grenzgänger befristet und teilzeitbeschäftigt

Im Bereich der Arbeitsbedingungen zeigt die Studie der Statistischen Ämter, dass die Grenzgänger in der Großregion im Jahr 2009 weniger oft teilzeitbeschäftigt sind als ortsansässige Erwerbstätige und eher in größeren Unternehmen beschäftigt werden. So arbeiten 61% der Grenzgänger in Unternehmen mit 50 Beschäftigten und mehr. Bei den Ansässigen

⁴⁶ Vgl. Statistische Ämter der Großregion: Wer sind die Grenzgänger der Großregion? Charakteristiken und Determinanten der beruflichen Mobilität. Dezember 2011.

beläuft sich dieser Anteil auf nur 44%. Außerdem sind die Arbeitsverträge der Grenzgänger etwas häufiger unbefristet (91%) als jene der ortsansässigen Erwerbstätigen (88%).

6.1.2 Luxemburg

Anstieg der Grenzgängerbeschäftigung, wenn auch auf niedrigem Niveau

Am 30. Juni 2011 zählte Luxemburg 155.366 Grenzgänger aus den angrenzenden Regionen, von denen etwa die Hälfte (49,5%) aus Frankreich und jeweils ca. ein Viertel aus Deutschland (25,3%) und Belgien (25,2%) kommt. Damit ist die Zahl der Pendler im Großherzogtum erneut gestiegen, wenn auch nur zögerlich im Vergleich zur Vorkrisenentwicklung. Aufgrund des überdurchschnittlich hohen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums vor 2008 entstanden im Großherzogtum mehr Arbeitsplätze als mit ansässigen Arbeitskräften besetzt werden konnten, was einige Eckdaten widerspiegeln: Der Anteil der Grenzgänger an der Gesamtbeschäftigung ist bis 2008 stetig gewachsen; seit 2009 liegt er nahezu unverändert bei 44%. Ferner entfielen bis 2008 jährlich zwei Drittel der neu geschaffenen Stellen auf Grenzgänger; im Jahr 2009 sank dieser Anteil auf knapp zwei Fünftel (39%). Schließlich verdeutlichen die jährlichen Veränderungsquoten die Verlangsamung des Beschäftigungswachstums bei Grenzgängern: Stieg ihre Zahl vor 2008 um ca. 7 bis 8% per anno, so lag im Jahr 2009 das Plus bei nur noch 1,3%. Zwar kam es in den Folgejahren wieder zu einer leichten Erholung, aber von einem spürbaren Anstieg wird erst ab 2014 ausgegangen.⁴⁷

In Luxemburg beschäftigte Grenzgänger nach Herkunftsländern 2004-2011, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
France	3,5	4,7	5,8	7,1	5,6	0,6	2,1	3,3
Belgique	3,7	4,4	5,0	6,5	6,0	0,2	1,1	2,9
Deutschland	9,0	10,1	10,8	11,4	10,7	3,9	2,4	3,5
Insgesamt	4,7	5,8	6,7	7,9	6,9	1,3	1,9	3,3

Quelle: IGSS, Berechnungen IBA / OIE

Beschäftigungswachstum bei Grenzgängern in Krisenzeiten

Das Beschäftigungswachstum bei Grenzgängern ist in Luxemburg im Allgemeinen höher als bei den Ansässigen. Dies trifft auf Zeiten des Wirtschaftswachstums zu, wie z. B. auf die Jahre 1996-2001 und 2003-2007. Treten hingegen Konjunkturschwächen oder krisenhafte Ereignisse auf (z. B. in den Jahren 2002-2003 oder 2008), so ist der Beschäftigungsrückgang bei den Grenzgängern deutlicher zu spüren als bei den ansässigen Arbeitskräften. Dies ist auf die verbreiteten Maßnahmen zur Abfederung von Krisensituationen zurückzuführen, die sich im Wesentlichen darauf konzentrieren, die Zahl der Zeitarbeitskräfte zu verringern, befristete Arbeitsverträge nicht zu verlängern, das Instrument der Kurzarbeit zu nutzen sowie Stellen, die infolge natürlicher Fluktuation frei werden, nicht neu zu besetzen. Von diesen und anderen Maßnahmen sind strukturbedingt vor allem Grenzgänger betroffen.⁴⁸

- **Zeitarbeit:** Während die Zeitarbeitsbeschäftigung in Luxemburg in den 2000er Jahren ein stetiges Wachstum erfuhr, verzeichnete die Branche, in der zu knapp 80% Grenzgänger arbeiten (insbesondere junge Männer aus Frankreich), im Jahr 2009 einen Rückgang des

⁴⁷ Vgl. STATEC: Note de conjoncture, Nr. 1-12, S. 53.

⁴⁸ Vgl. STATEC: Rapport Travail et Cohésion sociale 2011. Luxemburg, S. 28f.

Arbeitsplätze um ein Viertel.⁴⁹ Davon besonders betroffen war das Verarbeitende Gewerbe, die Bauwirtschaft und der Handel, die verstärkt auf Zeitarbeiter zurückgreifen und konjunktursensibel sind.⁵⁰ Bereits im Jahr 2010 verzeichnete die Zeitarbeitsbranche wieder ein Plus von 940 Arbeitsplätzen und der Anteil der Zeitarbeiter im Verarbeitenden Gewerbe steigt erneut von 2,8% (2009) auf 4,6% (2010) an.⁵¹

- **Befristete Arbeitsverträge:** In Krisenzeiten sind Arbeitgeber zurückhaltender bei der Verlängerung von befristeten Arbeitsverhältnissen. Davon betroffen sind zumeist Arbeitnehmer mit kurzen Beschäftigungszeiten und junge Menschen. So ist festzuhalten, dass 38% der Grenzgänger jünger als 35 Jahre alt sind, während nur 31% der Luxemburger dieser Alterskategorie angehören.⁵² Ferner sind von befristeten Verträgen vor allem Berufsanfänger betroffen, zu denen knapp ein Drittel der Grenzgänger in Luxemburg zählen.⁵³
- **Beschäftigungsschwerpunkte:** Arbeitsplatzabbau wird in Zeiten der Rezession besonders in konjunktursensiblen Sektoren spürbar. Dazu zählt weitgehend der privatwirtschaftliche Sektor, der in Luxemburg von Grenzgängern und ansässigen Ausländern dominiert wird. Ein besonders hohes Gewicht erreichen Grenzgänger im krisengezeichneten Verarbeitenden Gewerbe, in der Bauwirtschaft, im Finanzwesen und in unternehmensnahen Dienstleistungen. Luxemburger hingegen sind im (halb-)öffentlichen Sektor überrepräsentiert.⁵⁴

Vor diesem Hintergrund brach das Beschäftigungswachstum der Grenzgänger im Jahr 2009 um 5,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr spürbar ein; bei den Ansässigen fiel die Abschwächung weitaus niedriger aus. Umgekehrt jedoch ist in Zeiten des Konjunkturaufschwungs zu beobachten, dass die Beschäftigung bei Grenzgängern rapider wächst als bei Ansässigen. So gehen Prognosen nach einer nur moderaten Beschäftigungsentwicklung in den kommenden Jahren ab 2014 von einer erneuten Dynamik aus, von der vor allem die Grenzgänger profitieren sollen.⁵⁵

^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^^

Beschäftigungsentwicklung von Grenzgängern und Ansässigen (Prognose 2012-2015) **Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %**

Jahre	Beschäftigungswachstum bei Grenzgängern	Beschäftigungswachstum bei Ansässigen
2012	2,4	1,9
2013	1,7	1,3
2014-2015	2,5	1,6

Quelle: STATEC: Note de conjoncture, Nr. 1-12, S. 53.

⁴⁹ Vgl. STATEC: La situation économique au Luxembourg. Évolution récente et perspective. Note de conjoncture Nr. 1, 2010, S. 70.

⁵⁰ Vgl. EURES: Le travail intérimaire luxembourgeois à la lumière de la crise. Les cahiers transfrontaliers d'EURES, Nr. 1/2010, Luxembourg, S. 56. Und: STATEC: La situation économique au Luxembourg. Évolution récente et perspective. Note de conjoncture Nr. 1, 2010, S. 69.

⁵¹ Vgl. Ries, Jean / Sinner, Véronique: Regards sur le travail intérimaire. Nr. 3, 2012. Vgl. ferner: EURES: La situation du travail intérimaire luxembourgeois en temps de crise. Les Cahiers transfrontaliers d'EURES. Nr. 1/2012.

⁵² Vgl. Brosius, Jacques: L'impact de la crise économique sur l'emploi au Luxembourg. CEPS, Population et Emploi, Nr. 8, 2011, S. 13f.

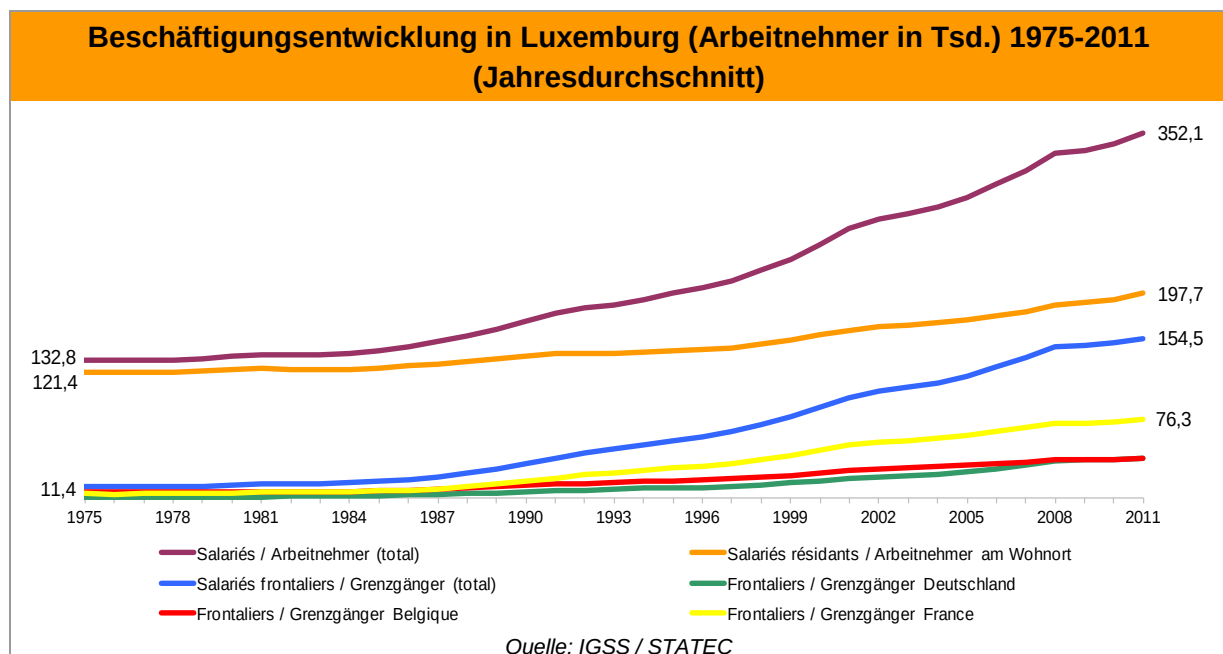
⁵³ Vgl. Brosius, Jacques: La recherche d'emploi des frontaliers au Luxembourg. In: CEPS/INSTEAD: Population et Emploi. Nr. 26, 2007.

⁵⁴ Vgl. Brosius, Jacques: L'impact de la crise économique sur l'emploi au Luxembourg. CEPS, Population et Emploi, Nr. 8, 2011, S. 13f.

⁵⁵ Vgl. STATEC: Note de conjoncture, Nr. 1-12, S. 53.

Zahl der Grenzgänger in den letzten 20 Jahren vervierfacht

Die Grenzgängerzahlen im Großherzogtum erhöhen sich seit den 1980er Jahren stetig. Denn nach der Erdölkrise zwischen 1973 und 1978 und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Montanindustrie zog das Beschäftigungswachstum aufgrund der geschickten Entwicklung des Dienstleistungssektors deutlich an. Im Jahr 1980 lag der Anteil der Grenzgänger an der Gesamtbeschäftigung noch bei 8%, zehn Jahre später belief er sich bereits auf 18% (1990).⁵⁶ Ab 1986 setzte der Boom im Finanzsektor ein und Belgier, die bis dahin die größte Gruppe der Grenzgänger in Luxemburg stellten, wurden 1987 von den Franzosen abgelöst. Diese Entwicklung bleibt dem Aufschwung unternehmensbezogener Dienstleistungen bei gleichzeitigem Rückgang verschiedener Industrien geschuldet, in denen belgische Grenzgänger stark vertreten waren. Außerdem drängten immer mehr Franzosen auf den luxemburgischen Arbeitsmarkt infolge von Entlassungswellen und Umbrüchen in den ehemaligen Hochburgen der Eisen- und Stahlindustrie an den Wohnorten. Der weitere Aufschwung und die damit verbundene Nachfrage nach qualifizierten Beschäftigten im Kredit- und Versicherungswesen, in den unternehmensnahen Dienstleistungen oder im Handel begünstigten in den Folgejahren die Entwicklung des Grenzgängerwesens. So ist die Zahl der in Luxemburg beschäftigten Grenzgänger in den letzten 20 Jahren von 38.900 (1991) um fast das Vierfache gestiegen. Zentrale Eckdaten dieser Entwicklung sind das Jahr 1995, in dem die Zahl der Grenzgänger erstmalig höher lag als die der ansässigen Ausländer, und das Jahr 2001, in dem erstmalig mehr Grenzgänger als Arbeitnehmer luxemburgischer Staatsbürgerschaft im Großherzogtum arbeiteten. Franzosen stellen bis heute die meisten Grenzgänger in Luxemburg und ihre Zahl hat sich seit 1991 fast vervierfacht. Auch die Einpendlerzahlen aus Belgien und Deutschland wachsen seit mehr als zwanzig Jahren kontinuierlich an, wenngleich sich der deutsche Einpendlerstrom etwas dynamischer zeigt.



⁵⁶ Vgl. STATEC: Les mutations de l'emploi de 1960 à 2010. Le Luxembourg 1960-2010. Juni 2012.

Einpendlerstrom aus Deutschland bleibt auf vergleichsweise hohem Niveau, erholt sich aber nur langsam

Die Grenzgängerbeschäftigung im Großherzogtum insgesamt hat sich in den letzten 8 Jahren (2003-2011) um gut zwei Fünftel (45,4%) gesteigert. Dabei ist insbesondere das Wachstum des deutschen Einpendlerstroms um 80,8% hervorzuheben. Mit insgesamt 39.310 Einpendlern im Jahr 2011 erzielte dieser Strom auf dem Höhepunkt der Krise im Jahr 2009 mit einem Plus von 3,9% gegenüber 2008 den weitaus größten Zuwachs, wobei er sich im Gegensatz zu anderen Einpendlerströmen jedoch langsamer erholt. Die Zahl der Grenzgänger aus Belgien wuchs in den letzten 8 Jahren um lediglich 33,8%. Zwischen 2008 und 2009 blieb sie nahezu unverändert (+0,2%), legte jedoch in den Folgejahren wieder merklich zu. Franzosen stellen seit Ende der 1980er Jahre die größte Gruppe der Grenzgänger, die seit 2003 zwar einen deutlichen Entwicklungsschub erfuhr (+37,7%), jedoch im Jahr 2008/2009 lediglich 442 zusätzliche Pendler (+0,6%) zählte. Auch bei diesem Einpendlerstrom zog das Wachstum in den Folgejahren wieder an, wobei knapp an das Niveau von 2004 angeknüpft werden konnte. Trotz des skizzierten Aufwärtstrends der Grenzgängerbeschäftigung sind die jährlichen Entwicklungsquoten der Einpendlerströme noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt. Dies betrifft vor allem die Grenzgänger aus Deutschland, die seit Mitte der 2000er Jahre ein jährliches Wachstum von über 10% vorlegten.

In Luxemburg beschäftigte Grenzgänger nach Herkunftsländern 2003-2011 (jeweils zum 30.06.)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
France	55.898	57.848	60.588	64.104	68.657	72.525	72.967	74.511	76.964
Belgique	29.216	30.298	31.626	33.193	35.348	37.483	37.565	37.988	39.092
Deutschland	21.742	23.709	26.111	28.925	32.228	35.661	37.067	37.964	39.310
Insgesamt	106.856	111.855	118.325	126.222	136.233	145.669	147.599	150.463	155.366

Quelle: IGSS, Berechnungen IBA / OIE

2011 erstmals mehr Grenzgänger aus Deutschland als aus Belgien

Bereits seit einigen Jahren zeichnet sich eine Konvergenz des Einpendlerstroms aus Belgien und Deutschland ab, die auf das rapide Anwachsen der Grenzgängerzahlen aus den deutschen Bundesländern zurückzuführen ist. Denn während im Jahr 2003 noch 7.474 mehr Belgier als Deutsche in Luxemburg arbeiteten, verringerte sich diese Differenz in den Folgejahren spürbar, so dass im Jahr 2011 erstmalig 218 mehr Grenzgänger aus den deutschen Bundesländern ins Großherzogtum einpendelten als aus dem benachbarten Belgien. Das größere Gewicht der deutschen Einpendler an der Grenzgängerbeschäftigung, das im Jahr 2001 noch bei 19% lag, kann auf die Arbeitsmarktreformen in Deutschland und auf die Entwicklung deutscher Unternehmen im Großherzogtum, insbesondere in der Bauwirtschaft, zurückgeführt werden.

Luxemburger im (halb-)öffentlichen Sektor...

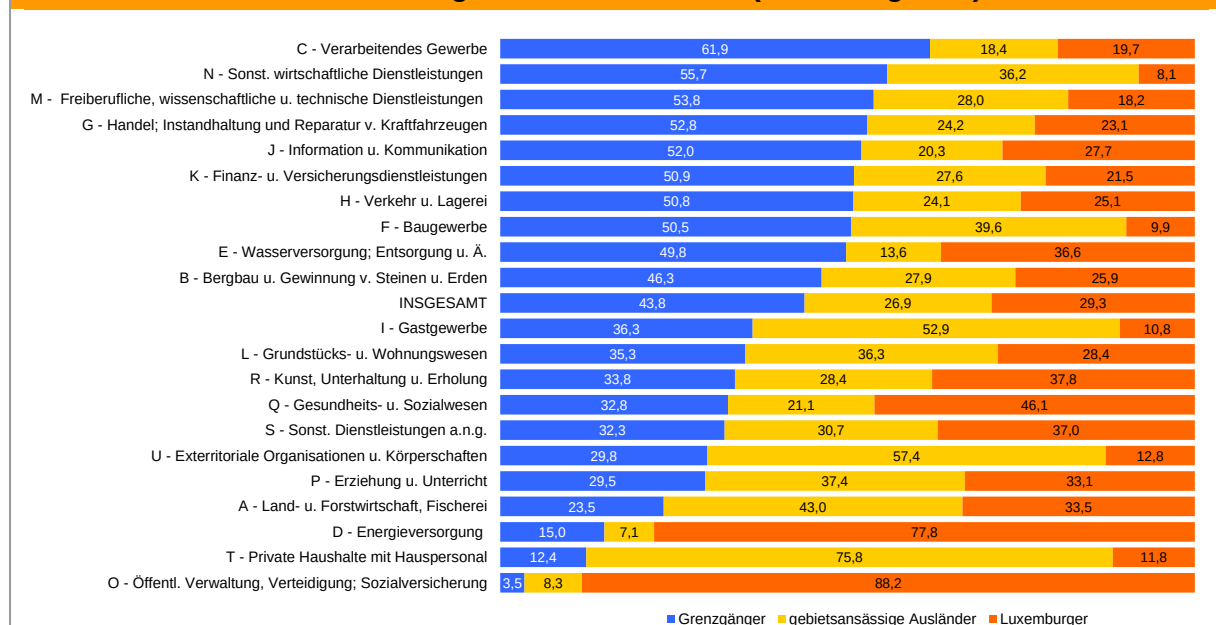
Wird die Verteilung der drei relevanten Arbeitnehmergruppen auf dem luxemburgischen Arbeitsmarkt nach Wirtschaftsbranchen betrachtet, so zeichnet sich eine Segmentierung und damit auch eine starke Abhängigkeit Luxemburgs von externen Arbeitskräften in bestimmten Branchen ab. So arbeiten Luxemburger überwiegend im (halb-)öffentlichen Bereich wie etwa in der öffentlichen Verwaltung (88,2%), in der Energieversorgung (77,8%), im Gesundheits- und Sozialwesen (46,1%), in der Unterhaltung und Erholung (37,8%), in sonstigen Dienst-

leistungen (37%) sowie im Bildungswesen (33,1%). Die Hinwendung der Luxemburger zu diesen Branchen liegt weitgehend in der Beherrschung der luxemburgischen Sprache sowie in der luxemburgischen Staatsbürgerschaft begründet, die oftmals eine Zugangsvoraussetzung für Arbeitsplätze im (halb-)öffentlichen Dienst bilden. Die zunehmende Konzentration von Luxemburgern im öffentlichen Sektor ist von den dort vorzufindenden krisenfesten und gut dotierten Arbeitsplätzen motiviert.⁵⁷

...ansässige Ausländer und Grenzgänger im privaten Sektor beschäftigt

Des Weiteren ist eine hohe Konzentration von ansässigen Ausländern in privaten Haushalten mit Personal (75,8%), im Gastgewerbe (52,9%) sowie in der Land- und Forstwirtschaft (43%) auszumachen. Ferner sind sie mit 39,6% im Baugewerbe vertreten, wobei hier bereits Grenzgänger die Hälfte der Arbeitskräfte (50,5%) stellen. In anderen Branchen haben Grenzgänger noch mehr Gewicht. Dies gilt etwa im Verarbeitenden Gewerbe (61,9%), in den wirtschaftlichen Dienstleistungen (55,7%), in den freiberuflichen wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (53,8%), in Handel und Reparatur (52,8%) oder in Information und Kommunikation (52,0%). Der Vergleich der Anteile von Grenzgängern und ansässigen Ausländern in den jeweiligen Branchen zeigen, dass sich innerhalb des privatwirtschaftlichen Sektors Konkurrenzverhältnisse einerseits und Spezialisierungen beider Personengruppen andererseits abzeichnen.

In Luxemburg beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftssectoren (NACE Rev. 2) und Herkunftsgebiet am 31.03.2011 (Verteilung in %)



Quelle: IGSS / STATEC, Berechnungen IBA / OIE

⁵⁷ Vgl. Wille, Christian: Grenzgänger und Räume der Grenze. Raumkonstruktionen in der Großregion SaarLorLux. (Luxemburg-Studien / Études luxembourgeoises, Bd. 1), Frankfurt/M., Peter Lang, 2012, S. 282ff.

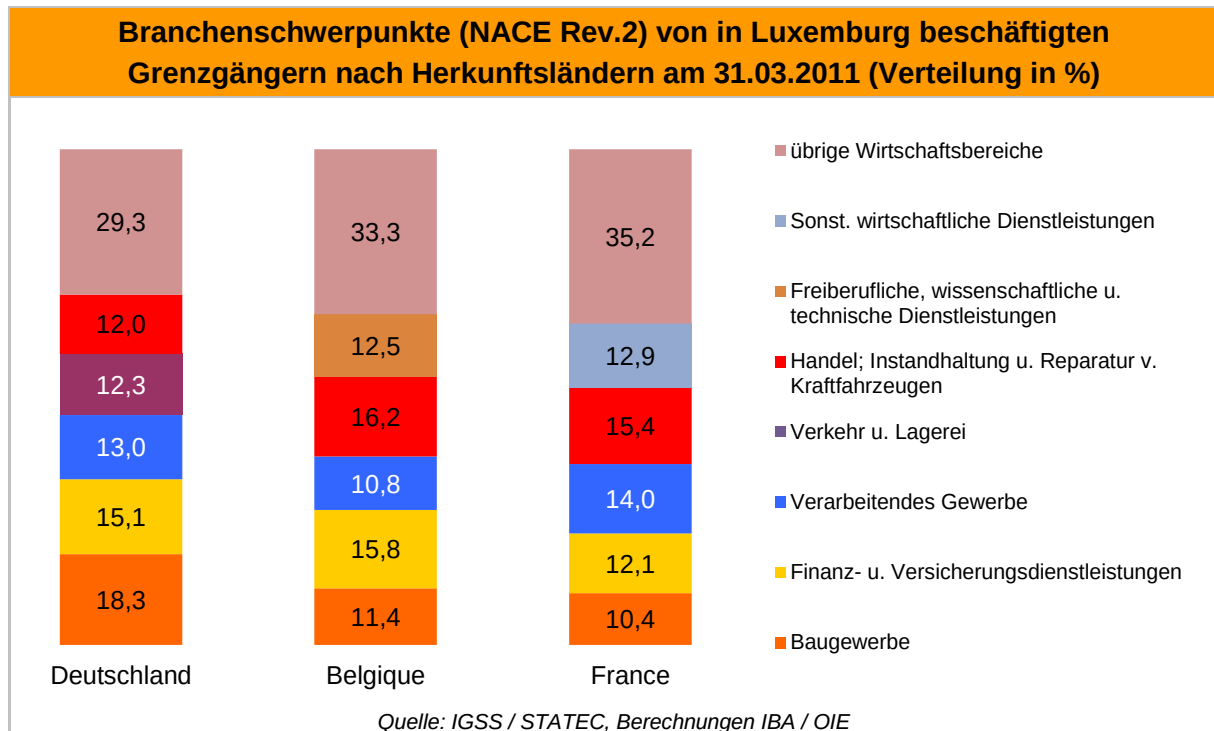
**In Luxemburg beschäftigte Arbeitnehmer
nach Wirtschaftsbereichen (NACE Rev. 2) am 31.03.2011 (Anzahl)**

Wirtschaftsbereiche (NACE Rev. 2)		Ansässige		Grenzgänger				Insgesamt
		Lux.	Ausl.	Deutschland	France	Belgique	insgesamt	
A	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	441	567	114	64	132	310	1.318
B	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	76	82	44	79	13	136	294
C	Verarbeitendes Gewerbe	6.323	5.888	5.023	10.587	4.199	19.809	32.020
D	Energieversorgung	882	81	80	67	23	170	1.133
E	Wasserversorgung; Entsorgung u. Ä.	528	197	139	496	84	719	1.444
F	Baugewerbe	3.784	15.188	7.076	7.842	4.433	19.351	38.323
G	Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrzeugen	9.863	10.337	4.642	11.639	6.303	22.584	42.784
H	Verkehr u. Lagerei	6.693	6.426	4.748	4.688	4.132	13.568	26.687
I	Gastgewerbe	1.592	7.784	550	3.972	828	5.350	14.726
J	Information u. Kommunikation	4.150	3.043	1.024	4.255	2.515	7.794	14.987
K	Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen	8.907	11.431	5.814	9.155	6.147	21.116	41.454
L	Grundstücks- u. Wohnungswesen	595	762	174	381	185	740	2.097
M	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	4.734	7.268	3.047	6.038	4.867	13.952	25.954
N	Sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	1.816	8.128	927	9.778	1.805	12.510	22.454
O	Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	34.781	3.266	669	399	306	1.374	39.421
P	Erziehung u. Unterricht	955	1.079	301	372	177	850	2.884
Q	Gesundheits- u. Sozialwesen	12.747	5.826	3.266	3.871	1.930	9.067	27.640
R	Kunst, Unterhaltung u. Erholung	638	479	165	309	96	570	1.687
S	Sonst. Dienstleistungen a.n.g.	2.018	1.671	356	1.011	393	1.760	5.449
T	Priv. Haushalte mit Hauspersonal	597	3.832	225	309	92	626	5.055
U	Exterritoriale Organisationen u. Körperschaften	73	327	14	113	43	170	570
	ohne Zuordnung	128	378	230	239	162	631	1.137
Insgesamt		102.321	94.040	38.628	75.664	38.865	153.157	349.518

Quelle: IGSS / STATEC

Deutsche vor allem im Baugewerbe, Franzosen und Belgier in Handel und Reparatur stark vertreten

Wird die Gruppe der Grenzgänger nach Herkunftsregionen betrachtet, so lassen sich hier auch im Jahr 2011 branchenspezifische Differenzierungen feststellen. Grenzgänger aus den französischsprachigen Teilgebieten der Großregion verteilten sich zu jeweils relativ hohen Anteilen auf den Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (15,4%). Grenzgänger aus Deutschland und Belgien arbeiteten zu jeweils ca. 15% in der Finanz- und Versicherungsbranche, was auf Fragen der Qualifikation und Englischsprachkenntnisse zurückgeführt werden kann. Das Verarbeitende Gewerbe ist traditionell stark von Pendlern aus Frankreich geprägt, die hier 53,4% aller Grenzgänger stellten. Unter den deutschen Grenzgängern war das höchste Beschäftigungsgewicht im Baugewerbe festzustellen (18,3%), das vermutlich auf das positive Bild des deutschen Handwerks zurückgeht.



Grenzgänger profitieren von Beschäftigungsentwicklung in Handel und Reparatur, Information und Kommunikation...

Die Beschäftigung in Luxemburg hat zwischen 2010 und 2011 um 2,9% zulegt. Die höchste Wachstumsrate ist bei den ansässigen Ausländern (+3,4%) und den Grenzgängern (+3,1%) zu verzeichnen, gefolgt von Arbeitnehmern mit Luxemburger Nationalität (+2,2%). In der Branchenbetrachtung gab es den größten Zuwachs in den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen (+11,2%), Erziehung und Unterricht (+7,7%) und Information und Kommunikation (+7,6%).

- ▶ **Gesundheits- und Sozialwesen:** Die Betrachtung der neu geschaffenen Arbeitsplätze zeigt, dass das Gesundheits- und Sozialwesen mit einem Plus von 1.392 zusätzlichen Stellen an der Spitze liegt, von denen besonders Grenzgänger aus Deutschland (+7%) und Frankreich (+6,1%) profitierten. Ebenso war die Beschäftigungsentwicklung der Luxemburger in dieser Branche weit überdurchschnittlich (+5,5%).
- ▶ **Handel und Reparatur:** Im Bereich Handel und Reparatur wurden zwischen 2010 und 2011 insgesamt 1.341 neue Arbeitsplätze (+3,2%) eingerichtet. Zwar entfiel ca. ein Drittel dieser Stellen auf Einpendler aus Frankreich; mit einem Plus von 5,9% profitierten von dem Beschäftigungswachstum in dieser Branche jedoch am stärksten die Grenzgänger aus Deutschland.
- ▶ **Information und Kommunikation:** Der Bereich Information und Kommunikation wies mit einem Zuwachs von 1.061 Arbeitsplätzen (+7,6%) das drittstärkste Beschäftigungswachstum zwischen 2010 und 2011 auf. Knapp zwei Drittel der Stellen entfielen auf Grenzgänger, jedoch gewannen die ausländischen Ansässigen analog zu den Grenzgängern mit einem Plus von 9,9% in dieser Branche spürbar an Gewicht.
- ▶ **Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen:** Im Bereich der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen wurden zwischen 2010

und 2011 insgesamt 1.034 zusätzliche Arbeitsplätze gezählt (+4,1%), von denen rund drei Fünftel auf Grenzgänger entfielen. Hier sind es vor allem Grenzgänger aus Frankreich (+6,5%), die Beschäftigungsanteile in dieser Branche gewannen.

... weniger stark im Verarbeitenden Gewerbe und den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen

Im krisengezeichneten Verarbeitenden Gewerbe blieb die Beschäftigungsentwicklung zwischen 2010 und 2011 nahezu unverändert (+0,9%). Von den neu geschaffenen Arbeitsplätzen in dieser Branche profitierten vor allem Grenzgänger (aus Frankreich); Luxemburger hingegen wanderten weiterhin aus dieser Branche ab (-195 Personen). Die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen warteten zwischen 2010 und 2011 mit nur 529 neuen Arbeitsplätzen auf (+1,3%), die zu fast drei Fünfteln von Grenzgängern besetzt wurden. Besonders Pendler aus Frankreich gewannen mit einem Plus von 3% an Gewicht in dieser Branche.

Beschäftigungsentwicklung (Arbeitnehmer am Arbeitsort) in Luxemburg nach Wirtschaftsbereichen (NACE Rev. 2) und Herkunftsgebieten 2010-2011 (jeweils zum 31.03., absolute Veränderung)

Wirtschaftsbereich (NACE Rev. 2)		Ansässige		Grenzgänger				Insgesamt
		Lux.	Ausl.	Deutschland	France	Belgique	insgesamt	
A	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	16	20	12	2	17	31	67
B	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	-13	-5	-4	-2	1	-5	-23
C	Verarbeitendes Gewerbe	-195	173	112	144	62	318	296
D	Energieversorgung	28	-1	9	0	4	13	40
E	Wasserversorgung; Entsorgung u. Ä.	21	-10	1	-7	9	3	14
F	Baugewerbe	122	143	141	196	52	389	654
G	Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrzeugen	221	299	258	446	117	821	1.341
H	Verkehr u. Lagerei	195	374	24	-48	186	162	731
I	Gastgewerbe	25	240	23	219	34	276	541
J	Information u. Kommunikation	94	275	110	376	206	692	1.061
K	Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen	25	202	32	269	1	302	529
L	Grundstücks- u. Wohnungswesen	58	85	12	53	3	68	211
M	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	193	206	152	370	113	635	1.034
N	Sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	99	652	64	-85	97	76	827
O	Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	500	149	29	10	14	53	702
P	Erziehung u. Unterricht	20	105	50	20	11	81	206
Q	Gesundheits- u. Sozialwesen	669	194	214	222	93	529	1.392
R	Kunst, Unterhaltung u. Erholung	40	-6	16	24	3	43	77
S	Sonst. Dienstleistungen a.n.g.	77	21	26	25	44	95	193
T	Priv. Haushalte mit Hauspersonal	15	101	28	6	7	41	157
U	Exterritoriale Organisationen u. Körperschaften	0	-3	2	0	0	2	-1
	ohne Zuordnung	7	-86	6	-4	-11	-9	-88
	Insgesamt	2.217	3.128	1.317	2.236	1.063	4.616	9.961

Quelle: IGSS, Berechnungen IBA / OIE

**Beschäftigungsentwicklung (Arbeitnehmer am Arbeitsort) in Luxemburg
nach Wirtschaftsbereichen (NACE Rev. 2) und Herkunftsgebieten 2010-2011
(jeweils zum 31.03., Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)**

Wirtschaftsbereich (NACE Rev. 2)		Ansässige		Grenzgänger				Insgesamt
		Lux.	Ausl.	Deutschland	France	Belgique	insgesamt	
A	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	3,8	3,7	11,8	3,2	14,8	11,1	5,4
B	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	-14,6	-5,7	-8,3	-2,5	8,3	-3,5	-7,3
C	Verarbeitendes Gewerbe	-3,0	3,0	2,3	1,4	1,5	1,6	0,9
D	Energieversorgung	3,3	-1,2	12,7	0,0	21,1	8,3	3,7
E	Wasserversorgung; Entsorgung u. Ä.	4,1	-4,8	0,7	-1,4	12	0,4	1
F	Baugewerbe	3,3	1,0	2,0	2,6	1,2	2,1	1,7
G	Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrzeugen	2,3	3,0	5,9	4,0	1,9	3,8	3,2
H	Verkehr u. Lagerei	3,0	6,2	0,5	-1	4,7	1,2	2,8
I	Gastgewerbe	1,6	3,2	4,4	5,8	4,3	5,4	3,8
J	Information u. Kommunikation	2,3	9,9	12	9,7	8,9	9,7	7,6
K	Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen	0,3	1,8	0,6	3	0,0	1,5	1,3
L	Grundstücks- u. Wohnungswesen	10,8	12,6	7,4	16,2	1,6	10,1	11,2
M	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	4,3	2,9	5,3	6,5	2,4	4,8	4,1
N	Sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	5,8	8,7	7,4	-0,9	5,7	0,6	3,8
O	Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	1,5	4,8	4,5	2,6	4,8	4,0	1,8
P	Erziehung u. Unterricht	2,1	10,8	19,9	5,7	6,6	10,5	7,7
Q	Gesundheits- u. Sozialwesen	5,5	3,4	7,0	6,1	5,1	6,2	5,3
R	Kunst, Unterhaltung u. Erholung	6,7	-1,2	10,7	8,4	3,2	8,2	4,8
S	Sonst. Dienstleistungen a.n.g.	4,0	1,3	7,9	2,5	12,6	5,7	3,7
T	Priv. Haushalte mit Hauspersonal	2,6	2,7	14,2	2,0	8,2	7,0	3,2
U	Exterritoriale Organisationen u. Körperschaften	0,0	-0,9	16,7	0,0	0,0	1,2	-0,2
	ohne Zuordnung	5,8	-18,5	2,7	-1,6	-6,4	-1,4	-7,2
	Insgesamt	2,2	3,4	3,5	3,0	2,8	3,1	2,9

Quelle: IGSS, Berechnungen IBA / OIE

Grenzgänger fangen immer weniger den Alterungsprozess der Arbeitskräfte ab

Im regionalen Vergleich ist Luxemburg weniger stark als die Nachbarregionen vom demografischen Wandel betroffen. Ursächlich hierfür sind die ansässigen Ausländer und Grenzgänger, die im Schnitt jünger sind als die erwerbstätigen Luxemburger und die Alterung der Arbeitskräfte im Großherzogtum gut abfangen konnten. Neue Studienergebnisse zeigen jedoch, dass sich die Altersstruktur der Erwerbstätigen im Großherzogtum zwischen 2003 und 2011 verschoben hat und der Verjüngungseffekt zunehmend an Wirkkraft verliert. So ist das Durchschnittsalter in diesem Zeitraum um 2,8 Jahre gestiegen, ebenso wie der Anteil der unter 35-Jährigen von 44% auf 34% gesunken und jener der über 50-Jährigen von 13% auf 19% gestiegen ist. Diese Entwicklung geht auf die beschäftigten Luxemburger zurück und auf den Umstand, dass Grenzgänger und ansässige Ausländer zwischen 2003 und 2011 statistisch schneller gealtert sind als die Beschäftigten mit Luxemburger Nationalität. Dies kann unter anderem damit erklärt werden, dass die seit den 1990er Jahren im Großherzogtum besonders zahlreich eingestellten Grenzgänger gealtert sind, aber noch nicht aus dem Berufsleben ausscheiden. So erhöht sich das Durchschnittsalter dieser Gruppe, ohne dass sie sich durch die nachrückende Generation verjüngt. Deutlich wird damit, dass der Alte-

rungsprozess auch im Großherzogtum immer weiter voranschreitet und immer weniger durch ansässige Ausländer und Grenzgänger abgefangen werden kann.⁵⁸

Demographische Eckdaten der Arbeitskräfte in Luxemburg 2003 und 2011

	Durchschnittsalter in Jahren	Anteil der über 50-Jährigen in %
2003		
Luxemburger	39,1	19
Ansässige Ausländer	36,4	12
Grenzgänger	36,1	10
Gesamt	36,9	13
2011		
Luxemburger	40,5	25
Ansässige Ausländer	39,5	18
Grenzgänger	39,4	16
Insgesamt	39,7	19

Quelle: IGSS, jeweils 31.3. In: Leduc, Kristell: *La main-d'œuvre frontalière et étrangère ne suffit plus à ralentir le vieillissement de la population active occupée du Luxembourg*. CEPS, Vivre au Luxembourg 81/2012.

Arbeitslosigkeit bei Grenzgängern – nach wie vor eine unbekannte Größe

Insbesondere in Krisensituationen sind Informationen über Arbeitsmarktentwicklungen von Bedeutung. Dazu zählen auch die Angaben der als arbeitslos gemeldeten Personen. Mit Blick auf Grenzgänger bildet dafür derzeit lediglich das Formular E 301 eine Informationsgrundlage. Dieses Formular wird von Grenzgängern benötigt, um Beschäftigungszeiten im Ausland und Einkommenshöhen gegenüber der Arbeitsverwaltung am Wohnort für den Bezug von Sozialleistungen nachzuweisen. Die Formulare werden bei der Arbeitsverwaltung des Arbeitsorts auf Grundlage der Arbeitsbescheinigung, die vom ehemaligen Arbeitgeber ausgestellt wird, beantragt. Werden die Informationen der luxemburgischen Arbeitsverwaltung über die beantragten Formulare E 301 herangezogen, so ist zunächst festzustellen, dass im Jahr 2008 die Zahl der ausgestellten Formulare noch unter dem Niveau von 2006 lag und sie im Jahr 2009 sprunghaft anstieg. In den Folgejahren wurden nach wie vor mehr Formulare E 301 ausgestellt als vor der Krise, jedoch deutlich weniger als noch im Jahr 2009.

Diese Entwicklung gibt einen Eindruck der Fluktuationsbewegungen von Grenzgängern, jedoch können auf dieser Grundlage keine verlässlichen Aussagen über die als arbeitslos gemeldeten Grenzgänger getroffen werden. Denn belgische Grenzgänger benötigen dieses Formular beispielsweise nicht, eine Person kann mehrere Formulare jährlich beantragen und die Beantragung des Formulars sagt wenig über die Dauer der Arbeitslosigkeit aus. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Statistik der ausgestellten Formulare E 301 nur sehr vorsichtig herangezogen werden kann, um zu erfahren wie viele Grenzgänger ihre Arbeitsstelle verloren haben und ob sie sich in der Arbeitslosigkeit befinden. Verlässliche Informationen hingegen könnten die Arbeitsverwaltungen in den Wohnregionen der Pendler geben, von denen sie Leistungen beziehen. Daher gilt es die Zusammenarbeit der zuständigen Stellen in der Großregion weiter auszubauen, um belastbare Informationen über die Arbeitslosigkeit von Grenzgängern zu erhalten.

⁵⁸ Vgl. Leduc, Kristell: *La main-d'œuvre frontalière et étrangère ne suffit plus à ralentir le vieillissement de la population active occupée du Luxembourg*. CEPS, Vivre au Luxembourg 81/2012.

Neueste Grenzgängerzahlen für den Luxemburger Arbeitsmarkt (2012)⁵⁹

Im Laufe des Jahres 2011 pendelten erstmals mehr deutsche als belgische Grenzgänger nach Luxemburg – dieser Trend setzt sich auch 2012 fort. So verzeichnete der Einpendlerstrom aus den deutschen Bundesländern ebenso wie der französische im Vorjahresvergleich ein Plus von 2,6%, während der Strom aus Belgien nur um 1,8% anwuchs. Zum 31.03.2012 ist die Zahl an Grenzgängern nach Luxemburg somit auf insgesamt 156.810 Personen gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr fiel damit das Beschäftigungswachstum der Grenzgänger im Großherzogtum um 0,7 Prozentpunkte schwächer aus. Prognosen zur Beschäftigungsentwicklung in Luxemburg, nach denen eine erneute, hauptsächlich von Grenzgängern getragene Dynamik erst ab 2014 zu erwarten ist, scheinen sich zu bestätigen.

**In Luxemburg beschäftigte Arbeitnehmer nach Herkunftsland am 31.03. (Anzahl)
und Entwicklung im Vorjahresvergleich (%)**

	2011	2012	Entwicklung 2010-2011 (%)	Entwicklung 2011-2012 (%)
Deutschland	38.628	39.617	3,5	2,6
France	75.664	77.613	3,0	2,6
Belgique	38.865	39.580	2,8	1,8
Insgesamt	153.157	156.810	3,1	2,4

Quelle: IGSS / STATEC

Bei der Betrachtung der Grenzgänger nach Herkunftsregion und Wirtschaftsbereichen ergaben sich folgende branchenspezifische Differenzierungen: Während die französischen Grenzgänger zu 15,7% im Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen sowie im Verarbeitenden Gewerbe (13,7%) beschäftigt waren, arbeiteten Grenzgänger aus Deutschland überwiegend im Baugewerbe (18,2%) sowie in der Finanz- und Versicherungsbranche (15%). Belgische Grenzgänger waren zu 16,2% im Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen sowie im Finanz- und Versicherungssektor (15,5%) beschäftigt.

6.1.3 Lothringen

Lothringische Auspendler überschreiten 100.000er-Marke

Die Zahl der Grenzgänger aus Lothringen überschritt im Jahr 2011 erstmals die 100.000er-Marke. So stellte Lothringen mit insgesamt 101.211 Auspendlern 55,4% aller Grenzgänger im Kooperationsraum, von denen drei Viertel (75,5%) in Luxemburg, ein Fünftel (19%) in den deutschen Bundesländern und 5,5% in Belgien arbeiten. In den Ländern Luxemburg, Deutschland und Belgien waren fast die Hälfte (46%) aller Auspendler tätig, die in Frankreich wohnen.⁶⁰ Hinsichtlich der lothringischen Auspendlerzahlen sind rückblickend zwei Aspekte bemerkenswert: Zum einen ihr hohes quantitatives Gewicht, zum anderen ihr über Jahrzehnte hinweg ungebrochener Anstieg. Denn zwischen 1968 und 1975 wuchsen die Grenzgängerzahlen aufgrund des Abbaus von 16.000 Arbeitsplätzen in den damaligen Schlüsselbranchen um 11.000 Personen an; davon ca. 7.000 mit Arbeitsort in Deutschland. Zwischen 1975 und 1982 entwickelten sich die lothringischen Auspendlerzahlen nur moderat durch zahlreiche Entlassungen lothringischer Grenzgänger an ihren Arbeitsorten. Von 1982 bis 1990 zog die Zahl der Grenzgänger aus Lothringen wieder an, insbesondere in Richtung Luxemburg durch den Aufschwung im Dienstleistungssektor. Zwischen 1990 und 2004 stiegen die lothringischen Auspendlerzahlen um das Zweieinhalbfache, so dass schließlich mehr

⁵⁹ Als einzige Daten für 2012 standen im Bearbeitungszeitraum des Berichts Zahlen für den Luxemburger Arbeitsmarkt zur Verfügung.

⁶⁰ Vgl. INSEE: Bilan économique et social 2011. Économie Lorraine, Nr. 285-286.

Lothringer nach Luxemburg auspendelten als nach Deutschland. Diese Ausrichtung der Auspendlerströme spitzte sich in den Folgejahren weiter zu.⁶¹

Langsame Erholung von Einschnitten im Krisenjahr

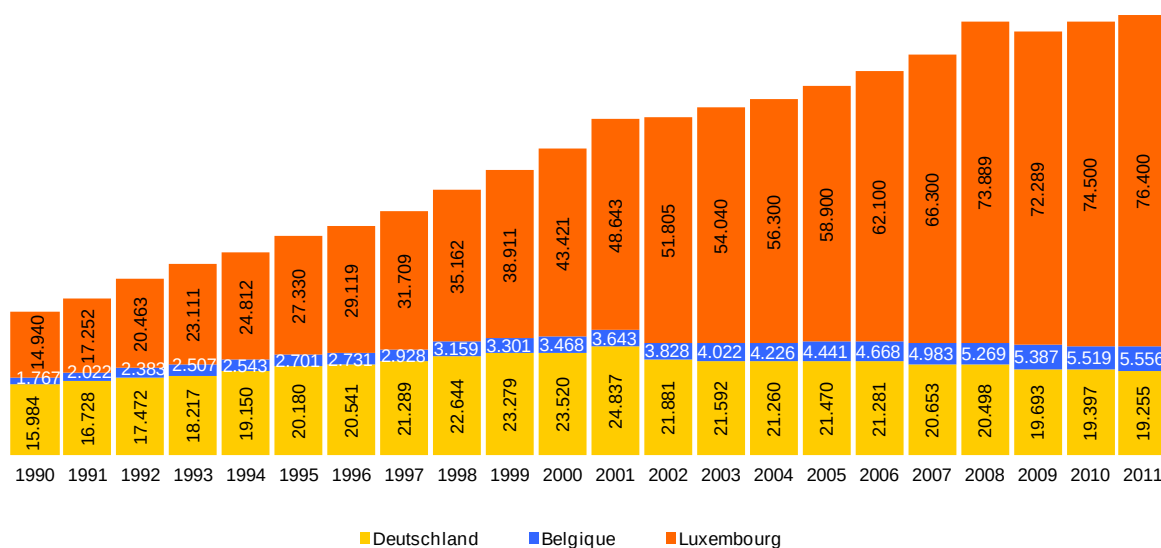
Die jüngste Entwicklung der Auspendlerbewegungen zeigte einen Einschnitt der Auspendlerzahlen zwischen 2008 und 2009 um -2,3%. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den seit Jahren rückläufigen Strom nach Deutschland und auf die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Luxemburg zurückzuführen. In den Folgejahren stieg das Auspendleraufkommen – mit Ausnahme der Grenzgänger nach Deutschland – zwar zunächst wieder an, das jährliche Beschäftigungswachstum konnte an das Vorkrisenniveau aber nicht anknüpfen.

- ▶ Während die Wachstumsrate des Stroms nach **Luxemburg** im Jahr 2004 mit nur 4,2% im Vorjahresvergleich ihren vorläufigen Tiefstand erreichte, stieg sie bis zum Jahr 2008 sukzessive auf 11,4% an, um im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise (2009) einen spürbaren Einbruch auf -2,2% zu erleben. Diese Entwicklung ist auf das hohe Beschäftigungsgewicht der Franzosen im industriellen Sektor und in der Zeitarbeitsbranche zurückzuführen, die besonders von den Auswirkungen der Krise betroffen waren. So wurden bspw. im Jahr 2008 noch 5.175 Grenzgänger aus Lothringen als Zeitarbeiter gezählt, ein Jahr später waren hier nur noch 3.613 beschäftigt. Im Folgejahr (2010) erholte sich der Auspendlerstrom (+3,1%), wobei er bereits in 2011 erneut ein nur gebremstes Wachstum (+2,6%) aufweist.
- ▶ Der Auspendlerstrom nach **Belgien** stieg vor 2009 – wenn auch auf einem quantitativ niedrigen Niveau – relativ konstant um durchschnittlich ca. 5% jährlich, wobei in 2007 und 2008 die Veränderungsraten leicht anzogen. Im Vergleich der anderen Auspendlerrichtungen schnitt der Strom nach Belgien im Krisenjahr 2009 am besten ab, da er gegenüber 2008 noch ein Plus von 2,2% (118 Arbeitsplätze) aufwies. Die Rezession schlug zwar auch in der Wallonie durch, jedoch wirkte sie sich zunächst weniger stark als befürchtet auf die Grenzgängerbeschäftigung aus. Hierzu beigetragen haben nicht zuletzt Maßnahmen wie etwa Kurzarbeit. Auch im Folgejahr 2010 zeigte der Strom nach Belgien noch eine vergleichsweise gute Entwicklungsdynamik (+2,5%), die jedoch ein Jahr später spürbar nachließ (+0,7%). INSEE spricht in diesem Zusammenhang von einem möglichen Ende dieses seit ca. 20 Jahren anwachsenden Auspendlerstroms.⁶²
- ▶ Der Strom aus Lothringen nach **Deutschland** entwickelte sich seit 2002 rückläufig, nachdem er im Jahr 2001 seinen Höchststand erreicht hatte. Seitdem lagen die Veränderungsquoten im Vorjahresvergleich zwischen -3% und -0,8%, wobei im Jahr 2008/2009 ein Rückgang um -3,9% zu verzeichnen ist. Diese Entwicklung ist auf strukturelle Ursachen – wie z. B. auf die Beschäftigungsschwerpunkte und das Alter der Einpendler – zurückzuführen, die besonders im Zuge der Krise zum Tragen kamen. In den Jahren 2010 und 2011 lag der Rückgang der Auspendlerzahlen dann wieder bei „nur“ -1,5% bzw. -0,7%.

⁶¹ Vgl. Wille, Christian: Grenzgänger und Räume der Grenze. Raumkonstruktionen in der Großregion SaarLorLux. (Luxemburg-Studien / Études luxembourgeoises, Bd. 1), Frankfurt/M., Peter Lang, 2012, S. 135ff.

⁶² Vgl. INSEE: Bilan économique et social 2011. Économie Lorraine, Nr. 285-286.

Lothringische Grenzgänger nach Zielgebieten 1990-2011



Quelle: INSEE, Direction Lorraine (Schätzungen auf Basis der Daten von BA, INAMI und IGSS)

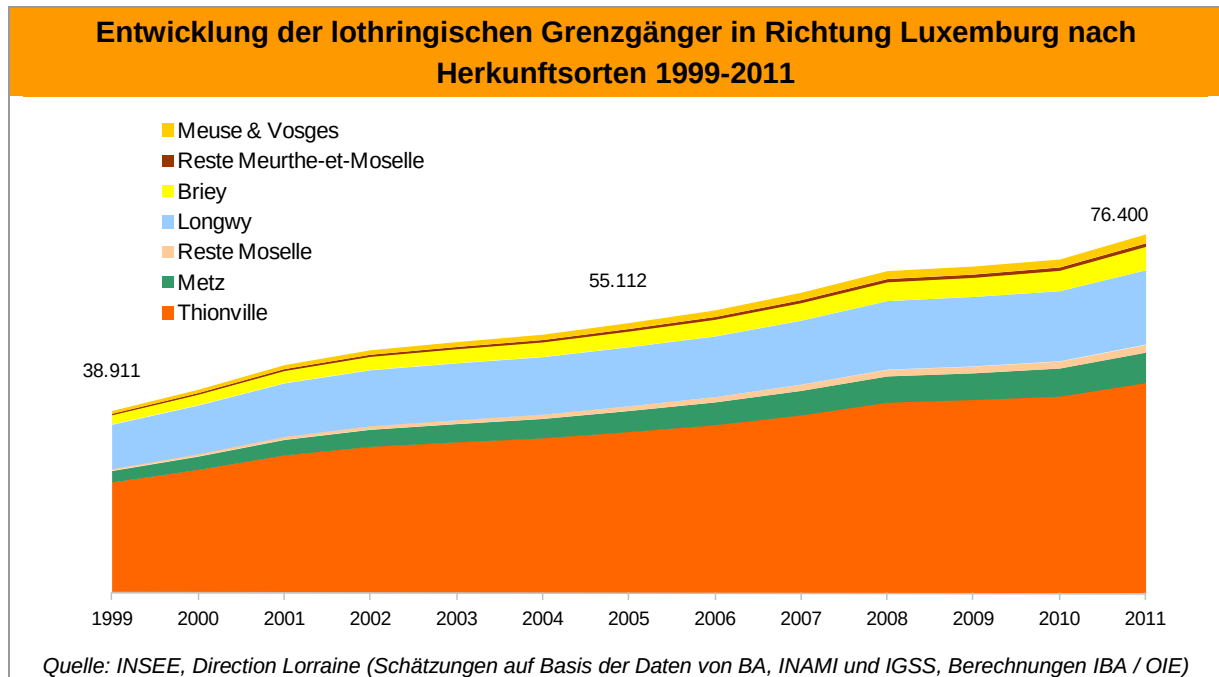
**Grenzgänger aus Lothringen nach Zielgebieten 2003-2011,
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %**

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	-1,3	-1,5	1,0	-0,9	-3,0	-0,8	-3,9	-1,5	-0,7
Belgique	5,1	5,1	5,1	5,1	6,7	5,7	2,2	2,5	0,7
Luxembourg	4,3	4,2	4,6	5,4	6,8	11,4	-2,2	3,1	2,6

Quelle: INSEE, Direction Lorraine (Schätzungen auf Basis der Daten von BA, INAMI und IGSS), Berechnungen IBA / OIE

Thionville und Longwy bleiben Grenzgängerhochburgen...

Die Betrachtung des Einzugsgebiets von lothringischen Grenzgängern in Richtung Luxemburg zeigt, dass die große Mehrheit in unmittelbarer Grenznähe wohnt. Allein drei Fünftel (58,6%) bzw. ein Fünftel (20,6%) der Pendler lebten im Jahr 2011 in Thionville bzw. Longwy. Gleichzeitig ist eine Ausdehnung des Einzugsgebiets in Richtung Süden zu beobachten, wenn sich z. B. die Zahl der Grenzgänger aus Metz und Briey gegenüber dem Jahr 2001 etwa verdoppelt hat. Im Zeitraum 2008-2011 wiesen diese Gebiete – wenn auch auf einem niedrigeren quantitativen Niveau – einen stärkeren Zuwachs an Grenzgängern auf als die Grenzgängerhochburgen in Grenznähe.



...und stehen vor neuen Herausforderungen

Lothringen weist eine positive Bevölkerungsentwicklung auf, die zum Teil auf die zuziehenden und in Luxemburg beschäftigten Grenzgänger zurückzuführen ist.⁶³ Zur Kehrseite dieser Entwicklung zählt die „soziale Schere“, wenn etwa im Beschäftigungsbezirk Longwy der in Lothringen höchste Anteil an Beschäftigten mit niedrigem Einkommen auszumachen ist, hier aber gleichzeitig der Anteil an Grenzgängern an der Erwerbsbevölkerung kontinuierlich steigt. Im Jahr 2009 machte das in Luxemburg erzielte Einkommen der Grenzgänger 11,5% der Einkommen aller lothringischen Haushalte aus und bewirkte, dass z. B. das Kanton Cattenom und Thionville sowie andere grenznahe Kantone inzwischen zu den einkommensstärksten Kantonen Frankreichs zählen.⁶⁴ Damit verbunden sind enorme Preissteigerungen für Immobilien und Wohnungen, die für Nicht-Grenzgänger problematisch sind. Daneben entsteht mit dem wachsenden Zuzug von Grenzgängern verstärkt eine Nachfrage an Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Parkplätzen und anderen Infrastrukturen, mit der kommunale Haushalte oft überfordert sind.⁶⁵

Mieten in Grenznähe auf hohem Niveau – leichte Entspannung im Zuge der Krise

Der regionale Vergleich von Mietpreisen in Lothringen zeigt, dass die höchsten Mieten in unmittelbarer Grenznähe zu Luxemburg auszumachen sind. Damit verknüpft sind Probleme des Zugangs zu Wohnraum für bestimmte Personengruppen, wie etwa für nicht Nicht-Grenzgänger, Niedrigverdiener oder Jugendliche ohne Einkommen. Laut AGAPE stiegen die Mieten in Nordlothringen zwischen 2007 und 2009 an, insbesondere von mittleren und großen Wohnungen. Seit 2009 ist jedoch – mit Ausnahme von Einzimmerwohnungen – ein leichter Rückgang der Mietpreise zu beobachten. Die Autoren der Studie führen diese Ent-

⁶³ Vgl. Agence d'urbanisme et de développement durable Lorraine Nord: Populations légales 2009: la démographie nord-lorraine ne connaît pas la crise. Actualités 1/12, 2012.

⁶⁴ Vgl. INSEE: Revenus des frontaliers lorrains du Luxembourg: des atouts tirés de la métropole luxembourgeoise. Économie lorraine, Nr. 280, 2012.

⁶⁵ Vgl. Vollot, Michaël: Luxembourg et Nord Lorraine: les deux facettes de « l'Eldorado ». In: Traits d'agences. L'actualité des agences d'urbanisme. Dossier: Dynamiques transfrontalières. Nr. 55/2012, S. 7.

wicklung auf die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zurück, die für viele Menschen mit einer herabgesetzten Kaufkraft, Arbeitsplatzunsicherheit und zögerlichem Erwerb von Immobilienbesitz verbunden ist.⁶⁶

6.1.4 Saarland und Rheinland-Pfalz

Das Saarland gewinnt Arbeitskräfte – Rheinland-Pfalz gibt ab

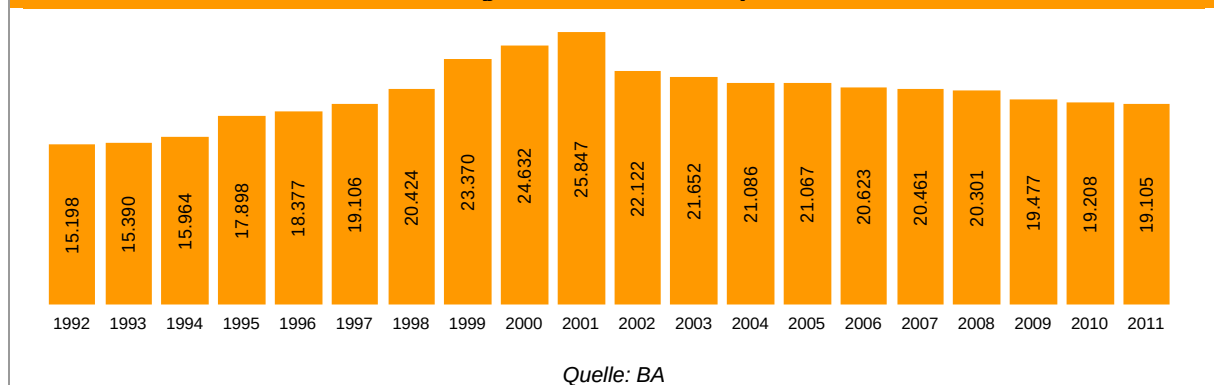
In den beiden deutschen Bundesländern der Großregion arbeiteten Mitte 2011 insgesamt 24.364 Grenzgänger aus den Nachbarregionen, 35.669 Personen pendelten hingegen aus. Dabei ist das Saarland seit Jahrzehnten ein Netto-Importeur von Arbeitskräften, in der Grenzregion aus dem benachbarten Frankreich arbeiten, und es wies nach Luxemburg das höchste positive Grenzgängersaldo in der Großregion auf. Dieses ergab sich trotz rückläufigen Einpendlerzahlen aus Frankreich und der wachsenden Zahl der Saarländer, die in Luxemburg beschäftigt sind. In Rheinland-Pfalz hingegen waren die Auspendelbewegungen bedeutender. Die kontinuierlich wachsende Zahl an Rheinland-Pfälzern, die aufgrund der geografischen Lage und der Arbeitskräftenachfrage im Großherzogtum arbeitet, war quantitativ weitaus bedeutsamer als im Saarland. Der Einpendlerstrom aus Frankreich nach Rheinland-Pfalz, der sich im Vergleich zum Saarland auf einem relativ niedrigen quantitativen Niveau bewegte, entwickelt sich strukturell bedingt seit einigen Jahren tendenziell rückläufig. In beiden Teilregionen schrieben sich die beschriebenen Entwicklungstendenzen auch nach dem Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise fort.

Einpendlerstrom aus Frankreich knickt 2009 ein und erholt sich nur zögerlich

Im Jahr 2011 pendelten 19.105 Erwerbstätige aus Frankreich ins Saarland ein. Ihre Zahl geht seit 2001 kontinuierlich zurück, unterschritt im Jahr 2006 erstmalig die 21.000er-Grenze und reduzierte sich im Zuge der Krise um 4,1% (2008/2009). In den Folgejahren verlangsamte sich der Rückgang, was jedoch angesichts des allgemeinen Trends der 2000er Jahre nicht überbewertet werden darf. Der Einpendlerstrom aus Frankreich in Rheinland-Pfalz wies in den Jahren 2007 und 2008 wieder einen leichten Anstieg auf, ging aber im Zuge der Krise zwei Jahre in Folge deutlich zurück. Im Jahr 2011 ist mit insgesamt 4.846 Grenzgängern aus Frankreich wieder ein zögerlicher Anstieg zu verzeichnen. Auch hier ist ähnlich wie im Saarland in den kommenden Jahren eher eine Fortschreibung des bisherigen Trends anzunehmen als eine erneute Entwicklungsdynamik.

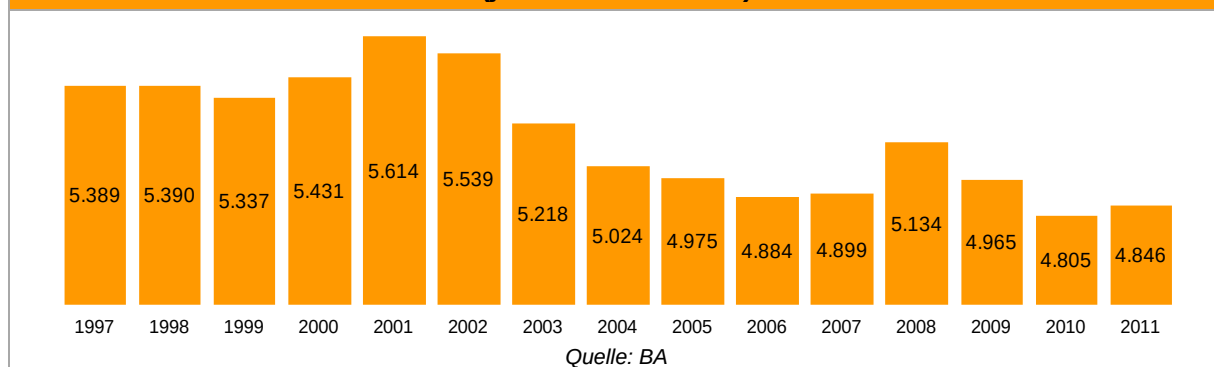
⁶⁶ Vgl. AGAPE: Les loyers en Lorraine Nord, quelle évolution depuis 2007? Actualités, Juni 2012.

Im Saarland beschäftigte Grenzgänger aus Frankreich 1992-2011 (jeweils zum 30.06.)



Methodischer Hinweis: Zu berücksichtigen ist, dass im März 2002 wegen einer sachlich nicht richtigen Zuordnung die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Saarland um die in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer französischer, belgischer und luxemburgischer Leiharbeitsfirmen nach unten korrigiert wurde (-3.850). Der tatsächliche Rückgang der im Saarland beschäftigten Grenzgänger zwischen 2001 und 2002 ist geringer ausgefallen.

In Rheinland-Pfalz beschäftigte Grenzgänger aus Frankreich 1997-2011 (jeweils zum 30.06.)



Rückgang des Stroms aus Frankreich abgefedert durch atypische Grenzgänger

Unter den Einpendlern aus Frankreich befinden sich auch Deutsche, die beim Nachbarn wohnen und in einem der deutschen Bundesländer arbeiten. Der Anteil dieser sogenannten atypischen Grenzgänger lag im Jahr 2011 im Saarland bei einem Drittel (33,8%) und in Rheinland-Pfalz bei einem Fünftel (20,6%). Wird die Entwicklung der Einpendler aus Frankreich mit deutscher Nationalität und der mit anderen Nationalitäten jeweils separat betrachtet, wird deutlich, dass zwischen 2000 und 2011 der Anteil der atypischen Grenzgänger gestiegen ist, während sich der Anteil der Einpendler aus Frankreich mit anderen Nationalitäten reduzierte. Das bedeutet, dass der Rückgang des Einpendlerstroms insgesamt durch die tendenziell positive Entwicklung der atypischen Grenzgänger aus Frankreich in beiden Bundesländern noch abgefedert werden konnte. So ging z. B. die Zahl der aus Frankreich einpendelnden Personen ohne deutsche Nationalität zwischen 2000 und 2011 um knapp ein Drittel (-30,3%) zurück, während die Zahl der atypischen Grenzgänger um 16% stieg. Dieser Dämpfungseffekt kam auch im Zuge der Krise zum Tragen: Die Veränderungsquoten gegenüber dem Vorjahr brachen bei den Grenzgängern mit deutscher Nationalität weniger spürbar ein als bei den Einpendlern anderer Nationalitäten, auch wenn sich dieses Verhältnis im Jahr 2011 umkehrte.

**Im Saarland beschäftigte Grenzgänger aus Frankreich nach Nationalität
2003-2011 (jeweils zum 30.06.), Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %**

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Insgesamt	-2,1	-2,6	-0,1	-2,1	-0,8	-0,8	-4,1	-1,4	-0,5
Deutsche	3,3	2,4	2,5	-4,1	-0,6	1,1	-0,8	0,3	-2,7
andere Nationalität	-4,3	-4,8	-1,3	-1,1	-0,9	-1,7	-5,6	-2,3	0,6

Quelle: BA, Berechnungen IBA / OIE

**In Rheinland-Pfalz beschäftigte Grenzgänger aus Frankreich nach Nationalität
2003-2011 (jeweils zum 30.06.), Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %**

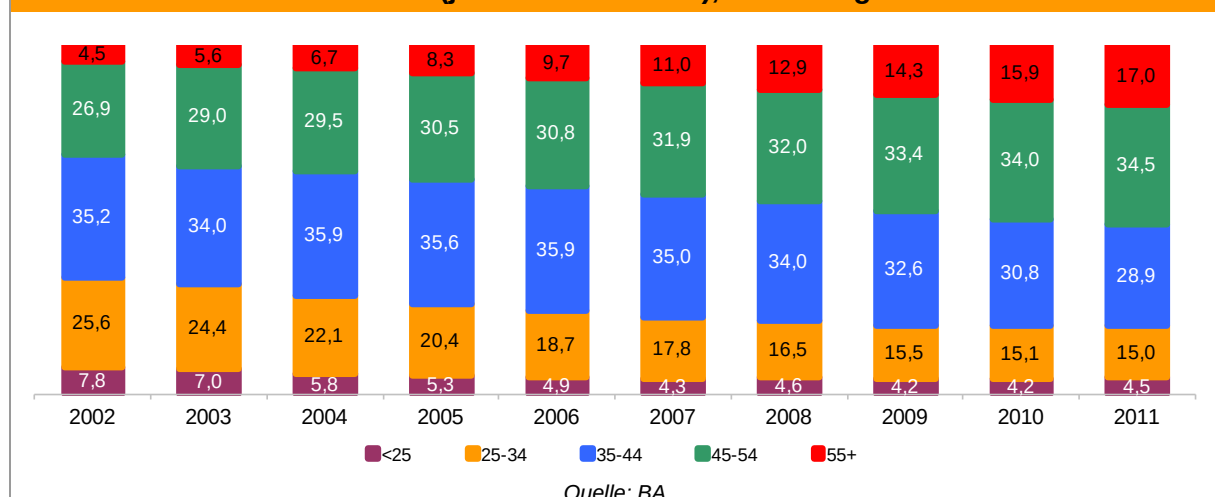
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Insgesamt	-5,8	-3,7	-1,0	-1,8	0,3	4,8	-3,3	-3,3	0,9
Deutsche	0,5	0,5	4,7	-1,6	2,4	2,1	-0,5	-1,5	-2,0
andere Nationalität	-7,2	-4,6	-2,3	-1,9	-0,2	5,5	-4,0	-3,7	1,5

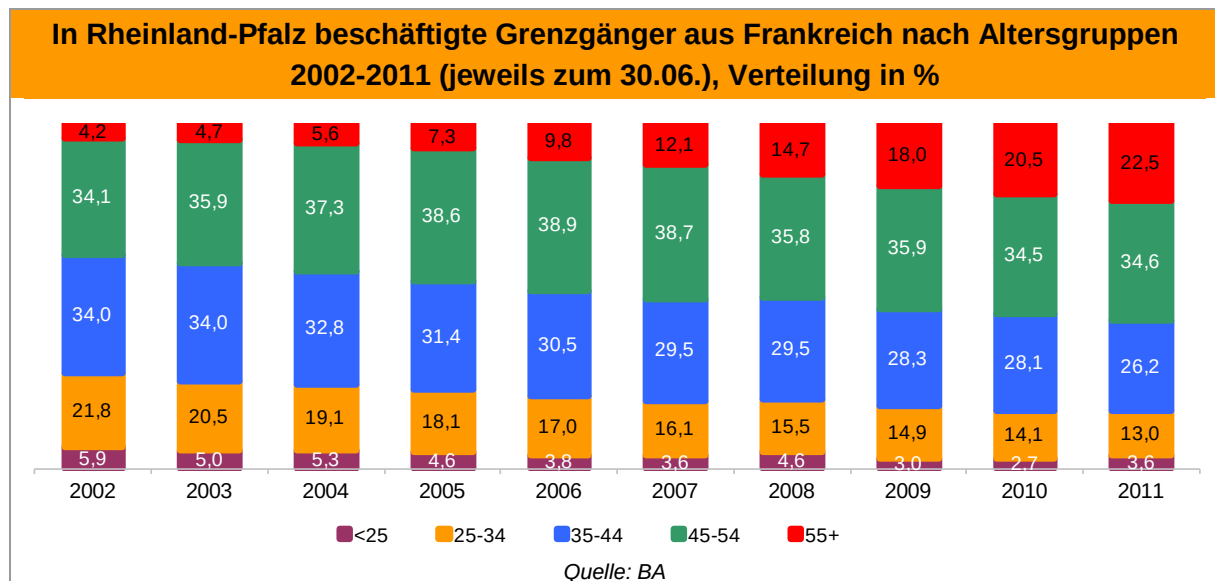
Quelle: BA, Berechnungen IBA / OIE

Überwiegend ältere Grenzgänger aus Frankreich – weniger von der Krise betroffen als jüngere

Die in die deutschen Bundesländer einpendelnden Grenzgänger aus Frankreich sind besonders in den mittleren und älteren Altersgruppen vertreten. Im Saarland waren im Jahr 2011 z. B. über die Hälfte (51,6%) der Pendler über 45 Jahre alt. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass die Einpendler aus Frankreich zwischen 2002 und 2011 statistisch gealtert sind. Denn während im Saarland im Jahr 2002 noch ein Drittel des Stroms unter 35 Jahre alt war, belief sich dieser Anteil in 2011 auf nur noch ein Fünftel (19,5%). Damit gewinnen die älteren Altersgruppen immer mehr an Gewicht. In Rheinland-Pfalz waren im Jahr 2002 nur 38,2% älter als 45 Jahre, in 2011 sind dies bereits fast drei Fünftel (57,2%), wobei besonders die über 55-Jährigen zugelegt haben. Während der Wirtschafts- und Finanzkrise ist festzustellen, dass von den Arbeitsplatzeinbußen besonders Einpendler unter 45 Jahre betroffen waren. Die älteren Altersgruppen verzeichneten – wenn auch mit einer spürbar niedrigeren Veränderungsquote als im Vorjahr – ab 2009 eine moderate bis positive jährliche Entwicklung mit leicht wachsender Tendenz in den Folgejahren.

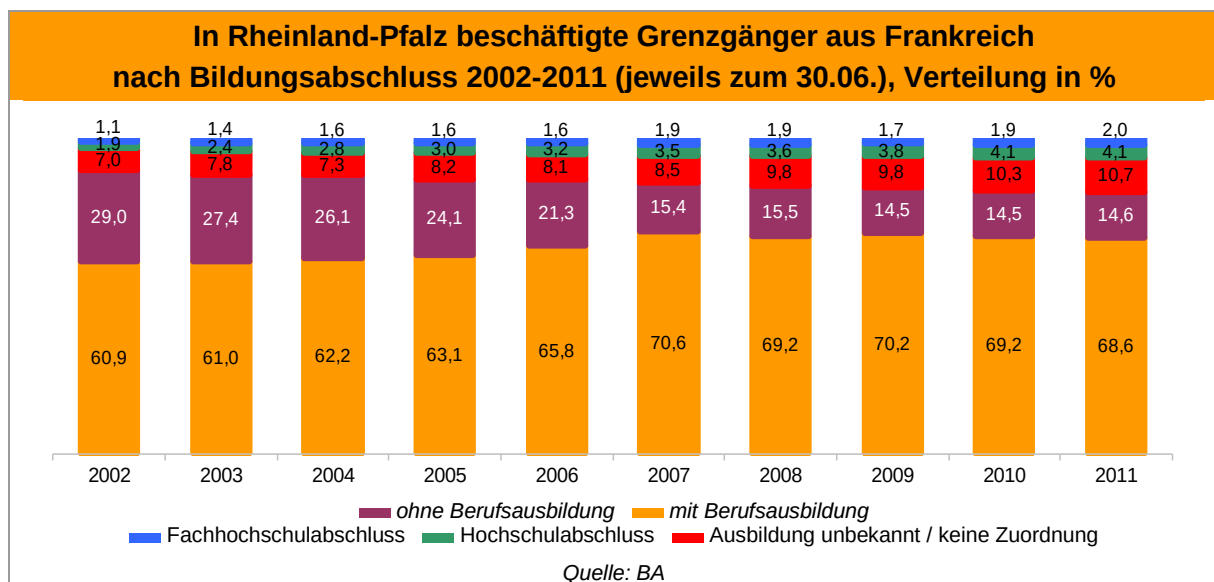
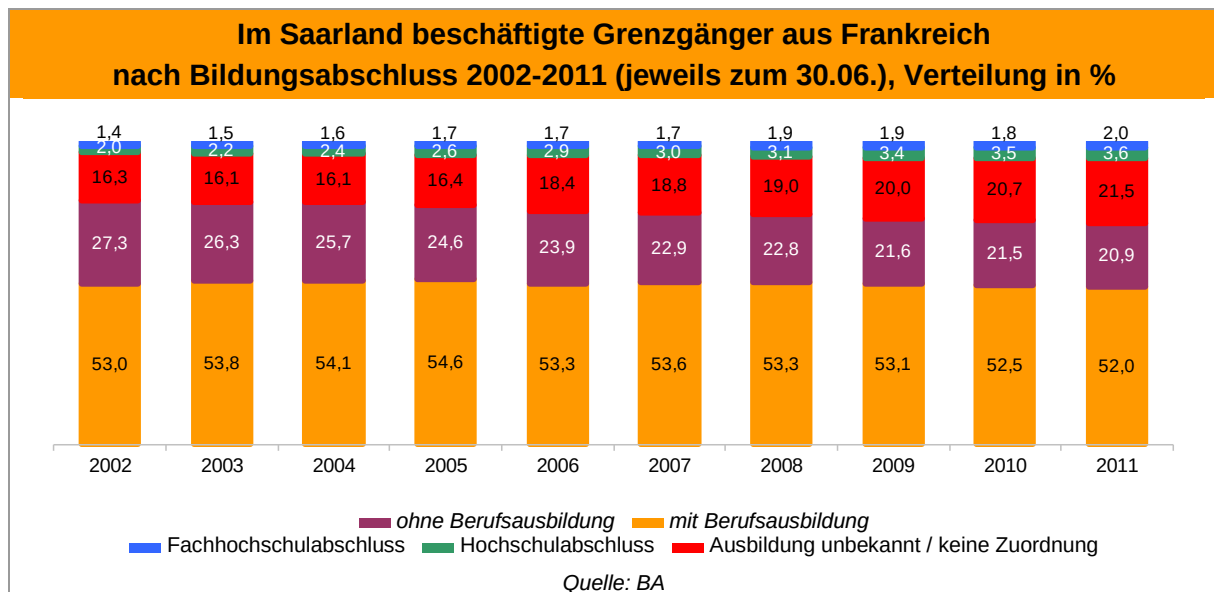
**Im Saarland beschäftigte Grenzgänger aus Frankreich nach Altersgruppen
2002-2011 (jeweils zum 30.06.), Verteilung in %**





Einpendelnde Fachkräfte überwiegend mit Berufsausbildung – Trend zu Höherqualifizierten

Über die Hälfte der aus Frankreich in die deutschen Bundesländer einpendelnden Grenzgänger hat eine Berufsausbildung durchlaufen. Ein nicht unerheblicher Anteil der Grenzgänger arbeitete als angelernte Fachkraft ohne Berufsausbildung; daneben verfügten nur 5% bis 6% der Einpendler über eine (Fach-)Hochschulausbildung. Der in der amtlichen Statistik ausgewiesene Anteil derjenigen, über die keine Informationen zum Qualifikationsniveau vorliegen, kann auf strukturelle Unterschiede des deutschen und französischen (Aus-)Bildungswesens zurückgeführt werden, die trotz zahlreicher Initiativen auf deutsch-französischer oder europäischer Ebene Probleme der Gleichwertigkeitsanerkennung und/oder der statistischen Klassifizierung nach sich ziehen. Ungeachtet solcher methodischen Probleme spiegelt sich der insgesamt übliche Trend zu Qualifizierten und Höherqualifizierten auch in der Entwicklung des Einpendlerstroms wider. So zeigte sich zwischen 2003 und 2011 ein deutlicher Rückgang der Ungelernten und ein – wenn auch auf einem niedrigen quantitativen Niveau – spürbarer Anstieg von (Fach-)Hochschulabsolventen. Von den unmittelbaren Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffen waren die ungelernten Kräfte, die in beiden Bundesländern vergleichsweise hohe Arbeitsplatzeinbußen hinnehmen mussten; am wenigsten betroffen waren die (Fach-)Hochschulabsolventen.



Weniger Grenzgänger im Verarbeitenden Gewerbe – leichte Beschäftigungsgewinne im tertiären Sektor

Bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Saarland und in Rheinland-Pfalz bildeten Mitte 2011 das Verarbeitende Gewerbe der Bereich Handel und Reparatur sowie das Gesundheits- und Sozialwesen die Branchen mit den höchsten Beschäftigungsanteilen. Auch die Grenzgänger aus Frankreich verteilten sich – wenn auch auf unterschiedlichem quantitativem Niveau – in den beiden Bundesländern in erster Linie auf diese Branchen, gleichwohl für die Grenzgänger auch die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen eine Rolle spielten. Besonders hervorzuheben ist – wie bereits in den Jahren zuvor – die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes, in dem 44,4% (Saarland) bzw. 68,3% (Rheinland-Pfalz) der Einpendler arbeiteten. Im Vergleich zum Jahr 2009 ist dieser Anteil im Saarland nahezu unverändert geblieben – bei einem Verlust von 262 Jobs in dieser Branche. In Rheinland-Pfalz hat sich dieser Anteil zwischen 2009 und 2011 um -2,7 Prozentpunkte bzw. um -212 Arbeitsplätze reduziert. Im Jahr 2009 zählte das Verarbeitende Gewerbe in dem

Bundesland nur 91 weniger Grenzgänger als 2008. Die Einpendler verteilten sich 2011 in Rheinland-Pfalz nun stärker als noch 2009 auf Handel und Reparatur (+19 Arbeitsplätze), Verkehr und Lagerei (+14 Arbeitsplätze), Information und Kommunikation (+12 Arbeitsplätze) sowie auf sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (+39 Arbeitsplätze). Auch im Saarland fand eine leichte Verschiebung in den tertiären Sektor statt: Die grenzüberschreitenden Einpendler verzeichneten zwischen 2009 und 2011 Beschäftigungsgewinne in den Bereichen „Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen“ (+152 Arbeitsplätze) sowie Erziehung und Unterricht (+57 Arbeitsplätze). Diese Entwicklung kann auf die Französisch-Sprachkompetenz der Grenzgänger zurückgeführt werden, die im Grenzraum besonders nachgefragt ist, aber ebenso auf den Niedriglohnsektor wie etwa den Reinigungsbereich, in dem viele Grenzgänger beschäftigt sind. Deutlich weniger Grenzgänger arbeiteten seit 2009 im Saarland – neben dem Verarbeitenden Gewerbe, in dem 2009 gegenüber 2008 noch etwa 460 Grenzgängerjobs verloren gingen – in Verkehr und Lagerei (-79 Arbeitsplätze), im Baugewerbe (-61 Arbeitsplätze), in den freiberuflichen wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (-38 Arbeitsplätze) und im Bergbau (-36 Arbeitsplätze).

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Saarland und Einpendler
aus Frankreich nach Wirtschaftsbereichen (NACE Rev. 2) am 30.06.2011**

Wirtschaftsbereich (NACE Rev. 2)		Sv-pflichtig Besch. insgesamt		Grenzgänger aus Frankreich		Grenzgänger nach Nationalität			
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl Deutsche	%	Anzahl anderer Nationalität	%
A	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	917	0,3	*	*	*	*	10	0,1
B	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	2.557	0,7	96	0,5	58	0,9	38	0,3
C	Verarbeitendes Gewerbe	96.570	27,0	8.490	44,4	2.008	31,1	6.478	51,3
D	Energieversorgung	3.639	1,0	87	0,5	73	1,1	14	0,1
E	Wasserversorgung; Entsorgung u. Ä.	2.548	0,7	131	0,7	64	1,0	67	0,5
F	Baugewerbe	19.706	5,5	706	3,7	257	4,0	449	3,6
G	Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrzeugen	52.324	14,6	2.663	13,9	1.138	17,6	1.521	12,0
H	Verkehr u. Lagerei	14.780	4,1	873	4,6	316	4,9	556	4,4
I	Gastgewerbe	8.084	2,3	264	1,4	86	1,3	178	1,4
J	Information u. Kommunikation	8.029	2,2	275	1,4	171	2,6	102	0,8
K	Finanz- u. Versicherungsdienst- leistungen	12.360	3,5	437	2,3	383	5,9	54	0,4
L	Grundstücks- u. Wohnungswesen	1.356	0,4	29	0,2	23	0,4	6	0,0
M	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	16.393	4,6	445	2,3	294	4,6	149	1,2
N	Erbringung v. sonst. wirtschaftli- chen Dienstleistungen	25.764	7,2	2.590	13,6	302	4,7	2.288	18,1
O	Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	22.312	6,2	206	1,1	147	2,3	59	0,5
P	Erziehung u. Unterricht	12.193	3,4	289	1,5	119	1,8	170	1,3
Q	Gesundheits- u. Sozialwesen	47.841	13,4	1.077	5,6	795	12,3	282	2,2
R	Kunst, Unterhaltung u. Erholung	2.936	0,8	141	0,7	80	1,2	61	0,5
S	Sonst. Dienstleistungen a.n.g.	7.430	2,1	276	1,4	136	2,1	140	1,1
T	Private Haushalte mit Hauspersonal	413	0,1	15	0,1	*	*	*	*
U	Exterritoriale Organisationen u. Körperschaften	*	*	*	*	-	-	*	*
	ohne Zuordnung	37	0,0	-	-	-	-	-	-
Insgesamt		358.189	100,0	19.105	100,0	6.460	100,0	12.632	100,0

**Zahlen können aus Datenschutzgründen nicht ausgewiesen werden.*

Quelle: BA, Berechnungen IBA / OIE

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz und Einpendler aus Frankreich nach Wirtschaftsbereichen (NACE Rev. 2) am 30.06.2011

Wirtschaftsbereich (NACE Rev. 2)		Sv-pflichtig Besch. insgesamt		Grenzgänger aus Frankreich		Grenzgänger nach Nationalität			
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl Deutsche	%	Anzahl anderer Nationalität	%
A	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	11.794	0,9	21	0,4	*	*	*	*
B	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	3.192	0,3	11	0,2	3	0,3	8	0,2
C	Verarbeitendes Gewerbe	309.139	24,8	3.311	68,3	382	38,3	2.926	76,0
D	Energieversorgung	8.884	0,7	*	*	*	*	6	0,2
E	Wasserversorgung; Entsorgung u. Ä.	9.543	0,8	10	0,2	3	0,3	7	0,2
F	Baugewerbe	80.043	6,4	134	2,8	33	3,3	101	2,6
G	Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrzeugen	177.470	14,2	389	8,0	163	16,3	225	5,8
H	Verkehr u. Lagerei	53.866	4,3	155	3,2	38	3,8	117	3,0
I	Gastgewerbe	39.118	3,1	36	0,7	18	1,8	17	0,4
J	Information u. Kommunikation	29.707	2,4	57	1,2	30	3,0	27	0,7
K	Finanz- u. Versicherungsdienst- leistungen	37.532	3,0	39	0,8	30	3,0	9	0,2
L	Grundstücks- u. Wohnungswesen	5.075	0,4	10	0,2	*	*	*	*
M	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	52.889	4,2	144	3,0	48	4,8	96	2,5
N	Erbringung v. sonst. wirtschaftli- chen Dienstleistungen	70.117	5,6	153	3,2	34	3,4	119	3,1
O	Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	82.886	6,6	44	0,9	31	3,1	13	0,3
P	Erziehung u. Unterricht	47.891	3,8	49	1,0	28	2,8	21	0,5
Q	Gesundheits- u. Sozialwesen	171.212	13,7	177	3,7	120	12,0	57	1,5
R	Kunst, Unterhaltung u. Erholung	9.111	0,7	7	*	*	*	*	*
S	Sonst. Dienstleistungen a.n.g.	37.453	3,0	38	0,8	19	1,9	19	0,5
T	Private Haushalte mit Hauspersonal	2.338	0,2	*	*	*	*	*	*
U	Exterritoriale Organisationen u. Körperschaften	8.311	0,7	52	1,1	10	1,0	42	1,1
	ohne Zuordnung	28	0,0	-	-	-	-	-	-
	Insgesamt	1.247.599	100,0	4.846	100,0	998	100,0	3.848	100,0

*Zahlen können aus Datenschutzgründen nicht ausgewiesen werden.

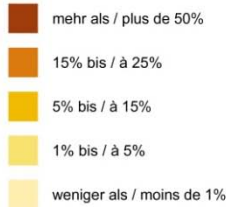
Quelle: BA, Berechnungen IBA / OIE

Über die Hälfte der Franzosen im Regionalverband Saarbrücken beschäftigt

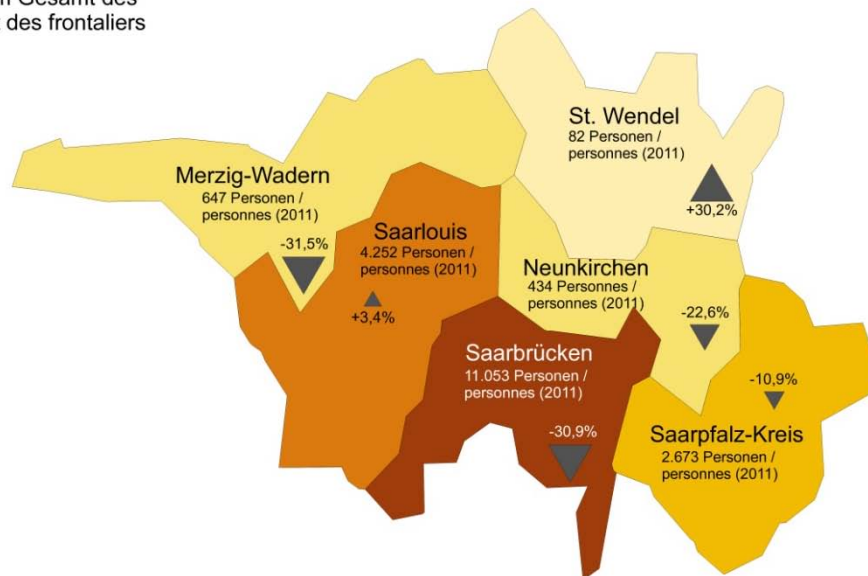
Weit über die Hälfte (57,9%) der Grenzgänger aus Frankreich arbeitete im Regionalverband Saarbrücken, gut ein Fünftel (22,3%) im Kreis Saarlouis und 13,8% im Saarpfalz-Kreis. In den letzten 10 Jahren (2000-2011) sind starke Rückgänge der Grenzgängerbeschäftigung im Regionalverband Saarbrücken (-30,9%; 4.938 Personen) und im Kreis Merzig-Wadern (-31,5%; -297 Personen) auszumachen. Überdurchschnittliche Beschäftigungseinbrüche bei den Grenzgängern gab es im Jahr 2009 – wenn auch auf einem quantitativ niedrigem Niveau – im Kreis Neunkirchen (-8,7%), im Kreis St. Wendel (-6,4%) und im Kreis Merzig-Wadern (-4,5%). Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise schlugen zwischen 2009 und 2011 vor allem im Regionalverband Saarbrücken (-230 Grenzgänger) und im Kreis Merzig-Wadern (-177 Grenzgänger) durch, die zum Teil abgefangen werden konnten durch 148 neue Grenzgängerjobs im Kreis Saarlouis.

Im Saarland beschäftigte Grenzgänger aus Frankreich nach Arbeitsort (Kreisebene) zum 30.06.2011 und Veränderung 2000-2011

Anteil der Grenzgänger am Gesamt des
Grenzgängerstroms / Part des frontaliers
au total du flux frontalier



Veränderung 2000-2011 /
Variation 2000-2011



Quelle: BA, Berechnungen IBA / OIE

Rheinland-Pfalz: Die Hälfte der Einpendler aus Frankreich arbeitet im Kreis Germersheim

Die Verteilung der einpendelnden Grenzgänger aus Frankreich nach Arbeitsorten zeigte in Rheinland-Pfalz eine Konzentration der Arbeitsplätze in Grenznähe. Die Hälfte (50,6%) arbeitete im Jahr 2011 im Kreis Germersheim, mit weitem Abstand gefolgt von der Stadt Zweibrücken (15,5%). Die besondere Rolle des Kreises Germersheim mit seinen Industriestandorten verweist unter anderem auf den nicht unerheblichen Anteil französischer Einpendler aus dem Elsass. Besonders hervorzuheben ist die Gemeinde Wörth, die seit den 1970er Jahren eine starke Industrialisierung durchlaufen hat.⁶⁷ Während der Jahre 2000-2009 wies der Kreis Germersheim proportional den geringsten Arbeitsplatzschwund auf; auch 2009 fielen die Verluste hier aufgrund von Kurzarbeit noch unterdurchschnittlich aus. Zwischen 2009 und 2011 ist jedoch ein weit überdurchschnittlicher Abbau der Grenzgängerbeschäftigung im Kreis Germersheim auszumachen (-147 Arbeitsplätze), der vermutlich auf den Automobilstandort (Nutzfahrzeuge) von Daimler-Benz zurückzuführen ist.

⁶⁷ Vgl. Maier, Jörg / Troeger-Weiss, Gabi: Die Bedeutung der Grenzgänger für die Regional- und Wirtschaftsstruktur am Oberrhein. In: Maier, Jörg / Wackermann, Gabriel (Hg.): Frankreich. Ein regionalgeographischer Überblick. (Wissenschaftliche Länderkunden, Bd. 35), Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1990, S. 271-287.

**In Rheinland-Pfalz beschäftigte Grenzgänger aus Frankreich nach Arbeitsort
(ausgewählte Kreise) am 30.06.2011 und Verteilung in %**

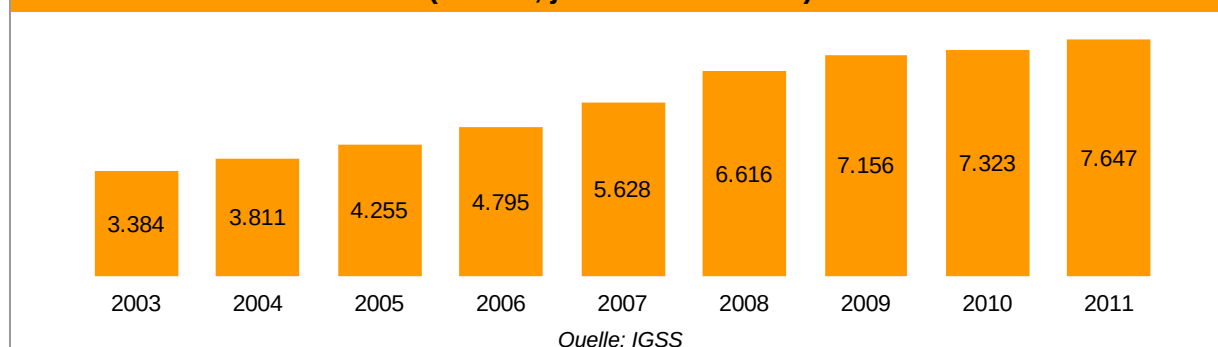
	Anzahl	%
Germersheim	2.454	50,6
Zweibrücken, Stadt	751	15,5
Südliche Weinstraße	467	9,6
Pirmasens, Stadt	359	7,4
Landau in der Pfalz, Stadt	195	4,0
Südwestpfalz	165	3,4
Übrige Kreise / kreisfreie Städte	455	9,4
Rheinland-Pfalz insgesamt	4.846	100,0

Quelle: BA, Berechnungen IBA / OIE

Gebremster Anstieg der deutschen Luxemburg-Pendler

Knapp 35.000 Personen pendelten 2011 aus den beiden deutschen Bundesländern nach Luxemburg an ihren Arbeitsplatz. Die Gründe dafür liegen im Zusammenspiel von Arbeitsplatzangebot und -nachfrage sowie im attraktiven Einkommensniveau beim luxemburgischen Nachbarn. Gut drei Viertel der aus Deutschland kommenden Luxemburg-Pendler wohnten in Rheinland-Pfalz, deren Zahl sich zwischen 2003 und 2008 mit jährlichen Veränderungsquoten zwischen 7% und 11% um ca. drei Fünftel (60,6%) erhöht hat. Diese Dynamik brach im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise spürbar ein: Der Strom stieg zwischen 2008 und 2009 lediglich um 1,1% bzw. um 265 Grenzgänger an. In der Folgezeit kam es dann wieder zu einer zögerlichen Erholung und im Jahr 2011 lag der Zuwachs wieder bei knapp 4%. Im Saarland wohnt der weitaus kleinere Anteil der Luxemburg-Pendler, jedoch wuchs dieser Strom seit einigen Jahren rapide an. So hat sich die Zahl der Grenzgänger aus dem Saarland zwischen 2003 und 2009 mehr als verdoppelt, wobei sich dieser Anstieg besonders in den Jahren 2007 und 2008 intensiviert hat. Umso spürbarer war der Einschnitt im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise, in deren Folge der Beschäftigungszuwachs nur noch halb so hoch war wie im Vorjahr und sich in der Folgezeit sogar noch weiter abschwächte.

**Grenzgänger aus dem Saarland nach Luxemburg 2003-2011
(Anzahl, jeweils zum 31.03.)**

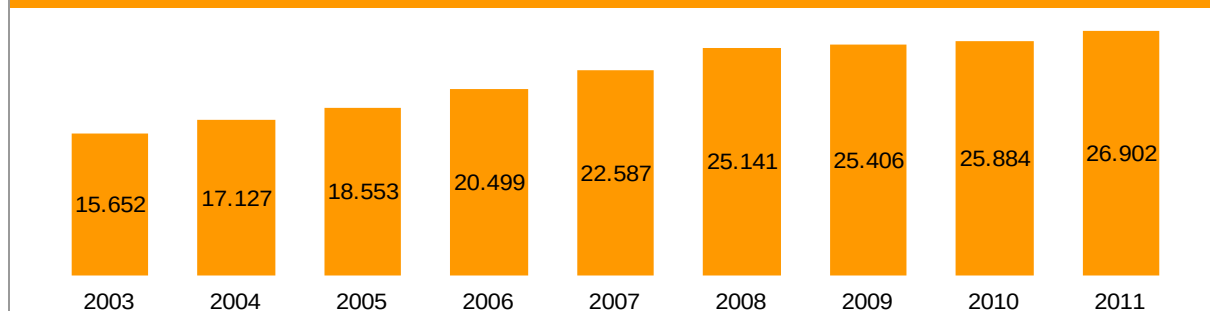


**Grenzgänger aus dem Saarland nach Luxemburg 2003-2011 (jeweils zum 31.03.),
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %**

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6,9	12,6	11,7	12,7	17,4	17,6	8,2	2,3	4,4

Quelle: IGSS, Berechnungen IBA / OIE

**Grenzgänger aus Rheinland-Pfalz nach Luxemburg 2003-2011
(Anzahl, jeweils zum 31.03.)**



Quelle: IGSS, Berechnungen IBA / OIE

**Grenzgänger aus Rheinland-Pfalz nach Luxemburg 2003-2011 (jeweils zum 31.03.),
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %**

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
7,1	9,4	8,3	10,5	10,2	11,3	1,1	1,9	3,9

Quelle: IGSS, Berechnungen IBA / OIE

Luxemburg-Pendler wohnen in Grenznähe – Einzugsgebiet weitet sich im Saarland langsam aus

Hinsichtlich des Einzugsgebiets der nach Luxemburg auspendelnden Personen wird der Grenzeffekt deutlich.

- ▶ Knapp zwei Drittel (64,6%) der saarländischen Luxemburg-Pendler waren im Jahr 2011 allein im unmittelbar an Luxemburg angrenzenden Kreis Merzig-Wadern ansässig. Weitere 18,6% entfielen auf den benachbarten Kreis Saarlouis. Seit 2004 verschiebt sich der Anteil der Luxemburg-Pendler vom Kreis Merzig-Wadern hin in andere Gebiete, wovon insbesondere der Kreis Saarlouis profitiert. Diese Entwicklung verweist einerseits auf eine Ausweitung des Einzugsgebiets des luxemburgischen Arbeitsmarktes. Andererseits deutet sie auf die nur begrenzte Verfügbarkeit von attraktivem Wohnraum sowie auf ein gesteigertes Preisniveau für Boden und Wohneigentum im Kreis Merzig-Wadern hin, welche Grenzgänger, die sich dem Arbeitsland Luxemburg geographisch annähern, auf andere grenznahe Gebiete ausweichen lassen. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise im Arbeitsland Luxemburg schlugen insbesondere im Landkreis Neunkirchen durch, wo sich die Zahl der Luxemburg-Pendler seit 2009 rückläufig entwickelt.
- ▶ Das Einzugsgebiet der rheinland-pfälzischen Grenzgänger nach Luxemburg konzentrierte sich auf die grenznahe Region Trier, in der nahezu alle Auspendler (99,4%) wohnten. Damit verbunden sind nicht nur infrastrukturelle Herausforderungen, ebenso hat die Re-

gion Trier – ähnlich wie Lothringen – innerhalb von Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren weit überdurchschnittliche Einkommenszuwächse verzeichnet, die weitgehend auf die dort ansässigen Grenzgänger zurückzuführen sind. Die weitere Betrachtung der Wohnorte macht die Bedeutung von drei grenznahen Kreise für den luxemburgischen Arbeitsmarkt deutlich: Zwei Fünftel (42,9%) der rheinland-pfälzischen Auspendler lebten im Kreis Trier-Saarburg, ein gutes Viertel (26,6%) entfiel auf den Eifelkreis Bitburg-Prüm und schließlich wohnten 23,5% in der kreisfreien Stadt Trier. Leichte Rückgänge von Luxemburg-Pendlern sind im Jahr 2010 im Kreis Trier-Saarburg und im Kreis Bernkastel-Wittlich zu beobachten, die in 2011 zum Teil wieder abgefangen werden konnten.

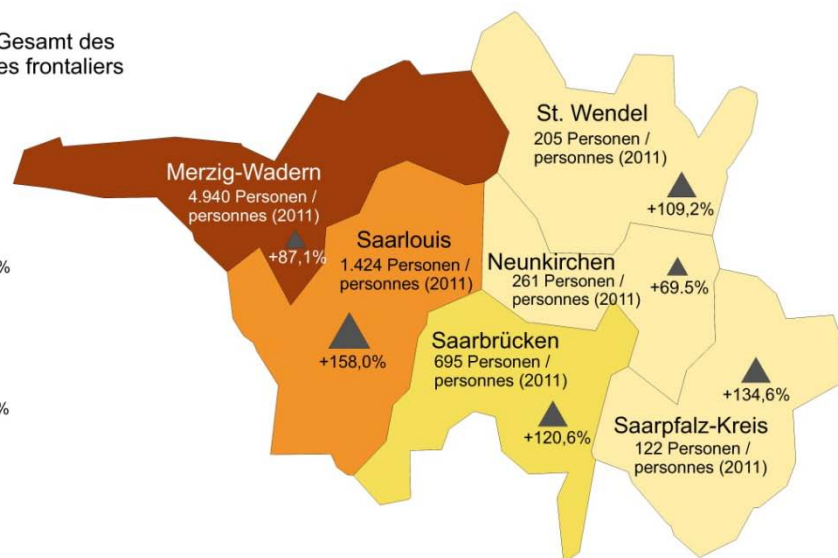
In Luxemburg beschäftigte Grenzgänger aus dem Saarland nach Herkunftsort (Kreisebene) zum 30.06.2011 und Veränderung 2004-2011

Anteil der Grenzgänger am Gesamt des
Grenzgängerstroms / Part des frontaliers
au total du flux frontalier

- mehr als 60% / plus de 60%
- 10% bis / à 20%
- 5% bis / à 10%
- weniger als 5% / moins de 5%

Veränderung 2004-2011 /
Variation 2004-2011

- mehr als 150% / plus de 150%
- 100% bis / à 150%
- 65% bis / à 100%



Quelle: IGSS, Berechnungen IBA / OIE

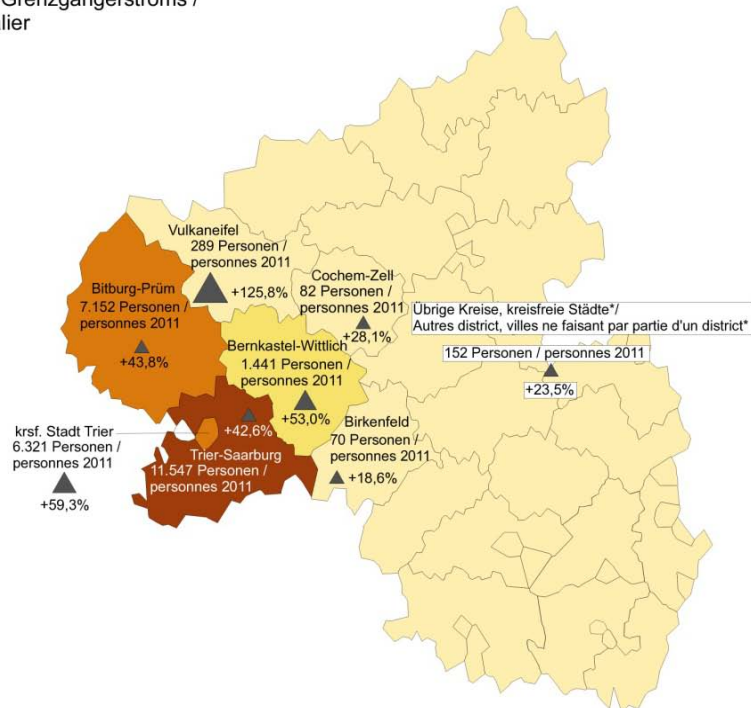
In Luxemburg beschäftigte Grenzgänger aus Rheinland-Pfalz nach Herkunftsort (Kreisebene) am 30.06.2011 und Veränderung 2006-2011

Anteil der Grenzgänger am Gesamt des Grenzgängerstroms /
Part des frontaliers au total du flux frontalier

- mehr als / plus de 30%
- 25% bis / à 30%
- 5% bis / à 10%
- 0% bis / à 5%

Veränderung 2006-2011 /
Variation 2006-2011

- Zunahme / hausse
- mehr als / plus de 100%
 - 50% bis / à 100%
 - 10% bis / à 50%



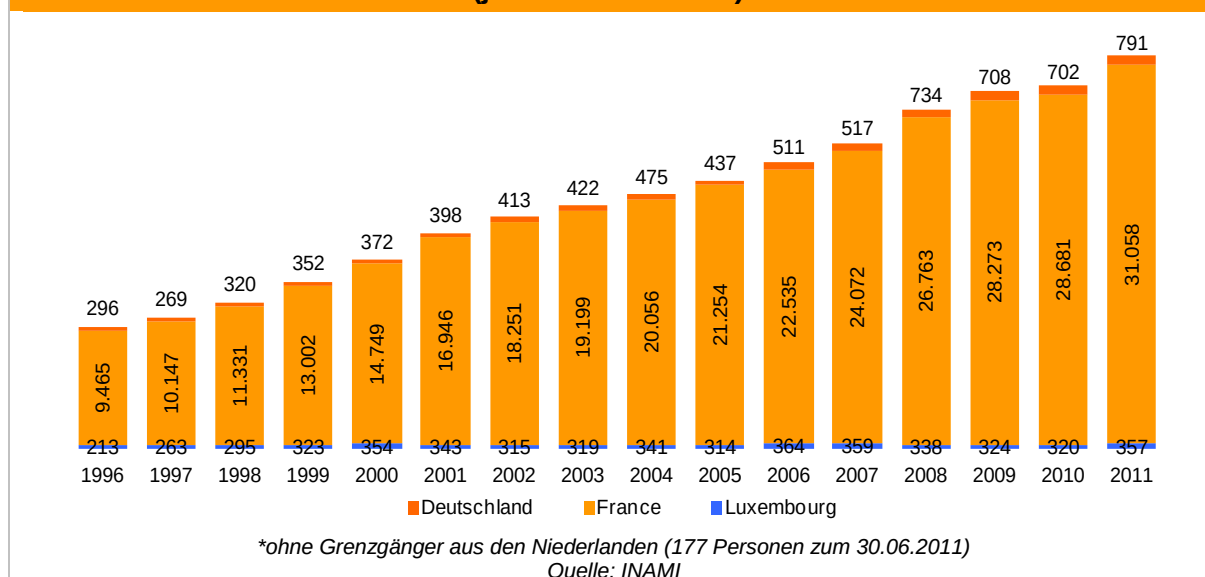
Quelle: IGSS, Berechnungen: IBA / OIE

6.1.5 Wallonie

Einpendlerstrom aus Frankreich wieder mit Jahreswachstum über Vorkrisenniveau

Im Jahr 2011 pendelten 32.206 Grenzgänger in die Wallonie ein, davon die Mehrheit aus Frankreich (96,4%), gefolgt von einem weitaus kleineren Anteil aus Deutschland (2,5%) und Luxemburg (1,1%). Die Zahl der Einpendler aus Frankreich hat sich zwischen 1996 und 2009 verdreifacht, jedoch mit unterschiedlichen Jahreswachstumsquoten. Zwischen 1998 und 2001 verzeichnete der Einpendlerstrom ein jährliches Plus von über 10%; seit 2002 lag der Zuwachs bei durchschnittlich 6,3% per anno, wobei die Veränderung im Vorjahresvergleich in 2008 mit +11,2% besonders hoch war. Im Folgejahr halbierte sich die Entwicklungsrate, aber mit einem Plus von 5,6% schnitten die Grenzgänger aus Frankreich im Vergleich der anderen Einpendlerströme noch sehr gut ab und wiesen einen Zuwachs auf (+1.510 Personen). Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise schlugen erst im Jahr 2010 durch, als der Strom um lediglich 408 Grenzgänger wuchs, aber in 2011 mit einem jährlichen Plus über Vorkrisenniveau wieder spürbar Fahrt aufnahm.

Grenzüberschreitende Einpendler in die Wallonie nach Herkunftsgebieten 1996-2011 (jeweils zum 30.06.)*



Grenzüberschreitende Einpendler in die Wallonie nach Herkunftsgebieten 2003-2011 (jeweils zum 30.06.), Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

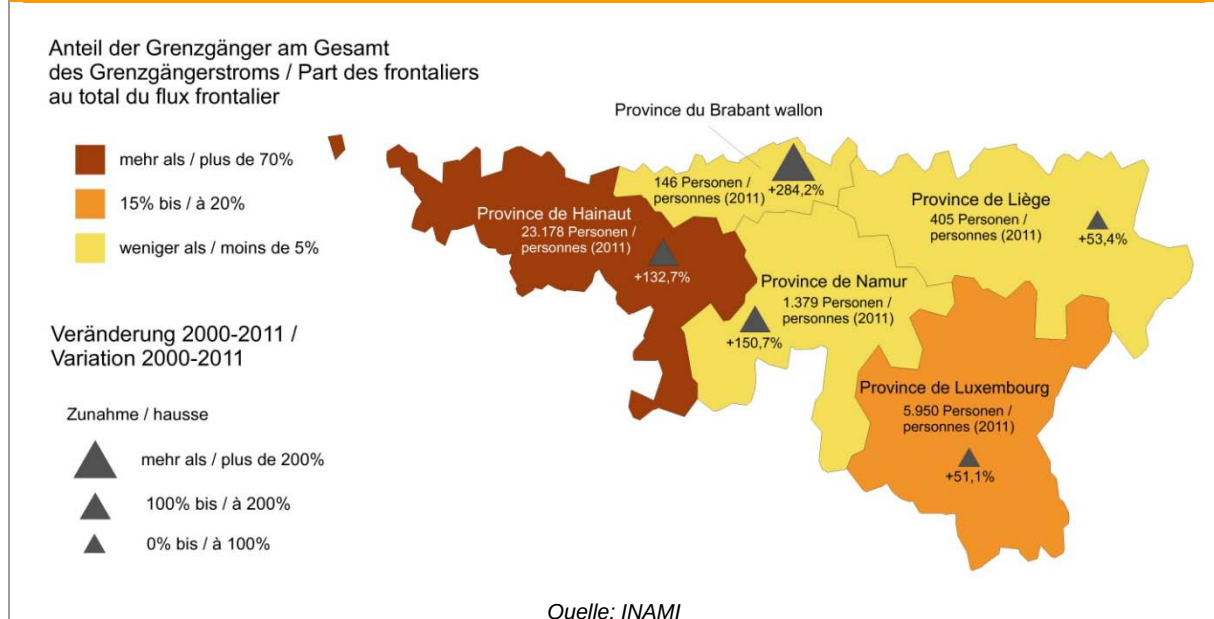
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	2,2	12,6	-8,0	16,9	1,2	42,0	-3,5	-0,8	12,7
Luxembourg	1,3	6,9	-7,9	15,9	-1,4	-5,8	-4,1	-1,2	11,6
France	5,2	4,5	6,0	6,0	6,8	11,2	5,6	1,4	8,3
Insgesamt	5,0	4,7	5,4	5,5	7,5	11,6	5,3	1,4	8,4

Quelle: INAMI, Berechnungen IBA / OIE

Immer mehr Einpendler aus Frankreich arbeiten in der Provinz Hennegau

Die aus Frankreich in die Wallonie einpendelnden Grenzgänger arbeiteten zu fast drei Vierteln (74,6%) in der Provinz Hennegau, gefolgt von einem Fünftel (19,2%) in der Provinz Luxemburg. Zwischen diesen Gebieten hat seit 2000 eine leichte Verschiebung der Grenzgängerbeschäftigung stattgefunden, denn damals arbeiteten im Hennegau nur 67,5% der französischen Einpendler, in der Provinz Luxemburg belief sich ihr Anteil noch auf 26,7%. Diese Verschiebung ist auf die Entwicklung der (ehemaligen) Industriestandorte wie z. B. Charleroi, Tournai, Mons oder Mouscron zurückzuführen, von der in erster Linie die Pendler aus der angrenzenden französischen Region Nord-Pas-de-Calais profitieren. Auch zwischen 2008 und 2011 schnitt die Provinz Hennegau mit einem Anstieg des Grenzgängeraufkommens um 19,5% deutlich besser ab als die Provinz Luxemburg (+1,8%).

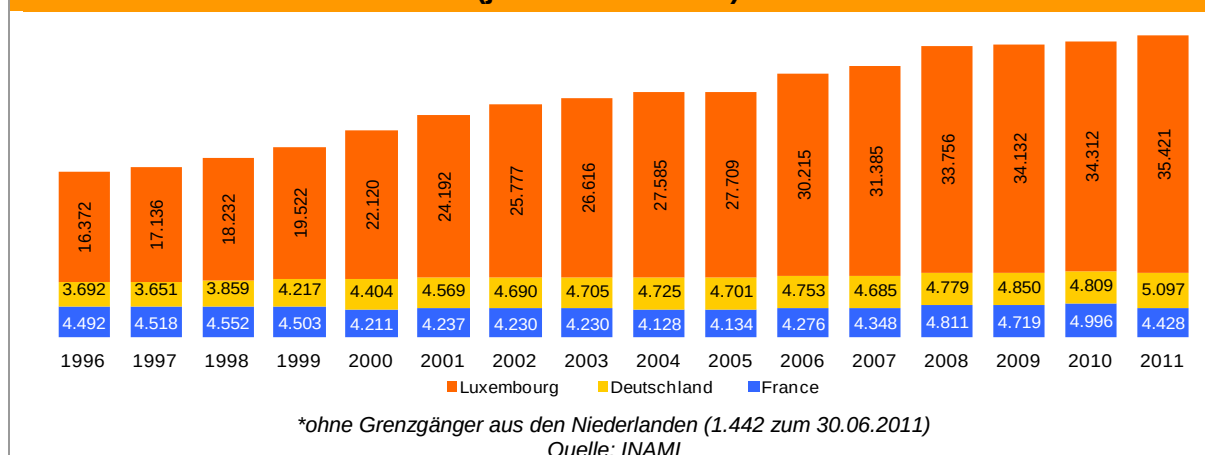
Grenzüberschreitende Einpendler in die Wallonie aus Frankreich nach Arbeitsort (Provinzen) am 30.06.2011 und Veränderung 2000-2011



Wachstum der Luxemburg-Pendler wieder auf Vorkrisenniveau

Im Jahr 2011 pendelten aus der Wallonie 44.946 Arbeitskräfte aus, von denen über drei Viertel (78,8%) in Luxemburg arbeiteten, gefolgt von den Arbeitsregionen Deutschland (11,3%) und Frankreich (9,9%). Der Auspendlerstrom ist zwischen 1996 und 2009 um knapp 78% gewachsen, was vor allem auf die Anziehungskraft des luxemburgischen Arbeitsmarkts zurückzuführen ist. Denn während in diesem Zeitraum die Zahl der Grenzgänger in Richtung Frankreich um nur 5% wuchs, nahm der Strom in die deutschen Bundesländer um 31% zu und mit mehr als einer Verdopplung der Grenzgängerzahlen blieb Luxemburg Platz 1 der Zieldestinationen. Im Zuge der Krise gingen die jährlichen Zuwachsraten aller Auspendlerströme zurück, wobei der Anstieg der Grenzgängerzahlen in Richtung Luxemburg nach einem erneuten Tief in 2010 schließlich wieder annähernd das Vorkrisenniveau erreichte. Hingegen schrumpfte das Auspendleraufkommen in Richtung Frankreich zunächst leicht und verzeichnete nach einem Anstieg in 2010 in 2011 einen spürbaren Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (-11,4%).

Grenzüberschreitende Auspendler aus der Wallonie nach Zielgebiet 1996-2011 (jeweils zum 30.06)*



Grenzüberschreitende Auspendler aus der Wallonie nach Zielgebieten 2003-2011 (jeweils zum 30.06.), Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	0,3	0,4	-0,5	1,1	1,4	2	1,5	-0,8	6,0
Luxembourg	3,3	3,6	0,4	9,0	3,9	7,6	1,1	0,5	3,2
France	0,0	-2,4	0,1	3,4	1,7	10,6	-1,9	5,9	-11,4
Insgesamt	2,5	2,5	0,3	7,4	3,0	7,2	0,8	1,0	1,9

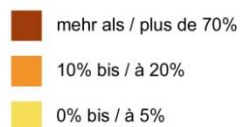
Quelle: INAMI, Berechnungen IBA / OIE

Provinzen Luxemburg und Lüttich im Einflussbereich des luxemburgischen Arbeitsmarkts

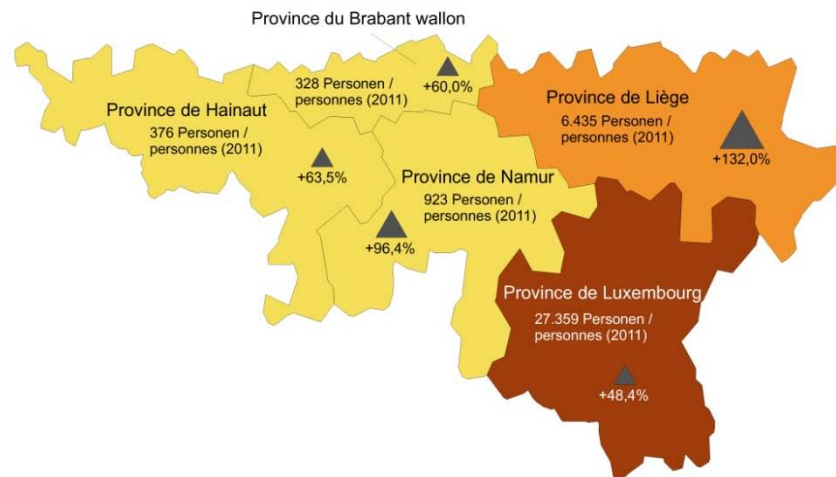
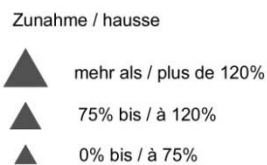
Über drei Viertel der Pendler aus der Wallonie nach Luxemburg wohnten im Jahr 2011 in der Provinz Luxemburg (77,2%), gefolgt von der Provinz Lüttich (18,2%). Diese Verteilung geht vermutlich auf die geografische Nähe zum Großherzogtum zurück, gleichwohl seit 2000 eine leichte Verschiebung zwischen den an Luxemburg angrenzenden Provinzen festzustellen ist. Denn zu Beginn der 2000er Jahre wohnten noch 83,4% der Luxemburg-Pendler in der Provinz Luxemburg und nur 12,5% in der Provinz Lüttich. Auch von 2008 bis 2011 wies die Provinz Lüttich mit einem Plus von 7,2% des lokalen Grenzgängeraufkommens eine höhere Zuwachsrates auf als die Provinz Luxemburg (+4,6%).

Grenzüberschreitende Auspendler aus der Wallonie nach Luxemburg nach Herkunftsort (Provinzen) am 30.06.2011 und Veränderung 2000-2011

Anteil der Grenzgänger am Gesamt des Grenzgängerstroms / Part des frontaliers au total du flux frontalier



Veränderung 2000-2011 / Variation 2000-2011



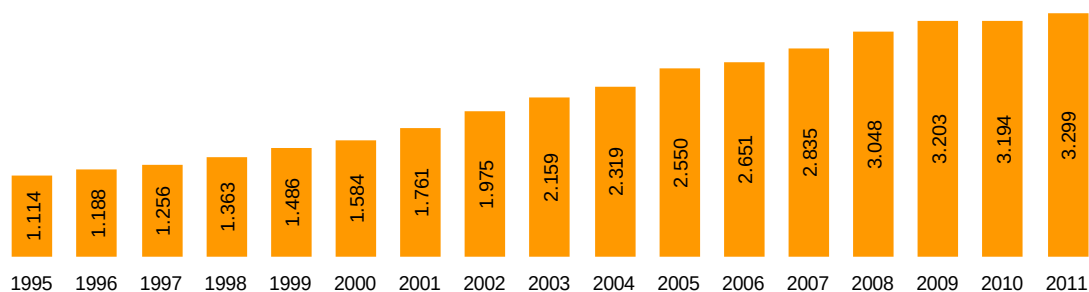
Quelle: INAMI, Berechnungen IBA / OIE

6.1.6 Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

Anstieg des Pendlerstroms nach Luxemburg verlangsamt

Im Jahr 2011 pendelten 3.299 Grenzgänger aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens nach Luxemburg an ihren Arbeitsplatz. Der von Männern (70,1%) dominierte Strom hat sich zwischen 1995 und 2009 fast verdreifacht und ist in diesem Zeitraum auch statistisch gealtert. Denn während im Jahr 2003 noch 65,9% der Luxemburg-Pendler unter 40 Jahre war, traf dies in 2009 auf nur noch 54,3% zu. Das Auspendleraufkommen ist auch während der Wirtschafts- und Finanzkrise – wenn auch mit vergleichsweise niedrigen Jahreswachstumsquoten – im Schnitt weiter angestiegen.

In Luxemburg beschäftigte Grenzgänger aus der DG Belgien 1995-2011 (jeweils zum 31.03.)



Quelle: IGSS, Berechnungen: Wirtschafts- und Sozialrat der DG Belgien

**In Luxemburg beschäftigte Grenzgänger aus der DG Belgien 2003-2011
(jeweils zum 31.03.), Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %**

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
9,3	7,4	10,0	4,0	6,9	7,5	5,1	-0,3	3,3

Quelle: IGSS, Berechnungen: IBA / OIE

Luxemburg-Pendler arbeiten im Baugewerbe sowie in Handel und Reparatur...

Die Luxemburg-Pendler aus der DG Belgien verteilten sich im Jahr 2011 zu knapp einem Drittel (30,9%) auf das Baugewerbe, zu einem Viertel (25,5%) auf den Bereich Handel und Reparatur und weit abgeschlagen arbeiteten weitere 12,2% im Sektor Transport und Kommunikation. Im Jahr 2011 reduzierte sich die Zahl der Grenzgänger, die im Baugewerbe beschäftigt sind, um -1,1%; im Bereich Handel und Reparatur sowie Transport und Kommunikation sind leichte Zuwächse zu verzeichnen, wenngleich sie das Vorkrisenniveau noch nicht erreichten.

**In Luxemburg beschäftigte Arbeitnehmer aus der DG Belgien nach
Wirtschaftsbereichen 2002-2011**

Entwicklung nach Sektoren	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009*	2010	2011
Landwirtschaft	16	18	15	17	16	20	20	*	23	30
Bergbau	0	1	1	1	1	1	1	*	1	1
Energie/ Wasser	-	-	-	-	-	-	-	*	-	8
Herstellende Industrie	214	216	227	252	235	258	264	*	264	265
Baufach	630	690	735	849	915	935	1.003	*	1.032	1.021
Handel und Reparatur	534	583	616	618	657	748	758	*	794	842
Horeca	17	19	24	22	16	18	24	*	29	29
Transp. u. Kommunikation	141	169	205	217	232	252	303	*	391	403
Finanzaktivitäten	66	71	72	83	89	102	99	*	103	111
Dienstleist. für Unternehmen	172	204	218	226	242	252	281	*	256	283
Öffentl. Verwaltung	29	30	27	29	33	35	46	*	40	40
Erziehung	7	9	9	11	11	11	13	*	11	14
Gesundheit u. Soziales	80	88	102	119	123	125	145	*	175	177
Öffentl. u. pers. Dienstl.	26	32	36	37	40	41	40	*	45	48
Private Haushalte	9	7	8	11	14	14	17	*	11	16
ohne Zuordnung	34	22	24	58	27	23	34	*	19	11
Ingesamt	1.975	2.159	2.319	2.550	2.651	2.835	3.048	3.203	3.194	3.299

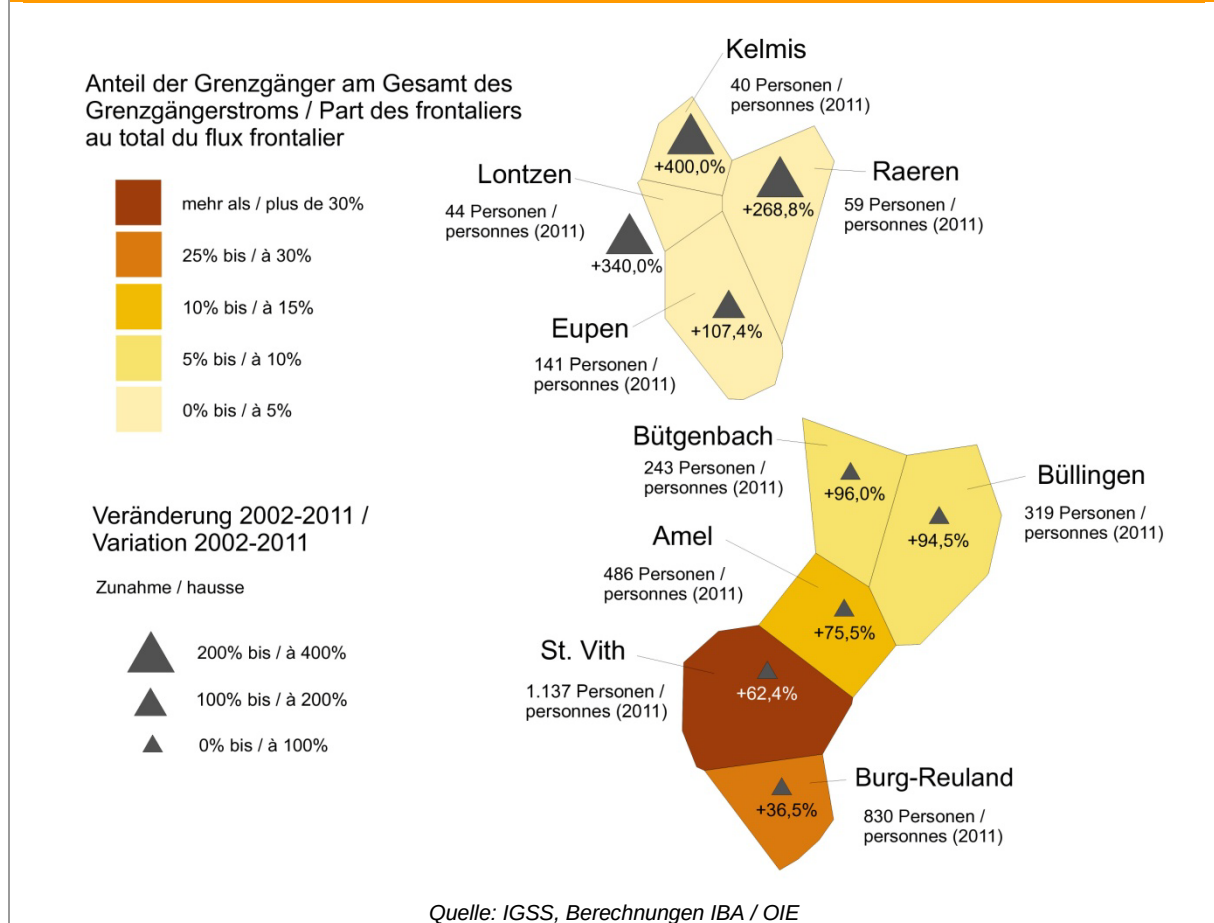
**Für das Jahr 2009 kann ABEO keine Daten ausweisen*

Quelle: ABEO - Wirtschafts- und Sozialstatistik

...und wohnen in Grenznähe

Auch in der DG Belgien wird hinsichtlich der Wohnorte der Pendler ein Grenzeffekt deutlich. Denn die deutliche Mehrheit (91,4%) der Grenzgänger nach Luxemburg kam aus dem südlichen Teil der Sprachgemeinschaft. Hier wohnten die meisten Pendler in St. Vith (34,5%), in Burg-Reuland (25,2%) und in Amel (14,7%). Seit 2002 ist eine leichte Ausdehnung des Einflussbereichs des luxemburgischen Arbeitsmarkts zugunsten des Nordens der DG Belgien festzustellen, da sich der Anteil der dort ansässigen Grenzgänger in den letzten neun Jahren leicht (+3,4 Prozentpunkte) erhöht hat.

In Luxemburg beschäftigte Grenzgänger aus der DG Belgien nach Wohngemeinden am 30.06.2011 und Veränderung 2002-2011



6.1.7 Zwischenfazit

Grenzgängerbeschäftigung wächst trotz Krise – weitere Wachstumsdynamik erwartet

Das Grenzgängeraufkommen in der Großregion hat sich trotz der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter erhöht. Zwar fiel der Zuwachs an grenzüberschreitenden Arbeitnehmern im Vergleich zu den Vorjahren in den meisten Teilgebieten niedriger aus, jedoch kann nicht von einem Rückgang der Grenzgängerbeschäftigung gesprochen werden. Nach dem gebremsten Wachstum der Grenzgängerzahlen in den Jahren 2009 und 2010 setzte bereits im Jahr 2011 in den meisten Teilgebieten eine erneute Wachstumsdynamik ein, die sich besonders in Luxemburg ab 2014 entfalten soll. Mit Blick auf die erwartete Erholung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts bleibt die Optimierung der Bedingungen für Arbeitnehmermobilität in der Großregion weiterhin ein zentrales Handlungserfordernis.

Bedingungen für grenzüberschreitende Arbeitnehmermobilität optimieren

Angesichts der Beschäftigungspotenziale, die der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt in der Großregion bereithält, gilt es die Bedingungen der Arbeitnehmermobilität zu optimieren. Dazu gehören der Abbau bestehender Mobilitätshemmnisse und die Steigerung der Attraktivität

von grenzüberschreitender Erwerbstätigkeit. Eine aktuelle Studie⁶⁸ unterstreicht, dass Grenzgänger von ihrem Arbeitgeber Hilfestellungen erwarten bei spezifischen Belangen, wie etwa Renten- oder Steuerfragen. Des Weiteren schätzen Grenzgänger flexible Arbeitszeiten, um eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen und auf Staus oder Verspätungen im ÖPNV adäquat reagieren zu können. Eine gute Verkehrsanbindung des Arbeitgebers ermöglicht Grenzgängern die ohnehin zum Teil langen Fahrtzeiten zu reduzieren. Ferner ist die Mehrsprachigkeit für viele Arbeitnehmer zwar eine zentrale Zugangsvoraussetzung zur grenzüberschreitenden Erwerbstätigkeit, gleichwohl wünschen Grenzgänger die Verfügbarkeit von wichtigen Mitteilungen und Dokumenten (z. B. Arbeitsvertrag, Sicherheitsanweisungen usw.) im Unternehmen in der Muttersprache. Darüber hinaus thematisieren Grenzgänger den Grundsatz der Gleichbehandlung, nach dem Arbeitnehmer und ihre Angehörigen in jedem EU-Mitgliedsstaat eine Beschäftigung aufnehmen können und inländischen Arbeitnehmern gleichgestellt sind. Dies betrifft neben Fragen der Vergütung und der Aufstiegschancen das gesamte Spektrum des Berufslebens. Die Bearbeitung dieser und anderer Aspekte, die auf Arbeitgeberebene angesiedelt sind, können beitragen die Bedingungen der Arbeitnehmermobilität zu optimieren.

Grenzgängermonitoring ausbauen

Die Erfahrung der Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Notwendigkeit eines Grenzgängermonitorings, wie es die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle betreibt, bestätigt. In den letzten Jahren konnte das Spektrum der hierfür zu Grunde gelegten Datensukzessiv erweitert werden, so dass die Situation des Grenzgängerwesens für jedes Teilgebiet der Großregion detailliert beschrieben und analysiert werden kann. Gleichzeitig ist die Großregion mit aktuellen Herausforderungen konfrontiert, welche die Bearbeitung neuer Fragen mit Hilfe differenzierter Indikatoren erfordert. So müssen z. B. die Betrachtungen des Grenzgängerwesens zukünftig verstärkt mit Fragen in den Bereichen Verkehr, Handel, Medien oder sozialer Zusammenhalt verknüpft werden. Solche Betrachtungen verlangen verstärkt nach qualitativen Indikatoren, durch die eine Weiterentwicklung des Grenzgängermonitorings möglich wird. So können des Weiteren Themen aufgearbeitet werden, wie etwa Motive und Lebenslagen von zugezogenen und nicht-zugezogenen Grenzgängern, ebenso wie die vertiefende Betrachtung der Grenzgängerströme nach Nationalitäten.

⁶⁸ Wille, Christian: Grenzgänger und Räume der Grenze. Raumkonstruktionen in der Großregion SaarLorLux. (Luxemburg-Studien / Études luxembourgeoises, Bd. 1), Frankfurt/M., Peter Lang, 2012.

6.2 Atypische Grenzgänger in der Großregion

6.2.1 Gesamtüberblick

Wohnmigration ist konstitutives Merkmal des atypischen Grenzgängerwesens

Nach EU-Gemeinschaftsrecht sind Grenzgänger solche Arbeitnehmer und Selbstständige, die in einem Mitgliedsstaat arbeiten und in einem anderen wohnen, in den sie in der Regel täglich – mindestens jedoch einmal wöchentlich – zurückkehren.⁶⁹ Diese Definition ermöglicht keine Unterscheidung zwischen Grenzgängern, die aus ihrer ‚angestammten Region‘ ins benachbarte Ausland pendeln und solchen, die aus dem benachbarten Ausland in die ‚angestammte Region‘ an ihren Arbeitsplatz kommen. Diese Unterscheidung gewinnt jedoch angesichts des Anstiegs letztgenannter Arbeitnehmergruppe an Bedeutung. Daher wird eine Differenzierung zwischen typischen und atypischen Grenzgängern eingeführt. Auf beide Gruppen trifft die genannte Definition nach EU-Gemeinschaftsrecht zu, jedoch ist eine Erweiterung hinsichtlich der räumlichen Ausrichtung der Pendlerströme vorzunehmen. So werden Arbeitnehmer und Selbstständige als atypische Grenzgänger bezeichnet, die ihren Wohnsitz aus einem Teilgebiet der Großregion in ein anderes verlagert haben, aber weiterhin nahezu täglich in ihre ‚angestammte Region‘ an ihren Arbeitsplatz pendeln. Somit bildet die vorausgegangene grenzüberschreitende Wohnmigration das konstitutive Merkmal des atypischen Grenzgängerwesens.

Lothringen und Luxemburg von Bedeutung für das atypische Grenzgängerwesen

Auf Grundlage der aktuellen Datenlage kann keine erschöpfende Aussage über das Aufkommen der atypischen Grenzgänger in der Großregion getroffen werden. Die folgende Zusammenstellung von statistischen Daten und thematischen Informationen stützt sich auf verfügbare Angaben der zuständigen Ämter und wissenschaftliche Studienbefunde. Trotz der lückenhaften Datenlage soll eine erste Übersicht über die atypischen Grenzgängerströme in der Großregion gegeben werden. Sie zeigt, dass Frankreich bzw. Lothringen als Wohnregion und das Großherzogtum Luxemburg als Arbeitsregion – analog zum typischen Grenzgängerwesen – eine besondere Rolle für die atypische Mobilitätsdynamik spielen. Die Auspendlerströme in Frankreich haben ihren Ursprung im Wesentlichen in der Region Lothringen, aus der atypische Grenzgänger nach Belgien bzw. in die Wallonie, ins Saarland und nach Rheinland-Pfalz sowie nach Luxemburg zum Arbeiten kommen.

Atypische Grenzgänger in der Großregion 2011

Wohnland/-region	Arbeitsland/-region			
	Luxembourg	Saarland	Rheinland-Pfalz	Belgique
France	866	6.473	998	5.200*
Lorraine	828	nd	nd	nd
Belgique	849	nd	nd	
Deutschland	1.731			nd
Rheinland-Pfalz	1.118			nd
Saarland	548			nd

*Zusammenstellung IBA / OIE; Quellen: IGSS, BA, INSEE (Frankreich), ABEO (Belgien); * 2007*

⁶⁹ Vgl. Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die soziale Sicherheit für Wanderarbeitnehmer.

6.2.2 Auspendlerbewegungen aus Frankreich

Zahl der Luxemburg-Pendler wächst – vor allem im Departement Moselle ansässig

Die Grenzgänger luxemburgischer Nationalität mit Wohnsitz in Frankreich leben fast ausschließlich in Lothringen. Ihre Zahl hat sich im letzten Jahrzehnt (2002-2011) um 73,9% erhöht und beläuft sich aktuell auf 866 Personen (2011). Fast zwei Drittel von ihnen wohnen im Departement Moselle und hier insbesondere im Arrondissement Thionville, wo sie sich hauptsächlich auf Cattenom und Fontoy verteilen. Ein weiteres Drittel (32,4%) ist im Departement Meurthe-et-Moselle bzw. besonders im Arrondissement de Briey gemeldet. Rückblickend ist eine leichte Verschiebung der Wohnorte der atypischen Grenzgänger festzustellen. Denn während im Jahr 2002 noch 66% der Luxemburger auf das Departement Moselle entfielen, beläuft sich dieser Anteil heute nur noch auf 61,4% (2011).

5.200 atypische Pendler nach Belgien

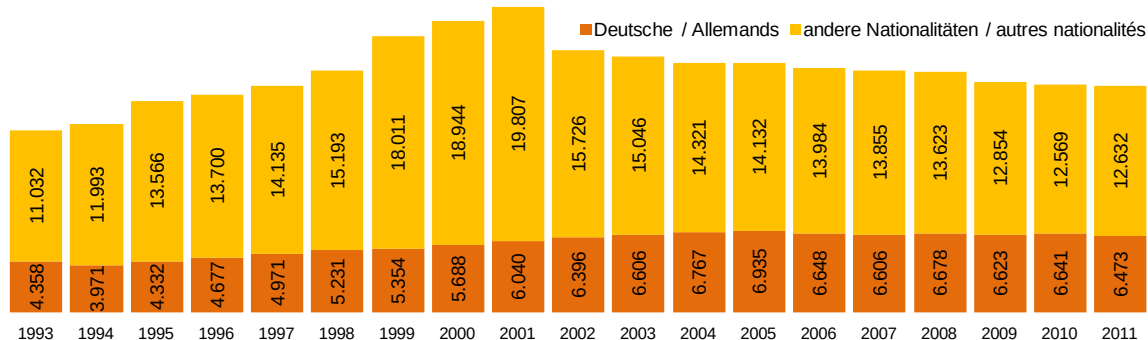
Über die Zahl der Belgier, die aus Lothringen in die Wallonie kommen, liegen kaum Informationen vor. Bekannt ist jedoch, dass im Jahr 2007 15,7% der Personen, die in Frankreich gemeldet waren und in Belgien arbeiteten, belgische Staatsbürger waren. Das entspricht ca. 5.200 atypischen Grenzgängern.⁷⁰ Aus Expertengesprächen ist außerdem bekannt, dass besonders in Nordlothringen viele Belgier ansässig sind oder hier fiktive Wohnsitze unterhalten. Die Motive für eine reale oder fiktive Verlagerung des Wohnsitzes ins nahegelegene Frankreich erschließen sich aus den Regelungen zur Besteuerung von Grenzgängern. Denn die in Frankreich wohnhaften Grenzgänger nach Belgien führen ihre Lohnsteuer nicht – wie allgemein üblich – am Arbeitsort ab, sondern in Frankreich, wo die Abzüge niedriger liegen.

Zahl der atypischen Grenzgänger ins Saarland relativ stabil

Die Zahl der Deutschen, die in Frankreich leben und im Saarland arbeiten, hat sich seit 1993 um fast die Hälfte (48,5%) erhöht. Ihre Zahl stieg insbesondere im Laufe der 1990er Jahre stark an. Nach der Jahrtausendwende flachte das Wachstum ab und entwickelte sich ab 2005 erstmalig seit Mitte der 1990er Jahre wieder leicht rückläufig. Dabei ist die Rolle der atypischen Grenzgänger in den 2000er Jahren hervorzuheben, in denen sich die Zahl der Pendler aus Frankreich ohne deutsche Staatsbürgerschaft kontinuierlich reduzierte. Gleichzeitig blieb das Aufkommen der atypischen Grenzgänger relativ stabil, so dass die insgesamt rückläufige Tendenz des Auspendlerstroms in Richtung Saarland abgefedert werden konnte. Auch im Zuge der Krise schneiden die atypischen Grenzgänger ins Saarland noch besser ab als die typischen Pendler, gleichwohl sich dieser Trend in 2011 umkehrt.

⁷⁰ Vgl. INSEE Première (2011): Vivre en deçà de la frontière, travailler au-delà. Nr. 1337, S. 3.

Im Saarland beschäftigte Grenzgänger aus Frankreich nach Nationalität 1992-2011* (jeweils zum 30.06.)



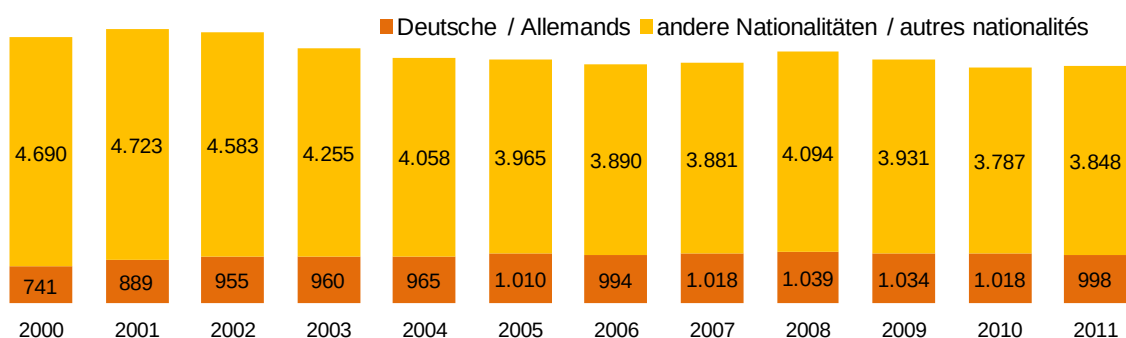
* Methodischer Hinweis: Zu berücksichtigen ist, dass im März 2002 wegen einer sachlich nicht richtigen Zuordnung die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Saarland um die in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer französischer, belgischer und luxemburgischer Leiharbeitsfirmen nach unten korrigiert wurde (-3.850). Der tatsächliche Rückgang der im Saarland beschäftigten Grenzgänger zwischen 2001 und 2002 ist geringer ausgefallen.

Quelle: Statistik der BA

Leichter Rückgang der Grenzgänger nach Rheinland-Pfalz

Die Zahl der Deutschen, die in Frankreich leben und in Rheinland-Pfalz arbeiten, hat sich im letzten Jahrzehnt (2000-2011) um ein Drittel (34,6%) erhöht. Zwar bewegen sie sich mit nur 998 Personen (2011) auf einem quantitativ niedrigen Niveau, jedoch stellen sie ein Viertel (25,9%) der Pendler aus Frankreich nach Rheinland-Pfalz. Ihr Anteil hat sich seit der Jahrtausendwende um 10,2 Prozentpunkte erhöht, was dem Rückgang der typischen Grenzgänger dieser Stromrichtung geschuldet ist. Im Zuge der Krise reduziert sich die Zahl der atypischen Grenzgänger nach Rheinland-Pfalz, jedoch weitaus langsamer als die der typischen Pendler aus Frankreich.

In Rheinland-Pfalz beschäftigte Grenzgänger aus Frankreich nach Nationalität 2002-2011 (jeweils zum 30.06.)



Quelle: Statistik der BA

6.2.3 Exkurs: Saarländisch-lothringische Grenze⁷¹

Zweitwohnsitze legten Grundstein für atypisches Grenzgängerwesen

Die Vorläufer des atypischen Grenzgängerwesens in Lothringen sind Anfang der 1960er Jahren auszumachen. Damals kauften viele Deutsche bzw. Saarländer in der französischen Region Grundstücke zur Freizeitnutzung, die nicht weiter als 20 km von der deutsch-französischen Grenze entfernt lagen. Die Nachfrage resultierte einerseits aus dem Angebot an attraktiven Flächen und andererseits aus den vergleichsweise hohen Einkommen der Deutschen. Der Grundstückkauf intensivierte sich in den 1970er Jahren und der Bau von Lauben bzw. Gartenhäusern nahm zu. Somit entstanden immer mehr Zweitwohnsitze von Deutschen in Lothringen.⁷²

Ab den 1980er Jahren Hauptwohnsitze von Deutschen in Lothringen

In den 1980er Jahren kamen mehr kaufkräftige Personen hinzu, insbesondere aus den Städten Saarbrücken und Saarlouis, und fragten die großzügigsten und am besten gelegenen Immobilien nach.⁷³ Der Großteil der erworbenen Häuser wurde bei den französischen Behörden als Hauptwohnsitz gemeldet, was juristisch bedeutet, dass die Deutschen bzw. Saarländer nun mehr als die Hälfte des Jahres in Lothringen verbrachten. Damit verlor die in den Jahrzehnten zuvor verbreitete Freizeitnutzung der Grundstücke an Bedeutung und immer mehr Deutsche – darunter zahlreiche atypische Grenzgänger – siedelten sich in Lothringen an. Eine Studie über die Wohnortmobilität der Saarländer, die ihren Wohnsitz zwischen 1988 und 1994 nach Lothringen verlagert hatten, zeigt, dass allein 90% von ihnen Wohneigentum im unmittelbar grenznahen Département Moselle gekauft hatten.⁷⁴

In den 1990er Jahren immer mehr Zuzüge...

In den 1990er Jahren intensivierte sich die grenzüberschreitende Wohnortmobilität und der Anteil atypischer Grenzgänger in Richtung Saarland stieg an. Besonders in den grenznahen Départements Moselle und Meurthe-et-Moselle waren Zuzüge zu verzeichnen und die Zahl der Deutschen wuchs hier zwischen 1990 und 1999 um 8.300 Personen, davon besonders 20 bis 40-Jährige.⁷⁵ Im Jahr 1997 wurden allein im Département Moselle ca. 15.000 Einwohner mit deutscher Staatsbürgerschaft gezählt, davon ca. 70% aus dem Saarland. Bei ihnen handelt es sich weitgehend um Erwerbstätige mit einem Arbeitsplatz im Saarland. Die Konzentration der Deutschen im Département Moselle ist neben der ausgebauten Straßeninfrastruktur auch darauf zurückzuführen, dass hier vielerorts noch der regionale germanophone Dialekt gesprochen wurde/wird.⁷⁶

⁷¹ Folgender Abschnitt basiert im Wesentlichen auf Ende der 1990er Jahre entstandenen Arbeiten zur Wohnmigration an der deutsch-französischen Grenze. Dabei handelt es sich um Auburtin (2002), Ballschmiede (1998), Ramm (1999) und Ramm (2001).

⁷² Vgl. Ramm, M. (2001): *Vivre et habiter de part et d'autre d'une frontière: l'exemple de l'espace Sarre-Moselle/Est*. In: Leinen, Jo (Hg.): *Saar-Lor-Lux. Eine Euro-Region mit Zukunft?* (Schriftenreihe Geschichte, Politik & Gesellschaft der Stiftung Demokratie Saarland, Bd. 6), St. Ingbert, S. 379-391, S. 380. Und: Auburtin, E. (2002): *Dynamiques et représentations transfrontalières de la Lorraine. Analyse géopolitique régionale appliquée*. Thèse de doctorat, Tome 2, Université de Paris 8, S. 405.

⁷³ Vgl. Ramm, M. (1999): *Saarländer im grenznahen Lothringen. „Invasion“ oder Integration?* Geographische Rundschau 51, Heft 2, S. 110-115, S. 110.

⁷⁴ Vgl. Ramm (2001), a.a.O., S. 381f.

⁷⁵ Vgl. O.A. (2005): *Forté arrivée d'Allemands et de Belges entre 1990 et 1999. Atlas des populations immigrées de Lorraine*. INSEE und Préfecture de la Région Lorraine, S. 8-9, S. 8f.

⁷⁶ Vgl. Ramm (2001), a.a.O., S. 383 und 386.

...von gut situierten Personen und jungen Paaren aus Deutschland

Laut Auburtin (2002) untergliedern sich die aus dem Saarland Zugezogenen in den 1990er Jahren in zwei Personengruppen: 1) Gut situierte Personen (mittlere oder höhere Führungskräfte), die ein großes Anwesen mit komfortablem Haus in guter Lage besitzen (im Grünen in einem Neubaugebiet oder in Nähe eines Sees); 2) Junge Paare, die aus kleinen Kommunen aus dem Großraum Saarbrücken stammen, von denen beide Personen im Saarland arbeiten und die ein renovierungsbedürftiges Haus gekauft haben mit dem Ziel es zu sanieren und/oder auszubauen.⁷⁷

Seit 2000 Stagnation der Wohnmigration – Immobilienangebot und -preise verlieren an Attraktivität

Seit der Jahrtausendwende entwickelt sich die Zahl der Saarländer im Departement Moselle leicht rückläufig. Anfang der 2000er Jahre wohnten hier nur noch ca. 12.000 Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Der Rückgang ist Auburtin (2002) zufolge auf den gesättigten Immobilienmarkt in Lothringen und auf die langsame Annäherung der Immobilienpreise an das saarländische Niveau zurückzuführen.⁷⁸ Gleichwohl wurden in ganz Lothringen im Jahr 2005 noch ca. 14.000 Einwohner mit deutscher Staatsbürgerschaft gezählt und im Jahr 2011 pendeln noch 7.471 atypische Grenzgänger aus Frankreich – vermutlich überwiegend aus Lothringen – nach Rheinland-Pfalz und ins Saarland ein. Ebenso besitzen viele Deutsche noch bis heute einen Zweitwohnsitz in Lothringen. Eine Studie zeigt, dass 72% (3.875) der insgesamt 5.393 Zweitwohnsitze in Lothringen mit einem Eigentümer aus dem Ausland im Jahr 2003 Staatsbürgern mit Wohnsitz in Deutschland gehören. Besonders viele dieser Zweitwohnsitze sind im grenznahen Departement Moselle gemeldet.⁷⁹

Wohnmigration durch Preisvorteile

Hinsichtlich der Gründe, die Saarländer zu einem Wohnortwechsel veranlassen, scheinen finanziell-wirtschaftliche Motive von Bedeutung zu sein. Dazu zählen neben Steuervorteilen durch den Status des Grenzgängers vor allem Preisunterschiede für Baugrund und Immobilien. Zwar hat sich das lothringische Preisniveau Ende der 1990er Jahre allmählich dem saarländischen Immobilienmarkt angenähert, jedoch lag es immer noch zwischen 30 und 50% darunter.⁸⁰ Im ersten Halbjahr 2010 kostete etwa ein Haus im Saarland durchschnittlich 156.500 EUR; im Regionalverband Saarbrücken ist mit 166.800 EUR zu rechnen.⁸¹ In Lothringen beläuft sich 2011/2012 der Preis für ein Eigenheim auf 145.000 EUR; im Departement Moselle liegt er mit 170.000 EUR deutlich über dem lothringischen Mittel. Diese Preisspitze ist auf die Nachfrage in Thionville zurückzuführen, wo ein Großteil der Luxemburg-Pendler aus Lothringen wohnt. In der Region um Forbach fallen die Eigenheimpreise jedoch moderater aus, womit das Wohnen beim französischen Nachbarn z.B. für Saarbrücker attraktiv ist.

⁷⁷ Vgl. Auburtin (2002), a.a.O., S. 406.

⁷⁸ Vgl. ebda, S. 406.

⁷⁹ Vgl. Calzada, C. / Le Blanc, F. (2006): Attractivité résidentielle : les résidences secondaires allemandes en Lorraine. INSEE Economie Lorraine, Nr. 49, S. 5.

⁸⁰ Vgl. Ramm (1999), a.a.O., S. 110.

⁸¹ Vgl. Netzwerk der Fachinstitute der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (Hg.): Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion 2011/2012, Saarbrücken 2012 (Kapitel 5.3.1).

Zahl der Hauseigentümer wächst durch Wohnmigration

Nach Ballschmiede (1998) geben unter 30-Jährige und Haushalte mit Kindern weitaus häufiger an, aufgrund der attraktiven Grundstücks- und Immobilienpreise nach Lothringen gezogen zu sein.⁸² Diese Motivlage ist auf den Bedarf an Wohnfläche zurückzuführen, der sich aus einer (beabsichtigten) Familiengründung ergibt. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass für die Mehrzahl der Deutschen mit dem Wohnortwechsel ein Erwerb von Häusern verbunden ist. Der Anteil an Hauseigentümern stieg durch den Umzug um 48%, wobei drei Viertel davon schlüsselfertige Immobilien kauften. Dabei ist ein Trend zum großzügigen Wohnen auszumachen, denn 60% der Befragten verfügt nach dem Wohnortwechsel über mehr als vier Zimmer.⁸³

Bewohnerstatus von deutschen Einwohnern im Raum Moselle-Est vor und nach dem Umzug (1997/1998)

vor dem Umzug	Mieter (70%)	Hauseigentümer (30%)
nach dem Umzug	Mieter (ca. 20%)	Hauseigentümer (ca. 78%)

Quelle: Ballschmiede, Huguette (1998): Wohnmobilität deutscher Staatsangehöriger im Raum Moselle-Est. Studie im Auftrag des Etablissement Public de la Métropole Lorraine (EPML).

Höhere Lebensqualität in den Moselgemeinden

Laut Ballschmiede (1998) schätzen es die Deutschen bzw. Saarländer, die in Lothringen wohnen, dass sie mit ihren Familien in einem weniger städtischen Umfeld leben, wie etwa im dörflichen und erholsamen Milieu der grenznahen Moselgemeinden, von denen aus sie weiterhin in Deutschland arbeiten können. Im Zusammenhang mit der Lebensqualität spielt auch „le mode de vie français“ eine Rolle, der auf einige Deutsche anziehend wirkt. Insbesondere von 31 bis 50-Jährigen wird die Lebensqualität und französische Lebensart als ein Grund für den Wohnortwechsel genannt.⁸⁴

Arbeitsweg wird länger durch Umzug

Durch den Wohnortwechsel vergrößert sich für atypische Grenzgänger die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort. Dies betrifft Ballschmiede (1998) zufolge in erster Linie die zurückgelegte Strecke, für die überwiegend der Pkw genutzt wird und die sich durch den Umzug im Schnitt um 10 km erweitert hat. Hinsichtlich der dafür benötigten Zeit ist lediglich eine Steigerung um etwa 8 Minuten auszumachen, was auf eine gute grenzüberschreitende Straßeninfrastruktur im Grenzgebiet verweist.⁸⁵

Ehemalige Wohnregion bleibt wichtiger Bezugspunkt

Neben dieser Veränderung stellt Ballschmiede (1998) mit Blick auf das Konsumverhalten atypischer Grenzgänger fest, dass dieses nach dem Umzug weitgehend unverändert bleibt.⁸⁶ Zwar werden Produkte des täglichen Bedarfs nach dem Umzug verstärkt in Frankreich gekauft, jedoch bleibt Deutschland bzw. das Saarland ein wichtiger Bezugspunkt, was unter anderem auf die Einkaufsmöglichkeiten im Oberzentrum Saarbrücken zurückzuführen ist.

⁸² Vgl. Ballschmiede, H. (1998): Wohnmobilität deutscher Staatsangehöriger im Raum Moselle-Est. Studie im Auftrag des Etablissement Public de la Métropole Lorraine (EPML), S. 108.

⁸³ Vgl. ebda., S. 103ff.

⁸⁴ Vgl. ebda., S. 108.

⁸⁵ Vgl. ebda., S. 105f.

⁸⁶ Vgl. ebda., S. 166.

Auch Arztbesuche werden deutlich stärker in Deutschland als in Frankreich wahrgenommen, da viele atypische Grenzgänger ohnehin über ihren deutschen Arbeitgeber krankenversichert sind, gegebenenfalls Sprachprobleme bestehen und das französische System der Vorkasse den Arztbesuch aus deutscher Sicht unattraktiv macht.⁸⁷ Festzuhalten ist, dass die Alltagsaktivitäten der atypischen Grenzgänger, die aus einem gewissen städtischem Umfeld mit entsprechenden Freizeitangeboten in ein eher ländlich geprägtes Gebiet mit weniger Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangeboten gezogen sind, eher das gewohnte Umfeld zur Erledigung von Alltagsaktivitäten beibehalten.

Integration am neuen Wohnort als Herausforderungen

Das Zusammenleben zwischen Zugezogenen und autochthonen Einwohnern gestaltet sich nicht immer problemlos. Ramm (1999) hält dazu fest, dass das zentrale Problem des Wanderungsphänomens in der Integration bestehe.⁸⁸ Drei Themenfelder scheinen hierfür relevant:

- ▶ Hinsichtlich der **nachfragebedingten Erhöhung von Immobilienpreisen** ist zu erinnern, dass in den 1980er Jahren kaufkräftige Deutsche nach Lothringen kamen, um hier großzügige und gut gelegene Immobilien zu erwerben. Auch wenn sich die Nachfrage durch die wachsende Verknappung des Angebots zunehmend auf renovierungsbedürftige Häuser und Baugrundstücke verlagerte, waren die autochthonen Einwohner nur noch eingeschränkt in der Lage, die ausgewiesenen Preise zu zahlen. So erhöhte sich z.B. der Preis für Baugrund in Moselle-Est zwischen 1988 und 1994 um das 6,5-fache.⁸⁹ Die Auswirkungen solcher Entwicklungen zeigten sich z. B. darin, dass sich junge Paare mit niedrigem Einkommen aus dem Departement Moselle hier kein Wohneigentum mehr leisten konnten und in andere Regionen abwanderten. Um junge Franzosen an die Region zu binden, wurden in einigen Gemeinden bestimmte Grundstücke und Immobilien für autochthone Einwohner reserviert. So konnte nur an Deutsche verkauft werden, wenn sich kein Käufer aus der Region gefunden hatte.⁹⁰
- ▶ Ein weiteres Problemfeld besteht darin, dass zwischen Zugezogenen und autochthoner Bevölkerung relativ wenige Kontakte bestehen, was Ramm (1999) mit dem **Nebeneinander von alten und neuen Siedlungsstrukturen** begründet. Viele Bürgermeister von lothringischen Gemeinden wollten von den Zuzügen der Saarländer profitieren (z. B. durch Wohnsteuereinnahmen) und richteten kommunale „lotissements“ ein, die auf die Wünsche der Deutschen bzw. Saarländer abgestimmt waren. Diese Neubaugebiete boten großzügige Wohnhäuser auf großen Grundstücken, die sich jedoch oft außerhalb des historisch gewachsenen Siedlungsverbands befinden. Diese strukturell angelegte Segmentation zwischen Zugezogenen und Lothringern ist hinderlich für den sozialen Zusammenhalt bzw. für das Entstehen von sozialen Kontakten zwischen beiden Personengruppen.⁹¹
- ▶ Mangelnde Kontakte zwischen Saarländern und Lothringern können ebenso auf die **Sprachkenntnisse** zurückgeführt werden. Bei Ballschmiede (1998) stufen die Deutschen

⁸⁷ Vgl. ebda., S. 111 und 118ff.

⁸⁸ Vgl. Ramm (1999), a.a.O., S. 113.

⁸⁹ Vgl. Ramm (2001), a.a.O., S. 382.

⁹⁰ Vgl. ebda., S. 112.

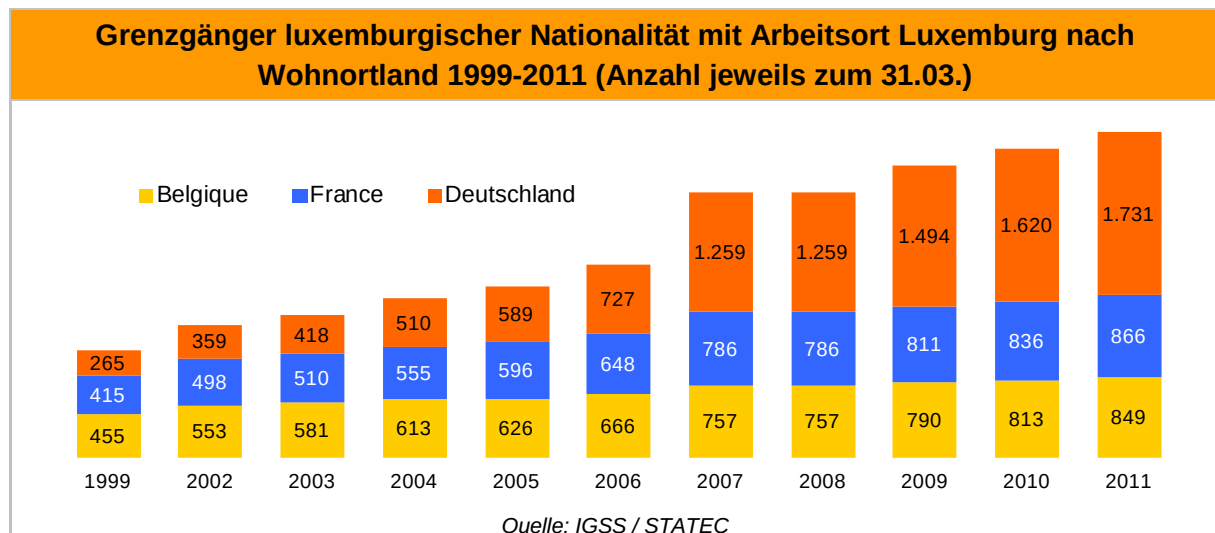
⁹¹ Vgl. ebda.

ihre Französischkenntnisse als „befriedigend“ ein, jedoch wird unterstrichen, dass sie oftmals keine Französischkenntnisse benötigen. Denn über die Hälfte der Befragten spricht Franzosen „auf der Straße“ auf Deutsch, ein Drittel auf Französisch an. Lediglich ein Fünftel der Deutschen räumt sprachliche Schwierigkeiten ein, die aber weitgehend den Kontakt mit Behörden betreffen.⁹² Die unter den Zugezogenen verbreitete Praxis des Deutschen in informellen Lebensbereichen wird durch die Dialektsprecher – deren Zahl sich aber spürbar rückläufig entwickelt⁹³ – begünstigt.

6.2.4 Einpendlerbewegungen in Luxemburg

Atypische Luxemburg-Pendler wohnen vor allem in Deutschland

Die Zahl der Grenzgänger in der Großregion mit luxemburgischer Nationalität, die ins Großherzogtum an ihren Arbeitsplatz kommen, ist mit 3.446 Personen (2011) noch relativ niedrig. Jedoch hat sie sich seit 1999 verdreifacht. Die meisten von ihnen pendeln im Jahr 2011 aus Deutschland (50,2%) ein, gefolgt von Frankreich (25,1%) und Belgien (24,6%). Hinsichtlich der Wohnregionen hat im letzten Jahrzehnt eine Verschiebung stattgefunden. Denn während bis Anfang der 2000er Jahre noch über zwei Drittel der atypischen Grenzgänger in den belgischen und französischen Regionen wohnten, gewinnen die deutschen Bundesländer kontinuierlich an Bedeutung, auf die seit 2006 der größte Anteil der Luxemburger in Richtung Großherzogtum entfällt.



Kreis Trier-Saarburg und Bitburg-Prüm besonders nachgefragt bei atypischen Luxemburg-Pendlern

Das Aufkommen atypischer Grenzgänger aus Deutschland nach Luxemburg ist im letzten Jahrzehnt spürbar angewachsen. Dabei sind das benachbarte Rheinland-Pfalz und das Saarland von Bedeutung, in denen fast die Gesamtheit der 1.731 Luxemburg-Pendler (2011) mit einem Wohnsitz in Deutschland wohnt. Die atypischen Grenzgänger sind besonders in

⁹² Vgl. Ballschmiede (1998), a.a.O., S. 109.

⁹³ Vgl. Hughes, S. (2000): Germanic Dialect spoken in Lorraine. With reference to the use of dialect by cross-border workers in Germany and Luxembourg. In: Newton, G. (Hg.): Essays on politics, language and society in Luxembourg. Lewiston / Queenston, S. 113-133.

Rheinland-Pfalz (64,6%) und hier in den Kreisen Trier-Saarburg und Bitburg-Prüm ansässig. Jedoch ist auch ein knappes Drittel der Luxemburger im Saarland auszumachen, wo sie überwiegend im grenznahen Kreis Merzig-Wadern wohnen. Seit Mitte der 2000er Jahre ist eine leichte Ausdehnung des Siedlungsgebiets zugunsten des Saarlandes festzustellen.

Atypische Luxemburg-Pendler wohnen vor allem im Arrondissement Arlon

Die in Belgien ansässigen Luxemburger, die ins Großherzogtum einpendeln, leben zu 88,6% in der wallonischen Province de Luxembourg. Ihr Aufkommen hat sich hier seit 2002 um die Hälfte erhöht und beläuft sich heute auf 752 Personen (2011). Sie wohnen insbesondere im Arrondissement d'Arlon (65%), weit gefolgt vom Arrondissement de Virton (14,4%). Für das letzte Jahrzehnt (2002-2011) ist eine leichte Verschiebung des Siedlungsgebiets der atypischen Grenzgänger hin zum Arrondissement de Virton festzustellen.

6.2.5 Exkurs: Luxemburgische Grenze

Atypische Luxemburg-Pendler wohnen in größeren Gemeinden in Nähe zum Herkunftsland

Studienbefunde⁹⁴ für den Betrachtungszeitraum 2001 bis 2007 zeigen, dass 44% der atypischen Grenzgänger aus den am stärksten bevölkerten Gemeinden in Luxemburg kommen, wie etwa aus Luxemburg-Stadt, Esch-sur-Alzette, Differdange, Dudelange oder Petange.⁹⁵ Jenseits der Grenze wohnen die atypischen Grenzgänger überwiegend in den größten Gemeinden der Grenzgebiete in Deutschland, Belgien und Frankreich. Ca. die Hälfte von ihnen wohnt nach dem Umzug nicht weiter als 5 km von der luxemburgischen Grenze entfernt. Ebenso ist festzustellen, dass das gewählte Wohnland tendenziell in unmittelbarer Nähe zur Herkunftsgemeinde liegt. Vor diesem Hintergrund sprechen Brosius und Carpentier (2010) von einer Strategie der Grenznähe bzw. der räumlichen Nachbarschaft.⁹⁶

Wichtigste Wohngemeinden atypischer Grenzgänger nach Luxemburg 2001-2007

Rang	Kommunen in Frankreich	Kommunen in Belgien	Kommunen in Deutschland
1	Thionville	Arlon	Perl
2	Villerupt	Aubange	Trier
3	Audun-le-Tiche	Messancy	Nittel
4	Hettange-Grande	Bastogne	Wincheringen
5	Metz	Attert	Konz

Quelle: Gengler, C. (2010): *Expatriation „à la luxembourgeoise“*. In: Pauly, M. (Hg.): *ASTI 30+. 30 ans de migrations, 30 ans de recherches, 30 ans d'engagements*. Luxembourg, S. 262-275, S. 270.

Nur ein Viertel Luxemburger unter den atypischen Luxemburg-Pendlern

Die nähere Betrachtung der Gruppe der atypischen Grenzgänger in Richtung Luxemburg zeigt, dass sich unter ihnen lediglich ein Viertel Luxemburger befindet. Hingegen bilden Per-

⁹⁴ Dieser Abschnitt basiert im Wesentlichen auf dem im Jahr 2010 erschienenen Buch Carpentier, S. (Hg.) (2010): *Die grenzüberschreitende Wohnmobilität zwischen Luxemburg und seinen Nachbarregionen*. (Schriftenreihe „Forum Europa“, Bd. 6), Luxemburg. Auf Basis einer quantitativen Untersuchung wurde hier erstmalig eine breit angelegte Analyse des atypischen Grenzgängerwesens im Großherzogtum vorgenommen.

⁹⁵ Vgl. L'Observatoire de l'Habitat (2010): *Des actifs résidents devenus frontaliers. Analyse d'un phénomène émergent*. La Note, Nr. 14, Luxembourg, S. 2.

⁹⁶ Vgl. Brosius, J. / Carpentier, S. (2010): *Grenzüberschreitende Wohnmobilität von in Luxemburg ansässigen Erwerbstätigen: Quantifizierung und Charakterisierung des Phänomens*. In: Carpentier (Hg.), a.a.O., S. 33 und 36.

sonen mit deutscher, französischer und belgischer Nationalität einen bemerkenswert hohen Anteil (57%), weit gefolgt von Portugiesen (10%) und sonstigen Nationalitäten (8%). Damit ist festzuhalten, dass sich unter den atypischen Grenzgängern nach Luxemburg über die Hälfte Franzosen (27%), Belgier (22%) und Deutsche (8%) befinden, die zu einem bestimmten Zeitpunkt ins Großherzogtum gezogen sind, sich jedoch für eine ‚Rückkehr‘ entschieden haben. Vermutet wird, dass es sich dabei um Personen handelt, die aus Regionen bzw. Städten außerhalb der Großregion – etwa aus Paris, Brüssel oder Frankfurt – ins Großherzogtum gekommen waren.⁹⁷

Überwiegend junge (Ehe-)Paare mit Kind, ersten Berufserfahrungen und Familienplänen ziehen um

Unter den atypischen Grenzgängern befanden sich im Betrachtungszeitraum 2001-2007 überwiegend ledige Personen (45%), gefolgt von Verheirateten (44%). In Verbindung mit der Altersstruktur, die ein Übergewicht der unter 30-Jährigen und der 30-39-Jährigen anzeigt, lässt sich schlussfolgern, dass sich überwiegend junge (Ehe-)Paare mit ersten Berufserfahrungen, Familienplänen und der Absicht, Wohneigentum zu erwerben, für den Umzug ins benachbarte Ausland entschließen. Hinsichtlich der Einkommenssituation ist festzustellen, dass sich unter den atypischen Pendlern überwiegend Personen der unteren Gehaltsstufen befinden (58%). Dies trifft auch auf Luxemburger zu, woraus Brosius und Carpentier (2010) eine generelle Zurückhaltung der Luxemburger zum Wohnortwechsel ableiten.⁹⁸ Auf Grundlage verschiedener sozio-demographischer Merkmale haben Gerber und Licherin (2010) eine Typologie entwickelt, die das Profil des atypischen Grenzgängerstroms nach Luxemburg zusammenfassend beschreibt.

⁹⁷ Vgl. ebda., S. 19f.

⁹⁸ Vgl. ebda., S. 22 und 26.

Zentrale Gruppen atypischer Grenzgänger nach Luxemburg

Gruppe	Merkmale
Junge Paare mit Kind (30% der Stichprobe)	Diese Gruppe machen vor allem Paare im Alter von 30 bis 39 Jahren aus, die im Zuge der Geburt eines Kindes Wohneigentum erwerben oder ihren Wohnkomfort verbessern möchten. Ähnlich wie bei Paaren ohne Kind handelt es sich dabei überwiegend um Personen belgischer und französischer Staatsangehörigkeit.
In Luxemburg geborene Personen (26% der Stichprobe)	Diese Gruppe wird fast ausschließlich von Luxemburgern (90%) gebildet und umfasst alle in Luxemburg Geborenen. Dazu zählen vor allem junge Erwerbstätige und Paare, die das Elternhaus verlassen. Sie wechseln das Wohnland in erster Linie um Wohneigentum zu bauen.
Personen mit krisenhaften Lebensereignissen (18% der Stichprobe)	Diese Personen heben sich von den anderen Gruppen deutlich ab, da es sich hierbei vor allem um Ledige mit niedrigerem Einkommen handelt, die oft eine Scheidung bzw. Trennung oder Einkommenseinschnitte erfahren mussten. Sie sind nach dem Umzug häufig Mieter und verschlechtern sich hinsichtlich des Wohnkomforts.
Junge Paare ohne Kind (13% der Stichprobe)	Diese Gruppe ist vergleichsweise wohlhabend und strebt tendenziell nach einer Verbesserung des Wohnkomforts. Zu ihr zählen junge Paare ohne Kind (95%), die im Zuge einer Heirat oder Paarbildung den Wohnort wechseln. Häufig handelt es sich um Personen belgischer und französischer Staatsangehörigkeit, die sich – angezogen durch das Beschäftigungsangebot im Großherzogtum – in Luxemburg niedergelassen haben, jedoch nach kurzer Zeit (etwa weniger als fünf Jahre) wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren.
Paare im mittleren Alter (13% der Stichprobe)	Diese Gruppe wird im Wesentlichen von wohlhabenden Paaren über 40 Jahre (oft kinderlos) gebildet, bei denen der Umzug an den Erwerb von Wohneigentum gekoppelt ist. Zu ihnen zählen zu einem Drittel deutsche Staatsangehörige und sie verbessern durch den Umzug ihren Wohnkomfort.

Quelle: Gerber, P. / Licheron, J. (2010): Wohnraum: Größer und preiswerter. In: Carpentier (Hg.), a.a.O., S. 82ff.

Nicht nur Preisvorteile motivieren Wohnmigration

Im Hinblick auf die Motive, die atypische Grenzgänger für den grenzüberschreitenden Wohnortwechsel angeben, kann zwischen finanziellen, familiären und kulturellen Gründen unterschieden werden.

- Unter **finanziellen Gründen**, die von den befragten atypischen Grenzgängern am häufigsten genannt werden, wird das Preisgefälle zwischen den betreffenden Regionen in den Blick geführt, das hinsichtlich der Lebenshaltungskosten und insbesondere der Miet- und Immobilienpreise augenfällig wird.⁹⁹
- Neben finanziell-wirtschaftlichen Motiven werden Gründe angeführt, die im Zusammenhang stehen mit der Gründung eines Haushalts (Heirat / Lebensgemeinschaft), mit der Geburt eines Kindes oder mit einer Scheidung / Trennung. Diese **familiär bedingten Gründe** werden eher von jüngeren Personen angegeben.
- **Kulturelle Gründe** für den Umzug werden überwiegend von Nicht-Luxemburgern genannt, die in Luxemburg Schwierigkeiten haben mit der kulturellen und sprachlichen Integration in Gesellschaft und Bildungssystem.¹⁰⁰

Das Spektrum der Motivlagen zeigt, dass die regionalen Preisdifferenzen für Mieten und Immobilien nicht ausschließlich für die grenzüberschreitende Wohnortmobilität ausschlaggebend sind. Die Wohnsitzverlagerung wird ferner von typischen Ereignissen des Lebensspan-

⁹⁹ Vgl. Carpentier, S. (2010): Gründe für den Umzug auf die andere Seite der Grenze. In: ders. (Hg.), a.a.O., S. 38ff.

¹⁰⁰ Vgl. ebda., S. 38ff.

ne (z.B. Paarbildung oder Geburt) oder von gesellschaftlichen Aspekten des sozialen Zusammenhalts beeinflusst.

Umzug mit Erwerb von Wohneigentum und komfortabler Wohnsituation verbunden

Gerber und Licheron (2010) untersuchen, ob atypische Grenzgänger tatsächlich von den Preisunterschieden im Zuge des Wohnortwechsels profitierten. Hinsichtlich des Bewohnerstatus wird deutlich, dass sich der häufigste Wechsel vom Mieter in Luxemburg zum Eigentümer in einer Nachbarregion vollzieht, gefolgt von keiner Veränderung der Wohnsituation aus einem Mietverhältnis bzw. Eigentümerverhältnis heraus. Damit scheint im Zuge des Wohnortwechsels der Erwerb von Wohneigentum verbreitet zu sein, was besonders auf die 30 bis 39-Jährigen zutrifft.¹⁰¹ Auch hinsichtlich des Wohnsegments ist eine positive Veränderung gegenüber der Situation vor dem Umzug auszumachen. Der häufigste Wechsel besteht im Übergang von einer Wohnung in Luxemburg zu einem Haus im angrenzenden Ausland. Dies trifft besonders auf die 30 bis 39-Jährigen zu; die unter 30-Jährigen bleiben häufiger in einer Wohnung leben; die über 50-Jährigen verlassen überwiegend ihr Haus in Luxemburg und beziehen ein neues jenseits der Grenze.¹⁰²

Bewohnerstatus atypischer Grenzgänger nach Luxemburg vor und nach dem Umzug 2001-2007

vor dem Umzug	Mieter (67%)			Eigentümer (20%)			kostenfrei Wohnende (13%)		
nach dem Umzug	Mieter (27%)	Eigentümer (38%)	kostenfrei Wohnende (3%)	Mieter (4%)	Eigentümer (15%)	kostenfrei Wohnende (1%)	Mieter (6%)	Eigentümer (5%)	kostenfrei Wohnende (2%)

Quelle: Gerber / Licheron (2010), a.a.O., S. 70.

Wohnsegmente atypischer Grenzgänger nach Luxemburg vor und nach dem Umzug 2001-2007

vor dem Umzug	Einfamilienhaus (23%)			Reihenhaus (9%)			Appartement (68%)		
nach dem Umzug	Einfamilienhaus (13%)	Reihenhaus (2%)	Appartement (8%)	Einfamilienhaus (5%)	Reihenhaus (2%)	Appartement (2%)	Einfamilienhaus (35%)	Reihenhaus (9%)	Appartement (24%)

Quelle: Gerber / Licheron (2010), a.a.O., S. 73.

Mehr Pkw-Nutzung und längere Anfahrtszeiten durch Umzug

Die Entscheidung, durch einen Wohnortwechsel zum Grenzgänger in der ‚angestammten Region‘ zu werden, wirkt sich auf die räumliche Organisation von Alltagspraktiken aus. Dazu gehört neben wiederkehrenden Aktivitäten (z.B. Einkauf, Sport, Restaurant, Kino, Frisör, Arztbesuch oder soziale Kontakte) auch die tägliche Fahrt an den Arbeitsplatz. Carpentier und Gerber (2010) stellen fest, dass sich die Distanzen und die Fahrzeiten zwischen Wohn- und Arbeitsort bei atypischen Grenzgängern nach dem Umzug verdoppelt haben. Denn während die Befragten durchschnittlich 16 km in 22 Minuten vor dem Umzug zurücklegten, sind

¹⁰¹ Vgl. Gerber / Licheron (2010), a.a.O., S. 70f.

¹⁰² Vgl. ebda., S. 79.

es danach im Schnitt 39 km in 40 Minuten. Mit Blick auf das dafür genutzte Verkehrsmittel verstärkt sich die Pkw-Nutzung.¹⁰³

Räumliche und soziale Differenzierungen im Grenzgebiet

Hinsichtlich des Zusammenlebens zwischen Zugezogenen und autochthoner Bevölkerung an den neuen Wohnorten liegen für die luxemburgische Grenze bisher kaum Informationen vor. Bekannt ist jedoch, dass mancherorts nur wenige Kontakte zwischen beiden Gruppen bestehen. Diese Situation wird begünstigt durch die massive Erschließung von Bauland und Errichtung von Neubaugebieten für Luxemburger bzw. atypische Grenzgänger. Die so entstehenden Neubaugebiete liegen oft außerhalb des historischen Siedlungskerns von dörflichen Gemeinden und in der Konsequenz bleiben die Zugezogenen oftmals unter sich. Eine solche räumliche Differenzierung spiegelt oft auch eine soziale Differenzierung wider aufgrund der Anhebung von Miet- und Immobilienpreisen, die aus der hohen Nachfrage nach Wohneigentum resultiert und von der die autochthone Bevölkerung ebenfalls betroffen ist.

Atypische Grenzgänger weitgehend zufrieden mit Lebenssituation

Epstein und Carpentier (2010) hinterfragen, wie atypische Grenzgänger nach Luxemburg ihre Entscheidung zum Wohnortwechsel rückblickend bewerten. Mit Ausnahme der Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsort sind sie hinsichtlich ihrer neuen Umgebung „(sehr) zufrieden“ (84%). Besonders positiv werden die Wohnsituation, die Lebensqualität, das Lebensumfeld, die Nachbarschaft und die höhere Kaufkraft hervorgehoben. Etwa im mittleren Feld rangieren das Sozialleben, das Infrastrukturangebot und die täglichen Fahrten. Negativ hingegen wird die Fahrt an den Arbeitsplatz bewertet, die sich im Hinblick auf Strecke und Zeitaufwand seit dem Umzug verdoppelt hat.¹⁰⁴

Trotz Zufriedenheit bereits Rückkehrtendenzen nach Luxemburg

Trotz der verbreiteten Zufriedenheit mit dem Wohnortwechsel sind im Betrachtungszeitraum 2001 bis 2007 12% der atypischen Grenzgänger wieder nach Luxemburg zurückgekehrt; weitere 15% gaben an eine Rückkehr zu planen. Als Gründe für die (beabsichtigte) Rückkehr ins Großherzogtum werden die Fahrten vom Wohnort zum Arbeitsplatz genannt, gefolgt von den insgesamt anfallenden Fahrten durch die Wohnsitzverlagerung. Somit bildet die mit dem Grenzgängerstatus verbundene Mobilität den Hauptgrund für Rückkehrer.¹⁰⁵

6.2.6 Zwischenfazit

Soziale und infrastrukturelle Herausforderungen – erkennen und handeln

Die Übersicht zu den einzelnen Stromrichtungen des atypischen Grenzgängerwesens in der Großregion zeigt, dass sich das Phänomen in den letzten Jahrzehnten spürbar entwickelt hat und zunehmend das Hinterland der jeweiligen Grenzgebiete erfasst. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren weiter fortsetzt und Lösungsan-

¹⁰³ Vgl. Carpentier, S. / Gerber, P. (2010): Welche Konsequenzen hat die grenzüberschreitende Wohnmobilität auf die täglichen Fahrten und die Aktivitätsräume. In: Carpentier (Hg.), a.a.O., S. 87-113, S. 89f.

¹⁰⁴ Vgl. Epstein, D. / Carpentier, S. (2010): Wegzug mit oder ohne Rückfahrkarte nach Luxemburg. In: Carpentier (Hg.), a.a.O., S. 115-139, S. 119 und 121f.

¹⁰⁵ Vgl. ebda., S. 128.

sätze für die bereits jetzt augenfälligen Probleme – wie etwa auf sozialem und infrastrukturellem Gebiet – entwickelt werden müssen. So ist neben extremen Teuerungsraten für Bauland in Grenznähe bekannt, dass sich viele Grenzgemeinden zu Schlafstätten entwickeln, was sich auch nachteilig auf das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugezogenen auswirken kann. Außerdem gehen den Wohnkommunen Steuereinnahmen verloren, da Grenzgänger an ihrem Arbeitsort besteuert werden. In diesem Zusammenhang stellt sich für viele der atypischen Grenzgänger die Frage, in welchem Land ihre Kinder zur Schule gehen sollen bzw. wo sie eine berufliche Ausbildung absolvieren können. Solche und andere Herausforderungen gilt es systematisch zusammenzutragen und Lösungsansätze zu entwickeln.

Unzureichende Datenlage – Monitoring der atypischen Pendlerbewegungen aufbauen

Der Überblick zum atypischen Grenzgängerwesen hat verschiedene Merkmale dieser grenzüberschreitenden Mobilitätsform zu Tage gefördert. Dabei ist deutlich geworden, dass eine umfassende Betrachtung der atypischen Pendelbewegungen in der Großregion nur eingeschränkt möglich ist und noch aussteht. Ebenso ist eine Aktualisierung und Weiterentwicklung der bereits vorliegenden Informationen unverzichtbar; insbesondere der Befunde zur Wohnmigration an der deutsch-französischen Grenze. Außerdem ist eine Vielzahl an qualitativen Fragen, die das Zusammenleben von Zugezogenen und autochthoner Bevölkerung betreffen, noch vollkommen unbearbeitet. Vor diesem Hintergrund sollte dieser Beitrag als Auftakt für ein systematisches Monitoring der atypischen Pendlerbewegungen in der Großregion verstanden werden. Es sollte sich zukünftig auf Sonderauswertungen der noch unbearbeiteten statistischen Informationen stützen und sich stärker qualitativen Zugängen zuwenden.

7. Sonderthema: Spracherwerb in der Großregion

7.1 Sprachliche Ausgangssituationen und Fremdsprachenbeherrschung in der Großregion

Einsprachigkeit wird sowohl in Europa als auch in der restlichen Welt immer seltener. Der erhöhte Bedarf an Sprachkenntnissen wird für gewöhnlich der Globalisierung der Wirtschaft der letzten Jahre zugeschrieben, aber in Wirklichkeit zeigte sich das Interesse der Bevölkerungen an Fremdsprachen schon viel früher, nämlich mit der Verbreitung des Christentums im römischen Kaiserreich und darüber hinaus und mit der Öffnung hin zu anderen Sprachen als Griechisch und Latein.¹⁰⁶ Historisch gesehen hängt die Entwicklung bestimmter Sprachen (und der Rückgang oder sogar das Verschwinden anderer Sprachen) mit der militärischen bzw. wirtschaftlichen Macht eines Staates in eroberten Gebieten zusammen. Die „beherrschte“ Bevölkerung wird auch dadurch unterworfen, dass sie die Sprache der Machthaber nicht beherrscht.

Heute spielt die Mehrsprachigkeit als Faktor für Integration und sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten eine besonders wichtige Rolle. Sie beschränkt sich aber nicht auf das Erlernen der englischen oder einer anderen vorgeblich „universellen“ Sprache, wenn man das von dem französischen Sprachwissenschaftler Claude Hagège¹⁰⁷ verfochtene und allgemein anerkannte Postulat akzeptiert, dass eine Sprache in erster Linie eine Weltanschauung und eine Dankweise darstellt. Damit ist sprachliche Vielfalt auch die Voraussetzung für Meinungsvielfalt und künftige Vorstellungen von der menschlichen Gesellschaft.

Die damit verbundenen Herausforderungen gehen über rein wirtschaftliche Interessen hinaus und treten in den Schlussfolgerungen der Sitzungen der verschiedenen EU-Instanzen klar zutage (Rat der Europäischen Union oder Europäischer Rat, Kommission, Europäisches Parlament). Bereits ab dem Jahr 2000¹⁰⁸ wurde die Idee laut, Fremdsprachen in die Grundkenntnisse einzubeziehen, die im Zuge der Erziehung und Ausbildung vermittelt werden. Danach wurde in mehreren Veröffentlichungen die Förderung des Erlernens von Sprachen und die sprachliche Vielfalt (insbesondere durch die allgemeine Einführung des Unterrichts in mindestens zwei Fremdsprachen bereits in jungen Jahren) sowie ein strategischer Rahmen für Mehrsprachigkeit angesprochen. Es kam ferner zu einer Mobilisierung im Zusammenhang mit den Herausforderungen von Mehrsprachigkeit und Multikulturalismus.

In der Großregion sind die Bevölkerungen auf Grund der geopolitischen Merkmale dieses Gebietes für die Problematik der Mehrsprachigkeit besonders empfänglich. Doch jeder einzelne Bestandteil der Großregion weist auf Grund seiner eigenen Geschichte und der globa-

¹⁰⁶ Nach Angaben des Forschers Bruno Rochette, der Untersuchungen über die griechisch-lateinische Zweisprachigkeit anstellt (Universität Lüttich), „zwingt die Notwendigkeit, das Evangelium in Völker zu tragen, die weder Griechisch noch Lateinisch sprechen, die ersten Christen zum Erlernen und aktiven Verwenden von Fremdsprachen.“

Quelle: http://culture.ulg.ac.be/jcms/prod_782753/multilinguisme-dans-l-antiquite-greco-romaine?part=1

¹⁰⁷ Claude Hagège spricht ca. 10 Sprachen, darunter Französisch, Arabisch, Hebräisch und Italienisch.

¹⁰⁸ Europäischer Rat von Lissabon am 23. und 24. März 2000, der „für die Union das neue strategische Ziel steckt, Beschäftigung, Wirtschaftsreformen und sozialen Zusammenhalt im Rahmen einer wissensbasierten Wirtschaft zu stärken.“

len Entwicklung seines Produktionssystems und seines Bildungswesens im Hinblick auf das Erlernen von Fremdsprachen eine besondere Situation auf. Vor diesem Hintergrund soll das gemeinsame Ziel der Beherrschung von mindestens zwei Fremdsprachen durch eine mehr oder weniger offene Koordinationsmethode¹⁰⁹ erreicht werden. De facto gäbe es auch keine andere Möglichkeit, solange die regionalen Situationen so unterschiedlich sind. Wir wollen zunächst die spezifische Situation jeder Einzelregion vorstellen, bevor wir auf das eigentliche Thema eingehen, nämlich die Bildungspolitik in Sachen Fremdsprachen in der Großregion und die Organisation entsprechender Bildungssysteme, wobei die Bildungspolitik ja nicht systematisch dem Zentralstaat untersteht.

7.1.1 Saarland

Das Saarland grenzt an Rheinland-Pfalz, Luxemburg und Lothringen und steht auf Grund seiner Geschichte mehr als jedes andere Bundesland den Nachbarregionen offen gegenüber. Die engen Beziehungen zwischen dem Saarland und Frankreich wurden während der Besatzung nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg gestärkt und die französische Sprache setzte sich sowohl im politischen und sozialen Leben, als auch im Bildungswesen des Saarlandes durch.

Französisch als Wahlfach wurde in den öffentlichen Grundschulen eingeführt, als das Saarland 1920-1935 dem Mandat des Völkerbundes unterstand. Später wurde die Vorrangstellung des Französischen als erste Fremdsprache in den weiterführenden Schulen im Saarland durch die am 26. Oktober 1956 unterzeichnete französisch-saarländische Kulturvereinbarung festgelegt. Noch heute kommt der französischen Sprache im Saarland besondere Bedeutung zu. Inzwischen werden aber vor allem berufliche Vorteile hervorgehoben, denn schließlich sind über 8.000 Saarländer Grenzgänger und haben einen Arbeitsplatz in Frankreich oder Luxemburg, wo auch viel Französisch gesprochen wird.

Für jemanden, der Deutsch spricht, ist das Beherrschen des Luxemburgischen keine absolute Notwendigkeit, um in Luxemburg arbeiten zu können, es ist aber ein Pluspunkt. Obwohl das saarländische Schulsystem keinen Unterricht in Luxemburgisch vorsieht, gibt es zahlreiche Abendkurse, um Luxemburgisch zu lernen. In Abendkursen können auch Grundkenntnisse in Französisch oder Englisch vertieft werden.

Die zunehmende Internationalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen des Saarlandes wird auch durch die öffentlichen Entscheidungsträger berücksichtigt. 1996 stellte der saarländische Sprachenrat¹¹⁰ fest, dass immer mehr saarländische Unternehmen bevorzugt

¹⁰⁹ Die Methode wird von den Mitgliedstaaten der EU eingesetzt, wenn es nicht möglich ist, eine Verordnung durchzusetzen. Die Mitgliedsländer einigen sich auf Methoden, die sie angesichts ihrer besonderen Situation für angemessen halten, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Dies setzt allerdings den Austausch über Best Practices voraus. Das Vorgehen umfasst eine nicht zwingende Koordination mit Hilfe von Tools aus der Welt des Management und der Unternehmen, darunter Verhaltenskodexe, Peer-Reviews und Benchmarking. Nach und nach werden die unterschiedlichen Bestimmungen der Länder vereinheitlicht.

¹¹⁰ „Der Sprachenrat Saar ist eine einzigartige Initiative, der seit 1991 verschiedene Institutionen angehören. Sein Ziel ist es, die Entwicklung der Sprachkenntnisse im Saar-Lor-Lux-Raum und insbesondere der Saarländer zu fördern. Dabei handelt es sich zum einen um eine geografische Notwendigkeit auf Grund der Nähe zu Frankreich und zum anderen um eine Frage des wirtschaftlichen Scharfblicks, wenn man die zentrale Lage des Saarlandes im Saar-Lor-Lux-Raum berücksichtigt, der sich wiederum im Zentrum des europäischen,

Mitarbeiter mit Sprachkenntnissen einstellen.¹¹¹ Die engen Beziehungen zwischen den Volkswirtschaften des Saarlands, Lothringens und Luxemburgs erklären diesen wachsenden Bedarf. Die Dichte des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes, der Einzugsbereich für Handel und Konsum, der im Lauf der Jahrzehnte hier entstand, der Umfang des kulturellen Austausches und die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Einrichtung eines leistungsfähigen höheren Bildungswesens sind einige der Gründe, um die institutionelle Zusammenarbeit zwischen den Regionen zu stärken.¹¹²

Angesichts der Öffnung der Märkte nach Osteuropa und Asien wird der Bedarf an Mitarbeitern mit Sprach- und Kulturkenntnissen, die den Handel mit weiter entfernt gelegenen Gebieten begleiten, wachsen. „Die saarländische Industrie ist international erfolgreich und ein Garant für Wachstum und Beschäftigung. Insbesondere das über dem Bundesdurchschnitt liegende Wachstum des produzierenden Gewerbes zeigt die Produktivität der saarländischen Wirtschaft. Produkte aus dem Saarland werden zudem international nachgefragt. (...) So gewinnen Brasilien, Russland, Indien und China als Märkte für saarländische Produkte zunehmend an Bedeutung.“¹¹³ Dementsprechend dürfte auch das Interesse an außereuropäischen Sprachen in Zukunft steigen.

7.1.2 Rheinland-Pfalz

Das Bundesland Rheinland-Pfalz befindet sich im Herzen Europas und besitzt gemeinsame Grenzen mit drei europäischen Nachbarländern: im Süden mit den französischen Regionen Lothringen und Elsass; im Westen mit den luxemburgischen Distrikten Grevenmacher und Diekirch, sowie mit der Region Wallonie, einschließlich dem Gebiet der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Die Zahl der rheinland-pfälzischen Grenzgänger, die im Ausland arbeiten, und zwar fast ausschließlich in Luxemburg, ist hoch: sie ist seit 2003 um zwei Drittel gestiegen und liegt 2009 bei 25 526 Arbeitnehmern.¹¹⁴ Vor diesem Hintergrund ist das Erlernen der französischen Sprache (aber auch von Englisch, das an vielen Arbeitsstellen verlangt wird) eine Grundvoraussetzung für einen fruchtbaren kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zwischen den Nachbargebieten.

Was die englische Sprache angeht, nimmt sie in Rheinland-Pfalz seit der amerikanischen Besetzung nach dem Zweiten Weltkrieg eine vorherrschende Stellung ein. Das Militärkrankenhaus *Landstuhl Regional Medical Center* sowie der Luftwaffenstützpunkt *Ramstein Air Base*¹¹⁵ sind Standorte der US-Streitkräfte in Europa. Trotz des allmählichen Abzugs der

Speckgürtels' befindet, der von England bis Italien reicht.“ Albert Raasch, Dozent an der Hochschule des Saarlandes. Quelle: Webseite <http://averreman.free.fr/aplv/num56-conseil.htm>

¹¹¹ Siehe Dokumentation mit dem Titel „Besoins en compétences linguistiques dans l'économie“ (Bedarf an Sprachkenntnissen in der Wirtschaft). Englisch und Französisch sowie Spanisch sind die gefragtesten Sprachen.

¹¹² Siehe dazu auch die lothringische Sichtweise im Bericht des CESE Lothringen „L'Allemagne, partenaire incontournable de la Lorraine“ (Deutschland als unumgänglicher Partner Lothringens) auf folgender Webseite: http://ces.lorraine.eu/jahia/webdav/site/ces/shared/Rapports/2011/11121_rapport_allemande.pdf

¹¹³ Erklärung von Jürgen Barke, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Beschäftigung, Energie und Verkehr in seinem Kommentar zu den Wirtschaftsergebnissen des Jahres 2011. Quelle: Webseite <http://www.invest-in-saarland.com/fr/made-in-saarland/>

¹¹⁴ Quelle: 7. Bericht des Interregionalen Observatoriums für den Arbeitsmarkt. Informationen aus Statistiken von INSEE und IGSS.

¹¹⁵ Ramstein AB ist das Hauptquartier der United States Air Force in Europa und der Luftstreitkräfte des United States European Command (Air Command Europe). Der Stützpunkt beherbergt ferner NATO-

amerikanischen Truppen seit 1987 leben in Rheinland-Pfalz nach wie vor 60.000 Amerikaner. Das ist zu einem großen Teil auf die territoriale Umstrukturierung zurückzuführen, die von dem Bundesland im Anschluss an den Abzug der amerikanischen Truppen erfolgreich durchgeführt wurde.¹¹⁶

Unabhängig von diesen Überlegungen ist festzuhalten, dass die besonders gut entwickelte Infrastruktur in der Grenzregion eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördert, die zu den bedeutendsten Deutschlands gehört. Ferner bilden kleine und mittelständische Unternehmen die treibende Kraft für die Wirtschaft dieses Bundeslandes mit einem hohen Ausfuhrpotenzial in ganz unterschiedlichen Bereichen (Umwelttechnologien, erneuerbare Energien, Maschinenbau, technische Dienstleistungen, Agrarindustrie).¹¹⁷ Die exportorientierten Unternehmen beteiligen sich an Messen im Ausland und knüpfen internationale Kontakte, durch die sie Zugang zu den Weltmärkten erhalten und die lokale Wirtschaft stützen. All diese Faktoren sind ein Anreiz für das Erlernen anderer Sprachen, und zwar nicht nur der der Nachbarländer.

7.1.3 Lothringen

Auf Grund der Einwanderung nach Lothringen, der Grenzen mit Luxemburg, dem Saarland und der Wallonie, der starken wirtschaftlichen Verflechtung der regionalen Territorien und der zweisprachigen Vergangenheit eines Teils der Mosel besteht in der lothringischen Bevölkerung von jeher großes Interesse am Erlernen von Fremdsprachen.

Vor allem die Grenzgänger führen die Bedeutung von Sprachkenntnissen vor Augen. Allein ihre Arbeit bildet die Haupteinnahmequelle für 100.000 Lothringer¹¹⁸ vor dem Hintergrund einer nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit (Ende 2011 waren 9,8% der erwerbsfähigen Bevölkerung Lothringens arbeitslos). Die Arbeit im Nachbarland ist für die Lothringer erheblich wichtiger als für die übrigen Bewohner der Großregion: sie betrifft „12% der erwerbstätigen Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren gegenüber 5% im Saarland, 4% in der Wallonie, 3% in Rheinland-Pfalz und nur 1% in Luxemburg.“¹¹⁹ Eine entscheidende Voraussetzung für eine Stelle im Nachbarland ist natürlich die Beherrschung einer oder mehrerer Fremdspra-

Organisationen. Die Aufgaben dieses Stützpunktes wurden seit 2007 verstärkt auf Transport und Logistik ausgerichtet.

Das Militärkrankenhaus in Landstuhl versorgt Armeeeingehörige aus dem Irak und Afghanistan.

¹¹⁶ Die Politik des Bundeslandes trug direkt und indirekt zur Schaffung von 50.000 Arbeitsplätzen bei – z.B. beim Bau der internationalen Flughäfen Frankfurt-Hahn und Zweibrücken für den privaten und gewerblichen Luftverkehr und des Technologieparks PRE-Park in Kaiserslautern – als Ersatz für die rund 100.000 Arbeitsplätze, die im zivilen und militärischen Bereich weggefallen sind.

¹¹⁷ Ferner sind auch die chemische Industrie, die Automobilindustrie und der Bau von Nutzfahrzeugen einschließlich Zulieferer, die Metallindustrie, der Maschinenbau sowie die Branche Forsten-Holz-Papier wichtige Wirtschaftsbereiche in Rheinland-Pfalz.

¹¹⁸ Drei Viertel der Pendler arbeiten in Luxemburg, jeder Fünfte in Deutschland (im Wesentlichen im Saarland) und 5% in der Wallonie (rund 5.500 Personen arbeiten im Wesentlichen in der Provinz des belgischen Luxemburg). Weitere Informationen hierzu sind dem Artikel von Jean-Jacques PIERRE „Toujours plus de frontaliers vers le Luxembourg“ (Immer mehr Grenzgänger in Richtung Luxemburg) in der Wirtschafts- und Sozialbilanz 2011 zu entnehmen, die unter folgender Adresse in die INSEE-Webseite gestellt wurde:

¹¹⁹ http://www.insee.fr/fr/themes/document.asp?reg_id=17&ref_id=18673&page=EL/EL285-286/frontaliers.htm
Jean-Jacques PIERRE, aus dem genannten Text.

chen. Die Bemühungen der Bildungsbehörden zur Verbesserung der Sprachkenntnisse und insbesondere die Deutschkenntnisse¹²⁰ berufen sich auf eben diese Feststellung.

Lothringen gehört zu den französischen Regionen, die für ausländisches Kapital am attraktivsten sind. „Insgesamt zählt man in Lothringen 1.871 Arbeitsplätze, die durch ausländisches Kapital erhalten oder geschaffen wurden, und 36 Niederlassungsprojekte. An der Spitze stehen dabei Investitionen mit deutschem und amerikanischem Kapital.“¹²¹ Laut einer OREFQ-Studie aus 2010 verwenden lothringische Betriebe, die Kontakte mit Ländern oder Regionen haben, deren Arbeitssprache nicht Französisch ist¹²², meistens zwei Sprachen, Deutsch und Englisch, und zwar fast gleichberechtigt. Die Beherrschung der als besonders wichtig erachteten Sprache ist in den an der Umfrage beteiligten Betrieben gut, so dass die meisten Betriebe auf interne Ressourcen zurückgreifen können, um in einer Fremdsprache zu kommunizieren.¹²³ In Lothringen ist somit davon auszugehen, dass sich das Erlernen von Fremdsprachen sowohl in der Ausbildung als auch in der Erwachsenenbildung entwickeln wird.

7.1.4 Luxemburg

Auf Grund seiner geografischen Lage in der Nähe zu Frankreich, Belgien und Deutschland und seiner besonders dynamischen Wirtschaft verzeichnet Luxemburg seit 50 Jahren ein außergewöhnliches demografisches Wachstum. Die letzten verfügbaren Zahlen ergeben eine Einwohnerzahl von 511.840; hinzu kommen 154.500 Grenzgänger, die täglich zum Arbeiten nach Luxemburg kommen.¹²⁴

Das Land mit seinen drei Amtssprachen - Luxemburgisch („Lëtzebuergesch“, heute Landessprache¹²⁵), Französisch und Deutsch - ist auf Grund einer konstanten Einwanderung, im Wesentlichen durch erwerbstätige Personen aus den Nachbarländern und anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wie Portugal und Italien zum mehrsprachigen Land schlechthin in Europa geworden. Die ursprüngliche Mehrsprachigkeit wurde in den letzten

¹²⁰ Nach dem Rückgang des Fränkischen, einem Dialekt mit unterschiedlichen Varianten, der an der deutschen und luxemburgischen Grenze gesprochen wird, wurde der berufliche Austausch zu beiden Seiten der Grenze schwieriger. In den letzten Jahren war allerdings ein leichter Anstieg der Nachfrage nach Fränkisch-Kursen sowohl aus beruflichen, als auch aus Gründen der Identität zu beobachten.

¹²¹ Französische Agentur für internationale Investitionen (AFII), „Bilan 2010 des investissements étrangers créateurs d'emplois en France“ (Bilanz 2010 der ausländischen Investitionen in Frankreich, die zu Arbeitsplatzschaffungen geführt haben) auf folgender Webseite:
<http://www.invest-in-france.org/Medias/Publications/1373/bilan-afii-investissements-etrangeurs-createurs-emploi-france-2010-fr.pdf>

¹²² Beschränkung der Studie auf Unternehmen mit ausländischem Kapital. Datenbank von Valoris Lorraine.

¹²³ Diese Betriebe brauchen also weder Übersetzer noch Dolmetscher. Die internen Mitarbeiter machen Übersetzungen angesichts ihrer guten Sprachkenntnisse selbst.

¹²⁴ STATEC, Webseite: <http://www.statistiques.public.lu>

¹²⁵ Siehe Gesetz vom 24. Februar 1984 über das Sprachensystem, in dem es in Artikel 1 heißt, dass „die Landessprache der Luxemburger Luxemburgisch ist.“ In Artikel 2 heißt es, dass „die Gesetzestexte und ihre Durchführungsverordnungen auf Französisch verfasst werden. Wenn die Gesetze und Bestimmungen mit einer Übersetzung versehen werden, hat nur der französische Text Rechtskraft. Sollten Bestimmungen, die im vorhergehenden Absatz nicht angesprochen sind, durch ein staatliches Organ, Gemeinden oder staatliche Einrichtungen in einer anderen Sprache als Französisch erlassen werden, hat nur der Text in der von diesem Organ verwendeten Sprache Rechtskraft.“

Der vorliegende Artikel weicht nicht von den Bestimmungen ab, die für internationale Übereinkünfte gelten.“ Und in Artikel 3 heißt es schließlich, dass in „Verwaltungs-, Rechts- und Gerichtsangelegenheiten die französische, deutsche oder luxemburgische Sprache verwendet werden kann, ungeachtet der Sonderbestimmungen für bestimmte Bereiche.“ <http://www.legilux.public.lu/leg/a/archives/1984/0016/a016.pdf#page=6>

Jahrzehnten um die Muttersprachen der Einwanderer ergänzt und auf dem gesamten Staatsgebiet werden in den verschiedenen Bereichen des Berufs- und Privatlebens mehrere schriftliche und mündliche Sprachen verwendet.¹²⁶

In wirtschaftlicher Hinsicht stieg die Zahl der Arbeitsplätze von 2000 bis 2010 in allen Branchen. Das schwächste relative Wachstum verzeichnet nach wie vor die Industrie¹²⁷, die aber 2010 nach wie vor insgesamt 36.400 Arbeitsplätze bietet. Die Baubranche verzeichnete während des Jahrzehnts einen rasanten Aufschwung und weist heute 38.700 Arbeitsplätze aus. Der gesamte Dienstleistungssektor, allen voran der Finanzsektor, das Immobilienwesen, Leasing und Dienstleistungen für Unternehmen, setzt seine beeindruckende Entwicklung fort (103.300 Arbeitsplätze), ebenso wie sonstige Dienstleistungen (81.700 Arbeitsplätze), zu denen unter anderem die öffentliche Verwaltung, das Gesundheits- und das Bildungswesen sowie private Dienstleistungen zählen. Unabhängig vom Tätigkeitsbereich betreffen die Anforderungen in punkto Fremdsprachen mehrheitlich Führungskräfte und qualifizierte Angestellte, in geringerem Umfang aber auch Techniker und Vorarbeiter. Deshalb gewann das Erlernen von Fremdsprachen sowohl in der Ausbildung als auch in der Erwachsenenbildung zunehmend an Bedeutung.

Eine speziell luxemburgische Problematik sind die Folgen der massiven und heterogenen Einwanderung der letzten Jahre. Das Bildungswesen kämpft derzeit mit großen Problemen, um junge Einwanderer angemessen auszubilden, die keine der Amtssprachen des Landes als Muttersprache sprechen. Derzeit besteht laut luxemburgischem Bildungs- und Berufsbildungsministeriums (MENFP) die Gefahr, dass Kinder mit Migrationshintergrund im Bildungssystem außen vor bleiben. Dabei hat das Land durchaus den Willen, diese jungen Menschen zu integrieren, und zu diesem Zweck neue angemessene Systeme gefördert. Die wichtigste Herausforderung im Zusammenhang mit Fremdsprachen besteht für Luxemburg abgesehen davon, dass in einzelnen Sektoren die erforderlichen sprachlichen Kompetenzen bereitgestellt werden müssen, im sozialen Zusammenhalt.

7.1.5 *Französischsprachige Wallonie*

Belgien ist ein Bundesstaat, der sich aus Gemeinschaften und Regionen zusammensetzt. Er umfasst drei Gemeinschaften: die französische Gemeinschaft¹²⁸, die flämische Gemeinschaft und die deutschsprachige Gemeinschaft, sowie drei Regionen: Wallonie, Flandern und die Region Brüssel. Der niederländisch sprechende Teil der Bevölkerung (58% der Bevölkerung) lebt im Wesentlichen in Flandern; die deutschsprachigen Belgier (1% der Bevölkerung) leben in einem kleinen Gebiet in der östlichen Wallonie und die französisch sprechenden Belgier (41% der Bevölkerung) sind mehrheitlich in der Wallonie ansässig (80% der Frankophonen leben in dieser Region) und in der Region Brüssel-Hauptstadt (20% der frankophonen Belgier leben im Raum Brüssel). Insgesamt gibt es damit vier Sprachregionen: die französisch-

¹²⁶ Quelle: <http://www.luxembourg.public.lu/fr/societe/langues/index.html>

¹²⁷ Im Betrachtungszeitraum: Industrie +4,3%, Baubranche +49,4%, Finanzwesen, Immobilien, Leasing und Dienstleistungen für Unternehmen +46,5%, sonstige Dienstleistungen (öffentliche Verwaltung, Gesundheitswesen, Bildung und private Dienste) 41,3%.

¹²⁸ Wir werden zum Teil von der Föderation Wallonie-Brüssel sprechen, um die französische Gemeinschaft Belgiens zu bezeichnen. Diese neue Bezeichnung, mit der der Einfluss der französischen Sprache auf das Gebiet von Brüssel hervorgehoben werden soll, ist noch nicht im institutionellen Recht verankert (wo nach wie vor von der „französischen Gemeinschaft Belgiens“ die Rede ist).

sprachige Region, die niederländischsprachige Region, die zweisprachige Region Brüssel-Hauptstadt und die deutschsprachige Region. Jede Gemeinde des Königreichs gehört zu einer dieser Sprachregionen.¹²⁹

Die Gemeinschaften¹³⁰ sind föderierte autonome politische Körperschaften, die zuständig sind für Bildung, Kultur, Gesundheitspolitik, soziale Dienste und, mit Ausnahme Brüssels, die Verwendung der Sprachen. Die Regionen sind für territoriale Fragen wie Raumordnung, Verkehr, Umweltschutz, Wasser- und Forstwirtschaft, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zuständig.

Ein kurzer Blick in die Geschichte macht die sprachlichen Herausforderungen in Belgien verständlich. Belgien wurde 1830 gegründet, nachdem es seine Unabhängigkeit vom Königreich der Niederlande erlangt hatte. Damals war in der Verfassung ein Einheitsstaat ohne offizielle Landessprache vorgesehen.¹³¹ De facto wurde jedoch Französisch als Amtssprache (und Symbol der Unabhängigkeit von den Niederlanden) verwendet. Alle hohen Ämter und Verwaltungspositionen wurden damals von französischsprachigen Mitgliedern des Bürgertums bekleidet. Obwohl die Flamen die Bevölkerungsmehrheit stellten, mussten sie lange kämpfen, um ihre Rechte und die Anerkennung ihrer Sprache durchzusetzen.¹³²

Der Konflikt zwischen Flamen und Frankophonen konzentriert sich insbesondere auf den Status von Brüssel-Hauptstadt. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts war die Bevölkerung von Brüssel mehrheitlich flämisch. Heute ist sie, zumindest in der herrschenden Elite, mehrheitlich frankophon. Die 19 Brüsseler Gemeinden bilden eine wirtschaftlich autonome Region, wobei für persönliche, kulturelle und sprachliche Aspekte die Französisch oder Flämisch sprechenden Gemeinschaften zuständig sind. Es kommt also immer auf die Gemeinschaft an, an die der Bürger oder die Institution sich wendet. Es handelt sich um einen so genannten „Kompromiss im belgischen Stil“. Aber die spezifischen sprachlichen Rechte, die die Frankophonen in den flämischen Vororten von Brüssel genießen, sind den flämischen Regionalisten ein Dorn im Auge, die sie im Namen der „sprachlichen und territorialen Integrität“ ihrer Region in Frage stellen wollen.¹³³

Der Konflikt konzentriert sich ferner auf die Zukunft des belgischen Bundesstaates, da die Vorstellungen der führenden politischen Parteien in Flandern und der Wallonie im exakten Widerspruch zueinander stehen. Der regionale Kampf der Flamen, der seit Anfang des 20. Jahrhunderts währt, hat auch eine kulturelle Komponente mit dem Wunsch, sich von der Beherrschung einer sozialen Klasse zu befreien, die auf Grund ihrer Sprache und ihrer liberalen Ansichten als ausländisch empfunden wird, aber er wird auch durch die zunehmenden Wohlstandsunterschiede geschürt. Seit dem 19. Jahrhundert (damals war das ländliche ka-

¹²⁹ Siehe Abschnitt 1 der belgischen Verfassung (koordinierter Text vom 17. Februar 1994) unter folgender Internetadresse: http://www.senate.be/doc/const_fr.html#1

¹³⁰ Beim Begriff Gemeinschaft ist Vorsicht geboten. In Belgien sind die Sprachgemeinschaften föderierte Strukturen, ähnlich wie die deutschen Bundesländer, von denen einige über weit reichende Gewalten verfügen.

¹³¹ Artikel 23 der ursprünglichen Verfassung: „Die Verwendung der Sprachen ist in Belgien freiwillig und kann nur gesetzlich geregelt werden, und auch nur für Handlungen der Staatsgewalt und Gerichtsangelegenheiten.“

¹³² Der Sprachenstreit begann also bereits 1830.

¹³³ „Conflit linguistique en Belgique, le gouvernement démissionne“ (Sprachenstreit in Belgien, die Regierung tritt zurück), France Info, Donnerstag 25. April 2010, <http://www.franceinfo.fr/monde-europe-2010-04-22-conflit-linguistique-en-belgique-le-gouvernement-demissionne-433199-14-15.html>

tholische Flandern arm und die Wallonie, die sich in den Händen eines frankophonen industriellen Bürgertums befand, stand mitten im wirtschaftlichen Aufschwung) hat sich die Situation umgekehrt: mit der Wallonie geht es bergab, während Flandern sich in zukunftssträchtigen Branchen entwickelt (Stahlwerke in Küsten- oder Hafennähe, Automobilindustrie, neue Technologien).¹³⁴ Und die flämischen Regionalisten wollen sich nicht mehr an der Finanzierung der Wallonie durch den Bundesstaat beteiligen.

Der Sprachenstreit zeigt die ganze politische Komplexität Belgiens auf. Bis jetzt zählt Belgien noch immer drei Amtssprachen: Niederländisch, Französisch und Deutsch. Und die Wallonen interessieren sich ebenso wie die anderen Bürger der Großregion für die Beherrschung von Fremdsprachen, die es ihnen ermöglichen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu unterstützen. So gab es auch lobenswerte Bemühungen zum Erlernen des Niederländischen.

7.1.6 Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

Die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens lebt in einem rund 854 km² großen Gebiet im Osten der Wallonie nahe der deutschen Grenze. Sie zählte 2010 knapp 75.500 Mitglieder¹³⁵ und ist damit die kleinste der drei belgischen Gemeinschaften. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Gebiet um Eupen, Sankt Vith und Malmedy von Deutschland im Zuge der Reparationszahlungen an Belgien abgetreten. Aber erst 1962 wurde Deutsch zur dritten Landessprache Belgiens, was zur Errichtung des Rates der deutschsprachigen Gemeinschaft führte, der 2004 zum Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens wurde.¹³⁶ Trotz ihrer kleinen Größe und ihrer geringen Einwohnerzahl verfügt die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens über große Autonomie. Sie besitzt einen verfassungsrechtlich verankerten Status, ein eigenes Parlament und eine Regionalregierung, die befugt ist, in so unterschiedlichen Bereichen wie Bildung, Medien, Kultur und teilweise auch Beschäftigung Gesetze zu erlassen.

Deutsch ist als offizielle Sprache der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in Schulen, Ämtern und Gerichten Pflicht. Dennoch kommen die Einwohner dieser Region schon sehr früh in Kontakt mit einer Vielzahl anderer Sprachen und sind meist mehrsprachig. Denn ihr Gebiet besitzt einen großen geografischen Vorteil: die Grenzen mit Deutschland, den Niederlanden, Luxemburg und natürlich auch mit den belgischen Regionen und Gemeinschaften. Hinzu kommt, dass die deutschsprachigen Belgier im Vergleich zu den anderen Belgiern außergewöhnlich mobil sind. Zehntausend Arbeitnehmer pendeln täglich zwischen ihrem Land und Deutschland oder dem Großherzogtum Luxemburg. Sie sind dank ihrer Sprachkenntnisse wertvolle potenzielle Mitarbeiter in den Nachbarländern.

¹³⁴ Weitere Informationen sind dem Artikel von Marc Jacquemain, Soziologieprofessor der Universität Lüttich, zu entnehmen: „Une identité tranquille“ aus „Le Monde diplomatique“ von Dezember 2010.

¹³⁵ Quelle: Eurostat Online-Datenbank: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/setupModifyTableLayout.do>

¹³⁶ Artikel von Alexander Homann, Journalist beim Belgischen Rundfunk (BRF), Brüssel, erschienen in Le Monde Diplomatique vom Dezember 2010.

7.1.7 Fazit

Die politische, soziale und wirtschaftliche Lage der einzelnen Gebiete der Großregion ist in vielerlei Hinsicht unterschiedlich. Diese Heterogenität der Einzelsituationen geht jedoch mit einer gewissen pädagogischen Übereinstimmung im Hinblick auf das Erlernen von Fremdsprachen einher. Mehrsprachigkeit ist für sämtliche Gestalter in der Großregion eine absolute Notwendigkeit, weil die Kenntnis von Fremdsprachen in folgenden Bereichen eine wichtige Rolle spielt:

- ▶ persönliche Entwicklung und Teilnahme an einer globalisierten Welt,
- ▶ europäischer Integrationsprozess (Europa der Bürger) und generell Völkerverständigung,
- ▶ Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft,
- ▶ Einsatzfähigkeit der Arbeitnehmer,
- ▶ Integration von Einwanderern.

Diese Überlegungen gehen zurück auf die Empfehlung des Rates der Europäischen Union von 2008:

- ▶ „Die sprachliche Vielfalt Europas muss geschützt werden und die Gleichberechtigung zwischen den Sprachen erhalten bleiben. Die Institutionen der Europäischen Union müssen diesbezüglich eine zentrale Rolle spielen.“
- ▶ „Da die sprachlichen Bedürfnisse von den Interessen, der Tätigkeit und dem kulturellen Hintergrund jedes Einzelnen abhängen, soll denjenigen, die eine Sprache lernen, ein möglichst breites linguistisches Spektrum zur Verfügung gestellt werden. Ferner müssen sie durch neue Technologien, innovative Methoden und die Vernetzung der Ausbilder unterstützt werden.“
- ▶ „Zur Förderung des Wirtschaftswachstums und der Wettbewerbsfähigkeit ist es wichtig, dass Europa auch über ausreichende Kenntnisse in außereuropäischen Sprachen von weltweiter Bedeutung verfügt. Parallel dazu müssen auch Bemühungen unternommen werden, um den Stellenwert der europäischen Sprachen auf der internationalen Bühne zu verteidigen.“¹³⁷

Aber welche Sprachen sollten vorrangig unterrichtet werden? Ab wann? Wie und bis zu welchem Niveau? Die Antworten auf diese Fragen hängen natürlich stark von den Beteiligten (Lehrer, Arbeitgeber, Verantwortliche politischer Parteien, Mitglieder von Vereinen usw.) und den Bildungs- und Schulungssystemen für lebenslanges Lernen ab, die in den verschiedenen Teilen der Großregion für den Unterricht in Fremdsprachen zuständig sind.

¹³⁷ Ergebnisse der Ratssitzung vom 22. Mai 2008 über Mehrsprachigkeit, Amtsblatt der Europäischen Union vom 6.6.2008 FR, Seite C140/14 und C140/15

7.2 Ziele und Leitlinien für den Fremdsprachenunterricht in der Großregion

Im vorliegenden Kapitel sollen die Leitlinien für den Fremdsprachenunterricht in der Großregion dargelegt werden. Die Ziele des Fremdsprachenunterrichts sind eng mit dem im ersten Teil beschriebenen internen politischen Kontext der Teilregionen sowie mit der allgemeinen Struktur der Bildungssysteme verknüpft. Wir werden zunächst die Gemeinsamkeiten aller sprachpolitischen Grundsätze in der Großregion und anschließend die Besonderheiten jeder Teilregion nennen; die Organisation des Fremdsprachenunterrichts wird im Rahmen der einzelnen Schulsysteme der Großregion ausführlicher beschrieben.

Innerhalb der Großregion lassen sich die folgenden bildungspolitischen Gemeinsamkeiten feststellen:

- ▶ Gleich ob fakultativ oder obligatorisch, der Fremdsprachenunterricht muss die Unterschiede bei Talent, vorhandenen Sprachkenntnissen und individuellen Interessen der Schüler berücksichtigen.
- ▶ Das Englische hat dabei als *Lingua franca* eine besondere Bedeutung. Die internationale Stellung dieser Sprache rechtfertigt, dass sie weiterhin vorrangig im Rahmen der Erstausbildung unterrichtet wird, auch wenn sich die demografischen und wirtschaftlichen Schwerpunkte derzeit nach Asien hin verlagern. Die Schüler sollen die nötige Sprachkompetenz erhalten, damit sie in den meisten Ländern und in einem multikulturellen Umfeld kommunizieren können.
- ▶ Der Fremdsprachenunterricht muss fortlaufend und kohärent in allen Stufen des Bildungssystems, von der Grundschule bis zur Hochschule, unter Berücksichtigung der Erstsprachen fortgeführt werden. Der kontinuierliche Fremdsprachenerwerb erfordert einen fortlaufenden Unterricht über einen mehr oder weniger langen Zeitraum hinweg, der jedoch vom angestrebten Kenntnisniveau, der Vorbildung der Lernenden, ihrem Alter und den eingesetzten Methoden abhängt. Der konstante Unterricht in einer und derselben Sprache (um diese später korrekt zu beherrschen) ist einem wechselnden Unterricht mehrerer Fremdsprachen vorzuziehen. Daher ist es wichtig, entsprechende Strukturen für den Fremdsprachenerwerb sicherzustellen, damit ein Schüler, der in der Grundschule mit einer Fremdsprache begonnen hat, diese in der Sekundarstufe weiter erlernen kann.

Der Fremdsprachenunterricht muss darüber hinaus die Fähigkeiten der Lernenden zur Konzeptualisierung, die sich im Rahmen der weiteren Fächer weiterentwickeln, berücksichtigen.

- ▶ Es wird angestrebt, auch nichtsprachliche Fächer im Rahmen des zweisprachigen Unterrichts anzubieten, um das Erlernen praxisbezogener Fremdsprachenkenntnisse sicherzustellen. Die Nutzung von Fremdsprachen als Arbeitssprachen wird zu einer besseren Aneignung sprachlicher und berufsbezogener Kenntnisse beitragen und die Lerner dabei unterstützen, sich auf die steigende Internationalisierung der Ausbildung, des Hochschulbereichs und der Arbeitswelt vorzubereiten.
- ▶ Die Niveaus der Beherrschung einer Fremdsprache sind im Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GERS) des Europarats festgelegt, der vom

Grundsatz des lebenslangen Lernens ausgeht. „Der Gemeinsame europäische Referenzrahmen stellt eine gemeinsame Basis dar für die Entwicklung von zielsprachlichen Lehrplänen, curricularen Richtlinien, Prüfungen, Lehrwerken usw. in ganz Europa. Er beschreibt umfassend, was Lernende zu tun lernen müssen, um eine Sprache für kommunikative Zwecke zu benutzen.“

- ▶ Die einzusetzenden Strategien hängen von den einzelnen Stufen des Schulsystems ab. Der Fremdsprachenunterricht in den Grundschulen muss die in der Vorschule erworbenen Sprachkenntnisse aufgreifen, sich auf die Lernerfahrungen und Sprachkenntnisse der Schüler, deren Muttersprache nicht die im jeweiligen Land gesprochene Sprache ist, stützen, auf ein interkulturelles Lernen ausgerichtet sein und zu Fortschritten bei Sprachverstehen und Sprachproduktion führen. Am Ende der Grundschule sollten die Schüler das Niveau A1 des GERS erreicht haben (siehe Rahmen Nr. 1).
- ▶ Beim Übergang von der Grundstufe in die Sekundarstufe sollte sich der Fremdsprachenunterricht auf die in der Grundschule erworbenen Kenntnisse stützen. Hierzu muss unbedingt eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen den Schulen der Grundstufe und der Sekundarstufe eingerichtet werden.
- ▶ Der Fremdsprachenunterricht in der Sekundarstufe I soll die Schüler in die Fähigkeit versetzen, ihren Lernprozess selbstständig zu steuern und zu kontrollieren. Zum Ende der Sekundarstufe I (10. Klasse in Deutschland, 3ème in Frankreich) sollten die Schüler im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Lothringen in der ersten Fremdsprache das Niveau B1 des GERS erreicht haben.

Um dem Ziel der Mehrsprachigkeit gerecht zu werden, sollen die Schüler zudem die Möglichkeit haben, sich Grundkenntnisse in mindestens einer weiteren Fremdsprache anzueignen.

- ▶ In der Sekundarstufe II wird zwischen allgemeinbildendem und berufsbildendem Bildungsbereich unterschieden:
- ▶ Im allgemeinbildenden Bildungsbereich richten sich die angestrebten Fremdsprachenkenntnisse nach den Bildungsstandards für den Hochschulzugang. Bei Fremdsprachen, die auf mittlerem oder fortgeschrittenem Niveau unterrichtet werden, wird das Erreichen des Niveaus B2 und bei Fremdsprachen, bei denen in der Sekundarstufe Grundkenntnisse vermittelt werden, das Erreichen des Niveaus B1 erwartet.
- ▶ Im berufsbildenden Bildungsbereich geht es darum, die in der Sekundarstufe I erworbenen Kenntnisse im Hinblick auf die künftige Berufstätigkeit zu festigen und zu erweitern. Das spezielle Ziel besteht im Erlangen der Fähigkeit, die vorhandenen Sprachkenntnisse in komplexen und vielfältigen Situationen der Arbeitswelt zu aktivieren. Die Sprachkompetenz wird auf berufliche Kontexte ausgerichtet, die mehr und mehr fremdsprachliche Kommunikationskompetenzen erfordern. Die Anforderungen werden den in jedem Bildungsgang erforderlichen Kenntnissen entsprechend festgelegt.

Die Kompetenzstufen des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen:

- ▶ A1. Elementare Sprachverwendung – Anfängerniveau: Die Person kann sich auf einfache Art verständigen, wenn die Gesprächspartnerinnen oder Gesprächspartner langsam und deutlich sprechen und bereit sind zu helfen.
- ▶ A2. Elementare Sprachverwendung – Zwischenniveau: Die Person kann einfache Informationen zu vertrauten und geläufigen Dingen austauschen.
- ▶ B1. Selbstständige Sprachverwendung – Schwellniveau: Die Person kann die meisten Situationen bewältigen, denen man auf Reisen begegnet, ein Ereignis oder Erfahrungen schildern, Pläne oder Ansichten begründen.
- ▶ B2. Selbstständige Sprachverwendung – Fortgeschrittenes Niveau: Die Person kann die Hauptinhalte komplexer Texte zu konkreten oder abstrakten Themen verstehen und versteht im eigenen Spezialgebiet auch Fachdiskussionen. Sie kann sich spontan und fließend verständigen, zum Beispiel bei einem Gespräch mit einem Muttersprachler. Der Schüler kann einen Standpunkt zu einer aktuellen Frage erläutern und darüber diskutieren.
- ▶ C1. Kompetente Sprachverwendung – Selbstständiges Niveau: Die Person kann sich klar und strukturiert zu komplexen Sachverhalten äußern. Sie kann die Sprache im gesellschaftlichen und beruflichen Leben oder in Ausbildung und Studium wirksam und flexibel gebrauchen.
- ▶ C2. Kompetente Sprachverwendung – Sprachbeherrschung: Dies ist die höchste Kompetenzstufe in einer als Fremdsprache erlernten Sprache.

Nachfolgend werden wir die unterschiedlichen Bildungssysteme in der Großregion vorstellen und dabei besonders die Organisation des Fremdsprachenunterrichts in den ISCED-Stufen 1 bis 3, also den Stufen der Schulpflicht, beschreiben.

7.2.1 Saarland**Allgemeines zum Bildungssystem und zur Sprachpolitik in Deutschland**

In der Bundesrepublik Deutschland sind die legislativen Kompetenzen zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt. „Jedes Land legt auf konstitutioneller oder legislativer Ebene die Grundlagen des Erziehungssystems fest. Um einen einheitlichen vergleichbaren Unterricht sicherzustellen, haben die Länder ein Kooperationsverfahren über die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, die Kultusministerkonferenz (KMK), entwickelt. Diese Struktur befasst sich mit überregionalen Fragen und soll gemeinsame Positionen in Bereichen von gemeinsamem Interesse festlegen und verteidigen“.¹³⁸ Die KMK wird in Fragen der Erziehungs- und Kulturpolitik und des Hochschulwesens in Deutschland sowie auf europäischer und internationaler Ebene tätig.

Die Empfehlungen der KMK zur Stärkung der Fremdsprachenkenntnisse nehmen ausdrücklich Bezug auf die Entschließung des Rats der Europäischen Union zu einer europäischen Strategie für Mehrsprachigkeit aus dem Jahr 2008. Die KMK befürwortet:

- ▶ den Ausbau des Fremdsprachenunterrichts zur Förderung der Mehrsprachigkeit,
- ▶ die Stärkung der kulturellen Vielfalt Europas,
- ▶ die Förderung von Mobilität und Integration sowie
- ▶ die Vorbereitung auf die immer internationaler werdende Wirtschafts- und Arbeitswelt.

¹³⁸ Centre Info, „L'encyclopédie de la formation“, unter folgender Adresse erreichbar: http://www.encyclopedie-de-la-formation.fr/spip.php?page=pays&id_article=380

Die von der KMK vertretenen Positionen zugunsten einer funktionalen Mehrsprachigkeit werden von allen Ländern geteilt; im Wesentlichen entsprechen diese den oben genannten Grundsätzen.

In seinem Sprachenkonzept 2011 für das Saarland beschreibt der saarländische Minister für Bildung ausführlich die Ziele seiner Sprachpolitik. „Alle Schülerinnen und Schüler im Saarland erwerben auf der Grundlage einer hohen Kompetenz in der deutschen Sprache bildungsgangs- und berufsspezifische interkulturell-kommunikative Kompetenzen in Französisch und in Englisch. Zusätzlich wird interessierten und entsprechend qualifizierten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geboten, kommunikative Kompetenzen auch in Italienisch, Spanisch und gegebenenfalls weiteren Sprachen aufzubauen. Die Sicherung und der Ausbau herkunftssprachlicher Kompetenzen werden im Rahmen der Möglichkeiten gefördert. Am Gymnasium besteht zudem die Möglichkeit des Erwerbs der europäischen Basis-sprachen Latein und Altgriechisch.“¹³⁹ Das Konzept beschreibt die Ziele im Vorschulbereich, in der Grundschule, in der Sekundarstufe I und II sowie in den beruflichen Schulen.

Die Schulpflicht in Deutschland besteht im Alter von 6 bis 18 Jahren (darunter 3 Jahre mit eventueller Teilzeitschulpflicht). Die Grundschule dauert 4 Jahre, anschließend beginnt die Sekundarstufe I (je nach Land im Alter von 10 bis 15 oder 16 Jahren). An die Grundschule schließen sich unterschiedliche allgemeinbildende Schulen der Sekundarstufe an: die Hauptschule (allgemeinbildende Schule bis zur 9. Klasse¹⁴⁰), die Realschule (allgemeinbildende Schule mit höheren Anforderungen bis zur 10. Klasse¹⁴¹), das Gymnasium (allgemeinbildende Schule der Sekundarstufe mit besonders hohen Anforderungen bis zur 12. Klasse) und die Gesamtschule. In den letzten Jahren wurden in mehreren Ländern neue Schultypen eingeführt, die aus administrativer und pädagogischer Sicht die Eigenschaften der Hauptschule und Realschule miteinander kombinieren.

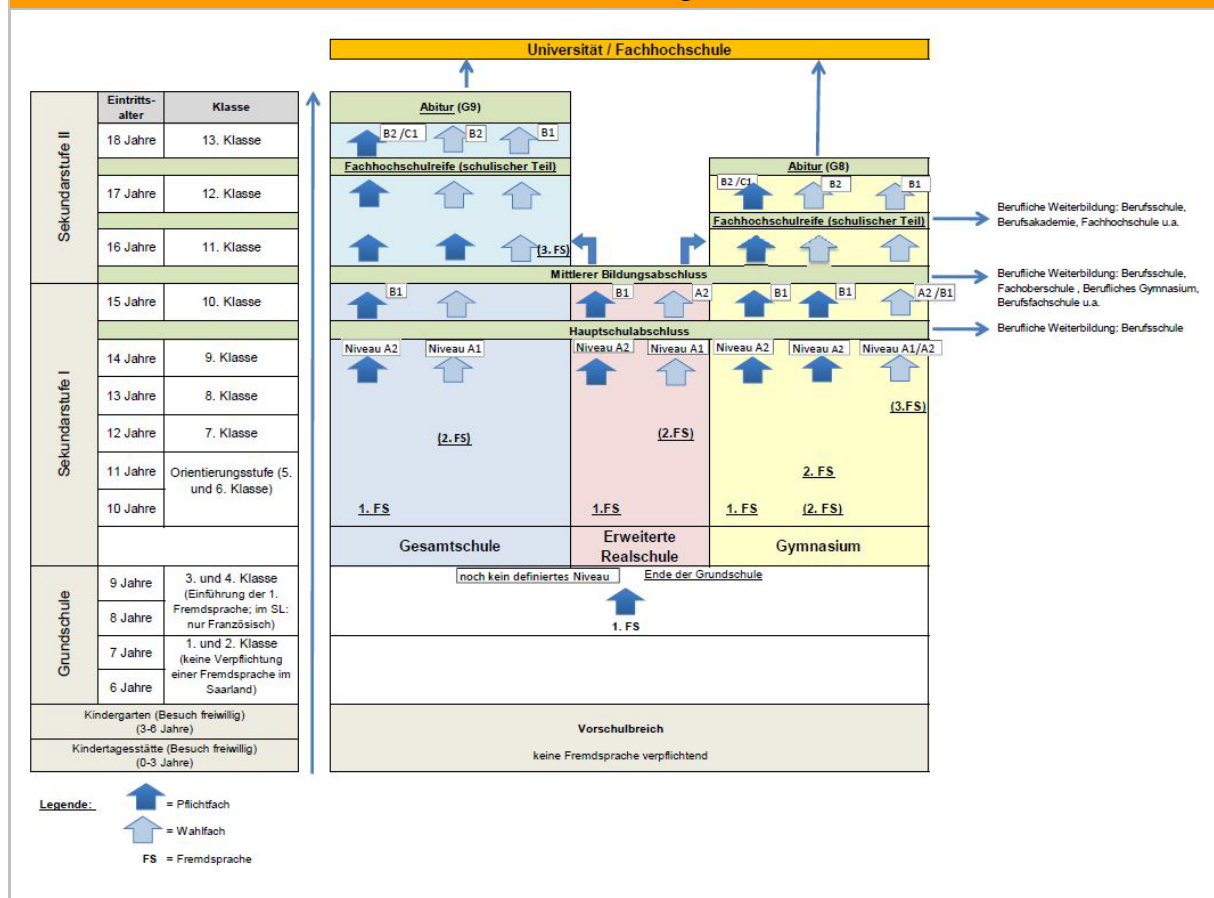
Die nachfolgende Abbildung gibt einen einfachen Überblick über die von der Mehrheit der saarländischen Schüler gewählten Bildungsgänge im Saarland. Der Übergang von einer Schule auf die andere ist flexibel möglich und ermöglicht das Wechseln zwischen unterschiedlichen Schultypen. Das Alter der Schüler ist nur zur Information angegeben, um internationale Vergleiche zu erleichtern; es gilt nicht als Kriterium. Zumal das deutsche Schulsystem auf dem Konzept der Bildung beruht, das den Wissenserwerb mit der Persönlichkeitsentwicklung in Beziehung setzt. Im Saarland beträgt der Zeitraum der Vollzeitschulpflicht neun Jahre, mit Ausnahme der davon freigestellten Schüler.

¹³⁹ Saarländisches Ministerium für Bildung (2010), „Sprachenkonzept Saarland 2011 – Neue Wege zur Mehrsprachigkeit im Bildungssystem“, Saarbrücken.

¹⁴⁰ Möglichkeit des Besuchs der 10. Klasse zum Erreichen des erweiterten Hauptschulabschlusses

¹⁴¹ Das Abschlusszeugnis ermöglicht den Zugang zu Fachausbildungen oder zu Bildungswegen, die zum Abitur führen (Hochschulreife).

Vereinfachtes Schema der im Saarland angebotenen Bildungsgänge mit den Einführungsjahren der Fremdsprachen (FS = Fremdsprache) und dem zum Ende des Schulbesuchs angestrebten Niveau



Seit Beginn des Schuljahres 2012/13 wird im Saarland zunehmend die Gemeinschaftsschule, eine gemeinsame Schule für die drei ersten Jahre der Sekundarstufe, eingeführt, die die Gesamtschule und die Erweiterte Realschule nach und nach ersetzen soll. Die Gemeinschaftsschule führt zum Hauptschulabschluss, mittleren Bildungsabschluss sowie zum deutschen Abitur. Nach dem Ende des verpflichtenden Schulbesuchs sind je nach erzieltm Schulabschluss mehrere Wege der Berufsausbildung möglich. Der Hauptschulabschluss stellt dabei den niedrigsten Schulabschluss im Saarland dar.

Vorschulbereich und Grundschule

Im vorschulischen Bereich, also in den Kindergärten, soll es den Kindern – mit oder ohne Migrationshintergrund – zunächst ermöglicht werden, ihre Sprachkompetenzen im Deutschen zu entwickeln. In zweisprachigen Kindergärten sollen die Kinder in den Bereichen Sprachverständnis und mündliches Ausdrucksvermögen altersgerechte sprachliche und interkulturelle Kompetenzen in der französischen Sprache erwerben. Langfristig ist vorgesehen, dass alle Kindergärten im Saarland das Konzept der zweisprachigen Erziehung in ihre Arbeit integrieren. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass beim Übergang vom Vorschulbereich in die Grundschule eine entsprechende Kontinuität gewährleistet ist.

Die Grundschule umfasst vier Schuljahre und wird im Alter von 6 oder 7 Jahren bis zum Alter von 10 Jahren besucht. Der Französischunterricht an den saarländischen Grundschulen soll

den Kindern Basiskompetenzen bei der mündlichen Kommunikation vermitteln. Zum Ende des vierten Schuljahres sollen sie in der Lage sein, sich durch Anwendung einer einfachen Sprache in Alltagssituationen zurechtzufinden. Schüler, die eine zweisprachige Grundschule besucht haben, sollen darüber hinaus komplexere Kommunikationssituationen beherrschen und über die notwendigen sprachlichen Mittel verfügen, um den Inhalt und die Themen des zweisprachigen Unterrichts zu verstehen.

Sekundarstufe I

Am Ende der Grundschule wählen die Kinder die Schule, die am besten ihren Kompetenzen und Wünschen entspricht: Hauptschule, Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule. Dies stellt eine sehr frühe Entscheidung dar, da jede dieser Schulen zu unterschiedlichen Ausbildungswegen und Berufsfeldern führt. So streben die Abgänger der Haupt- und Realschulen meist eine Berufsausbildung an, die sie entweder innerhalb des dualen Ausbildungssystems (in einem Ausbildungsbetrieb) oder an einer Berufsschule absolvieren können.

Das Sprachenkonzept 2011 der saarländischen Regierung legt fest, dass alle Schüler während der Zeit des obligatorischen Schulbesuchs die französische und die englische Sprache erlernen müssen. Schüler, die den mittleren Bildungsabschluss anstreben, müssen in der ersten Fremdsprache bei allen Kompetenzen die Stufe B1 und in der zweiten Fremdsprache etwa das Niveau A2/B1 erreichen, in jedem Fall jedoch eine ausreichende Sprachkompetenz, um mündliche Kommunikationssituationen im Alltag und im Berufsleben, die mindestens dem Niveau A1 entsprechen, zu bewältigen.

Schüler, die den Hauptschulabschluss anstreben, müssen in der ersten Fremdsprache bei allen Kompetenzen die Stufe A2 und in der zweiten Fremdsprache eine ausreichende Sprachkompetenz erreichen, um mündliche Kommunikationssituationen im Alltag und im Berufsleben, die mindestens dem Niveau A1 entsprechen, zu bewältigen. Da die Hauptschüler gegenwärtig nur eine Fremdsprache erlernen, ist geplant, die Lehrpläne für die Gesamtschulen und Erweiterten Realschulen sowie die Gemeinschaftsschulen dahingehend zu verändern, dass alle Schüler dieser Einrichtungen ab der Klasse 5 die französische und die englische Sprache erlernen können: Französisch als erste Fremdsprache entsprechend den Bildungsstandards der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Englisch in Kursen mit zwei Stunden pro Woche, die die Schüler in erster Linie auf mündliche Kommunikationssituationen in Alltag und Berufsleben vorbereiten sollen. Der Erwerb von Lese- und Schreibkompetenzen ist ab der sechsten Klasse vorgesehen. Besonders leistungsfähige Schüler haben die Möglichkeit, ab der siebten Klasse die zweite Fremdsprache auf der Grundlage der bereits erworbenen Kenntnisse als Wahlpflichtfach mit vier Stunden pro Woche fortzuführen. Im Gymnasium erlernen alle Schüler bereits in der Sekundarstufe I zwei Fremdsprachen, diejenigen im Sprachzweig sogar drei.

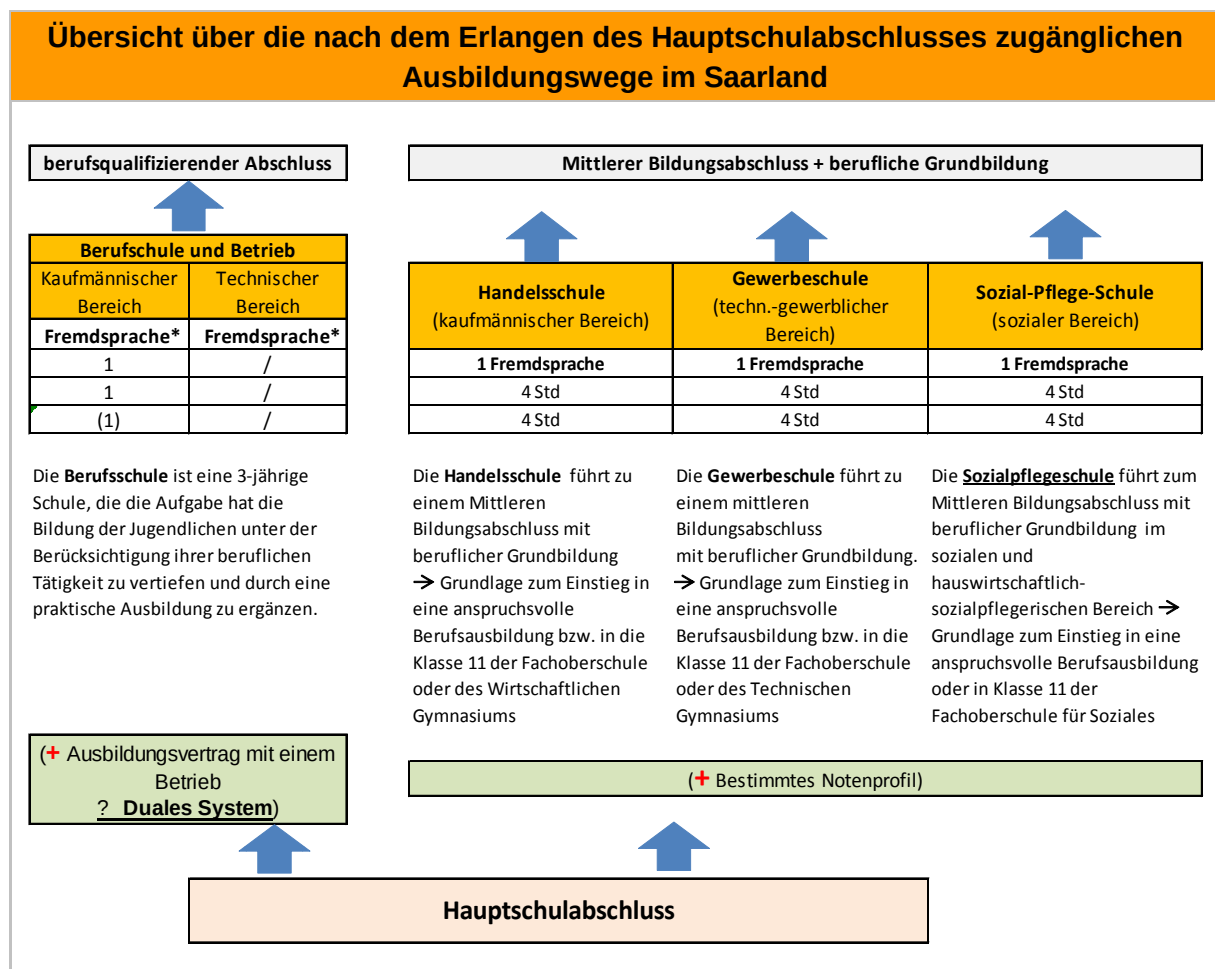
Sekundarstufe II

Ziel des Fremdsprachenunterrichts am Gymnasium ist der Erwerb von Schlüsselkompetenzen im Französischen und Englischen der Stufe B1 des GERS bis zum Ende des neunten Jahres. Beim Abitur muss jeder Schüler in mindestens einer Fremdsprache das Niveau B1/C1 (E-Kurs) oder das Niveau B2 (G-Kurs) erreicht haben. Je nach Schultyp ist es ebenfalls möglich, Kompetenzen in weiteren Sprachen wie zum Beispiel Italienisch oder Spanisch

oder in alten Sprachen wie Latein oder Altgriechisch zu erwerben. Da in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe (Klassen 11 und 12) nur das Erlernen einer Fremdsprache obligatorisch ist, wird vorgesehen, die Mehrsprachigkeit durch ein zusätzliches Angebot an zweisprachigem Unterricht in nichtsprachlichen Fächern auszubauen. Das Konzept sieht ebenfalls vor, die Einrichtung weiterer Gymnasien mit zweisprachigem Unterricht sowie die Einstellung von Lehrkräften mit englischer oder französischer Muttersprache, die nichtsprachliche Fächer unterrichten können, zu fördern.

Unterricht an den beruflichen Schulen nach Erlangen des Hauptschulabschlusses

Nach dem Ende des verpflichtenden Schulbesuchs sind je nach erzieltm Schulabschluss mehrere Wege der Berufsausbildung möglich. Die unten stehende Abbildung illustriert die möglichen Ausbildungswege nach dem Erlangen des Hauptschulabschlusses.

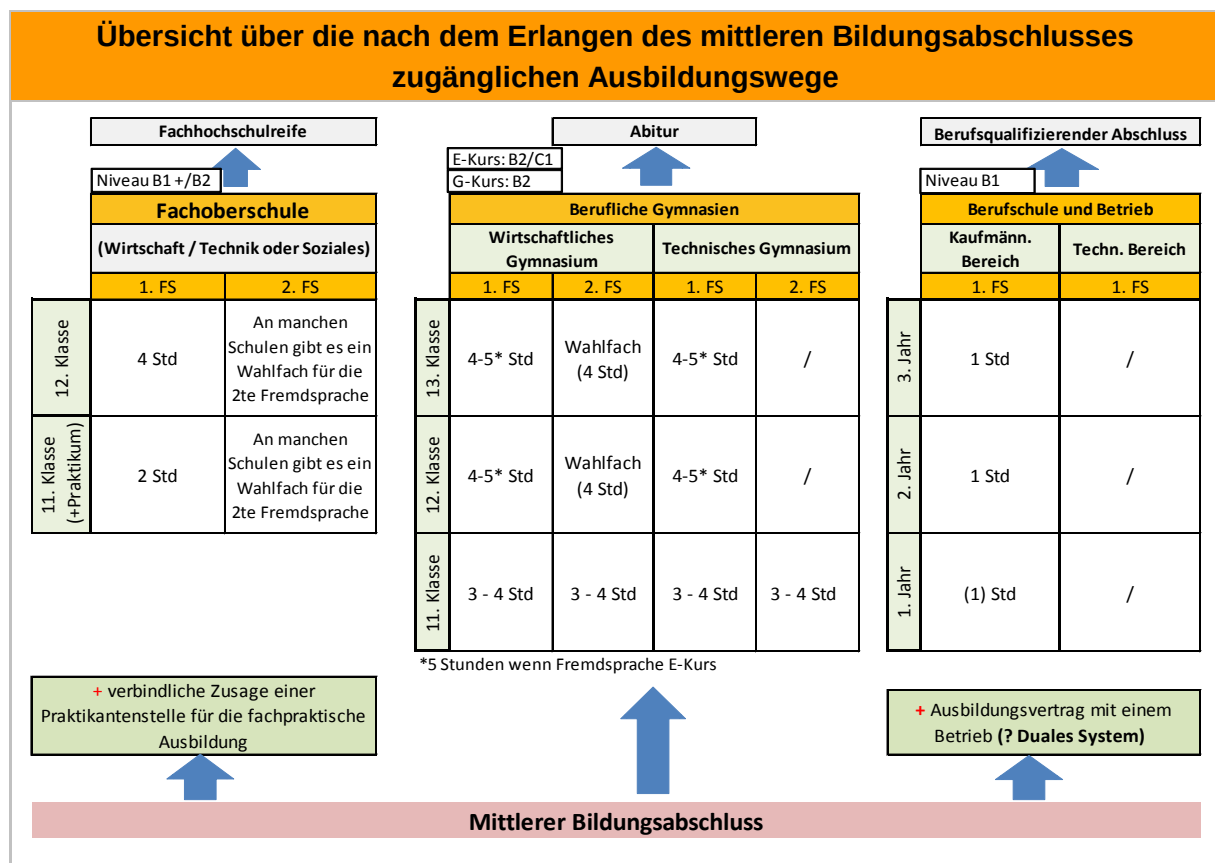


Das Niveau des Fremdsprachenunterrichts an den beruflichen Schulen (Handelsschule, Gewerbeschule und Sozial-Pflege-Schule) entspricht dem der Erweiterten Realschule. Zum Ende der Ausbildung entsprechen die Kompetenzen des Lernenden dem Niveau B1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens. Ziel des Unterrichts an den beruflichen Schulen ist es, die bereits erlangten Kompetenzen zu vertiefen und durch den Erwerb fachbezogener Kompetenzen zu erweitern.

Neben der Vollzeitschulpflicht existiert im Saarland die Berufsschulpflicht. Schüler, die ihre Vollzeitschulpflicht beendet haben und keine Berufsausbildung beginnen oder eine Schule der Sekundarstufe besuchen, sind verpflichtet ein Berufsgrundbildungsjahr (BGA) zu absolvieren. Der Unterricht von Fremdsprachen ist dabei jedoch nicht vorgesehen.

Unterricht an den beruflichen Schulen nach Erlangen des mittleren Bildungsabschlusses

Das unten stehende Schema gibt einen Überblick über die drei Ausbildungswege der Mehrheit der saarländischen Schüler nach Erlangen des mittleren Bildungsabschlusses.



Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, zum Absolvieren einer Berufsausbildung eine Fachschule zu besuchen. Die meisten dieser Schulen sind private Einrichtungen, so etwa die Katholische Fachschule für Sozialpädagogik Saarbrücken GmbH oder die BFW Fachschule Technik. Der Unterricht ist in diesem Fall häufig kostenpflichtig. Diese Schulen bieten Ausbildungen im Bereich Sozialpädagogik an, die im Allgemeinen drei Jahre dauern und gleichzeitig zum Abschluss als staatlich anerkannter Erzieher und zur Fachhochschulreife führen. Diese Ausbildung umfasst den Unterricht einer modernen Fremdsprache. Außerdem gibt es Fachschulen im technischen Bereich, für deren Zugang neben dem mittleren Bildungsabschluss eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung nötig ist.

An den beruflichen Gymnasien entspricht der Fremdsprachenunterricht in den G-Kursen (Grundkurs) und E-Kursen (Erweiterungskurs) dem der allgemeinbildenden Gymnasien. Zum Ende der Ausbildung haben die Schüler aus den G-Kursen die Stufe B1 und Schüler aus den

E-Kursen die Stufe B2/C1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen erreicht.

Ziel des Fremdsprachenunterrichts an den Fachoberschulen ist der Ausbau der im Rahmen des mittleren Bildungsabschlusses erlangten kommunikativen Sprachkompetenzen und die Fähigkeit der Schüler, die Sprache in der Kompetenzstufe B1+/B2 zu verwenden (selbstständige Sprachverwendung). Abiturienten und Fachabiturienten stehen zahlreiche Ausbildungswege offen. Sie können eine Berufsschule besuchen, die eine kurze Ausbildung anbietet, oder eine höhere Berufsfachschule, zum Beispiel um eine Ausbildung im Bereich Hotelwesen und Tourismus zu absolvieren. Der Fremdsprachenunterricht an diesen Schulen hängt vom Typ der Ausbildung ab. Außerdem kann eine Fachhochschule, eine Berufsakademie oder, sofern man das Abitur besitzt, eine Universität besucht werden. Für den Zugang zu einem Fremdsprachenstudium schreiben die Universitäten und Fachhochschulen häufig Mindestanforderungen hinsichtlich der vorhandenen Kenntnisse vor, die der Bewerber vor der Aufnahme des Studiums nachweisen muss. Die Universität des Saarlandes schreibt zum Beispiel für ein Englisch-Bachelorstudium vor, dass die Bewerber mindestens das Niveau B2 besitzen; die deutschen Schüler erfüllen nach dem Erreichen des Abiturs bereits diese Voraussetzungen. Um sich an einer ausländischen Universität einschreiben zu können, wird häufig der Besitz eines international anerkannten Zertifikats gefordert, zum Beispiel TOEFL für die englische, DELF für die französische und DELE für die spanische Sprache.

7.2.2 Rheinland-Pfalz

Weitere allgemeine Informationen zum Schulsystem und zur Sprachpolitik in Deutschland

Seit Ende der 90er Jahre ist das deutsche Schulsystem tief greifenden Veränderungen unterworfen. Im Rahmen der Agenda 2010¹⁴² brachte die Bundesregierung eine umfangreiche Bildungsreform auf den Weg, durch die Beruf und Familienleben der Eltern besser in Einklang gebracht werden sollten. Die Bundesregierung setzte sich weiterhin mit umfangreichen Bundeszuschüssen für die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen ein. Das Vollzeitschulsystem soll außerdem die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund erleichtern.¹⁴³

Im Zusammenhang mit diesem Modernisierungsprozess bemüht sich das Land Rheinland-Pfalz vor allem darum, die Anzahl der Ganztagschulen zu erhöhen. Von 2001 bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 wurden 537 Ganztagschulen geschaffen und circa 900 der etwa 1.600 allgemeinbildenden Schulen machen ihren Schülern Ganztagsangebote. Darüber hinaus wurden umfangreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um den Vorschulbereich

¹⁴² Die Agenda 2010 ist der Name einer Reform, die dem Bundestag im März 2003 vorgelegt wurde und durch die eine neue Dynamik angestoßen, die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum geschaffen sowie eine Entwicklung hin zu mehr Sicherheit, Wohlstand und Gerechtigkeit bewirkt werden sollten. Die Reform betraf zahlreiche Bereiche: Wirtschaft, Steuerrecht, Renten, Beschäftigung, Gesundheit, Bildung und Forschung. Im Bildungsbereich sollten die Schwächen des Schulsystems beseitigt werden. Die Bundesregierung hielt die Festlegung verpflichtender nationaler Bildungsstandards und eine Verbesserung der Lehrerbildung für unerlässlich. Zu den wichtigsten Zielen zählten weiterhin die Steigerung der Anzahl der Hochschulabsolventen und die Stärkung der beruflichen Ausbildung durch eine Veränderung der Voraussetzungen für Ausbildungsbetriebe.

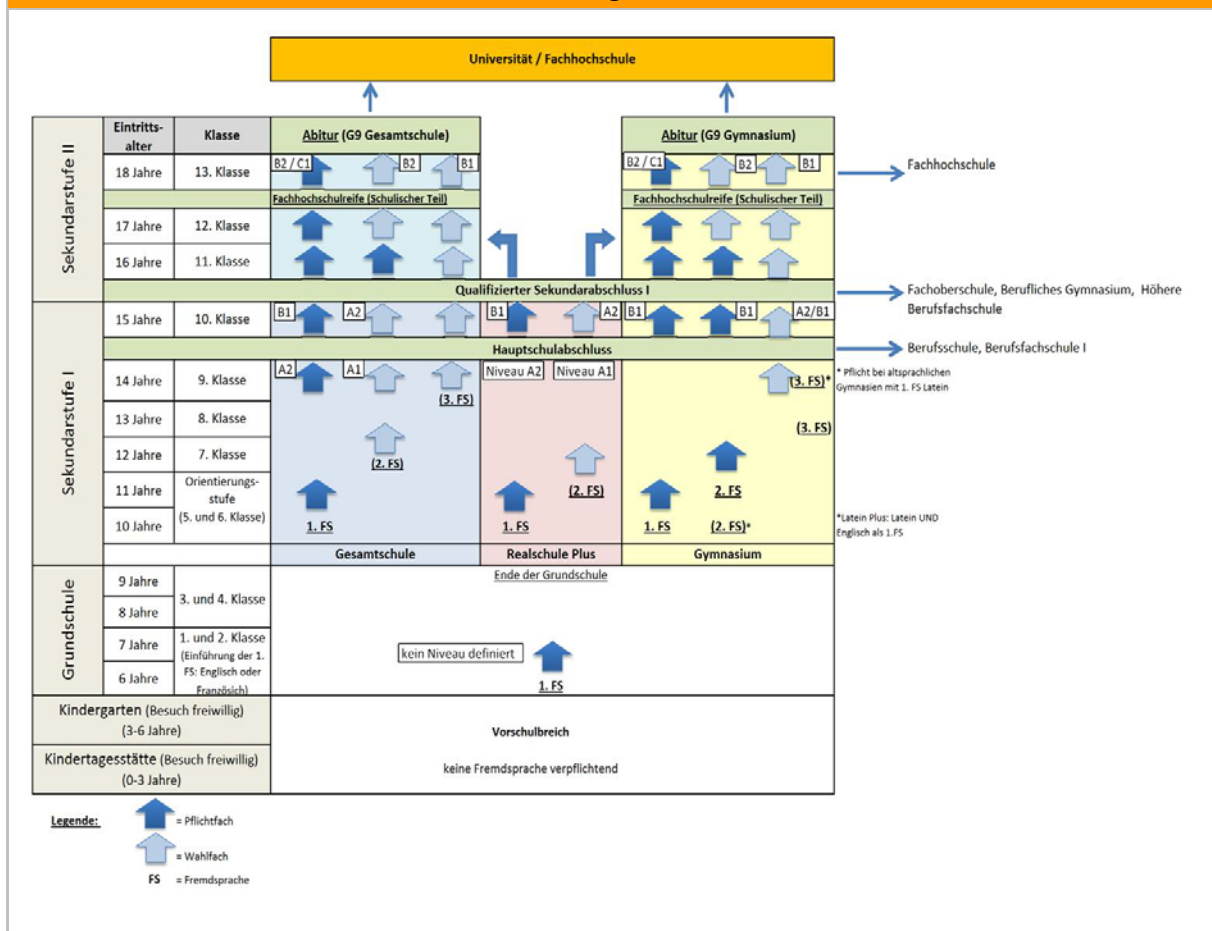
¹⁴³ „Das Schulsystem in Deutschland, vom Kindergarten bis zur Universität“, Informations- und Dokumentationszentrum der deutschen Botschaft, Paris, 12 Seiten.

auszubauen und Aktivitäten anzubieten, die die Kinder auf spielerische Art mit Fremdsprachen vertraut machen. Es gibt zahlreiche Programme zur Förderung des frühzeitigen Fremdsprachenerwerbs, so zum Beispiel das Programm „Lerne die Sprache des Nachbarn“, das in 177 Kindertagesstätten durchgeführt wird und bei dem die Kinder auf unterhaltsame und interaktive Art an die französische Sprache herangeführt werden. Das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ soll eine hochwertige Bildung und Betreuung kleiner Kinder sicherstellen, indem der Kindergartenbesuch ab einem Alter von zwei Jahren ermöglicht wird.¹⁴⁴ Ein gut ausgebautes Kinderbetreuungsangebot, die Programme zum frühzeitigen Erlernen von Fremdsprachen sowie die Maßnahmen zur Förderung des Deutschlernens sollen den Schülern von heute, die die Arbeitnehmer von morgen sind, ermöglichen, die Chancen, die sich ihnen in Rheinland-Pfalz als Grenzregion auf dem europäischen Binnenmarkt bieten, zu nutzen.

Die nachfolgende Abbildung gibt einen einfachen Überblick über die drei von der Mehrheit der Schüler in Rheinland-Pfalz gewählten Bildungsgänge. Durch die Durchlässigkeit des Schulsystems in der Sekundarstufe I ist auch ein Wechsel der Schultypen möglich. Das Alter der Schüler ist nur zur Information angegeben, um internationale Vergleiche zu erleichtern; es gilt nicht als Kriterium. In Rheinland-Pfalz beträgt der Zeitraum der Vollzeitschulpflicht neun Jahre, mit Ausnahme der davon freigestellten Schüler.

¹⁴⁴ Rheinland-Pfalz war das erste deutsche Bundesland, das den kostenlosen Zugang zu Kindergärten (seit September 2009) und einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab einem Alter von zwei Jahren einführt (seit August 2010).

Vereinfachtes Schema der in Rheinland-Pfalz angebotenen Bildungsgänge mit den Einführungsjahren der Fremdsprachen (FS = Fremdsprache) und dem zum Ende des Schulbesuchs angestrebten Niveau



Nach dem Erhalt eines Schulabschlusses bieten sich den Schülern unterschiedliche Möglichkeiten für die Fortsetzung der schulischen Bildung oder die Aufnahme einer Berufsausbildung. Der niedrigste Schulabschluss ist in Rheinland-Pfalz ebenso wie in den meisten anderen Bundesländern der Hauptschulabschluss (nach der 9. Klasse).

Vorschulbereich und Grundschule

Im Vorschulbereich ist in Rheinland-Pfalz der Träger der Kindertagesstätte für die Konzeption und Durchführung der Erziehungsarbeit verantwortlich. In Zusammenarbeit mit den öffentlichen und privaten Trägern sowie externen Sachverständigen hat das Ministerium für Erziehung, Frauen und Jugend im Jahr 2004 Bildungsempfehlungen für die Kindergärten erarbeitet, durch die der Erziehungsauftrag und die Bildungsprogramme der Kindergärten sowohl hinsichtlich ihres Inhalts als auch der Methodik konkretisiert und aktualisiert werden sollen.

Um die schulische Integration der künftigen Schüler frühzeitig zu erleichtern, wurde in den Kindergärten in Rheinland-Pfalz ein Programm zur Förderung der Sprachbildung eingeführt, dessen Hauptziel der Erwerb solider Kenntnisse der Muttersprache während des Zeitraums

des Kindergartenbesuchs und insbesondere die Förderung der Sprachentwicklung von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache ist.¹⁴⁵

In der Grundschule beginnt dann anschließend das Erlernen der englischen und französischen Sprache. Gegenwärtig gibt es circa 20 zweisprachige Grundschulen, die Englisch oder Französisch als erste Fremdsprache anbieten. Seit dem Schuljahr 2005/2006 ist das Erlernen einer Fremdsprache (Englisch oder Französisch) ebenfalls für die Schüler nicht-zweisprachiger Schulen obligatorisch. Es geht dabei jedoch nicht allein darum, das Erlernen der englischen oder der französischen Sprache zu fördern. Rheinland-Pfalz versteht sich als ein weltoffenes Bundesland, das Personen aus anderen Kulturkreisen aufnimmt. Daher soll Menschen aus anderen Ländern und Kulturen das Erlernen der deutschen Sprache als Fremdsprache durch verschiedene Integrationsprojekte erleichtert werden. Da die Kenntnis der Sprache des Aufenthaltslandes als Schlüsselkompetenz im Integrationsprozess von Einwanderern gilt, muss der Unterricht der deutschen Sprache während der gesamten Schulzeit unbedingt sichergestellt und gefördert werden.

Sekundarstufe I

Nach dem Besuch der Grundschule müssen sich die Schüler (und deren Eltern) vor dem Beginn des ersten Jahres in der Sekundarstufe häufig für eine Fremdsprache entscheiden. Es wird empfohlen, das Erlernen der in der Grundschule begonnenen Fremdsprache fortzusetzen. Da der weitere Unterricht der in der Grundschule begonnenen Fremdsprache jedoch nicht immer möglich ist, kann ebenfalls mit dem Erlernen einer neuen Sprache begonnen werden. Die Integrierten Gesamtschulen (IGS) bieten zum Beispiel ausschließlich Englisch als erste Fremdsprache ab der Klasse 5 an; Französisch wird ausschließlich als Wahlpflichtfach ab der Klasse 6 unterrichtet. Schüler, die den Hauptschulabschluss anstreben, sollten in der ersten Fremdsprache die Kompetenzstufe A1 erreichen.

Bei den Realschulen plus bieten einige Schulen Französisch als erste Fremdsprache an, die meisten von ihnen bevorzugen jedoch Englisch. Die zweite Fremdsprache wird ab der Klasse 6 als Wahlpflichtfach unterrichtet. Schüler, die als erste Fremdsprache Französisch lernen, müssen Englisch als zweite Fremdsprache wählen. Schüler, die den mittleren Bildungsabschluss erlangt haben, sollten im Allgemeinen in der ersten Fremdsprache die Kompetenzstufe B1 und in der zweiten Fremdsprache die Kompetenzstufe A2 (sofern sie eine zweite Sprache als Wahlpflichtfach gewählt haben) erreicht haben. Im Gymnasium ist das Erlernen von mindestens zwei Fremdsprachen vorgeschrieben, im altsprachlichen Zweig ist zudem eine dritte Sprache zu wählen (Latein/Altgriechisch). Zum Ende der Sekundarstufe I müssen die Schüler in der ersten und zweiten Fremdsprache die Kompetenzstufe B1 erreicht haben. Wenn sie eine dritte Sprache gewählt haben, sollten sie darin das Niveau A2/B1 erreichen.

Sekundarstufe II:

In Rheinland-Pfalz müssen die Schüler zwei Fremdsprachen erlernt haben, bevor sie die gymnasiale Oberstufe erreichen und später die allgemeine Hochschulreife erlangen. Sofern

¹⁴⁵ Zu den interessanten Initiativen gehört ebenfalls die Eröffnung eines zweisprachigen englisch-deutschen Kindergartens, der „Villa Winzig“ in Kaiserslautern, im August 2009.

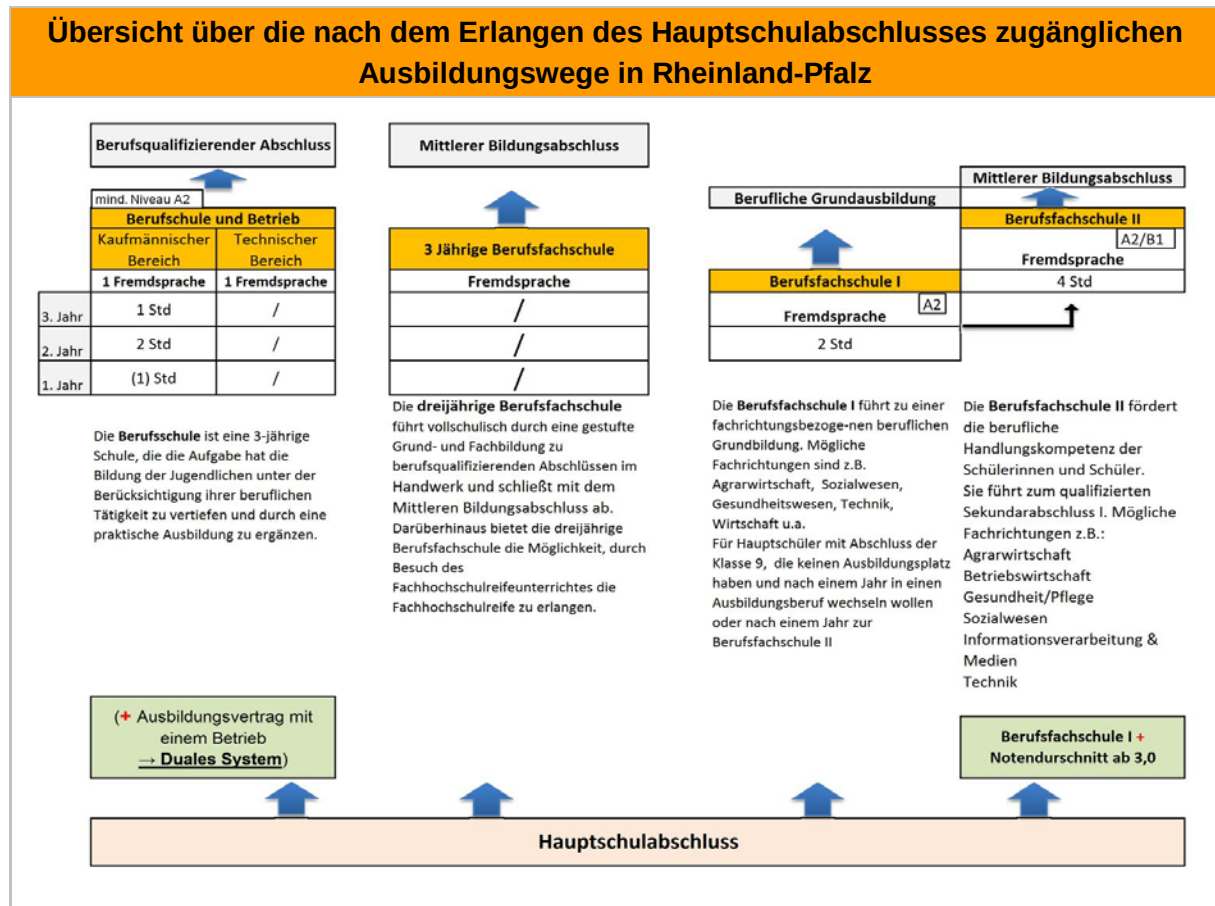
vier Jahre lang durchgehend zwei Sprachen unterrichtet wurden, kann der Schüler sich in der Sekundarstufe II auf eine Fremdsprache beschränken (einschließlich einer fakultativen dritten Fremdsprache wie Spanisch). Schüler, die keinen regelmäßigen Fremdsprachunterricht über vier Jahre hinweg erhalten haben (weil sie von der *Realschule plus*, wo nur das Erlernen einer Fremdsprache vorgeschrieben ist, auf das Gymnasium gewechselt sind), müssen ab Beginn der gymnasialen Oberstufe eine weitere Sprache erlernen, die als Hauptfach mit fünf Stunden pro Woche unterrichtet wird. Darüber hinaus müssen sie den Unterricht in der ersten Fremdsprache bis zum Ende der Klasse 11 fortsetzen. Wenn der Besuch des Gymnasiums mit 9 Jahrgangsstufen um ein Schuljahr gekürzt wurde (G8), ist der Unterricht in zwei Fremdsprachen, die bereits in der Sekundarstufe I erlernt wurden, ab der Klasse 10 vorgeschrieben (Einführungsphase).¹⁴⁶ Um das Abitur zu erhalten, müssen die Schüler in der Fremdsprache, die sie als Leistungskurs gewählt haben, die Kompetenzstufe B2/C1 erreichen. In der als Hauptfach gewählten Sprache müssen sie annähernd das Niveau B2 erreichen.

Schülern, die eine Berufsausbildung anstreben, stehen aufgrund der zahlreichen Schulen mit einem vielfältigen Fremdsprachenangebot viele Ausbildungswege offen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Erweiterung der Sprachkenntnisse durch den Erwerb berufsbezogener Kompetenzen. An den Berufsschulen wird die erste Fremdsprache mit zwei Stunden pro Woche als Wahlpflichtfach unterrichtet. Die Schüler können ebenfalls das KMK-Fremdsprachenzertifikat erlangen.

¹⁴⁶ Siehe Ministerium für Erziehung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (2011): *Fremdsprachen lernen in Rheinland-Pfalz – Informationen für Eltern, Schülerinnen und Schüler*. Mainz. S.14-15.

Unterricht an den beruflichen Schulen nach Erlangen des Hauptschulabschlusses

Das unten stehende Schema illustriert die möglichen Ausbildungswege nach dem Erlangen des Hauptschulabschlusses.

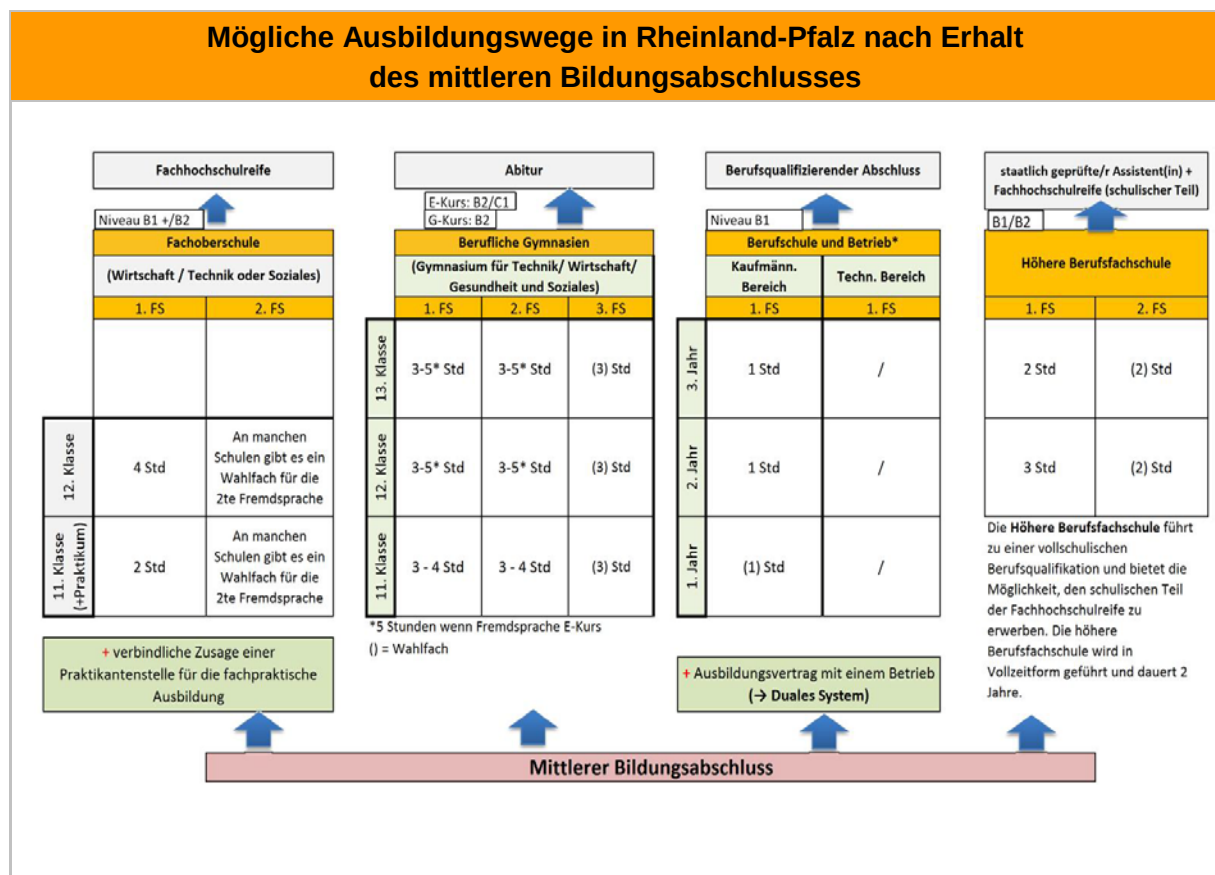


An den im Schema angegebenen beruflichen Schulen erfolgt der Unterricht in den Fächern Deutsch, Fremdsprache, Mathematik, Naturwissenschaften sowie Wirtschafts- und Sozialkunde in Form miteinander verzahnter Lernmodule. Dabei wird vom Hauptschulabschluss bis zur Hochschulreife durchgehend dasselbe didaktische und methodische Konzept angewandt. Synergien zwischen verschiedenen Schulmodulen und Ausbildungsgängen der beruflichen Schulen werden genutzt, um die Effizienz und Flexibilität des Unterrichts zu steigern. Um den Schülern den Zugang zur beruflichen Ausbildung zu erleichtern, beginnt der Fremdsprachenunterricht an der Berufsfachschule I mit dem Niveau A1, jedoch werden aufgrund des zusätzlich erlernten Fachvokabulars höhere Anforderungen gestellt. Am Ende der Berufsfachschule I haben die Schüler ihre berufliche Grundbildung beendet und können anschließend eine Lehre beginnen oder ihre Ausbildung an der Berufsfachschule II fortsetzen, um den qualifizierten Sekundarabschluss I zu erlangen. Der Fremdsprachenunterricht wird dort in der Kompetenzstufe A2/B1 erteilt. Die Lernmodule 1 und 2 an den Berufsfachschulen entsprechen dem zum Ende der Sekundarstufe I erlangten Kenntnisstand (Niveau A2/B1). Darüber hinaus ist es ebenfalls möglich, die Fachhochschulreife zu erlangen, indem die Lernmodule der Oberstufe (meist Abendkurse) absolviert werden, um anschließend das Fachabitur abzulegen.

Schüler, die bei Beginn des Besuchs der beruflichen Schule bereits ein Abitur oder Fachabitur besitzen, können anstatt der Lernmodule 1 und 2 die Module der Oberstufe im Rahmen des Unterrichts an den beruflichen Schulen absolvieren, um zu vermeiden, dass bestimmte Inhalte mehrfach gelehrt werden. Denn der Kenntnisstand dieser Schüler ist aufgrund ihrer Vorbildung selbstverständlich höher. Der Hauptschulabschluss ermöglicht den Zugang zu einer Berufsfachschule, um eine dreijährige Ausbildung zu absolvieren, die jedoch keinen Fremdsprachenunterricht vorsieht.

Unterricht an den beruflichen Schulen nach Erlangen des mittleren Bildungsabschlusses

Das unten stehende Schema illustriert die möglichen Ausbildungswege nach dem Erlangen des mittleren Bildungsabschlusses.



Dabei handelt es sich um die vier Ausbildungswege, die von der Mehrzahl der Schüler nach dem Erlangen des mittleren Bildungsabschlusses gewählt werden. Es gibt noch weitere Möglichkeiten zum Absolvieren einer Berufsausbildung, so etwa der Besuch einer Berufsoberschule I, die zur Fachhochschulreife führt, oder einer Fachschule, für deren Zugang neben dem mittleren Bildungsabschluss eine erfolgreiche Berufsausbildung notwendig ist.

Die Fachhochschulreife kann, wie aus der obigen Abbildung ersichtlich, ebenfalls durch Absolvieren einer zweijährigen Ausbildung an einer Fachoberschule erlangt werden. Sie bietet eine berufliche Grundausbildung sowie eine vertiefende Fachausbildung in den Bereichen Wirtschaft, Technik und Sozialwesen. Ziel des Fremdsprachenunterrichts an den Fachoberschulen ist der Ausbau der im Rahmen des mittleren Bildungsabschlusses erlangten kom-

munikativen Sprachkompetenzen und die Fähigkeit der Schüler, die Sprache in der Kompetenzstufe B1+/B2 zu verwenden (selbstständige Sprachverwendung).

An den beruflichen Gymnasien entspricht der Fremdsprachenunterricht in den G-Kursen (Grundkurs) und E-Kursen (Erweiterungskurs) dem der allgemeinbildenden Gymnasien. Zum Ende der Ausbildung haben die Schüler aus den G-Kursen die Stufe B1 und Schüler aus den E-Kursen die Stufe B2/C1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen erreicht. Die Ausbildung an den höheren Berufsfachschulen hingegen soll die beruflichen und allgemeinen Kompetenzen ausbauen und führt nach zwei Jahren zum Abschluss „staatlich geprüfte/r Assistent/in“, durch den die erforderliche fachliche Qualifikation für die Ausübung bestimmter Berufe nachgewiesen wird, sowie zur Bestätigung der erforderlichen Schulbildung für das Erlangen der Fachhochschulreife.¹⁴⁷ Im Fremdsprachenbereich erreichen die Schüler das Niveau B1/B2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens.

Die Fachhochschulreife ermöglicht den Zugang zu einer Berufsoberschule II, die nach einer einjährigen Ausbildung zur fachgebundenen Hochschulreife (mit einer obligatorischen Fremdsprache) oder zur allgemeinen Hochschulreife (mit zwei obligatorischen Fremdsprachen) führt. Inhaber der Fachhochschulreife oder des deutschen Abiturs erfüllen die Zugangsvoraussetzungen für Fachhochschulen und duale Hochschulen. Die allgemeine Hochschulreife ermöglicht darüber hinaus den Zugang zu einem Universitätsstudium.

Für den Zugang zu einem Fremdsprachenstudium schreiben die Universitäten und Fachhochschulen häufig Mindestanforderungen hinsichtlich der vorhandenen Sprachkenntnisse vor, die der Bewerber vor der Aufnahme des Studiums nachweisen muss. Die Universität Mainz schreibt zum Beispiel für ein Englisch-Bachelorstudium vor, dass die Bewerber mindestens das Niveau C1 besitzen. Die Bewerber müssen daher ihre Englischkenntnisse durch eine Prüfung oder die Vorlage eines anerkannten Sprachzertifikates nachweisen. Sprachzertifikate wie das TOEFL-Zertifikat für die englische Sprache, das DELF für die französische Sprache oder das DELE für die spanische Sprache sind international anerkannt.¹⁴⁸

7.2.3 Lothringen

Allgemeines zum Bildungssystem und zur Sprachpolitik in Frankreich

In Frankreich ist das Erziehungsministerium für die Bildungspolitik zuständig, Schulpflicht besteht von 6 bis 16 Jahren (außer in Ausnahmefällen). Die staatliche Ausbildung im Landwirtschaftsbereich, die sowohl fachbezogenen Unterricht in der Sekundarstufe als auch eine Hochschulausbildung umfasst, fällt jedoch in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Fischfang. Auf regionaler Ebene stellen das Rektorat für das Erziehungsministerium und die Regionalbehörde für Ausbildung und Entwicklung (Service

¹⁴⁷ In diesem Ausbildungsgang muss zum Erlangen der Fachhochschulreife neben der Schulbildung ein einjähriges Praktikum in einem Unternehmen absolviert worden sein.

¹⁴⁸ <http://berufsbildendeschule.bildung-rp.de/gehezu/startseite.html>

<http://lehrplaene.bildung-rp.de/lehrplaene-nach-faechern.html>

<http://www.bbsw-trier.de/sformen/lernbaustein.html>

<http://www.mbwwwk.rlp.de/bildung/schule-und-bildung/bildungswege-in-rheinland-pfalz/>

Sekretariat der ständigen Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland (2011): Das Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland 2010/2011 – Darstellung der Kompetenzen, Strukturen und bildungspolitischen Entwicklungen für den Informationsaustausch in Europa. Bonn.

Régional de la Formation et du Développement) für das Ministerium für Landwirtschaft und Fischfang ein korrektes Funktionieren des Erziehungssystems sicher.

Darüber hinaus wurde im Zuge eines Prozesses zur Dezentralisierung bestimmter Kompetenzen des Zentralstaats die allgemeine Zuständigkeit für berufliche Ausbildungen auf die Regionen übertragen. Die beruflichen Ausbildungszentren werden daher durch die Regionalräte (Conseils régionaux) finanziert. Die Festlegung der beruflichen Ausbildungsprogramme, die die Auszubildenden absolvieren, und der Inhalt der nach der Ausbildung vergebenen Abschlüsse unterliegen jedoch weiterhin der Kontrolle des Ministeriums für Erziehung oder anderer zuständiger Ministerien.

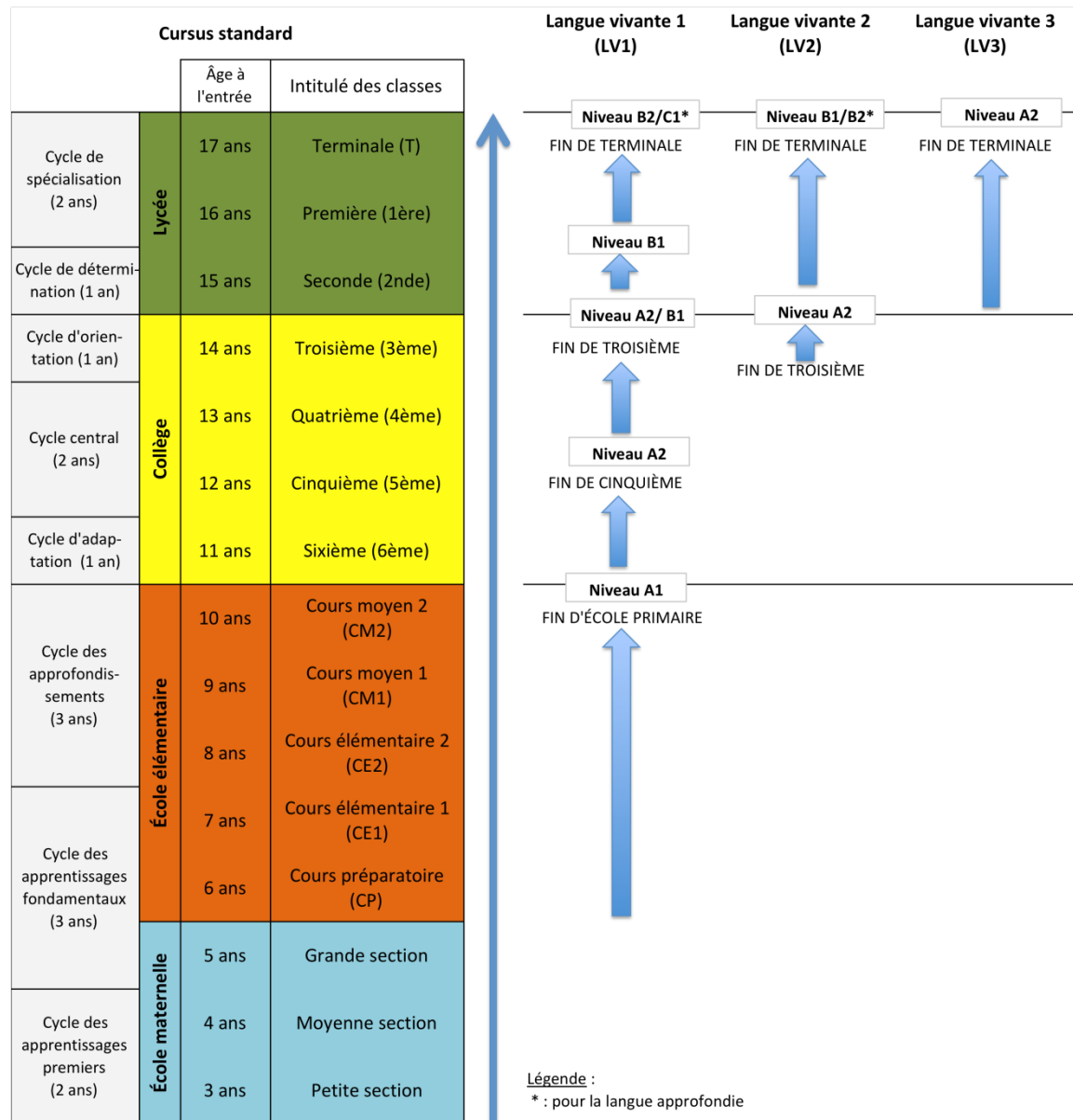
Seit 2005 hat das Ministerium für Erziehung „einen Plan zur Reformierung des Fremdsprachenunterrichts auf den Weg gebracht, der alle Schüler von der Grundschule bis zum Lycée (Gymnasium) betrifft. Ziel dieses Plans ist die Verbesserung der Kenntnisse der Schüler in zwei Fremdsprachen in Anbetracht der Globalisierung, insbesondere durch die Stärkung der mündlichen Sprachkompetenzen der Schüler, basierend auf dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen des Europarats. Neue Programme fördern besonders die Entwicklung des mündlichen Sprachgebrauchs während der Zeit des obligatorischen Schulbesuchs sowie einen ersten Zugang zum Lernstoff über kulturbezogene Inhalte.“¹⁴⁹

Mehrjährige Lehrpläne strukturieren den Fremdsprachenunterricht im Erziehungssystem. Um eventuelle lokale Besonderheiten zu berücksichtigen, sind dabei jedoch Anpassungen möglich. Der Lehrplan in Lothringen trägt daher den wirtschaftlichen und sozialen Besonderheiten der Region Rechnung. Die Bildungspolitik des Ministeriums für Erziehung setzt sich zielbewusst bei allen Jugendlichen mit französischer Muttersprache für eine Zweisprachigkeit ein. Diese Bildungspolitik orientiert sich in großem Maße an den eingangs erwähnten Empfehlungen, und die allgemeinen Strategien zur Förderung des möglichst frühzeitigen Fremdsprachenlernens unterscheiden sich nicht grundsätzlich (allenfalls beim Umfang der Mittel) von denen im Saarland und in Rheinland-Pfalz.

Das im Folgenden angegebene Schema gibt eine Übersicht über den von den meisten Schülern in Frankreich gewählten Bildungsgang. Das Alter der Schüler ist angegeben, um internationale Vergleiche zu erleichtern, stellt jedoch kein Orientierungskriterium dar. Bis auf einige Ausnahmen besteht zwischen 6 und 16 Jahren Schulpflicht.

¹⁴⁹ Website des französischen Erziehungsministeriums: <http://eduscol.education.fr/cid45756/plan-de-renovation-de-l-enseignement-des-langues.html>

Vereinfachtes Schema der in Lothringen angebotenen allgemeinbildenden und technisch-wissenschaftlichen Bildungsgänge mit den Einführungsjahren der Fremdsprachen (LV) und dem zum Ende des Schulzyklus angestrebten Niveau



Der Unterricht der ersten Fremdsprache beginnt in der Grundstufe und wird im Allgemeinen in der Sekundarstufe I fortgesetzt. Die zweite Fremdsprache wird bei den Standardbildungsgängen in der Mitte der Sekundarstufe I eingeführt, mit ihr kann jedoch auch bereits im ersten Jahr des Collège begonnen werden. Das Erlernen einer zweiten Fremdsprache ist für alle Schüler der Seconde im allgemeinbildenden und technisch-wissenschaftlichen Zweig obligatorisch. Gleiches gilt seit 2009 für die zum Fachabitur (baccalauréat professionnel) im Dienstleistungsbereich führenden Bildungsgänge. Von der Pflicht zum Erlernen einer zweiten Fremdsprache sind gegenwärtig nur die Schüler ausgenommen, die ein Fachabitur Technologie und Industrie (baccalauréat technologique industriel) anstreben. Eine dritte Fremdsprache ist nur in bestimmten Bildungsgängen zu erlernen.

Die zum Ende des Lycée erwarteten Kompetenzstufen sind in der unten stehenden Übersichtstabelle angegeben. Diese zum Zyklusende erwarteten Kompetenzstufen richten sich nach der vom Ministerium empfohlenen Stundenzahl des Fremdsprachenunterrichts. Aufgrund der Möglichkeiten zum Ausbau des Fremdsprachenunterrichts in einigen speziellen Zweigen (Zweisprachenzweig, internationaler Zweig usw.) können diese Kompetenzvorgaben in bestimmten Fällen erhöht werden.

Übersicht über die erwarteten Kompetenzstufen in der Sekundarstufe

Kompetenzstufe je nach Bildungsgang	Fremdsprache 1	Fremdsprache 2	Fremdsprache 3
Allgemeinbildendes Gymnasium	Stufe B2	Stufe B1/B2	Stufe B1
Technisch-wissenschaftliches Lycée	Stufe B2	Stufe B1/B2	Stufe B1/A2
Berufsbildendes Lycée oder berufliches Ausbildungszentrum Fachabitur – Dienstleistungen	Stufe B1+	Stufe A2/B1	/
Berufsbildendes Lycée oder berufliches Ausbildungszentrum Fachabitur – Industrie	Stufe B1+	/	/
Berufsbildendes Lycée oder berufliches Ausbildungszentrum Certificat d'aptitude professionnelle (CAP)	Stufe B1	/	/

Die bei einem Teil der Bevölkerung aufgrund eines Migrationshintergrundes vorhandene Zweisprachigkeit gilt heute als Vorteil, sie darf jedoch die Integration in Frankreich nicht behindern. Der Unterricht der Herkunftssprache und -kultur (ELCO) wird gegenwärtig von den Schulbehörden unterstützt, da er die Verbindungen mit den familiären Wurzeln der Kinder von Migranten bewahrt und interkulturelle Aktivitäten, an denen alle Schüler teilhaben, auslöst. Dieser Unterricht findet nur an der Grundschule statt. Der aktuell geltende rechtliche Rahmen für den Unterricht der Herkunftssprache und -kultur ist das Ergebnis von Verhandlungen mit den betreffenden Ländern. Er beruht auf bilateralen Vereinbarungen mit bestimmten Ländern, aus denen besonders viele Migranten stammen: Algerien, Spanien, Italien, Marokko, Portugal, Serbien, Tunesien, Türkei.

Im Rahmen einer nationalen Politik zum Schutz der Regionalsprachen (diese Sprachen sind in Frankreich stark in der Minderheit und keine von ihnen stellt die Stellung des Französischen infrage¹⁵⁰) bemüht man sich in Lothringen um den Fränkischunterricht. Fränkisch ist eine im grenznahen Gebiet gesprochene Regionalsprache. Sie wird von Vereinen unterstützt, die sich für die Fragen der kulturellen Identität und des historischen Erbes interessieren, sowie von Akteuren, die diese Sprache als wertvolles Bindeglied zu den Sprachen der Nachbarländer Deutschland und Luxemburg, zu denen die politischen und wirtschaftlichen Bindungen immer stärker ausgebaut werden, begreifen.

Vorschulbereich und Grundschule

Trotz des allgemein geteilten Konsens', dass es von Vorteil ist, Kinder möglichst früh mit der sprachlichen Vielfalt zu konfrontieren, sind konkrete Projekte hierzu im Vorschulbereich in Lothringen recht selten: In zwei von vier lothringischen Departements (Meuse und Vosges) gibt es keine zweisprachigen Kindertagesstätten. Und in den beiden anderen Departements

¹⁵⁰ Der landesweite Gebrauch der französischen Sprache ist problemlos vereinbar mit der Pflege der Regional- oder Minderheitensprachen als Ausdruck der kulturellen Vielfalt des Landes.

(Moselle und Meurthe-et-Moselle) gab es bis Februar 2012 lediglich 10 Kindertagesstätten, in denen die Kinder mit einer Fremdsprache bekannt gemacht werden. Drei dieser Kitas bieten Deutsch¹⁵¹ und sieben Englisch an.

Was die Vorschule (école maternelle) betrifft, so konnte im Rahmen dieser Studie nicht ermittelt werden, wie der aktuelle Stand beim Bekanntmachen mit einer ersten Fremdsprache ist. Jedoch soll an dieser Stelle eine interessante Initiative erwähnt werden, das Projekt „Trilingua“, das im Département Moselle und im Saarland umgesetzt wird. Trilingua¹⁵² ist ein vom Conseil Général de la Moselle unterstütztes Programm zur Entwicklung der Sprachkompetenz im Département Moselle und im Saarland und wurde für den Zeitraum 2008 bis 2012 genehmigt. Ziel des Projektes ist die Schaffung eines Netzwerks für den Austausch von Assistenzlehrern/Muttersprachlern zwischen den Écoles élémentaires und den Freiwilligen Ganztagschulen (fGts).

Mit Beginn der Schulpflicht, d.h. in der Grundschule, erhalten die Schüler ab dem Cours Élémentaire 1ère année (CE1), also etwa ab dem Alter von 7 Jahren, Fremdsprachenunterricht. „Gegenwärtig werden dem Fremdsprachenerwerb 54 Stunden gewidmet. Diese Stundenzahl kann auf drei Einheiten mit je 30 Minuten oder zwei Einheiten mit je 45 Minuten pro Woche aufgeteilt werden.“¹⁵³ Bestimmte Aktivitäten können durch Muttersprachler geleitet werden. Die Ziele des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule sind:

- ▶ Entwicklung der für das Erlernen von Fremdsprachen nötigen Verhaltensweisen und Haltungen;
- ▶ Gewöhnung des Gehörs an neue Sprachmelodien und Akzente;
- ▶ Erlernen von – vorrangig mündlichen – Kenntnissen und Fähigkeiten in der Fremdsprache.

Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe setzt sich aus zwei Teilstufen zusammen. Die erste Teilstufe ist das Collège, in das die Kinder meist im Alter von 11 Jahren kommen, und das vier Jahre dauert. Die zweite Stufe ist das Lycée (Gymnasium). Am französischen Collège gibt es keine Trennung zwischen allgemeinbildendem und berufsbildendem Zweig, auch wenn im letzten Jahr des Collège Aktivitäten zur Heranführung an das Berufsleben stattfinden. Es handelt sich um ein „collège unique“ (einheitliches Collège).¹⁵⁴ Das folgende Schema gibt die Anzahl der Stunden des Fremdsprachenunterrichts am Collège an.

¹⁵¹ Eine davon befindet sich Sarreguemines und die beiden anderen in Laxou und Maxéville.

¹⁵² Das Projekt erhält im Rahmen des Programms INTERREG IV A „Großregion“ eine EU-Finanzierung über 2,75 Millionen Euro.

¹⁵³ Website: http://trf.education.gouv.fr/pub/edutel/bo/2007/hs8/hs8_preambule.pdf

¹⁵⁴ „Das ‚collège unique‘ wurde 1975 eingeführt. Sein Ziel ist es, alle Schüler von der 6ème bis zur 3ème in einer Einrichtung aufzunehmen und ihnen identischen Unterricht zu erteilen, um so einen großflächigen und gerechten Zugang zur Bildung zu gewährleisten.“:
<http://www.ladocumentationfrancaise.fr/dossiers/college-unique/index.shtml>

Stundenanzahl des Fremdsprachenunterrichts am Collège (Standard-Bildungsgang) und am Ende des Zyklus zu erreichende Kompetenzstufe

	Classes	Langue étrangère 1	Langue étrangère 2 (*)
		Niveau B1	Niveau A2
	Collège		
	3ème	3H	3H
	4ème	3H	3H
	5ème	3H	/
	6ème	4 H	/
		Niveau A1	

Legende: (*) Fremdsprache 2 oder Regionalsprache.

Die Regionalsprache Fränkisch kann nicht in der 6ème als erste Fremdsprache gewählt werden. Allerdings ist Fränkisch am Collège ab der 6ème als Wahlfach möglich.

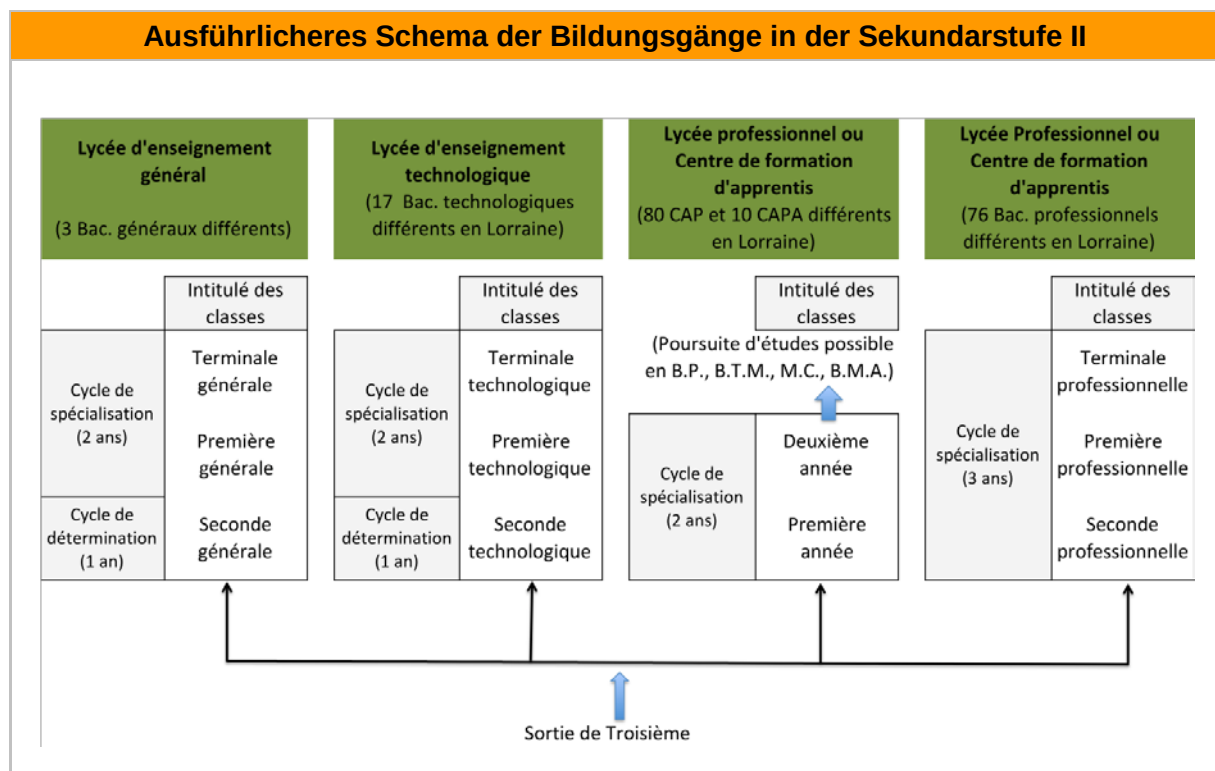
Hinsichtlich der Fremdsprachen gibt es spezielle Schulzweige:

- ▶ **Zweisprachenzweig:** Das Prinzip der Zweisprachenzweige besteht im parallelen Erlernen von zwei Fremdsprachen mit dem gleichen Niveau bei jeweils 3 Wochenstunden ab dem Beginn des Collège, also 6 Stunden Fremdsprachenunterricht pro Woche in den 4 Jahren des Collège. Der Beginn des Unterrichts der zweiten Fremdsprache bereits im ersten Jahr des Collège „stellt eine Antizipation des sonst in der 4ème beginnenden Unterrichts dieser Sprache dar und ist mit der Entwicklung des Fremdsprachenerwerbs in der Grundstufe in Beziehung zu setzen.“ Im Zweisprachenzweig besuchen die Schüler der 6ème und 5ème in der 4ème und 3ème prinzipiell weiterhin den Unterricht der beiden begonnenen Sprachen (Kontinuität ist ein wichtiger Grundsatz der Zweisprachenzweige). Ungeachtet dessen haben die Schüler die Möglichkeit, eine dieser zwei Fremdsprachen aufzugeben und in der 4ème eine neue Sprache zu beginnen, wodurch der Standard-Bildungsgang weiter fortgesetzt würde (selbstverständlich unter dem Vorbehalt, dass die Schule mindestens drei unterschiedliche Sprachen anbietet). Ferner soll darauf hingewiesen werden, dass in der 4ème keine dritte Sprache eingeführt wird, da bereits zwei Sprachen seit zwei Jahren erlernt werden.
- ▶ **Zweig für europäische Sprachen:** „[D]ie Zweige für europäische oder orientalische Sprachen richten sich an Schüler, die ihre Kenntnisse in einer modernen Fremdsprache vertiefen möchten. Die entsprechend motivierten Schüler werden im Allgemeinen ab der 4ème in diesen Zweig aufgenommen. Einige Zweige richten sich auch bereits an Schüler der 6ème. Darüber hinaus können bestimmte Schüler auch in der Seconde (Lycée) mit dem Besuch des Unterrichts dieses Zweigs beginnen. Der Unterricht im Zweig für europäische Sprachen des Collège besteht in den ersten beiden Jahren in einem verstärkten Fremdsprachenunterricht von mindestens zwei Wochenstunden in der gewählten Sprache zusätzlich zum normalen Unterrichtpensum. Im

Lycée werden ein oder mehrere nichtsprachliche Fächer teilweise in der Sprache des Zweigs unterrichtet.“¹⁵⁵

Sekundarstufe II

Die Differenzierung zwischen den einzelnen Bildungsgängen der Sekundarstufe erfolgt in der Sekundarstufe II, im Alter von etwa 15 Jahren. Das unten stehende Schema (ebenfalls eine vereinfachte Darstellung) zeigt die verschiedenen Bildungsgänge, die den Jugendlichen offenstehen. Erwähnenswert ist die Tatsache, dass der technisch-wissenschaftliche Zweig (der zum *baccalauréat technologique* führt) in Frankreich mit dem allgemeinbildenden Zweig (der zum *baccalauréat général* führt), verknüpft ist, da der allgemeinbildende Unterricht weiterhin sehr wichtig ist. Der berufsbildende Bereich (der zum *baccalauréat professionnel* führt) ist hingegen stärker auf praktisches Wissen und Know-how mit direktem Bezug zu den angestrebten Berufsfeldern ausgerichtet.



Sekundarstufe II – allgemeinbildender und technisch-wissenschaftlicher Zweig

Der allgemeinbildende Zweig hat die Vorbereitung zum Abitur im Profil Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (ES), Literatur (L) oder Naturwissenschaften (S) zum Ziel. Der technisch-wissenschaftliche Zweig bereitet die Schüler auf das Abitur im Profil Wissenschaft und Technologie im Bereich Industrie und nachhaltige Entwicklung (STI2D), Laborwissenschaft und -technologie (STL) oder Wissenschaft und Technologie im Bereich Design und angewandte Kunst (STD2A) vor.

¹⁵⁵ Rundschreiben Nr. 92-234 vom 19.08.1992 (berichtigt), veröffentlicht im BOEN (Amtsblatt des frz. Erziehungsministeriums) Nr. 33 vom 03.09.1992

Details zu den einzelnen Spezialisierungen des technisch-wissenschaftlichen Abiturs sollen hier nicht ausgeführt werden, da es gegenwärtig in Lothringen 17 unterschiedliche technisch-wissenschaftliche Abiture gibt.

Am Lycée sind mittlerweile in allen allgemeinbildenden und technisch-wissenschaftlichen Profilen zwei Fremdsprachen vorgeschrieben. Von der Seconde bis zur Terminale können in den allgemeinbildenden Profilen sowie im technisch-wissenschaftlichen Profil Hotelwesen drei Fremdsprachen erlernt werden. Der Ausbau des Fremdsprachenunterrichts wird weiter fortgesetzt. Die mündliche Sprachbeherrschung hat weiterhin einen hohen Stellenwert (ab dem Prüfungszeitraum 2013 ist in allen allgemeinbildenden und technisch-wissenschaftlichen Profilen eine mündliche Prüfung Teil der obligatorischen Abiturprüfungen im Bereich Fremdsprachen). Mit dem neuen literarischen Profil können die Schüler in der Fremdsprache erteilten Unterricht zu fremdsprachlicher Literatur sowie einen intensiveren Fremdsprachenunterricht besuchen.

Stundenanzahl des Fremdsprachenunterrichts am allgemeinbildenden und technisch-wissenschaftlichen Lycée (Standard-Bildungsgänge) und am Ende des Zyklus zu erreichende Kompetenzstufe

Allgemeinbildender Bereich					Technisch-wissenschaftlicher Bereich				
Lycée	Classes	Langue étrangère 1	Langue étrangère 2 ou régionale	Langue vivante 3 (*)	Classes	Langue étrangère 1	Langue étrangère 2 ou régionale	Langue vivante 3	
		Niveau B2	Niveau B1/B2	Niveau A2		Niveau B2	Niveau B1/B2		
	Terminale	LV1 + LV2 = 4 H		3 H	Terminale	LV1 + LV2 = 3 H		1 H	
	1ère	LV1 + LV2 = 4,5 H		3 H	1ère	LV1 + LV2 = 3 H		1 H	
	2nde	LV1 + LV2 = 5,5 H		3 H	2nde	LV1 + LV2 = 5,5 H		/	
		Niveau B1	Niveau A2			Niveau B1	Niveau A2		

Legende: Die Schüler im literarischen Profil können im Rahmen eines optionalen Unterrichts mit drei Wochenstunden eine dritte Fremdsprache erlernen oder ihre Kenntnisse in der ersten oder zweiten Fremdsprache vertiefen.

Was den Fortschritt beim Fremdsprachenerwerb betrifft, so soll in der Seconde im allgemeinbildenden und naturwissenschaftlich-technischem Zweig in der ersten Fremdsprache die Kompetenzstufe B1 und in der zweiten Fremdsprache die Stufe A2 gefestigt werden, bevor in den beiden letzten Jahren des Lycée (1ère et Terminale) die jeweils höheren Stufen angestrebt werden.

Binationaler Zweig

Auch am Lycée besteht die Möglichkeit eines intensiveren Fremdsprachenunterrichts in speziellen Zweigen. Neben dem bereits erwähnten Zweig für europäische Sprachen gibt es auch binationale Zweige (ABIBAC, ESABAC und BACHIBAC). Darin absolvieren die Schüler einen spezifischen Bildungsgang, der mit einem Partnerland (Deutschland, Italien und Spanien) zusammen erarbeitet wurde und zum Erlangen des französischen Baccalauréat und ei-

nes ausländischen Abschlusses führt (deutsches Abitur, italienisches Esame di Stato oder spanisches Bachillerato). Das Grundprinzip ist bei allen drei binationalen Zweigen das gleiche: Die Zulassung zu diesem Zweig erfolgt in der Seconde, in den Profilen ES, L und S. Die Schüler absolvieren 3 Wochenstunden Literatur in der Fremdsprache sowie weitere 4 Wochenstunden Fremdsprachenunterricht. Die Lehrpläne für Geschichte-Geografie und Literatur werden von den zuständigen Behörden beider Länder gemeinsam festgelegt.

- ▶ Das ABIBAC ist das älteste dieser Programme zum Ausbau der Fremdsprachenkenntnisse. Es wurde im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Anschluss an die gemeinsame Erklärung vom Januar 1987 über die gleichzeitige Vergabe des französischen Baccalauréat und der Allgemeinen Hochschulreife (Abitur)¹⁵⁶ sowie im Zuge einer Regierungsvereinbarung vom Mai 1994 geschaffen. Das ABIBAC ermöglicht den vollen Zugang zu den deutschen und französischen Universitäten. Im Hochschulbezirk bieten sechs Schulen einen ABIBAC-Zweig an.
- ▶ Die Schaffung des ESABAC ist das Ergebnis bilateraler Vereinbarungen zwischen Frankreich und Italien, die im Juli 2007 unterzeichnet wurden. Das ESABAC führt nach der Absolvierung eines von beiden Ländern festgelegten integrierten Bildungsgangs zur gleichzeitigen Vergabe des Baccalauréat und des Esame di Stato.¹⁵⁷ Die beiden in der Sprache des Partnerlandes gelehrten Fächer sind Literatur und ein nichtsprachliches Fach (DNL), in diesem Fall Geschichte. Zum Ende des Schulbesuchs wird die Kompetenzstufe B2 angestrebt. Im Hochschulbezirk wird das ESABAC nur in einem Lycée seit Beginn des Schuljahrs 2010/2011 angeboten.
- ▶ Das BACHIBAC wurde im Anschluss an die Vereinbarung über die gleichzeitige Vergabe des Baccalauréat und des Bachillerato, welche im Januar 2008 durch den französischen und den spanischen Erziehungsminister unterzeichnet wurde, geschaffen. Ebenso wie bei den mit Deutschland und Italien vereinbarten Programmen werden die Fächer Literatur und Geschichte (als nichtsprachliches Fach) in der Sprache des Partnerlandes unterrichtet. Im Hochschulbezirk bereitet ebenso nur ein Lycée seit Beginn des Schuljahrs 2010/2011 auf das BACHIBAC vor.

Internationaler Zweig

Internationale Zweige sind in den Grundschulen, Collèges und Lycées möglich. Ihr Ziel ist es, „die Integration ausländischer Schüler in das französische Bildungssystem zu erleichtern und durch ihre Präsenz günstige Bedingungen für den Erwerb umfangreicher Kenntnisse in einer Fremdsprache seitens der französischen Schüler zu schaffen.“¹⁵⁸ Im Hochschulbezirk Nancy-Metz gibt es nur ein Lycée mit einem internationalen Zweig für britisches Englisch.

Sekundarstufe II – Berufsbildender Bereich

Die berufliche Erstausbildung setzt den allgemeinbildenden Bildungsgang fort und bereitet die Jugendlichen auf eine qualifizierte Beschäftigung – vom Arbeiter/Angestellten bis zum Ingenieur/höheren Angestellten – vor. Sie unterliegt der geteilten Zuständigkeit des Staats, der Conseils régionaux und der Arbeitgebervertreter. Die berufliche Erstausbildung ist in

¹⁵⁶ siehe Rundschreiben Nr. 87-030 vom 29. Januar 1987

¹⁵⁷ siehe Erlass vom 2. Juni 2010 über die gleichzeitige Vergabe des Baccalauréat und des Esame di Stato

¹⁵⁸ Website: <http://eduscol.education.fr/pid23147/sections-internationales.html>

Siehe ebenso Artikel D. 421-131 und D. 421-132 Code de l'éducation (frz. Erziehungsgesetz)

Frankreich auf zwei Wegen möglich: auf dem schulischen Weg (Besuch eines berufsbildenden Lycée) oder durch eine Lehre, mit gelegentlichen Veranstaltungen in den Bildungszentren für Auszubildende (centres de formation d'apprentis, CFA).

Berufliche Ausbildung auf dem schulischen Weg

Die Schüler erlangen innerhalb von zwei Jahren ein Facharbeiterzeugnis (certificat d'aptitude professionnelle, CAP) oder besuchen direkt das Vorbereitungsjahr zum dreijährigen beruflichen Abitur (baccalauréat professionnel). Das allgemeine Ziel der beiden Bildungsgänge ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Es ist jedoch ebenso eine Fortsetzung der Ausbildung möglich. Inhaber eines CAP können zum Beispiel erneut das 1. Schuljahr des berufsbildenden Lycée besuchen, um das berufliche Abitur anzustreben. Ebenso können bestimmte Inhaber eines beruflichen Abiturs eine Hochschule besuchen, in erster Linie um in zwei Jahren ein Brevet de technicien supérieur (BTS, höheres technisches Diplom) zu erlangen. Im berufsbildenden Bereich bieten alle Bildungsgänge, die zum CAP oder zum beruflichen Abitur führen, eine obligatorische Fremdsprache an. Seit Beginn des Schuljahres 2009/2010 ist eine zweite Fremdsprache zum Erlangen des beruflichen Abiturs im Dienstleistungsbereich vorgeschrieben.¹⁵⁹ Der Unterricht am berufsbildenden Lycée konzentriert sich auf die kommunikativen Kompetenzen und die Fachsprache des angestrebten Berufsfelds.

Stundenanzahl des Fremdsprachenunterrichts am berufsbildenden Lycée (Standard-Bildungsgänge) und am Ende des Zyklus zu erreichende Kompetenzstufe

Classes	CAP (a)	BACCALAURÉAT PROFESSIONNEL		
		Grille 2 : Tertiaire/services (b)		Grille 1 : Autres spécialités de formation (c)
	Langue vivante 1	Langue vivante 1	Langue vivante 2	Langue vivante 1
	Niveau A2	Niveau B1 +	Niveau B1	Niveau B1 +
3ème année		3,8 H		2 H
2ème année	2 H à 2,5 H	3,8 H		2 H
1ère année	2 H	3,8 H		2 H
	Niveau A2	Niveau B1	Niveau A2	Niveau A2

Legende:

- (a) Je nach CAP ist der Anteil der praktischen Ausbildung unterschiedlich. Daher liegt die Jahresstundenanzahl des Fremdsprachenunterrichts zwischen 52 und 62,5 Stunden.
- (b) Der Tabellenteil 2 bezieht sich auf das berufliche Abitur der folgenden Bereiche: Handel – Buchhaltung – Transportwesen – Logistik – Sekretariat – Sicherheit und Unfallverhütung – Lokale Dienstleistungen und lokales Leben – Dienstleistungen (Empfang, Hilfe, Beratung) – Verkauf (Neukundengewinnung, Verhandlung, Kundennachbetreuung).
Zu beachten ist, dass das berufliche Abitur im Bereich Hotelwesen nicht in diese Kategorie fällt.
- (c) Der Tabellenteil 1 bezieht sich auf alle anderen zum beruflichen Abitur führenden Bildungsgänge, bei denen der Physik- und Chemieunterricht höhere Bedeutung besitzt und nur eine obligatorische Fremdsprache vorgesehen ist. Der Bildungsgang „Hotelwesen“ gehört zu dieser Kategorie.

¹⁵⁹ Website: <http://eduscol.education.fr/cid45730/presentation.html>

Bei den angestrebten Kompetenzstufen fällt auf, dass für das CAP das Niveau A2 vorgegeben ist, das eigentlich bereits im zweiten Jahr des Collège erreicht werden soll. In Realität liegen die Leistungen eines Großteils der Schüler, die ein CAP anstreben, im allgemeinbildenden Bereich jedoch hinter denen der Schüler, die andere Bildungsgänge wählen, zurück. Daher ist das Niveau, das zum Ende der zum CAP führenden Ausbildung angestrebt wird, als eine Festigung der erworbenen Basiskenntnisse zu sehen. Ähnliches gilt für die Schüler, die ein berufliches Abitur anstreben. Das nach der dreijährigen Ausbildung angestrebte Mindestziel ist die Festigung der Kompetenzstufe B1. Ungeachtet dessen erwerben bestimmte Schüler auch darüber hinausgehende Fremdsprachenkenntnisse.

Berufliche Ausbildung durch eine Lehre

Für die Berufsausbildungen im Handwerksbereich ist der Unterricht einer Fremdsprache ebenso wie bei allen Bildungsgängen, die zum beruflichen Abitur und bestimmten CAP (zum Beispiel Kunsttischlerei oder Schilder, Zeichen und Dekors) führen, obligatorisch. In den CFA in Lothringen, einschließlich des Departements Moselle, wird häufig Englisch als einzige Fremdsprache angeboten. Bei den Berufsausbildungen im Dienstleistungsbereich ist der Unterricht einer Fremdsprache häufig obligatorisch, insbesondere bei den BTS und Licences professionnelles sowie zum Teil im ersten Jahr des Masterstudiums. Dabei wird fast ausschließlich Englisch gewählt, und bei einigen Ausbildungsgängen wird wegen fehlender Schüler mittlerweile kein Deutschunterricht mehr angeboten (zum Beispiel am CFA Bankwesen Nancy).

7.2.4 Luxemburg

Allgemeines zum Bildungssystem und zur Sprachpolitik in Luxemburg

Das öffentliche Bildungswesen unterliegt in Luxemburg der Zuständigkeit des Staats, jedoch sieht Artikel 107 der Verfassung vor, dass die Kommunen an der Umsetzung des Bildungswesens mitwirken. Die am Bildungswesen im Bereich des Grundschulunterrichts beteiligten Institutionen sind somit der Staat und die Kommunen, und im Bereich des Sekundarunterrichts der Staat allein. Schulpflicht besteht im Alter zwischen 4 und 16 Jahren. Es gibt ebenfalls einen privaten Bildungssektor. Bestimmte Privatschulen richten sich dabei nach den staatlichen Lehrplänen, andere tun dies nicht. Darüber hinaus gibt es in Luxemburg einige internationale Schulen.

Die Kinder lernen ab dem Alter von 6 Jahren Deutsch und ab 7 Jahren Französisch. Die marginale Stellung der Landessprache im luxemburgischen Schulsystem verdeutlicht die besondere Problematik der Sprachen in Luxemburg. Gegenwärtig nutzt die Mehrzahl der luxemburgischen Sprecher ihre Landessprache im mündlichen Sprachgebrauch. Die Rolle des Luxemburgischen als Unterrichtssprache ist schwer einzuschätzen, denn in der Sekundarstufe werden die meisten Fächer auf Deutsch oder Französisch unterrichtet.

Darüber hinaus ist der luxemburgische Staat aufgrund des starken multikulturellen Charakters der Bevölkerung mit der Notwendigkeit konfrontiert, auf Schüler mit unterschiedlichem sozialen und kulturellen Hintergrund in gleicher Weise einzugehen. So sprechen 56% der Schüler des Grundschulunterrichts und 42% der Schüler des Sekundarunterrichts in ihrer Familie kein Luxemburgisch. Das luxemburgische Schulwesen muss die anspruchsvolle

Aufgabe erfüllen, die Integration ausländischer Kinder zu fördern, was auch heißt, Sprachbarrieren zu beseitigen, und gleichzeitig die Möglichkeiten einer künftigen Tätigkeit auf dem luxemburgischen Arbeitsmarkt stärken, wofür zum Teil auch die Beherrschung des Luxemburgischen notwendig ist.

Im Jahr 2000 bekräftigte die Abgeordnetenversammlung ihren Willen:

- ▶ „die Einheit der luxemburgischen Schule sowie ihrer Diplome und Abschlüsse zu erhalten, da der Besuch derselben Schule durch ausländische und luxemburgische Kinder mehr denn je unerlässlich ist, um den sozialen Zusammenhalt in Luxemburg mittel- und langfristig sicherzustellen;
- ▶ das Prinzip der Dreisprachigkeit (Luxemburgisch, Deutsch und Französisch) der luxemburgischen Schule zu erhalten;
- ▶ ab dem vorschulischen Bereich spezielle Maßnahmen zum Erlernen der luxemburgischen Sprache als Kommunikationssprache zu fördern, damit diese ihre Rolle als Integrationsfaktor in der luxemburgischen Gesellschaft entfalten kann.“¹⁶⁰

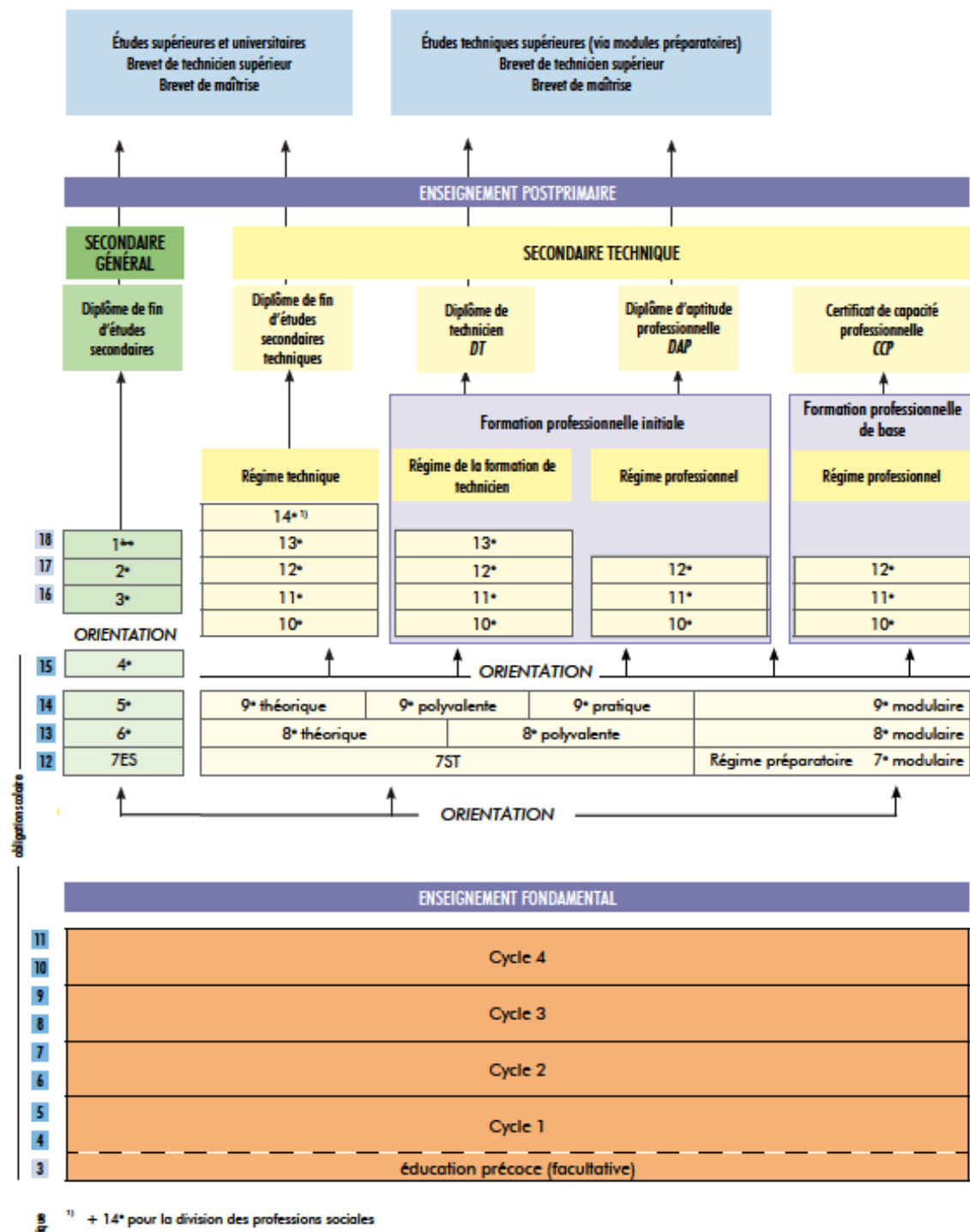
In letzter Zeit bemühte sich das Ministerium für Erziehung und Berufsausbildung, seine allgemeine Politik zum Thema Fremdsprachenunterricht auszubauen:

- ▶ Ohne die Aufrechterhaltung der Dreisprachigkeit im Schulsystem infrage zu stellen, ist dennoch eine „Neuanpassung“ des Fremdsprachenunterrichts möglich, um der Komplexität der Sprachensituation in Luxemburg Rechnung zu tragen. Die Regierung spricht sich „für einen differenzierten Fremdsprachenunterricht [aus], bei dem der Schüler zwischen Deutsch und Französisch als Zweitsprache wählen kann, wobei das Erlernen dieser zweiten Sprache weiterhin verpflichtend ist. In der Grundstufe erfolgt die Alphabetisierung weiterhin auf Deutsch, im Rahmen des Französischunterrichts ab dem dritten Jahr wird mehr zwischen mündlicher und schriftlicher Sprachverwendung unterschieden, wobei der Schwerpunkt zunächst auf dem mündlichen Sprachgebrauch liegt.“¹⁶¹
- ▶ Erweiterung des frühzeitigen Fremdsprachenunterrichts auf weitere für das Leben in Luxemburg wichtige Sprachen. Dies betrifft die englische Sprache, mit der früher begonnen werden kann, sowie das Angebot von Portugiesisch-Unterricht (viertwichtigste Sprache des Landes) in der Sekundarstufe.
- ▶ Besondere Aufmerksamkeit soll der Betreuung von Kindern mit Migrationshintergrund, die Luxemburgisch nicht als Muttersprache sprechen, gelten, um schulische Misserfolge zu vermeiden. Es werden Evaluationen des Beitrags integrierter Kurse in der Muttersprache für den schulischen Erfolg dieser nicht-luxemburgischen Kinder durchgeführt.

¹⁶⁰ Berg-Weiss-Bericht, Zitat: Tonnar-Meyer 2003, Seite 86.

¹⁶¹ Quelle: <http://www.gouvernement.lu/gouvernement/programme-2009/programme-2004/programme2004/educ/index.html>.

Schema der allgemeinen Struktur des Schulsystems in Luxemburg mit den zum Ende des Schulbesuchs angestrebten Abschlüssen



Quelle: „Les chiffres clés de l'Éducation nationale 2010-2011“ MENFP

Von der Vorschule bis zum Zyklus 2.1 wird an der Schule Luxemburgisch gelernt; anschließend werden ab dem Zyklus 2.2 bis zum Zyklus 4 Deutsch und Französisch eingeführt: Deutsch ist die Unterrichtssprache in den Entwicklungs- und Lernbereichen mit Bezug auf die Alphabetisierung, die deutsche Sprache, Mathematik, Einführung in die Wissenschaft,

Natur- und Geisteswissenschaften sowie Ethik und Sozialkunde. Französisch ist die Unterrichtssprache zum Erlernen des Französischen und Luxemburgisch die Sprache des Luxemburgisch-Unterrichts. In Bereichen mit Bezug auf den körperlichen Ausdruck, Psychomotorik, Sport und Gesundheit, Einführung in Ästhetik, Kreation und Kultur, Kunst und Musik können Luxemburgisch, Deutsch und Französisch als Unterrichtssprachen verwendet werden, insbesondere um das Erlernen dieser Sprachen zu fördern, indem sie in einem Kontext außerhalb des eigentlichen Sprachunterrichts angewendet werden. Selbstverständlich muss die Nutzung einer bestimmten Sprache kohärent und strukturiert erfolgen. Ungeachtet dessen werden schriftliche Erläuterungen auf Deutsch gegeben und verfasst.

Die zum Ende des Grundschulunterrichts angestrebten Niveaus sind in einer Liste spezifischer Kompetenzen angegeben, die der Großherzoglichen Verordnung vom 26. August 2009 über den Lehrplan für die vier Zyklen des Grundschulunterrichts als Anhang beigefügt ist. Im Rahmen der vorliegenden Studie war es leider nicht möglich, diese Kompetenzlisten mit dem gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen in Beziehung zu setzen.

Vorschulbereich und Grundschule:

Der Grundschulunterricht in Luxemburg umfasst 9 Schuljahre, die auf 4 Zyklen aufgeteilt sind. Der Besuch des 1. Zyklus (Betreuung dreijähriger Kinder), der einem Jahr frühkindlicher Bildung entspricht, ist fakultativ; darauf folgen zwei Jahre vorschulische Bildung, die Teil der Schulpflicht ist. Die folgenden 3 Zyklen entsprechen der Primarstufe und dauern jeweils 2 Jahre. Der Vorschulunterricht bereitet das Kind auf Lebenssituationen und das gemeinsame Lernen vor und zielt auf seine Gesamtentwicklung sowie seine soziale und schulische Integration ab. Die pädagogischen Aktivitäten stimulieren die mentale, kognitive und sprachliche, schöpferische und motorische Entwicklung. Ein vorrangiges Ziel ist das Erlernen der luxemburgischen Sprache. Die Lehrer sprechen mit ihren jungen Schülern so oft wie möglich Luxemburgisch. Für Kinder mit ausländischer Herkunft ist die Schule oft der erste Ort, wo sie mit der luxemburgischen Sprache konfrontiert sind. Je nach Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die sich in einer anderen Sprache als den drei Verkehrssprachen in Luxemburg ausdrücken (zum Beispiel auf Portugiesisch), ist es wahrscheinlich, dass auch andere Sprachen in der Klasse gesprochen werden. Während des Schuljahrs vor Beginn des Primärunterrichts enthält der Vorschulunterricht immer mehr spezifische Aktivitäten, die auf die Alphabetisierung in deutscher Sprache und das Erlernen der Mathematik vorbereiten.¹⁶²

Zu Beginn des Primärunterrichts wird durch die Lehrpläne des Zyklus 2 zunächst eine Kontinuität zwischen Vorschule und Primärschule sichergestellt. Der Unterricht wird nicht durch einzelne Fächer sondern durch große Aktivitätsbereiche strukturiert. Die Beherrschung der Sprache nimmt weiterhin einen wichtigen Platz ein. Da im Alter von 6 Jahren der Deutschunterricht eingeführt wird, lernen alle Schüler auf Deutsch Lesen und Schreiben. Der Französischunterricht beginnt im folgenden Jahr, im Zyklus 2.2., Deutsch bleibt dabei jedoch die Sprache des Grundschulunterrichts.

Die Konfrontation mit mehreren Sprachen kann für die Kinder ausländischer Eltern Probleme verursachen, insbesondere wenn sie keine der drei Amtssprachen sprechen. Es gibt jedoch

¹⁶² Quelle: Website <http://www.guichet.public.lu/>

eine Reihe von europäischen und internationalen Schulen sowie von privaten Einrichtungen, in denen die Hauptsprachen Französisch und Englisch sind.

Die unten stehende Tabelle zeigt die konsequenten Bemühungen der luxemburgischen Schulen im Bereich Fremdsprachen. So sind ab dem Zyklus 3 13 Wochenstunden für das Erlernen von Sprachen vorgesehen. (Zur Erinnerung: Eine Unterrichtsstunde dauert 50 Minuten im Grundschulunterricht und 55 Minuten im Sekundarunterricht.)

**Wochenstundenzahl für den Fremdsprachenunterricht an der Primärschule
(Grundschulbereich)**

Klasse	Erlernte Sprachen	Durchschnittliche Stundenzahl pro Woche
Zyklus 1	Unterricht in luxemburgischer Sprache	/
Zyklus 2	Alphabetisierung ab dem zweiten Jahr in deutscher Sprache, französische Sprache und Entdecken anderer Sprachen	10
	Luxemburgische Sprache	1
Zyklus 3	Deutsche Sprache, französische Sprache und Entdecken anderer Sprachen	12
	Luxemburgische Sprache	1
Zyklus 4	Deutsche Sprache, französische Sprache und Entdecken anderer Sprachen	12
	Luxemburgische Sprache	1

Quelle: Anhang 3 „Grilles des horaires hebdomadaires“ (Wochenstundenübersicht), in „Großherzogliche Verordnung vom 11. August 2011 über den Lehrplan für die vier Zyklen des Grundschulunterrichts“

Darüber hinaus bieten einige Kommunen ihren Einwohnern ergänzend zum Unterricht im Rahmen der Lehrpläne des Erziehungsministeriums Kurse in weiteren Sprachen an. Der Hauptgrund dieser Zusatzkurse ist es, Kindern mit Migrationshintergrund zu ermöglichen, Bindungen mit ihrer Herkunftskultur und -sprache aufrechtzuerhalten.

Sekundarstufe I

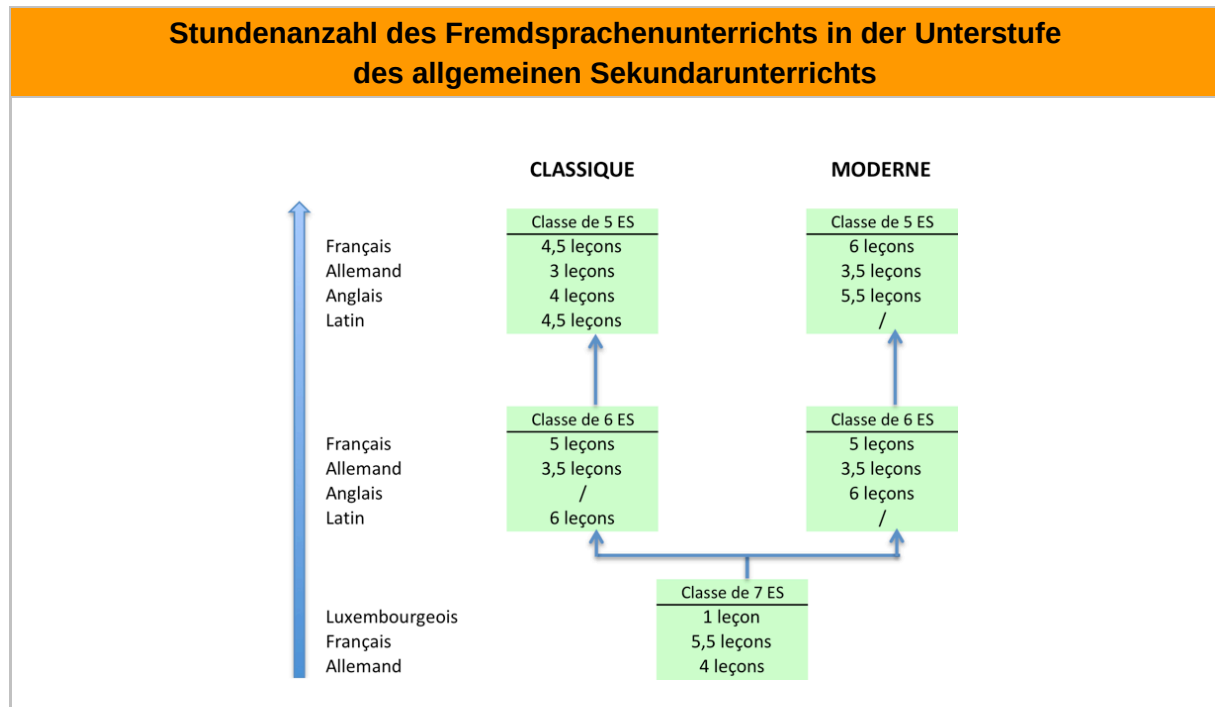
Der Sekundarunterricht ist in Luxemburg in zwei große Stufen aufgeteilt:

- ▶ Die Unterstufe (division inférieure) mit einer Dauer von 3 Jahren, in die der Jugendliche im Allgemeinen im Alter von ca. 12 Jahren eintritt. Diese Unterstufe entspricht der ISCED-Stufe 2. Ab dieser Stufe erfolgt eine Unterscheidung zwischen der allgemeinbildenden Sekundarstufe I und der technischen Sekundarstufe I.
- ▶ Die Oberstufe (division supérieure), die mit einem Orientierungsjahr beginnt, gefolgt von einer dreijährigen Spezialisierungsphase. Diese Oberstufe entspricht der ISCED-Stufe 3.

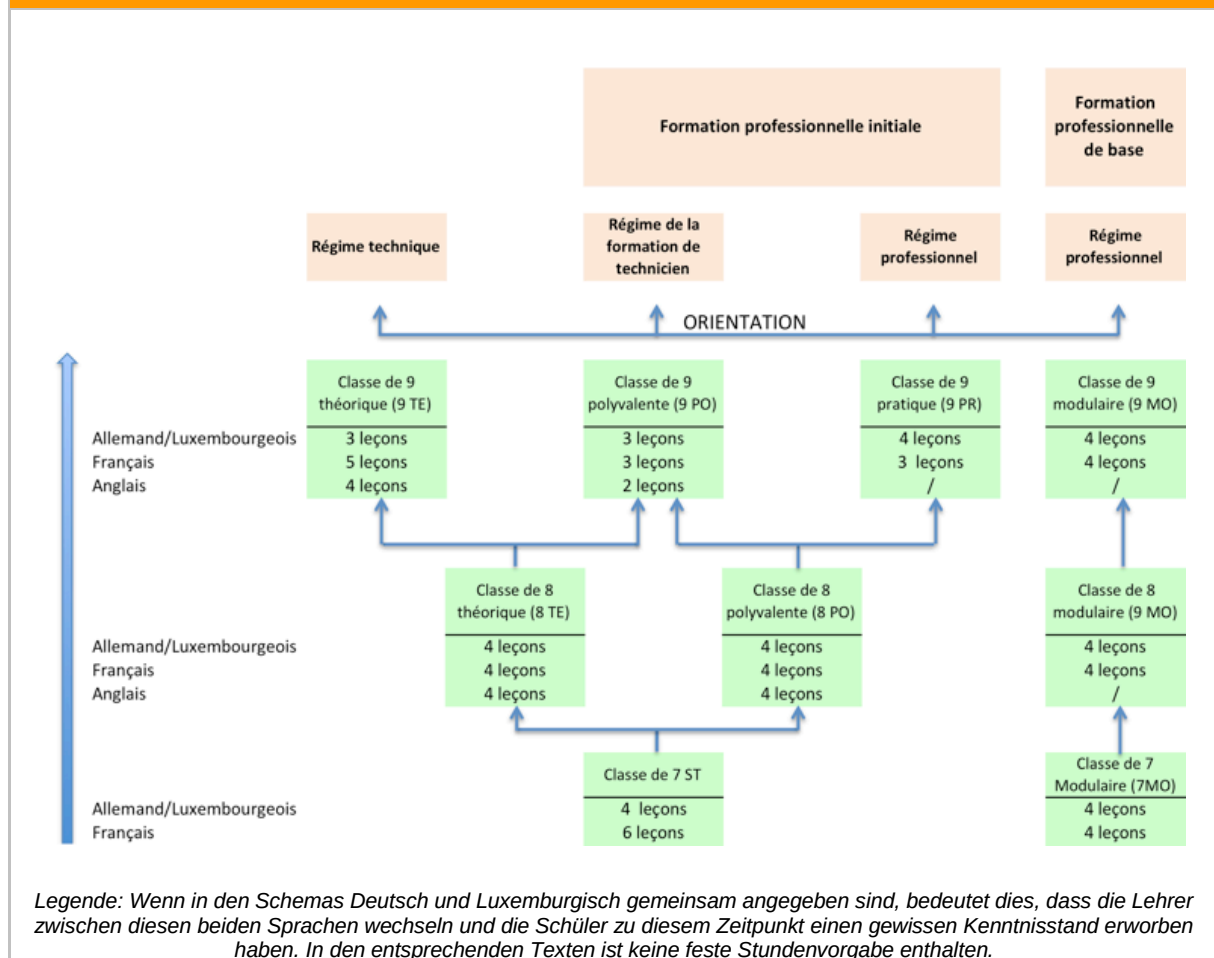
Eine erste Orientierung der Schüler erfolgt bereits zu Beginn der Sekundarstufe, denn es wird zwischen dem allgemeinen Unterricht (7ES) und dem technischen Sekundarunterricht (7ST) sowie einem vorbereitenden Zweig (7^{ème} modulaire) unterschieden. Der Sekundarunterricht (ohne weiteren Zusatz ist der allgemeine Sekundarunterricht gemeint) richtet sich an Schüler, die ein Hochschulstudium anstreben und die notwendigen Voraussetzungen für die Absolvierung eines solchen Studiums erfüllen (sie haben die entsprechenden Ziele im Rahmen des Grundschulunterrichts erreicht). Der technische

Sekundarunterricht richtet sich an Schüler, die kurz- oder mittelfristig eine berufliche Tätigkeit anstreben.

Die beiden unten stehenden Schemas geben die Wochenstundenzahlen des Sprachunterrichts in der Sekundarstufe I des allgemeinen Sekundarunterrichts (mit Unterscheidung zwischen klassischen und modernen Sprachen) und des technischen Sekundarunterrichts an.

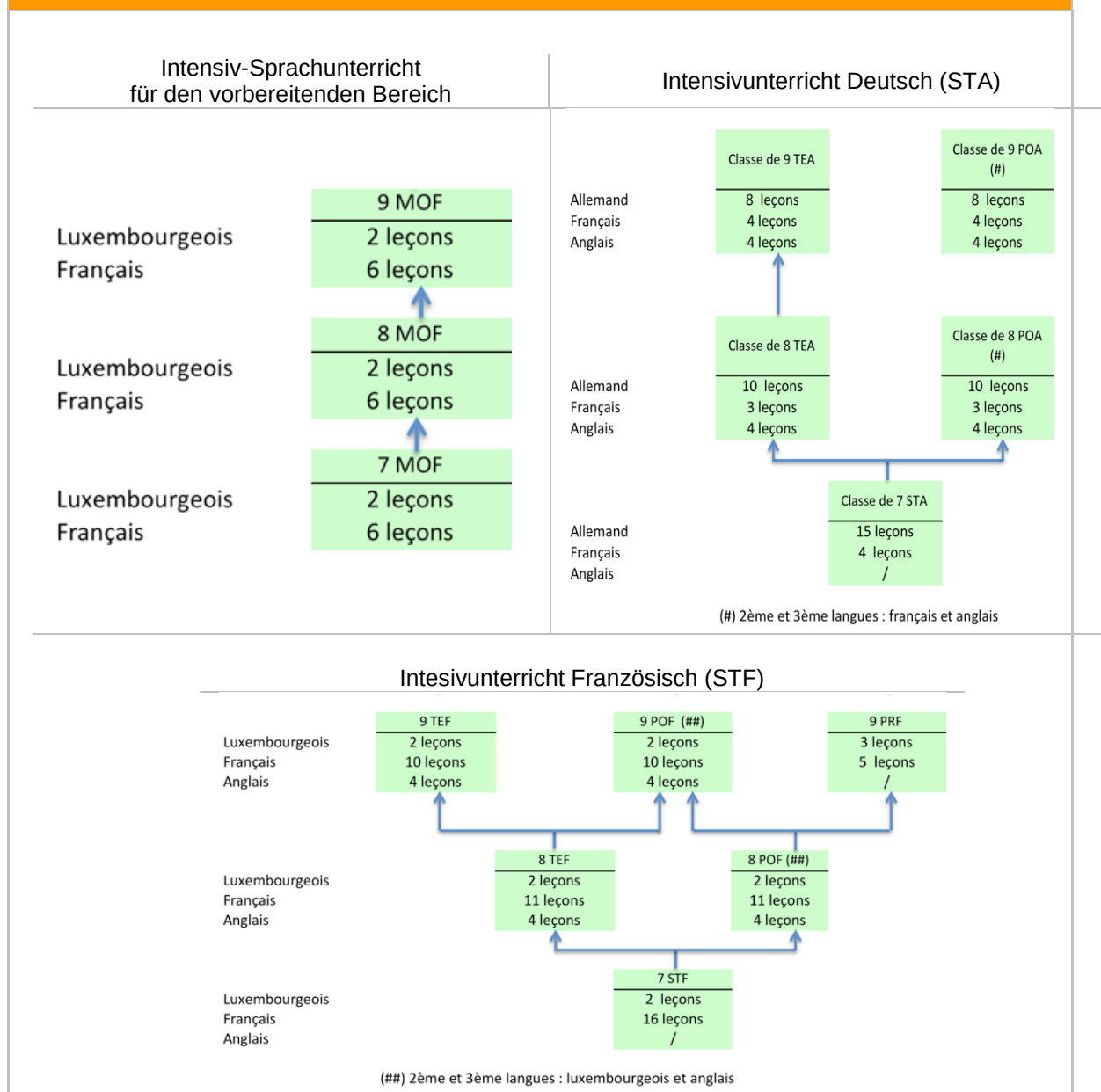


Stundenanzahl des Fremdsprachenunterrichts in der Unterstufe des technischen Sekundarunterrichts



Zur Förderung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund wurden die sogenannten Integrationsklassen (classes d'insertion) geschaffen. Die Integrationsklasse ist eine Klasse der Unterstufe (7., 8. und 9. Klasse) des technischen Sekundarunterrichts und richtet sich an Schüler, die in ihrem Herkunftsland ein gutes schulisches Niveau erreicht haben, jedoch die in Luxemburg unterrichteten Sprachen nicht oder nur unzureichend beherrschen. Sie absolvieren dort je nach ihrem Bedarf einen Intensivunterricht in deutscher oder französischer Sprache. Die übrigen Fächer des Lehrplans für die Klassen der Unterstufe des technischen Sekundarunterrichts werden dort ebenfalls unterrichtet. Es werden STA-Klassen (apprentissage intensif de l'allemand, Intensivunterricht Deutsch) und STF-Klassen (apprentissage intensif du français, Intensivunterricht Französisch) unterschieden. Darüber hinaus gibt es ebenfalls eine Integrationsklasse für den vorbereitenden Zweig. Die unten stehenden Übersichten geben die Stundenzahlen des Sprachunterrichts in den verschiedenen Integrationsklassen an.

Stundenzahlen des Fremdsprachenunterrichts in den Integrationsklassen für ausländische Schüler der Unterstufe des technischen Sekundarunterrichts



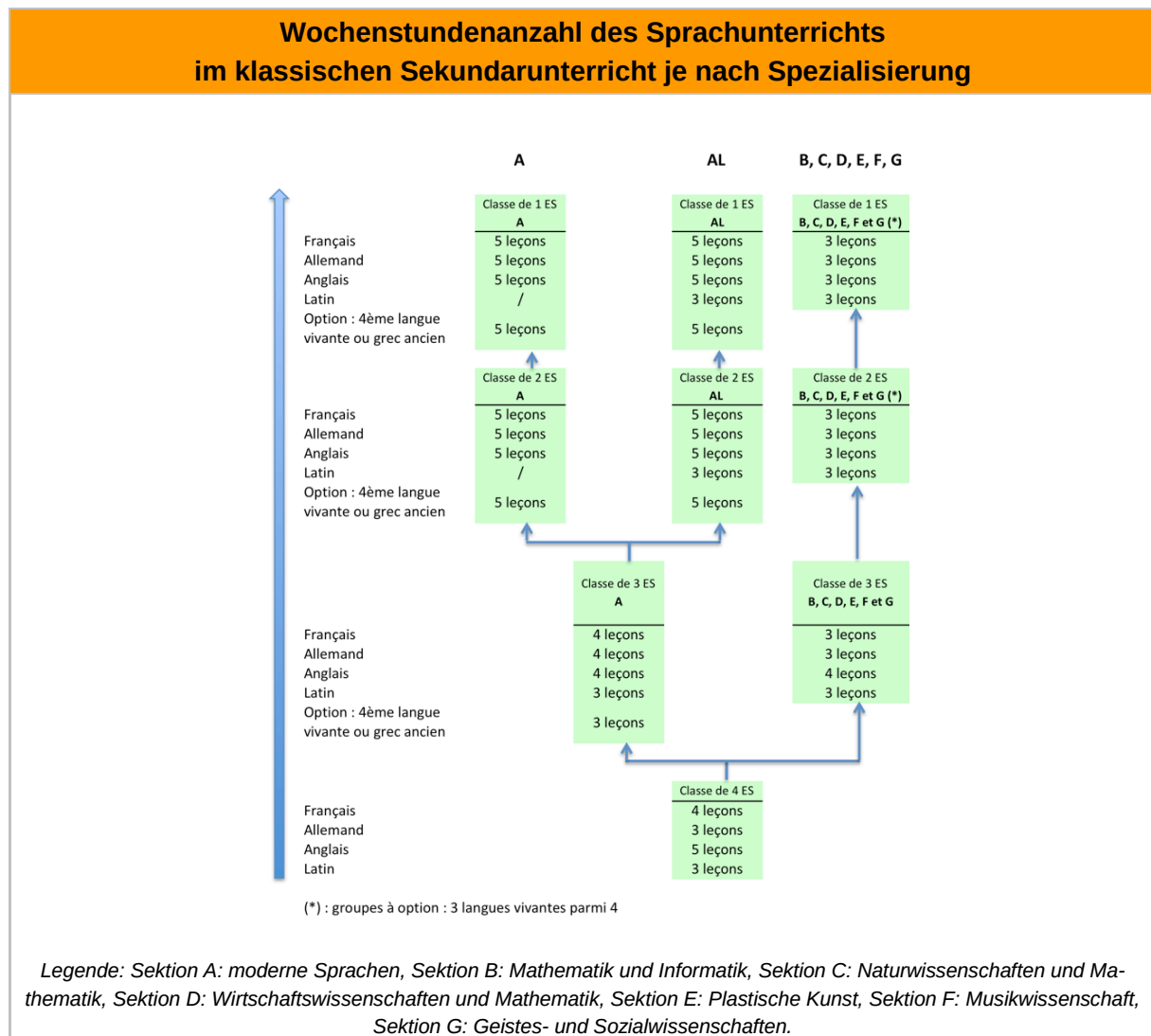
Sekundarstufe II

In der Oberstufe kommt es zu einer weiteren Diversifizierung der Bildungsgänge: Der erste Bildungsgang ist davon zwar kaum betroffen, jedoch wird der zweite Bildungsgang, der technische Sekundarunterricht, in vier unterschiedliche Zweige aufgeteilt. Der allgemeine Sekundarunterricht bereitet vor allem auf ein Hochschulstudium vor. Der technische Sekundarunterricht teilt sich in den beruflich-technischen Ausbildungszweig (régime technique), die Technikerausbildung (régime de la formation de techniciens) und die Berufsausbildung (régime de la formation professionnelle) (die beiden letztgenannten Ausbildungszweige sind berufliche Erstausbildungen) sowie den berufsbildenden Ausbildungszweig (régime professionnel), der de facto eine berufliche Grundausbildung darstellt.

Deutsch ist weiterhin die Unterrichtssprache der ersten Klassen des Sekundarunterrichts sowie des technischen Sekundarunterrichts. Im Gegenzug dominiert das Französische ab dem 4. Jahr des allgemeinen Sekundarunterrichts, und die Schüler haben darüber hinaus die Möglichkeit, Latein, Spanisch oder Italienisch zu lernen. Ferner ist das Erlernen der englischen Sprache sowohl im allgemeinen als auch im technischen Sekundarunterricht obligatorisch. Die dem Erlernen von Sprachen während der gesamten Schulzeit gewidmete Stundenzahl erreicht dabei 50% der Gesamtstundenzahl.¹⁶³

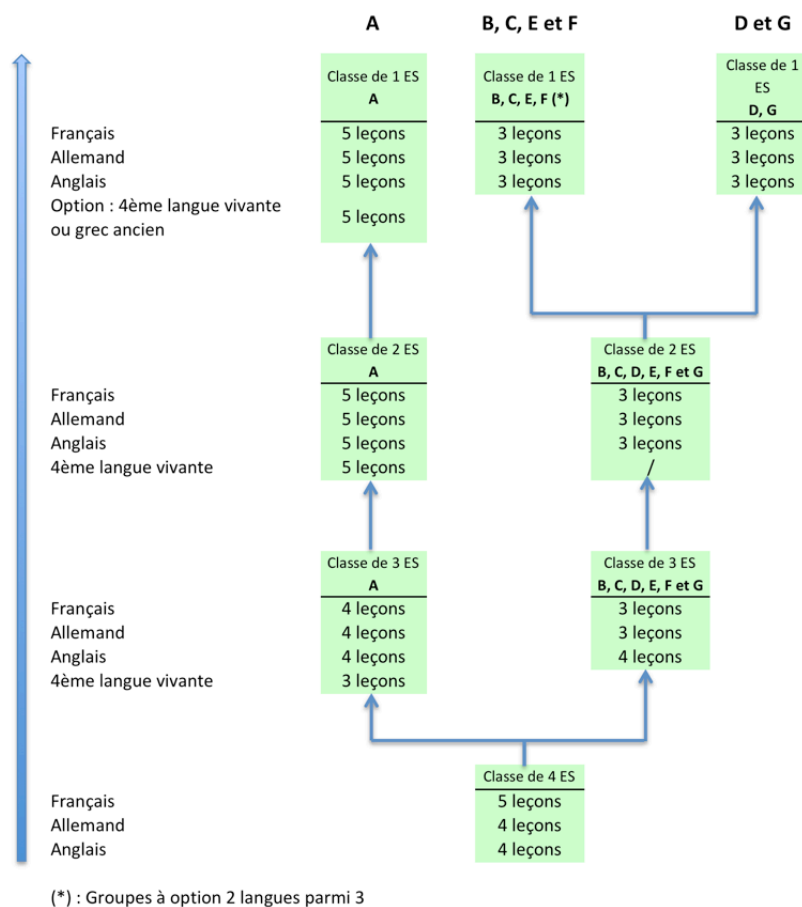
Der klassische und moderne allgemeine Sekundarunterricht in der Oberstufe

Die vom MENFP in allen Lehrplänen der klassischen und modernen Zweige vorgegebenen Sprachen sind weiterhin Französisch, Deutsch und Englisch. Hinzu kommen je nach Spezialisierung eine oder zwei alte Sprachen, Latein und Griechisch, oder eine vierte moderne Fremdsprache.



¹⁶³ Quelle: Website <http://www.luxembourg.public.lu/fr/societe/langues/utilisation-langues/ecole/index.html>

Wochenstundenanzahl des Sprachunterrichts im modernen Sekundarunterricht je nach Spezialisierung



Legende: Sektion A: moderne Sprachen, Sektion B: Mathematik und Informatik, Sektion C: Naturwissenschaften und Mathematik, Sektion D: Wirtschaftswissenschaften und Mathematik, Sektion E: Plastische Kunst, Sektion F: Musikwissenschaft, Sektion G: Geistes- und Sozialwissenschaften.

Darüber hinaus sind in den Veröffentlichungen des Ministeriums zwei besondere Bildungsgänge der Oberstufe des allgemeinen Sekundarunterrichts erwähnt: Der erste wurde am Lycée Ermesinde Mersch (LEM) eingeführt und bezieht sich auf Neuheiten in der Pädagogik; der zweite dieser Bildungsgänge betrifft das internationale Abitur, in dessen Rahmen der gesamte Unterricht in französischer oder englischer Sprache abgehalten wird.

Der technische Sekundarunterricht in der Oberstufe

Der technische Sekundarunterricht der Oberstufe umfasst vier verschiedene Ausbildungszweige, die entsprechend dem Anteil des allgemeinbildenden Bereichs und dem Niveau der theoretischen und praktischen technischen Ausbildung untereinander hierarchisiert sind.

- Der beruflich-technische Ausbildungszweig ist dabei im Rahmen dieser Kriterien am anspruchsvollsten. Die Spezialisierung dauert bei Ausbildungen im Bereich Verwaltung und Handel sowie bei den allgemeinen technischen Ausbildungen 4 Jahre und bei den Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens 5 Jahre. Zwar ist nach Abschluss der Ausbildung eine berufliche Tätigkeit vorgesehen, jedoch ist auch der Zu-

gang zu einem Hochschulstudium möglich. Dieser Ausbildungszweig führt zum Abschlusszeugnis des technischen Sekundarunterrichts (entspricht dem französischen „baccalauréat technologique“).

- ▶ Die Technikerausbildung zeichnet sich durch einen noch recht umfangreichen allgemeinbildenden Teil aus und legt gleichzeitig Wert auf die beruflichen Kompetenzen und eine vielseitige Ausbildung. Die Ausbildung erfolgt 4 Jahre lang in Vollzeit am Gymnasium, zusätzlich sind betriebliche Praktika vorgesehen. Der Schüler kann im Anschluss ein Hochschulstudium aufnehmen, sofern er die Vorbereitungsmodule erfolgreich absolviert. In erster Linie ist jedoch die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit vorgesehen. Der Ausbildungszweig führt zum Techniker-Diplom (DT).
- ▶ Die berufliche Erstausbildung: Damit ist ausschließlich die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit vorgesehen, auch wenn der Schüler seine Ausbildung bis zum Erlangen eines Techniker-Diploms oder Meisterbriefs fortsetzen kann. Die Ausbildung erfolgt im Wesentlichen dual über eine Dauer von 3 Jahren (Lehre in einen Betrieb). Der Ausbildungszweig führt zum Diplom über die berufliche Reife (diplôme d'aptitude professionnelle – DAP).
- ▶ Die berufliche Grundausbildung richtet sich an Schüler, die keinen Zugang zu den Ausbildungszweigen zum DAP oder DT haben. Die Ausbildung dauert drei Jahre und erfolgt vor allem im betrieblichen Umfeld; sie führt zum Berufsbefähigungszeugnis (Certificat de capacité professionnelle – CCP).

Die folgenden Übersichten zeigen für alle Ausbildungszweige und Haupt-Fachrichtungen die Stundenzahlen des Fremdsprachenunterrichts.

Wochenstundenanzahl des Sprachunterrichts in den Ausbildungen des beruflich-technischen Ausbildungszweigs



Der beruflich-technische Ausbildungszweig in der Oberstufe des technischen Sekundarunterrichts

Im Rahmen aller Ausbildungen dieses Ausbildungszweigs (Ausbildungen im Bereich Verwaltung und Handel, Ausbildungen zu Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens, allgemein-technischer Bereich und Informatik-Bereich) ist Unterricht in modernen Fremdsprachen zu besuchen.

Der Unterricht im beruflich-technischen Ausbildungszweig ist dreisprachig (französisch, deutsch, englisch), unabhängig von der für die Klassen 10 und 11 gewählten Spezialisierung. In jeder Sprache besucht der Schüler 3 Wochenstunden Unterricht (bei den Ausbildungen

gen im Bereich Verwaltung und Handel sogar mitunter 4 Wochenstunden). Ab der Klasse 12 und 13 erfolgt die Ausbildung noch in zwei der drei oben genannten Sprachen (die Auswahl wird dabei mitunter durch die gewählte Spezialisierung bestimmt). Die Ausbildungen im Bereich Verwaltung und Handel sind jedoch weiterhin dreisprachig.

Technikerausbildung im Rahmen der beruflichen Erstausbildung (technischer Sekundarunterricht), die zum DT führt

Der Unterricht im Rahmen der Technikerausbildung findet 4 Jahre lang in Vollzeit vollständig am Gymnasium statt. Die Ausbildungen sehen darüber hinaus Unternehmenspraktika vor.

Zu allen Ausbildungen dieses Ausbildungszweigs gehört Unterricht in modernen Fremdsprachen. In fast allen Bereichen werden mindestens zwei Sprachen erlernt: generell Englisch sowie nach Wahl des Schülers Deutsch oder Französisch. Bestimmte Ausbildungsgänge sind zwingend dreisprachig: Dabei handelt es sich um die Ausbildungen des Bereichs Hotelwesen und Tourismus sowie des Bereichs Verwaltung und Handel.

Wochenstundenanzahl des Sprachunterrichts in allen Bereichen der Technikerausbildung

		Division hôtelière et touristique (1)		Division administrative et commerciale (2)	Toutes les autres divisions (3)
		Section hôtelière	Section touristique		
Cycle supérieur	Allemand	T3 HT (**)/(***)	T3 HT (**)/(***)	T3 CM	T3 AG, EN, HR, AR, CH, EC, EE, GC, IF, MA, MG, EQ (**)
	Anglais	2 leçons	3 leçons	3 leçons	2 leçons
	Français	3 leçons	3 leçons	4 leçons	2 leçons
	Italien	2 leçons	3 leçons	4 leçons	2 leçons
	Espagnol	3 leçons	3 leçons	/	/
Cycle moyen	Allemand	T2 HT (**)/(***)	T2 HT (**)/(***)	T2 CM	T2 AG, EN, HR, AR, CH, EC, EE, GC, IF, MA, MG, EQ (**)
	Anglais	2 leçons	3 leçons	3 leçons	2 leçons
	Français	3 leçons	3 leçons	4 leçons	2 leçons
	Italien	2 leçons	3 leçons	4 leçons	2 leçons
	Espagnol	3 leçons	3 leçons	/	/
Cycle inférieur	Allemand	T1 HT (**)	T1 HT (**)	T1 CM	T1 AG, EN, HR, AR, CH, EL, GC, IF, MA, MG (**)
	Anglais	2 leçons	3 leçons	3 leçons	2 leçons
	Français	2 leçons	4 leçons	4 leçons	2 leçons
	Italien	2 leçons	4 leçons	4 leçons	2 leçons
	Espagnol	/	/	/	/
Cycle de base	Allemand	T0 HT (**)	T0 HT (**)	T0 CM	T0 AG, EN, HR, AR, CH, EL, GC, IF, MA, MG, EQ (**)
	Anglais	2 leçons	3 leçons	3 leçons	2 leçons
	Français	2 leçons	4 leçons	4 leçons	2 leçons
	Italien	2 leçons	4 leçons	4 leçons	2 leçons
	Espagnol	/	/	/	/

Legende:

(1) Der Bereich Hotelwesen und Tourismus umfasst zwei Sektionen.

(2) Der Bereich Verwaltung und Handel enthält keine Spezialisierungssektion.

(3) Die übrigen Bereiche sind: Bereich Landwirtschaft (Sektion Landwirtschaft, Sektion Natürliche Umwelt, Sektion Gartenbau), Bereich Kunst, Bereich Chemie, Bereich Elektrotechnik (Sektion Kommunikation, Sektion Energie), Bereich Bauwesen, Bereich Informatik, Bereich Mechanik (Sektion Kfz-Mechanik, Sektion Allgemeine Mechanik) sowie ab Beginn des Schuljahres 2010/2011 der Bereich Gebäudetechnik.

(**) Wahlfachgruppen: Deutsch oder Französisch

(**)/(***) Wahlfachgruppen: Deutsch oder Französisch sowie Italienisch oder Spanisch

Berufsbildender Ausbildungszweig im Rahmen der beruflichen Erstausbildung (technischer Sekundarunterricht), der zum DAP führt

Je nach angestrebtem Abschluss kann der Schüler folgende Ausbildungen absolvieren:

- ▶ eine sogenannte „Vollzeitausbildung“: Diese Ausbildung findet vollständig am Gymnasium statt („mit Praktikumsvertrag“).
- ▶ eine duale Ausbildung („mit Lehrvertrag“): Sie findet zum Teil bei einem privaten Arbeitgeber und zum Teil am Gymnasium statt. Nach dem häufigsten Wechselrhythmus

erfolgt die Ausbildung an 4 Tagen pro Woche beim Arbeitgeber und an einem Tag pro Woche am Gymnasium. Bei bestimmten Ausbildungsgängen, insbesondere im Hotel- und Gaststättengewerbe, kann der Wechselrhythmus auch länger sein.

- ▶ eine sogenannte „gemischte“ Ausbildung: Sie erfolgt im ersten Jahr / in den ersten Jahren in Vollzeit am Gymnasium und findet anschließend im folgenden Jahr / in den folgenden Jahren dual statt.

An dieser Stelle können leider nicht alle Ausbildungsrichtungen des zum DAP führenden berufsbildenden Ausbildungszweigs vorgestellt werden. Unter allen Ausbildungsrichtungen des berufsbildenden Ausbildungszweigs gibt es¹⁶⁴:

- ▶ 31 Richtungen, die Fremdsprachenunterricht nach dem Prinzip der Wahlfachgruppe Deutsch oder Französisch anbieten
- ▶ 11 Richtungen, die eine bestimmte Sprache vorschreiben, wobei diese Luxemburgisch, Französisch oder Englisch sein kann (allgemeine Theorie und fachliche Theorie)
- ▶ 2 zweisprachige berufliche Ausbildungen: Dabei handelt es sich um die Ausbildungen Gastwirt (restaurateur) und Restaurantkoch (restaurateur-cuisine), die im Rahmen der fachlichen Theorie Unterricht in englischer Kommunikation (2 Wochenstunden in den drei Ausbildungsjahren) sowie Französischunterricht (4 Stunden im ersten Jahr und 2 Stunden pro Woche im folgenden Jahr) enthalten.
- ▶ und 2 dreisprachige Ausbildungen: Pharmazeutischer Assistent sowie Verwaltungs- und Handelsangestellte.

Bei den übrigen Berufsausbildungen sehen die offiziellen Lehrpläne keinen Fremdsprachenunterricht vor. Allgemein ist davon auszugehen, dass keine Fremdsprachenkurse mehr veranstaltet werden, wenn die Jugendlichen bei ihrem Arbeitgeber tätig sind. Der Ausbau der Fremdsprachenkenntnisse erfolgt dann im Wesentlichen durch die Verwendung der Sprache in der Praxis, sofern das berufliche Umfeld im Unternehmen zwei- oder mehrsprachig ist.

Berufsbildender Ausbildungszweig im Rahmen der beruflichen Grundausbildung (technischer Sekundarunterricht), die zum CCP führt

Die zum CCP führenden Ausbildungen sehen keinen Fremdsprachenunterricht vor.

Oberstufe des Sekundarunterrichts - Besondere Ausbildungsgänge mit verändertem Sprachunterricht

Für Schüler ab 15 Jahren, die die französische Sprache beherrschen, jedoch keine ausreichenden Deutschkenntnisse besitzen, gibt es Klassen mit spezifischer Sprachregelung (régime linguistique spécifique – RLS). In der Oberstufe werden Berufsausbildungen in französischer Sprache mit verschiedenen Niveaus angeboten. „Die Lehrpläne stimmen mit denen der gängigen Ausbildungen überein, doch anstelle von Deutsch ist die Unterrichtssprache Französisch. Diese Ausbildungen in französischer Sprache werden für die drei Ausbildungszweige: beruflich-technischer Ausbildungszweig, der zum technischen Abitur (baccalauréat technique) führt, Technikerausbildung, die zum Techniker-Diplom führt, be-

¹⁶⁴ Quelle: angegeben im Memorial A Nr. 140 vom 16. August 2010

rufsbildender Ausbildungszweig, der zum Diplom über die berufliche Reife (DAP) sowie zum Berufsbefähigungszeugnis (CCP) führt, angeboten.“¹⁶⁵

7.2.5 Frankophone Wallonie

Allgemeines zum Bildungssystem und zur Sprachpolitik der Französischen Gemeinschaft Belgiens

In Belgien wurde ab 1930 mit der Entscheidung über die Einführung der regionalen Einsprachigkeit eine institutionelle Wende vollzogen. Später legte das Sprachengesetz vom 30. Juli 1963¹⁶⁶ in Artikel 4 fest, dass vorbehaltlich des Angebots in bestimmten Gemeinden „die Unterrichtssprache in der niederländischsprachigen Region Niederländisch, in der französischsprachigen Region Französisch und in der deutschsprachigen Region Deutsch ist“. Belgien ist somit ein Staat, der zwar mehrere Amtssprachen anerkennt, in dem das Erziehungswesen jedoch bis in die jüngste Vergangenheit regional einsprachig war. Diese Situation beginnt sich in der Wallonie zu ändern.

Die Schulpflicht dauert in Belgien 12 Jahre (von 6 bis 18 Jahren). Der Primarschulunterricht dauert 6 Jahre. Der Sekundarunterricht unterteilt sich in zwei Stufen mit einer Dauer von zwei Jahren (maximal drei Jahre in der ersten Stufe) und eine 3. Stufe mit einer Dauer von 2 und 3 Jahren:

- ▶ Die 1. Stufe, die Beobachtungsstufe, besuchen in der Regel Schüler im Alter von 12 bis 14 Jahren (maximal 16 Jahre).
- ▶ Die 2. Stufe, die Orientierungsstufe, besuchen in der Regel Schüler im Alter von 14 bis 16 Jahren.
- ▶ Die 3. Stufe, die Bestimmungsstufe, besuchen in der Regel Schüler im Alter von 16 bis 18 Jahren.

Eine Reform der ersten Stufe des Sekundarunterrichts wurde nach und nach bis 2009/2010 umgesetzt.¹⁶⁷ Alle Regelungen des Dekrets vom 30. Juni 2006 über diese Reform sind gegenwärtig umgesetzt. Die neuen Bestimmungen wurden im unten stehenden Schema berücksichtigt. Nähere Informationen zu den Bestimmungen der Reform:

- ▶ Schüler dürfen die 1. Stufe des Sekundarunterrichts in keinem Fall länger als drei Schuljahre lang besuchen (mit Ausnahme der Unterrichtsart 4 des Sonderunterrichts).
- ▶ Das gemeinsame 1. Jahr kann von allen Schülern mit einem Abschlusszeugnis der Grundschule (Certificat d'Etudes de Base, CEB) besucht werden.¹⁶⁸ Darüber hinaus erhalten das Zeugnis diejenigen Schüler, die alle der 3 folgenden Bedingungen erfül-

¹⁶⁵ Quellen: Websites:

<http://www.guichet.public.lu/fr/citoyens/enseignement-formation/enseignement-postprimaire/jeune-recommande-arrive-pays/cellule-accueil-scolaire/specificite-classe-accueil-insertion/index.html>
http://www.men.public.lu/sys_edu/scol_enfants_etrangers/mesures_specifiques/index.html

¹⁶⁶ Gesetz über den Sprachengebrauch im Unterrichtswesen vom 30. Juli 1963, abgeändert 1982

¹⁶⁷ Ein Video, das diese Reform erläutert, steht auf der folgenden Website zur Verfügung:

http://www.enseignement.be/index.php?page=25664&navi=2412&rank_page=25664

¹⁶⁸ Das Abschlusszeugnis der Grundschule wird an alle Schüler vergeben, die in jedem geprüften Fach mindestens 50% erreichen.

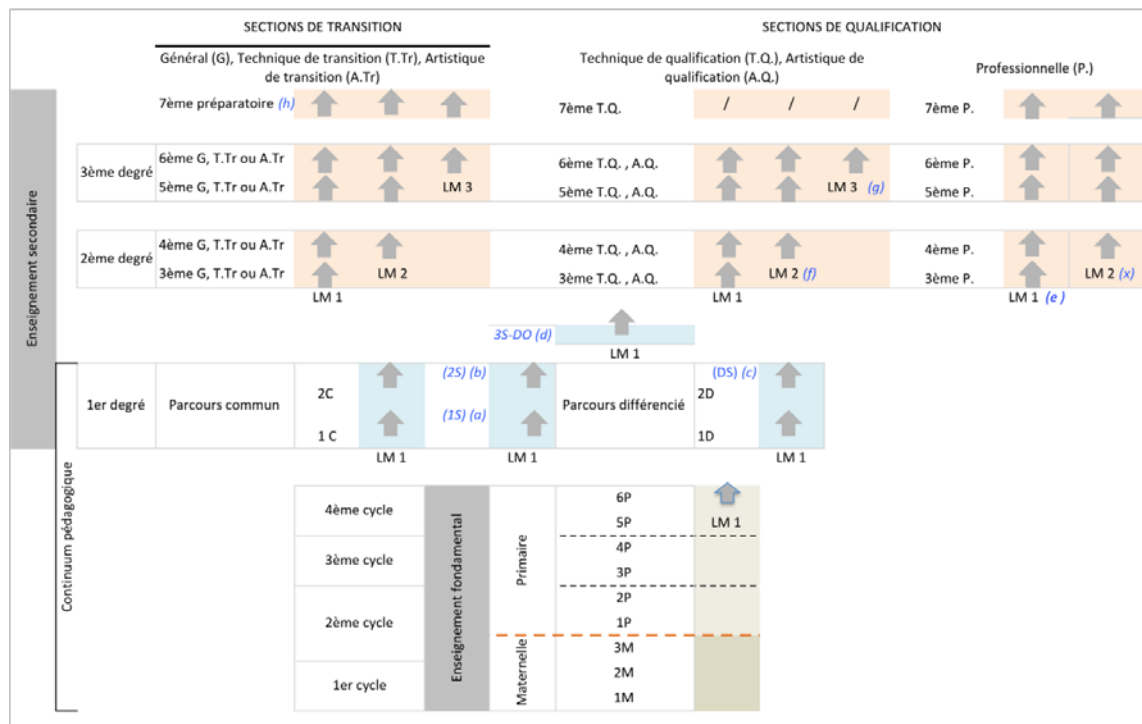
len: Erreichen des Alters von 12 Jahren bis zum 31. Dezember nach Beginn des laufenden Schuljahres, Absolvierung eines 6. Primarschuljahres und Erhalt eines positiven Bescheids der Aufnahmekommission.

- ▶ Die differenzierte erste Stufe können alle Schüler besuchen, die nicht im Besitz des CEB sind und die entweder das 6. Primarschuljahr absolviert oder bis zum 31. Dezember nach Beginn des laufenden Schuljahres das Alter von 12 Jahren erreicht haben, ohne das 6. Primarschuljahr absolviert zu haben.
- ▶ Das spezifische Differenzierungs- und Orientierungsjahr (année spécifique de différenciation et d'orientation – 3S-DO) ist Teil der zweiten Stufe. Dieses wird von den Schülern absolviert, die nach drei Jahren in der ersten Stufe noch nicht den für das Ende der ersten Stufe vorgesehenen Kompetenzstand erreicht haben. Während dieses Differenzierungs- und Orientierungsjahres müssen die Schüler mit Unterstützung des Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums einen persönlichen Plan für den weiteren Schulbesuch erarbeiten.
- ▶ Der Klassenrat führt den Schüler zu den Unterrichtsarten und -abteilungen, die sich am besten für seine weitere Zukunft eignen, und bietet dabei ebenso alternative Orientierungsmöglichkeiten an.
- ▶ Der Klassenrat legt die Unterrichtsarten und -abteilungen fest, die der Schüler im 3. Jahr besuchen kann. Falls der Schüler und seine Eltern beschließen, die Entscheidung des Klassenrats umzusetzen, muss er sich für eines der angegebenen 3. Schuljahre eintragen. Die Festlegung der Unterrichtsarten und -abteilungen ist zwingend.

Ab der zweiten Stufe des Sekundarunterrichts wird der Regelunterricht in 4 Unterrichtsarten aufgeteilt: allgemeinbildend (G), technisch (T), künstlerisch (A) und berufsbildend (P). Der technische und künstlerische Unterricht kann dabei in der Übergangsabteilung (Tr) und in der Befähigungsabteilung (Q) erfolgen. Der allgemeinbildende Unterricht erfolgt in der Übergangsabteilung. Der berufsbildende Unterricht erfolgt in der Befähigungsabteilung.

Eine vierte Stufe gibt es nur bei der Ausbildung zum Krankenpfleger.

Übersicht über die allgemeine Struktur des Bildungssystems der Französischen Gemeinschaft Belgiens (vereinfachte Darstellung)



Quelle: <http://www.enseignement.be/index.php?page=25190&navi=2436>

Am Ende der 3. Stufe des Sekundarunterrichts (6. Jahr) besteht im Rahmen des berufsbildenden Unterrichts die Möglichkeit, ein 7. Schuljahr zu absolvieren, wodurch eine mit dem ursprünglichen Bildungsgang verwandte Zusatzqualifikation mit Vergabe eines Befähigungsnachweises (CQ) oder eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts (CESS), das den Zugang zu einem Hochschulstudium kurzer Dauer ermöglicht, oder beider Abschlüsse (CQ und CESS) erlangt werden kann.

Der Fremdsprachenunterricht wird nach und nach im Laufe der Regelschulzeit eingeführt:

- ▶ Die Zweitsprache (in Unterscheidung zur Erstsprache, die die Muttersprache des Kindes ist) wird in der Primarschule, im 5. und 6. Primarschuljahr, eingeführt. Diese Zweitsprache wird ab der ersten Stufe des Sekundarunterrichts als Fremdsprache (langue moderne) bezeichnet. Diese bleibt immer die 1. FS (LM I). Die Sprachauswahl wird durch die Anwendung der Sprachgesetze eingeschränkt:
 - ▶ In Brüssel-Hauptstadt ist die 1. FS zwingend das Niederländische.

- ▶ In der übrigen Wallonie kann die 1. FS Deutsch, Englisch oder Niederländisch sein.
- ▶ Die zweite Fremdsprache (LM II) wird in der zweiten Stufe des Sekundarunterrichts, also in der Klasse 3, eingeführt. Dabei können die folgenden Sprachen gewählt werden:
 - ▶ in Brüssel-Hauptstadt Englisch, Deutsch, Italienisch, Spanisch, Arabisch;
 - ▶ In der übrigen Wallonie Englisch, Deutsch, Italienisch, Spanisch, Arabisch und Niederländisch.
- ▶ Mit der dritten Fremdsprache (LM III) wird in der dritten Stufe des Sekundarunterrichts, also in der Klasse 5, begonnen. Dabei können die gleichen Sprachen wie oben und zusätzlich Russisch ausgewählt werden. Die Unterrichtseinheiten dauern in allen Fächern 50 Minuten.

Da das angewandte Einsprachenprinzip die Entwicklung der Mehrsprachigkeit hemmt, wurden von den akademischen Behörden der CFWB bestimmte Änderungen angeregt.¹⁶⁹ In den letzten Jahren wurden intensive Anstrengungen unternommen, um die Immersion in die Fremdsprache an der Schule auszubauen. Das Dekret vom 11. Mai 2007 über den Immersionsunterricht in der Fremdsprache fasst in einem einzigen Text alle Bestimmungen über den Immersionsunterricht sowohl für die Grundschule als auch für den Sekundarunterricht (allgemeinbildender Unterricht, technischer und künstlerischer Übergangsunterricht, technischer und künstlerischer Befähigungsunterricht sowie berufsbildender Unterricht) zusammen. Es trat im Januar 2008 in Kraft. Die Schuleinrichtungen können für maximal 2 Sprachen Immersionsunterricht anbieten, die Schüler dürfen jedoch nur in jeweils einer Sprache Immersionsunterricht besuchen.

„Dieser Ansatz beinhaltet konkret eine intensive und langfristige Konfrontation mit einer zweiten Sprache während der Schulzeit des Schülers durch den Unterricht bestimmter Fächer in der Immersionssprache.“¹⁷⁰ Die Immersion entspricht daher dem lothringischen Konzept des zweisprachigen Unterrichts. Die Sprachen, in denen Immersionsunterricht angeboten werden kann, sind:

- ▶ ausschließlich Niederländisch in der Region Brüssel-Hauptstadt sowie in den Gemeinden Comines-Warneton, Mouscron, Flobecq und Enghien;
- ▶ Niederländisch und Deutsch in den Gemeinden Malmédy, Waimes, Baelen, Plombières und Welkenraedt;
- ▶ Niederländisch, Englisch, Deutsch in den übrigen wallonischen Gemeinden.

¹⁶⁹ Gemeinschaft der Föderation Wallonie-Brüssel (Communauté de la Fédération Wallonie Bruxelles), neue Bezeichnung der Französischen Gemeinschaft Belgiens.

¹⁷⁰ Quelle: <http://www.enseignement.be/index.php?page=23793&navi=56>

Anzahl der Primar- und Sekundarschulen, die 2011/2012 in der Französischen Gemeinschaft Belgiens Immersionsunterricht anbieten dürfen¹⁷¹:

Primarschule				
Provinzen	Niederländisch	Englisch	Deutsch	Summe
Brüssel-Hauptstadt ¹⁷²	10	/	/	10
Wallonisch Brabant	25	6	0	31
Hennegau	40	8	0	48
Lüttich	21	10	3	34
Luxemburg	8	1	0	9
Namur	20	7	0	27
Sekundarschule				
Provinzen	Niederländisch	Englisch	Deutsch	Summe
Brüssel-Hauptstadt	16	2	0	18
Wallonisch Brabant	10	2	0	12
Hennegau	21	8	0	29
Lüttich	10	10	3	23
Luxemburg	8	5	2	15
Namur	11	4	0	15

Quelle: <http://www.enseignement.be/index.php?page=23793&navi=56> aufgerufen am 28.08.2012

Zur intensiveren Befassung mit den Herkunftskulturen der Schüler „können Schulen, die dies wünschen, ihren Schülern in der Grund- und Sekundarschule Unterricht im Fach ‚Entdecken von Sprachen und Kulturen‘ (Ouverture aux Langues et aux Cultures – OLC) im Rahmen einer Partnerschaft zwischen der Französischen Gemeinschaft und neun Ländern (China, Spanien, Griechenland, Italien, Marokko, Türkei, Portugal, Rumänien und Thailand) anbieten. In der Grundschule ist dabei Folgendes vorgesehen: ein Sprachkurs mit mindestens zwei Stunden pro Woche zusätzlich zum regulären Stundenplan für alle Schüler dieser Klasse sowie Unterricht im Fach ‚Entdecken von Sprachen und Kulturen‘, der gemeinsam von der für dieses Fach zuständigen Lehrkraft und einem Lehrerkollegen organisiert wird. An der Sekundarschule erfolgt der Unterricht zum Thema ‚Entdecken von Sprachen und Kulturen‘ im Rahmen eines oder mehrerer Fächer des regulären Stundenplans und richtet sich an alle Schüler, die den Unterricht in diesem Fach/diesen Fächern besuchen.“¹⁷³ Die OLC-Lehrkräfte werden den Schulen von den Partnerländern zur Verfügung gestellt.

Vorschulbereich und Grundschule

Der Kindergarten (école maternelle) ist in der Französischen Gemeinschaft Belgiens (CFB) kostenlos und richtet sich an Kinder von zweieinhalb bis sechs Jahren. Der Besuch des Kindergartens ist zwar nicht vorgeschrieben, jedoch gehen fast alle Kinder dorthin¹⁷⁴. Der private Sektor im strengen Sinne (also ohne Förderung durch die Gemeinschaft) ist sehr stark

¹⁷¹ Den Schulen kann gestattet werden, Immersionsunterricht in zwei unterschiedlichen Sprachen anzubieten, die Schüler dürfen den Immersionsunterricht jedoch nur in einer Sprache besuchen. Die vorliegende Tabelle fasst somit das gesamte Angebot an Immersionsunterricht zusammen. Die Genehmigung zum Anbieten von Immersionsunterricht erlaubt allerdings keinen Rückschluss auf die Anzahl des entsprechenden Personals. Es handelt sich um eine Übersicht über das Angebot an Immersionsunterricht der Französischen Gemeinschaft Belgiens. Dieses Angebot wird die Nachfrage stark beeinflussen; es ist anzunehmen, dass die Familien diese Form des Sprachunterrichts künftig stärker nachfragen werden.

¹⁷² In Brüssel-Hauptstadt ist Immersionsunterricht in Englisch oder Deutsch aufgrund der Sprachgesetze erst ab dem 3. Jahr des Sekundarunterrichts möglich.

¹⁷³ Quelle: http://www.enseignement.be/index.php?page=24435&navi=386&rank_navi=386

¹⁷⁴ „2009/2010 besuchten 96,3, 96,9 bzw. 96,1 Prozent der Kinder im Alter von 3, 4 und 5 Jahren einen Kindergarten, der durch die Französische Gemeinschaft betrieben oder gefördert wurde.“ Quelle: Eurydice, „Kurzdarstellungen nationaler Bildungssysteme“, Version 2011

begrenzt. Die Bildung im Kindergarten folgt einem pädagogischen Gesamtkonzept, das vom Beginn des Kindergartenbesuchs bis zum zweiten Jahr des Sekundarunterrichts gilt.

Die Schulpflicht besteht ab einem Alter von 6 Jahren. Die Primarschule dauert bis zum Alter von 12 Jahren. Seit dem 13. Juni 1998 ist für die Schulen in der Französischen Gemeinschaft Belgiens durch ein Dekret über die Organisation des Vor- und Primarschulwesens und über Veränderungen der Bestimmungen des Schulwesens „das Anbieten von Unterricht einer modernen Fremdsprache in allen Klassen des 5. und 6. Jahres der Grundschule vorgeschrieben“. Unter bestimmten Bedingungen erlaubt es ebenfalls den Fremdsprachenunterricht nach der Immersionsmethode. Durch die Verabschiedung dieses Dekrets hat der Rat der Französischen Gemeinschaft anerkannt, dass es von hoher Bedeutung ist, dass die Schüler in die Lage versetzt werden, effizient in einer anderen Sprache als der Unterrichtssprache Französisch zu kommunizieren. Dieses Ziel soll durch die Entscheidung erreicht werden, das Erlernen einer zweiten Sprache ab der Primarschule vorzuschreiben, wie es heute in den meisten Ländern der Europäischen Union praktiziert wird.“¹⁷⁵ Die zweite Sprache ist zwingend Niederländisch, Englisch oder Deutsch (in Brüssel-Hauptstadt jedoch ausschließlich Niederländisch).

Darüber hinaus haben die Schulen die Möglichkeit, den fakultativen Unterricht einer zweiten Sprache in ihr Schulkonzept aufzunehmen, was weder durch die Sprachgesetze noch durch das Rahmendekret vorgeschrieben wird. Dieser ergänzende Unterricht muss im Schulkonzept erwähnt werden, wenn er in den obligatorischen Stundenplan aufgenommen wird. „Die Zweitsprache des fakultativen Unterrichts muss entweder Niederländisch, Deutsch oder Englisch sein. Im Rahmen des obligatorischen Stundenplans ist keine andere Sprache zulässig.“¹⁷⁶

Im Regelunterricht „umfasst der Unterricht einer Fremdsprache, die nicht das Französische ist, mindestens 2 Unterrichtsstunden¹⁷⁷ pro Woche im 5. und 6. Jahr, außer in den 19 Gemeinden der Region Brüssel und in den wallonischen Gemeinden mit besonderem Sprachstatut,¹⁷⁸ wo der Unterricht einer zweiten Sprache mit 3 Wochenstunden im 3. und 4. und 5 Wochenstunden im 5. und 6. Jahr vorgeschrieben ist“.¹⁷⁹

Für den Immersionsunterricht gelten die folgenden Festlegungen: Der Unterricht kann innerhalb des Grundschulunterrichts entweder im 3. Jahr des Kindergartens und den 6 Jahren der Primarschule oder während der 4 letzten Primarschuljahre angeboten werden; an den Primarschulen entweder in den 6 Jahren der Primarschule oder während der 4 letzten Primarschuljahre. Der Anteil des Immersionsunterrichts an der wöchentlichen Gesamtstundenzahl beträgt:

- ▶ 8 bis 21 Stunden vom 3. Jahr des Kindergartens bis zum 2. Primarschuljahr;

¹⁷⁵ Quelle: http://www.enseignement.be/index.php?page=26044&id_fiche=1066&dumy=24829

¹⁷⁶ Quelle: <http://www.enseignement.be/index.php?page=25228&navi=3128>

¹⁷⁷ Eine Unterrichtsstunde dauert in allen Fächern 50 Minuten.

¹⁷⁸ Schulen in der Region Brüssel-Hauptstadt sowie in den Gemeinden Comines-Warneton, Mouscron, Flobecq, Enghien, Malmedy, Waimes, Baelen, Plombières und Welkenraedt. Quelle: Rundschreiben Nr. 3646 vom 01.07.2011 über den Stundenplan des von der Französischen Gemeinschaft organisierten regulären Primarschulunterrichts.

¹⁷⁹ Rundschreiben für das Schuljahr 2009/2010 über die Organisation des regulären Vor- und Primarschulwesens, DGE, CFB

- ▶ 8 bis 18 Stunden vom 3. bis zum 6. Primarschuljahr für Schüler, die den Immersionsunterricht im 3. Kindergartenjahr oder im 1. Primarschuljahr begonnen haben;
- ▶ 12 bis 18 Stunden vom 3. bis zum 6. Primarschuljahr für Schüler, die den Immersionsunterricht im 3. Primarschuljahr begonnen haben.

Für Schüler, die Migranten der 1. Generation, staatenlos, ausländischer Staatsangehörigkeit oder adoptiert sind, wobei ihre Mutter- oder Alltagssprache nicht die Unterrichtssprache ist und sie seit weniger als 3 Jahren eine Schule der CFB besuchen, kann Unterricht zum Vertrautmachen mit der Unterrichtssprache mit drei Stunden pro Woche angeboten werden. Ziel dieses Unterrichts ist die Integration der Schüler in das Schulsystem und der Erwerb französischer Sprachkenntnisse.

Sekundarstufe I

Im Regelfall setzt der Schüler den Unterricht der in der Primarschule begonnenen Fremdsprache (die „Zweitsprache“) in der 1. Stufe des Sekundarunterrichts entsprechend dem Kontinuitätsprinzip für den Fremdspracherwerb fort. Die Eltern können jedoch nach Einholung der Meinung des Schuldirektors eine andere Fremdsprache I als die in der Primarschule begonnene Sprache auswählen. Eine solche Entscheidung muss daher begründet sein. Der Fremdsprachenunterricht ist in der ersten Stufe der Sekundarschule je nach Unterrichtstyp unterschiedlich.¹⁸⁰

- ▶ In der gemeinsamen Stufe (1e C und 2e C) beläuft sich die Stundenzahl des Unterrichts der Fremdsprache I auf:
 - ▶ 4 Stunden pro Woche;
 - ▶ Hinzukommen können 1 bis 4 Stunden im Rahmen von Ergänzungsfächern. Durch diese Fächer soll das Erlangen der im Rahmen der gemeinsamen Bildung angestrebten Kompetenzen unterstützt werden. Sie stellen in keinem Fall eine Voraussetzung für eine bestimmte Orientierung in der 2. und 3. Stufe dar. Sie bestehen aus Konversationsunterricht sowie einer Einführung in die Kultur der Länder der erlernten Fremdsprache;
 - ▶ Hinzukommen können darüber hinaus 1 bis 2 Stunden pro Woche im Rahmen der Förderung von Schülern, die besonderer Unterstützung bedürfen. Der Klassenrat entscheidet darüber, welcher Schüler Förderunterricht erhält.
- ▶ Für die ergänzenden Jahre im Anschluss an das erste oder zweite gemeinsame Jahr (1èreS und 2èmeS) ist keine besondere Stundenanzahl für Sprachunterricht vorgesehen, da der Stundenplan an den Bedürfnissen des Schülers ausgerichtet wird. Es soll daran erinnert werden, dass diese ergänzenden Jahre im Sinne der Reform keine Wiederholungsjahre sind. Die Förderung des Schülers beim Erlernen der Fremdsprache I kann, je nach Schule und Schulnetz, von 1 Stunde bis zu 10 Stunden gehen.¹⁸¹ Der Unterricht kann außerdem in Form von Ergänzungsfächern erfolgen.
- ▶ Beim differenzierten Unterricht (1e D und 2e D) 2 bis 4 Stunden pro Woche.

¹⁸⁰ Auf der folgenden Website können alle Stundenvorgaben für die einzelnen Schuljahre der vier Schulnetze eingesehen werden: http://www.enseignement.be/index.php?page=26402&navi=3165&rank_page=26402

¹⁸¹ Siehe online veröffentlichter Beispielstundenplan der Klasse 1 D1 1S des FWB-Schulnetzes für 2011/2012. Quelle: http://www.enseignement.be/index.php?page=26402&navi=3165&rank_page=26402

- ▶ Im zusätzlichen zweiten Jahr der differenzierten Stufe (DS) bleiben die Stundenpläne für die beiden vorherigen Jahre der differenzierten Stufe gültig. Der Schüler erhält somit 2 bis 4 Wochenstunden Fremdsprachenunterricht.
- ▶ Und im 3. Differenzierungs- und Orientierungsjahr (3S-DO) 2 bis 4 Stunden.

Was den Immersionsunterricht betrifft, so können 2, 3 oder 4 Stunden des Unterrichts in den Ergänzungsfächern zum Erlernen der Sprache des Immersionsunterrichts verwendet werden. Diese 2, 3 oder 4 Stunden gehören nicht zu den 8 bis 13 oben erwähnten Stunden.¹⁸² Die Prüfungen über die in der Immersionssprache vermittelten Inhalte werden in dieser Sprache abgehalten.

Sekundarstufe II – Zweite und dritte Übergangsstufe¹⁸³

Im allgemeinbildenden und technischen Unterricht belaufen sich die Stundenzahlen des Sprachunterrichts in der zweiten Übergangsstufe auf:

- ▶ FS I (Deutsch, Englisch oder Niederländisch): 4 Stunden. Dieser Unterricht ist Teil des gemeinsamen Blocks. In Brüssel-Hauptstadt kann die Stundenzahl des Unterrichts der Fremdsprache I jedoch 2 Wochenstunden betragen, sofern der Schüler eine Fremdsprache II mit 4 Wochenstunden als einfaches Grundwahlfach ausgewählt hat.
- ▶ FS II (Deutsch, Englisch, Niederländisch, Italienisch, Spanisch, Arabisch): 4 Wochenstunden. Dieser Unterricht ist jedoch Teil des Wahlunterrichts (einfache Grundwahlfächer), sodass es möglich ist, dass ein Schüler im 3. und 4. Jahr des Übergangsunterrichts nur eine Fremdsprache, die FS I, erlernt, wenn er keine FS II als einfaches Grundwahlfach gewählt hat.¹⁸⁴

In der dritten Übergangsstufe des allgemeinbildenden Unterrichts gilt unabhängig von dem vom Schüler gewählten Schwerpunkt aus den sieben in dieser Phase des Sekundarunterrichts möglichen Schwerpunkten (wissenschaftlich, klassisch, moderne Sprachen, wirtschaftlich, geisteswissenschaftlich, künstlerisch und Sport) stets:

- ▶ Unterricht der FS I mit 2 bis 4 Stunden pro Woche (der Unterricht für Schüler mit dem Schwerpunkt „Moderne Sprachen“ umfasst dabei zwingend 4 Wochenstunden);
- ▶ sowie die Möglichkeit der Auswahl einer FS II (aus den 6 oben genannten Sprachen) oder einer Fremdsprache III (aus den 6 Sprachen + Russisch) im Rahmen des Wahlunterrichts mit 4 Wochenstunden, wobei diese Auswahl im Rahmen des Schwerpunkts „Moderne Sprachen“ zwingend ist.

Darüber hinaus bietet das Ministerium bei den meisten Schwerpunkten die Möglichkeit, im Rahmen von einfachen Grundwahlfächern 4 Unterrichtsstunden pro Woche in der FS II oder FS III und im Rahmen des Wahlunterrichts 2 Wochenstunden in einer der sieben angebote-

¹⁸² Rundschreiben Nr. 4112 vom 24.08.2012 über die Organisation eines Immersionsunterrichts im Regelunterricht der Sekundarschulen

¹⁸³ Der Unterricht der alten Sprachen (Latein und Griechisch) wird hier nicht berücksichtigt.

¹⁸⁴ Dies könnte der Fall sein, wenn der Schüler eine Fremdsprache mit 4 Stunden + 2 nichtsprachliche einfache Grundwahlfächer mit 4 Stunden oder eine Fremdsprache mit 4 Stunden + eine alte Sprache mit 4 Stunden gewählt hat.

nen Sprachen zu besuchen. Für die Wahlfachkombinationen (die Schule kombiniert die Fächer für die einzelnen Orientierungszweige) sieht das Programm zwingend obligatorischen Unterricht in einer Fremdsprache mit 4 Wochenstunden vor, und es muss die Möglichkeit bestehen, zwei weitere Sprachen im Rahmen von einfachen Grundwahlfächern zu erlernen (FS II oder FS III), wobei für jede 4 Wochenstunden vorgesehen sind. In sämtlichen Zweigen des allgemeinbildenden Unterrichts (mit Ausnahme des Schwerpunkts „Moderne Sprachen“) kann der Besuchs des Unterrichts der Fremdsprache I nur mit der Zustimmung des Klassenrats, und sofern der Schüler eine andere Sprache mit 4 Wochenstunden belegt, beendet werden. In der Region Brüssel-Hauptstadt bleibt der Unterricht in Niederländisch als Fremdsprache I mit 2 bis 4 Wochenstunden obligatorisch.

Das 7. Jahr zur Vorbereitung auf ein Hochschulstudium ermöglicht Schülern, die ein Hochschulstudium an einer Sprachfakultät anstreben, einen intensiven Ausbau ihrer Sprachkenntnisse. Sie können Kurse in drei der sieben in diesem Niveau angebotenen Sprachen mit 4 bis 8 Stunden pro Woche belegen. Ebenso besteht im 7. Jahr zur Vorbereitung auf ein Hochschulstudium im Bereich Mathematik oder Naturwissenschaften die Möglichkeit, im Rahmen der Wahlfächer Sprachunterricht in allen sieben auf diesem Niveau angebotenen Sprachen mit 2 bis 4 Stunden pro Woche zu besuchen.

Beim technischen Übergangsunterricht sehen die Stundenvorgaben zwingend vor:

- ▶ FS I: 2 bis 4 Wochenstunden
- ▶ sowie die Möglichkeit der Auswahl einer FS II oder einer FS III als Wahlfach mit 4 Stunden pro Woche. Die Wahl eines Kurses der FS II oder FS III mit 4 Wochenstunden ist jedoch obligatorisch, wenn in der FS I nur 2 Wochenstunden besucht werden.
FS II oder FS III: 4 Stunden;

Darüber hinaus wird auch im Rahmen der einfachen Grundwahlfächer Sprachunterricht angeboten:

- ▶ FS II oder FS III: 4 Stunden

oder im Rahmen der Wahlfächer:

- ▶ FS I, FS II oder FS III: 2 Stunden.

Für den künstlerischen Übergangsunterricht¹⁸⁵ der zweiten Stufe gelten folgende Stundenvorgaben:

- ▶ FS I (Deutsch, Englisch oder Niederländisch): 4 Wochenstunden;
- ▶ FS II (siehe oben): 4 Wochenstunden, dieser Unterricht wird jedoch im Rahmen der einfachen Grundwahlfächer angeboten.

In der dritten Stufe ist dann das Erlernen einer 3. Fremdsprache möglich.

- ▶ Die FS I wird mit 2 bis 4 Wochenstunden unterrichtet.
- ▶ Die Fremdsprachen II und III (die sechs als FS II angebotenen Sprachen + Russisch) werden mit jeweils 4 Wochenstunden unterrichtet.
- ▶ Darüber hinaus können in der FS II und FS III 4 Wochenstunden im Rahmen der einfachen Grundwahlfächer und in der FS I und einer der beiden anderen Sprachen 2 Wochenstunden im Rahmen der Wahlfächer hinzukommen.

¹⁸⁵ Diese Unterrichtsart wird nur in einem Schulnetz, dem offiziellen subventionierten Schulnetz, angeboten.

Sekundarstufe II – Zweite und dritte Befähigungsstufe:

In der zweiten Stufe des technischen und künstlerischen Befähigungsunterrichts beträgt der wöchentliche Umfang des Unterrichts der Fremdsprache I mindestens 2 Stunden. Für die Schüler mit der Spezialisierung Management und Sekretariat-Tourismus beträgt der Unterricht der FS I zwingend 4 Stunden. In Brüssel-Hauptstadt ist diese Sprache stets das Niederländische und in der übrigen Wallonie Niederländisch, Englisch oder Deutsch. Die FS 2 wird bei bestimmten Spezialisierungen wie Gaststättengewerbe (2 Stunden pro Woche), Management (2 Stunden pro Woche) oder Sekretariat-Tourismus (4 Stunden pro Woche) im Rahmen der zusammenhängenden Grundwahlfächer unterrichtet. In diesem Fall handelt es sich um eine „fachorientierte Fremdsprache“ (langue moderne orientée), was bedeutet, dass der Kurs mit den belegten Wahlfächern in Verbindung steht.

Bestimmte Schulen können diese Stundenpläne ebenfalls durch Unterricht zur Vertiefung der FS I oder durch eine fachorientierte Fremdsprache im Rahmen der Wahlfächer mit 1 bis 2 Stunden pro Woche ergänzen, sofern die Gesamtanzahl der Stunden nicht den vom Ministerium genehmigten Höchstwert übersteigt (dieser beträgt zum Beispiel 36 Stunden in der 2. und 3. Stufe des technischen Befähigungsunterrichts, ohne Förderunterricht).

In den beiden folgenden Jahren, also in der dritten Stufe, ist Fremdsprachenunterricht nur noch im Rahmen der zusammenhängenden Grundwahlfächer bestimmter Ausbildungsgänge vorgesehen.

Der Unterricht der FS I ist für die folgenden Fachrichtungen obligatorisch:

- ▶ EDV-Techniker, Erzieher, Krankenpflegeanwärterin, Animateur (2 Stunden pro Woche);
- ▶ Techniker in Infografie (ebenfalls 2 Stunden pro Woche, hier ist jedoch nur Englisch möglich);
- ▶ Gaststättengewerbe (3 Stunden pro Woche) und Angestellter für Empfang und Tourismusbranche (3 bis 4 Stunden);
- ▶ Fachmann im kaufmännischen Bereich, Fachmann in Buchhaltung, Fachmann im Bürowesen (4 Stunden).

Der Unterricht der FS II ist für die Schüler der folgenden Fachrichtungen obligatorisch:

- ▶ Fachmann im kaufmännischen Bereich, Fachmann in Buchhaltung, Fachmann im Bürowesen (2 Stunden);
- ▶ Gaststättengewerbe (3 Stunden pro Woche);
- ▶ Angestellter für Empfang und Tourismusbranche (3 bis 4 Stunden);

Der Unterricht der FS III ist für die Schüler der folgenden Fachrichtung obligatorisch:

- ▶ Angestellter für Empfang und Tourismusbranche (1 bis 2 Stunden).

Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, pro Woche 2 traditionelle Sprachkurse sowie 2 fachlich orientierte Sprachkurse in allen in der dritten Stufe im Rahmen der Wahlfächer angebotenen Sprachen zu besuchen.

Im 7. Befähigungsjahr wird der Sprachunterricht weiterhin über die Wahlfächer, die die Schulen für alle sieben in diesem Niveau möglichen Sprachen anbieten können, mit 2 Stunden pro Woche gewährleistet. Bei bestimmten Fachrichtungen ist der Sprachunterricht jedoch

auch Teil der Kernfächer (im Allgemeinen handelt es sich dabei um fachlich orientierten Sprachunterricht):

- ▶ Europäisches Hotelwesen sowie Empfang und Hotelrezeption: 3 Wochenstunden fachlich orientierter Sprachunterricht in allen drei Fremdsprachen (I, II und III);
- ▶ Tourismus: 2 Stunden in der FS I und 2 Stunden in der FS II;
- ▶ Sozial- und Sportanimateur: 2 Stunden fachlich orientierter Sprachunterricht in der FS I.

Sekundarstufe II – Zweite und dritte berufsbildende Stufe

Im berufsbildenden Zweig wird im Rahmen des gemeinsamen Unterrichts kein Sprachunterricht angeboten. Fremdsprachenunterricht ist jedoch Teil der Stundenpläne bestimmter zusammenhängender Grundwahlfächer. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die erworbenen Kenntnisse der FS I im Rahmen von Wahlfächern mit 1 bis 2 Stunden pro Woche aufrechtzuerhalten.

Im 7. Jahr des berufsbildenden Unterrichts hat der Schüler weiterhin die Möglichkeit, im Rahmen der Wahlfächer einen Fremdsprachenkurs mit 1 bis 2 Stunden pro Woche zu besuchen (unterrichtete Sprachen: Deutsch, Englisch, Niederländisch, Italienisch und Spanisch) sowie in bestimmten Ausbildungsgängen einen Kurs zur Vertiefung einer gegenwärtig erlernten Sprache mit 2 Stunden pro Woche zu absolvieren (unterrichtete Sprachen: Englisch, Italienisch, Spanisch). Nur im 7. Ergänzungsjahr in der Richtung Internationale Küche sind zwei Sprachkurse, FS I und FS II, mit jeweils 2 Stunden pro Woche vorgeschrieben.

Immersionsunterricht in der zweiten und dritten Stufe der Sekundarschule:

Schüler, die in der 1. Stufe der Sekundarschule Immersionsunterricht besucht haben, können diesen in der 2. und 3. Stufe des Übergangsunterrichts, des Befähigungsunterrichts und des berufsbildenden Unterrichts fortsetzen. Darüber hinaus ist es auch möglich, in der 2. Stufe des Übergangsunterrichts, des Befähigungsunterrichts oder des berufsbildenden Unterrichts mit Immersionsunterricht in der als Fremdsprache I oder II gewählten Sprache zu beginnen¹⁸⁶. In der 2. und 3. Stufe der Sekundarschule enthält der wöchentliche Stundenplan einer Immersionsklasse ebenfalls 8 bis 13 Stunden Unterricht in der Immersionssprache.

7.2.6 Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

Allgemeines zum Bildungssystem und zur Sprachpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Die Mehrsprachigkeit ist für diese kleine Region im Osten Belgiens fundamental, und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den angrenzenden Regionen und Ländern ist für die Deutschsprachige Gemeinschaft ebenso unerlässlich. In diesem Sinne gibt es Kooperationen im sozialen und kulturellen Bereich, im Erziehungswesen und in der Wirtschaft. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird über zwei Strukturen organisiert: die Euregio

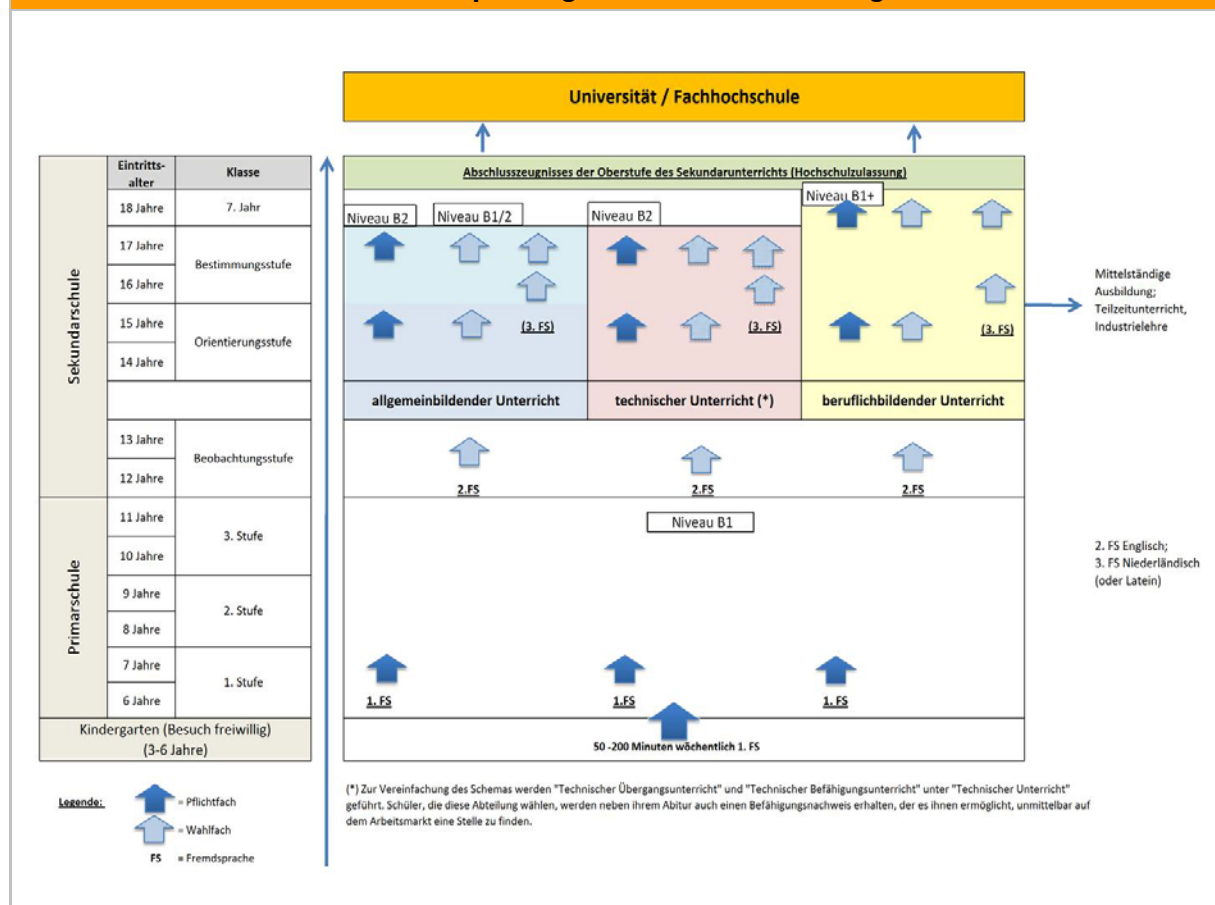
¹⁸⁶ Dekret vom 11. Mai 2007 über den Immersionsunterricht, M.B., 12. Okt. 2007.

Maas-Rhein und die Großregion Saar/Lor./Lux/Wallonie/Rheinland-Pfalz/Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Es ist daher nicht überraschend, dass bereits in frühestem Alter mit dem Erlernen der Sprachen der Nachbarländer begonnen wird. Die französische Sprache ist ab dem Kindergarten obligatorisch und in zahlreichen Sekundarschulen erfolgt die Hälfte des Unterrichts, mit Ausnahme des Sprachunterrichts, regelmäßig auf Französisch.

Zu Beginn des Sekundarunterrichts wird Englisch als zweite Fremdsprache eingeführt. Später können die Schüler eine dritte Sprache wählen. Viele entscheiden sich dann für Niederländisch. Aus diesem Grund setzen zahlreiche flämische Unternehmen, die auf der Suche nach Geschäftspartnern in Deutschland oder anderen deutschsprachigen Regionen sind, häufig Belgier aus den östlichen Kantonen des Landes als Mittler ein. Und Unternehmen aus dem deutschsprachigen Raum greifen ebenfalls auf sie zurück, wenn sie sich in Belgien niederlassen möchten.

Das unten stehende Schema gibt einen allgemeinen Überblick über die Struktur des Bildungssystems der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und die drei Bildungsgänge in der Sekundarschule. Das Alter der Schüler ist nur zur Information angegeben, um internationale Vergleiche zu erleichtern; es gilt nicht als Kriterium. Sofern sie nicht davon ausgenommen sind, gilt für die Schüler bis zum vollendeten 15. Lebensjahr oder maximal bis zum vollendeten 16. Lebensjahr Vollzeitschulpflicht. Nach dieser Zeit unterliegen die Schüler bis zum Alter von 18 Jahren einer Teilzeitschulpflicht.

Übersicht über die Struktur des Bildungssystems der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens



Sofern sie keinen Sonderunterricht an einem Zentrum für Förder- und Sonderpädagogik für behinderte Schüler zwischen 3 und 21 Jahren absolvieren, besuchen alle Schüler der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens nach Abschluss der Primarschule eine Sekundarschule. Diese Schulen sind zum Großteil gleich organisiert und umfassen drei Stufen mit einer Dauer von jeweils 2 Jahren:

- ▶ Beobachtungsstufe (erstes und zweites Jahr der Sekundarschule)
- ▶ Orientierungsstufe (drittes und viertes Jahr der Sekundarschule)
- ▶ Bestimmungsstufe (fünftes und sechstes Jahr der Sekundarschule)

Nach Abschluss der Orientierungsstufe können die Schüler, die die Bestimmungsstufe erreicht haben, zwischen den folgenden Unterrichtsarten wählen:

- ▶ Allgemeinbildender Unterricht
- ▶ Technischer Unterricht
- ▶ Berufsbildender Unterricht

Die Schüler können die Unterrichtsart dabei zu bestimmten Zeitpunkten und unter bestimmten Bedingungen wechseln. Zum Ende der Sekundarschule sollte das Fremdsprachenniveau der Schüler je nach Unterrichtsart der Kompetenzstufe B1+/B2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens entsprechen. Was die zweite und dritte Fremdsprache betrifft, so werden die Leitlinien für die Lehrpläne mit Angabe der zu erreichenden Kompetenzstufen derzeit noch erarbeitet. Gegenwärtig wenden die verschiedenen Schulträger jeweils ihre eigenen Lehrpläne an.

Nach der dritten Stufe erhalten die Schüler das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts, das zum Hochschulzugang berechtigt. Im berufsbildenden Unterricht umfasst die dritte Stufe jedoch drei Jahre und führt zum gleichen Abschluss. Schüler, die nicht mehr der Vollzeitschulpflicht unterliegen und den Unterricht nicht mehr besuchen können oder wollen, absolvieren einen Teilzeitunterricht. Die Stundenzahl dieses Teilzeitunterrichts entspricht der Hälfte des wöchentlichen Stundenplans der Vollzeitschüler. Die übrige Stundenzahl wird für eine betriebliche Ausbildung oder für besondere Projekte verwendet. Nur wenige Schüler sind in einem Zentrum für Teilzeitunterricht angemeldet; die Mehrzahl von ihnen schließt einen Lehr- oder Professionalisierungsvertrag mit einem Handels- oder Handwerksbetrieb ab und besucht allgemein- und berufsbildenden Unterricht mit Bezug zu ihrer Tätigkeit in einem Ausbildungszentrum des organisierten Mittelstandes (ZAWM). Das Fremdsprachenniveau und die Stundenzahl des Fremdsprachenunterrichts hängen dabei von der jeweiligen Ausbildung ab. Das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts ermöglicht den Zugang zu einer Hochschule oder Fachhochschule.

Vorschulbereich und Grundschule

Der Besuch eines Kindergartens ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens nicht gesetzlich vorgeschrieben. „Während der Öffnungszeiten der Schulen bietet die Deutschsprachige Gemeinschaft den Eltern an, einen großen Teil der Bildung ihrer Kinder zu übernehmen, indem sie eine allgemeine vorschulische Bildung in einem schulischen Umfeld in

einem Kindergarten, der einer Primarschule angegliedert ist (beide bilden zusammen eine Grundschule), selbst organisiert und die Gemeinden und privaten Träger, die eine solche vorschulische Bildung anbieten, subventioniert. Diese vorschulische Bildung wird durch Lehrkräfte mit frühpädagogischer Spezialisierung sichergestellt.¹⁸⁷ Die allen Kindern im Alter von drei bis maximal sechs Jahren offenstehenden Kindergärten werden von ca. 95% der dreijährigen und 99% der fünfjährigen Kinder besucht.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens gibt es keine selbstständigen Kindergärten, alle 62 Einrichtungen sind einer Primarschule angegliedert. 55 von ihnen befinden sich in kommunaler Trägerschaft: Mit anderen Worten, die Erziehungsautorität liegt hier bei den Gemeinden. Fünf Kindergärten gehören zum Gemeinschaftsunterrichtswesen und unterliegen der Zuständigkeit des Erziehungsministers. Die übrigen Kindergärten befinden sich in privater Trägerschaft. Der Inhalt der vorschulischen Aktivitäten wird vom zuständigen Träger festgelegt. Dieser achtet auf die Umsetzung der sogenannten Aktivitätenpläne, die entweder vom Träger oder von einem Schulnetz erarbeitet werden. Dieser Aktivitätenplan muss vom Minister genehmigt werden. Im Anschluss ist der Plan gültig. Zur Genehmigung ist es nötig, dass die im Dekret vom 16. Dezember 2002 über die Entwicklungsziele im Vorschulbereich festgelegten Entwicklungsziele in den Aktivitätenplan aufgenommen werden.

Durch das Dekret vom 26. April 1999 wurden darüber hinaus Aktivitäten im Fremdsprachenbereich als obligatorisch vorgeschrieben. Die meisten Kindergärten bieten seit Langem eine spielerische Beschäftigung mit der französischen Sprache für 20 bis 90 Minuten pro Woche. Durch das Dekret vom 19. April 2004 über die Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen und die Sprachenverwendung im Bildungswesen wurden diese Zahlen auf mindestens 50 und höchstens 200 Minuten pro Woche erhöht; so ist es möglich, täglich für 10 bis 40 Minuten Aktivitäten in der ersten Fremdsprache anzubieten.

Die Primarschule¹⁸⁸ umfasst sechs Schuljahre und richtet sich in aller Regel an Schüler im Alter von sechs bis elf Jahren. Ihr ist stets ein Kindergarten angegliedert, daher unterliegt sie der Zuständigkeit derselben öffentlichen und privaten Träger wie die Kindergärten. Der Unterricht ist für alle Kinder verpflichtend, die bis zum 31. Dezember des laufenden Schuljahres das 6. Lebensjahr vollendet haben. 2011/2012 waren 5.028 Kinder an den Primarschulen angemeldet.

Jeder Träger hat das Recht, eigene Lehrpläne zu erarbeiten, die dem fachlich zuständigen Ministerium zur Genehmigung vorzulegen sind. Wenn der Träger keine eigenen Lehrpläne erarbeitet, muss er einen für die Gemeinschaftsschulen genehmigten offiziellen Lehrplan anwenden. Jeder Lehrplan muss bestimmte Schlüsselkompetenzen und die Leitlinien der Rahmenpläne berücksichtigen.¹⁸⁹ Diese neuen Rahmenpläne legen die Leitlinien für den

¹⁸⁷ Quelle: „L'éducation et l'accueil des jeunes enfants en Europe : réduire les inégalités sociales et culturelles“, Eurydice.

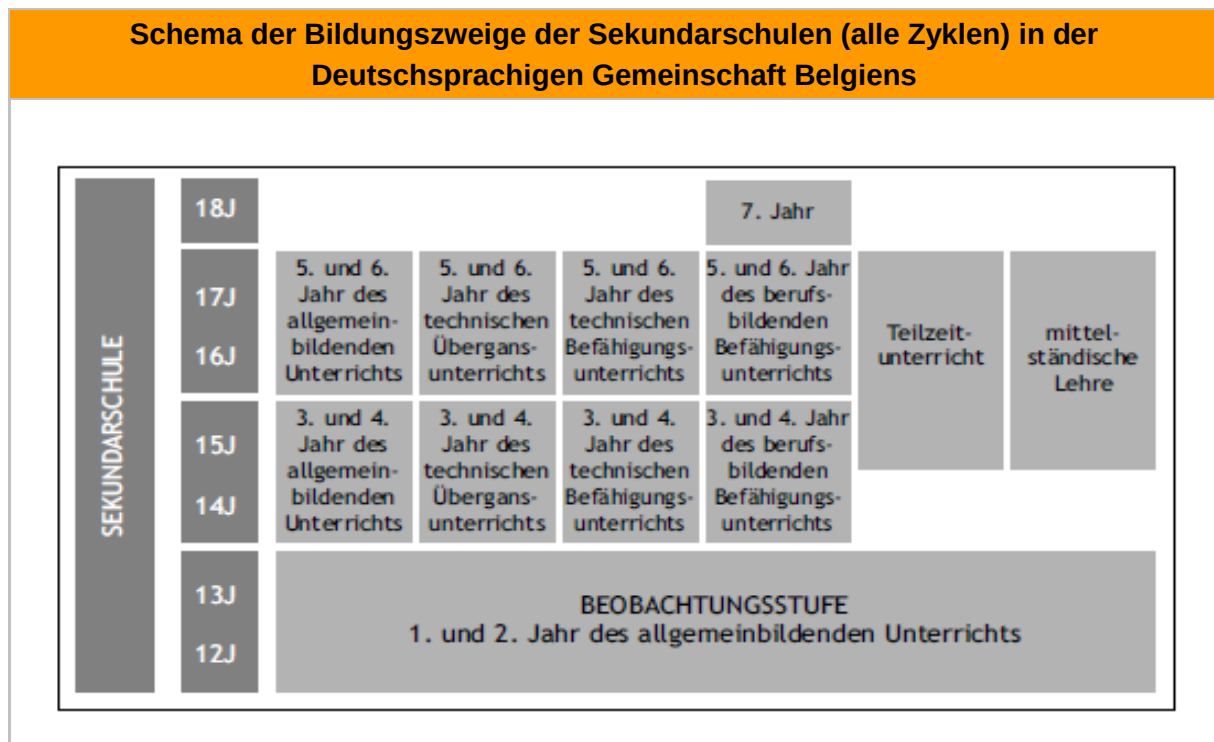
¹⁸⁸ Europäische Kommission / EURYDICE (2010): Strukturen der schulischen und beruflichen Bildungssysteme in Europa: Belgien – Deutschsprachige Gemeinschaft, Ausgabe 2009/10), S. 22 ff. Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (2008): Schriftenreihe des Ministeriums der DG-Unterricht und Ausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 3. Eupen, S. 29 ff.

¹⁸⁹ Dekret vom 16. Juni 2008, ratifiziert vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zur Festlegung der Makrokompetenzen und Kompetenzrichtlinien im Bildungswesen. Die Anwendung eines Teils dieses Dekrets ist seit 2009/10 vorgeschrieben, ein anderer Teil seit 2010/11, bei einigen Schulen auch später (Primarschulen und erste Stufe der Sekundarschulen).

Unterricht zwingend fest; somit können die Träger und Schulen die pädagogischen Inhalte und die zu erreichenden Bildungsziele völlig frei und selbstständig definieren. Für die erste Fremdsprache wird bis zum Ende der Primarschule die Kompetenzstufe B1 des GERS angestrebt.

Sekundarstufe I

Der Besuch der Sekundarschulen ist kostenlos. In der Region gibt es insgesamt neun Sekundarschulen. Vier von ihnen gehören zum Gemeinschaftsunterrichtswesen (GUW); die fünf übrigen sind Teil des freien privatrechtlichen katholischen Unterrichtswesens (FSUW) – einem subventionierten Schulnetz mit gemeinnützigem Träger. Wie bei den Primarschulen werden die Unterrichtsinhalte und didaktischen Prinzipien vom Schulträger festgelegt. Dieser stellt seine eigenen Lehrpläne zusammen und legt sie anschließend dem Minister zur Genehmigung vor. Andernfalls muss er die vom Ministerium genehmigten offiziellen Lehrpläne für die Gemeinschaftsschulen anwenden. Die Sekundarstufe I erstreckt sich über alle Bildungszweige, bis zum Ende der Vollzeitschulpflicht.



Für die meisten Schüler des allgemeinbildenden oder technischen Unterrichts sind die Wochenstundenzahlen des Unterrichts der ersten Fremdsprache (Französisch) und des muttersprachlichen Unterrichts in etwa gleich. Der Französischunterricht muss mindestens die folgenden gesetzlichen Vorgaben erfüllen:

- ▶ Allgemeinbildender Unterricht: vier Unterrichtsstunden pro Woche
- ▶ Technischer und berufsbildender Unterricht: zwei Unterrichtsstunden pro Woche

Das Erlernen von Fremdsprachen ist aufgrund der geografischen Lage der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und ihrer politischen und wirtschaftlichen Situation von wesentlicher Bedeutung. Aus diesem Grund wurden Zusatzkurse für den Ausbau der Fremdspra-

chenkenntnisse eingerichtet. Bis zu 50% der nichtsprachlichen Fächer kann auf Französisch unterrichtet werden. Eine Ausnahme gilt für die erste Stufe der Sekundarschule, wo dieser Anteil bis zu 65% betragen kann, sofern der Unterricht so organisiert wird, dass der Schüler zwischen diesem Unterricht und einem Unterricht, bei dem der Anteil der auf Französisch unterrichteten Fächer 50% nicht übersteigt, wählen kann.

Sekundarstufe II

In der Sekundarstufe II können die Schüler zwischen technischem, allgemeinbildenden und berufsbildenden Unterricht wählen. Der Sprachunterricht hängt dabei vom gewählten Bildungszweig ab. So können sprachbegeisterte Schüler im allgemeinbildenden Zweig (gymnasiale Oberstufe) zum Beispiel die Option „Fremdsprachen“ wählen und Unterricht in Latein, Französisch, Englisch und Niederländisch besuchen. Schüler, die sich nach dem Erreichen des 15. Lebensjahrs für Teilzeitunterricht entscheiden, sind gesetzlich dazu verpflichtet, Unterricht in einem Zentrum für Teilzeitunterricht (TZU) zu besuchen oder eine Lehre in einem Unternehmen zu absolvieren, wobei ergänzend hierzu zwingend Unterricht in einem Ausbildungszentrum für allgemeinbildenden Unterricht sowie berufsbildende Kurse zu besuchen sind.

Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen muss der Teilzeitunterricht im ersten Jahr (d.h. für Schüler zwischen 15 und 16 Jahren) 360 Unterrichtsstunden und im zweiten und dritten Jahr 240 Stunden umfassen. Der Teilzeitunterricht erstreckt sich über 40 Wochen mit jeweils ca. 15 Wochenstunden. In aller Regel werden 8 Stunden für den allgemeinbildenden Unterricht (darunter den Fremdsprachenunterricht [Französisch/Niederländisch] und Mathematik), die Persönlichkeitsentwicklung und den Ausbau sozialer Kompetenzen verwendet; 7 Stunden pro Woche sind für den berufsbildenden Unterricht bestimmt. Während der übrigen Wochenstunden kann der Schüler ein betriebliches Praktikum absolvieren. Der Teilzeit-Sekundarunterricht kann außerhalb der Öffnungszeiten der Vollzeit-Sekundarschulen, am Abend oder am Wochenende, veranstaltet werden.

Was die Ausbildung an den berufsbildenden Schulen im Rahmen einer dualen Ausbildung betrifft, so eignen sich die Schüler vor allem fachliches Know-how im Unternehmen an (vier Tage pro Woche), erhalten jedoch auch allgemeine und fachliche Kenntnisse durch den Unterricht an den berufsbildenden Schulen (ein Tag pro Woche). Im allgemeinbildenden Bereich umfasst der Unterricht die folgenden Fächer: Deutsch, Französisch, Arithmetik/Mathematik, Wirtschaft, Recht/Gesetzgebung, Sozialwissenschaften, KMU. Die unterrichteten Fächer hängen dabei im Einzelnen vom gewählten Beruf ab.

7.3 Statistische Informationen zum Fremdsprachenunterricht in den Grund- und Sekundarstufen der Großregion

In diesem Kapitel stellen wir statistische Informationen zum Unterricht in modernen Fremdsprachen vor. Dabei basieren wir uns auf die ISCED-Levels für den Unterricht in der Grund- und Sekundarstufe. Die Angaben wurden allerdings nicht aufeinander abgestimmt. Die großen Unterschiede bei der Erstellung von Statistiken und die mangelnde Verfügbarkeit wichtiger Informationen, die für einen vergleichenden Ansatz erforderlich wären, machen ein exaktes wissenschaftliches Arbeiten unmöglich. Deshalb erfolgen die Angaben zum Teil für mehrere Jahre und zum Teil nur für das letzte verfügbare Jahr. Dennoch lässt sich anhand dieser Informationen eine erste Darstellung des Sprachunterrichts in der Großregion skizzieren.

7.3.1 Fremdsprachenunterricht in der Grundstufe (ISCED-Level 1)

7.3.1.1 Saarland

Das Saarland bietet Schülern in der Grundstufe als erstes Bundesland Unterricht in einer modernen Fremdsprache an. Heute ist Französisch die erste Fremdsprache, die ab der dritten Klasse als Pflichtfach unterrichtet wird; ein knappes Viertel der saarländischen Grundschulen bietet Französischunterricht bereits ab dem ersten Schuljahr an. Seit 2005 ist es in einigen saarländischen Grundschulen auch möglich, Englisch zu lernen. In den letzten Jahren wurden in diesem Bereich große Fortschritte verzeichnet.

Verteilung der Schülerzahlen nach der ersten erlernten Fremdsprache in der Grundstufe im Saarland zwischen 2001 und 2010

Sprache	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Französisch	22.540	22.659	19.565	19.801	27.212	22.437	21.901	19.327	18.870	17.874
Englisch	0	0	0	0	87	87	176	207	229	429
Gesamt	22.540	22.659	19.565	19.801	27.299	22.524	22.077	19.534	19.099	18.303
Gesamtzahl der Schüler	42.873	41.711	41.069	39.912	38.984	37.643	35.344	33.963	32.801	31.517

Quelle: Statistisches Amt Saarland

Hinweis: Da der Fremdsprachenunterricht erst in der dritten Klasse beginnt, liegt die Gesamtzahl der Schüler über der Zahl der Schüler, die eine Fremdsprache lernen.

Anteil jeder Sprache am gesamten Fremdsprachenunterricht im Saarland (die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Summe der statistischen Werte)

(%)	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Französisch	100,0	100,0	100,0	100,0	99,7	99,6	99,2	98,9	98,8	97,7
Englisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,4	0,8	1,1	1,2	2,3

Anteil der Schüler, die im Saarland eine Fremdsprache lernen (die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schüler)

(%)	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Französisch	52,6	54,3	47,6	49,6	69,8	59,6	62,0	56,9	57,5	56,7
Englisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,5	0,6	0,7	1,4

Sonderwege: bilinguale Grundschulen

Zu Beginn des Schuljahrs 2007/2008 wurde die erste deutsch-französische Grundschule in Ludweiler/Lauterbach im Saarland eröffnet. Inzwischen gibt es drei weitere Grundschulen, die einen zweisprachigen deutsch-französischen Klassenzug anbieten. In einigen Schulen haben die Kinder die Möglichkeit, ihr erstes Diplom für Französisch als Fremdsprache zu erhalten: das DELF Prim A 1.1.

7.3.1.2 Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz war in den letzten Jahren eine Ausweitung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule zu beobachten. Seit dem Schuljahr 2005/2006 lernen alle Schüler in öffentlichen Grundschulen ab der ersten Klasse Englisch oder Französisch. Um die Kontinuität beim Übergang von der Grundstufe in die Sekundarstufe I zu gewährleisten, baut der Fremdsprachenunterricht in der Sekundarstufe I auf die in der Grundschule erworbenen Kenntnisse auf.¹⁹⁰

Verteilung der Schülerzahlen nach der ersten erlernten Fremdsprache in der Grundschule in Rheinland-Pfalz zwischen 2001 und 2011

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Französisch	18.821	18.340	19.077	16.897	14.379	12.321	10.756	9.416	8.709
Englisch	70.811	98.148	150.162	149.948	145.788	143.949	140.178	136.214	132.554
Gesamt	89.632	116.488	169.239	166.845	160.167	156.270	150.934	145.630	141.263
Gesamtzahl Schüler	171.942	170.691	169.106	166.563	160.189	156.294	150.969	145.693	141.410

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz. Berechnungen ohne Waldorf- und Förderschulen.

Hinweis: erst mit dem Schuljahr 2005/2006 wurde der Fremdsprachenunterricht ab der ersten Klasse eingeführt. Davor begann er wie im Saarland in der dritten Klasse. Dennoch besteht weiterhin eine kleine Unstimmigkeit (die wir uns nicht erklären können) zwischen der Zahl der Schüler, die eine Fremdsprache lernen, und der Gesamtzahl der Schüler ab dem Jahr 2006.

Anteil jeder Sprache am gesamten Fremdsprachenunterricht in Rheinland-Pfalz (die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Gesamtzahl)

(%)	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Französisch	21,0	15,7	11,3	10,1	9,0	7,9	7,1	6,5	6,2
Englisch	79,0	84,3	88,7	89,9	91,0	92,1	92,9	93,5	93,8

Anteil der Schüler an jeder Fremdsprache in Rheinland-Pfalz (die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schüler)

(%)	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Französisch	10,9	10,7	11,3	10,1	9,0	7,9	7,1	6,5	6,2
Englisch	41,2	57,5	88,8	90,0	91,0	92,1	92,9	93,5	93,7

Sonderwege: bilinguale Grundschulen

Derzeit bieten in Rheinland-Pfalz 20 Grundschulen zweisprachigen Unterricht. Eine davon bietet neben dem zweisprachigen Unterricht Deutsch-Englisch auch einen deutsch-

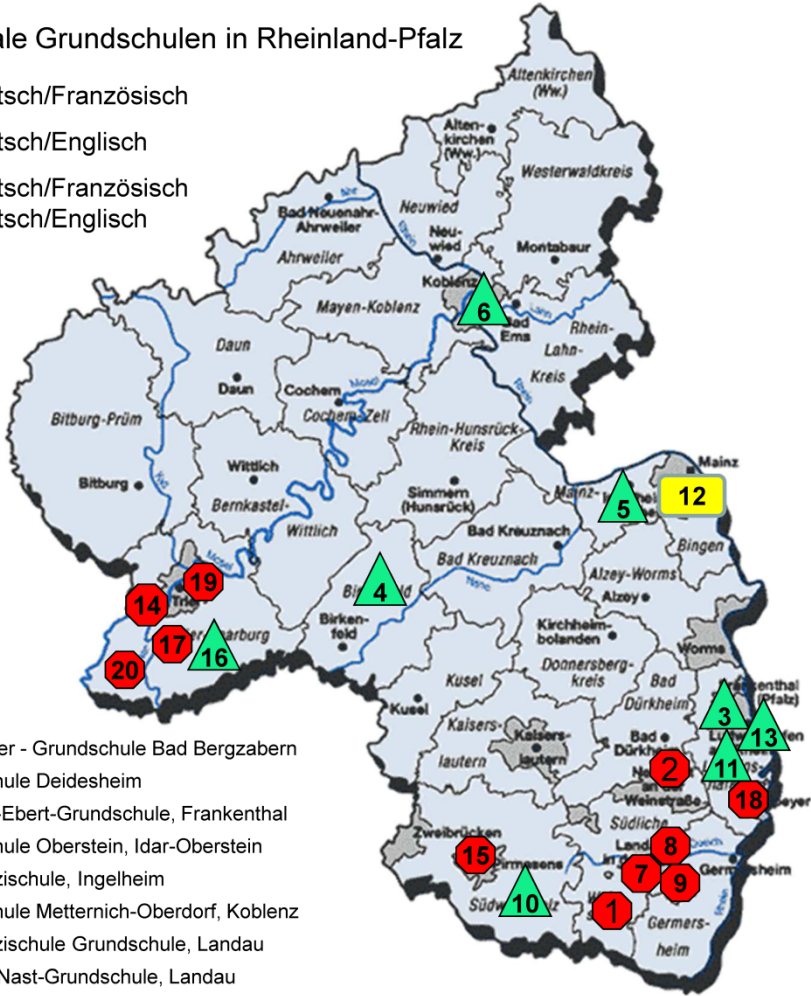
¹⁹⁰ Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (2008): *Fremdsprachenlernen in Rheinland-Pfalz-Orientierungshilfen für die Fremdsprachenwahl in den weiterführenden Schulen*. Mainz.

französischen Zweig an. Acht Schulen bieten zweisprachigen Unterricht Deutsch-Englisch an, die anderen bieten einen deutsch-französischen Zweig.¹⁹¹

Standorte der bilingualen Grundschulen in Rheinland-Pfalz

Bilinguale Grundschulen in Rheinland-Pfalz

- Deutsch/Französisch
- ▲ Deutsch/Englisch
- Deutsch/Französisch
- Deutsch/Englisch

- 
1. Böhämmer - Grundschule Bad Bergzabern
 2. Grundschule Deidesheim
 3. Friedrich-Ebert-Grundschule, Frankenthal
 4. Grundschule Oberstein, Idar-Oberstein
 5. Pestalozzischule, Ingelheim
 6. Grundschule Metternich-Oberdorf, Koblenz
 7. Pestalozzischule Grundschule, Landau
 8. Thomas-Nast-Grundschule, Landau
 9. Grundschule Wollmesheimer Höhe, Landau
 10. Grundschule Heinrich Weber, Lemberg
 11. Niederfeld-Grundschule, Ludwigshafen
 12. Grundschule Mainz-Drais
 13. Rehbachschule Neuhofen
 14. Grundschule Nittel
 15. Robert-Schuman – Grundschule, Pirmasens
 16. Grundschule St. Laurentius, Saarburg
 17. Grundschule St. Marien, Saarburg
 18. Grundschule Zeppelinschule, Speyer
 19. Grundschule Trier-Zewen, Trier
 20. Grundschule Wincheringen

Quelle: Bildungsserver Rheinland-Pfalz 2012

(<http://grundschule.bildung-rp.de/lernbereiche/fremdLanguen/grundschulen-mit-zweisprachigem-unterricht.html>)

¹⁹¹ <http://grundschule.bildung-rp.de/lernbereiche/fremdsprachen/grundschulen-mit-zweisprachigem-unterricht.html>

7.3.1.3 Lothringen

Der Unterricht in modernen Fremdsprachen beginnt seit Herbst 2008 in der zweiten Klasse (CE1) der Grundschule und damit im zweiten Jahr des Pflichtunterrichts. Wir verfügen nur für das Schuljahr 2011/2012 über Informationen zu den Schülerzahlen, die mit dem Unterricht in einer Fremdsprache in der Grundschule begonnen haben (sowie mit dem Unterricht in ihrer Herkunftssprache und -kultur). Die Zahlen bestätigen die eindeutige Vorrangstellung der englischen Sprache: 64% der Schüler haben sich für diese Sprache entschieden, 35% für Deutsch und der Rest für Italienisch und Luxemburgisch.

Verteilung der Schüler nach erlernter moderner Fremdsprache in öffentlichen und privaten Grundschulen im Schulbezirk Nancy-Metz 2011/2012

2011-2012	Meurthe-et-Moselle	Meuse	Moselle	Vosges	Lothringen
Deutsch	5 072	612	27 665	4 511	37 860
Englisch	31 189	9 344	15 449	12 040	68 022
Italienisch			709		709
Luxemburgisch			236		236
Gesamt	36 261	9 956	44 059	16 551	106 827

Quelle: Schulaufsicht

Hinweis: Diese Tabelle enthält keine Doppelzählungen, da die Kinder in der Grundschule nur eine Fremdsprache lernen.

Sonderwege: *bilinguale oder bikulturelle deutsch-französische Grundschulen*

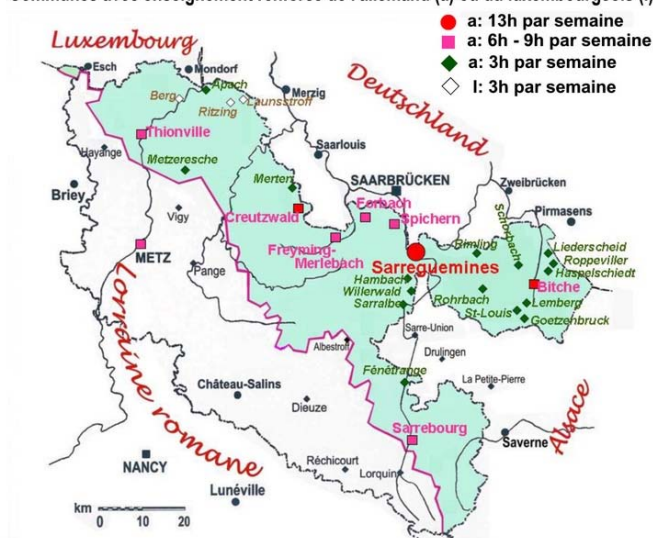
Für den Deutschunterricht gibt es in Saargemünd¹⁹² Schulstrukturen, die viel in das Erlernen der Sprache des Nachbarlandes investiert haben:

- ▶ Zwei vom Verband ABCM verwaltete Schulen (Vorschule und Grundschule) bieten einen paritätischen zweisprachigen Unterricht mit 13 Wochenstunden in französischer und 13 Stunden in deutscher Sprache. Es handelt sich um die Schule Beausoleil - ABCM „Sonnenschule“ und die Ecole de la Blies - ABCM „Regenbogenschule“;
- ▶ Eine öffentliche Schule, Blies - école biculturelle, bietet in der Vorschule einen paritätischen Unterricht und in der Grundschule nach Wahl der Eltern entweder einen paritätischen Unterricht (13 Stunden auf Französisch und 13 Stunden auf Deutsch) oder einen bikulturellen Unterricht (20 Stunden auf Französisch und 6 Stunden auf Deutsch).

¹⁹² Die Stadt verfügt unter anderem über 14 Vorschulen und 12 Grundschulen. Quelle: <http://www.sarrequemines.fr/fr/enseignement.html>

Standorte der Grundschulen, die in Lothringen verstärkten Unterricht in Deutsch und Luxemburgisch anbieten

Communes avec enseignement renforcé de l'allemand (a) ou du luxembourgeois (l)



Quelle: Webseite <http://www.culture-bilinguisme-lorraine.org/fr/les-classes-bilingues-paritaires.html>

Sonderwege: Herkunftssprachenunterricht bzw. muttersprachlicher Unterricht (ELCO) in der Grundschule

Derzeit werden in Lothringen die Herkunftssprache und -kultur von Lehrern aus folgenden Ländern unterrichtet: Algerien, Spanien, Italien, Marokko, Portugal, Serbien, Tunesien und Türkei. An erster Stelle steht Arabisch, wenn man die Schüler aus Algerien, Marokko und Tunesien zusammenzählt (46% der betroffenen Schüler), gefolgt von Türkisch, das allein 36,5% der betroffenen Schüler auf sich vereint, und Italienisch (14,6%).

Anzahl der Schüler nach Herkunftssprache und -kultur in der öffentlichen und privaten Grundstufe im Schulbezirk Nancy-Metz 2011/2012

2011-2012	Meurthe-et-Moselle	Moselle	Vosges	Lothringen
Algerien	314	489	nd	803
Marokko	370	753	139	1 262
Tunesien	6	41	32	79
Türkei	313	1 042	339	1 694
Italien	233	433	11	677
Spanien	25	55	nd	80
Portugal	0	23	nd	23
Serbien	23	nd	nd	23
Gesamt	1 284	2 836	521	4 641

Quelle: Schulaufsicht

Hinweis: Im Departement Meuse gibt es keinen Unterricht in Herkunftssprache und -kultur.

7.3.1.4 Luxemburg

Wir weisen darauf hin, dass es in Luxemburg private und internationale Einrichtungen gibt, die den offiziellen Lehrplänen des luxemburgischen Bildungsministeriums nicht folgen. Diese Einrichtungen betreuen rund 9% der Grundschüler.

Anzahl der schulpflichtigen Kinder in Luxemburg, eingestuft danach, ob ihre Schule den Lehrplänen des Bildungsministeriums folgt oder nicht, in der Grundstufe

Art der Ausbildung	Öffentliche und private Einrichtungen, die den Lehrplänen folgen	Öffentliche und private Einrichtungen, die den Lehrplänen nicht folgen	Gesamtzahl der Schüler
Frühkindliches Lernen Stufe 1	3 961	252	4 213
Vorschule Stufe 1	10 195	1 117	11 312
Grundschule Stufe 2 bis 4	32 096	3 003	35 099
Grundstufe (ohne differenzierte Bildung)	46 252	4 372	50 624
Differenzierte Bildung	690	0	690

Quelle: „Kennzahlen zum luxemburgischen Bildungswesen – Statistiken und Indikatoren“, MENFP

In den Einrichtungen, die den offiziellen Lehrplänen des Bildungsministeriums folgen, ergibt sich die Einheitlichkeit des Fremdsprachenunterrichtes für die Schüler aus dem luxemburgischen Modell, das für die gesamte Grundstufe gilt: die drei Sprachen des Landes werden in der Schule gesprochen und gelernt, wobei die vom Ministerium vorgegebene Reihenfolge eingehalten wird: bis Stufe 2.1 wird in der Klasse Luxemburgisch gesprochen; ab Stufe 2.2 und bis Stufe 4 werden Deutsch und Französisch eingeführt. Es muss also keine separate Aufstellung pro Sprache erstellt werden. Die 46.252 Schüler (ohne differenzierte Bildung) der öffentlichen und privaten Grundschulen, die den offiziellen Lehrplänen folgen, lernen und sprechen die drei Sprachen. Dies stellt in der Großregion eine Ausnahme dar.

7.3.1.5 Französischsprachige Wallonie

Laut Statistik für das Schuljahr 2010/2011 lernt in der wallonischen Grundstufe nicht einmal jeder zweite Schüler (exakt 45,7% der Schüler) eine Fremdsprache (die als „zweite Sprache“ bezeichnet wird). In diesem Teil der Großregion wird Fremdsprachenunterricht am spätesten eingeführt. Laut Gesetz ist Fremdsprachenunterricht systematisch ab der fünften Klasse vorgesehen. Einige Schulen greifen dem jedoch vor und bieten schon früher eine Einführung in eine zweite Sprache an.

**In der Grundstufe eingeschulte Schüler nach Art der Schule
in der französischsprachigen Wallonie, Schuljahr 2010/2011**

Schulart	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	6. Jahr	Gesamt	Anteil der Schulart (%)
Französische Gemeinschaft	3 680	3 480	3 673	3 826	4 057	3 758	22 474	9,4
Offizielle Provinzschulen	70	72	64	84	91	73	454	0,2
Offizielle Gemeindeschulen	21 226	20 384	19 876	19 782	19 373	17 324	117 965	49,1
Freie Schulen	16 954	16 442	16 396	16 556	17 015	16 032	99 395	41,4
Wallonie	41 930	40 378	40 009	40 248	40 536	37 187	240 288	100,0

Quelle: Etnic¹⁹³ – Centre de Compétences Business Intelligence (CCBI) der französischsprachigen Gemeinschaft in der Wallonie

Hinweis: die offiziellen Angaben zum Jahr 2010/2011 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor und müssen möglicherweise noch berichtigt werden.

**Zum Unterricht in einer „zweiten Sprache“ angemeldete Schüler pro Schuljahr
nach Art der Schule in der französischsprachigen Wallonie, Schuljahr 2010/2011**

Schulart	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	6. Jahr	Gesamt
Französische Gemeinschaft	0	0	248	230	4 031	3 731	8 240
Offizielle Provinzschulen	0	0	0	80	91	73	244
Offizielle Gemeindeschulen	2 319	2 827	3 604	3 732	18 968	17 158	48 608
Freie Schulen	4 589	4 780	5 020	5 390	16 931	15 973	52 683
Schüler mit Sprachunterricht, gesamt	6 908	7 607	8 872	9 432	40 021	36 935	109 775
Gesamtzahl der Schüler	41 930	40 378	40 009	40 248	40 536	37 187	240 288
Anteil der Schüler, die eine zweite Sprache lernen	16,5	18,8	22,2	23,4	98,7	99,3	45,7

Quelle: Etnic – CCBI (Statistikdienst der französischsprachigen Gemeinschaft in der belgischen Wallonie)¹⁹⁴

Niederländisch wird von zwei Drittel der Schüler gelernt, die eine zweite Sprache lernen, und liegt damit weit vor Englisch, für das sich 30,3% der Schüler interessieren. Für Deutsch entscheidet sich nur ein sehr kleiner Teil der betroffenen Schüler: 3,1%.

¹⁹³ Der Etnic-Statistikdienst ist im Auftrag der französischen Gemeinschaft für die Verbreitung, die Erläuterung und die Erstellung von Statistiken zuständig: <http://www.statistiques.cfwb.be/index.php?id=700>

¹⁹⁴ Die Jahre 2004/2005 bis 2008/2009 werden online auf der Statistik-Webseite der deutschsprachigen Gemeinschaft vorgestellt: <http://www.statistiques.cfwb.be>. Tabelle Nr. II.2.2.6 über die unterrichteten Sprachen.

**Verteilung der Schüler, die Unterricht in einer zweiten Sprache nehmen,
nach Sprachen in der französischsprachigen Wallonie, Schuljahr 2010/2011**

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	6. Jahr	Gesamt	Anteil der Sprachen (%)
Niederländisch	5 634	6 244	7 086	7 448	24 176	22 539	73 127	66,6
Englisch	893	962	1 290	1 421	15 071	13 627	33 264	30,3
Deutsch	381	401	496	563	774	769	3 384	3,1
Gesamt	6 908	7 607	8 872	9 432	40 021	36 935	109 775	100,0

Quelle: Etnic – CCBI (Statistikdienst der französischsprachigen Gemeinschaft in der belgische Wallonie)

7.3.1.6 Deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien

Deutsch ist in allen Bildungseinrichtungen der deutschsprachigen Gemeinschaft Unterrichtssprache. Die zum Schutz dieser Minderheit errichteten französischsprachigen Schulen sind daher eine Ausnahme, da für diese Schulen Französisch als Unterrichtssprache gesetzlich vorgeschrieben ist. Umgekehrt ist Deutsch die erste Fremdsprache, mit der die Schüler fast täglich in Kontakt sind. Bereits im ersten Jahr hat der Unterricht in der Fremdsprache einen hohen Stellenwert: in den ersten beiden Jahren haben die Schüler zwei bis drei Stunden Unterricht, im dritten und vierten Jahr drei bis vier Stunden und im fünften und sechsten Schuljahr fünf bis sechs Stunden. Im Schuljahr 2011/2012 gab es 62 Grundschulen, die von 7.339 Schülern besucht wurden. In nachstehender Tabelle sind die Schultypen der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und die von den Schülern erlernten Sprachen dargestellt. Wir verweisen ferner auf den Vorschulunterricht, da es eine systematische Verbindung der Vorschulen mit den Grundschulen gibt. Es gibt fünf Schulen, deren Verkehrssprache Französisch und die erste von den Kindern gelernte Fremdsprache dementsprechend Deutsch ist.

**Aufteilung der Schüler nach Schularten und nach der ersten erlernten Fremdsprache
in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2011/2011 – Grundstufe**

Gesamt	G UW	G OSU	FSU	Kinder- garten	G UW	G OSU	FSU	Grund- schulen	Schüler gesamt
Französisch	165	1 722	148	2 035	436	3 545	456	4 437	6 472
Deutsch	106	170	-	276	235	356	-	591	867
Gesamt	271	1 892	148	2 311	671	3 901	456	5 028	7 339

Quelle: Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Legende:

G UW: Grundschulen des Gemeinschaftsunterrichtswesens (unterstehen der Aufsicht des Bildungsministeriums);

*G OSU: Grundschulen des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens
(der Zuständigkeit der Kommunen unterstehende Schulen);*

FSU: Grundschulen des freien subventionierten Unterrichtswesens

Hinweis: die Zahlen bezeichnen natürliche Personen, so dass diese Tabelle keine Doppelzählungen enthält.

7.3.2 Fremdsprachenunterricht in der Sekundarstufe I (ISCED Level 2)

7.3.2.1 Saarland

Der Sprachenplan 2011 der saarländischen Regierung empfiehlt, dass alle schulpflichtigen Kinder Französisch und Englisch lernen. Für Kinder mit Migrationshintergrund oder mit schulischen Schwierigkeiten, die gezielte pädagogische Unterstützung benötigen, ist vorgesehen, ihre Deutsch-Kenntnisse gezielt zu verbessern.

Anzahl der Schüler nach unterrichteten Fremdsprachen in der Sekundarstufe 1 im Saarland von 2001 bis 2010

Sprache	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Französisch	43 849	46 104	44 889	44 134	59 314	40 529	38 838	35 568	33 800	32 963
Englisch	38 601	41 835	41 322	42 244	61 536	41 544	41 417	38 231	38 239	38 648
Latein	4 955	5 420	4 524	4 464	5 239	3 475	3 446	2 610	2 356	2 238
Spanisch	1 143	1 425	1 807	3 047	4 929	3 599	3 529	2 210	2 363	2 478
Italienisch	117	159	211	367	623	387	319	208	192	176
Summe der statistischen Werte	88 665	94 943	92 753	94 256	131 641	89 534	87 549	78 827	76 950	76 503
Gesamtzahl der Schüler	63 456	64 184	63 497	62 459	66 862	59 287	57 961	56 338	51 902	50 838

Quelle: Statistikamt des Saarlandes

Hinweis: Die Schüler lernen normalerweise mehrere Sprachen und werden daher im gleichen Jahr möglicherweise zwei oder drei Mal erfasst.

Anteil jeder Sprache am gesamten Fremdsprachenunterricht im Saarland (die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Gesamtzahl)

Sprache	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Französisch	49,5	48,6	48,4	46,8	45,1	45,3	44,4	45,1	43,9	43,1
Englisch	43,5	44,1	44,6	44,8	46,7	46,4	47,3	48,5	49,7	50,5
Latein	5,6	5,7	4,9	4,7	4,0	3,9	3,9	3,3	3,1	2,9
Spanisch	1,3	1,5	1,9	3,2	3,7	4,0	4,0	2,8	3,1	3,2
Italienisch	0,1	0,2	0,2	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2

Anteil der Schüler, die eine Fremdsprache im Saarland lernen (die Prozentsätze werden im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schüler berechnet)

Sprache	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Französisch	69,1	71,8	70,7	70,7	88,7	68,4	67,0	63,1	65,1	64,8
Englisch	60,8	65,2	65,1	67,6	92,0	70,1	71,5	67,9	73,7	76,0
Latein	7,8	8,4	7,1	7,1	7,8	5,9	5,9	4,6	4,5	4,4
Spanisch	1,8	2,2	2,8	4,9	7,4	6,1	6,1	3,9	4,6	4,9
Italienisch	0,2	0,2	0,3	0,6	0,9	0,7	0,6	0,4	0,4	0,3

Sonderwege: Bilinguales Ausbildungsangebot in der Sekundarstufe 1

Im Saarland gibt es insgesamt 15¹⁹⁵ allgemein bildende Schulen, die ihren Schülern zweisprachigen Unterricht anbieten. Vier Gymnasien bieten deutsch-französischen Unterricht und drei Gymnasien deutsch-englischen Unterricht. Allerdings soll zweisprachiger Unterricht nicht nur Gymnasiasten vorbehalten sein. Deshalb gibt es im Saarland auch zwei *Gesamtschulen* und eine *Erweiterte Realschule*, die eine zweisprachige deutsch-französische Ausbildung anbieten. Eine andere *Erweiterte Realschule* bietet zweisprachigen Unterricht Deutsch-Englisch.¹⁹⁶

¹⁹⁵ Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der BRD (2006): „Konzepte für den bilingualen Unterricht – Erfahrungsbericht und Vorschläge zur Weiterentwicklung“, S.15.

¹⁹⁶ Bildungsministerium des Saarlandes (Antwort von Frau Angelika Rothbrust, Referat D1, 27.03.2012)

7.3.2.2 Rheinland-Pfalz

In der Sekundarstufe I ist Englisch die Hauptsprache, in der die Schüler in Rheinland-Pfalz unterrichtet werden. Nur 1.750 Schüler lernen diese Sprache nicht. Für Französisch interessiert sich etwa ein Drittel der Schüler. Dieser Anteil steigt seit dem Jahr 2006/2007: damals lag er nur bei 23,9%. Spanisch steht an dritter Stelle, wenn der hohe Anteil der Schüler, die Latein lernen, unberücksichtigt bleibt, allerdings mit einem nach wie vor sehr niedrigen Anteil (unter 2% der Schüler). Daneben werden von den Schülern noch weitere Sprachen gelernt (Italienisch, Russisch, Japanisch, Türkisch, Arabisch, Polnisch und Chinesisch), aber sie stellen an der Gesamtzahl der Schüler nur eine kleine Minderheit dar.

Anzahl der Schüler nach der (den) erlernten Fremdsprache(n) in der Sekundarstufe I in Rheinland-Pfalz zwischen 2007 und 2011

Sprache	2007	2008	2009	2010	2011
Englisch	245 043	242 784	240 614	236 807	233 269
Französisch	59 750	63 068	75 929	78 967	79 200
Latein	28 655	29 196	34 322	34 455	34 609
Spanisch	4 931	5 150	4 561	4 613	4 540
Italienisch	829	792	789	820	882
Altgriechisch	552	570	557	531	633
Russisch	388	388	337	307	284
Türkisch	87	13	23	0	28
Japanisch	47	120	103	84	78
Andere Sprachen	15	3	66	0	1
Polnisch	1	1	2	3	1
Chinesisch	0	0	0	5	0
Insgesamt	340 298	342 085	357 303	356 592	353 525
Gesamtzahl der Schüler	249 916	247 207	243 020	239 049	235 019

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz

Anteil jeder Sprache am gesamten Fremdsprachenunterricht in Rheinland-Pfalz (die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Summe der statistischen Werte)

Sprache	2007	2008	2009	2010	2011
Englisch	72,0	71,0	67,3	66,4	66,0
Französisch	17,6	18,4	21,3	22,1	22,4
Latein	8,4	8,5	9,6	9,7	9,8
Spanisch	1,4	1,5	1,3	1,3	1,3
Italienisch	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Altgriechisch	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2
Russisch	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Türkisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Japanisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Andere Sprachen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Polnisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Chinesisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

**Anteil der Schüler, die in Rheinland-Pfalz eine Fremdsprache lernen
(die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schüler)**

Sprache	2007	2008	2009	2010	2011
Englisch	98,1	98,2	99,0	99,1	99,3
Französisch	23,9	25,5	31,2	33,0	33,7
Latein	11,5	11,8	14,1	14,4	14,7
Spanisch	2,0	2,1	1,9	1,9	1,9
Italienisch	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4
Altgriechisch	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Russisch	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
Türkisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Japanisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Andere Sprachen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Polnisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Chinesisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Sonderwege: bilinguales Bildungsangebot in der Sekundarstufe I

In Rheinland-Pfalz bieten sieben *Realschulen plus* bilingualen Unterricht in bestimmten nicht-sprachlichen Fächern: sechs Schulen bieten bilingualen Unterricht Deutsch-Englisch und eine Schule bilingualen Unterricht Deutsch-Französisch.

7.3.2.3 Lothringen

Die Schüler der Sekundarstufe I haben in Lothringen derzeit die Möglichkeit, sieben moderne Fremdsprachen zu lernen. Allerdings ist das Angebot in der Region ungleich verteilt. Englisch wird von fast allen Schülern als erste oder zweite Fremdsprache gelernt. 95% der Schüler 2005/2006, 97% der Schüler sieben Jahre später zu Beginn des Schuljahrs 2011/2012. Deutsch steht gemessen an der Zahl der Schüler an zweiter Stelle: 44% der Schüler haben sich 2005/2006 für diese Sprache entschieden, heute sind es 46%. Die Zahl der Schüler ist zwischen 2006 und 2010 stark gestiegen, geht seitdem aber wieder zurück. In diesem Zeitraum wurden allerdings auch mehr bilinguale Klassenzüge eröffnet, so dass der Deutsch-Anteil aufrecht erhalten werden dürfte. Im siebenjährigen Betrachtungszeitraum entschieden sich 15 bis 17% der Schüler der Sekundarstufe I für Spanisch (wobei die Nachfrage seit 2008 steigt) und 5% der Schüler für Italienisch, wobei hier im letzten Jahr ein leichter Rückgang um einen Prozentpunkt zu verzeichnen war.

Zu den seltener unterrichteten Sprachen gehören Russisch und Arabisch, die von weniger Schülern gewählt werden¹⁹⁷ (136 Schüler wählten Russisch, 30 Arabisch), sowie das in dieser Stufe des französischen Bildungssystems neu hinzugekommene Chinesisch mit einem noch relativ unbedeutenden Schüleranteil (38 in diesem Jahr). Frankreichweit¹⁹⁸ entschieden sich 94,5% der Schüler als erste Fremdsprache für Englisch, 7% für Deutsch und nur 2% für eine andere Sprache. Lothringen trägt stärker als die meisten anderen Regionen zur Aufrechterhaltung der deutsch-französischen Zweisprachigkeit in Frankreich bei.

¹⁹⁷ Ein Problem dabei sind die Schwierigkeiten bei der Einstellung von Lehrkräften, die über ein Diplom in diesen Sprachen verfügen.

¹⁹⁸ Quelle: RERS 2011 für die Vergleiche zwischen der Region Lothringen und Frankreich insgesamt.

**Unterrichtete Fremdsprachen in der Sekundarstufe I
(öffentliche und private Mittelschulen) in Lothringen zwischen 2005 und 2011**

Sekundarstufe I	2005/ 2006	2006/ 2007	2007/ 2008	2008/ 2009	2009/ 2010	2010/ 2011	2011/ 2012
Deutsch	50 890	50 267	50 081	51 751	51 706	50 826	49 901
Englisch	108 575	105 729	103 444	102 773	102 849	103 690	104 941
Arabisch	69	50	48	42	31	28	30
Chinesisch	0	0	0	0	0	28	38
Spanisch	18 816	17 809	16 768	16 524	16 975	17 360	17 948
Italienisch	5 997	5 789	5 373	5 104	5 089	5 020	4 812
Russisch	196	194	174	189	179	150	136
Sprachunterricht gesamt	184 543	179 838	175 888	176 383	176 829	177 102	177 806
Schüler ge- samt	114 935	111 799	109 199	108 417	108 094	107 621	108 308

Quelle: PARME (Steuerung der Ergebnisse und der Mittel der Schulen durch den Schulbezirk), Schulbezirk Nancy-Metz

Hinweis: in dieser Tabelle sind die statistischen Werte dargestellt. Die Schüler lernen im Allgemeinen mehrere Sprachen und können daher im gleichen Jahr zwei oder drei Mal erfasst werden.

**Anteil der Sprachen, die von Schülern der Sekundarstufe I gelernt werden
(öffentliche und private Mittelschulen), in Lothringen zwischen 2005 und 2011 in %.**

Sekundarstufe I	2005/ 2006	2006/ 2007	2007/ 2008	2008/ 2009	2009/ 2010	2010/ 2011	2011/ 2012
Deutsch	27,6	28,0	28,5	29,3	29,2	28,7	28,1
Englisch	58,8	58,8	58,8	58,3	58,2	58,5	59,0
Arabisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Chinesisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Spanisch	10,2	9,9	9,5	9,4	9,6	9,8	10,1
Italienisch	3,2	3,2	3,1	2,9	2,9	2,8	2,7
Russisch	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sprachunterricht gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: PARME (Steuerung der Ergebnisse und der Mittel der Schulen durch den Schulbezirk), Schulbezirk Nancy-Metz

Hinweis: In der Tabelle ist der Anteil jeder Sprache im Verhältnis zur Gesamthäufigkeit dargestellt.

Sonderwege – Bilinguale Klassenzüge

Für die Schüler der bilingualen Klassenzüge verfügen wir über keine separaten Statistiken.

Sonderwege – Europäische Klassenzüge

Für die Schüler der europäischen Klassenzüge in den lothringischen Mittelschulen verfügen wir über keine separaten Statistiken, mit Ausnahme der europäischen Klassenzüge mit Schwerpunkt Deutsch: Sie betreuten 2011/2012 im gesamten Schulbezirk 3.285 Schüler.¹⁹⁹

7.3.2.4 Luxemburg

Der Anteil der Schüler, die Einrichtungen besuchen, die nicht den offiziellen Lehrplänen des luxemburgischen Bildungsministeriums folgen, ist in der Sekundarstufe höher als in der

¹⁹⁹ Quelle: Schulaufsicht

Grundstufe. 25,4% aller Schüler von allgemeinbildenden Schulen sind betroffen. Die nachstehenden Kommentare beziehen sich auf Einrichtungen, die den offiziellen Lehrplänen folgen.

**Verteilung der Schüler in der Sekundarstufe auf Schulen,
die den Lehrplänen des luxemburgischen Bildungsministeriums folgen oder nicht.**

Art der Ausbildung	Öffentliche und private Schulen, die den Lehrplänen folgen	Öffentliche und private Schulen, die den Lehrplänen nicht folgen	Gesamtzahl der Schüler
Allgemeine Sekundarstufe	12 825	4 361	17 186
Technische Sekundarstufe	25 879	112	25 991
Summe der Schüler	38 704	4 473	43 177

Quelle: „Kennzahlen des Bildungsministeriums – Statistiken und Indikatoren 2010-2011“, MENFP

In Luxemburg wird mit dem Beginn der Sekundarstufe I, in die ein Jugendlicher im Allgemeinen im Alter von ca. 12 Jahren kommt und die drei Jahre dauert, unterschieden zwischen der allgemein bildenden Sekundarstufe I und der technischen Sekundarstufe I.

Allgemein bildende Sekundarstufe I

2011/2012 waren über 6.000 Schüler in luxemburgischen Bildungseinrichtungen in der allgemein bildenden Sekundarstufe I eingeschrieben. Luxemburgisch wird nur im ersten Jahr der allgemeinen Sekundarstufe unterrichtet und verschwindet dann aus den Lehrplänen. Anschließend wird Latein oder Englisch in den Lehrplan aufgenommen, je nachdem, ob der Schüler den humanistischen oder den neusprachlichen Zweig gewählt hat. Im dritten Jahr der allgemeinen Sekundarstufe I sind 15 bis 16 Sprachen für den Fremdsprachenunterricht vorgesehen.

**Anzahl der Schüler in der allgemein bildenden Sekundarstufe I in Luxemburg
2010-2011**

Bildungsstufe	Anzahl	Luxemburgisch	Französisch	Deutsch	Englisch
7. Klasse Orientierungsstufe	1 895	Ja	Ja	Ja	Nein
7. Klasse Orientierungsstufe LEM	50	Ja	Ja	Ja	Nein
6. und 5. Klasse humanistisch	582	Nein	Ja	Ja	Ja (in der 5. ES)
6. und 5. Klasse modern	3 371	Nein	Ja	Ja	Ja
6. und 5. Klasse LEM	96	nd			
5. Klasse internationales Abitur	12	nd	nd	nd	nd
Sekundarstufe I gesamt	6 006	LEM = Gymnasium Ermesinde Mersch			

Quelle: „Kennzahlen des Bildungsministeriums – Statistiken und Indikatoren 2010-2011“, MENFP

Sonderwege – Gymnasium Ermesinde Mersch

Das Gymnasium Ermesinde Mersch (vormals Neie-Gymnasium) ist eine moderne Einrichtung mit innovativen Unterrichtsmethoden. Es wurde 2005 gegründet und soll anderen Bildungsstätten in Zukunft als Beispiel dienen. Das Gymnasium zeichnet sich eher durch seine Bildungsphilosophie und seine partizipative Pädagogik aus und weniger durch die unterrichteten Fächer. Im Hinblick auf den Fremdsprachenunterricht sind die gleichen Sprachen vertreten wie in den anderen Schulen: Französisch, Deutsch, Englisch und eventuell eine vierte Sprache. Der Unterschied bei der Stundenzahl ist im Vergleich zum humanistischen oder

neusprachlichen Standardprogramm gering: eine Wochenstunde weniger, wenn man den Pflichtunterricht berücksichtigt, aber die Schüler haben die Möglichkeit, je nach ihren Interessen Wahlfächer hinzuzufügen. Insgesamt besteht also theoretisch kein großer Unterschied bei den für den Fremdsprachenunterricht vorgesehenen Stundenzahlen.

Technische Sekundarstufe I

Anzahl der Schüler in der technischen Sekundarstufe I in Luxemburg, 2010/2011

Bildungsstufe	Anzahl 2010 - 2011	Deutsch/ Luxembur- gisch	Franzö- sisch	Englisch
Sekundarstufe I (Vorbereitungsmodule)		2 348		
7 Vorbereitungsmodul	712	Ja	Ja	Nein
8 Vorbereitungsmodul	828	Ja	Ja	Nein
9 Vorbereitungsmodul	808	Ja	Ja	Nein
Sekundarstufe I (Einführung und Integration)		622		
Einführungsklassen ⁽¹⁾	258	Ja	Ja	Nein
Schule der zweiten Chance (E2C) ⁽²⁾	35	/	/	/
Einführung in verschiedene Berufe (IPDM) ⁽³⁾	329	/	/	/
Sekundarstufe I (sonstige Klassen)		9 776		
7 ST	1 442	Ja	Ja	Nein
7 Integrationsklassen A/F ⁽⁴⁾	91	Ja	Ja	Nein
7 Anpassung ⁽⁵⁾	546	Ja	Ja	Non
7 Gymnasium Ermesinde Mersch (LEM)	61	nd	nd	nd
7 Projektklasse Sekundarstufe I (PROCI) ⁽⁶⁾	676	nd	nd	nd
8 Theorie	1 486	Ja	Ja	Ja
8 Integrationsklassen A/F	177	Ja	Ja	Ja
8 Universal	624	Ja	Ja	Ja
8 LEM	56	nd	nd	nd
8 Projektklasse Sekundarstufe I (PROCI) ⁽⁶⁾	712	nd	nd	nd
9 Theorie	1 518	Ja	Ja	Ja
9 Integrationsklassen A/F	296	Ja	Ja	Ja
9 Universal	716	Ja	Ja	Ja
9 Praxis	545	Ja	Ja	Nein
9 LEM	73	nd	nd	nd
9 Projektklasse Sekundarstufe I (PROCI) ⁽⁶⁾	757	nd	nd	nd
Gesamt technische Sekundarstufe I	12 746			

Quelle: „Kennzahlen des Bildungsministeriums – Statistiken und Indikatoren 2010-2011“, MENFP

Hinweis: Wenn Deutsch und Luxemburgisch zusammen genannt sind, bedeutet dies, dass die Lehrkräfte zwischen diesen beiden Sprachen abwechseln, da von den Schülern bestimmte Kompetenzen erwartet werden. Die Stundenzahlen sind aber nicht gesetzlich vorgeschrieben.

Anmerkungen:

⁽¹⁾ Die Schüler erhalten in einer Einführungsklasse „anderen Intensivunterricht in Französisch und Einführungskurse in Luxemburgisch. Der Klassenrat beurteilt die Kenntnisse der Schüler und entscheidet zu gegebener Zeit, sie entweder in eine normale Klasse der technischen Sekundarstufe aufzunehmen oder in eine Integrationsklasse der Sekundarstufe I oder in eine Klasse mit sprachlichem Förderunterricht der Sekundarstufe II.“

⁽²⁾ Die E2C-Klassen sind prinzipiell Schülern vorbehalten, die während des Schuljahrs mit Schwierigkeiten kämpfen, oder jungen Erwachsenen, die eine Ausbildung abschließen möchten. Die Stundenpläne sind flexibel und der Unterricht erfolgt nach Bedarf.

⁽³⁾ Die Einführungsklasse in verschiedene Berufe (IPDM) ist „eine vorübergehende Klasse für Schüler, die Grundkenntnisse in Französisch besitzen. Ausgehend von den Kenntnissen und den Plänen des Schülers zielt der Unterricht auf schulische oder berufliche Integration ab.“ Im Lehrplan der IPDM-Klasse ist kein Fremdsprachenunterricht vorgesehen.

⁽⁴⁾ Eine Integrationsklasse ist eine Klasse der technischen Sekundarstufe I (7., 8., 9.) für Schüler, die die in Luxemburg unterrichteten Sprachen nicht oder kaum beherrschen. Man unterscheidet die STA-Klassen (Intensivunterricht in Deutsch) und die STF-Klassen (Intensivunterricht in Französisch). Daneben gibt es eine vorbereitende Integrationsklasse.

⁽⁵⁾ Die 7. Klasse mit Anpassungsunterricht (7AD) wird Schülern angeboten, die Schwierigkeiten haben, dem Lehrplan zu folgen; die Hauptziele der Lehrpläne und die Stundenpläne sind die gleichen wie in der 7ST-Klasse.

⁽⁶⁾ In den Projektklassen (PROCI) bleiben die Schüler während der gesamten Dauer ihrer technischen Sekundarstufe I zusammen. Der Unterricht stimmt nicht genau mit dem der anderen Gymnasien überein (die Lehrkräfte passen den Unterricht an die Vorkenntnisse ihrer Schüler an) und beruht auf einem Kompetenz-basierten Ansatz. Die Beurteilung erfolgt abgestuft nach Kenntnisbereichen.

7.3.2.5 Französischsprachige Wallonie

In der Sekundarstufe I lernen alle Schüler, von einigen Ausnahmen abgesehen²⁰⁰, eine moderne Fremdsprache. In der Wallonie entscheidet sich über die Hälfte der Schüler für Englisch, unmittelbar gefolgt von Niederländisch mit 46% der Schüler. Deutsch ist weit abgeschlagen und wird nur von 2% der Schüler gewählt.

Schülerzahlen nach der ersten modernen Fremdsprache in der Sekundarstufe I in der französischsprachigen Wallonie 2010/2011

2010-2011	Gesamtzahl	Niederländisch	Deutsch	Englisch	Keine 1. Fremdsprache
1. Stufe	89 065	40 937	1 854	45 650	624
3SDO (*)	54	22	0	32	0
(Répartition en%)					
1. Stufe	100,0	46,0	2,1	51,3	0,7
3SDO (*)	100,0	40,7	0,0	59,3	0,0

Quelle: Ethic – CCBI (Statistikdienst der französischsprachigen Gemeinschaft in der belgischen Wallonie)

Legende: (*) Die Klasse 3 S-DO (3. Jahr für Differenzierung und Orientierung) gehört offiziell zur Sekundarstufe II. Wir stellen hier trotzdem die entsprechenden Zahlen vor, da sie im Vergleich zur restlichen Sekundarstufe II untypisch ist.

In diesem Teil der Sekundarstufe ist kein Pflichtunterricht in einer zweiten modernen Fremdsprache vorgesehen.

²⁰⁰ Wenn der Schüler beispielsweise im zusätzlichen Jahr eingeschrieben ist.

7.3.2.6 Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

Die Organisation der Sekundarstufe weist in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens einige Besonderheiten gegenüber der restlichen Wallonie auf, das der französischsprachigen Gemeinschaft Belgiens untersteht. Nachstehender Tabelle ist die Verteilung nach Schülerzahlen auf die ISCED-Levels 2 und 3 zu entnehmen.

**Verteilung der Klassen auf die ISCED-Levels 2 und 3
in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2011/2011**

Klasse	ISCED LEVEL 2	ISCED LEVEL 3
1AU	X	
2AU	X	
3AU	X	
4AU		X
5AU		X
6AU		X
3TÜ	X	
4TÜ		X
5TÜ		X
6TÜ		X
3TB	X	
4TB		X
5TB		X
6TB		X
7TB		X
1BU	X	
2BU	X	
3BU	X	
4BU	X	
5BU		X
6BU		X
7BU		X
Erstankommende Schüler	X	
Förderunterricht	X	
Teilzeitunterricht	X	

Farbenerklärung:
 Gelb: allgemein bildender Unterricht
 Rosa: technischer Unterricht
 Lila: berufsbildender Unterricht

Hinweis zur Verteilung auf die Klassen:

In der DGB gibt es ein Zeugnis in der Sekundarstufe I und ein weiteres in der Sekundarstufe II. Deshalb gehören die 3. Klassen (sowie die 4. Klassen BU) in die Sekundarstufe I.

Der Förderunterricht (z.B. Sonderschule) schließt mit einem Zeugnis der Stufe 2 ab. Es gibt auch Förderkurse in der Grundstufe, die dem ISCED-Level 1 entsprechen.

Die Zuteilung der Schüler zum Teilzeitunterricht ist problematisch, da bestimmte Schüler mit einem Zeugnis der Sekundarstufe I ihre Ausbildung in Richtung ISCED-Level 3 im Rahmen dieses Schulungsmodus fortsetzen können. Da die meisten Schüler in Teilzeitunterricht Jugendliche sind, die die Ziele der Sekundarstufe nicht erreicht haben, haben wir in Ermangelung detaillierter Angaben die Gesamtheit der Teilzeitschüler in ISCED Level 2 eingestuft.

Quelle: <http://www.culture-bilinguisme-lorraine.org/fr/les-classes-bilingues-paritaires.html>

In der Sekundarstufe I lernen alle Schüler eine zweite Sprache, Englisch, während Französisch als erste Fremdsprache seit der Grundschule als Pflichtfach unterrichtet wird.

Verteilung der Schüler nach Schularten und Klassenzügen in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2011/2012 – Sekundarstufe I

ISCED Level 2	GUW	FSUW	OSUW	Gesamt
Allgemein bildend	1 275	1 757	0	3 032
Förderunterricht	154	0	0	154
EAS	13	0	0	13
TZU	23	23	0	46

Quelle: Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Legende: Förderunterricht (für Schüler von 3 bis 21 Jahren mit besonderen Bedürfnissen); EAS: erstankommende Schüler (Schüler mit Migrationshintergrund, die kein Deutsch sprechen²⁰¹); TZU: Teilzeitunterricht (ab einem Alter von 15 Jahren).

Hinweis: Die Zahlen gelten für einzelne Personen. In dieser Tabelle liegen also keine doppelten Zählungen vor.

Angesichts der geografischen Situation der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und der politischen und wirtschaftlichen Lage dieser Region ist das Erlernen von Fremdsprachen von entscheidender Bedeutung. Deshalb wurde zusätzlicher Fremdsprachenförderunterricht eingeführt.

Sonderwege: Fremdsprachenförderunterricht

In der gewöhnlichen Sekundarstufe können nicht-sprachliche Fächer auf Französisch unterrichtet werden.

7.3.3 Fremdsprachenunterricht in der Sekundarstufe II (ISCED-Level 3)

7.3.3.1 Saarland

In der *gymnasialen Oberstufe* ist Pflichtunterricht in mindestens einer Fremdsprache vorgesehen, die als Hauptfach gilt und mit vier oder fünf Wochenstunden unterrichtet wird. Eine zweite Sprache kann als Wahlfach gewählt werden. Ferner ist es möglich, eine dritte Fremdsprache als freiwilliges Wahlfach zu wählen, aber diese Möglichkeit wird auf Grund von Zeitmangel kaum genutzt. Somit ist ein durchschnittlicher Rückgang der Stundenzahl im Fremdsprachenunterricht pro Schüler im Vergleich zur *Mittelstufe* festzustellen. Deshalb empfiehlt das saarländische Sprachkonzept die Erforschung neuer Wege, um die mehrsprachige Ausbildung in der *gymnasialen Oberstufe* sicherzustellen, beispielsweise durch den Ausbau des zweisprachigen Unterrichts in nicht-sprachlichen Fächern.

²⁰¹ „Ziel ist die Integration der 12- bis 18-Jährigen in eine Regelklasse und das Zurechtfinden im Alltag der Deutschsprachigen Gemeinschaft.“ Quelle: Webseite:
<http://www.grenzecho.net/ArtikelLoad.aspx?aid=a12f2780-f822-4b1a-b230-ef68dbc2f06a>

Anzahl der Schüler nach der (den) in der Sekundarstufe II im Saarland zwischen 2001 und 2010 unterrichteten Sprache(n)

Sprache	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Französisch	4 051	4 881	5 032	5 170	7 538	5 323	3 567	5 895	5 794	5 450
Englisch	6 258	7 035	7 068	7 250	10 610	7 807	6 352	10 310	8 564	8 571
Latein	907	1 112	1 461	1 267	1 563	1 222	550	1 401	1 125	839
Spanisch	512	699	1 014	1 169	1 922	1 524	1 131	2 278	1 952	1 394
Italienisch	87	125	95	139	240	177	98	248	118	92
Summe der statistischen Werte	11 815	13 852	14 670	14 995	21 873	16 053	11 698	20 132	17 553	16 346
Gesamtzahl Schüler	8 717	8 978	9 144	9 502	9 973	10 531	10 601	10 640	11 053	11 134

Quelle: Statistikamt des Saarlandes

Hinweis: Die Schüler lernen im Allgemeinen mehrere Sprachen und können daher im gleichen Jahr mehrmals erfasst werden.

Anteil jeder Sprache am Fremdsprachenunterricht im Saarland (die Prozentsätze verstehen sich ausgehend von der Summe der statistischen Werte)

Sprache	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Französisch	34,3	35,2	34,3	34,5	34,5	33,2	30,5	29,3	33,0	33,3
Englisch	53,0	50,8	48,2	48,3	48,5	48,6	54,3	51,2	48,8	52,4
Latein	7,7	8,0	10,0	8,4	7,1	7,6	4,7	7,0	6,4	5,1
Spanisch	4,3	5,0	6,9	7,8	8,8	9,5	9,7	11,3	11,1	8,5
Italienisch	0,7	0,9	0,6	0,9	1,1	1,1	0,8	1,2	0,7	0,6

Quelle: Statistikamt des Saarlandes

Anteil der Schüler, die eine Fremdsprache im Saarland lernen (die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schüler)

Sprache	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Französisch	46,5	54,4	55,0	54,4	75,6	50,5	33,6	55,4	52,4	48,9
Englisch	71,8	78,4	77,3	76,3	106,4	74,1	59,9	96,9	77,5	77,0
Latein	10,4	12,4	16,0	13,3	15,7	11,6	5,2	13,2	10,2	7,5
Spanisch	5,9	7,8	11,1	12,3	19,3	14,5	10,7	21,4	17,7	12,5
Italienisch	1,0	1,4	1,0	1,5	2,4	1,7	0,9	2,3	1,1	0,8

Quelle: Statistikamt des Saarlandes

Sonderwege: Gymnasien mit bilingualen Klassenzügen

Das Projekt *Englisch plus* des Max-Planck-Gymnasiums in Saarlouis bietet seinen Schülern zweisprachigen Unterricht Deutsch-Englisch. Der Englischunterricht beginnt in der 5. Klasse und ab der 7. Klasse werden auch nicht-sprachliche Fächer teilweise in dieser Sprache unterrichtet (zunächst in Form von Projekten in der 7. Klasse und ab der 9. Klasse komplett zweisprachig).

Das Christian von Mannlich-Gymnasium in Homburg sowie das Rotenbühl-Gymnasium in Saarbrücken,²⁰² bieten ab der 7. Klasse ebenfalls einen bilingualen Klassenzug Deutsch-Englisch an.

Das Robert-Schumann-Gymnasium in Saarlouis bietet die Möglichkeit einer Ausbildung im deutsch-französischen Klassenzug. Der Französisch-Unterricht beginnt in der 5. Klasse und

²⁰² <http://www.rotenbuehlgym.de/Allgemeinbildender-Zweig-mit-bilinguaem.50.0.html> (Gründung des bilingualen Zeigs 2001/2002 mit rund 321 Schülern)

ab der 7. Klasse werden nicht-sprachliche Fächer wie Erdkunde (7. Klasse), Geschichte (8. Klasse) und Sozialkunde (9. Klasse) nacheinander auf Französisch unterrichtet²⁰³. Es besteht die Möglichkeit, die Ausbildung mit dem AbiBac abzuschließen und danach ein Hochschulstudium in Frankreich oder Deutschland aufzunehmen. Das AbiBac wird auch im Johanneum-Gymnasium in Homburg und im Illtal-Gymnasium in Illingen angeboten.

Auch das deutsch-französische Gymnasium in Saarbrücken bietet den AbiBac-Abschluss an. Besonderes Merkmal dieses Gymnasiums ist, dass die Schulorganisation auf deutschen und französischen Verwaltungselementen basiert. So ist das Schuljahr in Quartale und nicht in Semester aufgeteilt und der Schüler wird anhand einer Benotungsskala von 1 bis 10 beurteilt, im Gegensatz zu deutschen Schulen, die Notenskalen von 1 bis 6 oder 1 bis 15 verwenden. Der Intensivunterricht in Französisch beginnt bereits in der 5. Klasse, ebenso wie der integrierte Unterricht im Fach „Kunst“, das in der Muttersprache des Lehrers unterrichtet wird.

Das deutsch-französische Gymnasium zeichnet sich durch die allmähliche Integration der Klassen und des Unterrichts aus. Die Integration des Unterrichts erstreckt sich auf die Klassen 8 und 9. Die Schüler verlassen den Klassenverband nur, um sich in „muttersprachlichen“ Gruppen für den Unterricht in der Muttersprache, in der Sprache des Partners, in Mathematik, Physik und Chemie zusammenzufinden. In der Sekundarstufe II sind die Klassen und der Unterricht vollständig integriert, mit Ausnahme des Unterrichts in der Muttersprache und der Sprache des Partners.^{204 205}

Durch die Integration von Elementen des deutschen und luxemburgischen Schulsystems bietet das grenzüberschreitende Gymnasium „Deutsch-Luxemburgisches Schengen-Lyzeum Perl“ ein Unterrichtssystem, das dem des deutsch-französischen Gymnasiums ähnelt. Unterrichtssprache ist Deutsch, aber bestimmte nicht-sprachliche Fächer werden auf Französisch unterrichtet. Die Klassen sind binational. Das Schengen-Lyzeum ist eine Ganztagschule und bietet folgende Abschlüsse:

- ▶ den Hauptschulabschluss nach der 9. Klasse;
- ▶ den Mittleren Bildungsabschluss nach der 10. Klasse;
- ▶ die Allgemeine Hochschulreife und gleichzeitig den entsprechenden luxemburgischen Schulabschluss nach der 12. Klasse;
- ▶ die Fachhochschulreife, die nach der 12. Klasse den Zugang zur Fachhochschule ermöglicht.

Berufsbildung

Der Sprachunterricht in saarländischen Berufsschulen wird unterschiedlich gehandhabt, je nachdem, wie wichtig er für den erlernten Beruf ist, sowie ausgehend von den geltenden Ausbildungsvorschriften und Rahmenlehrplänen für Berufsschulen.

²⁰³ <http://www.rsg-saarlouis.de/images/stories/PDF/Bili-Infoblatt.neu.pdf>

²⁰⁴ <http://dfg-lfa.org/dfg-lfa-saarbrücken/unsere-schule/schulsystem/>

²⁰⁵ Saarländisches Bildungsministerium (Antwort von Frau Angelika Rothbrust, Referat D1, 27.03.2012)

**Schülerzahlen, je nach erlernter Sprache in der Berufsbildung
im Saarland zwischen 2001 und 2010
(Fachoberschulen, Berufsgymnasien, Berufsschulen und Berufsfachschulen)**

Sprache	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Französisch	6 632	6 148	5 661	6 140	6 167	6 394	6 586	6 367	6 369	5 881
Englisch	8 940	9 579	9 666	11 064	11 714	11 863	12 216	11 693	12 638	12 214
Summe der statistischen Werte	15 572	15 727	15 327	17 204	17 881	18 257	18 802	18 060	19 007	18 095
Gesamtzahl der Schüler	32 613	32 321	32 437	32 276	32 608	33 368	34 378	34 776	34 571	33 261

Quelle: Statistikamt des Saarlandes

Hinweis: Die Schüler lernen im Allgemeinen mehrere Sprachen und können daher im gleichen Jahr zwei- oder dreimal erfasst werden.

**Anteil jeder Sprache am Fremdsprachenunterricht insgesamt im Saarland
(die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Summe der statistischen Werte)**

Sprache	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Französisch	42,6	39,1	36,9	35,7	34,5	35,0	35,0	35,3	33,5	32,5
Englisch	57,4	60,9	63,1	64,3	65,5	65,0	65,0	64,7	66,5	67,5

Quelle: Statistikamt des Saarlandes

**Anteil der Schüler, die eine Fremdsprache im Saarland lernen
(die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schüler)**

Sprache	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Französisch	20,3	19,0	17,5	19,0	18,9	19,2	19,2	18,3	18,4	17,7
Englisch	27,4	29,6	29,8	34,3	35,9	35,6	35,5	33,6	36,6	36,7

Quelle: Statistikamt des Saarlandes

Sonderwege: ergänzender Sprachunterricht im Rahmen der Berufsbildung

Schüler, die im Rahmen ihrer Ausbildung an Sprachunterricht (Englisch oder Französisch) teilgenommen haben, haben die Möglichkeit, am Ende ihrer Ausbildung einer Prüfung der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes abzulegen. Absolvieren sie diese mit Erfolg, erhalten sie ein zusätzliches Zeugnis, das Grundkenntnisse in Wirtschaftsenglisch/-französisch bescheinigt.

Sonderwege: das EUROPLUS-Projekt

Das *Kaufmännische Berufsbildungszentrum* in Saarlouis in Kooperation mit der Fachoberschule in Thionville sowie das *Technisch-gewerbliche Berufsbildungszentrum I* in Saarbrücken in Kooperation mit dem Henri Nominé-Gymnasium in Saargemünd nehmen am EUROPLUS-Projekt teil. Die *Günter-Wöhe-Wirtschaftsschule* in Saarbrücken bietet in Kooperation mit fünf Partnerschulen in Lothringen das BacPlus-AbiPlus an. Ferner ermöglichen Austauschprogramme im Rahmen des Dualsystems den Schülern von Berufsschulen einen dreiwöchigen Aufenthalt in Frankreich.²⁰⁶

²⁰⁶ Quelle: Sprachenkonzept 2011 der saarländischen Landesregierung

7.3.3.2 Rheinland-Pfalz

Allgemein bildender Unterricht in der Sekundarstufe II

In der Sekundarstufe II ist Englisch mit Abstand die wichtigste Fremdsprache in den Gymnasien in Rheinland-Pfalz. Nur 1.873 Gymnasiasten lernen kein Englisch. Französisch verzeichnet gemessen an seinem Anteil in der Sekundarstufe I Fortschritte, aber der Schüleranteil geht seit 2005/2006 immer weiter zurück und sank von 38,2% der Schüler, die in diesem Jahr Französisch lernten, auf 36,5% 2011/2012. Spanisch konnte leicht zulegen. Auch Italienisch und Russisch spielen eine gewisse Rolle, während Japanisch sich zwar halten konnte, aber nach wie vor eine untergeordnete Rolle spielt.

Schülerzahlen nach der (den) erlernten Sprache(n) in der allgemein bildenden Sekundarstufe II in Rheinland-Pfalz zwischen 2005 und 2011

Sprache	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Englisch	39 362	41 437	43 336	44 541	45 496	46 275	46 250
Französisch	15 818	16 576	16 930	17 136	17 189	17 624	17 577
Latein	9 842	10 936	12 007	12 239	12 434	12 713	12 361
Spanisch	2 759	2 977	3 187	3 392	3 511	3 525	3 512
Italienisch	521	638	689	673	611	623	606
Griechisch / Altgriechisch	336	334	342	343	359	381	357
Russisch	316	314	318	272	270	228	214
Japanisch	49	30	27	30	27	45	41
Griechisch / Neugriechisch	0	0	0	0	13	0	0
Summe der statistischen Werte	69 003	73 242	76 836	78 626	79 910	81 414	80 918
Gesamtzahl der Schüler	41 456	43 412	45 319	46 422	47 346	48 183	48 123

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz

Hinweis: Da die Schüler im Allgemeinen mehrere Sprachen lernen, können sie im gleichen Jahr zwei oder drei Mal erfasst werden.

Anteil jeder Sprache am gesamten Fremdsprachenunterricht in Rheinland-Pfalz (die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Summe der statistischen Werte)

Sprache	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Englisch	57,0	56,6	56,4	56,6	56,9	56,8	57,2
Französisch	22,9	22,6	22,0	21,8	21,5	21,6	21,7
Latein	14,3	14,9	15,6	15,6	15,6	15,6	15,3
Spanisch	4,0	4,1	4,1	4,3	4,4	4,3	4,3
Italienisch	0,8	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7
Griechisch / Altgriechisch	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4
Russisch	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Japanisch	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Griechisch / Neugriechisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz

Anteil der Schüler, die jede Fremdsprache in Rheinland-Pfalz lernen (die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schüler)

Sprache	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Englisch	94,9	95,5	95,6	95,9	96,1	96,0	96,1
Französisch	38,2	38,2	37,4	36,9	36,3	36,6	36,5
Latein	23,7	25,2	26,5	26,4	26,3	26,4	25,7
Spanisch	6,7	6,9	7,0	7,3	7,4	7,3	7,3
Italienisch	1,3	1,5	1,5	1,4	1,3	1,3	1,3
Griechisch/ Altgriechisch	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8	0,7
Russisch	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6	0,5	0,4
Japanisch	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Griechisch/ Neugriechisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz

Sonderwege: bilinguale Klassenzüge im allgemeinen Bildungswesen

Es gibt auch bilinguale Angebote in den Gymnasien. Dabei handelt es sich um bilinguale Klassenzüge Deutsch-Englisch und Deutsch-Französisch, in denen der Geschichts- und/oder Erdkundeunterricht teilweise in der Fremdsprache unterrichtet wird. Insgesamt gibt es in Rheinland-Pfalz 48 Gymnasien, die einen bilingualen Klassenzug anbieten, 34 mit zweisprachigem Unterricht Deutsch-Englisch und 14 mit zweisprachigem Unterricht Deutsch-Französisch.²⁰⁷ Sechs Schulen mit einem deutsch-französischen Klassenzug ermöglichen den Schülern den gleichzeitigen Erhalt des französischen Baccalauréat und des deutschen Abiturs (AbiBac). Einige Gymnasien vergeben zusätzlich zum Abitur das Zertifikat CertiLingua für europäische und internationale Sprachkenntnisse.²⁰⁸

Berufsbildung in der Sekundarstufe II

Ebenso wie in der gymnasialen Oberstufe müssen in den Fachoberschulen zwei Fremdsprachen gelernt werden. Sämtliche Berufsschulen bieten mehrere Fremdsprachen an. In den meisten Fällen wird Englisch als erste Fremdsprache gelernt, während Französisch vor allem in den in der Nähe zu Frankreich gelegenen Gebieten gelernt wird. Neben Englisch werden Französisch bzw. Spanisch als zweite Sprache angeboten, je nach Möglichkeiten der Schule.

²⁰⁷ Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (2011): *Fremdsprachen lernen in Rheinland-Pfalz - Informationen für Eltern, Schülerinnen und Schüler*. Mainz.

²⁰⁸ Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (2011): *Fremdsprachen lernen in Rheinland-Pfalz - Informationen für Eltern, Schülerinnen und Schüler*. Mainz.

**Verteilung der Schülerzahlen auf die in Berufsschulen erlernte(n) Fremdsprache(n)
in Rheinland-Pfalz zwischen 2005 und 2011**

Sprache	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Englisch	50 650	52 904	55 268	54 787	56 003	54 431	53 482
Französisch	8 276	8 486	8 756	8 947	9 519	10 156	10 421
Russisch	0	0	10	3	0	0	2
Spanisch	500	700	809	1 112	1 325	1 652	1 811
Italienisch	0	0	17	0	4	0	0
Gesamt	59 426	62 090	64 860	64 849	66 851	66 239	65 716
Gesamtzahl der Schüler	126 833	127 776	130 892	132 833	132 420	129 098	127 094

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz

**Anteil der einzelnen Sprachen am Fremdsprachenunterricht in Rheinland-Pfalz (die
Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zum gesamten Fremdsprachenunterricht)**

Sprache	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Englisch	85,2	85,2	85,2	84,5	83,8	82,2	81,4
Französisch	13,9	13,7	13,5	13,8	14,2	15,3	15,9
Russisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Spanisch	0,8	1,1	1,2	1,7	2,0	2,5	2,8
Italienisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz

**Anteil der Schüler, die eine Fremdsprache in Rheinland-Pfalz lernen
(die Prozentsätze verstehen sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schüler)**

Sprache	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Englisch	39,9	41,4	42,2	41,2	42,3	42,2	42,1
Französisch	6,5	6,6	6,7	6,7	7,2	7,9	8,2
Russisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Spanisch	0,4	0,5	0,6	0,8	1,0	1,3	1,4
Italienisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz

Sonderwege: bilinguale Klassenzüge in der Berufsbildung

Einige Fachoberschulen bieten ihren Schülern versuchsweise die Möglichkeit, eine Zusatzqualifikation zu erwerben, indem sie ein zweisprachig unterrichtetes Fach belegen (berufliches Fach der gewählten Fachrichtung in Verbindung mit der ersten Fremdsprache), um besser auf die künftigen Anforderungen der Hochschulen oder der Arbeitswelt vorbereitet zu sein.²⁰⁹ Insgesamt nehmen zehn Fachoberschulen des Bundeslandes an diesem schulischen Experiment teil.

7.3.3.3 Lothringen

Allgemein bildender und technologischer Zweig

In der allgemein bildenden und der technologischen Sekundarstufe II lernen alle Schüler Englisch und über die Hälfte Deutsch (der Anteil der Schüler, die Deutsch lernen, ist von 55% 2005/2006 auf 57% 2011/2012 gestiegen). Spanisch ist ebenfalls stark vertreten und wird von einem Drittel der Schüler gelernt (ihr Anteil ist während des siebenjährigen Betrachtungszeitraums von 15% auf 17% gestiegen).

²⁰⁹ Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (2011): *Fremdsprachen lernen in Rheinland-Pfalz - Informationen für Eltern, Schülerinnen und Schüler*. Mainz, S.16-17.

tungszeitraums von 33 auf 35% gestiegen). Für Italienisch entscheidet sich etwas mehr als jeder zehnte Schüler. Ihr Anteil bleibt stabil bei 11%.

In allen anderen Sprachen sind die Schülerzahlen gering. Chinesisch ist dabei ein „Aufsteiger“, für das sich die Zahl der Interessenten in den letzten sieben Jahren verfünffacht hat. In den allgemeinen und technologischen Bildungszweigen wird das Sprachenangebot durch Hebräisch und Portugiesisch ergänzt, die es in der darunter liegenden Stufe nicht gibt. Für Arabisch interessiert sich eine geringe Zahl Schüler (78 Personen). Russisch büßte ein Viertel seiner Interessenten ein (154 Jugendliche lernen 2011/2012 noch Russisch).

Allgemeinbildende und technologische Gymnasien – Anzahl der Schüler nach der gelernten Fremdsprache an öffentlichen und privaten Schulen in Lothringen zwischen 2005 und 2011

Allgemeine und technologische Sekundarstufe II	2005/ 2006	2006/ 2007	2007/ 2008	2008/ 2009	2009/ 2010	2010/ 2011	2011/ 2012
Deutsch	31 074	29 827	28 877	28 085	28 053	28 236	28 516
Englisch	56 171	55 411	53 954	52 769	51 811	50 730	50 193
Arabisch	53	56	52	51	59	72	78
Chinesisch	45	121	177	193	205	220	235
Spanisch	18 377	18 905	18 643	18 477	17 822	17 611	17 809
Hebräisch	78	78	73	65	53	55	61
Italienisch	5 944	6 028	5 952	5 786	5 527	5 507	5 333
Russisch	208	198	208	207	211	191	154
Portugiesisch	40	44	54	57	49	73	72
Summe der statistischen Werte	111 990	110 668	107 990	105 690	103 790	102 695	102 451
Gesamtzahl der Schüler	56 171	55 411	53 954	52 769	51 811	50 730	50 193

Quelle: PARME (Steuerung der Ergebnisse und der Mittel der Schulen durch den Schulbezirk), Schulbezirk Nancy-Metz

Hinweis: in dieser Tabelle sind die statistischen Werte genannt. Die Schüler lernen im Allgemeinen mehrere Sprachen und können daher im selben Jahr zwei oder drei Mal erfasst werden.

Anteil der Sprachen, die von Schülern in der allgemeinen und technologischen Sekundarstufe in Lothringen zwischen 2005 und 2011 gelernt werden (in %).

Sekundarstufe II	2005/ 2006	2006/ 2007	2007/ 2008	2008/ 2009	2009/ 2010	2010/ 2011	2011/ 2012
Deutsch	27,7	27,0	26,7	26,6	27,0	27,5	27,8
Englisch	50,2	50,1	50,0	49,9	49,9	49,4	49,0
Arabisch	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Chinesisch	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Spanisch	16,4	17,1	17,3	17,5	17,2	17,1	17,4
Hebräisch	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Italienisch	5,3	5,4	5,5	5,5	5,3	5,4	5,2
Russisch	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Portugiesisch	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
Summe der statistischen Werte	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: PARME (Steuerung der Ergebnisse und der Mittel der Schulen durch den Schulbezirk), Schulbezirk Nancy-Metz

Hinweis: in der Tabelle ist der Anteil jeder Sprache im Verhältnis zur Summe der statistischen Werte dargestellt.

Sonderwege – Europäische Klassenzüge

Wir verfügen über keine ausführlichen Angaben zu den Schülern in den europäischen Klassenzügen der allgemein bildenden und technologischen Gymnasien, abgesehen von den europäischen Klassenzügen mit deutscher Dominante. In Lothringen wurden diese Klassenzüge 2011/2012 im gesamten Schulbezirk von 1.601 Schülern besucht.²¹⁰

Sonderwege: Binationale Klassenzüge (AbiBac, ESABAC und BACHIBAC)

Die Einführung des AbiBac vollzog sich in Lothringen ganz allmählich. Heute gibt es im ganzen Schulbezirk 6 Schulen mit einem AbiBac-Klassenzug: 4 im Departement Moselle und 2 im Departement Meurthe-et-Moselle. Sie befinden sich in Metz, Saint-Avold, Saargemünd, Thionville und Nancy. 2003 belegten 140 Schüler den Abibac-Zweig, 2011 waren es 342.

Das ESABAC wird erst seit Herbst 2010 in einem Gymnasium in Longwy angeboten. Letztes Jahr (erstes Jahr nach der Eröffnung des ESABAC in Lothringen) zählte die Abteilung ein knappes Dutzend Schüler. Dieses Jahr sind rund zwanzig angemeldet. Die Familien und vor allem die Kinder haben gegenüber der Orientierung hin zum ESABAC noch eine gewisse Zurückhaltung, die aber mit der Zeit und mit der zunehmenden Bekanntheit dieser Abteilung nachlassen dürfte. Auf das BACHIBAC bereitet nur ein einziges Gymnasium des Schulbezirks, ebenfalls seit Herbst 2010, in Nancy vor. Wir besitzen keine ausführlichen Angaben zu den in den binationalen Klassenzügen der allgemein bildenden Gymnasien eingeschriebenen Schülern.

Sonderwege – Internationale Klassenzüge

Im Schulbezirk Nancy-Metz gibt es nur einen internationalen Klassenzug in einem Gymnasium in Nancy mit der internationalen Ausrichtung des Abitur (option internationale du baccalauréat, OIB). Sie ist in britischem Englisch. Die Schulaufsicht weist jedoch darauf hin, dass zwei weitere internationale Klassenzüge geplant sind: einer mit der Option amerikanisches Englisch in einer Schule in Nancy und ein weiterer mit der Option Deutsch in einer Schule in Saargemünd.

Berufsbildung

Die Berufsbildung kann entweder direkt in einer Fachoberschule (lycée professionnel) oder im Rahmen einer Ausbildung an einer Berufsschule erfolgen. Heute wird verstärkt versucht, den Unterricht in modernen Fremdsprachen in der Berufsbildung auszubauen. Unabhängig davon, dass die Gesamtzahlen der Schüler in den Fachoberschulen deutlich zurückgehen (gegenüber 2005/2006 Rückgang um knapp 17%), ist der Anteil der Jugendlichen, die eine zweite Fremdsprache lernen, seit Herbst 2009 deutlich gestiegen. Die vier wichtigsten Sprachen haben von dieser Investition in Sprachen profitiert: Englisch wird von 88% der Schüler gelernt (81% im Herbst 2005), Deutsch von 29% der Schüler (2005: 20%), Spanisch von 12% der Schüler (2005: 2%) und Italienisch von 3% der Schüler (ihr Anteil lag 2005 praktisch bei Null).

²¹⁰ Quelle: Schulaufsicht

Fachoberschulen – Anzahl der Schüler nach modernen Fremdsprachen in öffentlichen und privaten Schulen in Lothringen zwischen 2005 und 2011

Fachoberschulen	2005/ 2006	2006/ 2007	2007/ 2008	2008/ 2009	2009/ 2010	2010/ 2011	2011/ 2012
Deutsch	6 629	6 278	5 746	5 577	6 628	7 708	7 945
Englisch	26 557	26 779	25 659	24 806	25 084	25 443	24 131
Spanisch	641	652	711	512	1 317	2 253	3 219
Italienisch	25	38	26	92	377	582	736
Summe der statistischen Werte	33 852	33 747	32 142	30 987	33 406	35 986	36 031
Gesamtzahl der Schüler	32 746	32 665	31 014	29 891	29 523	29 367	27 301

Quelle: PARME (Steuerung der Ergebnisse und der Mittel der Schulen durch den Schulbezirk), Schulbezirk Nancy-Metz

Hinweis: in dieser Tabelle sind die statistischen Werte dargestellt. Da die Schüler im Allgemeinen mehrere Sprachen lernen, können sie im selben Jahr zwei oder drei Mal erfasst werden.

Anteil der von den Schülern in Lothringen in Fachoberschulen gelernten Sprachen zwischen 2005 und 2011 (in %)

Fachoberschulen	2005/ 2006	2006/ 2007	2007/ 2008	2008/ 2009	2009/ 2010	2010/ 2011	2011/ 2012
Deutsch	19,6	18,6	17,9	18,0	19,8	21,4	22,1
Englisch	78,5	79,4	79,8	80,1	75,1	70,7	67,0
Spanisch	1,9	1,9	2,2	1,7	3,9	6,3	8,9
Italienisch	0,1	0,1	0,1	0,3	1,1	1,6	2,0
Summe der statistischen Werte	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: PARME (Steuerung der Ergebnisse und der Mittel der Schulen durch den Schulbezirk), Schulbezirk Nancy-Metz

Hinweis: in der Tabelle ist der Anteil jeder Sprache an der Summe der statistischen Werte dargestellt.

Im Hinblick auf die Ausbildung im Rahmen einer Lehre war es für den vorliegenden Bericht nicht möglich, Statistiken über den Fremdsprachenunterricht in den verschiedenen Ausbildungswegen zu erfassen. Generell hat es den Anschein, dass die beiden wichtigsten in Lothringen in der Berufsbildung gelehrt Sprachen Englisch und in geringerem Umfang Deutsch sind, aber diese Feststellung müsste überprüft werden.

7.3.3.4 Luxemburg

Allgemeines klassisches und modernes Bildungswesen

Die drei Sprachen, die vom MENFP systematisch in die klassischen Lehrpläne aufgenommen werden, sind nach wie vor Französisch, Deutsch und Englisch. Je nach Spezialisierung kommen eine oder zwei tote Sprachen, Latein und Griechisch, oder eine vierte moderne Sprache hinzu.

Sprachen, die in der klassischen Sekundarstufe II in Luxemburg 2010/2011 unterrichtet werden

Unterrichtsstufe	Schüler	Latein	Französisch	Deutsch	Englisch	4. moderne Sprache oder Altgriechisch
4. Klasse klassisch	281	Ja	Ja	Ja	Ja	/
3. Klasse klassisch A	24	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3. Klasse klassisch B, C, D, E, F, G	226	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
2. Klasse klassisch A et AL	30	Nein (A) Ja (AL)	Ja	Ja	Ja	Ja
2. Klasse klassisch B, C, D, E, F, G ⁽¹⁾	231	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
1. Klasse klassisch A et AL	28	Nein (A) Ja (AL)	Ja	Ja	Ja	Ja
1. Klasse klassisch B, C, D, E, F, G ⁽¹⁾	208	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
Gesamt klassische Sekundarstufe II	1 028	<i>(1) Gruppen mit Wahlfach: 3 von 4 modernen Sprachen</i>				

Quelle: „Kennzahlen zum Bildungswesen – Statistiken und Indikatoren 2010/2011“, MENFP

Im modernen Klassenzug lernen nur die Schüler der A-Klassenzüge eine vierte moderne Sprache ab der 3. Klasse; Einführungsunterricht ins Griechische wird in der 1. Klasse angeboten.

Sprachen, die in der modernen Sekundarstufe II in Luxemburg 2010/2011 gelernt werden

Bildungsstufe	Schüler	Französisch	Deutsch	Englisch	4. lebende Sprache oder Altgriechisch
4. Klasse modern	1 545	Ja	Ja	Ja	/
3. Klasse modern A	146	Ja	Ja	Ja	Ja
3. Klasse modern B, C, D, E, F, G	1 336	Ja	Ja	Ja	Nein
2. Klasse modern A	91	Ja	Ja	Ja	Ja
2. Klasse modern B, C, D, E, F, G	1 244	Ja	Ja	Ja	Nein
1. Klasse modern A	145	Ja	Ja	Ja	Ja
1. Klasse modern B, C, E, F ⁽¹⁾	509	Ja	Ja	Ja	Nein
1. Klasse modern D, G	635	Ja	Ja	Ja	Nein
Gesamt moderne Sekundarstufe II	5 651	<i>(1) Wahlmöglichkeit: 2 von 3 Sprachen</i>			

Quelle: „Kennzahlen zum Bildungswesen – Statistiken und Indikatoren 2010/2011“, MENFP

Sonderwege – Internationales Abitur

In den Publikationen des Ministeriums wird das internationale Abitur erwähnt, bei dem der gesamte Lehrplan in französischer oder englischer Sprache abläuft.

Technische Sekundarstufe II

Wir weisen darauf hin, dass das luxemburgische Bildungswesen in der technischen Sekundarstufe II vier große Zweige umfasst.

Schülerzahlen nach Ausbildungswegen des technischen Zweigs in Luxemburg 2010/2011

Ausbildungsweg	Schüler- zahl	Franzö- sisch	Deutsch	Englisch	Angewandte Sprache
Verwaltung und kaufmännischer Bereich	1 836	Ja	Ja	Ja	Ja ⁽¹⁾
Gesundheitswesen und soziale Berufe ⁽²⁾	2 228	Ja	Ja	Ja	Nein
Allgemeine technische Ausbildung ⁽³⁾	1 295	Ja	Ja	Ja	Nein
Künstlerischer Zweig	46	Ja	Ja	Ja	Nein
Technischer Zweig gesamt	5 405				

Quelle: „Kennzahlen zum Bildungswesen – Statistiken und Indikatoren 2010/2011“, MENFP

(1) Angewandtes Französisch oder Deutsch als Wahlfach in den Klassen 10 CM und 11 CM;
angewandtes Englisch als Wahlfach in der Klasse 12 CC.

(2) Gruppen mit Wahlmöglichkeit: 2 von 3 angebotenen Sprachen in den Klassen 12 ED, 13 ED, 12 SL, 13 SL, 12 SR, 13 SR
und 13 SI; Gruppen mit der Wahlmöglichkeit Deutsch oder Englisch in der Klasse 12 SI

(3) Gruppen mit Wahlmöglichkeit: Deutsch oder Französisch für die Klassen 12 GE, GI und 13 GE, GI

Die Technikerausbildung gilt als Berufsbildung

Sämtliche Ausbildungswege dieses Zweigs bieten Unterricht in modernen Fremdsprachen an. In fast allen Bereichen werden mindestens zwei Sprachen gelernt: systematisch Englisch sowie, nach Wahl des Schülers, Deutsch oder Französisch. Bestimmte Ausbildungswege sind dreisprachig, beispielsweise im Hotelfach und Tourismus sowie im kaufmännischen und Verwaltungsbereich.

Schülerzahlen im technischen Zweig in Luxemburg 2010/2011

Ausbildungswege des technischen Zweigs	An- zahl	Eng- lisch	Franzö- sisch	Deutsch	Italie- nisch oder Spanisch
Verwaltung und kaufmännische Berufe	1 796	Ja	Ja	Ja	Nein
Hotelfach und Tourismus	119	Ja	Französisch oder Deutsch		Ja ⁽¹⁾
Landwirtschaft	179	Ja	Französisch oder Deutsch		Nein
Kunst	208				
Chemie	47				
Elektrotechnik	210				
Hoch- und Tiefbau	357				
Informationstechnologie	241				
Maschinenbau	149				
Gebäudeausrüstungen	9				
Technische Ausbildungswege gesamt	3 315				

Quelle: „Kennzahlen zum Bildungswesen – Statistiken und Indikatoren 2010/2011“, MENFP

Legende: (1): Gruppen mit Wahlmöglichkeit Französisch oder Deutsch für alle Klassen des Zweigs; ferner Gruppen mit Wahl-
möglichkeit Italienisch oder Spanisch in den Klassen T2 HT und T3 HT.

Berufsbildung (Zusammenlegung von zwei Systemen: Berufliche Aus- und Weiterbil- dung)

In sämtlichen Zweigen des Berufsbildungssystems bieten 31 Ausbildungswege Fremdsprachenunterricht mit der Wahlmöglichkeit zwischen Deutsch und Französisch an, während 11 nur eine Sprache anbieten, bei der es sich um Luxemburgisch, Französisch oder Englisch handeln kann (allgemeiner oder berufsbezogener theoretischer Unterricht). Im Rahmen des vorliegenden Berichts ist es nicht möglich, das gesamte Berufsbildungsangebot darzustellen. Besonders hervorheben möchten wir aber:

- ▶ 2 zweisprachige Ausbildungswege: dabei handelt es sich um die Ausbildung von Gastronomen und Gastronomen/Köchen, die Unterricht in englischer Kommunikation im theoretischen Unterricht und Französischunterricht während der drei Ausbildungsjahre umfassen.
- ▶ und 2 dreisprachige Ausbildungswege: dabei handelt es sich um Pharmazie-Assistenten (die Unterricht auf Französisch, Deutsch und Englisch erhalten) sowie um Verwaltungs- und kaufmännische Angestellte (Englisch und Deutsch in der theoretischen Ausbildung sowie Französisch).

Für alle anderen beruflichen Ausbildungswege ist in den offiziellen Lehrplänen kein Unterricht in modernen Fremdsprachen vorgesehen. Generell gilt, dass bei Ausbildungen im Dualsystem kein Fremdsprachenunterricht mehr erfolgt. Das Erlernen einer Sprache erfolgt im Wesentlichen durch eine entsprechende Umgebung, vorausgesetzt, die Arbeitsplatzumgebung ist mehrsprachig.

Anzahl der Auszubildenden in der Berufsbildung (Aus- und Weiterbildung) nach ausbildenden Einrichtungen in Luxemburg 2010/2011

Berufliche Aus- und Weiterbildung	Anzahl
Landwirtschaftskammer	229
Handelskammer (*)	2 272
Handwerkskammer (*)	1 912
Summe berufliche Aus- und Weiterbildung	4 413

Quelle: „Kennzahlen zum Bildungswesen – Statistiken und Indikatoren 2010/2011“, MENFP

(*) Bestimmte Ausbildungswege unterstehen den Handels- und Handwerkskammern. Die Schülerzahlen werden zu gleichen Teilen auf die beiden Institutionen verteilt. Dies gilt für die Elektrizitätsbranche.

Zu den Schülerzahlen im Fremdsprachenunterricht verfügen wir für das Berufsbildungssystem über keine Statistiken.

7.3.3.5 Französischsprachige Wallonie

In der Sekundarstufe II in der Wallonie ist das Erlernen von Sprachen je nach vom Schüler gewählten Ausbildungszweig unterschiedlich. Im allgemein bildenden Bereich lernen drei Viertel der Schüler zwei moderne Fremdsprachen und über 8% drei Fremdsprachen. Die Lehrpläne in diesem Bereich sehen einen entsprechend umfangreichen Fremdsprachenunterricht vor.

Im technischen und künstlerischen Zweig lernen über 81% der Schüler nur eine Sprache. In diesem Zweig wird die zweite Sprache als Wahlfach angeboten. Knapp 16% der Schüler nutzen die Möglichkeit zum Lernen von zwei Sprachen und knapp 3% lernen drei Sprachen. Im weiterführenden technischen und künstlerischen Zweig (in dem eine zweite moderne Fremdsprache im Rahmen der Basisoptionen für bestimmte Sonderzweige unterrichtet wird) lernen knapp 62% der Schüler nur eine Sprache, knapp 19% zwei Sprachen und knapp 2% drei Sprachen. 18% der Auszubildenden hat allerdings überhaupt keinen Fremdsprachenunterricht.

In der Berufsbildung ist der Anteil der Schüler, die keine moderne Fremdsprache lernen, am höchsten: 89% der Gesamtzahl. Wir weisen darauf hin, dass es in den allgemeinen Bil-

dungsangeboten keinen Sprachunterricht gibt und dass die modernen Sprachen in den Stundenplänen bestimmter Basisoptionen auftauchen. Sie betreffen aber nur ganz bestimmte Ausbildungswege. Die anderen Schüler (11% der Gesamtzahl) lernen nur eine Fremdsprache. Den nachstehenden Tabellen ist die Wahl der Sprachen 2010/2011 für die Sprachen I, II und III in den verschiedenen Ausbildungswegen zu entnehmen.

**Schülerzahlen nach der gewählten Sprache als erste Fremdsprache (LM I)
in der französischsprachigen Wallonie 2010/2011**

Erste moderne Sprache	Gesamtzahl	Niederländisch	Deutsch	Englisch	Keine LM1
Allgemein bildender Zweig	76 912	39 397	2 127	34 684	704
Technische und künstlerische Ausbildung	13 660	6 156	105	7 374	25
Technische und künstlerische Weiterbildung	41 492	13 784	259	19 950	7 499
Berufsbildung	46 760	2 790	50	2 268	41 652
Gesamt	178 824	62 127	2 541	64 276	49 880
Aufteilung in % LM I	Gesamt	Niederländisch	Deutsch	Englisch	Keine LM1
Allgemein bildender Zweig	100,0	51,2	2,8	45,1	0,9
Technische und künstlerische Ausbildung	100,0	45,1	0,8	54,0	0,2
Technische und künstlerische Weiterbildung	100,0	33,2	0,6	48,1	18,1
Berufsbildung	100,0	6,0	0,1	4,9	89,1
Gesamt	100,0	38,5	1,6	41,0	18,8

Quelle: Etnic – CCBI (Statistikdienst der französischsprachigen Gemeinschaft in der belgischen Wallonie)

**Anzahl der Schüler nach der gewählten zweiten Fremdsprache (LM II)
in der französischsprachigen Wallonie 2010/2011**

Zweite moderne Sprache	Gesamtzahl	Niederländisch	Deutsch	Englisch	Spanisch	Italienisch	Keine LM2
Allgemein bildender Zweig	76 912	20 651	2 952	37 589	2 237	263	13 220
Technische und künstlerische Ausbildung	13 660	728	121	1 594	45	26	11 146
Technische und künstlerische Weiterbildung	41 492	2 721	341	5 153	148	0	33 129
Berufsbildung	46 760	0	0	0	0	0	46 760
Gesamt	178 824	24 100	3 414	44 336	2 430	289	104 255

Verteilung in % LM II	Gesamt	Niederländisch	Deutsch	Englisch	Spanisch	Italienisch	Keine LM2
Allgemein bildender Zweig	100,0	26,9	3,8	48,9	2,9	0,3	17,2
Technische und künstlerische Ausbildung	100,0	5,3	0,9	11,7	0,3	0,2	81,6
Technische und künstlerische Weiterbildung	100,0	6,6	0,8	12,4	0,4	0,0	79,8
Berufsbildung	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0
Gesamt	100,0	9,0	1,3	16,5	0,9	0,1	72,2

Quelle: Etnic – CCBI (Statistikdienst der französischsprachigen Gemeinschaft in der belgischen Wallonie)

**Anzahl der Schüler nach der gewählten dritten Fremdsprache (LM III)
in der französischsprachigen Wallonie 2010/2011**

Dritte moderne Sprache	Gesamtzahl	Niederländisch	Deutsch	Englisch	Spanisch	Italienisch	Keine LM3
Allgemein bildender Zweig	76 912	170	1 086	150	4 751	118	70 637
Technische und künstlerische Ausbildung	13 660	117	0	251	25	0	13 267
Technische und künstlerische Weiterbildung	41 492	28	95	140	426	11	40 792
Berufsbildung	46 760	0	0	0	0	0	46 760
Gesamt	267 943	315	1 181	541	5 202	129	260 575

Verteilung in % LM III	Gesamt	Niederländisch	Deutsch	Englisch	Spanisch	Italienisch	Keine LM3
Allgemein bildender Zweig	100,0	0,2	1,4	0,2	6,2	0,2	91,8
Technische und künstlerische Ausbildung	100,0	0,9	0,0	1,8	0,2	0,0	97,1
Technische und künstlerische Weiterbildung	100,0	0,1	0,2	0,3	1,0	0,0	98,3
Berufsbildung	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0
Gesamt	100,0	0,1	0,4	0,2	1,9	0,0	97,3

Quelle: Etnic – CCBI (Statistikdienst der französischsprachigen Gemeinschaft in der belgischen Wallonie)

In der gesamten Sekundarstufe II (ohne 3S-DO-Klasse) wird Englisch von 61% der Schüler gelernt. Es wird als erste oder zweite Fremdsprache (LM I oder LM II, seltener als dritte Fremdsprache LM III) gewählt, wie nachstehender Tabelle zu entnehmen ist. An zweiter Stelle steht Niederländisch, für das sich 48,4% der Schüler entscheiden. Niederländisch wird im Wesentlichen als erste Fremdsprache gelernt, nur ein gutes Viertel der Schüler entscheidet sich für Niederländisch als zweite Fremdsprache. Spanisch folgt auf dem dritten Platz mit 4,3% der Schüler, die es in der Sekundarstufe II lernen. Spanisch steht als zweite, vor allem aber dritte Fremdsprache auf dem Stundenplan der Schüler. Deutsch wird von 4% der Schüler der Sekundarstufe II gelernt. Für Italienisch entscheidet sich nur ein geringer Teil der Schüler: nur 0,2% lernen diese Sprache. Interessanterweise wird Italienisch aber als zweite und nicht als dritte Fremdsprache gewählt.

Schülerzahlen nach der als erste, zweite oder dritte Sprache gewählten Fremdsprache in der Sekundarstufe II (ohne 3S-DO) in der französischsprachigen Wallonie 2010/2011

	Niederländisch	Deutsch	Englisch	Spanisch	Italienisch
LM I	62 127	2 541	64 276	0	0
LM II	24 100	3 414	44 336	2 430	289
LM III	315	1 181	541	5 202	129
Gesamt	86 542	7 136	109 153	7 632	418

Aufteilung (%)	Niederländisch	Deutsch	Englisch	Spanisch	Italienisch
LM I	34,7	1,4	35,9	0,0	0,0
LM II	13,5	1,9	24,8	1,4	0,2
LM III	0,2	0,7	0,3	2,9	0,1
Gesamt	48,4	4,0	61,0	4,3	0,2

Quelle: Etnic – CCBI (Statistikdienst der französischsprachigen Gemeinschaft in der belgischen Wallonie)

7.3.3.6 Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

In der Sekundarstufe II haben die Schüler die Wahl zwischen allgemein bildendem, technischem oder berufsbildendem Unterricht. Der Sprachunterricht ist von Zweig zu Zweig unter-

schiedlich. Die angebotenen Fremdsprachen sind Französisch, Englisch und Niederländisch. Für Schüler der gymnasialen Oberstufe gibt es den „neusprachlichen Zweig“, der zudem Lateinunterricht anbietet.

Aufteilung der Schüler nach Schulart und Zweig in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2011/2012 – Sekundarstufe II

ISCED Level 3	GUW	FSUW	OSUW	Gesamt
Allgemein bildender Zweig	479	851	0	1 330
Technischer Zweig (einschl. TÜ und Krankenpflegesekundarabteilung)	316	384	28	728
Berufliche Bildung	151	103	0	254

Legende: TÜ: Technischer Übergangsunterricht; Krankenpflegesekundarabteilung.

Hinweis: Die Zahlen bezeichnen physische Personen, so dass es keine Doppelzählungen in dieser Tabelle gibt.

Eine dritte moderne Fremdsprache kann in bestimmten Sonderzweigen der Sekundarstufe II unterrichtet werden, doch wir verfügen über keine statistischen Daten, anhand derer sich feststellen lässt, welche anderen Sprachen, abgesehen von Niederländisch, eventuell von den Schülern dieser Sonderzweige gewählt werden.

Sonderwege - Teilzeitschulbildung

Laut Gesetz umfasst die Teilzeitschulbildung Fremdsprachenunterricht (Französisch/Niederländisch) im Rahmen der allgemeinen Bildung.

Sonderwege – Berufsbildende Schulen

Im Rahmen des Dualsystems werden ausgehend von der Berufswahl unterschiedliche Fächer unterrichtet und die Schüler erwerben in erster Linie berufsbezogenes Fachwissen, aber im Rahmen des allgemeinbildenden Unterrichts lernen sie auch Französisch.

7.4 Methoden für den Fremdsprachenunterricht sowie interessante Ansätze zur Verbesserung der Effizienz des Fremdsprachenunterrichts

Wir kommen hier zu eher praktischen Aspekten des Sprachunterrichtes in der Großregion. Es werden Verfahren und Methoden behandelt, die während der Ausbildung der Jugendlichen zum Einsatz kommen.

Seit mehreren Jahrzehnten haben zahlreiche Publikationen die Ergebnisse der Forschung über die Mechanismen des Spracherwerbs beim Kind einem breiteren Publikum bekanntgemacht. Diese Forschungen, die auf interdisziplinären Ansätzen aus der Sprachwissenschaft, der kognitiven Neurowissenschaft und der kognitiven Psychologie beruhen, verweisen auf bestimmte wichtige Prozesse, die beim Unterrichten von Fremdsprachen zu berücksichtigen sind. Sie zeigen, dass der Spracherwerb eine Dynamik aufweist, die sich mit der Zeit entsprechend der Plastizität des menschlichen Gehirns entwickelt. Vom ersten verbalen Austausch an, etwa mit drei Monaten, registriert das Kind erste Merkmale dessen, was nun zu seiner Muttersprache wird. Mit fünf Monaten ist es bereits in der Lage, einen Zusammenhang

zwischen Lauten und Mundbewegungen herzustellen. Mit etwa 10 bis 17 Monaten²¹¹ entwickelt es Aktivitäten frühen Verstehens und Produzierens. Während der gesamten frühen Kindheit strukturiert sich das Gehirn so, dass sich die Kompetenzen des Kindes herausbilden, die Sprache der Umgebung, zu der es gehört, zu sprechen, und mobilisiert soweit wie nötig seine beiden Hirnhälften (es ist heute nachgewiesen, dass die musikalischen Dimensionen, die Prosodie²¹² der Sprache, die Rhythmen usw. in der rechten Hirnhälfte verarbeitet werden und dass die Prosodie die Aneignung der Syntax erleichtert).

Andere Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass das menschliche Gehirn anfangs so konfiguriert ist, dass es jede beliebige Sprache der Welt lernen kann, da ein Säugling Phoneme wahrnehmen kann, die in seiner Sprachumgebung nicht vorkommen. Erst mit etwa sechs Monaten engt sich dieses Feld der Möglichkeiten ein. Nach und nach nimmt das Kind immer weniger die Phoneme wahr, die in seiner Muttersprache nicht vorkommen²¹³, was Bedingung dafür ist, dass es zu einem kompetenten Sprecher seiner Muttersprache wird und dass es sich die Syntax dieser ersten Sprache aneignet. Es erkennt Regelmäßigkeiten in dem, was es hört, und fängt daraufhin an, Laute zu erzeugen, die dem entsprechen, was es in seiner Umgebung hört.

In der gesamten Großregion bevorzugen die Unterrichtsprogramme für Fremdsprachen in den ersten Lernphasen die mündliche Sprachanwendung

Die Ergebnisse dieser Arbeiten, die für eine Darstellung an dieser Stelle zu zahlreich sind, haben dazu geführt, die Art und Weise des Fremdsprachenunterrichts in der Berufsausbildung merklich zu ändern. Sicherlich gibt es in allen Erziehungssystemen die Tendenz, die Einführung einer Zweitsprache in der Schule früher anzusetzen. Die hier am weitesten fortgeschrittenen Länder tun dies ab der Phase der Vorschulerziehung und spätestens ab dem ersten Jahr der Pflichtschule. Ganz offensichtlich fördern die Akteure des Erziehungswesens ein frühes und kontinuierliches Erlernen der Sprache.

Aber mehr noch als auf dem Alter und dem der Fremdsprache gewidmeten Stundenumfang bestehen die Lehrer und Ausbilder auf der Notwendigkeit, das Ohr des Schülers zu schulen und ein aktives Lernen zu begünstigen. Daher geht es in allen Teilen der Großregion über die gesamte Schulzeit hinweg darum, das Lernen anzuleiten, es auf sprachliche Aktivitäten zu stützen: Hörverstehen, mündlicher Ausdruck und Interaktion, Leseverstehen und schriftlicher Ausdruck. Diese Aktivitäten sind natürlich entlang einer durchdachten Progression angeordnet.

Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) im Dienste des Fremdspracherwerbs

Experimente zur Anwendung von Technologien der Datenverarbeitung beim Erlernen von Fremdsprachen entwickeln sich kohärent zu dieser Konzeption des Sprachenunterrichts

²¹¹ Phase, in der die rechte Hirnhälfte an den Sprachaktivitäten beteiligt ist. Bekanntlich prägt sich bei den meisten Menschen die Dominanz der linken Hirnhälfte bei der Sprachanwendung allmählich bis zum Alter von zwei bis zweieinhalb Jahren aus.

²¹² Korrekte und regelmäßige Aussprache der Wörter in Bezug auf Akzent und Quantität der Silben. Quelle: www.cnrtl.fr

²¹³ Man spricht hier vom „phonologischen Sieb“.

(l'éducation linguistique). Die IKT-Arbeitsmittel erlauben den Schülern einen direkten Kontakt mit der Sprache, die sie erlernen: MP3-Player, Tablet-Computer, das Internet usw. bieten mehr Autonomie in der Anwendung der Sprache, da sie es ermöglichen, die in der Klasse behandelten Texte abzurufen, sich aufzunehmen (de s'enregistrer) oder Sendungen in der Fremdsprache herunterzuladen und sie so oft wie nötig zu hören. Die von den Interviewten erwähnten guten Praktiken beziehen sich in der Mehrheit auf die Verwendung des digitalen (interaktiven) Whiteboards und des MP3-Players.

Beim interaktiven Whiteboard wird der Inhalt eines Computerbildschirms durch einen Beamer auf eine Tafel projiziert, auf der direkt all das getan werden kann, was man normalerweise mit der Computermaus am Bildschirm tut, indem die Bewegungen des Anwenders von einer Kamera oder einer anderen Vorrichtung erfasst werden. Der Computer selbst kann mit dem Internet verbunden sein, und der Unterrichtende kann mit verschiedensten aktuellen Dokumenten arbeiten. Das interaktive Whiteboard ist ein neuer Trend der Einführung von Unterhaltungs- wie Gebrauchselektronik in den Schulalltag. Die Verfechter seines Einsatzes betonen seine Vorteile für die gemeinsame Arbeit und den Austausch in der Klasse: Die Schüler können zum Beispiel vor den Augen ihrer Kameraden Übungsergebnisse oder Vorschläge eingeben. Andere Interviewte sehen den „revolutionären“ Charakter des Geräts eher skeptisch: es geht für sie mehr um den Inhalt (das, was der Unterrichtende bzw. Ausbilder die Lernenden tun lässt) als um das Medium selbst, auch wenn dieses leistungsfähig und für die im Internetzeitalter geborenen Jugendlichen attraktiv ist. Im Übrigen erklären die hohen Kosten dieser Ausstattung ihre bescheidene Verbreitung in den Einrichtungen der Großregion.

Der Einsatz des MP3-Players beim Erlernen von Fremdsprachen wird häufiger erwähnt und scheint von den Unterrichtenden einhellig gutgeheißen zu werden. Ein Vorbehalt wird allerdings nicht von den Lehrenden, sondern von der Ärzteschaft geäußert. Diese zeigt sich beunruhigt über den starken Anstieg von Hörschäden bei Jugendlichen, die zu laut und zu lange Musik hören, wesentlich länger jedenfalls als die vorangegangene Generation (die „Generation Walkman“).²¹⁴ Die Ausgabe von Playern an Lernende müsste also von einer Erziehung zum Zeitmanagement für die Hördauer begleitet werden. Die Zeit für das Sprachenlernen muss in die Gesamthördauer einbezogen werden (und darf nicht zu der dem Vergnügen dienenden Hördauer hinzukommen), die nach Aussage europäischer Wissenschaftler 40 Stunden pro Woche bei 80 dB nicht überschreiten sollte.

Schließlich bleibt anzumerken, dass präzise Bewertungen der Verwendung des Players angestellt werden könnten, um dieses praktische, attraktive und hinsichtlich der für die Erziehung eingesetzten öffentlichen Finanzmittel vernünftige Mittel zur Unterstützung des Erlernens von Fremdsprachen zu optimieren.

²¹⁴ Ein Artikel in „Le Monde“ vom 07.01.2010 zitiert die Ergebnisse einer Untersuchung, die bei Oberstufenschülern der Region Île-de-France von Bruitparif, einem Verein zur Beobachtung des Lärms in der Île-de-France, durchgeführt wurde: Mehr als die Hälfte der auf die Umfrage Antwortenden haben ihren Player auf mehr als 85 Dezibel eingestellt; Jungen hören lauter (+3 dB), Mädchen länger (im Schnitt 3 Stunden und 18 Minuten pro Tag gegenüber 2 Stunden und 44 Minuten bei den Jungen).

Austausche, die das Erlernen von Fremdsprachen begünstigen

Diese Aktivitäten werden regelmäßig genannt, vor allem in den einsprachigen Gebieten: Sprachreisen ins Ausland, Teilnahme an Veranstaltungen und Festen der verschiedenen Sprachgemeinschaften, gemeinsame Teilnahme an Wettbewerben mit Partnerschulen, Langzeitaufenthalte mit Schulbesuch im Gastland usw.

Es sei jedoch daran erinnert, dass, abgesehen von den seltenen Schulzweigen in der Sekundarstufe, in denen eine Auslandserfahrung beim Erreichen des Abschlusses zählt, die Organisation von Auslandsreisen und -aufenthalten ein Zusatzangebot der Bildungseinrichtung darstellt. Solche Aktivitäten sind außerdem fast immer von der Initiative einer Minderheit engagierter Lehrer abhängig. Allerdings halten die vielfältigen administrativen Einschränkungen und die Risiken, die die zivil- und strafrechtliche Verantwortung der Betreuung Minderjähriger mit sich bringen, einen Großteil der Lehrer davon ab, solche Projekte anzugehen. Schließlich stellt sich auch noch die Frage nach den Kosten solcher Projekte. Wahrscheinlich könnte eine bessere Verwendung der von der EU für Bildung und lebenslanges Lernen aufgewendeten Mittel gefördert werden. Die Unterrichtsverwaltungen richten derzeit Stäbe ein, die auf Austausch und multilaterale Kontakte spezialisiert sind und Unterstützung bei der Gestaltung von Projekten leisten können; konkrete Umsetzungen sind jedoch noch selten. Es sind allerdings Anstrengungen festzustellen, Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die eher nicht ins Ausland reisen und dort studieren, auch nicht für eine kurze Zeit. So richtet sich derzeit, mit Unterstützung der Berufsverbände und der Institutionen, die den Zugriff auf die für diese Projekte verfügbaren europäischen Mittel kontrollieren, eine besondere Aufmerksamkeit auf die Situation der jungen Auszubildenden.

Sonstige kulturelle Aktivitäten

Die Interviewten zeigen Interesse daran, Filme in Originalfassung mit Untertiteln zu sehen, und bedauern es, dass im Fernsehen wie auch im Kino die meisten ausländischen Filme synchronisiert sind. Dies gilt für Frankreich, aber auch für Deutschland. Was die Kosten angeht, so ist die Untertitelung preisgünstiger als die Synchronisierung, und dass Kino- und audiovisuelle Produktionen noch sehr oft synchronisiert werden, zeugt eher vom Beibehalten alter kultureller Gewohnheiten denn von ökonomischer Rationalisierung. Aber anscheinend gewinnt die Untertitelung von Jahr zu Jahr an Bedeutung und weitet sich auf alle Programmtypen aus (Dokumentationen, Sendungen, Nachrichtenmagazine usw.). Bis dato werden fremdsprachliche audiovisuelle Produktionen im Rahmen des Schulunterrichts wenig angewandt, und die Profis des Fremdsprachenunterrichts sprechen eher dann vom Kino in OF (Originalfassung), wenn es um „intelligente“ Freizeitbeschäftigung geht.²¹⁵

Ein Beispiel für Anpassung der Organisation des Fremdsprachenunterrichts: „Kompetenzgruppen“

Einige Einrichtungen versuchen sich in einem organisatorischen Ansatz des Fremdsprachenunterrichts durch „Kompetenzgruppen“. Dabei geht es darum, Schüler anhand ihrer Kompetenzen gemäß dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GERS) in Gruppen zusammenzufassen: Niveau A für elementare Sprachverwendung, Ni-

²¹⁵ VO auf Französisch (version originale)

veau B für selbständige Sprachverwendung und Niveau C für kompetente Sprachverwendung. So kann zum Beispiel ein Schüler der Sekundarstufe II über weniger Kompetenzen verfügen, sich in einer Fremdsprache auszudrücken, als ein Schüler der Sekundarstufe I. Die Zusammensetzung der Gruppen ist daher nicht notwendigerweise von der besuchten Klasse abhängig.

Bei der Anwendung dieses Systems muss man von einer Diagnosestellung ausgehen: Jede sprachliche Kapazität der Schüler wird gemäß dem GERS evaluiert, dann werden die Schüler entsprechend ihrem Bedarf gruppiert, unabhängig von der gewählten Schullaufbahn. Im Allgemeinen werden Perioden von 6 Wochen definiert (mehr oder weniger passend zu den Schuljahresabschnitten), die zum Beispiel dem schriftlichen Ausdruck gewidmet sind, und während derer die Arbeit darauf abzielt, die Schüler zur nächsten Kompetenzstufe zu führen. In jedem Fall führt diese pädagogische und organisatorische Entscheidung zu einer Einbeziehung sowohl der Unterrichtenden als auch des leitenden Personals der Einrichtungen.

Dieser Ansatz der „Kompetenzgruppen“ könnte genauso gut in der Grundschule wie in der Sekundarstufe I oder II umgesetzt werden, ist aber wegen organisatorischen Zwängen meist in der Sekundarstufe II zu beobachten: die Schülerzahlen der Schule müssen eine kritische Größe erreichen, ab der die Einrichtung von Gruppen möglich ist; außerdem müssen die Stundenpläne aller Klassen mehr oder weniger koordiniert werden, um die nötige Durchlässigkeit zu gewährleisten. Offensichtlich ist die Praxis der Kompetenzgruppen derzeit in der Großregion nur wenig verbreitet, wahrscheinlich aus den soeben angeführten Gründen.

Unterricht nichtsprachlicher Fächer in einer Fremdsprache

Dieser pädagogische Ansatz findet in den Erziehungssystemen der Großregion wesentlich häufiger Zuspruch. Selbstverständlich besteht die Besonderheit dieses Ansatzes nur in einsprachigen Regionen, da es in mehrsprachigen Regionen (wie in Luxemburg) „natürlich“ ist, dass der Unterricht in nichtsprachlichen Fächern in mehreren Sprachen stattfindet. Das Verfahren wird je nach Gebiet und je nachdem, welcher Umfang dieser Unterrichtstyp hat, unterschiedlich bezeichnet: man spricht von bilingualem Zweig, bikulturellem Zweig, Immersionsunterricht usw. Das Unterrichten eines nichtsprachlichen Fachs in einer Fremdsprache zielt darauf ab, dem Erlernen der Fremdsprache einen Sinn zu geben, indem sie auf ein bestimmtes Wissensgebiet angewandt wird, sowie darauf, interkulturelle Ansätze zu entwickeln.

Bei der Wahl des nichtsprachlichen Fachs tendieren die Schulen, die diese Unterrichtsform anbieten, dazu, sich in literarischen Zweigen auf die Literatur zu fokussieren oder, sehr häufig, auf Geschichte und Erdkunde (in Frankreich *ein* Schulfach, Anm. d. Übers.) (in Lothringen z. B. wird in 80% der Fälle das Fach Geschichte und Erdkunde für die europäischen Zweige gewählt). Im Grunde würde für den Lernenden nichts dagegen sprechen, Hotel- und Restaurant-Fachkunde, Mathematik, Physik und Chemie, Naturkunde, Mechanik oder auch Musik unter Verwendung einer Fremdsprache zu unterrichten. Theoretisch zumindest, da die Praxis hier mehr Probleme aufwirft. Es ist nämlich heute schwierig, Lehrer mit einer Zweifachkompetenz im nichtsprachlichen Fach selbst und in der Fremdsprache zu finden. Einige Lehrer bilden sich auf eigene Kosten während der Schulferien weiter, da im Rahmen der Bildungspläne der Arbeitgeberinstitutionen keinerlei Fortbildungsangebote es ihnen ermög-

licht, ihre Kompetenzen zu erweitern oder zu halten. Die Ausweitung dieses Unterrichtstyps hängt also davon ab, die Lehrer richtig ausbilden zu können, was langwierig sein dürfte. Lehrer mit einer Zweifachkompetenz auszubilden dürfte mehr als ein Jahrzehnt erfordern, da es zuallererst Studiengänge geben müsste, die Erwachsene auf die Lehrer- und Ausbildungstätigkeit vorbereiten, und dann die beiden Disziplinen (das nichtsprachliche Fach und eine Fremdsprache auf hohem Niveau) in die Unterrichtsprogramme sowie in die Stellenbesetzungsverfahren integriert werden müssten.

Eine interessante Lösung würde darin bestehen, auf der Grundlage flexibler Übereinkommen einen Austausch von Lehrern innerhalb der Großregion zu entwickeln, wobei gemäß einer Logik der Gegenseitigkeit jeder Staat sein ins Ausland entsandtes Personal weiter bezahlen würde. Eine solche Vorgehensweise könnte schneller zur Schaffung der Bedingungen für einen zweisprachigen Unterricht führen. Es bleibt zu untersuchen, wie gewisse Hindernisse, die einem solchen Austausch zwischen den Gebieten der Großregion im Wege stehen, überwunden werden können (Hindernisse einerseits für die Anerkennung der erreichten Abschlüsse für den Lehrerberuf beiderseits der Grenzen, andererseits für die Sozialversicherung bei einer im Ausland ausgeübten Berufstätigkeit).

Es sei noch darauf hingewiesen, dass die Auswirkungen der nichtsprachlichen Fächer auf die Entwicklung von Begriffen und Konzepten durch die Schüler, die diesen Unterrichtstyp durchlaufen (und die gewissermaßen die „Experimentalgruppe“ darstellen würden), im Vergleich zu den Lernergebnissen der Schüler, die das nichtsprachliche Fach in ihrer Muttersprache besuchen (und die „Kontrollgruppe“ darstellen würden), zu evaluieren wären.

Die nichtsprachlichen Fächer und der „beruflich ausgerichtete Fremdsprachenunterricht“ begünstigen die Öffnung hin zu Fremdsprachen in der Ausbildung:

Die nichtsprachlichen Fächer in den Ausbildungsgängen sollen den Schülern das Vokabelmaterial vermitteln, das für eine gute Integration in das berufliche Umfeld im betreffenden Land erforderlich ist; sie tragen so zu ihrer Motivation, Fremdsprachen zu erlernen, bei. Der Einsatz externer Kräfte, die über die für diesen Unterricht erforderlichen beruflichen und sprachlichen Qualifikationen verfügen, kann die Authentizität des fremdsprachlichen Unterrichts verstärken. Die Berufsschulen (ebenso wie die allgemeine und die technisch orientierte Sekundarstufe II) können auch mit Fremdsprachenassistenten aus dem Ausland arbeiten.

Ganz allgemein ist in der Ausbildung der Fremdsprachenunterricht (nicht die nichtsprachlichen Fächer) oft beruflich ausgerichtet, also in den Kontext des angestrebten Berufs gestellt. Darum müssen die in den typischen Beschäftigungsverhältnissen der verschiedenen Branchen wirklich erforderlichen Niveaus der Sprachkenntnisse präzisiert werden. Verhilft das perfekte Beherrschen einer Fremdsprache vielleicht dazu, im sprachlichen Bereich autonom zu sein, muss es nicht unbedingt dieses Niveau sein, das man erreichen muss, um für bestimmte Stellen geeignet zu sein. Manchmal reichen Teilkompetenzen aus, um eine effektive Kommunikation sicherzustellen. Je nach ausgeübter Funktion kann das für den Einsatz erforderliche Niveau darin bestehen, eine begrenzte Anzahl von Vokabeln oder Begriffen zu beherrschen, die zu bestimmten Berufsroutinen gehören, oder, bei einem etwas höher angesiedelten Kompetenzgrad, in einer passiven Mehrsprachigkeit, die sich dadurch auszeichnet, dass jeder der Gesprächspartner in seiner Muttersprache spricht und alle einander verste-

hen. Eine präzisere Erforschung sprachlicher Register und im Berufsumfeld erforderlicher Kompetenzgrade würde es erlauben, die Curricula in der Berufsausbildung (und in der Fortbildung) zu justieren.

Im Übrigen wird oft darauf verwiesen, dass das ungenügende Beherrschen von Begriffen in der Muttersprache für Jugendliche in der Berufsausbildung ein Haupthindernis beim Erlernen einer Fremdsprache ist. Vor allem in diesen Ausbildungsgängen sind die Kompetenzen der Lehrer selbst sowie der Ausbilder (wenn die Jugendlichen im Betrieb sind) in höchstem Maße bestimmend für den Erfolg der Lernenden. Heutzutage bestehen die Vertreter der Berufsstände auf der Notwendigkeit, mehrere Fremdsprachen zu beherrschen, um qualifizierte Stellen zu finden, aber die Lehrer und Ausbilder wissen nicht wirklich, welche Methode sie sich ausdenken sollen, um diese Ziele zu erreichen. So steht ein ganzer Strauß an Innovationen zur Verfügung, um neue Methoden zu entwickeln, die die Dualität besser ausnutzen und den durch diversifizierte Praxisbedingungen zu erwerbenden Kanon an Wissen und Know-how definieren.

Die Einführung von nur auf die Sprachen bezogenen Zertifizierungen vereinfacht die Kennzeichnung der Lernerfolge

In der Berufsausbildung sind die GERS-Ebenen oft explizit in der Formulierung der bis zum Ende eines Ausbildungsabschnitts zu erreichenden Ziele enthalten. Einige ausgestellte Titel erwähnen den „europäischen“ Charakter des vom Schüler durchlaufenen Ausbildungsgangs, insbesondere dann, wenn die Curricula in engem Kontakt mit dem Land, in dem die Fremdsprache gesprochen wird, erstellt wurden. Allerdings gibt es streng genommen kein harmonisiertes System von Sprachprüfungen in der Großregion. So suchen die Mobilitätskandidaten sich ihre Zertifizierungen auf dem privaten Markt, der von einigen traditionellen großen Playern des Fremdsprachenunterrichts beherrscht wird. Diese Situation benachteiligt einerseits Kinder aus armen Familien, die die hohen Kosten für private Sprachkurse und -prüfungen nicht tragen können, und führt andererseits zu einer Normierung anhand externer Standards, die die Arbeitgeber selbst schließlich mittragen, weil ihnen kein anderes probates Mittel zur Verfügung steht, um die sprachlichen Kompetenzen der Stellenkandidaten einzuordnen.

In Lothringen wird den Schülern heute zu bestimmten Etappen ihres Ausbildungsgangs angeboten, Prüfungen abzulegen, mit denen sie Zertifizierungen erhalten können, die in den Ländern, in denen die Fremdsprachen gesprochen werden, Gültigkeit haben. Das nationale französische Bildungsministerium hat mit der Redaktion der Themen dieser Prüfungen Organismen betraut, die international anerkannte Zertifizierungen ausstellen: Cambridge ESOL für das Englische, das Instituto Cervantes für das Spanische, die KMK (Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder) für das Deutsche. Wenn aber jeder Bestandteil der Großregion eine andere Marschrichtung verfolgt, dient dies nicht der Eindämmung der Zertifizierungen. Diese Problematik muss also wieder in den Mittelpunkt der Diskussionen der den Unterricht in der Großregion organisierenden Behörden gestellt werden, um eine Bestandsaufnahme des Vorhandenen und der möglichen Weiterentwicklungen anzustellen, da der Zuwachs an Mobilität sowohl im universitären als auch im beruflichen Bereich den Bedarf an Zertifizierungen noch anwachsen lassen dürfte.

Anhang

Sozio-ökonomische Angaben für die Großregion 2000 bis 2010/2011

Données socio-économiques pour la Grande Région de 2000 à 2010/2011

	2000	2002	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Source / Quelle
Population – Bevölkerung											
Population (en milliers, au 1 ^{er} jan.) - Bevölkerung (Zahlen in Tausend, zum 1. Jan.)	11.192	11.241	11.284	11.309	11.328	11.348	11.369	11.376	11.388	11.414	Offices statistiques / Statistische Ämter
dont par groupe d'âge - davon nach Altersgruppe											
0-19 - Effectif en milliers - Zahlen in Tausend	2.633	2.615	2.593	2.578	2.565	2.545	2.527	2.502	2.478	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
0-19 - (%)	23,5	23,3	23,0	22,8	22,6	22,4	22,2	22,0	21,8	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
20-59 - Effectif en milliers - Zahlen in Tausend	6.065	6.083	6.131	6.155	6.182	6.194	6.200	6.191	6.180	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
20-59 - (%)	54,2	54,1	54,3	54,4	54,6	54,6	54,5	54,4	54,3	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
60 et plus - 60 und mehr - Effectif en milliers - Zahlen in Tausend	2.494	2.543	2.560	2.576	2.580	2.606	2.642	2.684	2.730	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
60 et plus - 60 und mehr (%)	22,3	22,6	22,7	22,8	22,8	23,0	23,3	23,6	24,0	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
Population masculine (en milliers) - Bevölkerung Männer (Zahlen in Tausend)	5.459	5.486	5.507	5.521	5.529	5.540	5.549	5.557	nd	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
Population féminine (en milliers) - Bevölkerung Frauen (Zahlen in Tausend)	5.731	5.755	5.776	5.786	5.799	5.808	5.815	5.819	nd	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
Naissances vivantes (en milliers) - Lebendgeborene (Zahlen in Tausend)	120	113	112	111	112	111	nd	nd	nd	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
Decès (en milliers) - Gestorbene (Zahlen in Tausend)	116	118	113	116	115	115	nd	nd	nd	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
Indice de dépendance des personnes âgées (nombre de personnes de 60 ans et plus pour 100 personnes âgées de 20 à 59 ans) - Altenquotient (Zahl der 60-jährigen und älteren Personen je 100 Personen im Alter zw. 20 und 60 Jahren)	41,1	41,8	41,8	41,8	41,7	42,1	42,6	43,4	44,2	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
Indice de dépendance (nombre de personnes de moins de 20 ans et de 60 ans et plus pour 100 personnes de 20 à 60 ans) - Gesamtquotient (Zahl der unter 20-jährigen sowie der 60-jährigen und älteren Personen je 100 Personen im Alter zw. 20 und 60 Jahren)	84,5	84,8	84,0	83,7	83,2	83,2	83,4	83,8	84,3	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
Taux de masculinité (Hommes/Population totale) - Männeranteil (Männer/Gesamtbevölkerung)%	48,8	48,8	48,8	48,8	48,8	48,8	48,8	48,8	nd	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter

nd = non disponible - nicht verfügbar

	2000	2002	2004	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Source / Quelle
Taux de chômage – Arbeitslosenquote										
Taux de chômage - Total - <i>Arbeitslosenquote insg.%</i>	7,8	7,5	9,3	9,4	7,6	7,5	8,7	8,1	7,4	Eurostat
Taux de chômage - Hommes - <i>Arbeitslosenquote Männer%</i>	6,7	7,0	8,7	9,0	7,1	7,0	8,6	8,0	7,1	Eurostat
Taux de chômage - Femmes - <i>Arbeitslosenquote Frauen%</i>	9,4	8,2	10,1	9,8	8,2	8,1	8,8	8,3	7,7	Eurostat
Taux de chômage - Jeunes de moins de 25 ans - <i>Arbeitslosenquote Junge Erwachsene unter 25 Jahren%</i>	14,2	14,3	20,1	20,5	15,0*	16,4	19,6	18,0	15,9	Eurostat
Les chômeurs - Arbeitslose										
Chômeurs - Total - (en milliers) - <i>Arbeitslose insg. - (Zahlen in Tausend)</i>	545,6	538,1	597,4	618,2	552,9	513,1	562,3	567,3	552,9	Offices statistiques / Statistische Ämter
Chômeurs - Hommes - (en milliers) - <i>Arbeitslose Männer - (Zahlen in Tausend)</i>	257,2	264,3	299,9	300,6	265,2	247,4	289,8	293,4	273,6	Offices statistiques / Statistische Ämter
Chômeurs - Femmes - (en milliers) - <i>Arbeitslose Frauen - (Zahlen in Tausend)</i>	288,4	273,8	297,5	312,2	287,8	265,6	272,5	273,9	264,8	Offices statistiques / Statistische Ämter
Les jeunes chômeurs - Junge Arbeitslose										
Nombre de chômeurs de moins de 25 ans (moyenne annuelle) - (en milliers) - <i>Arbeitslose unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt) - (Zahlen in Tausend)</i>	102,0	104,2	115,3	114,3	100,2	93,0	105,6	101,2	nd	Offices statistiques / Statistische Ämter
Les chômeurs de longue durée – Langzeitarbeitslose										
Taux de chômage de longue durée - plus de 1 ans - <i>Langzeitarbeitslosenquote über 1 Jahr</i>	4,1	3,3	4,2	4,8	3,8	3,5	3,8	3,9	3,4	Eurostat
Part des chômeurs de longue durée (plus de 1 ans) - <i>Teil der Langzeitarbeitslosen (mehr als 1 Jahr)</i>	52,3	43,8	45,7	51,4	50,4	47,0	43,4	48,1	45,6	Eurostat

* Großregionaler Gesamtwert ohne das Saarland / Valeur Grande Région hors Sarre
nd = non disponible - nicht verfügbar

	2000	2002	2004	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Source / Quelle
L'emploi – Beschäftigung										
Emplois salariés au lieu de travail - Total (en milliers) - <i>Arbeitnehmer am Arbeitsort insg. (Zahlen in Tausend)</i>	3.984	4.040	4.060	4.115	4.185	4.238	4.222	4.255	nd	Voir sources en page d'après / s. Quellenangaben auf nächster Seite
Taux d'emploi – Erwerbstätigenquote										
Taux d'emploi - <i>Erwerbstätigenquote insg.%</i> [Population active occupée] / [population totale âgée de 20 à 64 ans] - <i>Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter 20 bis unter 65 Jahren</i>	65,7	66,4	65,1	67,9	69,6	69,8	69,0	69,6	69,6	Eurostat
Taux d'emploi - Hommes - <i>Erwerbstätigenquote - Männer%</i>	75,4	75,6	73,6	74,7	76,4	76,7	74,9	75,8	75,7	Eurostat
Taux d'emploi - Femmes - <i>Erwerbstätigenquote - Frauen%</i>	56,0	57,1	56,4	61,1	62,8	62,9	63,1	63,3	63,4	Eurostat
Taux d'emploi des jeunes de 15 à 24 ans - <i>Erwerbstätigenquote Jugendliche zw. 15 und 24 Jahren%</i>	35,0	35,0	30,8	33,1	35,7	35,0	34,2	34,9	35,2	Eurostat
Taux d'emploi des 55 à 64 ans - <i>Erwerbstätigenquote der 55 bis 64 Jahre -%</i>	30,8	32,8	34,7	40,4	42,1	43,1	43,5	45,3	47,3	Eurostat
Taux d'activité – Erwerbsquote										
Taux d'activité - <i>Erwerbsquote insg.%</i> [Population active totale] / [population totale âgée de 15 ans ou plus] - <i>Anteil Erwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter 15 Jahre und älter</i>	54,1	53,8	52,7	55,1	55,4	55,8	55,7	56,0	55,7	Eurostat
Taux d'activité - Hommes - <i>Erwerbsquote - Männer%</i>	71,5	68,1	70,3	69,8	69,4	69,9	69,7	69,6	68,9	Eurostat
Taux d'activité - Femmes - <i>Erwerbsquote - Frauen%</i>	44,9	44,7	44,3	48,3	48,7	48,7	49,0	49,2	49,2	Eurostat
Temps partiel – Teilzeitarbeit										
Part de l'emploi à temps partiel (en pourcentage de l'emploi global) - <i>Anteil der Teilzeitbeschäftigung (in Prozent von der globalen Beschäftigung) -%</i>	19,1	19,9	21,6	23,5	23,8	23,5	23,9	24,3	24,9	Eurostat
Part des emplois à temps partiel chez les femmes - <i>Anteil der Teilzeitbeschäftigungen bei den Frauen -%</i>	39,2	40,1	42,8	43,9	43,7	43,6	43,1	43,9	44,1	Eurostat
Part des emplois à temps partiel chez les hommes - <i>Anteil der Teilzeitbeschäftigungen bei den Männer -%</i>	4,4	5,0	5,5	6,8	7,6	7,3	8,0	8,0	8,9	Eurostat
Part des femmes dans les emplois à temps partiel - <i>Anteil der Frauen in den Teilzeitbeschäftigungen</i>	86,6	85,6	85,6	84,0	82,4	82,9	81,8	82,1	80,4	Eurostat

nd = non disponible - nicht verfügbar

Emploi salarié (au lieu de travail) dans la Grande Région – Arbeitnehmer (am Arbeitsort) in der GroßregionSections NACE Rev. 2 / Wirtschaftsgruppen NACE Rev. 2²¹⁶

Unité: Effectif (en milliers) / Einheit: Anzahl (in Tausend)

			2005	2006	2007	2008	2009	2010	Evol. / Entwickl. (%) 2005 / 2010
A	Agriculture, sylviculture, pêche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	30,5	30,1	30,5	30,3	31,8	31,8	4,1
B-E	Industrie	Industrie	818,7	808,7	813,8	823,9	796,7	782,8	-4,4
F	Construction	Baugewerbe	253,1	260,2	268,5	272,4	271,3	272,6	7,7
G-T	Services	Dienstleistungsbereiche	2.977,3	3.015,8	3.072,1	3.111,8	3.122,7	3.167,7	6,4
	Ensemble des secteurs	Gesamtheit der Bereiche	4.079,6	4.114,7	4.184,9	4.238,4	4.222,5	4.254,7	4,3

Quellen / Sources:

Wallonie: ICN, Comptes nationaux / régionaux NACE 2008 (März / mars 2012).

Saarland, Rheinland-Pfalz: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Ergebnisse der Revision / résultats de la révision, Juni / juin 2012).

Lorraine: INSEE Estimations d'emploi NAF rév. 2 (Mai / mai 2012). Les données 2010 sont provisoires. / Die Daten für 2010 sind vorläufig.

Luxembourg: STATEC, Comptes nationaux (NACE Rev.1.1).

²¹⁶ In Luxemburg hat sich die Revision von der NACE Rev. 1.1 zur NACE Rev. 2 verzögert, sodass deren Ergebnisse innerhalb des Bearbeitungszeitraums der vorliegenden Berichterstattung nicht verfügbar waren. Luxemburg musste daher mit den nicht revidierten Daten auf Basis der alten Systematik in die Berechnungen für die großregionalen Werte eingehen.

Hinweise zu Datenquellen

Daten der Statistischen Ämter

Im Jahr 2006 haben die Statistischen Ämter der Großregion mit ihrem Statistikportal einen Zugang zu einer Vielzahl an harmonisierten Wirtschafts- und Sozialdaten in der Großregion geschaffen. Aufbau und Inhalt des Statistikportals folgen dabei der Struktur des statistischen Jahrbuches der Großregion und der statistischen Kurzinformationen. Neben dem Bereich der demographischen Entwicklung erfolgten insbesondere die Darstellungen zur Arbeitnehmerbeschäftigung nach Wirtschaftsbereichen auf Basis der von den Statistischen Ämtern bereitgestellten Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, da diese aufgrund des Bezugs zum Arbeitsort die Grenzgängerströme mit berücksichtigen und so insbesondere für Luxemburg eine bessere Abbildung des Beschäftigungsstandes erreicht wird. Bestehende Datenlücken mit Blick auf den IBA-Bericht wurden soweit als möglich durch das Bearbeiterteam des Netzwerks der Fachinstitute geschlossen. Am aktuellen Rand handelt es sich häufig um vorläufige Zahlen, die im Nachhinein durchaus wieder Änderungen erfahren können – auch rückwirkend über Zeitreihen hinweg.

Eurostat

Bei Eurostat sind harmonisierte Daten verfügbar in den Bereichen Bevölkerung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt mit den entsprechenden europaweit vergleichbaren Quoten. In der Regel sind diese Angaben in der Differenzierung nach Alter und Geschlecht erhältlich. Daten auf Basis der Arbeitskräfteerhebung (AKE, siehe unten) werden von Eurostat aufgrund des Stichprobencharakters aber nicht für alle Regionen in sämtlichen Differenzierungsmöglichkeiten ausgewiesen

Arbeitskräfteerhebung und ILO-Arbeitsmarktstatistik

Die Arbeitskräfteerhebung auf Basis von EU-weit harmonisierten Normen zur Erwerbslosigkeit nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)²¹⁷ ist auf europäischer Ebene die wesentliche Quelle für Informationen über die regionalen Arbeitsmärkte. Sie ist somit die einzige derzeit verfügbare Quelle für grenzüberschreitende Vergleiche der Arbeitsmärkte in der Großregion. Die für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien unterscheidet sich jedoch von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Ländern, die in einer grenzüberschreitenden Perspektive nicht direkt vergleichbar sind. In der ILO-Arbeitsmarktstatistik können so Erwerbslose enthalten sein, die seitens der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitsverwaltung nicht als solche gezählt werden. Möglich ist ebenso der umgekehrte Fall, dass in der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitslosenstatistik auch Personen als arbeitslos gelten, die nach ILO-Kriterien nicht erwerbslos sind. Dementsprechend kommt es zu Abweichungen der Arbeitslosenquoten auf Basis der

²¹⁷ Die Definitionen und Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) stehen auch im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1897/2000 der Kommission. Kennzahlen zu Erwerbslosen, Erwerbstätigen und Erwerbspersonen werden in einem in sich abgestimmten und harmonisierten System dargestellt, das – im Unterschied zu den länderspezifischen Definitionen und Konzepten auf Basis gesetzlicher Bestimmungen – internationale bzw. grenzüberschreitende Vergleiche von Arbeitsmärkten ermöglicht. Mit dem Labour-Force-Konzept kann jeder Person ein eindeutiger Erwerbsstatus zugeschrieben werden. Dabei wird nach der ILO-Definition unterschieden zwischen Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen.

AKE und den Quoten, die in den einzelnen Ländern und Regionen im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen ausgewiesen werden.

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Daten der AKE nicht wie bei den jeweils national oder regional registrierten Arbeitslosenzahlen aus einer Vollauszählung eines amtlichen Registers stammen. Stattdessen wird die AKE als vierteljährliche Haushaltsstichprobe in allen Mitgliedstaaten der EU, der EFTA (ausgenommen Liechtenstein) und den Kandidatenländern durchgeführt. Zur Grundgesamtheit gehören alle Mitglieder privater Haushalte im Alter ab 15 Jahren, die über ihre Arbeitsmarktbeteiligung und ihren Erwerbsstatus befragt werden. Für die Durchführung der Befragung sind die jeweiligen nationalen statistischen Institute und Ämter der teilnehmenden Länder zuständig, die ihre Ergebnisse an Eurostat nach einem festen Codierplan melden. Die Koordination und Verarbeitung der Daten erfolgt zentral durch Eurostat. So wird sichergestellt, dass einheitliche Konzepte und Definitionen in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Internationalen Arbeitsamtes zum Einsatz gelangen und eine gemeinsame Klassifikations- und Nomenklaturesystematik angewendet wird, sodass in jedem Land ein Set von Informationen in standardisierter Weise erhoben wird.

Die AKE liefert dadurch wichtige Daten zu Beschäftigung, Erwerbslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit und ihren soziodemographischen Merkmalen. Der Europäischen Kommission dient die AKE als wichtiges Instrument für die Bereitstellung von vergleichbaren statistischen Informationen über Niveau, Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. EU-weite beschäftigungspolitische Ziele werden mit der AKE gemessen.

Definitionen innerhalb der EU-Arbeitskräfteerhebung

Zur **Bevölkerung** gehören alle in privaten Haushalten lebenden Personen ab 15 Jahren.²¹⁸ Erfasst werden alle Personen, die in der Berichtswoche in den erhobenen privaten Haushalten leben. Unter diese Definition fallen auch Personen, die kurzzeitig wegen Bildungsmaßnahmen, Urlaub, Krankheit, Geschäftsreisen und Ähnlichem nicht im Haushalt anwesend sind, aber eine feste Bindung zu ihm haben. Wehrdienstleistende werden nicht berücksichtigt.

Erwerbstätige im Sinne der ILO-Definition sind alle Personen im Alter von mindestens 15 Jahren,²¹⁹ die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat.²²⁰ Auch wer sich in einem formalen Arbeitsverhältnis befindet, im Berichtszeitraum aber vorübergehend aufgrund von z.B. Krankheit, Urlaub, Arbeitskonflikten oder Fortbildung vom Arbeitsplatz abwesend war, gilt als erwerbstätig.

²¹⁸ Die in Anstaltshaushalten, d. h. in Heimen, Internaten, Krankenhäusern, religiösen Einrichtungen, Arbeiterwohnheimen usw., lebenden Personen sind nicht erfasst.

²¹⁹ Von mindestens 16 Jahren in Spanien, dem Vereinigten Königreich und Schweden (1995 bis 2001); von 15 bis 74 Jahren in Dänemark, Estland, Ungarn, Lettland, Finnland, Schweden und Norwegen (ab 2001) und von 16 bis 74 Jahren in Island.

²²⁰ Dieses Konzept zur Erwerbstätigkeit weicht deutlich vom Alltagsverständnis ab. Die Erfassung ist daher in Haushaltbefragungen problematisch, wenn die Befragten sich bspw. hauptsächlich als Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen und kleinere Nebentätigkeiten im Interview deswegen nicht angeben.

Erwerbslose sind alle Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren,²²¹ die in der Berichtswoche ohne Arbeit waren, zu dem Zeitpunkt für eine Arbeit verfügbar und innerhalb der letzten vier Wochen aktiv auf Arbeitsuche waren oder bereits eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Auch die Einschaltung einer Behörde oder Institution der offiziellen Arbeitsverwaltung in die Suchbemühungen ist nicht erforderlich. Die für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien unterscheidet sich daher von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Ländern.²²² Kennzeichnend für die Arbeitskräfteerhebung ist darüber hinaus, dass ausgehend von einem Stichprobenergebnis auf das Ergebnis in der Bevölkerung geschlossen wird. Dieser Schluss ist eine auf einer Hochrechnung basierende Schätzung, die eine gewisse Unschärfe ausweist. Deren Umfang ist von vielerlei Faktoren abhängig, insbesondere jedoch vom Stichprobenumfang,²²³ so dass gerade bei kleineren geographischen Einheiten die Fallzahlen oftmals zu gering für einen Ergebnisausweis sind.

Insgesamt kann es daher zu Abweichungen kommen zwischen der Bemessung der Arbeitslosenquote auf Basis der AKE und den Quoten, die in den einzelnen Ländern und Regionen im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen berechnet und publiziert werden. So berücksichtigen letztere zum Beispiel diejenigen Personen nicht, die arbeitsuchend sind, aber nicht als arbeitslos registriert sind, weil sie die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld nicht erfüllen. Vorteilhaft ist demgegenüber, dass sie gerade für kleinere geographische Einheiten sehr viel schneller verfügbar sind und daher dem Bedürfnis nach möglichst aktuellen Informationen entgegen kommen. In einer grenzüberschreitenden Perspektive sind sie jedoch nicht direkt vergleichbar. Hier liefert nur die AKE international vergleichbare Informationen. Deren Methodik hat zudem den Vorteil, dass Auswirkungen von Veränderungen in den Bestimmungen zur Arbeitslosigkeit im Zuge von Reformen zum größten Teil ausgeschaltet werden.

Die **Beschäftigungsquote** misst den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung.

²²¹ Zwischen 16 und 74 Jahren in Spanien, Schweden und Norwegen (1995 bis 2000), dem Vereinigten Königreich und Island.

²²² Zum einen können in der ILO-Arbeitsmarktstatistik Erwerbslose enthalten sein, die seitens der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitsverwaltung nicht als arbeitslos gezählt werden. Um etwa in Deutschland als arbeitslos erfasst zu werden, fordert das Sozialgesetzbuch (SGB) eine Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden. Andererseits kann nach dem SGB trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang von unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden. In der ILO-Arbeitsmarktstatistik sind somit Erwerbslose enthalten, die die Bundesagentur für Arbeit nicht als arbeitslos zählt. Zum anderen gelten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit auch Personen als arbeitslos, die nach Definition der ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht erwerbslos sind.
Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland: ILO-Arbeitsmarktstatistik. Online im Internet: URL: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/ILO-Arbeitsmarktstatistik,templateId=renderPrint.psml>

²²³ Mit Hilfe mathematischer Methoden lässt sich die Höhe des so genannten Standardfehlers berechnen. Er gibt an, in welcher Größenordnung mit einer angebbaren Wahrscheinlichkeit das „tatsächliche“ Ergebnis vom Ergebnis der Stichprobe abweichen kann. Ergebnisse, bei denen aufgrund zu geringer Besetzungszahlen der einfache relative Standardfehler über 15% hinaus geht, werden im Allgemeinen nicht ausgewiesen (unzuverlässiger Wert).

Die **Erwerbslosenquote** misst den prozentualen Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbslosenquote kann nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt werden.

Die **Jugenderwerbslosenquote** bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren.

Die **Langzeitarbeitslosenquote** gibt den Anteil derjenigen Personen an der Erwerbsbevölkerung an, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen misst den prozentualen Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Summe aller Arbeitslosen.

Die **Erwerbspersonen** (auch als Erwerbsbevölkerung oder Arbeitskräfte bezeichnet) umfassen die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen.

Die **Erwerbsquote** gibt den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an.

Die **Nichterwerbsbevölkerung** umfasst alle Personen, einschließlich der unter 15-Jährigen, die nach der oben angegebenen Definition nicht erwerbstätig waren, insbesondere: Personen, die sich ausschließlich um ihren Haushalt kümmern, ehrenamtlich Tätige, Schüler und Studenten sowie Personen im Ruhestand (sofern sie keinerlei bezahlte Beschäftigung ausüben).

Abhängige Beschäftigung

- ▶ "erwerbstätige Personen": Personen, die im Berichtszeitraum einer Erwerbstätigkeit nachgingen (mit oder ohne formalen Vertrag), für die sie einen Lohn oder eine Vergütung in bar oder Sachleistungen erhalten haben;
- ▶ "Personen, die einen Arbeitsplatz haben, aber nicht erwerbstätig sind": Personen, die bereits an ihrem aktuellen Arbeitsplatz gearbeitet haben, im Berichtszeitraum aber nicht anwesend waren (aufgrund von Urlaub, Krankheit, Mutterschaft, Arbeitskampf, Witterungsbedingungen, etc.) und ein formales Arbeitsverhältnis hatten;
- ▶ Auszubildende, die eine Vergütung in bar oder Sachleistungen bezogen haben: sie werden als abhängig Beschäftigte betrachtet.

Selbstständige Erwerbstätigkeit

- ▶ "erwerbstätige Personen": Personen, die im Berichtszeitraum einer Erwerbstätigkeit nachgingen, um einen Ertrag oder ein Familieneinkommen in bar oder in Sachleistungen zu erzielen (mithelfende Familienangehörige, die kein Einkommen beziehen, werden als Selbstständige betrachtet);
- ▶ "Personen die eine Firma haben, aber nicht erwerbstätig sind": Personen, die in der Berichtswoche eine Firma hatten (Industrie-, Gewerbe-, landwirtschaftlicher Betrieb oder Dienstleistungsunternehmen), aber aus irgendeinem besonderen Grund vorübergehend nicht gearbeitet haben.

Porträt der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle



Die **Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA)** sammelt im Auftrag des Gipfels der Großregion Informationen über die Arbeitsmärkte der Teilregionen und fertigt Analysen zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt an. Auf dieser Grundlage entwickelt sie Prognosen und Handlungsempfehlungen für zukünftige Arbeitsmarktentwicklungen im Kooperationsraum.

Die IBA untersteht einem Lenkungsausschuss aus Vertretern der beteiligten Regionen, der in Absprache mit den politisch Verantwortlichen der Großregion die Arbeitsschwerpunkte festlegt. Die Umsetzung des Arbeitsprogramms übernimmt das Netzwerk von sechs Fachinstituten aus der Großregion. Sein ständiges Sekretariat und die Koordination sind im INFO-Institut angesiedelt.

Weitere Informationen unter
www.iba-oie.eu

Das Netzwerk der Fachinstitute

INFO-Institut (Saarland und Rheinland-Pfalz)

www.info-institut.de

Centre de Ressources et de Documentation des EURES Transfrontaliers de Lorraine (Lorraine)

www.frontalierslorraine.eu

Observatoire Régional de l'Emploi, de la Formation et des Qualifications (Lorraine)

www.orefq.fr

Institut Wallon de l'Évaluation, de la Prospective et de la Statistique (Wallonie)

www.iweps.be

DGStat (DG Belgien)

www.dgstat.be

ADEM EURES – CEPS/INSTEAD
Agence pour le développement de l'emploi (Luxemburg)

www.eureslux.org

Kontakt Daten der Fachinstitute

**INFO-Institut**

Pestelstraße 6
 D - 66119 Saarbrücken
 Tel.: +49/ 681 954 13 12
 Fax: +49/ 681 95 413 23
www.info-institut.de

**Institut Wallon de l'Évaluation,
 de la Prospective et de la Statistique - IWEPS**

Rue du Fort de Suarlée, 1
 B – 5001 Belgrade (Namur)
 Tel.: +32/ 81 46 84 11
 Fax: +32/ 81 46 84 12
www.iweeps.be

**ADEM EURES – CEPS/INSTEAD
 Agence pour le développement de l'emploi**

10, rue Bender
 L -1229 Luxembourg
Pierre.Gramme@adem.etat.lu
www.eureslux.org

CRD des EURES Transfrontaliers de Lorraine

WTC – Tour B
 2 rue Augustin Fresnel
 F – 57082 Metz
 Tel.: +33/ 3 87 20 40 91
 Fax: +33/ 3 87 21 06 88
www.frontalierslorraine.eu

**Observatoire Régional de l'Emploi, de la
 Formation et des Qualifications - OREFQ**

10 rue Mazagran
 F - 54000 Nancy
 Tel.: +33/ 3 83 98 37 37
 Fax: +33/ 3 83 96 32 37
www.orefq.fr

DGStat

Quantum Center
 Hütte 79, Bk 18
 B – 4700 Eupen
 Tel.: +32/ 87 56 82 13
 Fax: +32/ 87 56 82 08
www.dgstat.be

Kurzporträt der kooperierenden Fachinstitute



INFO-Institut

Saarland und Rheinland-Pfalz



Das INFO-Institut ist ein Beratungs- und Forschungsinstitut. Es befasst sich neben Fragen zur Unternehmenspolitik und Organisationsentwicklung mit Arbeitsmarkt- und Regionalforschung. Aktivitäten der Regionalentwicklung bleiben dabei nicht national begrenzt, sie zielen auf die Großregion und damit auf eine europäische Dimension ab.

ADEM EURES – Agence pour le développement de l'emploi Luxemburg



Das Quellen- und Dokumentationszentrum EURES Luxemburg entstand aus einer Partnerschaft zwischen ADEM (der luxemburgischen Arbeitsverwaltung) und dem öffentlichen luxemburgischen Forschungszentrum CEPS/INSTEAD. Seine wesentlichen Aufgaben bestehen in der Information über die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Großherzogtum Luxemburg sowie, in Zusammenarbeit mit der IBA, der Analyse des Arbeitsmarktes der Großregion.

Observatoire Régional de l'Emploi, de la Formation et des Qualifications - OREFQ Lothringen



OREFQ (Regionale Beobachtungsstelle für Beschäftigung, Bildung und Qualifikation in Lothringen) wurde als öffentliche Interessengemeinschaft im Juni 1992 auf beidseitigem Wunsch des Staates und der Region gegründet. Es hat die Aufgabe, besonders die Entwicklung im Beschäftigungs- und Bildungssektor sowie der Qualifikationsanforderungen in Lothringen zu beobachten, um der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik neue Impulse zu geben.

CRD des EURES Transfrontaliers de Lorraine Lothringen



Das Quellen- und Dokumentationszentrum der EURES Grenzregionen in Lothringen, das vom Regionalrat Lothringen und der Europäischen Kommission unterstützt wird, hat die Aufgabe, Beschäftigte und Unternehmen über die grenzüberschreitende Mobilität in der Großregion zu informieren, sich an der Entwicklung von Beschäftigungsperspektiven zu beteiligen sowie die Förderung von grenzüberschreitender Aus- und Weiterbildung zu unterstützen. Das CRD EURES Lothringen bildet, zusammen mit seinem Netzwerk an Experten, einen Quellen- und Dokumentenpool, der der Öffentlichkeit zur Verfügung steht und über die Webseite Zugang zu den Informationen ermöglicht.

DGStat Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens



Die Arbeitsgemeinschaft DGStat tritt die Nachfolge der Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien (ABEO) an. Im Rahmen des durch den Europäischen Sozialfonds geförderten Projekts „DGStat“ wurden bis Ende 2010 die Grundlagen für die Arbeitsgemeinschaft DGStat geschaffen, die in der Folge über ein Abkommen zwischen verschiedenen Organisationen der DG, u.a. dem Ministerium, dem Wirtschafts- und Sozialrat und dem Arbeitsamt, institutionalisiert wurde. Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft sind die Zentralisierung und Systematisierung der Datensammlung und -erhebung, die Interpretation der Daten, die Veröffentlichung von Statistiken und Studien und die Förderung des Austauschs zwischen Datenproduzenten und -nutzern in und außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Institut Wallon de l'Évaluation, de la Prospective et de la Statistique Wallonie



Das IWEPS ist ein öffentliches Wissenschaftsinstitut, welches mit seiner Arbeit staatliche Institutionen bei der Entscheidungsfindung unterstützt. Durch seinen themenübergreifenden Auftrag stellt es den Entscheidungsträgern der Wallonie, den wallonischen Partnern sowie den Bürgern umfangreiche Informationen zur Verfügung. Diese reichen von der Aufbereitung von Statistiken und Indikatoren bis zu detaillierten Studien und Analysen aus den Wirtschafts-, Politik- und Sozialwissenschaften sowie Umweltstudien. Als strategischer Rat trägt das Institut aktiv zur Förderung und Umsetzung von Evaluation und Zukunftsforschung in der Wallonie bei.

Literaturverzeichnis

- ADEM (Administration de l'Emploi du Grand Duché de Luxembourg) : Bulletin luxembourgeois de l'emploi, n° 09 - septembre 2012.
- AFII (L'Agence française pour les investissements internationaux) : Bilan 2010 des investissements étrangers créateurs d'emplois en France,
<http://www.invest-in-france.org/Medias/Publications/1373/bilan-afii-investissements-etrangers-createurs-emploi-france-2010-fr.pdf>
- AGAPE (L'agence d'urbanisme et du développement durable Lorraine Nord) : Les loyers en Lorraine Nord, quelle évolution depuis 2007? Actualités, Juni 2012.
- Agence d'urbanisme et de développement durable Lorraine Nord : Populations légales 2009: la démographie nord-lorraine ne connaît pas la crise. Actualités 1/12, 2012.
- Barbier, Jean-Claude: Allemagne : Hartz, un changement de paradigme dans l'assistance chômage, Alternatives économiques, 19/11/2008.
- Barke, Jürgen : Kommentar zu den Wirtschaftsergebnissen des Jahres 2011.
<http://www.invest-in-saarland.com/fr/made-in-saarland/>
- Berg, Charles / Weis, Christiane : Centre d'études sur la situation des jeunes en Europe (CESIJE), Rapport national Luxembourg, 2005.
http://www.coe.int/t/dg4/linguistic/Source/Country_Report_Luxembourg_FR.pdf
- Brosius, Jacques : La recherche d'emploi des frontaliers au Luxembourg. In: CEPS/INSTEAD : Population et Emploi, No. 26, 2007.
- Brosius, Jacques : L'impact de la crise économique sur l'emploi au Luxembourg. CEPS/INSTEAD, Population et Emploi, No. 8, 2011.
- Centre Inffo : L'encyclopédie de la formation.
http://www.encyclopedie-de-la-formation.fr/spip.php?page=pays&id_article=380
- CESE Lorraine (Conseil économique et social de Lorraine) : „L'Allemagne, partenaire incontournable de la Lorraine“.
http://ces.lorraine.eu/jahia/webdav/site/ces/shared/Rapports/2011/111121_rapport_allemaigne.pdf
- CIDAL (Centre d'information sur l'Allemagne) : Le marché du travail allemand.
<http://www.allemaigne.diplo.de/Vertretung/frankreich/fr/03-cidal/09-dossiers/arbeitsmarkt/00-arbeitsmarkt-uebseite.html>
- CIDAL (Centre d'information sur l'Allemagne) : Le système éducatif en Allemagne - Du jardin d'enfants à l'université.
<http://www.allemaigne.diplo.de/contentblob/3464362/Daten/448809/systemeducatifdat ei.pdf>
- CILT (National Centre for Languages) : Incidences du manque de compétences linguistiques des entreprises sur l'économie européenne (ELAN)
http://ec.europa.eu/languages/documents/elan_fr.pdf
- DIRECCTE Lorraine, Pôle emploi : Demandeurs d'emploi inscrits et offres collectées par Pôle emploi en Lorraine en septembre 2012, communiqué de presse du 24/10/2012.

- EURES : La situation du travail intérimaire luxembourgeois en temps de crise. Les Cahiers transfrontaliers d'EURES, Nr. 1/2012.
- EURES : Le travail intérimaire luxembourgeois à la lumière de la crise. Les cahiers transfrontaliers d'EURES, Nr. 1/2010.
- Europäische Union : Ergebnisse der Ratssitzung vom 22. Mai 2008 über Mehrsprachigkeit, Amtsblatt der Europäischen Union vom 6.6.2008, C140/14 und C140/15.
- European Commission / Eurydice : L'éducation et l'accueil des jeunes enfants en Europe : réduire les inégalités sociales et culturelles, 2009.
http://eacea.ec.europa.eu/about/eurydice/documents/098_fr_v2.pdf
- European Commission / Eurydice : National system overview on education systems in Europe and ongoing reforms, 2011.
http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/eurybase/national_summary_sheets/047_DE_EN.pdf
- European Commission / Eurydice : Strukturen der schulischen und beruflichen Bildungssysteme in Europa: Belgien – Deutschsprachige Gemeinschaft, 2009/10, S. 22 ff.
- European Council : Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern.
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31971R1408:DE:NOT>
- Faniel, Jean: Belgique : Le système d'assurance-chômage : un particularisme en sursis ?, Chronique internationale de l'IRES, n°108, septembre 2007.
- Fédération Wallonie-Bruxelles : Le portail de l'Enseignement en Fédération Wallonie-Bruxelles.
<http://www.enseignement.be>
- France Info : Conflit linguistique en Belgique, le gouvernement démissionne, 25. April 2010.
<http://www.franceinfo.fr/monde-europe-2010-04-22-conflit-linguistique-en-belgique-le-gouvernement-demissionne-433199-14-15.html>
- Godin, Romaric : Allemagne : les réformes Hartz ont dix ans, La Tribune, 16/08/2012.
- Guézennec, Camille : L'accompagnement des demandeurs d'emploi : bilan d'une politique active du marché du travail en Europe et enseignements pour la France, Centre d'analyse stratégique, La note d'analyse, n°228, Juin 2011.
<http://www.allemagne.diplo.de/Vertretung/frankreich/fr/03-cidal/09-dossiers/arbeitsmarkt/00-arbeitsmarkt-uebseite.html>
- Homann, Alexander : Discretion of the German speakers, Le Monde Diplomatique, Décembre 2010.
<http://mondediplo.com/2010/12/17germanspeaking>
- IBA / OIE : 7. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle / 7ieme rapport de l'Observatoire Interrégional de l'Emploi, 2010.
- INSEE (Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques – France) : Bilan économique et social 2011. Économie Lorraine, Nr. 285-286.

INSEE (Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques – France): Le chômage en lorraine au 2ème trimestre 2012, Economie Lorraine, octobre 2012.

INSEE (Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques – France): Revenus des frontaliers lorrains du Luxembourg: des atouts tirés de la métropole luxembourgeoise. Économie lorraine, Nr. 280, 2012.

Jacquemain, Marc : Une identité tranquille, Le Monde diplomatique, Décembre 2010.

La documentation française : Le collège unique de 1975 aux années 2000.

<http://www.ladocumentationfrancaise.fr/dossiers/college-unique/index.shtml>

Leduc, Kristell : La main-d'œuvre frontalière et étrangère ne suffit plus à ralentir le vieillissement de la population active occupée du Luxembourg. CEPS, Vivre au Luxembourg 81/2012.

Lemaître, Frédéric : Si le chômage reste faible en Allemagne, la précarité y augmente fortement, Le Monde, 11/09/2012.

Lemaître, Frédéric : L'Allemagne minée par les inégalités, Le Monde, 03/10/2012.

Lestrade, Brigitte : Les réformes sociales Hartz IV, Note du Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) No. 75, 2010.

www.franceallemagne.fr/IMG/pdf/IFRI_ndc75lestrade.pdf

Luxembourg.lu : Langues.

<http://www.luxembourg.public.lu/fr/societe/langues/index.html>

Maier, Jörg / Troeger-Weiss, Gabi: Die Bedeutung der Grenzgänger für die Regional- und Wirtschaftsstruktur am Oberrhein. In: Maier, Jörg / Wackermann, Gabriel (Hg.): Frankreich. Ein regionalgeographischer Überblick. (Wissenschaftliche Länderkunden, Bd. 35), Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1990, S. 271-287.

Meillassoux, Marc : Le chômage en Allemagne et en France : une question de calcul, ParisBerlin.

<http://www.connexion-emploi.com/fr/a/le-chomage-en-allemande-et-en-france-une-question-de-calcul>.

Meillassoux, Marc : Le miracle allemand, à quel prix ?.

<http://fr.myeurop.info/dossier/le-miracle-allemand-a-quel-prix>.

Le Mémorial : Journal Officiel du Grand-Duché de Luxembourg , 27 février 1984.

<http://www.legilux.public.lu/leg/a/archives/1984/0016/a016.pdf#page=6>

Ministère de l'Éducation nationale de France : Eduscol, Portail nationale des professionnels de l'éducation.

<http://eduscol.education.fr/cid45756/plan-de-renovation-de-l-enseignement-des-langues.html>

Ministère de l'Education nationale et de la Formation professionnelle Grande Duché du Luxembourg : Education nationale.

<http://www.gouvernement.lu/gouvernement/programme-2009/programme-2004/programme2004/educ/index.html>.

Ministère du travail, de l'emploi et de la santé de France : La dispense de recherche d'emploi en 2009 et 2010 : en baisse continue, DARES Analyses, No. 37, Mai 2011.

http://travail-emploi.gouv.fr/IMG/pdf/2011-037_v2.pdf

Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens : Schriftenreihe des Ministeriums der DG - Unterricht und Ausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, 2008, Bd. 3. Eupen.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur: Fremdsprachenlernen in Rheinland-Pfalz-Orientierungshilfen für die Fremdsprachenwahl in den weiterführenden Schulen, 2008, Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur - oberste Schulbehörde Rheinland-Pfalz : Bildungsserver.

<http://berufsbildendeschule.bildung-rp.de/gehezu/startseite.html>

Ministerium für Erziehung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur : Fremdsprachen lernen in Rheinland-Pfalz – Informationen für Eltern, Schülerinnen und Schüler. 2011, Mainz. S.14-15.

n.n. : Allemagne : 7e mois consécutif de hausse du chômage, Le Monde, 30/10/2012.

n.n. : L'Allemagne est-elle vraiment un modèle ? L'état de l'économie 2011, Alternatives économiques, n° 88, Hors-série, p. 46-47.

n.n. : Allemagne : l'envers du décor, Alternatives économiques, n°317, octobre 2012.

Office national de l'emploi : Feuille info – travailleurs: Réforme de l'assurance chômage à partir de novembre 2012.

http://www.rva.be/D_Opdracht_W/Werknemers/T136/InfoFR.pdf

ONEM : Réforme de l'assurance chômage à partir de novembre 2012.

http://www.rva.be/D_Opdracht_W/Werknemers/T136/InfoFR.pdf

Orianne, Jean-François / Conter, Bernard: « Les politiques d'employabilité en Belgique : traitement clinique des chômeurs et traitement statistique du chômage », Recherches sociologiques et anthropologiques, 2007.

<http://rsa.revues.org/476>

Pierre, Jean-Jacques : Toujours plus de frontaliers vers le Luxembourg, Wirtschafts- und Sozialbilanz 2011, INSEE.

http://www.insee.fr/fr/themes/document.asp?reg_id=17&ref_id=18673&page=EL/EL285-286/frontaliers.html

Raasch, Albert : Le Conseil des Langues en Sarre : enjeux et perspectives pour la diversité linguistique en Europe.

<http://averreman.free.fr/aplv/num56-conseil.html>

Ries, Jean / Sinner, Véronique : Regards sur le travail intérimaire. Nr. 3, 2012.

Rochett, Bruno : Multilinguisme dans l'Antiquité gréco-romaine, Université de Liège.

<http://culture.ulg.ac.be/-14/12/2012>

Rötzer, Florian : Comment l'Allemagne cache son chômage, Revue Marianne, Avril 2010.

- Saarländisches Ministerium für Bildung: Sprachenkonzept Saarland 2011 – Neue Wege zur Mehrsprachigkeit im Bildungssystem, 2010, Saarbrücken.
- Schweizerische Eidgenossenschaft, Bundesamt für Statistik BFS: Ein Drittel mehr Grenz-
gänger/innen innert fünf Jahren. Pressemitteilung Nr. 0350-1201-40 vom 05.03.2012.
- Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der BRD : Konzepte für
den bilingualen Unterricht – Erfahrungsbericht und Vorschläge zur Weiterentwicklung,
2006.
- Sekretariat der ständigen Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland : Das
Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland 2010/2011 – Darstellung der Kom-
petenzen, Strukturen und bildungspolitischen Entwicklungen für den Informationsaus-
tausch in Europa. 2011, Bonn.
http://www.kmk.org/fileadmin/doc/Dokumentation/Bildungswesen_pdfs/dossier_de_e_book.pdf
- STATEC : Conjoncture Flash, Publication mensuelle sur l'état de la conjoncture luxembour-
geoise, octobre 2012.
- STATEC : La situation économique au Luxembourg. Évolution récente et perspective. Note
de conjoncture Nr. 1, 2010.
- STATEC : Les mutations de l'emploi de 1960 à 2010. Le Luxembourg 1960-2010. Juni 2012.
- STATEC : Notes de conjoncture 1/2012. Projections économiques à moyen terme, Luxem-
bourg.
- STATEC : Rapport Travail et Cohésion sociale 2011. Luxembourg.
- Statistische Ämter der Großregion : Wer sind die Grenzgänger der Großregion? Charakteris-
tiken und Determinanten der beruflichen Mobilität. Dezember 2011.
- Statistisches Bundesamt Deutschland : ILO-Arbeitsmarktstatistik.
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/IL_O-Arbeitsmarktstatistik,templateId=renderPrint.psm!
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2012) : Kernaussagen, Pressemitteilung Juli 2012.
<http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/pm/2012/Kernaussagen.pdf>
- Toussaint, Anne-Marie : Plan Marshall pour la Wallonie: un jugement indépendant, 29 mai
2009, La revue Toudi.
<http://www.larevuetoudi.org/fr/story/plan-marshall-pour-la-wallonie-un-jugement-ind%C3%A9pendant>
- UNEDIC (Union nationale interprofessionnelle pour l'emploi dans l'industrie et le commerce) :
Convention du 19 février 2009 relative à l'indemnisation du chômage.
<http://www.unedic.org/article/convention-du-19-fevrier-2009-relative-l-indemnisation-du-chomage>
- Vollot, Michaël : Luxembourg et Nord Lorraine: les deux facettes de « l'Eldorado ». In: Traits
d'agences. L'actualité des agences d'urbanisme. Dossier: Dynamiques transfronta-
lières. Nr. 55/2012.

Wille, Christian : Grenzgänger und Räume der Grenze. Raumkonstruktionen in der Großregion SaarLorLux. (Luxemburg-Studien / Études luxembourgeoises, Bd. 1), Frankfurt/M., Peter Lang, 2012.

Zanardelli, Mireille / Brosius, Jacques : Le chômage au Luxembourg : les pratiques de recrutement des entreprises comme facteur d'explication, CEPS/INSTEAD, Population & Emploi, n°40, Juin 2009.

